

Museum Leipzig 5879

F. 2.

Jahrbuch der Weltgeschichte

Dritter Jahrgang

KARL PROCHASKA
ILLUSTR. JAHRBÜCHER

Von Albin Zeyer

Das Jahr 1902



VERLAG UND DRUCK VON KARL PROCHASKA • LEIPZIG • WIEN • TESCHEN

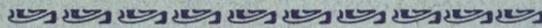
Preis 1 Mk. = K 1.20



Verlag von Karl Prochaska, Leipzig, Wien,
Teichen:

Illustriertes Jahrbuch der Erfindungen

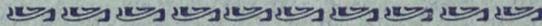
Bearbeitet v. Ernst Sölling. Broschiert 1 Mk.
Hochinteressanter, vielseitiger Text, reich illu-
striert. Volkstümlich und gediegen bearbeitet.
Bis Januar 1903 sind die Jahrgänge I, II
und III erschienen.



Illustriertes Jahrbuch der Weltreisen

u. geographischen Forschungen.

Bearbeitet von Wilhelm Berdrow. Broschiert
1 Mk. Geographische Forschungsfahrten, neue
Beiträge zur Völkerkunde bilden den In-
halt dieses interessanten Buches. Es ist in
jeder Hinsicht ein vortreffliches Werk. Er-
schienen sind die Jahrgänge I (1902) und
II (1903).



Illustriertes Jahrbuch der Naturkunde

Bearbeitet von Hermann Berdrow. Broschiert
1 Mk. Alles Neue, was auf dem so wichtigen,
bedeutungsvollen Gebiete der Naturwissen-
schaften im Laufe eines Jahres entdeckt und
beobachtet wird, ist in diesem Jahrbuche klar,
leicht verständlich und angenehm lesbar dar-
gestellt. Der I. Jahrgang 1903 ist im Januar
1903 erschienen.



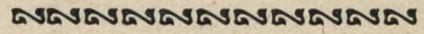
352312

III

1902

**Illustriertes Jahrbuch
der Weltgeschichte**

Das Jahr 1902





Der Deutsche Kronprinz.

Nach einem Gemälde von Hans Fechner.

PROCHASKAS ILLUSTRIRTE JAHRBÜCHER

III 1 1902

Illustriertes Jahrbuch der Weltgeschichte

Dritter Jahrgang

Von Albin Zeyer

Das Jahr 1902



Leipzig
Königstraße 9/11.

Karl Prochaska in Teichen

Wien
Kumpfg. 7.

Inhalt.

Das Deutsche Reich.			
	Mit 9 Bildern.	Seite	
Die Erneuerung des Dreibundes		12	
Die Stimmung am Jahresbeginn		23	
Prinz Heinrich in Nordamerika		30	
Reisen und Reden des Kaisers		42	
Fürstenbesuche am kaiserlichen Hofe		52	
Vom Reichstag		60	
Der Kaiser zur See		62	
Die neue preussische Polenpolitik		67	
Kaiser Wilhelm in Posen		78	
Vorgänge im Sommer und Herbst		88	
Die wirtschaftliche Lage		95	
Die Entscheidung über den Zolltarif		98	
Der Tod Krupps		112	
Die Ruhmeshalle in Görlitz		117	
Heer, Marine und Kolonien		119	
Verschiedenes		121	
Todesfälle		124	
Vom Parteitreiben		126	
Aus Preußen		130	
Aus den Mittel- und Kleinstaaten		132	
Österreich-Ungarn.			
	Mit 2 Bildern.		
Die gemeinsamen Angelegenheiten		148	
Heer und Marine		155	
Die Reise des Thronfolgers		161	
Österreich und Ungarn		166	
Ausgleich und Zolltarif		171	
Der Reichsrat		176	
Vom Hofe		182	
Verschiedenes		184	
Aus dem Parteileben		186	
Von den Tschechen und Polen		188	
Die Kanalbauten		192	
Aus Ungarn		193	
Italien.			
	Mit 1 Bild.		
Die Lage zu Jahresbeginn		197	
Aus den Kammern		199	
König Viktor Emanuel III.		202	
Die inneren Verhältnisse		204	
Die Herbstsession der Kammern		207	
Kolonialpolitisches		209	
Papst Leo XIII. im Jubeljahr		211	
Frankreich.			
	Mit 1 Bild.		
Die allgemeine Lage		213	
Vor den Kammerwahlen		216	
Die Wahlen		217	
Die Reise des Präsidenten Loubet		219	
Die neue Kammer			Seite 222
Der Kulturkampf			225
Die Kammer im Winter			228
Die Affäre Humbert			229
Heer, Marine und Kolonien			231
Die Arbeiterbewegungen			233
Großbritannien.			
	Mit 3 Bildern.		
Das Ende des Burenkrieges			233
England bis zum Friedensschluß			244
Die Königskrönung			247
Der Ministerwechsel			249
Greater Britain.			250
Die zweite Parlamentssession			252
Heer und Flotte			253
Die Burenführer in Europa			254
Südafrika			260
Rußland.			
	Mit 2 Bildern.		
Innere und äußere Lage des Reiches			261
Der Zar und die äußere Politik			263
Unruhen und Reformversuche			264
Ministerveränderungen			270
Slawisches			270
Skandinavien.			
Skandinavien			271
Mittel- und Kleinstaaten.			
	Mit 2 Bildern.		
Mittel- und Kleinstaaten			275
Die Pyrenäische Halbinsel.			
	Mit 1 Bild.		
Die Pyrenäische Halbinsel			279
Die Balkanstaaten.			
	Mit 1 Bild.		
Die Balkanstaaten			285
Amerika.			
Der panamerikanische Kongreß			293
Roosevelt und der Kongreß			296
Die Kanalfrage			298
Die Eroberungen der Union			299
Handel und Verkehr			300
Mittel- und Südamerika			301
Asien.			
Asien			303
Afrika.			
Afrika			307



Vorbemerkung Nicht ein Urkunden- oder Nachschlagebuch ist es, was wir den Lesern bieten, sondern wir wollen ihnen die handelnden Personen, die Kämpfe und Ereignisse in möglichst lebensvollen Bildern vorführen, die Triebkräfte des politischen Lebens aufdecken und den inneren Zusammenhang alles Geschehenen klar machen.

Das Deutsche Reich.

Die Erneuerung des Dreibundes. * Die Stimmung am Jahresbeginn. * Prinz Heinrich in Nordamerika. * Reisen und Reden des Kaisers. * Fürstenbejuche am kaiserlichen Hofe. * Vom Reichstage. * Der Kaiser zur See. * Die neue preussische Polenpolitik. * Kaiser Wilhelm in Polen. * Vorgänge im Sommer und Herbst. * Die wirtschaftliche Lage. * Der Zolltarif. * Die Affaire Krupp. * Der Kaiser in Görlich. * Heer, Flotte und Kolonien. * Verschiedenes. * Todesfälle. * Vom Parteitreiben. * Aus Preußen. * Aus den Mittel- und Kleinstaaten.

Der Ablauf eines längeren Zeitraumes lädt von selber zu einer Rückschau ein, zur Sammlung, Ordnung und Vergleichung der Geschehnisse, die er gebracht, der Eindrücke, die er hinterlassen hat. Wenn dann vor dem geistigen Auge die Vorgänge auf der Weltbühne in buntem Wechsel vorübergleiten, so erfasst man bei aufmerksamer Beobachtung wohl bald den Zusammenhang der politischen Ereignisse und das Ineinandergreifen des internationalen Triebwerks, jedenfalls leichter als dies unter dem ununterbrochen wechselnden Eindruck der Tagesbegebenheiten und der Gelegenheitsstimmungen sonst möglich ist. Von selbst fallen da gewisse allgemeine, für einzelne Zeiträume charakteristische Strömungen im Völkerleben auf. Auch das Jahr 1902 weist einige hervorstechende Erscheinungen dieser Art auf.

Zunächst möchten wir als solche das allgemeine Ruhebedürfnis in der internationalen Politik der Kulturvölker bezeichnen, das im vollkommenen Gegensatz steht zu dem Hasten und Jagen, dem Streben und Klagen auf dem Gebiete des Erwerbslebens. Europa braucht Ruhe, man verlangt auf der ganzen Welt endlich einmal nach Ruhe. Es hat im Vorjahre nicht an Anlässen gefehlt, die zu anderen Zeiten geeignet gewesen wären, einen Weltbrand zu entzünden, diesmal sahen wir bloß die politischen Geschäftsträger der Machthaber beschäftigt, als politische Feuerwehr zu wirken, den kleinsten Brand im Keime zu erstickern, ihn zu lokalisieren und zu verhüten, daß irgendwo Brennstoffe zur gefährlichen Entzündung kommen könnten. Auch im inneren Leben der Völker tritt das Ruhebedürfnis zu Tage. Das Agitatorenwesen hat sich überspannt, die Zugkraft der alten Schlagworte hat sich ausgelebt, die neuen besitzen überhaupt nur wenig davon und suchen durch Derbheit zu ersetzen, was

ihnen an Gehalt abgeht. Die Völker in Bewegung zu setzen, etwa gar zur Revolution fortzureißen, gelingt ihnen nicht und wird ihnen auch nicht gelingen; um das Parteiprogramm nicht in Vergessenheit geraten zu lassen und einige dementisprechende stereotype Resolutionen zu fassen, dazu genügen sie gerade noch. Das gilt so ziemlich für alle Parteien aller Länder.

Damit in einigem Zusammenhang steht eine zweite allgemeine Erscheinung: der rapide Rückgang des parlamentarischen Lebens, so daß man sich schon fragen muß: Was soll daraus werden und wohin soll das führen? Sehen wir ab von den für die weitere politische Entwicklung ziemlich unwesentlichen Vertretungskörpern der kleinen Staaten, so erblicken wir auf dem Montecitorio in Rom die alte unfruchtbare Cliques- und Intrigantengewirtschaft, in Paris schließt die Session vor Weihnachten mit einer solennen Keilerei, zu Budapest in dem prachtvollen Parlamentshause gibt es alle Monate ein paarmal „etwas Aufregendes“, im Reichsrat zu Wien wird die Obstruktion der Tschechen nicht allzu selten durch lebhaftes Krawall- und Schimpfzügen der nationalen Radikalen unterbrochen, das vor Alter ehrwürdige englische Parlament hat soeben seine Geschäftsordnung verschärfen müssen, und im deutschen Reichstage, der zwar nicht als Muster des Fleißes, doch aber als das der Wohlansständigkeit gegolten hatte, sind gegen Ende des Jahres Obstruktionsercheinungen zu Tage getreten, die an wüstem Lärmen und Schimpfen auch die wildesten Vorgänge der letzten Jahre im Wiener Reichsrat nahezu erreichten. Es ist den Parlamentariern sehr zu empfehlen, nicht selbst den Parlamentarismus zu einer vorübergehenden Erscheinung im Staatsleben zu machen. Die Parlamente sind wegen der Staaten da und nicht die Staaten wegen der Parlamente. Wenn das neu eingeführte Rad im

Staatsleben sich unbrauchbar erweist, wird man es ausschalten oder ein neues einführen. Hoffentlich wird das nicht nötig werden.

Im Gegensatz zu den sich immer unverträglicher gebärdenden parlamentarischen Parteien der einzelnen Länder läßt sich eine auf billigen Erwägungen beruhende Annäherung der Völker bereits deutlich erkennen. Namentlich hat sich Europa schon daran gewöhnt, zwei Gruppen von Großmächten, den Dreibund und den Zweibund, mehr neben- als gegeneinander stehen zu sehen, die beide einander das Gleichgewicht halten und, statt sich zu einem Entscheidungskampf zu rüsten, den Weltfrieden wahren und gestatten, daß der eine und der andere Genosse des Bündnisses außerhalb der gemeinsamen Zwecke desselben seine selbständige Politik treiben kann. Wer dieser Bewegung seit einem Jahrzehnt gefolgt ist, dem wird wohl nicht entgehen, daß der Gedanke eines europäischen Bündnisses merkwürdige Fortschritte gemacht hat, daß die französische Revancheidee, ebenso wie die „kosakische Russengefahr“ für Europa nur noch in veralteten Zeitungsredaktionen und verknocherten Parteigreifen, denen die neuen politischen Rezepte noch nicht zugegangen sind, ihr Wesen treiben. Nach Beendigung des Krieges in Südafrika macht sich auch eine gerechtere Beurteilung Englands geltend, und namentlich in Deutschland wächst die Erkenntnis, daß es wohl eine Hauptaufgabe der deutschen Politik sein muß, mit der britischen Macht in gutem Einvernehmen zu stehen, soweit dies den eigenen Interessen nicht widerspricht.

Große Ereignisse sind im Leben der Völker ebenso selten wie in dem des einzelnen Menschen. Man kann nicht in jedem Jahrzehnt ein deutsches Reich gründen oder die Weltkarte in ähnlicher Weise umgestalten. So ist es nicht wunderbar, daß auch das zweite Jahr des neuen Jahrhunderts kein großes Ereignis gebracht hat. In Südafrika wurde die Tragödie des Burenkrieges zu Ende gespielt; um ihr eigenes Volkstum zu retten, sahen sich die Buren genötigt, ihren Staat der Übermacht Großbritanniens zu opfern. Hat es an großen Ereignissen gemangelt, so fehlte es doch nicht an wichtigen. Zu ihnen zählen wir die Unterzeichnung des neuen Dreibundvertrages am 28. Juni. Die Bedeutung dieses nicht unerwarteten Ereignisses beruht in erster Linie darauf, daß das mitteleuropäische Friedensbündnis in unveränderter Gestalt verlängert wurde. Eine Frage von weiterer Kreise angehender Natur ist ferner die von der preussischen Regierung eingeleitete Politik zur Abwehr der polnischen Agitation, die sich auch in Österreich und Rußland fühlbar macht, und nicht minder die unter ungewöhnlichen Umständen erfolgte Annahme des so heiß umstrittenen Zolltarifs im deutschen Reichstage, welcher just am Jahresende der Abschluß des Ausgleichs zwischen Österreich und Ungarn durch die leitenden Minister gefolgt ist. Man wird nicht fehlgehen, wenn man daraus einen Schluß auf sichere Vereinbarung neuer Handelsverträge zwischen allen in Betracht kommenden Staaten Europas zieht.

Zu den bedeutungsvolleren Ereignissen des verflossenen Jahres müssen wir auch den Tod des Königs Albert von Sachsen zählen, dessen Per-

sönlichkeit weit über die Grenzen seines Landes hinaus für das Deutsche Reich wie für die eng verbündete österreichisch-ungarische Monarchie von einer Bedeutung war, die weit über die eines deutschen Bundesfürsten hinüberraigte und durch ein tiefes Gefühl der Trauer in den genannten Reichen gewürdigt wurde.

Die Erneuerung des Dreibundes.

Der Dreibund ist am 28. Juni offiziell verlängert worden und besteht in alter Kraft zur Wahrung des Friedens, nicht allein in Europa. Einsichtige Politiker hatten nie daran gezweifelt, daß die drei Reiche auch ferner das Bundesverhältnis fortsetzen würden, das sich in einer Zeit von mehr als zwanzig Jahren zum Segen dieser Staaten als Bollwerk des europäischen Friedens bewährt hatte. Allerdings hat sich seit den ersten Anfängen des Bündnisses die politische Lage sehr geändert. Im Jahre 1879, als zunächst der deutsch-österreichische Vertrag zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Grafen Andrassy abgeschlossen wurde, standen schwere Wolken am europäischen Himmel, denn es schien die Gefahr eines großen europäischen Krieges zu drohen. In Frankreich glühte die Revancheidee noch unzerstörbar, und Rußland glaubte auf dem Berliner Kongreß nicht den Lohn für seine im letzten Kriege mit der Türkei um panslawistische und griechischorthodoxe Ziele gebrachten Opfer gefunden zu haben. Auch hier richtete sich die Spitze der Verbitterung zunächst gegen Deutschland. Wie Professor Onken erzählt, schrieb damals Kaiser Alexander II. von Rußland wegen einer Grenzregulierung an seinen Oheim, den Kaiser Wilhelm I., drei Briefe, von denen einer immer derber als der andere abgefaßt war. Der Kaiser sandte diese Briefe sofort an den Fürsten Bismarck, der sich gerade zur Kur in Gastein befand, und ließ ihn um seinen Rat bitten. Bismarck erwiderte hierauf, wenn die Briefe nicht als Privatschreiben eines Monarchen an den anderen zu betrachten seien, sondern an die Nation gerichtet, so gäbe es nur eine Antwort darauf und das sei die sofortige Mobilmachung der gesamten deutschen Armee. Da jedoch die Briefe nicht die Gegenzeichnung eines Ministers trügen, so rate er zunächst, an den Kaiser von Rußland ein Schreiben zu richten, in welchem man ihn ersuche, Schriftstücke wie die vorliegenden künftig zu unterlassen oder aber auf dem ordnungsmäßigen Wege an ihre Adresse zu senden. Kaiser Wilhelm, welchem vor allen Dingen die Aufrechterhaltung des Friedens am Herzen lag, reiste sofort nach Rußland und hatte dort eine geheime Unterredung mit seinem kaiserlichen Neffen, deren Inhalt jedoch nicht bekannt geworden ist. Nur das Ergebnis der Unterredung ist uns bekannt, und dies bestand darin, daß in Zukunft derartige Briefe unterblieben.

Bismarck unternahm aber gleichfalls in dieser Angelegenheit eine plötzliche Reise, und zwar begab er sich nach Wien, wo er mit stürmischem Jubel und endloser Begeisterung begrüßt wurde. Ohne in die eigentlichen Vorgänge eingeweiht zu sein, empfand doch der politische Sinn des Volkes ganz genau, daß hier ein neues Kapitel der Weltge-

schichte begonnen wurde. Fürst Bismarck hat nachmals selbst gesagt, er sei nur ein einziges Mal in seinem Leben mit gleichem, alles übersteigendem Jubel begrüßt worden wie in Wien, und das sei 1871 bei der Rückkehr von Frankreich in Köln a. Rh. gewesen. In Wien angelangt, begab sich Bismarck sofort zum Minister des Äußern, Grafen Andrassy, legte diesem die drei Briefe vor und wies darauf hin, daß der Ton der Briefe darauf hindeute, Rußland habe entweder bereits ein Bündnis mit Frankreich abgeschlossen oder ein solches sei sehr nahe. Graf Andrassy schloß sich dieser Ansicht an und war sofort bereit, den Entwurf eines deutsch-österreichischen Bündnisses zu unterzeichnen. Aus diesem Entwurf ist im September 1879 der deutsch-österreichische Vertrag hervorgegangen.

Die von Oncken erwähnte „Grenzregulierung“ bezieht sich offenbar auf die damalige Konstituierung Bulgariens. Am 9. August 1879 hatte eine Zusammenkunft zwischen Kaiser Wilhelm und Kaiser Franz Joseph in Gastein stattgefunden, am 19. August hatte Fürst Bismarck Kissingen verlassen und traf am 21. in Gastein ein, wo schon am 27. und 28. Graf Andrassy mit ihm Besprechungen hatte. Am 3. September fand die erwähnte Zusammenkunft des Kaisers Wilhelm mit dem Zaren in Alexandrowo statt, nachdem schon die Entsendung des Feldmarschalls v. Manteuffel nach Warschau zum Kaiser von Rußland vorausgegangen war. Am 20. September reiste dann Bismarck nach Salzburg ab, von wo er am 21. abends in Wien eintraf. Nach dreitägigen Verhandlungen in Schönbrunn und in der Hofburg zu Wien wurde dann am 24. der Entwurf des deutsch-österreichischen Defensivvertrags im Schlosse von Schönbrunn unterzeichnet. Die Unterzeichnung des Bündnisses selbst erfolgte nach der bekanntlich nicht ohne Mühe erlangten Zustimmung des Kaisers Wilhelm am 7. Oktober durch den deutschen Botschafter Prinzen Reuß in Wien.

Danach ist das anfänglich zwischen den beiden Kaiserreichen vereinbarte Bündnis nicht darum abgeschlossen worden, weil 12 Millionen Deutsche in der österreichisch-ungarischen Monarchie leben, und es ist auch nicht auf Gefühle gegründet, die schnellen Wechsellern unterworfen sein können. Es beruht auf gemeinschaftlichen Interessen, von deren Verteidigung die Wohlfahrt, ja die Existenz der beiden Staaten abhängt. Zunächst erschien 1879 allerdings in erster Linie Deutschland bedroht, aber es lag auf der Hand, wenn damals Österreich zugegeben hätte, daß Deutschland durch einen Koalitionskrieg Rußlands und Frankreichs zerstört oder bis zur Vernichtung geschwächt würde, daß dann unter den dadurch geänderten Machtverhältnissen in Europa die österreichisch-ungarische Monarchie die nächste an der Reihe war, der ein ähnliches Schicksal in Aussicht stand. In gleicher Lage befand sich auch Italien, und darum ist es nach wenigen Jahren dem bisherigen Zweibunde beigetreten. Hätten zwei der drei verbündeten Mächte zugelassen, daß die dritte von Rußland und Frankreich vernichtet oder unterworfen würde, so wären die beiden anderen sicher binnen fünfzig Jahren auch unter die Botmäßigkeit Rußlands und Frankreichs geraten. Es hätte

freilich für Deutschland auch noch eine andere, minder weitstichtige, aber einen raschen Scheinerfolg abwerfende Politik ergeben, nämlich mit Rußland gemeinsam auf die Teilung Österreichs hinzuwirken, und gewisse slavische und clerikal-konservative Kreise in Österreich hatten auch in den Siebzigerjahren diese Politik bei allen Gelegenheiten als die selbstverständliche Absicht Bismarcks hingestellt. Mit dem Abschluß des Bündnisses vom 7. Oktober 1879 war diesen Treibereien ein für allemal ein fester Kiegel vorgeschoben, und auch das politische Gefühl fand seine Befriedigung in der Tatsache, daß das halbttausendjährige Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich, das durch die kriegerische Auseinandersetzung über die Vorherrschaft zwischen den Häusern Habsburg und Hohenzollern im Jahre 1866 einen Bruch erlitten hatte, durch ein neues zeitgemäßes Band eine Wiederbelebung erfuhr.

Nahezu ein Vierteljahrhundert hat der Dreibund seinen Zweck erfüllt und er bildet einen weiteren Beweis für die Dauerhaftigkeit der politischen Schöpfungen Bismarcks. Aber es bedarf wirklich nur eines unbefangenen Hinsiehens, um erkennen zu lassen, daß das Wesen und die Struktur des Bündnisses nicht mehr ganz die alten sind, doch ist es grundsätzlichsch, wenn vor einem Jahre der deutschfeindliche Londoner „Globe“ versicherte, der Dreibund habe nun lange genug gedauert und werde „kraftlos“, weil sich die Lage der verbündeten Mächte geändert habe und sich noch fortwährend ändere. Diese Binsenwahrheit liegt so nahe, daß sie sich das englische Blatt hätte ersparen können. Den Briten wäre freilich ein seiner festen Stütze im Dreibund beraubtes Italien lieber, weil es sich dann wegen seiner gefährdeten Stellung im Mittelmeer bedingungslos den Engländern anschließen müßte. Allerdings ist die politische Lage, die im Jahre 1879 Deutschland und Österreich-Ungarn zu einem Bündnis veranlaßte, längst vorüber und dürfte schwerlich wiederkehren. Der militärmächtige Dreibund im Herzen Europas ist es im wesentlichen gewesen, was die heutige politische Machtgruppierung herbeigeführt hat. Bei dieser Bündnispolitik waren nicht Gründe der alten Hof- und Kabinettsstaatsweisheit, sondern ausschließlich Rücksichten auf das Volkswohl, das in erster Linie Frieden verlangt, maßgebend, und der Boden, auf dem die Verbündeten fußten, war in großen Zügen die gemeinsame Richtung ihrer Staatsinteressen. Das trat schon 1879 bei dem Bündnis zwischen Deutschland und Österreich zu Tage, und ebenso deutlich 1883 bei dem Beitritt Italiens zu dem Dreibund, den Crispi einmal „die Verschwörung für den Frieden“ genannt hat.

Der Dreibund hatte zu Anfang eigentlich zwei politische Spitzen, die indessen nicht aggressiver Natur waren: eine deutsch-italienische Spitze, die gegen Frankreich gerichtet war, und eine deutsch-österreichische mit der Richtung gegen Rußland. Das erste Ziel des Bündnisses, den drei Vertragsmächten gegen irgend welche Koalition ihren Besitzstand zu wahren, ist längst erreicht. Es liegt auf der Hand, daß derartige Verträge nicht für die Ewigkeit abgeschlossen werden können und daß daher vor den Ablauffristen genau erwogen werden muß, ob die Gemeinsamkeit

der Interessen, um den Vertrag zu erneuern, noch besteht. In solchen Zeiten pflegen dann geschäftig alle diejenigen Elemente tätig zu sein, welche den Bund sprengen möchten. Das ist auch im Jahre 1902 ausgiebig der Fall gewesen. Namentlich hatten die Franzosen den Wunsch, Italien von dem Bunde ab und zu sich hinüberzuziehen und, nachdem sich diese Hoffnung als eitel erwiesen hatte, schmeichelte man sich wenigstens mit der Erwartung, Italiens Bundesverpflichtungen würden nach der französischen Seite hin abgeschwächt werden. Zu dieser Annahme hielt man sich wohl wegen des Abkommens für berechtigt, das Italien mit Frankreich über „wichtige Mittelmeerangelegenheiten“ abgeschlossen hatte. Der deutsche Reichskanzler hat aber bekanntlich diese „Extratour“ Italiens nicht tragisch genommen, denn das apenninische Königreich besitzt die Garantie seiner territorialen Sicherheit namentlich Frankreich gegenüber nur durch den Dreibund, und die leitenden Kreise in Rom befinden sich über die letzten Absichten Frankreichs nicht im Zweifel, auch wenn sie nicht so leichtfertig ausgesprochen werden, wie sie leßthin der geschwätzigte Marineminister Pelléan auf seiner denkwürdig gewordenen Mittelmeerfahrt mit dem Geständnis enthüllte: die Befestigungen auf Korsika müßten mitten ins Herz Italiens zielen.

Außer dem mächtigsten natürlichen Gegner des Dreibundes, Frankreich, gibt es auch mindermächtige Parteien in Italien und Nationalitäten in Österreich. Reale politische Unterlagen hat diese Gegnerschaft nicht, denn soweit sie in Italien vorkommt, beruht sie auf der Vorliebe für die Franzosen, bei den Slaven und einzelnen magyarischen Gruppen in Österreich auf Deutschenhaß. Ein politischer Scheingrund, der von dieser Seite öfters gegen den Dreibund vorgeführt wird, geht dahin, daß er ein Schädiger der Staatsfinanzen sei, weil er die Forderungen für Heer und Marine steigere. Tatsächlich ist das Umgekehrte der Fall, denn der Dreibund legt keinem der Verbündeten besondere militärische Verpflichtungen auf, Deutschland trägt aber freiwillig die Hauptlast, hat seit der Gründung des Dreibundes seine Kriegsvorbereitungen nicht nur nicht eingestellt, sondern im Gegenteil gewaltig gesteigert. Es ist im Stande, im Kriegsfall allein ebenso viele waffengeübte Mannschaften zu stellen, als Österreich und Italien zusammengenommen, und diese beiden Staaten haben ein sehr gemächliches Tempo in der Heeresvermehrung einhalten können, weil sie eben Deutschland im eigenen Interesse die Hauptlast auf sich nehmen sahen. In derselben Zeit haben aber Rußland, der gefährlichste Gegner Österreich-Ungarns, und der romanische Rivale Italiens, Frankreich, ihre Heere gewaltig vermehrt. Bestände also der Dreibund nicht, wären Österreich-Ungarn und Italien auf sich selbst angewiesen, so hätten sie wohl oder übel daran gehen müssen, militärisch mit ihren möglichen Gegnern Schritt zu halten. Das wäre wohl etwas teurer gekommen als der Dreibund.

Man sieht, auf welchen dürftigen Krücken die Gegner des Dreibundes herumwanken. Solche Scheinargumente sollen auch nur den eigentlichen Grund, den Deutschenhaß, verbergen, denn es ist gewissen ungarischen Kreisen, namentlich aber den

österreichischen Slaven ein Ärgernis, Deutschland kraft seines militärischen Übergewichtes gewissermaßen an der Spitze des Dreibundes zu sehen. Sie sehen sich dadurch in ihren nationalen Plänen gehindert, obgleich sich Deutschland absolut nicht in die österreichischen Verhältnisse einmischet. Aber schon der mächtige Schatten des Deutschen Reiches hindert Slaven und Magyaren an einer Politik zur vollständigen Vernichtung des Deutschtums in der habsburgischen Monarchie. Daher die Abneigung gegen den Dreibund, die in jeder Beziehung unberechtigt und unpolitisch ist. Solange der Dreibund noch seine gegen Rußland gekehrte Spitze hatte, waren die Polen ein großer Anhänger desselben, seitdem aber Rußland die Politik des Vertragens zwischen Zweibund und Dreibund betreibt und schließlich Preußen dem Übermut seiner Polen energisch entgegentritt, ist es bei den galizischen Polen mit der Liebe zum Dreibund gänzlich aus, und wenn sie nicht ihre günstige Stellung bei der Krone riskieren würden, so würden sie gegen den Dreibund noch mehr wüten als die Tschechen. Dieses als slavischer Vorposten bis mitten in die Kernstellung des Deutschtums vorgeschobene, keineswegs unbegabte Kleinvolk hat niemals die Wirkung eines modernen nationalen Staatslebens an sich erfahren, seine nationalen Erinnerungen und Bestrebungen fußen auf unbestimmten Überlieferungen von einem angeblich großen und mächtigen Wenzelsreiche, das schließlich an Selbstverschuldung zu Grunde ging. Diese Tschechen glauben nun, weil sie in Österreich stark genug sind, um die uneinigen und in den von ihnen bewohnten Kronländern in der Minderzahl befindlichen Deutschen zu quälen und zuweilen den Gang der Staatsmaschine ins Stocken zu bringen, daß sie zu großen politischen Dingen berufen seien. Ihnen geht jeder Blick ins Weite ab, aber ihr ganzes Tun und Treiben entspringt doch nur aus der Furcht vor dem Deutschtum und der Angst vor der preussischen Pickelhaube. Und wer schützt sie davor, wer gestattet ihnen, ihre nationalen Allotria zu treiben? — Gerade der Dreibund. In dem Moment, wo dieser aufhört zu bestehen und das Deutsche Reich, statt der treuesten Verbündete Österreichs zu sein, zum einfachen Nachbar und unfreundlichen Rivalen würde, wenn gar der Fall eintreten sollte, mit welchem die Tschechen immer geflissentlich an der Wand spielen, daß Deutschland eine Politik der Teilung Österreichs einleiten sollte, dann wäre es mit der ganzen Tschecherei auf einmal vorbei. Sie würden sehr klein beigegeben, denn der österreichische Staat müßte dann seine Kräfte ganz anders zusammennehmen und könnte nicht mehr dulden, daß die Tschechen in ihrem nationalen Mutwillen auf dem Staatsweifen herumtrampeln. Wir zweifeln gar nicht daran, daß die politisch gebildeten Tschechen diese Sachlage auch ganz klar durchblicken, aber das Schimpfen auf den Dreibund und der Deutschenhaß gehören nun einmal zu dem eingerissenen nationalen Treiben, und wer da nicht mit macht, geht darin unter.

Man darf also diese Dinge mit kühler Ruhe betrachten. Es ist freilich zweierlei, ob ein Bündnis von allen Gliedern der betreffenden Staaten als wohlthätige Vollendung natürlicher Verhältnisse oder als

lästiger, wenngleich nützlicher Zwang empfunden wird, aber das Bündnis der habsburgischen Monarchie mit dem Deutschen Reiche wird darunter nicht leiden, wenigstens auf absehbare Zeit nicht. Wie es für Deutschland kein natürlicheres Bündnis gibt, als das mit Österreich-Ungarn, so hat dieses gar keine andere Wahl als die des Zusammengehens mit Deutschland. Die Zusammengehörigkeit, die ein halbes Jahrtausend und darüber in allerlei Schicksalen gedauert hatte, hat eine so große Summe gemeinsamer politischer Beziehungen geschaffen, die kein anderes Bündnis bieten kann. Abweichungen davon könnten nur ganz vorübergehender Natur sein. Bündnisse sind freilich heutzutage mehr als bloße Akte der Diplomatie, das Massengefühl ganzer Nationen muß das stützende Fundament sein, auf dem sie sich aufzubauen haben. Nach dieser Richtung steht es in der einen Reichshälfte nicht ganz so wie es sollte, während die Magyaren aus begreiflichen und billigen Gründen tren zum Bundesverhältnis halten. Indessen hat es noch nie ein dreibundfeindliches österreichisches Ministerium gegeben, und der slavische Druck reicht nicht aus, um in dieser Beziehung einen Ausschlag zu geben. Was einzelne Redner in Cis und Trans hie und da gesagt haben, kommt nicht in Betracht, und oft war es bloß ein Pfeil, der rückwärts auf die jeweilige Regierung abgeschossen wurde. Übrigens handeln alle diese Leute in Österreich unpolitisch, denn der Dreibund bildet eine der wertvollsten Garantien für das Bestehen und Gedeihen Österreich-Ungarns, der nur eine ganz außerordentliche Erweiterung des Heeres mit unerhörlichen Kosten gleichgestellt werden könnte. Je gesicherter aber die Monarchie der Habsburger ist, desto sicherer ist auch der nationale Bestand der in ihr lebenden Völkerschaften. Das Anfechten gegen den Dreibund durch einzelne magyarisches Heißsporne sowie durch die Slaven ist darum der reine politische Unverstand, ein törichter Kampf gegen die eigenen Volks- und Staatsinteressen, wenn nicht vielfach bloß politische Mache dahinter steckt.

Der sichere Besitzstand, den der Dreibund seinen drei Alliierten nun schon zwei Jahrzehnte und darüber gewährt hat, läßt ihnen die Hände frei zur Pflege weiterer politischer Interessen, die das Bündnis nicht direkt berühren. Und hierin liegt die eigentliche Wandlung, die der Dreibund im Laufe der Jahre erfahren hat. Kurzsichtige Politiker haben daraus eine Erkaltung, Abschwächung, den Zerfall, die „Kraftlosigkeit“, wie der englische „Globe“ zu meinen glaubte, herleiten wollen. Es dürfte genau das Gegenteil der Fall sein. In der festen Rückenbedeckung, die ihnen die Sicherung des ursprünglichen Zwecks, der damit keineswegs fallen gelassen worden ist, verschafft hat, haben die drei Verbündeten Gelegenheit und Muße, weitere politische Ziele ins Auge zu fassen und zu diesem Behufe Verbindungen anzuknüpfen.

Wenn auch Österreich-Ungarn wegen seiner dualistischen Gestaltung und des Heranwachsens der nationalen Wirren nicht mehr die kraftvolle auswärtige Politik führen kann, die einst Mitteleuropa dirigierte, so hat es doch in ruhiger Konsequenz seine Tätigkeit auf die Balkanhalbinsel gerichtet, wo es in Bosnien und der Herzegowina mit den Mitteln des

alten Absolutismus eine Kulturleistung ersten Ranges vollführt, die nur leider daheim die wenigste Anerkennung findet und höchstens die Anzahl der Streitobjekte mehrt. Aber die dortigen Interessen nötigen Österreich-Ungarn mehr als sonst dazu, den Vorkämpfen in den Balkanstaaten sein Augenmerk zuzuwenden. Ein Hauptvorteil, den Österreich vom Dreibunde hat, liegt nun gerade darin, daß die gespannte Lage auf der Balkanhalbinsel, die Ende der Siebzigerjahre nach der allgemeinen Annahme sich schon zu einem Konflikt zwischen Österreich und Rußland zuzuspitzen schien, sich wesentlich geändert hat. Rußland als der stärkere der beiden Staaten wäre ohne Zweifel rückhaltlos auf sein Ziel losgegangen, wenn es nicht hätte in Erwägung ziehen müssen, daß Österreich-Ungarn gerade wegen seiner Eigenschaft als Verbündeter eine sehr achtbare Macht darstelle, die anzugreifen nicht nützlich sei. So ließ man es gewähren, und seitdem Rußland große Aufgaben in Asien unternommen, die seine gesamten Kräfte voll auf in Anspruch nehmen, hat es unter dem jetzigen Kaiser Nikolaus II. vorgezogen, mit Österreich-Ungarn in Bezug auf die Balkanhalbinsel zu einem *modus vivendi* zu gelangen, von welchem die Reise des Grafen Lamsdorff gegen Ende des Jahres einen neuen Beweis geliefert hat. Wollte sich Österreich-Ungarn mit Rußland definitiv über das Schicksal der Balkanhalbinsel einigen, so würde das den Interessen des Dreibundes nicht im geringsten entgegenstehen. Jede Verständigung zwischen Wien und Petersburg überhaupt dient den Interessen Deutschlands und jede Vereinbarung der beiden über die Balkanhalbinsel würde dort volle Zustimmung finden. Auch Italien könnte kaum etwas dagegen einwenden, denn sein albanesisches Begehren könnte leicht Berücksichtigung finden oder durch einen Ausgleich anderswo entschädigt werden.

Italien, der schwächste der Dreibundstaaten, scheint aus diesem Verhältnis den meisten Vorteil zu ziehen. Für den Fall, daß in Frankreich wieder einmal ein klerikales Regiment ans Ruder kommen sollte, garantiert der Dreibund den Italienern den Besitz der ehemals weltlichen Herrschaft des Papsttums. Das ist für ganz Italien vollkommen klar. Inzwischen hat es eine gewisse Annäherung an Frankreich vollzogen, um sich für den Fall neuer Umwandlungen auf türkischem Gebiet den Anspruch auf Tripolis zu sichern, nachdem es einst das noch bedeutendere Tunis hatte an Frankreich überlassen müssen. Seit längerer Zeit besteht auch ein Einvernehmen Italiens mit England, denn im Mittelmeer findet eine ganz besondere Gruppierung der Mächte statt. Um seine langgestreckten Küsten im Falle eines Zusammenstoßes mit Frankreich gegen die französische Flotte zu schützen, hatte sich Italien England genähert, welches wieder in Italien eine wünschenswerte Verstärkung seiner Stellung im Mittelmeer fand. Ob übrigens dieses Verhältnis noch so sein wird, wenn es sich einmal um den entscheidenden Kampf wegen der Seeherrschaft im Mittelmeer handelt, und ob dann Italien nicht zu den Begnern Englands zählen wird, ist noch nicht abzusehen. Übrigens berührt diese Frage die Interessen des Dreibundes nicht in erster Linie, doch zieht Italien in jedem Falle Vorteil von ihm.

Gerade diese aller Welt bekannte Tatsache gab Anlaß zu Erörterungen in der Presse, als die Nachricht von einer Annäherung Italiens an Frankreich und von gewissen geheimen Abmachungen bekannt wurde. Namentlich die sogenannten „guten Freunde“ des Dreibundes konnten ihre Freude über den voraussichtlichen Abfall Italiens gar nicht verhehlen. Alle Feinde Deutschlands hatten ihre Lust daran und die Gegner des deutschen Zolltarifs bewiesen haarfarrig, daß er die Erneuerung des Dreibundes erschwere oder gar unmöglich mache. Man benutzte dazu einige gelegentliche Äußerungen des italienischen Ministers des Äußern Prinetti. Aber dieser ehemalige Mailänder Fabrikant und Großindustrielle gehört zu denjenigen Italienern, die, wie auch der frühere Inhaber seines Ressorts, Herr Visconti-Venosta, zwar die Feindschaft mit Frankreich verabscheuen, aber darum den Friedensbund mit Deutschland und Österreich-Ungarn durchaus nicht aufzugeben wünschen. Sie sind Lateiner genug, um für Frankreich etwas übrig zu haben, aber sie sind auch so weit Realpolitiker, um nicht genau zu wissen, wie viel das Ansehen Italiens seinerzeit durch den Anschluß an den Dreibund gewonnen hat. Da nun den Sympathien für Frankreich in dem handelspolitischen Wohlwollen der Republik ein greifbarer Gegenwert gegenübersteht, da auch Frankreich in der Tripolisfrage ein Einsehen zeigte, so waren die Diplomaten vom Schlage der Visconti-Venosta und Prinetti jederzeit gern bereit, den Regierenden in Paris freundliche Augen zu machen, denn das schadet ihnen und dem Dreibunde gar nichts. Aber sie denken gar nicht daran, die starke Rückendeckung zu verlassen und sich irgendwie in ein Abhängigkeitsverhältnis zur französischen Republik zu bringen. Als der deutsche Reichskanzler Graf Bülow am 8. Januar im Reichstage auf gewisse italienische Heißsporne anspielte und ihnen einfach zu verstehen gab, Deutschland sei heute nicht mehr, wie vielleicht früher, auf den Fortbestand des Dreibundes angewiesen, so wußte er wohl, wohin er zielte. Mit dieser Redewendung hatte er die Legenden über die neue italienische Allianz auf das rechte Maß zurückgeführt, und daß Herr Prinetti ihn vollkommen verstanden, hat er zu Ostern durch sein Erscheinen in Venedig bewiesen, wo Graf Bülow zum Besuche bei seiner Schwiegermutter weilte.

Deutschland hat vermöge der außerordentlichen Vermehrung seiner Wehrkraft zu Wasser und zu Lande, unbeschadet seiner Stellung im Dreibund, die Rolle einer Weltmacht zu spielen begonnen. So haben die Dreibundmächte, entsprechend der Freiheit der Bewegung, die ihnen der Vertrag ermöglicht, es verstanden, auch mit den außerhalb des Dreibundes stehenden großen Nachbarreichen freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen und aufrecht zu erhalten. Die sorgfältige Pflege aller solcher dem Frieden förderlicher Beziehungen zum Auslande ist gerade durch das Bestehen des Dreibundes erleichtert worden, da jeder Dreibundstaat mit Recht Vertrauen in die Gesinnung des anderen setzen konnte. Um so mehr lag es im Interesse der drei Staaten, dieses Friedensbündnis, das ihre sicherste und wirksamste Rückendeckung bildet, weiter in voller Kraft bestehen zu lassen, um so mehr waren die

Gegner dieses Friedensbündnisses bemüht, sein Aufhören zu wünschen und anzukündigen.

Als erste offizielle Kundgebung, welche als Verkündigung der Erneuerung des Dreibundes aufzufassen war, ist die bereits erwähnte Rede des Reichskanzlers Grafen Bülow am 8. Januar im deutschen Reichstage anzusehen, in welcher sich der Leiter der deutschen Politik sehr offen über den Charakter und die Tragweite des Dreibundes aussprach. Die selbstbewußte Gelassenheit, mit welcher er die einschlägigen Fragen unter dem Gesichtspunkte des „Systems der Gleichgewichte“ besprach, entbehrten nicht des Eindruckes, dagegen fand der ebenfalls oben schon erwähnte Hinweis darauf, daß Deutschland nicht stärker als seine Bundesgenossen an dem Bestehen des Dreibundes interessiert sei, vielfach eine falsche Auslegung und ergöhte namentlich die Gegner des Bündnisses für eine kurze Weile. Außerdem betonte Graf Bülow, der Dreibund sei keine Erwerbsgenossenschaft, aber eine Versicherungsgesellschaft, die nicht angriffsweise vorgehe, sondern verteidigend und deshalb in hohem Maße friedlich sei. Er wies darauf hin, daß der Dreibund nicht auf einer künstlichen Mache beruhe, sondern die Versöhnung darstelle zwischen den nationalen Errungenschaften, die aus den Kämpfen der Sechziger- und Siebzigerjahre hervorgegangen seien, und jenen Grundsätzen der Stabilität, die nach Beendigung der napoleonischen Kriegsstürme auf der Grundlage der Wiener Verträge Europa während eines halben Jahrhunderts den Frieden gesichert hatten. „Der Dreibund verbindet die Vergangenheit mit der Gegenwart und sichert die Zukunft.“ Was Graf Bülow da über den Dreibund gesagt hat, das waren Bismarcksche Grundsätze, in den Rahmen der erweiterten Interessen und Pflichten gefaßt, in den seit den Tagen seines ersten Kanzlers die Politik des Deutschen Reiches hineingewachsen ist.

Da namentlich die freundlichen Beziehungen Italiens zu Frankreich und einige Aussprüche Prinettis den Dreibundgegnern Stoff zur Verkündigung seiner Auflösung geboten hatten, so war das Vorkommnis der Osterwoche, die Urlaubsreise des Grafen Bülow nach Oberitalien und die Begegnung mit Prinetti, ein Hauptstück für die Sensationspresse. Wäre man nicht so beflissen gewesen, aus gänzlich unzureichenden Indizien die Hinfälligkeit des Dreibundes herleiten zu wollen, so wäre doch an dem ganzen Besuche samt Begegnung so gut wie nichts gewesen. Der deutsche Reichskanzler hat eine Italienerin zur Frau und ihre Mutter wohnt in Oberitalien. Gewisse Leute im Norden haben die Eigentümlichkeit, eine kleinere oder größere Frühjahrs-pause in Südtirol, an der Riviera oder in Italien zu verbringen, und Graf Bülow hat diese Eigentümlichkeit, die ihm aus den angedeuteten Gründen noch näher liegt, als manchem anderen, ebenfalls. Er war auch schon im Jahre vorher auf kurze Zeit in Italien gewesen und hatte bei dieser Gelegenheit auch mit dem dortigen Minister des Äußern eine Besprechung gehabt. Man hatte damals nichts Auffälliges daran gefunden, aber diesmal hatte sich um die Reise Bülows in den Blättern ein wahrer Legendenfranz gebildet. Die „unterrichteten“ Zeitungen wußten jede das allein Richtige, nur wider-

sprachen sie sich leider durchaus, denn nicht nur die Erneuerung des Dreibundes und der Handelsvertrag zwischen Deutschland und Italien, sondern auch die Reise des Königs Viktor Emanuel nach Petersburg, die Möglichkeit der Besetzung von Tripolis durch Italien sowie eine freundliche Vermittlung Deutschlands beim Wiener Hofe zu Gunsten des italienischen Eingreifens in Albanien wurde als Gegenstand der Besprechung beider Minister genannt. Leute, die nicht den Beruf ihrer Ohren darin suchen, das Gras wachsen zu hören, begnügten sich mit den Tatsachen, die an sich nichts Auffälliges boten und nur selbstverständliche Vorgänge früherer Jahre wiederholten.

Als die Nachricht von der Absicht des Grafen Bülow, seinen Osterurlaub in Italien zu verbringen, nach Rom gelangte, gab sofort Prinetti dem deutschen Botschafter beim Quirinal, Grafen Wedel, seinen Wunsch zu erkennen, mit dem Reichskanzler eine Besprechung zu haben, zu welcher er auf der Rückkehr von Merate in der Provinz Como nach Venedig kommen wolle. Selbstverständlich stimmte Graf Bülow zu, um so mehr, da diese Begegnung als das wirksamste Dementi der noch immer breitgetretenen Meldungen über die Auflösung des Dreibundes gelten mußte. Als sich auch der jüngste Bruder des Reichskanzlers, der deutsche Militärattaché in Wien, Major v. Bülow, über die Osterfeiertage nach Venedig begab, wollten die „Unterrichteten“ daraus schon wieder schließen, daß der Reichskanzler nicht über Wien nach Berlin zurückkehren werde. Es kam aber alles anders und der Reichskanzler traf zur Überraschung aller „Unterrichteten“ am 9. April abends in Wien ein, hatte anderen Tages eine Unterredung mit dem Grafen Goluchowski, wurde hierauf vom Kaiser Franz Joseph in Audienz empfangen, machte die üblichen Besuche und reiste am 11. vormittags nach Berlin zurück. Es hatte sich also alles ganz regelrecht in den gewohnten Formen abgespielt und das dem Ministerium des Äußern nahestehende „Wiener Fremdenblatt“ schrieb dazu, es sei selbstverständlich, daß Graf Bülow, wie mit Prinetti, nun auch eine Begegnung mit dem Grafen Goluchowski gewünscht habe, mit dem er schon von Bukarest her befreundet sei. Es habe ihm nahegelegen, die in Venedig erörterten, für alle drei Reiche wichtigen Fragen jetzt auch in Wien in persönlicher Unterredung zu behandeln und seine Eindrücke der Besprechungen mit Prinetti über die Bundesverhältnisse und die Handelsverträge hier mitzuteilen. Das Ergebnis der italienischen Besprechungen sei eine erfreuliche Übereinstimmung gewesen. Zu dem Ehrenmahl, das Graf Goluchowski abends für Bülow gab, waren alle Minister erschienen und auch der ungarische Ministerpräsident v. Szell auf telegraphische Einladung eingetroffen.

Die Anfang Mai in den Delegationen in Budapest abgegebenen Erklärungen des Grafen Goluchowski über die bevorstehende Erneuerung des Dreibundes lauteten so bestimmt, daß sie die letzten Zweifel der dreibundfeindlichen Blätter an der Fortdauer des Bündnisses zum Schweigen brachten. Man weiß, wie sorgfältig und vorsichtig Graf Goluchowski seine Worte zu wählen pflegt. Schließlich gab auch als Sprecher des Dritten im Bunde, der italienische

Minister des Äußern, Prinetti, am 23. Mai in der Kammer zu Rom Erklärungen über den Dreibund ab, die aus seinem Munde doppelt interessant klangen, weil er von den Gegnern des Bündnisses zeitweilig als Kronzeuge gegen die Fortdauer desselben geführt worden war und weil seine Aussage gerade in die Tage fiel, an denen in Petersburg die Vertreter des Zweibundes, der Zar und Präsident Loubet, Worte der Freundschaft tauschten. Neues konnte und wollte Prinetti über den Dreibund selbstverständlich nicht sagen, aber er legte Wert darauf, die törichtesten Zweifel zu zerstören, die sich an die Erneuerung geknüpft hatten, und die Gerüchte über angebliche Zusatzprotokolle, die einen aggressiven Charakter gegen Frankreich haben sollten, als falsch zu bezeichnen. Die drei Regierungen hätten zwar noch nicht unterzeichnet, aber sie hätten einander den Entschluß kundgegeben, zu geeigneter Zeit an die formelle Erneuerung des Bündnisses zu gehen.

Da der Dreibundvertrag noch bis zum Mai 1903 läuft, so war eine Erneuerung nicht gerade dringlich. Trotzdem wurde schon Sonnabend, den 28. Juni, mittags um 12 Uhr im Reichskanzlerpalais zu Berlin die unveränderte Erneuerung des Dreibundvertrages durch den deutschen Reichskanzler Grafen Bülow, dem österreichisch-ungarischen Botschafter v. Szöeggyeny-Mariich und dem italienischen Botschafter Grafen Canza unterzeichnet. Da in der Lage der auswärtigen Politik kein Grund für diese Beschleunigung der Unterzeichnung zu erkennen ist, so wird man wohl mit Recht den Anlaß dazu in dem Umstande sehen, daß von den freihändlerischen Gegnern der Zoll- und Handelsvertragspolitik und namentlich des öffentlich zur Beratung stehenden deutschen Zolltarifentwurfs mit der Behauptung eifrig Agitation getrieben wurde, eine solche Tarifpolitik erschwere die Erneuerung des Dreibundes und mache ihn unmöglich. Dem konnte am besten durch den tatsächlichen Beweis des Gegenteils entgegengetreten werden. Übrigens hatte schon Prinetti in seiner Rede in der italienischen Kammer der Auffassung Ausdruck gegeben, der beste Weg, mit Deutschland und Österreich-Ungarn zu guten Handelsverträgen zu gelangen, sei, die politischen Verträge mit diesen beiden Reichen zu erneuern.

Die Unterzeichnung des Vertrages überraschte niemand und es zeigte sich in dieser vollständigen Ruhe, mit der das Ereignis aufgenommen wurde, daß die ganze Gegnerschaft gegen den Dreibund in der Hauptsache bloß Preßmacht gewesen war. Von besonderem Wert war die offizielle Erklärung, daß der Dreibund „in unveränderter Form“ erneuert worden ist. Damit entfielen die namentlich von französischen Blättern in die Welt gesetzten Gerüchte, nach denen angeblich Italien nur mit gewissen Beschränkungen von neuem beigetreten sei. In Rußland und Frankreich nahm man die Nachricht mit objektiver Gelassenheit hin. Der „Sigaro“ erklärte: „Wir nehmen mit aller Beruhigung die Erneuerung des Dreibundes auf. Wir nehmen Akt von seinem friedlichen Charakter, der nicht verdächtigt werden kann, und bleiben unseren Erinnerungen treu, welche niemand auszulöschen vermag. Ähnlich sprachen sich

auch andere französische Blätter aus, einige äußerten sich ärgerlich über Italien und „Autorité“ sagte: „Italien wisse, daß Frankreich ein anderes Ergebnis der französisch-italienischen Annäherung erwartet habe.“ Die englischen Blätter sprachen ihre volle Befriedigung über die Erneuerung des Vertrages aus und der „Standard“ begrüßte sie als ein Unterpfand des europäischen Friedens, an welchem England als Handelsstaat in erster Linie interessiert sei.

Der Friede in Europa ist nun wieder auf längere Zeit hinaus gesichert. Einzig in der Geschichte steht das System der Bündnisse da, welches nach dem Bismarckschen Vorbild des deutsch-österreichischen Bündnisses entstanden und für die Erhaltung des europäischen Friedens von entscheidender Bedeutung geworden ist. In früherer Zeit wurden zur Herbeiführung des europäischen Gleichgewichts Kriege geführt, heute werden zu dem gleichen Zwecke Bündnisse geschlossen. Niemals kannte man früher eine Allianz, welche nicht bestimmte politische Ziele verfolgte, Fürst Bismarck und Graf Andrássy haben mit dem deutsch-österreichischen Bündnis einen neuen Weg in der Politik eingeschlagen und haben damit Schule gemacht. Sie bezweckten keine Eroberung, keiner der vertragschließenden Staaten verlangte vom anderen eine Unterstützung zur Erreichung politischer Zwecke. Das deutsch-österreichische Bündnis hat sich zum Dreibund erweitert und nach seinem Muster ist der französisch-russische Zweibund entstanden. An die Stelle der Gleichgewichtskriege sind die Gleichgewichtsbündnisse getreten. Das Bedürfnis der Völker nach ruhiger Entwicklung drängt auf dieser Bahn noch weiter. Ohne Beispiel in der Geschichte war aber bisher die neue Erscheinung, daß Bündnisse den Frieden verbürgen und die Gewähr dafür bieten, daß keine Veränderungen eintreten. Die großen politischen Gruppen, in denen sich die mächtigsten Staaten unseres Kontinents zusammengefunden haben, sind darum politisch vollkommen berechtigt, und nur noch eine „papierene Wand“ hindert sie davor, sich zu einem Bündnis zur Wahrung der Interessen des Weltteils zusammenzuschließen. Das Bündnis der drei Zentralmächte wird auch hierfür den Anlaß und den festen Kern abgeben.

Die Stimmung am Jahresbeginn.

Das deutsche Volk stand zu Beginn des Jahres 1902 durchaus unter den Eindrücken des Burenkrieges, dessen nahes Ende noch nicht ersichtlich war. Es war nicht das erste Mal, daß die Welt Zeuge eines so ungleichen Kampfes sein mußte, aber die leidenschaftliche Erregung, mit der diesmal die kriegerischen Vorgänge verfolgt wurden, hat doch wohl kaum ihresgleichen gehabt. Diese Burenbegeisterung, die sich zur rücksichtslosen Parteinahme entwickelte, ordnete alles und jedes dieser Tendenz unter. Für den gleichzeitigen Freiheitskampf der Tagalen auf den Philippinen, für die Unterdrückung des finnischen Volkstums im benachbarten Rußland interessierte sich keine Seele, somit genügte das allgemeine menschliche Mitleid, dessen der Schwächere in einem derartigen Ringen immer sicher ist, keineswegs, um die allgemeine Erregung zu erklären. Der Bur erschien der großen

Masse des Volkes durchaus als der ideale Held, den der goldgierige Brite von Haus und Hof vertreiben wolle, und daß die Kapholländer zum großen Teil germanischer Abstammung sind, war für die Deutschen ein besonderer Anreiz zur Teilnahme, hielt aber Slaven und Romanen ebensowenig von lebhaften Sympathien ab, wie der Umstand, daß die Buren ausgesprochene, unduldsame Protestanten sind. Die allgemeine Begeisterung findet höchstens ein Analogon in der Schwärmerei für die Griechen in den Zwanziger- und für die Polen in den Dreißigerjahren des vorigen Jahrhunderts. Der allgemein gehaßte Türke und später der Russe von damals war jetzt der Engländer, dessen Beliebtheit bei der großen Masse seit der großen liberalen Strömung in der vormärzlichen Zeit gewaltig abgenommen hat und in ihr Gegenteil umgeschlagen ist.

In keinem Lande stand die Burenbegeisterung höher als in Deutschland, und wenn Kaiser Wilhelm den Engländern in den Arm gefallen wäre, würde ihn allgemeiner Jubel umbraust haben, bis — die Nachwehen gekommen wären. Daß gar kein triftiger Grund dazu vorlag, daß die ausblühende deutsche Flotte der englischen noch durchaus nicht gewachsen war, daß England in der Lage gewesen wäre, den überseeischen deutschen Verkehr bis zur Vernichtung zu unterdrücken, daran dachte die Gefühlspolitik der Menge nicht. Ein großer Teil der Presse hatte aus Parteigründen ein Interesse daran, diese Stimmung zu schüren, und die große Anzahl derer, die bei jeder Gelegenheit ausrufen: Ja, Bismarck hätte das ganz anders gemacht! half wacker mit. Sie vergaßen, daß Bismarck solchen Schürern und Stimmungsmachern nach der großen Agitation für den bulgarischen Battenberger am 11. Januar 1887 im Reichstage zurief: „Was ist ihnen Hefuba?“ — daß er seine Laufbahn als Ministerpräsident damit begann, daß er sich absolut nicht von der liberalen Strömung und von der Mehrheit im preussischen Abgeordnetenhaus zu einem Bruch mit Rußland zu Gunsten der aufständischen Polen drängen ließ. Wie es damals „gegen Rußland!“ hieß, so lautete jetzt der allgemeine Ruf: „gegen England!“ Es ist ja richtig, daß die Deutschen Grund genug haben, die Engländer nicht sehr zu lieben, denn gerade diese haben sich bei den ersten Anfängen des jetzigen Deutschen Reiches — namentlich 1864 und wieder 1871 — höchst mißgünstig bis feindselig benommen, sie haben gern mit Verachtung auf den armen „Dutchmen“ herabgesehen und begegnen noch heute seiner Konkurrenzfähigkeit in Industrieerzeugnissen und im Handelsverkehr mit unerböhlichem Neid und unbilligen Mitteln. Auf Sympathien konnten die Engländer in Deutschland mithin nicht rechnen, aber die Burenbegeisterung war doch übertrieben und artete schließlich in politische Suggestion aus. Daß das richtig ist, beweist der vollkommene Umschwung seit einem Jahre. Wer spricht noch heute von den Buren, wie wenige kümmern sich noch um sie? Sind diese wackeren Leute, die mit ruhiger Würde ihr schweres Schicksal tragen, darum weniger Helden, weil sie nicht mehr das tägliche Sensationsfutter für die Zeitungen liefern? Es ist damals viel mißverständener Idealismus und noch mehr findiger Geschäftsgeist rastlos am Werke gewesen,

zwei große Kulturvölker, die überall auf dem Erdenrund darauf angewiesen sind, sich im friedlichen Wettbewerb um den Weltmarkt zu begegnen, dauernd zu entzweien.

Die durch den wenig aussichtsvollen Gang des Krieges in ihrem Nationalstolz ohnehin tief getroffenen Briten empfanden die allgemeine Schadenfreude schmerzlich und blieben die gereizte Antwort nicht schuldig, am erbittertsten waren sie aber gegen Deutschland. Dazu kam noch, daß gerade Chamberlain, in dessen Persönlichkeit man allerorten den bösen Genius Englands zu erkennen glaubte, der aber sonst als Politiker immer für ein Zusammengehen mit Deutschland eingetreten war, ein geradezu läppisches Ungeschick begangen hatte. In einer Wahlrede, die er am 26. Oktober 1901 gehalten hatte, war er auf den Burenkrieg zu sprechen gekommen und folgendermaßen rednerisch entgleist: „Ich glaube, daß die Zeit gekommen oder nahe ist, wo strengere Maßregeln notwendig werden, und wenn die Zeit kommt, können wir für alles, was wir tun mögen, Präzedenzfälle in dem Auftreten derjenigen Nationen finden, die jetzt unsere „Barbarei“ und unsere „Grausamkeit“ kritisieren, deren Vorbilder in Polen, im Kaukasus, in Algerien, in Tonking, in Bosnien und im französischen-deutschen Kriege wir jedoch niemals auch nur annähernd erreicht haben.“ Unpolitisch konnte man sich allerdings kaum äußern und in einem Atem Rußland, Frankreich und Deutschland beleidigen. Namentlich das deutsche Volk flammte auf, denn es wollte und konnte sich nicht gefallen lassen, daß irgend jemand auf die heldenmütigen deutschen Krieger mit plumpen Singern Schmutzflecken zu werfen wagte. Das „Volk in Waffen“, das sich rühmen konnte, daß sich alle dem französischen Haß entsprossenen Verleumdungen der deutschen Kriegführung als Erfindungen erwiesen hätten, wollte sich das nicht sagen lassen von einem Manne, unter dem doch nur ein Heer von Söldnern und Mietlingen einen wenig erfolgreichen Krieg in Südafrika kämpfte.

Die Volksstimmung hatte einen Hitzeegrad erreicht, daß etwas geschehen mußte, um so mehr, als ein großer Teil der Presse die Aufregung durch Andeutungen zu schüren suchte, daß die übertriebene Freundlichkeit des Kaisers für England dem deutschen Volke eine solche Schmach und Demütigung eingebracht habe. Die Abfertigung Chamberlains übernahm mit gewohnter Eleganz und Schlagfertigkeit der Reichskanzler Graf Bülow, indem er am 8. Januar auf eine Interpellation des Abgeordneten Grafen Stolberg-Wernigerode im Reichstage erwiderte: „Der Herr Vorredner hat in seinen Ausführungen eine Äußerung berührt, welche vor einiger Zeit ein englischer Minister über das Verhalten unseres Heeres im deutsch-französischen Kriege gemacht hat. Ich glaube, wir werden darüber alle einig sein, und ich meine, es werden auch alle verständigen Leute in England mit uns darüber einig sein, daß, wenn ein Minister sich gezwungen sieht, seine Politik zu rechtfertigen — das kann ja vorkommen (Heiterkeit) —, daß er dann wohl daran tut, das Ausland aus dem Spiel zu lassen. (Sehr richtig!) Will er aber doch fremd-

ländische Beispiele heranziehen, so empfiehlt es sich, das mit großer Vorsicht zu tun. (Beifall. Sehr richtig!) Sonst läuft man Gefahr, nicht nur mißverstanden zu werden, sondern auch, ohne es zu wollen, wie ich annehmen will und wie ich annehmen muß nach dem, was mir von der anderen Seite versichert wird, fremde Gefühle zu verletzen. Das ist aber um so bedauerlicher, wenn es einem Minister passiert gegenüber einem Lande, das mit dem seinigen, wie Graf Stolberg soeben mit Recht hervorgehoben hat, stets gute und freundschaftliche Beziehungen unterhalten hat, deren ungetrübte Fortdauer in gleichem Maße den Interessen beider Teile entspricht. (Sehr wahr!) Es ist durchaus begreiflich und vollkommen in der Ordnung, wenn in einem Volke, das mit seinem siegreichen Heere so eng verwachsen ist wie das deutsche Volk — auch dies hat mit großem Recht der Vorredner betont —, wenn da das allgemeine Gefühl sich auflehnt auch gegen den Versuch und selbst gegen den Schein, den heroischen Charakter und die sittliche Grundlage unserer nationalen Einheitskämpfe zu entstellen. (Lebhafte Beifall.) Das deutsche Heer steht viel zu hoch und sein Wappenschild ist viel zu blank, als daß es durch Angriffe oder ungerechtfertigte Urteile berührt werden könnte. (Lebhafte Beifall.) Von so etwas gilt, was Friedrich der Große*) einmal sagte, als man ihm von einem Manne sprach, der ihn und die Armee angegriffen hatte. „Laßt den Mann gewähren“, sagte der große König, „und regt euch nicht auf, er beißt auf Granit.“ (Große Heiterkeit.) — An dieser Kritik des rednerischen Ungeschicks des englischen Kolonialministers hatten Ironie und Laune ebenso viel Anteil, als nüchterne Erwägung und ruhiges Kraftbewußtsein. Graf Bülow schloß diesen Teil seiner Rede unter wiederholter lebhafter Zustimmung des Hauses.

Damit hätte die Sache eigentlich abgemacht sein können, um so mehr, als auch Graf Bülow besonderes Gewicht darauf gelegt hatte, zu betonen, daß die ungetrübte Fortdauer guter und freundschaftlicher Beziehungen zu England im Interesse beider Länder liege. Die englischen Blätter nahmen aber die Abfertigung Chamberlains sehr unfreundlich auf, machten ihrer Verstimmung zum Teil sogar in recht scharfen Worten Luft und auch in den gemäßigten Äußerungen klang bitterer Unmut durch. Zumeist bestritten sie die aus den Worten des Reichskanzlers herausgelesene Annahme, daß die britische Regierung wegen der Rede Chamberlains beschwichtigende Erklärungen auf diplomatischem Wege abgegeben habe, und verwahrten sich gegen alle fremden Verweise. „Daily Telegraph“ kam wohl der Wahrheit am nächsten, wenn er meinte, Graf Bülow hätte diesen Ton anschlagen müssen, um seine voringenommene Zuhörerschaft zu beschwichtigen und gleichzeitig ein befreundetes Land möglichst wenig zu verletzen. Im allgemeinen äußerte man sich zustimmend über den Passus von den „guten Beziehungen“, meinte aber, die Feinde der Freundschaft säßen in Deutschland.

Wie wenig man aber sonst gewillt war, die

*) Ein Irrtum; das Wort stammt von Napoleon I.



Der Besuch des Prinzen von Wales am deutschen Kaiserhof: Der Kaiser und der Prinz von Wales auf dem Wege vom Schloß zur Paroleausgabe im Zeughaufe am 27. Januar.

grobe Ungefehrlichkeit Chamberlains tragisch zu nehmen, zeigten bald weitere Vorkommnisse. Es verlautete gleich nach der Abfertigung des englischen Kolonialministers durch den Grafen Bülow, daß der englische Thronfolger, der Prinz von Wales, zum Geburtstage des Kaisers Wilhelm in Berlin eintreffen werde. Allerdings hielt die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“ für nötig, zu versichern, daß von Berlin keine Einladung ergangen sei, sondern der Besuch auf Wunsch des Königs Eduard erfolge. Letzterer schlug also ganz den Weg des Kaisers Wilhelm ein, sich durch Volksstimmungen und gelegentliche Verstimmungen der Ministerien nicht bei der Pflege der verwandtschaftlichen Beziehungen beeinflussen zu lassen. Viel bemerkt wurde auch eine Äußerung des neu ernannten deutschen Botschafters für London, des Grafen Wolff-Metternich, eines persönlichen Freundes und Reisegenossen auf den Nordlandsfahrten des Kaisers Wilhelm. Bei seinem Abschiedsbesuch in Hamburg hatte Graf Metternich auf den Wunsch des Hamburger Bürgermeisters Mönckeburg, er möge die freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und England aufrecht erhalten, erwidert, einige exaltierte Geister schienen zu glauben, daß die althergebrachten Beziehungen zwischen Deutschland und England nicht weiter fortgeführt zu werden brauchten; diesem „extravagananten Jugendstil in der Politik“ brauche er sich aber glücklicherweise nicht anzuschließen und halte es auch im deutschen Interesse für nützlich, wenn wir dem alten Kulturvolk germanischer Abkunft jenseits des Kanals, wie in der Vergangenheit, so auch in Zukunft mit derjenigen Achtung begegnen, welche auch allein schon die internationale Höflichkeit erfordere.

Der Besuch des Prinzen von Wales in Berlin erfolgte unter ziemlich kühler Stimmung in beiden Ländern. Die englische Presse sprach sich nicht darüber aus und nur der ministerielle „Standard“ betonte, die Entsendung des Prinzen beweise an sich schon, daß England nicht den Wunsch hege, die Spaltung zu erweitern, die zu schaffen übelgesinnte Persönlichkeiten ihr Bestes getan hätten. Kein wirklicher Zwiespalt der Interessen trenne das britische vom Deutschen Reich. Man liebt also drüben in England Deutschland nicht, aber seine Feindschaft scheint man doch nicht zu wünschen. In Berlin war der Empfang des Prinzen von Wales bei der Bevölkerung auffallend kalt und auch der offizielle Ton ließ einige Zurückhaltung erkennen. Schon die Begrüßung, welche die „Nordd. Allg. Zeitung“, das Organ des Reichszanzlers, dem Prinzen bei seiner Ankunft widmete, zeigte in gemessenen Worten, daß man die Ehre wohl zu schätzen weiß, zugleich aber auch, daß Graf Bülow sie nicht überschätzt. „Freiwillig senken sich die Waffen des politischen Tagesstreites vor dem britischen Königssohn,“ aber das Blatt ließ dabei durchblicken, daß sie nachher wieder geschwungen werden könnten. Auch der Trinkspruch des Kaisers auf den Prinzen war wohl in ungewöhnlich schmeichelhafte Formen gekleidet, aber sie galten nur der Person und sollten das völlige Ausbleiben des sonst üblichen Hinweises auf freundschaftliche Beziehungen der beiden Völker verdecken. Auch von

einer Kameradschaft der beiden Armeen, die doch auf dem Schlachtfelde von Waterloo und schon früher gemeinsam im Feuer gestanden hatten, wurde nicht gesprochen, obgleich dies wohl bei der Denkwaise des Kaisers sehr nahe gelegen hätte, aber er konnte doch der englischen Waffenbrüder nicht gedenken, da einer der gegenwärtigen englischen Machthaber die deutsche Armee ungerechterweise geschmäht hatte. So blieb es bei der warmen Betonung des rein familiären Charakters des Besuches des Prinzen von Wales. Die Engländer dürften das verstanden und auch aus dem Kaisertoast herausgelesen haben, daß Deutschland zwar nicht Englands Feind sein will, sich aber aus Chamberlain nichts macht. War nun auch durch die Anwesenheit des Prinzen von Wales das alte freundschaftliche Verhältnis der verwandten Regentenhäuser wieder aufgefrischt, so ging doch der bisherige „Tagesstreit“ zwischen den beiderseitigen Ministerien noch einige Zeit weiter, denn inzwischen hatten die Engländer eine neue Gelegenheit gefunden, sich über Deutschland zu ärgern und darum den Versuch zu wiederholen, ihm neue Schwierigkeiten zu bereiten.

Prinz Heinrich in Nordamerika.

Während sich noch die Tagespresse nicht zusammensetzen vermochte, wie die scharfe Auseinandersetzung zwischen dem Grafen Bülow und Joe Chamberlain mit dem Besuche des Prinzen von Wales in Berlin in Einklang zu bringen sei, kam plötzlich die Nachricht, daß Kaiser Wilhelm einen Weg gefunden hatte, durch einen anscheinend unpolitischen Prinzenbesuch die Bürger der Vereinigten Staaten in eine ungemein deutschfreundliche Stimmung zu versetzen. Die Reise des Prinzen Heinrich nach New-York, Washington, Chicago, Milwaukee und Boston wurde allerdings nur aus Anlaß einer Schiffstaupe unternommen, ihre Ankündigung hatte aber jenseits des großen Wassers eine so ausgesprochen deutschfreundliche Volksströmung hervorgerufen, daß selbst die Franzosen darüber eine Freude hatten, weil sich die Engländer deswegen ärgerten. Und diese hatten dazu allerdings alle Ursache. In der „great isolation,“ in die sich die englische Politik seit Jahren begeben hatte und die sich infolge des Burenkrieges zu einer kühlen und förmlichen Zurückhaltung fast aller Mächte gestaltet hatte, war die englische Presse beflissen gewesen, immer die Freundschaft der Brüder jenseits des Ozeans zu betonen. Allerdings hatte auch die in den Vereinigten Staaten namentlich in den Kreisen der Deutschen und Irländer hochgehende Burenbegeisterung die Regierung nicht zu einem Eingriff in die südafrikanische Frage zu veranlassen vermocht, und eigentlich unterschied sich die nordamerikanische Union darin nicht von den anderen Mächten. Als nun gerade bei der zunehmenden Spannung zwischen Deutschland und England die britische Presse wieder die „anglikanische Rassenbrüderschaft“ hervorholte, um der Welt zu zeigen, daß Großbritannien keineswegs allein stehe, da brausten drüben die anglikanischen Brüder in förmlicher

Deutschenbegeisterung auf. Wenn dies der einzige Zweck der Reise des Prinzen Heinrich gewesen wäre, so hätte das genügt; denn es war gut, dem englischen Hochmut einen Dämpfer aufzusetzen und zugleich der Erbitterung des deutschen Volkes gegen England eine wohlthätige Ableitung zu verschaffen, sollten sich aus den gegenseitigen Reibereien nicht nach und nach ganz unberechenbare Verwicklungen ergeben. Auch in England suchte man abzuwiegeln und hob besonders hervor, daß der Vizeadmiral v. Senden = Vibran, der Chef des deutschen Marinekabinetts und Flügeladjutant des Kaisers, in London eingetroffen und vom König Eduard empfangen worden sei. Den Andeutungen der „Times“, als ob er einen beschwichtigenden Brief überbracht hätte, trat sofort das „Wolffsche Telegraphenbureau“ mit der Erklärung entgegen, daß Herr v. Senden wie alljährlich auch diesmal nach England gegangen sei, um der regelmäßig im Januar stattfindenden Zusammenkunft des Jachtclubs beizuwohnen.

Kaiser Wilhelm hatte sich von der Firma Smith and Barby in Brooklyn bei New-York eine neue Rennjacht bauen lassen, welche Ende Februar vom Stapel laufen sollte. Er hatte in höflicher Weise beim Präsidenten Roosevelt anfragen lassen, ob nicht seine Tochter Alice die Taufe der Jacht vollziehen wolle, und auf die freudige Zusage telegraphisch angezeigt, daß sein Bruder, Admiral Prinz Heinrich, als sein Vertreter mit der kaiserlichen Jacht „Hohenzollern“ bei dem Taufakt anwesend sein werde. Diese Nachricht war es, welche in den Vereinigten Staaten eine wahrhaft begeisterte Aufregung hervorgerufen hatte. Selbst die „New-York Times“, die sonst nicht deutschfreundlich gesinnt ist, begrüßte den Gast mit folgenden Worten: „Wir schicken uns an zu einem Händedrucke und einem herzlichen Willkommen für den Bruder des Kaisers, der in einer Sendung von besonderer Höflichkeit und freundschaftlicher Bedeutung hieher kommt. Ihn sendet zu uns der Souverän, welcher der geschickteste Mann Europas genannt worden ist und sicher nie eine Tat größerer Klugheit vollbracht, noch höhere Weisheit in Dingen der internationalen Politik gezeigt hat, als mit dieser Handlung, durch welche er zwei große Nationen in gegenseitiger Achtung einander näher zu bringen sucht.“ Mit Ausnahme einiger demokratischer Narren teilten alle Nordamerikaner diese Ansicht, die ja nicht frei von einer gewissen nationalen Selbstgefälligkeit, aber an sich natürlich und darum nicht unziemlich ist. Nimmt man noch hinzu, daß in dem jungen Nordamerika, das zwar „keine Burgen und Schlösser“ besitzt, aber dessen überhaupt in Betracht kommende Bewohnerschaft ausschließlich von Nachkommen europäischer Auswanderer abstammt, daß trotz alles demokratischen Bewußtseins leidenschaftlich gern Beziehungen zu den in ihrer Erinnerung fortlebenden historischen Familien und Geschlechtern der alten Welt angeknüpft werden, so läßt sich verstehen, daß der in so ritterlich lebenswürdiger Form eingeleitete Besuch eines wirklichen, durch seine Chinafahrt schon zu einiger Berühmtheit gelangten Prinzen, der noch dazu der Bruder des Kaisers Wilhelm war, sympathische Saiten in dem Herzen

des nordamerikanischen Volkes erklingen ließ, heller und wärmer noch, als es seinerzeit bei der Anwesenheit des Prinzen von Wales (jetzt König Eduard) und des Großfürsten Alexis, des Bruders Alexanders II., der Fall war. Die Vorbereitungen für die Festlichkeiten zu Ehren des Prinzen nahmen einen großartigen Umfang an, das Repräsentantenhaus bewilligte 40.000 Dollars zum Empfang, es wurde ein besonderer Ausschuss für die Vorbereitung der Festlichkeiten eingesetzt, eine große Anzahl der bedeutendsten Städte des Landes hat, bei der Rundreise des Prinzen berücksichtigt zu werden, mehrere weit im Süden liegende Plätze, wie Richmond und Atlanta, mußten mit ihren Wünschen abgewiesen werden, die städtischen Behörden von New-York entwarfen ein Programm für einen besonders festlichen Empfang, die vereinigten Sänger der Stadt beabsichtigten eine deutsch-amerikanische Huldigung und erließen einen Aufruf an alle übrigen Vereine. Auf Veranlassung der „New-Yorker Staatszeitung“ bereiteten 600 nordamerikanische Zeitungen englischer und deutscher Sprache im ersten Hotel zu Washington zu Ehren des Prinzen ein glänzendes Bankett vor. Der New-Yorker „Sun“ sprach die Erwartung aus, daß die Deutschamerikaner bei ihren Veranstaltungen darauf bedacht sein würden, daß die Feier einen nordamerikanischen Charakter trage. Das war aber gar nicht nötig, denn in Philadelphia, wo die meisten Deutschen wohnen, erließen die vereinigten Sänger einen Aufruf an die deutschen Vereine, in dem es hieß: „Wir wünschen dem hohen Besucher zu zeigen, daß die deutsch-amerikanischen Bürger loyale Amerikaner sein können, ohne das liebe Vaterland zu vergessen, doch ist dies nur möglich, wenn das ganze Deutschtum Schulter an Schulter sich erhebt, um den hohen Vertreter Deutschlands zu ehren.“

In Deutschland legte man hohen Wert auf diesen Besuch des ersten Hohenzollern an den Gestaden des großen Weltteils, auf dessen jungfräulichem Boden in staunenswerter Entwicklung eine neue Großmacht unter dem Sternenbanner emporgediehen ist, welche berufen zu sein scheint, in der Geschichte der Zukunft eine hervorragende Rolle zu spielen. Dieser neuen Großmacht die Hochachtung der auf den Trümmern des alten Deutschen Reiches wieder erstandenen deutschen Nation zu bezeugen, sei der eigentliche Zweck und die vornehmste Aufgabe des Besuches, von dem man erwarte, daß er den Schleier der Vergessenheit über die geringen Schattten breite, welche zuweilen auf die alte deutsch-amerikanische Freundschaft gefallen seien. Doch rechnete man in vernünftig urteilenden Kreisen nicht darauf, daß von dem Aufenthalte des Prinzen Heinrich in Nordamerika eine Wendung in den wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder datieren werde. Die Nordamerikaner sind kühle Rechner und lassen sich durch lebenswürdige Freundschaftsbezeugungen schwerlich in ihrem Standpunkt beirren, der nun einmal vom internationalen Freihandel nichts wissen will, sondern in dem kräftigen Schutz der eigenen Produktion die Grundlage der Wohlfahrt des Landes sucht. Die Bedeutung des prinziplichen Besuches konnte darum auch nicht in der Richtung träumerisch-internationaler Handels-

beziehungen, sondern in der Anknüpfung eines freundlicheren Verhältnisses zu einem uns Europäern stammverwandten Volke gesucht werden, und zwar gerade in einer Zeit, wo das selbstsüchtige England zur Rettung seiner durch den langwierigen Burenkrieg geschwächten Weltstellung genötigt war, ein Bündnis mit der „gelben Rasse“ abzuschließen.

Wie aus dem Depeschenwechsel zwischen dem Kaiser Wilhelm und dem Präsidenten Roosevelt hervorging, sollte Prinz Heinrich nicht auf

Indianapolis, St. Louis, Chicago, Milwaukee, Buffalo, Niagara, Rochester, Syracuse, Boston, Albany, Westpoint, New-York, zuletzt noch mit einem Abstecher nach Philadelphia anschließen sollte. Die Fahrt beträgt gegen 7000 Kilometer. Zur Teilnahme an der Fahrt waren drei amerikanische Journalisten von der „Press Association“, drei deutsche Berichterstatter und drei Photographen bestimmt. Der Prinz trug bloß bei der Ankunft, beim Stapellauf und beim Besuch des Präsidenten Roose-



Miss Alice Roosevelt.

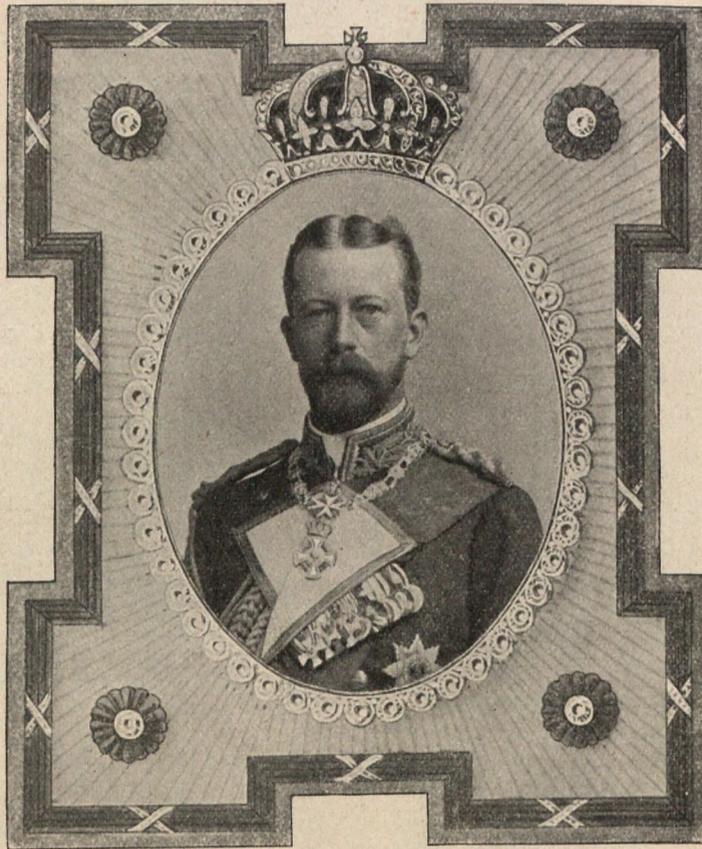
der „Hohenzollern“ die Reise antreten, sondern auf einem der schnellfahrenden deutschen Dampfer die Überfahrt zurücklegen und erst in New-York an Bord der königlichen Yacht gehen. Die „Hohenzollern“ ist nicht auf große Kohlenvorräte eingerichtet. Prinz Heinrich legte die Reise nach New-York auf dem Lloyd-Dampfer „Kronprinz Wilhelm“ zurück. Dort hatte man inzwischen folgendes Programm vereinbart: Der Aufenthalt des Prinzen in New-York und Washington sollte vom 22. bis 28. Februar währen, worauf sich vom 1. bis 10. März eine Eisenbahnrundreise durch die Städte Pittsburg, Cincinnati, Chattanooga, Nashville,

Marineuniform, sonst nach amerikanischer Sitte ausschließlich Gehrock oder Frack.

Die Besuchsreise ging nicht ganz ohne Hindernisse von statten. Zunächst erkrankte in der ersten Woche des Februar der Sohn des Präsidenten Roosevelt an einer gefährlichen Lungenentzündung. Der Tod des jungen Mannes, der sich auf der Schule in Croton im Staate Massachusetts befand, hätte natürlich das ganze Reiseprojekt über den Haufen geworfen. Glücklicherweise trat bald eine Wendung zur Besserung ein, so daß die Abreise des Prinzen vor sich gehen konnte. Mittlerweile war aber von britischer Seite der Versuch

gemacht worden, das gute Verhältnis zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu trüben. Man verbreitete nämlich halbamtlich und auch durch amtliche Personen die Nachricht, Deutschland habe bei Beginn des spanisch-amerikanischen Krieges einer europäischen Intervention das Wort geredet, die bestimmt gewesen sei, den Vereinigten Staaten in den bereits zum Schlag erhobenen Arm zu fallen. Daraufhin veröffentlichte der deutsche „Reichsanzeiger“ ohne jede weitere Bemerkung eine Note des deutschen Botschafters in Washington, v. Holleben, über eine vom Lord Paunceforte, dem englischen Vertreter, damals in Vorschlag gebrachte Interven-

schlechteste Wetter und sollte eigentlich Sonnabend, den 22. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Hafen von New-York eintreffen. Aber abends hatte man in der Stadt, wo eine großartige Illumination vorbereitet war, noch keine Nachricht, da die Telegraphendrähte nach Staaten-Island, Sandy Hook und Fire Island durch den Schneesturm zerrissen waren, auch die Marconi-Botschaft von dem 300 Seemeilen entfernten Nantucket-Leuchtschiff war ausgeblieben. Erst um 1 Uhr in der Nacht kam der „Kronprinz Wilhelm“ bei Nantucket in Sicht und Prinz Heinrich sandte sofort an den Präsidenten Roosevelt eine Marconidepesche mit einem Glückwunsche zur



Geschenk des Prinzen Heinrich, überreicht im Weißen Hause zu Washington. Emailbildnis des Prinzen im goldenen Rahmen mit Brillanten.

tionsmaßnahme, der beizutreten aber Herr v. Holleben widerriet. Der Bericht war außerdem noch mit einer Randbemerkung des Kaisers Wilhelm versehen, aus der klar und deutlich hervorging, daß Deutschland für ein solches Dazwischentreten unter keinen Umständen zu haben sei. Dabei war es noch ein besonderes Pech für England, daß der Entwurf Pauncefortes nicht, wie üblich, in französischer, sondern in englischer Sprache abgefaßt war, woraus mit Sicherheit hervorging, daß der Entwurf von ihm selbst herrührte. Diese neue Abfertigung rief zwar in England erneuten Zorn hervor und hatte auch ein Nachgefecht in den Zeitungen zur Folge, aber die Hauptsache blieb, daß die englische Verdächtigung nur das Gegenteil von dem beabsichtigten Eindruck hervorrief. Die Nordamerikaner kannten ihre Leute.

Der Eloyddampfer „Kronprinz Wilhelm“ hatte auf der Überfahrt nach New-York das denkbar

Genesung seines Sohnes, worauf Roosevelt anderen Tages telegraphisch dankte.

Sonntag früh hatte sich der Schneesturm gelegt und die Sonne schien hell. Die Stadt New-York war reich beslaggt, große Menschenmassen harrten der Landung in froher Feststimmung am Ufer und auf der Brooklyner Brücke, in der mit deutschen und amerikanischen Fahnen geschmückten Ankunftshalle erwarteten Tausende, besonders Deutsche, den Prinzen. Die Einfahrt des „Kronprinz Wilhelm“ erfolgte um 12 Uhr und bot ein herrliches Schauspiel. Prinz Heinrich stand mit dem Kapitän auf der Kommandobrücke des Dampfers und dankte für die Ehrenbezeugungen. Als er die Schiffstreppe herabschritt, begrüßte ihn die Menschenmenge nach amerikanischer Art mit Händeklatschen. Dem Prinzen hatte die stürmische Seereise wenig angetan, er sah sehr vergnügt aus, als er nach-

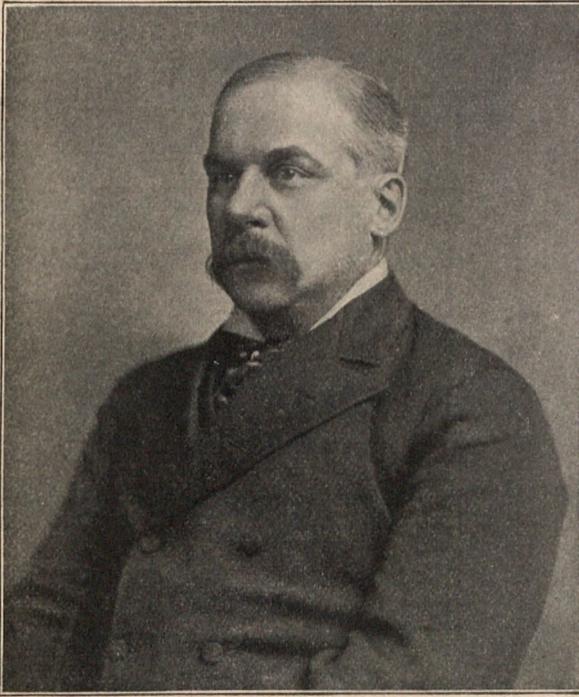
mittags an Land ging, um eine Reihe von Besuchen zu machen. Abends wohnte er dem Empfang im deutschen Verein bei und reiste um Mitternacht nach Washington ab.

Bei der Durchfahrt in Baltimore wurde der Prinz vom Bürgermeister in englischer Sprache willkommen geheißen und ihm eine Adresse überreicht, ein Sängerkorps trug deutsche Lieder vor. Der Empfang in Washington unterschied sich höchstens durch größere Lebhaftigkeit von einem europäischen Empfang und das Gedränge war noch stärker als in New-York. Alle Vorbereitungen waren unter der persönlichen Leitung des Präsidenten Roosevelt selbst getroffen worden. Der Präsident empfing seinen Gast in der herzlichsten Weise und geleitete ihn in das „Weiße Haus.“ Dann begab sich Prinz Heinrich, stets vom Händeklatschen der zahlreichen Menge begleitet, nach der in den Farben des Deutschen Reiches und der einzelnen deutschen Staaten prachtvoll geschmückten Botschaft, wo kurz nach 12 Uhr Präsident Roosevelt den Besuch des Prinzen erwiderte. Um 4 Uhr nachmittags fuhr Prinz Heinrich aus, um das Kapitol zu besichtigen und das Abgeordnetenhaus wie den Senat zu besuchen. Beide Häuser waren voll besetzt, ebenso die Galerien, auf denen besonders die Damen zahlreich waren. Im Abgeordnetenhaus wurde er bei seinem Erscheinen wie beim Weggehen mit lautem Händeklatschen begrüßt, worauf der Prinz die Vorstellung der Mitglieder des Repräsentantenhauses, über 250, entgegennahm, die ihm kräftig die Hand schüttelten, ebenso die anwesenden Damen und selbst die diensttuenden Pagen. Der Senat gewährte dem Prinzen die Zulassung in den Sitzungsaal, wo er über eine Stunde blieb. Senatoren und Zuschauer erhoben sich, als er kam und als er wieder ging. Die Ehrung durch den Senat machte einen großen Eindruck. Das Festmahl im Weißen Hause war abends in vornehmer Weise vorbereitet. Präsident Roosevelt brachte einen Toast auf den Kaiser Wilhelm und das deutsche Volk aus, in dem er sagte: „Wir bewundern Deutschlands große Vergangenheit und seine gegenwärtige Größe und wünschen ihm jeden möglichen Erfolg für die Zukunft. Mögen die Bande der Freundschaft zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Volke immer stärker werden.“ Prinz Heinrich erwiderte mit einem Trinkspruch auf den Präsidenten und die Vereinigten Staaten, in dem auch er seiner Hoffnung auf beständige Fortdauer der freundschaftlichen Beziehungen der beiden Nationen Ausdruck verlieh. Später brachte dann noch Roosevelt einen Toast auf den Prinzen Heinrich aus, den er auf das wärmste willkommen hieß und der herzlichsten Zuneigung versicherte. Um 12 Uhr fuhr der Prinz nach New-York zurück.

Während am Montag das helle Wetter angehalten hatte, fiel am Dienstag früh ein feiner kalter Regen und über dem Hafen von New-York lag Nebel. Prinz Heinrich und Präsident Roosevelt trafen in Sonderzügen in New-Jersey ein und schifften sich zusammen für den Stapellauf nach Shooters-Island ein, wo sie gegen 10 Uhr unter Salutschüssen und den Jubelrufen der

Bevölkerung ankamen. Prinz Heinrich geleitete Fräulein Alice Roosevelt zu der Tribüne, und der Stapellauf nahm trotz des schlechten Wetters unter der lebhaften Begeisterung großer Volksmengen einen glänzenden Verlauf. Fräulein Roosevelt taufte in der in der deutschen Marine üblichen Weise mit einer Champagnerflasche, die am Bug der Jacht zerschellte, das Schiff mit den englischen Worten: „Im Namen des deutschen Kaisers taufe ich dich „Meteor“!“ Prinz Heinrich überreichte ihr hierauf einen Blumenstrauß, worauf Miß Roosevelt mit einem silbernen Beil die Seile, welche die Jacht noch hielten, durchschnitt, worauf diese unter amerikanischer Flagge in die Flut glitt. Diese Szenen wurden sämtlich photographisch aufgenommen. Nach dem Stapellauf fand in der Festhalle ein Frühstück statt, bei welchem Prinz Heinrich auf den Präsidenten, dieser auf den hohen Gast toastete. Von Shooters Island fuhren Prinz Heinrich und Präsident Roosevelt gemeinsam nach der „Hohenzollern“, wo sie um 1 Uhr anlangten und wo ein Festmahl stattfand. Prinz Heinrich überreichte dabei Miß Roosevelt als Geschenk seines Bruders ein goldenes Armband mit dem Bildnis des Kaisers in Diamanten. Um 3 Uhr reiste Präsident Roosevelt nach Washington zurück, während Prinz Heinrich sich auf einem Dampfer nach der Südspitze von New-York, Battery, begab, um von da unter militärischer Eskorte zum Besuch ins Rathaus zu fahren. Der Broadway, welchen der Prinz hinauffuhr, war reich beslaggt, das Rathaus innen und außen prächtig geschmückt. Der Prinz wurde vom Mayor Seth Low sowie 250 Bürgern und Aldermen empfangen und nach dem Aldermen-Saal geleitet, wo ihm das Ehrenbürgerrecht der Stadt verliehen wurde, was seit dem Jahre 1824, wo dem General Lafayette diese Auszeichnung widerfuhr, noch nicht wieder dagewesen war. Um 6 $\frac{1}{2}$ Uhr abends begab sich der Prinz zum Mayorgastmahl in den Metropolitanklub. Der Bürgermeister sprach ihn in einem höchst lebenswürdigen Coaste an, worauf Prinz Heinrich erwiderte, es freue ihn ganz besonders, gerade in diesem Kreise den städtischen Behörden seinen Dank für die herzliche Aufnahme als fellow Citizen (als Mitbürger) aussprechen zu können. Nach dem Bankett wohnte der Prinz um 8 Uhr der Vorstellung in dem festlich geschmückten Metropolitan-Opernhaus bei, wo er mit „Heil dir im Siegerkranz“ begrüßt wurde.

Nachdem es die ganze Nacht und früh tüchtig geregnet hatte, besserte sich am Mittwoch das Wetter, aber die beabsichtigte Ausfahrt zum Grant-Denkmal und zur Columbia-Universität wurde aufgegeben. Um 2 $\frac{1}{2}$ Uhr begann das von den reichsten Vertretern der Industrie und des Handels veranstaltete Gabelfrühstück im Sherryschen Restaurant, bei dem Morgan den Vorsitz führte. Er trank auf den Präsidenten, den Kaiser Wilhelm und den Prinzen Heinrich, dieser dankte und trank auf die Gesundheit der Führer der nordamerikanischen Industrie. Journalisten waren nicht zugelassen worden, doch versichern die deutschen Ehrengäste, daß das Frühstück durchaus keinen profzenhaften Eindruck gemacht hätte.



Pierpont Morgan.

Abends begab sich Prinz Heinrich nach dem Arion-Gebäude, um den Fackelzug der deutschen Vereine vorüberziehen zu sehen. An dem Zuge waren 320 Vereine mit 10.000 Fackelträgern und 24 Musikkapellen beteiligt. Der Festpräsident Dr. Weylandt hielt eine Ansprache. Der Prinz dankte in deutscher Sprache und bemerkte: „Ich weiß, Sie gehören fast alle der aufstrebenden amerikanischen Nation an, ich kann Ihnen nur raten: Erfüllen Sie als Mitbürger dieses Staatswesens in gleichem Grade die Pflichten wie Ihre Verwandten jenseits des Ozeans.“ Abends 8 Uhr begann dann im Waldorf-Astoria-Hotel das von der „New-Yorker Staatszeitung“ arrangierte Festmahl, an welchem über 1200 Vertreter der nordamerikanischen Presse und Ehrengäste teilnahmen. Hermann Ridder begrüßte den Prinzen, dem er scherzend vorwarf, er habe die Monroelehre verletzt, indem er alle ihre Herzen erobert habe. Whitelaw Reid toastete auf den Präsidenten Roosevelt und den Kaiser Wilhelm, worauf Prinz Heinrich die vielbesprochene launige Ansprache hielt, in der er zunächst betonte, daß er dieses Zusammensein als ein vertrauliches ansehe und nicht wünsche, daß das ausgebeutet würde, was hier gesagt werde. Er verglich die Presse mit einer Reihe submarinen Minen, die plötzlich losgehen könnten, aber gerade die Geschichte der nordamerikanischen Flotte habe gezeigt, wie man Minen zu behandeln habe. Ein anderer Vergleich sei von seinem Bruder, dem Kaiser Wilhelm, ausgegangen, der zu ihm gesagt habe: „Du wirst mit vielen Vertretern der Presse zusammentreffen und ich wünsche deshalb, du mögest dir stets gegenwärtig halten, daß die Presseleute in den Vereinigten Staaten beinahe mit meinen kommandierenden Generalen rangieren.“

Zum Schluß sagte er: Meine Sendung ist eine Handlung der Höflichkeit und Freundschaft, so faßt sie mein kaiserlicher Bruder auf. „Sollten Sie willens sein, eine ausgestreckte Hand zu ergreifen, so finden Sie eine solche jenseits des Atlantischen Ozeans.“ Es sind an diese zum Teil scherzhafte, zum Teil sehr ernste Rede des Prinzen nachmals vielerlei Erörterungen über Preisverhältnisse geknüpft worden, die aber sämtlich einer praktischen Unterlage entbehrten.

Freitag, den 28. Februar, begab sich Prinz Heinrich nach Washington und wohnte um halb elf Uhr mit dem Präsidenten Roosevelt im Kapitol der Gedächtnisfeier für Mac Kinley bei, nahm dann am Frühstück im Ausschußsaale teil und begab sich nach Mount Vernon, um zu Fuß Washingtons Grab und seinen einstigen Wohnsitz zu besuchen. Abends fand in der Familie Roosevelt ein privates Diner statt. Bei heftigem Regen machte der Prinz am folgenden Tage der Marineschule in Annapolis einen Besuch. Den Abschluß des Besuches in der Bundeshauptstadt bildete abends ein Festmahl in der deutschen Botschaft. Vorher hatte sich Prinz Heinrich von der Familie des Präsidenten Roosevelt verabschiedet und dann mit dem Präsidenten trotz des strömenden Regens nach dem Rosdreef Valley einen Ritt gemacht, der über eine Stunde dauerte und bei welchem die Reiter von der Volksmenge freudig begrüßt wurden. Während des Festmahls in der deutschen Botschaft brachten die deutschen Vereine in Washington dem Prinzen einen Fackelzug.

Um 11 Uhr abends fuhr der Prinz nach Pittsburg. Damit begann die große Rundreise, die leider durch die eingetretenen Überschwemmungen beeinträchtigt zu werden schien. In Portage war das Geleise wegen des Zusammenstoßes zweier Züge gesperrt, in Altoona suchte man den Prinzen, der auf der Lokomotive in Zivil stand, während man ihn in Uniform erwartet hatte. Deutsche Frauen überreichten ihm einen Blumenstrauß. Ähnliches ereignete sich nun auf allen Stationen, wo ein kurzer Aufenthalt genommen wurde, die Fahrt gleich einem Triumphzug. Pittsburg, Cincinnati, Nashville, Indianapolis, Louisville, St. Louis wurden im Fluge besucht, die Aufnahme war im Süden überaus lebhaft und gastfreundlich, die landschaftliche Schönheit des Tennesseeales entzückte den Prinzen Heinrich besonders. In Chicago traf der Zug am Montag, den 3. März, abends ein. Die Stadt war glänzend illuminiert, 2000 Schutzleute hielten mühsam Hunderttausende von jubelnden und schreienden Menschen hinter dem Spalier zurück, 500 Milizkavalleristen eskortierten den Wagen des Prinzen, 2000 ehemalige deutsche Soldaten brachten einen Fackelzug vor dem Auditoriumhotel, in welchem ein Festmahl und dann ein Ball veranstaltet worden war. Zwischen Festmahl und Ball hatte in der Waffenhalle des ersten Milizregiments ein Konzert stattgefunden, bei welchem der deutsche Männergesangverein „Das Schlachtgebet“ vortrug. Am anderen Tage machte Prinz Heinrich eine Rundfahrt durch die Stadt, legte am Denkmale Lincolns einen Kranz

nieder und wohnte dann dem Frühstück im Germaniaclub bei. Er wurde überall lebhaft begrüßt. Nachmittags wurde die Reise nach Milwaukee fortgesetzt, wo der Bürgermeister den Tag zum öffentlichen Festtage erklärt hatte. Nach sechsstündigem Aufenthalt verließ Prinz Heinrich die ebenso durch Musik wie ihr Bier berühmte Stadt und erreichte nach fast vierundzwanzigstündiger Eisenbahnfahrt wieder über Chicago und längs des Erie-Sees Buffalo und besuchte die Niagarafälle. Der canadischen Regierung war mitgeteilt worden, daß der Prinz nur als Privatperson das canadische Ufer der Fälle betreten werde. Zum Teil längs des den Erie-See mit dem Hudsonsfluß verbindenden Kanals ging es dann über Rochester und Syracuse weiter nach dem gelehrten Cambridge bei Boston, wo Prinz Heinrich am 6. März ankam. Die dortige berühmte Harvard-Universität hatte ihn zum Ehrendoktor ernannt. Die Verlesung der Urkunde, wie die sich daran schließenden festlichen Vereinigungen trugen einen äußerst würdevollen Charakter. Als der Prinz ein ihm soeben zugekommenes Telegramm des Kaisers Wilhelm verlas, worin dieser zu der höchsten Ehre, die Amerika vergeben könne, seinen Glückwunsch sandte, brach ein unbeschreiblicher Beifallsturm der Studenten los. Der Aufenthalt in Boston, das herrlich geschmückt war, verlief in geradezu herzlicher Weise. Am folgenden Tage, dem Schlußtage der Rundreise, wurde noch Albany und die Militärakademie in Westpoint besucht. Prinz Heinrich nahm, ohne Ermüdung zu zeigen, abends noch am Festmahl im Universityclub und dem Kommerz ehemaliger deutscher Hochschüler in der Arionhalle in New-York teil und erschien am folgenden Tage zum letzten Male in der Öffentlichkeit bei dem Stiftungsfest der Deutschen Gesellschaft, wobei Karl Schurz die Festrede hielt. Am 10. März wurde ein Ausflug nach Philadelphia gemacht, wo eine halbe Million Menschen die Straßen füllte, um den Prinzen zu sehen. Er wurde zum Ehrenbürger ernannt. Am 11. März brachte auf der „Deutschland“ beim Abschiedsfrühstück Prinz Heinrich einen Trinkspruch auf den Präsidenten Roosevelt und den Kaiser Wilhelm aus, Staatssekretär Hill ein Hoch auf den Prinzen. Nach herzlicher Verabschiedung verließen die Gäste das Schiff, das bei ungeheurem Menschenandrang unter lebhaften Kundgebungen der Menge den festlich geschmückten Hafen verließ. Anderen Tages traf ein Danktelegramm des Kaisers Wilhelm an den Präsidenten Roosevelt ein, in dem es u. a. hieß: „Meine ausgestreckte Hand wurde von Ihnen mit festem, männlichem und freundschaftlichem Griffe erfaßt. Möge der Himmel unsere Beziehungen mit Frieden und Wohlwollen zwischen den zwei großen Nationen segnen.“ In der telegraphischen Antwort sagte der Präsident über den Besuch des Prinzen Heinrich: „Wir haben ihn um seiner eigenen Person willen willkommen geheißen, aber noch herzlicher als Ihren Vertreter und den des mächtigen Deutschen Reiches. Ich danke Ihnen im Namen des amerikanischen Volkes für das, was Sie getan haben.“ Nach glücklicher Überfahrt traf die „Deutschland“ am 18. März in

der Wesermündung ein, wo Prinz Heinrich von seinem Bruder erwartet wurde und mit ihm auf dem Linienschiff „Kaiser Wilhelm“ durch den Kaiser-Wilhelmskanal nach Kiel fuhr, wo feierlicher Empfang stattfand.

Am 14. Mai sandte Kaiser Wilhelm an den Präsidenten Roosevelt von Wiesbaden ein Telegramm, in welchem er nochmals für den glänzenden und herzlichen Empfang des Prinzen Heinrich dankte und ankündigte, er werde der Republik zur Erinnerung eine Statue Friedrichs des Großen zum Geschenk machen. Präsident Roosevelt dankte und erklärte, das Standbild werde in Washington Aufstellung finden. Die Aufnahme, welche Prinz Heinrich in den Vereinigten Staaten gefunden hat, ist tatsächlich über alle Erwartung hinaus gegangen. Er war freilich auch der richtige Mann für diese einigermaßen heikle Aufgabe. Das nordamerikanische Bürgertum war ihm gegenüber sichtlich aus seiner sonst steifen Zurückhaltung herausgetreten und hat sich förmlich in Ehrungen und Aufmerksamkeiten für ihn überboten. Wer sich aber von dieser Amerikafahrt bestimmte Abmachungen, die in Mark und Pfennigen zu berechnen wären, versprochen hatte, der sieht sich enttäuscht. Trotzdem ist der Erfolg für die Beziehungen beider Länder nicht umsonst, das wird die Zukunft zeigen. In England empfand man das am tiefsten und die Presse brachte die Nachrichten über die Reise mit sichtlichem Mißbehagen. Man begriff dort mit größerem politischem Scharfblick als in Deutschland, wohin sie zielte. Jedenfalls hat von diesem Zeitpunkte an die Gehässigkeit der englischen Zeitungen gegen Deutschland erheblich nachgelassen, wozu ja auch die bald eintretende günstige Wendung in Südafrika beigetragen haben mag. Allerdings kam es auch heute ein Teil der Zeitungen hüben wie drüben nicht lassen, mit Sticheleien und Verdächtigungen, denen wieder Entgegnungen folgen, vorzugehen, ganz ohne Rücksicht darauf, daß einmal der Tag kommen könnte, an dem — um mit dem Fürsten Bismarck zu reden — die Rechnung für die Fensterscheiben bezahlt werden muß, die die Presse eingeschlagen hat.

Reisen und Reden des Kaisers.

Wie schon die aller Welt überraschend gekommene Reise des Prinzen Heinrich beweist, hat es Kaiser Wilhelm auch im Jahre 1902 verstanden, das Interesse der Öffentlichkeit auf seine Person und seine Taten zu lenken. Wer sich so im Vordergrund der politischen Schaubühne bewegt, den läßt natürlich die Kritik nicht unbehelligt, und sie ist auch dem Kaiser Wilhelm nicht erspart geblieben. Es läßt sich aber nicht verkennen, daß sich sowohl in der Quantität wie in der Qualität dieser Kritik in der deutschen Presse ein Umschwung zu vollziehen beginnt, daß auch diese von ihrem doktrinären Bedenken und den Parteischrullen zu der Erkenntnis durchdringt, die man im Auslande im guten wie im bösen Sinne längst geteilt hat, daß Kaiser Wilhelm, streng genommen, doch eine zu reich begabte und eigen geartete Persönlichkeit ist, als daß man sie über den hergebrachten politischen

Kamm scheitern könne. Die Einsicht, daß die reich bemessene, dazu in allen möglichen Färbungen schillernde Kritik doch nichts bewirkt hat und es politisch klug ist, den Kaiser zu nehmen, wie er gerade ist und wogegen schließlich nichts hilft, dürfte wohl auch dazu beigetragen haben. Hiezu kommt noch, daß in diesem Jahre der Monarch vielfach in seinen Reden Gedanken in einer Form und Färbung ausgesprochen hat, die in den Tiefen der Volksseele widerhallten und darum allgemeine Zustimmung gefunden haben. Bei anderen Gelegenheiten ist freilich auch der Tadel laut geworden. Aber in allen seinen Auslassungen ist sich der Kaiser seiner schweren Pflichtenlast und seiner großen Verantwortlichkeit voll und bewusst, der machtvolle Herrscher erkennt seine wichtigste Aufgabe in der Fürsorge für den Weltfrieden auf der Grundlage eines unbesiegbaren Heeres und einer mächtigen Flotte, und zugleich zeigt er sich als der liebenswürdige, für alles Schöne und Edle, für die Schönheit der Natur wie die Wunderwerke der Technik in gleichem Maße empfindende und begeisterte Mensch. Das ist doch eine sehr gesunde Basis, mit der man sich im großen und ganzen einverstanden erklären muß, wenn auch der eine oder der andere in einzelnen Fragen eine andere berechtigte Meinung haben kann. Es wird aber niemand etwas aufgezwungen. Weiter hat die Beendigung des Burenkrieges und die damit eingetretene Wendung in der deutschen Volkstimmung der Kritik manche Gelegenheit aus der Hand gewunden, ein immer größerer Teil des Volkes sieht in dem Kaiser namentlich den Schöpfer der Flotte, deren Bedeutung für den Platz Deutschlands an der Sonne mehr und mehr einleuchtet. Daran ändert auch nichts die Kritik zahlreicher Blätter, die fortwährend über eine „kraftlose“ Politik klagen und andeuten, daß man zu Bismarck's Zeiten „forscher“ aufgetreten wäre. Hierauf einzugehen, würde zu weit führen, jedenfalls ist es eine Annäherung, wenn jemand behaupten will, er sei so tief in den Geist des Altreichskanzlers eingedrungen, um entscheiden zu können, wie er in diesem oder jenem Falle der Gegenwart gehandelt haben würde. Dazu war wahrhaftig Fürst Bismarck solchen Nachtretern gegenüber zu vielseitig und reich wie im Einzelfalle viel zu genial.

Auf einem Frühlingsausfluge nach seinem lothringischen Schlosse Arville kündigte Kaiser Wilhelm durch Erlaß vom 3. Mai an den Statthalter von Elsaß-Lothringen an, er möge die einleitenden Schritte zur Beseitigung des sogenannten „Diktaturparagraphen“ (§ 10 des Gesetzes vom 30. Dezember 1871 über die Einrichtung und Verwaltung der Reichslande) beim Bundesrate beantragen. Die Angelegenheit erregte innerhalb wie außerhalb Deutschlands einiges Aufsehen. Die erwähnte Gesetzesbestimmung ermächtigt den Statthalter, „bei Gefahr für die öffentliche Sicherheit alle Maßregeln ungesäumt zu treffen, welche er zur Abwendung der Gefahr für erforderlich erachtet“, und zugleich auch „zur Ausführung der bezeichneten Maßnahmen die in Elsaß-Lothringen stehenden Truppen zu requirieren“. Dieser „Diktaturparagraph“ war seit Jahrzehnten kaum mehr gehandhabt worden, man hatte ihn aber bestehen

lassen, um dem Statthalter die Möglichkeit zu lassen, bei etwaigen politischen Reckheiten der Französlinge mit rascher Hand eingreifen zu können. Wenn Kaiser Wilhelm jetzt die Aufhebung dieses Paragraphen in Aussicht stellte, so ging unzweideutig daraus hervor, daß er wie auch die Reichsregierung der Überzeugung waren, daß die Zustände in den Reichslanden sich hinreichend konsolidiert haben und die franzosenfreundliche Strömung weder mehr eine Gefahr bildet noch der Revanchepolitik eine Stütze bietet. Das sprach auch Kaiser Wilhelm in einer Abordnung des Landesauschusses, welche in dem kaiserlichen Schlosse Arville in Lothringen erschienen war, um den Dank des Landes zum Ausdruck zu bringen, ganz offen aus.

In Frankreich hatte die Nachricht das größte Aufsehen hervorgerufen. Der Bundesrat war bald über eine entsprechende Vorlage einig, diese kam im Reichstage am 7. Juni zur Beratung und wurde schon am 9. Juni in dritter Lesung angenommen. Die Debatte dauerte mehrere Stunden und nahm einen für die inneren Verhältnisse des Reiches recht lehrreichen Verlauf, denn einer der elsässischen Abgeordneten sprach als Mitglied des Zentrums, ein zweiter im Namen der Konservativen, einer als Nationalliberaler, ein vierter für die freisinnige Vereinigung, selbst Abg. Pfarrer Köllinger, der im Namen der bisherigen „Protestler“ sprach, gab seinem Dank für die Vorlage freien Ausdruck. Das Haus nahm die Vorlage nahezu einstimmig an, auch die Sozialdemokratie konnte nicht anders, obgleich Bebel, den die Protestler bei der letzten Reichstagswahl in Straßburg hatten durchfallen lassen, sich den Elsässern für weiteres empfahl. Reichskanzler Graf Bülow griff dreimal in die Debatte ein, „deutsche Treue um deutsche Treue“ verlangte er von den Reichslanden. Die französische Presse fügte sich nur schwer in die nicht zu verkennende Tatsache, daß Elsaß-Lothringen für Frankreich nicht mehr wiederzugewinnen ist.

Am 4. und 5. Juni fand das Ordensfest zur Einweihung der Marienburg, des alten Ordenschlosses der deutschen Ritter, unter großen Feierlichkeiten statt. Das Fest hatte schon im vorigen Jahre abgehalten werden sollen, war aber wegen des Todes der Kaiserin Friedrich verschoben worden. Zu der Feier hatte sich eine große Anzahl hervorragender Männer in der altberühmten Burg eingefunden. Die Stadt war reich geschmückt und das Innere der Burg zum Empfang der hohen Gäste prächtig hergerichtet. Unter den Festteilnehmern sind zu nennen Prinz Albrecht von Preußen, Reichskanzler Graf Bülow, Oberpräsident v. Gofler, sein Bruder der Kriegsminister v. Gofler, der österreichisch-ungarische Botschafter v. Szögyenyi-Marich, der englische Botschafter Lascelles, in Vertretung des österreichischen Hoch- und Deutschmeisters Erzherzog Eugen, der dieses Jahr wegen Krankheit der Einladung nicht hatte folgen können, Korpskommandeur General der Kavallerie Frhr. v. Bechtolsheim u. a. Donnerstag vormittags traf das Kaiserpaar ein und begab sich unter großem Jubel der Bevölkerung nach dem Schlosse. Während in der Kirche die Kaiserin und die Ehrengäste Platz nahmen, defilierten die Ritter

des Johanniterordens sowie die auswärtigen Deputationen unter Glockengeläute.

Bei dem Banfett brachte Kaiser Wilhelm in längerer Rede einen Trinkspruch aus, dessen bemerkenswertester Teil folgendermaßen lautete: „Erhaben und groß in allen seinen Arbeiten, allen seinen Plänen, sowohl in Bezug auf die Politik wie in Bezug auf seine Kriegszüge und seine Bauten, so stellt der Orden gewissermaßen die Blüte deutscher Leistungsfähigkeit dar. Und durch die ganze Zeit des Mittelalters hindurch, als kaiserliche und Reichsherrlichkeit dahinschwanden, hat das deutsche Volk sich an diesen Brüdern und Kindern seines Stammes erfreut und an den Leistungen des Ordens sich erbaut. Ich habe schon einmal Gelegenheit genommen, in dieser Burg und an dieser Stelle zu betonen, daß die alte Marienburg, dies einstige Bollwerk im Osten, der Ausgangspunkt der Kultur der Länder östlich der Weichsel, auch stets ein Wahrzeichen für deutsche Aufgaben bleiben soll. Jetzt ist es wieder so weit: polnischer Übermut will dem Deutschtum zu nahe treten und ich bin gezwungen, mein Volk aufzurufen zur Wahrung seiner nationalen Güter. Und hier in der Marienburg spreche ich die Erwartung aus, daß alle Brüder des Ordens St. Johann immer zu Diensten stehen werden, wenn ich sie rufe, deutsche Art und Sitte zu wahren.“ Prinz Albrecht dankte und schloß mit einem Hoch auf den Kaiser Wilhelm, welcher danach einen zweiten Trinkspruch auf die Gäste ausbrachte, in dem er namentlich sein Bedauern darüber aussprach, daß der Hoch- und Deutschmeister Erzherzog Eugen durch seinen Gesundheitszustand am Erscheinen verhindert sei. Der Kaiser wünschte ihm baldige Genesung und schloß mit dem Wunsche, die gemeinsame Arbeit beider Orden möge gefördert werden, sei es auf dem Schlachtfelde, sei es im Krankenhaus, sei es auf dem Gebiete der Erhaltung deutscher Sitte und Art und zum Schutze alles dessen, was gut deutsch ist hier und jenseits der Grenzen. General der Kavallerie Frhr. v. Bechtolsheim dankte im Namen des Erzherzogs Eugen und des gesamten Deutschen Ritterordens, sowie für die Fürsorge des Kaisers zur Sicherung der Marienburg als Symbol, Hort und Bollwerk deutscher Treue für kommende Jahrhunderte und Geschlechter. Er schloß mit einem Hoch auf das Kaiserpaar und das gesamte Herrscherhaus. An den Erzherzog Eugen hatte Kaiser Wilhelm von Marienburg ein Telegramm gesandt, in welchem er für die Verleihung des Marianerkreuzes dankte und dem Erzherzog baldige völlige Herstellung wünschte. In dem Antworttelegramm des Erzherzogs hieß es: „Die huldvollen Worte der Erinnerung, welche Ew. Majestät mir und dem Deutschen Ritterorden zu widmen geruheten, haben mich tief gerührt. Ich beklage es lebhaft, daß mein dormaliger Gesundheitszustand es mir nicht erlaubte, der wahrhaft erhebenden Feier in der Marienburg persönlich anzuwohnen. Möchte unter der mächtigen, schirmenden Hand Ew. Majestät die wiedererstandene Marienburg auch bis in ferne Zeiten das Wahrzeichen christlicher Nächstenliebe, edlen Fürstsinnes und deutscher Kunst bleiben.“ Auch an den König Eduard von England hatte Kaiser Wilhelm eine Begrüßungsdepesche ab-

gehen lassen, die dankend erwidert wurde. Das Bemerkenswerteste in der Ansprache des Kaisers waren die Worte über den „polnischen Übermut“, die allgemein als eine Befräftigung der neuen Polenpolitik in Preußen angesehen wurden und in allen Teilen des polnischen Gebietes erbitterte Erwidierungen hervorriefen.

Am 15. und 16. Juni fand die Feier des fünfzigjährigen Jubiläums des Germanischen Museums in Nürnberg statt, die ungemein glänzend verlief. Das hatte seine ausreichende Begründung in der ganz eigenartigen Stellung gerade dieses Museums und in seinem schnellen Wachsen und Gedeihen. Namentlich die auswärtigen Festgäste rühmten lebhaft den Bienenfleiß, mit welchem in der verhältnismäßig so kurzen Zeit eines halben Jahrhunderts solche Sammlungen wie die des Germanischen Museums haben zusammengebracht werden können. Und wer für die Schönheiten des alten Nürnberg und der romantischen Hohenzollernburg empfänglich ist, wird auch nicht in Abrede stellen können, daß für ein germanisches Museum in Deutschland wohl kein besseres Heim hätte gefunden werden können. Der eigentliche Festakt fand Sonntag vormittags in der großen neuen Waffenhalle des Museums statt, wo auch schon das Geschenk des Kaisers Wilhelm, ein kostbarer Schrein in altdeutschem Stil mit einer Siegelsammlung der Deutschen Kaiser aufgestellt war. Davor standen die Büsten des Kaisers Wilhelm und des Prinzregenten Luitpold. Nach einer Ansprache des Museumsdirektors v. Pezold teilte der bayrische Kultusminister Dr. v. Landmann mit, der Prinzregent habe dem Museum die Originalpartitur der „Meisterfänger“ und eine Anzahl Nürnberger Originaldrucke aus der Staatsbibliothek geschenkt, der preußische Kultusminister Dr. Studt überreichte im Namen der preussischen Regierung eine Sammlung von Lichtbildern nach Denkmälern der Baukunst in den westlichen Provinzen Preußens. Es folgte eine ganze Reihe von Ansprachen der Vertreter von Universitäten und gelehrten Korporationen, von denen besonders die des Vertreters der Harvard-Universität, Dr. Frank aus Boston, des Professors Dr. Schulz aus Prag, sowie der Rektoren der Universitäten Wien und Bern, welche beide die enge Zugehörigkeit zu dem deutschen Kulturkreis betonten, bemerkt wurden. Professor Schwind aus Wien sprach unter besonderem Beifall sehr warm im Namen der österreichischen und Wiener Gelehrtenwelt, und Professor Dr. Vetter aus Bern nannte die deutsche Schweiz eine deutsche Kulturprovinz, allerdings mit großen Reservatrechten. Diese Rede hatte später in der Schweiz noch ein politisches Nachspiel.

Für den Empfang der Fürstlichkeiten hatte sich die Stadt mit Girlanden, Ehrenbogen und Fahnen prächtig geschmückt, sehr schön fügten sich alte deutsche Banner und Standarten der Architektur der mittelalterlichen Stadt an. Prinzregent Luitpold war über Nacht eingetroffen und empfing Montag, den 16. Juni, früh den Großherzog Friedrich von Baden, den König Wilhelm von Württemberg und dann das deutsche Kaiserpaar auf dem Bahnhofe. In seiner Ansprache an den Kaiser

Wilhelm betonte Bürgermeister v. Schuh, daß der Flug der Hohenzollern von Nürnberg ausgegangen sei, worauf der Kaiser erwiderte: „Es war ein glücklicher Gedanke des Prinzregenten, das heutige Fest auf diesem historisch denkwürdigen Boden zu veranstalten. Mein Empfinden fasse ich zusammen in das Dankeswort: der Burggraf von Nürnberg grüßt die Nürnberger. Indem ich heute dieses Amtes walte, sei es mein erstes, Sie aufzufordern zu einem Hoch auf Seine Königliche Hoheit den Prinzregenten.“ Es folgte eine vom Regenwetter ziemlich beeinträchtigte Rundfahrt durch die Stadt nach der Burg durch ein Spalier von Vereinen und Schulkindern. Die übrigen Fürstlichkeiten wohnten in der Stadt. Leider fehlte König Albert von Sachsen, den schwere Erkrankung von der Teilnahme an der Feier ferngehalten hatte.

Bei dem Festakte im Museum verlas Kaiser Wilhelm die Geschenksurkunde, welche darauf hinweist, daß das Museum nach dem Willen seiner Begründer in einer Zeit, da dem Anschein nach die deutsche Einheit noch ferngelegen habe, durch Aufdeckung und Sammlung der Denkmäler und Zeugnisse der großen gemeinsamen Geschichte den Gedanken an die Wiedergeburt des Deutschen Reiches wachgehalten und den Boden wieder bereiten geholfen habe, auf dem sich der stolze Bau des geeinigten Deutschlands erheben sollte. Am Schlusse der Urkunde heißt es: „Möge das Germanische Museum unter dem friedenverbürgenden Schutze von Kaiser und Reich und unter der ferneren Obhut kunstsinziger Landesherren, nach dem Beispiele seines dormaligen erhabenen Protektors, Seiner Königl. Hoheit des Prinzregenten Euitpold von Bayern, des Königreiches Bayern Verwesers, und unter der opferwilligen Beteiligung aller Glieder der Nation auch in Zukunft wachsen und gedeihen als Hüter großer Überlieferungen, als Mehrerer deutscher Kunst und Wissenschaft, als Verwahrer kostbarer Denkmäler, die das Wirken der göttlichen Vorsehung im Werdegang der Geschichte des deutschen Volkes vor Augen führen.“ Nach dem Festakte wohnten die Fürstlichkeiten in der Katharinenkirche den Spielen von Hans Sachs bei. Auf dem Eingang vor der Burg und auf der Wiese vor der Kapelle hatten die Mitglieder der Schnepfer-Schützengesellschaft in mittelalterlicher Tracht mit Hellebarden und Armbrüsten ein Lager mit Zelten aufgeschlagen. Nachmittags wurden die Spiele von Hans Sachs in der Katharinenkirche vor einem großen Publikum wiederholt. Den Schluß des Festes bildete die Abendtafel im Rathaus. Kaiser Wilhelm brachte auf den Prinzregenten ein Hoch aus, in dem er sagte: „Es war ein ferndeutsches Fest, das wir gefeiert haben; denn in dem Museum verkörpert sich alles, was wir Germanen mit Stolz als germanische Kultur bezeichnen; und dieses Symbol germanischer Kultur, den deutschen Einheitsgedanken verkörpernd, hat das Haus Wittelsbach unter seinen Schutz und Schirm genommen, seiner althergebrachten Überlieferung folgend in der Treue zu Kaiser und Reich. Nicht Nürnbergs Bürger allein, nicht Bayerns Söhne nur, alle germanischen Stämme blicken heute hieher und feiern heute mit; das bezeugen die auch hier versammelten deutschen Fürsten.“ Und er schloß: „Was

die Feinde gefürchtet, was die Zweifler verneint, was die Neider zu hindern gesucht, es ist doch endlich vollbracht worden. Mit tiefem Dank gegen Gott, dessen Führung mein Haus von der Burggrafzeit an bis hieher so wunderbar geleitet, stehe ich tiefbewegt auf Nürnbergs Boden, stolz auf meine Würde als Burggraf, vor dem erlauchten Regenten und Vater dieses Landes. Mit derselben Treue, mit der einst die Burggrafen den früheren deutschen Kaisern die Pfalz bewahrt und behütet, werde auch ich das Kleinod des Reiches bewahren, fest bauend auf die bewährte Reichstreue des Wittelsbachschen Hauses. Und nun auf, ihr Nürnberger und Bayern, laßt unsere Gläser uns heben zum Grusse dem weisen Haupt des Hauses Wittelsbach. Lang lebe der Prinzregent! Gott schütze ihn und sein Haus! So grüßt der Burggraf von Nürnberg, der Hohenzoller des Königreiches Bayern Verweser, den Wittelsbacher. Hurra, hurra, hurra!“ Die Stadt war glänzend illuminiert, als das Kaiserpaar und die Fürstlichkeiten nach 9 Uhr zum Bahnhof fuhren, dichte Menschenmengen bildeten in den Straßen Spalier und begrüßten das Kaiserpaar und die Monarchen lebhaft.

Das Korps „Borussia“ in Bonn beging in diesen Tagen sein fünfundsiebzigjähriges Jubiläum. Kaiser Wilhelm hatte vor fünfundzwanzig Jahren dieser Verbindung angehört und sein Sohn, der Kronprinz, war jetzt aktives Mitglied. Es lag somit nahe, daß der Kaiser dem Jubiläum beiwohnte, und er begab sich zu diesem Behufe mit seiner Gemahlin direkt von Nürnberg nach Bonn, traf am 18. Juni früh 6 Uhr auf dem Bahnhofe ein und wurde vom Kronprinzen, der die Borussenmütze trug, dem prinzlichen Schaumburgschen Paare und dem Oberbürgermeister Spiritus empfangen. Die Einfahrt in die Stadt nach der Villa Schaumburg erfolgte unter Glockengeläute, das zahlreiche Publikum grüßte jubelnd und in der ganzen Stadt herrschte ein froh bewegtes, festliches Treiben. Um 11 Uhr wohnte der Kaiser, der Kronprinz und Prinz Adolf zu Schaumburg-Lippe dem Festkonvent des Korps bei, um 1 Uhr fand die Auffahrt der „Borussia“ in zahllosen Wagen, in denen die aktiven Mitglieder und die alten Herren des Korps saßen, nach der Villa Schaumburg und dann zurück durch die Straßen statt. Um 3 Uhr versammelten sich dann die Gäste zum Festmahl im Saale der Lesegesellschaft, der prachtvoll geschmückt war. An der Ehrentafel saß Kaiser Wilhelm. Auf die Begrüßungsansprache des Ersten Chargierten des Korps Cand. jur. Wolfgang v. Bentivegni (Dresden) gab der Kaiser in seiner Erwidernng der Befriedigung darüber Ausdruck, daß Jugendlust und Frische im Korps gepflegt werde, ermahnte aber die Jugend, hier im Kreise der alten Herren der Tage zu gedenken, auf welche sie sich vorbereiten müsse. Das Leben ist ernst und das Vaterland bedarf der Männer. „Euch ist es beschieden, Fürstensöhne unter euch zu sehen, sie vorbereiten zu helfen, sie einzuführen in das Leben; möge ihnen nicht nur die heitere, sondern auch die ernste Seite des Lebens klar gemacht werden.“ Er sprach weiter den Wunsch aus, daß alle, die aus dem Korps hervorgehen, dem Rufe des Königs gern folgen werden, sei es im Innern zum Wohle des

Vaterlandes, sei es nach außen zu seiner Verteidigung. „Wir alten Herren erheben aber die Gläser und hoffen, daß in alle Ewigkeit sich stets junger Nachwuchs finden möge, der auch ferner solche Männer hervorbringt, wie sie hier unter den alten Herren sitzen, z. B. Erzellenz v. Loë. Ein dreifaches Hurra auf das weitere Gedeihen des Korps!“ Angeregte Unterhaltung und fröhliche Szenen des Wiedersehens unter den alten Herren verliehen dem Mahle eine besondere Würze. Vorher war ein großes photographisches Gruppenbild der Mitglieder des Korps aufgenommen worden. Um 6 Uhr hob der Kaiser die Tafel auf. Abends fand in der mit studentischen Abzeichen reich verzierten Beethovenhalle der Festkommers des Korps „Borussia“ statt, dem der Kaiser präsiidierte. In einer Loge hatten die Kaiserin Augusta Viktoria, die Prinzessin Viktoria zu Schaumburg- Lippe und die Erbgroßherzogin Hilda von Baden Platz genommen. Die Kaiserin freute sich offenbar sehr über das bunte studentische Treiben und erwiderte mehrfach die Grüße, die ihr von alten und jungen Borussen aus dem Saal gebracht wurden. Kaiser Wilhelm eröffnete den Kommerz in der üblichen Weise und wies dann in einer kurzen Ansprache darauf hin, daß noch nie einer deutschen Universität eine solche Ehre zu teil geworden, wie heute, wo die Kaiserin erschienen sei, die erste Landesfürstin, die einem Kommerz der Studentenschaft beiwohne. Er kommandierte einen Salamander auf das Wohl der Kaiserin. Die Aufforderung wurde mit lauter Begeisterung aufgenommen, aller Augen wandten sich zur Loge der Kaiserin empor, der Kaiser selbst lüftete seinen Stürmer und winkte mehrmals seiner Gemahlin zu. Mit Rücksicht auf die Damen wurde der folgende Teil des Kommerzes beschleunigt. Es wurden nur einige Lieder gesungen, und Kaiser Wilhelm beteiligte sich lebhaft daran. Dann begann das Semesterreiben. Der Kaiser brachte als 50. Semester seinen Schluß der „Borussia“ dar, als ältestes, 112 Semester zählendes Mitglied hielt Generaloberst Frhr. v. Loë eine Ansprache, in der er dem Kaiser für die ernste Mahnung dankte, neben der Fröhlichkeit der Jugend auch den Ernst des Lebens im Auge zu behalten. Der Kronprinz war von seinem Vater unter großem Jubel zum Fuchsmajor ernannt worden und kommandierte sogleich einen Salamander auf die Kaiserin.

Die alte deutsche Kaiser- und Krönungsstadt Aachen hatte seit Jahrhunderten keinen deutschen Kaiser mehr in ihren Mauern gesehen; jetzt hatte sie sich festlich gerüstet, um Kaiser Wilhelm II. zu empfangen, den dritten in der neuen Reihe der deutschen Kaiser, zur Einweihung des neuen Kaisersaales im Rathaus. Schon seit Jahresfrist hatte der Kaiser den Aachenern seinen Besuch versprochen, und die festesfreundige Stadt hat ihm in der Ausschmückung der Feststraßen und in der Stimmung der Bevölkerung eine Aufnahme geboten, wie es kaum in einer anderen deutschen Stadt der Fall gewesen ist. Pünktlich um 2 Uhr 15 Minuten traf der Zug des Kaisers auf dem Bahnhof Marschierort ein. Kaiser Wilhelm in der Uniform der Gardes du Corps und der Kronprinz in seiner Gardeleutnantsuniform stiegen zu Pferde, die

Kaiserin fuhr in einem vierspännigen Hofwagen, hinter dem Kaiser folgten Generaloberst v. Loë und Feldmarschall Graf Waldersée, sowie der Reichskanzler Graf Bülow. Am Marschierort waren Tribünen erbaut, nur für Kinder, die dem Kaiserpaar den ersten Jubelgruß entgegenbrachten, während vom Tor Fanfaren erklangen und von allen Türmen die Glocken läuteten. Die Begrüßung durch die Bevölkerung war überall gleich herzlich, der Kaiser dankte unablässig mit Senken des Marschallstabes. Am Denkmalsplatz des Kaisers Wilhelm I. wurde kurzer Halt gemacht, auf dem Friedrich-Wilhelmsplatz erregten vor der Rotunde des Eisensbrunnens eine von Professor Krauß modellierte Figur der Urbs aquensis, die den Lorbeer darbietet, sowie drei Industriegruppen großes Interesse bei den hohen Festgästen. Da schoben rußige Hüttenarbeiter mit Zangen ein glühendes Gußstück durch die Walze, Arbeiter waren am Hochofen tätig, Bergarbeiter schickten sich an, die schwarzen Diamanten der Erde zu entreißen, Weber und Spinnerinnen arbeiteten. Vor dem Münster stieg der Kaiser vom Pferde und betrat mit der Kaiserin das Münster durch die Wolfstür, wo er vom Stiftskapitel empfangen wurde. Dann begann die Besichtigung des altherwürdigen Gotteshauses, wobei namentlich der im Obergeschoß der Pfalzkapelle stehende Königsstuhl sowie die im Oktogon hängende Eichterkrone, ein Geschenk Friedrich Barbarossas, die Aufmerksamkeit des Kaisers fesselten. Über den Chorusplatz begab sich das Kaiserpaar zum Rathaus, auf dessen Freitreppe Oberbürgermeister Veltmann zur Begrüßung bereit stand. Weißgekleidete Mädchen empfingen den Kaiser und die Kaiserin am Eingange, minutenlang brauste der Jubel der Menge, als das Kaiserpaar auf der Freitreppe sichtbar wurde.

Nach der Besichtigung der unteren Räume des Rathauses geleitete der Oberbürgermeister die Kaiserin nach dem Kaisersaal, wo die Abordnung, die der König der Belgier zur Begrüßung abgesendet hatte, anwesend war. Der Kaiser folgte, unterhielt sich mit den belgischen Herren in huldreichster Weise und ließ sich den neuen prachtvollen Kaiserthron erklären. Die Majestäten stiegen die Stufen hinauf und blieben vor den Thronesseln stehen. Der Kaiser setzte den Helm auf und nahm den vom Oberbürgermeister Veltmann im Namen der Stadt Aachen entbotenen Gruß entgegen, dem ein begeistertes Kaiserhoch in dem altherwürdigen Krönungssaal folgte. Die eigentliche Weihe erhielt aber der Saal erst durch die denkwürdige Antwort des Kaisers Wilhelm, der zunächst für den unbeschreiblich herzlichen und patriotischen Empfang dankte. Er sprach dann über die historische Entwicklung und Bedeutung des deutschen Kaisertums, schilderte den Gegensatz zwischen dem alten römischen Kaisertum deutscher Nation und dem neuen deutschen Kaiserreiche und mahnte die beiden Konfessionen, nebeneinander das eine große Ziel der Erhaltung und Stärkung von Gottesfurcht und Ehrfurcht vor der Religion im Auge zu behalten, so wie er das ganze Reich, das ganze Volk, sein Heer, sich selbst und sein Haus unter das Kreuz stelle. Es war ein tief ergreifender Moment, zugleich bemerkenswert und eindrucksvoll, als der Kaiser dabei den Marschallstab gleichsam

zum Schwur über sein Haupt emporstreckte. Daß er nach dem Besuch der alten Krönungskirche in seiner Rede auf die Bedeutung des religiösen und konfessionellen Lebens zu sprechen kommen würde, war in Mähen schon vorausgesehen worden, seitdem man erfahren hatte, daß auf seinen Wunsch ihn das gesamte Stiftskapitel vom Münster nach dem Kaiser=saal begleiten sollte. Am bemerkenswertesten waren aber die Mitteilungen, welche Kaiser Wilhelm dabei über die Äußerungen des Papstes Leo XIII. machte, die dieser durch den Generalobersten Frhrn. v. Loë an ihn hatte bestellen lassen. Die Mitteilungen lauten in der offiziellen Ausgabe: „Hier steht der General v. Loë, ein treuer Diener seiner Könige. Er ward von hier gesandt nach Rom zum Jubiläum des Heiligen Vaters, und als er ihm meine Glückwünsche und Jubelgabe überbrachte und ihm in intemem Gespräch Aufschluß gab, wie es aussieht in unseren deutschen Landen, hat ihm der Heilige Vater geantwortet, er freue sich, ihm sagen zu können, daß er stets hoch gedacht habe von der Frömmigkeit der Deutschen, zumal des deutschen Heeres. Er könne ihm aber noch mehr sagen, und das solle er seinem Kaiser bestellen, das Land in Europa, wo noch Zucht, Ordnung und Disziplin herrschten, Respekt vor der Obrigkeit und Achtung vor der Kirche und wo jeder Katholik ungestört und frei seinem Glauben leben könne, das sei das deutsche Reich, und das danke er dem deutschen Kaiser.“ Man hat von ultramontaner Seite versucht, dieses Zeugnis des Papstes abzuschwächen, aber Generaloberst v. Loë hat am 30. Juni in Bonn bei der Feier des Papstjubiläums die Angaben des Kaisers bestätigt und sich gegen die kleinliche Kritik und engherzige konfessionelle Polemik gewendet, die daran zu nörgeln versuche, obgleich er zugab, daß in Rom selbstverständlich noch Wünsche für die deutschen Katholiken beständen. Die Rede des Kaisers wurde oft von geradezu stürmischem Beifalle unterbrochen und nach derselben stand alles unter dem Eindruck eines bedeutungsvollen Augenblicks. Der Kronprinz stand dabei rechts von seinem Vater auf den Stufen des Thrones, hinter ihm der Reichskanzler. Schon war die Zeit zur Abfahrt überschritten, als das Kaiserpaar den Saal verließ und auf der Freitreppe des Rathauses erschien, wo Tausende sich mit „Heil dir im Siegerkranz“ und darauf folgenden ununterbrochenen Jubelrufen Abschied nahmen.

Der Kaiser begab sich nach Krefeld, wo zur Erinnerung der zweihundertjährigen Zugehörigkeit der Grafschaft Mörs zu Preußen ein Denkmal des Königs Friedrich I. enthüllt wurde. Im Museum der Stadt, wo dem Kaiser in einem Pokal der Ehrentrank gereicht wurde, sprach er u. a. folgende bemerkenswerte Worte über die Flotte: „Unser deutsches Heer steht schirmend voran und Achtung und Vertrauen genießt es auf allen Seiten. Sie aber, die Sie als Vertreter einer Handelsstadt hier stehen, Sie begreifen, daß außer einem starken Heer noch etwas anderes notwendig ist. Das ist unsere Flotte! Wir haben im Laufe ihrer Entwicklung gefunden, was es heißt, wenn an fremder Küste die Macht der deutschen Flotte sich entfalten kann und wenn Respekt vor den deutschen Kriegsschiffen bei der Bevölkerung ferner Länder geweckt wird. Für

Sie ist es eine Notwendigkeit, daß eine starke, mächtige Flotte die Handelsflagge schirme, damit Sie in Ruhe ihre Erzeugnisse über Länder und Meere senden können. Darum glaube ich, für eine Stadt, die Industrie und Handel in solchem Maße treibt, wie die Ihrige, das Beste geleistet zu haben, wenn ich meine ganze Kraft einsetzte, unsere Macht zu Wasser und zu Lande zu entwickeln. Mit jedem Schiffe, das den Hafen verläßt, hat die Sicherung des Friedens zugenommen und Sie können mit Sicherheit arbeiten.“ An den Aufenthalt in Krefeld knüpft sich auch noch eine scherzhafte Episode, die von gewisser Seite entstellt und aufgebauscht wurde. Bei seiner freundlich launigen Unterhaltung mit den Ehrenjungfrauen soll von einer derselben eine Bemerkung gefallen sein, als sei es in Krefeld langweilig, worauf der Kaiser erwiderte, er werde ihnen zur Unterhaltung Leutnants schicken. Tatsächlich war die grundsätzliche Erledigung, das II. Husarenregiment von Düsseldorf weg zu verlegen, schon seit längerer Zeit erfolgt und auch bereits Krefeld, das seit Jahren um Garnison gebeten hatte, in Aussicht genommen. Der Kaiser konnte also ganz gut über die ihm bekannte Erledigung eine scherzhafte Äußerung machen. Es gehört aber ebensoviele Unkenntnis militärischer Verhältnisse wie Leichtgläubigkeit dazu, um eine Regimentsverlegung auf Grund eines kaiserlichen Scherzes auch nur für denkbar zu halten.

Kaiser Wilhelm machte nun noch einen Besuch in Essen bei der Familie Krupp, ließ aber infolge des Ablebens des Königs Albert von Sachsen seinen Besuch der Kunst- und Gewerbeausstellung in Düsseldorf absagen und für den Monat August in Aussicht stellen.

Fürstenbesuche am kaiserlichen Hofe.

Muzaffer Eddin, der Schah von Persien, hatte Anfang Mai eine Reise nach Europa angetreten. Der Selbstherrscher des alten Perserlandes gilt als ein Mann, der von dem Willen beseelt ist, die Einrichtungen der europäischen Staaten kennen zu lernen, um diese Kenntnis dann seinem Lande zu gute kommen zu lassen. Er mag sich freilich an die schnelle Eisenbahnfahrt nicht gewöhnen und hat beispielsweise zu der Reise von Podwoloczyska an der österreichisch-russischen Grenze bis Rom volle acht Tage gebraucht. In Wien traf er Samstag, den 17. Mai, vormittags, auf dem Nordbahnhofe ein, wo u. a. sein Gesandter in Berlin, Ibrahim Khan, ihn und den Großwesir Mirza Ali Uskar Khan begrüßte. Außerdem hatten sich die jungen Brüder des Schahs, Hussin Ali Mirza und Ahmed Mirza, die in Wien die Theresianische Akademie besuchen, nebst dem Sohne und Neffen des Großwesirs und noch fünf anderen persischen Knaben, sämtlich in der Uniform des Theresianums, mit ihren Lehrern eingefunden. Der Schah beschäftigte sich während seines zweiwöchentlichen Aufenthaltes sehr eingehend mit den jungen Persern, deren Erziehungsprogramm er genau bestimmte und sie wiederholt mit Schmuckstücken und Bonbons beschenkte. Außerdem machte er eine Rundfahrt über die Ringstraße und fuhr mittags nach Süden weiter. In Rom traf er am 21. Mai, nachmittags, ein, wurde

vom König Viktor Emanuel, den Ministern und Staatswürdenträgern empfangen und fuhr bis zum Quirinal durch ein Truppenspalier, während ihn die Bevölkerung mit Zurufen begrüßte. Der Schah blieb mehrere Tage in Rom, der beabsichtigte Besuch beim Papst Leo XIII. unterblieb aber, weil man im Vatikan auch an den Schah das Verlangen stellte, er dürfe den Besuch nicht vom Quirinal, sondern müsse ihn von irgend einer Botschaft aus machen. Da den Beherrscher der sunnitischen Moslemnen die Frage der „Gefangenschaft des Statthalters Christi“ sehr wenig interessierte, so ließ er den Besuch fallen und begab sich mit sehr langen Tagereisen durch die Schweiz und Süddeutschland nach Berlin. Dem Ansehen des Papstes hätte es kaum etwas geschadet, wenn ihm der Schah, vielleicht selbst bloß aus Neugierde, einen Besuch abgestattet hätte.

Während in Potsdam für den Schah die Empfangsfeierlichkeiten noch vollendet wurden, traf bereits der Kronprinz Maha Wajirawudh von Siam ein. Siam gehört zu den wenigen Reichen Asiens, die sich europäische Einrichtungen zu nütze zu machen suchen. Wenn schon früher mit Siam lebhafteste deutsche Handelsverbindungen bestanden, so ist seit dem Ankauf zweier englischer Dampferlinien durch den Bremer Norddeutschen Lloyd die deutsche Handelsflagge in den dortigen Häfen nicht nur am stärksten vertreten, sondern fast alleinherrschend geworden. Dies gibt dem Besuche des Kronprinzen am Berliner Hofe eine besondere Bedeutung. Siam zählt zwar nur etwa acht Millionen Einwohner, ist aber um mindestens 100.000 Quadratkilometer größer als das Deutsche Reich. Der Kronprinz von Siam kam am 29. Mai, vormittags um 9 Uhr, auf dem Potsdamer Hauptbahnhofe an, wurde vom Prinzen Eitel Friedrich empfangen und nach dem Stadtschlosse geleitet. Um 6 Uhr nachmittags traf dann der Schah von Persien ein, der vom Kaiser Wilhelm, sämtlichen Prinzen des königlichen Hauses und den in Berlin und Potsdam anwesenden deutschen Prinzen begrüßt wurde. Die beiden Monarchen schüttelten sich bei der Begrüßung wiederholt herzlich die Hände und fuhren im offenen Wagen, von der Menschenmenge lebhaft begrüßt, nach der Orangerie. Der Schah besuchte um 7 Uhr das Mausoleum und legte an den Sarkophagen des Kaisers und der Kaiserin Friedrich Kränze nieder, machte darauf dem Kaiser Wilhelm im Neuen Palais einen Gegenbesuch und speiste abends allein. Zur Abendtafel beim Kaiser waren der Kronprinz und sein Bruder, der Prinz Paribatra von Siam, geladen.

Die beiden folgenden Tage brachte die Frühjahrsstruppenschau des Gardekorps. Am Freitag fand bei dem herrlichsten Wetter auf dem Tempelhofer Felde die Parade der Berliner Garnison statt, wozu der Schah und der Erbprinz von Siam mit Extrazügen von Potsdam eingetroffen waren und sich nach der Truppenschau in das königliche Schloß begaben. Dort fand ein Frühstück statt, an welchem der siamesische Erbprinz teilnahm und nachmittags nach Charlottenburg fuhr, um im Mausoleum einen Kranz am Grabmal des Kaisers Wilhelm I. niederzulegen. Der Schah blieb im Schloß und nahm an dem militärischen Prunkmahl teil. Kaiser Wil-

helm toastete auf weitere gute Beziehungen zwischen Persien und Deutschland und der Schah dankte in persischer Sprache. Abends wohnte der Erbprinz von Siam der Galavorstellung im Opernhause bei. Samstags vormittag fand ebenfalls bei prächtigem Wetter die Parade über die Potsdamer Garnison statt, welcher der Schah von Persien und der Kronprinz von Siam von den Fenstern des Stadtschlusses aus zusahen. Nach der Parade stattete der Erbprinz von Siam dem Schah im Orangerieschloß einen Besuch und machte abends 6 Uhr mit dem Prinzen Eitel Friedrich eine Dampferfahrt auf den Havelseen. Wegen großer Hitze verschob der Schah eine beabsichtigte Jagd bis abends 6 Uhr, schoß aber doch noch drei Rehböcke und mehrere Fasanen.

Sonntag vormittag traf der Schah in Charlottenburg ein und legte im Mausoleum Kränze nieder, machte dem Aquarium einen längeren Besuch und kehrte abends nach Potsdam zurück. Der Erbprinz von Siam machte vormittags eine Spazierfahrt, fuhr dann zum Frühstück ins Neue Palais beim Kaiser Wilhelm und begab sich nachmittags nach Berlin. Abends speiste er beim Offizierskorps des Augusta-Garderegiments, wo sein Bruder, Prinz Paribatra, als Leutnant Dienst tut. Am Montag früh ließ sich der Schah auf der oberen Terrasse vor dem Orangerieschlosse ein bespanntes Geschütz einer reitenden Batterie sowie ein vollständig bespanntes Maschinengewehr vorführen und besichtigte eingehend ein Gewehr neuen Modells und eine Selbstladepistole der Gardejäger zu Pferde. Nachmittags reiste der Schah wieder von Potsdam ab, Kaiser Wilhelm gab ihm das Geleite zum Bahnhof. Der Schah begab sich mit seiner Begleitung zunächst nach Leipzig, wo er anderen Tages zum Kurgebrauch nach Karlsbad weiterreiste. Er besuchte dann im August noch England und im September Paris, von wo er über Rußland auf dem Landwege nach seiner Heimat zurückkehrte. Der Kronprinz von Siam blieb noch einige Tage in Potsdam und machte dann eine Reise durch das westliche Deutschland, wo er in Karlsruhe am Hofe eine sehr herzliche Aufnahme fand, die Kunstausstellung besuchte und sich namentlich auch in Heidelberg sehr wohl befand, wo ihm u. a. der seltene Ehrentrank beim großen Faß kredenzte wurde. Später besuchte der Prinz auch noch die Kruppschen Werke in Essen und die Kunst- und Gewerbeausstellung in Düsseldorf.

Ende August machte König Viktor Emanuel III. von Italien seinen ersten Besuch am Berliner Hofe. Die Reise hatte zu mancherlei wenig bedeutsamen Erörterungen in den Blättern Veranlassung gegeben, weil der junge König von Italien schon vier Wochen vorher seinen ersten Antrittsbesuch am russischen Hofe gemacht hatte. Obgleich soeben der Dreibund „unverändert“ erneuert worden war, gaben doch die erbgesessenen Schwarzseher der Zeitungspolitik zweifelnden Gedanken Raum, und zwar wirkten dabei die stereotypen Nachbeter des längst außer Gebrauch gesetzten Panславismus — weil die Königin von Italien eine montenegrinische Prinzessin sei! — die sämtlichen Gegner des Dreibundes und die deutschen Kleinigkeitskrämer, die

davon überzeugt sind, daß nach Bismarck in Deutschland „nichts mehr gelingt“, einträchtig nebeneinander. Vergeblich hatten schon Anfang Juli vor der Reise nach Petersburg die italienischen offiziellen Blätter mitgeteilt, der König habe gewünscht, die beiden Besuche auf einer Reise zu machen und natürlich zuerst nach Berlin und dann nach Petersburg zu gehen. Weil jedoch wegen anderer bereits eingegangener Verbindlichkeiten dem Kaiser Wilhelm der Besuch erst im August gelegen war, konnte die Reise nach Petersburg nicht verschoben werden, da im August die Entbindung der Kaiserin erhofft wurde und sie dann an den Hoffestlichkeiten nicht hätte teilnehmen können. So mußte sich der König entschließen, den Besuch in Petersburg schon im Juli zu unternehmen. Man war in Berlin damit vollkommen einverstanden. Statt nun darin ein besonderes Merkmal für die Intimität des Verhältnisses zwischen Berlin und Rom zu erkennen, orakelte die Sensationspresse im hergebrachten Stil weiter. Der Lesephilister ist freilich schon daran gewöhnt, daß sein „Leibblatt“ alles weiß, auch das, was gar nicht passiert, und er würde das Blatt als langweilig beiseite legen, wenn es nicht jeden Tag eine Spannung in der politischen Atmosphäre zwischen den Seilen herausfühlen ließe. In ernstern politischen Kreisen bestand dagegen gar kein Zweifel darüber, daß weder die Verständigung zwischen Italien und Frankreich über die tripolitaniſche Frage noch der Besuch des Königs von Italien in Rußland an der Bedeutung der Festigkeit des Dreibundes etwas geändert habe.

Von anderer Seite wurde weiter die Behauptung aufgestellt, Monarchenbegegnungen hätten in der Gegenwart überhaupt wenig oder fast gar keine politische Bedeutung mehr und beschränkten sich im wesentlichen auf die hergebrachte Ausfüllung eines höfischen Zeremoniells. Man kann zugeben, daß die monarchischen Begegnungen der letzten Zeit in Europa keine großen hochpolitischen Aktionen zur Folge gehabt haben — bis zum letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts war es bekanntlich noch anders — daß sie sich infolge der verbesserten Verkehrsverhältnisse erheblich gemehrt haben und trotzdem durch sie keine einzige durchgreifende Änderung auf dem internationalen Schachbrett herbeigeführt worden ist. Aber der Unterschied gegen früher liegt nicht darin, daß die Monarchenbegegnungen an ihrer Bedeutung eingebüßt haben, sondern vielmehr in dem Umstande, daß die allgemeinen Tendenzen der Mächte friedlicher geworden sind und die Spannung in Europa gegen früher erheblich nachgelassen hat. Auch die schönsten Befürchtungen der Leitartikel vermögen diese nicht mehr über die Dauer eines Tages heraufzubeschwören. Gerade die Tatsache, daß es für die politische Lage in Europa ohne jeden Belang war, ob König Viktor Emanuel zuerst nach Petersburg oder nach Berlin ging, beweist mehr als alle Artikel den Umschwung, daß die in allen Fällen hervorragend friedliche Dreiebundpolitik das Mißtrauen, das man dieser Vereinigung mehrfach entgegenbrachte, vollkommen geschmolzen und einer ehrlichen Anerkennung Platz gemacht hat; daß auch die andere Machtvereinigung, die zuzeiten bedrohlich genug ausah, an Schärfe

verloren und sich den friedlichen Anschauungen des Dreibundes so weit genähert hat, daß die Zugehörigkeit zu einer dieser Gruppen nicht mehr die freundlichen Beziehungen der Staaten untereinander und vertrauensvolle Anknüpfungen an Mächte der anderen Gruppe beeinträchtigt.

Gerade das lehren uns die Monarchenbegegnungen, und es ist darum ganz gut, daß sie sich häufiger wiederholen. Sie sind ja fast noch das einzige politische Bemerkenswerte, was geschieht. Das Jahr 1902, in dessen Beginn noch die letzten Widerstände des zehnfachen Übermacht unterlegenen Völkeres fielen, ist im übrigen ein Jahr vollkommenen Weltfriedens gewesen. Die lokalen Bürgermezeleien in südamerikanischen Republiken, obgleich man dabei von „Revolutionen“ spricht, einige in türkischen Landen spielende, neuerdings auch auf das politische Gebiet ausgedehnte Raub- und Blutrachszenen, oder die Strafexpeditionen europäischer Kolonialtruppen gegen wilde oder halb wilde Eingeborene kann man doch wohl nicht als Störungen des Weltfriedens ansehen. Es bleibt wirklich nichts anderes von politischer Wichtigkeit und Tragweite übrig, als die Monarchenbesuche, die dabei mit Würde vor sich gehen und die Erinnerung an politische Ehre und politische Macht wieder einmal wachrufen. Die nahezu widerwärtig gewordenen, auf Eigennuß und Eitelkeit aufgebauten, von kleinem Parteihaß und Mandatsneid getriebenen, an Gesittung der Formen immer tiefer sinkenden parlamentarischen Verhandlungen vermögen ähnliche Empffindungen nicht mehr anzuregen. Was hat die großen politischen Instinkte der Volksseele, für oder wider, mehr bewegt: in England die Königskrönung und die wiederholten Besuche des Kaisers Wilhelm oder der Streit um die Unterrichtsvorlage; in Frankreich der Kulturkampf des Ministeriums Combes oder die Reise des Präsidenten Loubet nach Petersburg; in Italien die Reisen des Königs nach Deutschland und Rußland oder die Zersahrenheit der Kammer; in Deutschland die Reisen des Kaisers im Inland und Ausland, sowie der Besuch des Königs von Italien, oder der häßliche Kampf um den Zolltarif, bei welchem doch jeder Einsichtige im voraus wußte, daß man sich schließlich im großen und ganzen auf die Regierungsvorlage einigen würde, wenn auch jeder einzelne bis zum letzten Moment voll Eifer hoffte, die Gegner würden „hereinfallen“, und obgleich jetzt nach dem Ende aus allen Lagern einstimmig der Ruf erschallt, die „Regierung ist schuld“ — weil sie gesiegt hat? Mag auch das „Zeremoniell“ bei den Monarchenbesuchen lästig sein, mag sich der einzelne, je größer die Hauptstädte und je zahlreicher die Menschenmassen werden, auch immer winziger dabei vorkommen und darum vielleicht wegbleiben; aber das eine steht doch fest, daß sie in unseren angeblich so fortgeschrittenen politischen Zeitläuften fast noch die einzigen Ereignisse bilden, bei denen der schlichte Bürger unmittelbar zur Empffindung gelangt, daß er einem Staate angehört, dem Ehre gebührt und der Ehre zu geben vermag. Wir bezweifeln, daß selbst der schönste Parteiwahlsieg eine ähnliche Befriedigung gewähren kann; denn hat man auch in Burgthude gesiegt, so haben die Gegner in Schilda und Krähwinkel richtig

ihre Kandidaten durchgebracht und die Geschichte bleibt immer wieder beim alten.

Eine andere Erörterung ist hier noch der Anknüpfung wert. Bekanntlich verbietet die vatikanische Politik jedem katholischen Staatsoberhaupt den Besuch von Rom. So hat König Viktor Emanuel II., ebenso König Humbert Wien besucht, ohne daß Kaiser Franz Joseph, unbeschadet der herzlichsten Beziehungen zum italienischen Königshause und der unerschütterlichen Verhältnisse des Dreibundes, den Gegenbesuch in der italienischen Hauptstadt hätte erwidern können. König Viktor Emanuel III. dürfte keinen Besuch in Wien machen, denn das berechtigte Selbstgefühl der italienischen Nation fordert immer nachdrücklicher, daß ihre Nachbarn und Bundesgenossen Rom als Hauptstadt anerkennen und sich nicht an die Proteste des Vatikans kehren. Das ist auch so ein störendes Moment, gleichwie die noch zuweilen in Frankreich aufflackernde Revancheidee, welches dem gemeinsamen Zusammenschluß der europäischen Kulturstaaten hemmend entgegensteht. Das wird nicht immer so bleiben können, zwingende Verhältnisse drängen weiter. Die liebenswürdige Persönlichkeit des Kaisers Franz Joseph und die konziliante Natur des Papstes Leo XIII. hätten eigentlich eine Änderung des Zustandes möglich erscheinen lassen. Doch beide sind alte Herren, denen das Aufgeben eines lange Zeit eingehaltenen Verhältnisses schwer zugemutet werden kann. Es kann aber nur noch eine Frage der nächsten Jahre sein, daß hier eine Wandlung eintritt, denn die Fabel von der Gefangenschaft des Papstes läßt sich ebensowenig aufrecht erhalten, wie sich die Wiederherstellung des Kirchenstaates ermöglichen lassen wird. Die politische Lage in Europa verlangt ernstlich, daß endlich einmal mit verrosteten Anschauungen gebrochen wird, die sich je länger je mehr schädlich erweisen und niemand mehr nützen können.

Bei dem italienischen Königsbesuch am Berliner Hofe spielten diese Umstände glücklicherweise höchstens eine nur sehr nebensächliche Rolle, und der König von Italien hat jedenfalls von dem ihm am deutschen Kaiserhofe und von der Reichshauptstadt bereiteten Empfange einen sehr angenehmen Eindruck empfangen. Nicht die glanzvolle Ausschmückung der Straßen, sondern die Herzlichkeit, mit welcher die Bevölkerung den verbündeten Monarchen willkommen hieß, gab den Festtagen das Gepräge. Mittwoch, den 27. August, nachmittags traf König Viktor Emanuel über Frankfurt a. M. auf der Station Wildpark bei Potsdam ein und wurde vom Kaiser Wilhelm, den kaiserlichen Prinzen und allen in Berlin und Potsdam anwesenden deutschen Fürsten und Prinzen empfangen. Auf der Fahrt nach dem Neuen Palais begrüßte eine große Menschenmenge die Monarchen, italienische, in Potsdam beschäftigte Arbeiter riefen *Evviva!* Im Muschelsaale des Neuen Palais wurde der Prinz von der Kaiserin Augusta Viktoria begrüßt. Der König empfing darauf den Reichskanzler Grafen Bülow und nahm abends an der Familientafel beim Kaiser teil. Am nächsten Tage folgte der feierliche Einzug in Berlin, wofür große Vorbereitungen getroffen worden waren. Der

lange Strazenzug vom Potsdamer Bahnhof bis zum königlichen Schlosse war prächtig geschmückt, doch fanden verschiedene Dekorationsmotive, wie die Verwendung von Blumenkörben mit Orangen und der gelbe Anstrich des Brandenburger Torres, nicht allgemeinen Beifall. Der Großartigkeit des Einzugs tat das aber keinen Abbruch. Am Brandenburger Tor begrüßte Oberbürgermeister Dr. Kirschner den König, dessen Erscheinen auf deutschem Boden ein neuer Beweis dafür sei, daß er entschlossen sei, das Bündnis zwischen Italien, Deutschland und Österreich-Ungarn allzeit zu pflegen und dadurch den Völkern den Frieden zu erhalten. Der König reichte dem Oberbürgermeister die Hand und dankte in französischer Sprache. Nun wurde unter weiteren Zurufen der Volksmenge die Fahrt unter den Linden fortgesetzt. Vor dem Zeughause stiegen die Monarchen aus und begaben sich nach dem Lichthofe, wo die Nagelung der Fahnen der neuen 41 Infanterieregimenter stattfand. Die Fahnenträger standen in drei Reihen, die von den drei ältesten Söhnen des Kaisers geführt wurden. Der König schlug an jeder Fahne den ersten Nagel ein, während dieser Feier gaben Geschütze im Lustgarten 101 Kanonenschüsse ab. Hierauf wurde die Fahrt nach dem königlichen Schlosse angetreten. Den ganzen Tag herrschte in Berlin, namentlich in der Nähe des Schlosses, ein ganz gewaltiges Menschengedränge, das allen Verkehr behinderte, sonst aber durchaus harmlos verlief.

König Viktor Emanuel begab sich vom Schlosse aus nach der italienischen Botschaft, empfing dort die Vertreter der italienischen Kolonie, machte einige Besuche und fuhr nachmittags nach Charlottenburg, wo er im Mausoleum einen Kranz niederlegte. Abends um 6 Uhr fand im Schlosse eine Prunktafel statt, bei welcher König Viktor Emanuel zwischen dem Kaiser und der Kaiserin saß, ihm gegenüber hatte Reichskanzler Graf Bülow neben dem italienischen Minister des Außern, Prinetti, seinen Platz. Bei der Tafel brachte Kaiser Wilhelm folgenden Trinkspruch aus: „Wenn ich Eure Majestät von ganzem Herzen hier willkommen heiße, so ist das nicht der hergebrachte Ausdruck einer Höflichkeitsform, sondern der tiefsten Herzensüberzeugung. Willkommen sei Eurer Majestät dargebracht als dem Sohne jenes ritterlichen Königs Umberto ohne Furcht und Tadel, der seine Freundschaft und Bundestreue von meinen Vorgängern, besonders meinem seligen Herrn Vater, mit vollster Wärme auf mich, den so viel jüngeren, übertrug. Ihm bewahre ich stets, solange ich lebe, ein heiliges dankbares Andenken in meinem Herzen. Willkommen sei Eurer Majestät zugerufen als dem König des herrlichen, schönen Italiens, des Landes unserer Träume, des Jungbrunnens unserer Künstler und Dichter. Willkommen seien Eure Majestät uns als der treue Bundesgenosse nach Wiedererneuerung des uns untereinander und mit unserem erhabenen Freunde Seiner Majestät dem Kaiser und König Franz Joseph verknüpfenden Bündnisses, welches in alter Kraft fortbesteht und in das Sein unserer Völker sich fest eingelebt hat, nachdem es Jahrzehnte hindurch Europa den Frieden gesichert hat und, so Gott will, noch für lange sichern wird!

Mit mir in jubelndem Gruß ruft das gesamte deutsche Vaterland: Seine Majestät der König Hurra! Hurra! Hurra!"

König Viktor Emanuel erwiderte in italienischer Sprache und gedachte der brüderlichen Zuneigung, die den Kaiser Friedrich mit dem König Humbert vereinigte. „Im Zeichen solcher Erinnerungen werden unsere Völker auf den Bahnen der Zivilisation fortschreiten, gesichert durch dieses alte Bündnis zwischen Italien und den beiden Kaiserreichen, in welchem die allgemeine Anschauung jetzt ein Sinnbild des Friedens und dessen wirksamsten Schutz erkennt.“ Er schloß mit einem Hoch auf den Kaiser Wilhelm. Abends folgte eine Prunkvorstellung im königlichen Opernhause, worauf die Majestäten nach Potsdam zurückkehrten. Freitag vormittags legte König Viktor Emanuel im Mausoleum Kaiser Friedrichs einen Kranz nieder, nachdem er früh auf der Pürsche drei Hirsche geschossen hatte. Zu der Frühstückstafel beim Prinzen Friedrich Leopold in Glienicke fuhr Kaiser Wilhelm mit dem König allein vom Neuen Palais in einem Jagdwagen, den der Kaiser selbst lenkte. Nach dem Frühstück machte die kaiserliche Familie mit dem König auf der Yacht „Alexandra“ eine Wasserfahrt bis zur Höhe des Kaiser Wilhelms-Turmes bei Wannsee und kehrten dann nach der Matrosenstation zurück, von wo die Rückfahrt nach dem Neuen Palais erfolgte, der Kaiser und der König wieder allein im Jagdwagen. Eine prächtige Beleuchtung von Park und Schloß Babelsberg bildete den Schluß der Festlichkeiten dieses Tages.

Am Samstag um 9 Uhr fand die Herbstparade des Gadekorps auf dem Tempelhofer Felde bei herrlichem Wetter statt. Der König von Italien war mit der kaiserlichen Familie von Potsdam herübergekommen. Nach der Parade ritt Kaiser Wilhelm mit dem Könige von Italien an der Spitze der Fahnen und Standarten nach dem königlichen Schlosse und wurde auf dem Wege durch ganz Berlin vom Publikum mit herzlichen Zurufen begrüßt. Nachmittags kehrten der Kaiser und die Kaiserin wie auch der König von Italien nach dem Neuen Palais in Potsdam zurück. Am nächsten Tage erfolgte nach der herzlichsten Verabschiedung von der kaiserlichen Familie die Abreise des Königs Viktor Emanuel, dessen Person in der deutschen Reichshauptstadt bei allen Persönlichkeiten, mit denen er in Berührung gekommen ist, den Eindruck eines ernsten, sehr klugen und wohlmeinenden Herrn hinterlassen hat, der auf allen Gebieten der Politik wohl zu Hause und sich der Verantwortlichkeit seiner Stellung bewußt ist. Über die Herzlichkeit des Empfanges hat er selbst zu verschiedenen Malen seine Freude ausgesprochen. Zu neuen Staatsverträgen und Abmachungen lag kein Anlaß vor, wohl aber ist es von Bedeutung, daß die Monarchen sich auch persönlich und menschlich näherkommen und sich besser kennen lernen. Die Besprechungen zwischen den Souveränen und den leitenden Ministern haben eine vollkommene Übereinstimmung in den Hauptfragen der äußeren Politik ergeben. Auch die Bürgermeister der beiden Hauptstädte Rom und

Berlin haben bei dieser Gelegenheit Begrüßungsdepeſchen gewechselt.

Dom Reichstag.

Im eigentlichsten Sinne des Wortes hat der Kampf um den Zolltarif das gesamte innerpolitische Leben des Reiches in Anspruch genommen. Das Zusammentreten des Reichstages am 8. Januar belebte die politische Stimmung von neuem und gab den Blättern Stoff zu lebhaften Auseinandersetzungen. Die schon an anderer Stelle besprochene Rede des Reichskanzlers Grafen Bülow hatte sich mit gewohnter Deutlichkeit über einige Fragen ausgesprochen, die einer Klärung von dieser Stelle aus bedurften. Dann beschäftigte sich der Reichstag mit der infolge der dreizehntägigen Redeschlacht über die Zolltarifvorlage vor Weihnachten verzögerten ersten Lesung des Etats. Seither war es im deutschen Reichstag nicht vorgekommen, daß diese parlamentarische Arbeit nicht schon vor Weihnachten erledigt war. Darum beschränkten sich auch die Beratungen bis Ende März fast ausschließlich auf die Beratung der Etatsvorlage. Die Arbeiten des Hauses sind auch in ungewöhnlich schneller und zum Teil fast überstürzter Weise erledigt worden und der Reichstag konnte, nach einer kurzen Pfingstpause, am 11. Juni bis auf den Herbst vertagt werden, und nur die Zolltarifkommission arbeitete inzwischen weiter. Alles in allem genommen, kann man mit dem Reichstag für diesen Sessionsabschnitt, wie die Dinge in den Parlamenten nun einmal liegen, in der Hauptsache zufrieden sein.

Die Reichsregierung hatte sich freilich von vornherein mit neuen Entwürfen eingeschränkt, da sie mit gutem Recht annahm, daß der Zolltarif den größten Teil der Zeit und des Interesses in Anspruch nehmen werde. Immerhin sind einige Gesetze von Bedeutung verabschiedet worden, so die Seemannsordnung und die Beihilfen für die Veteranen, außerdem ist die Neuregelung des § 7 der Strafprozeßordnung, durch die der sogenannte „fliegende Gerichtsstand der Presse“ durch Beseitigung der ärgerlichsten Seite eine wesentliche Abänderung erfuhr, hervorzuheben, ebenso die bereits erwähnte Aufhebung des „Diktaturparagraphen“ für die Reichslande. Daß die Regierung ebenso wie die Mehrheit des Reichstages der Landwirtschaft wohlgesinnt ist, zeigen die Durchbringung des Süßstoffgesetzes, das gesetzliche Verbot zur Erzeugung von Süßstoffen, das für die rübenbauende Bevölkerung eine weittragende Bedeutung haben dürfte. Auch die bedeutend über die Regierungsvorlage hinausgehende Herabsetzung der Zuckersteuer von 20 auf 14 Mark ist ein weiteres Entgegenkommen, das hoffentlich für die nicht besonders günstig stehenden Reichsfinanzen nicht eine zu große Verschlechterung bewirken wird. Dazu müßte der für Deutschland berechnete Gesamtverbrauch an Zucker von 7,320.000 Doppelzentner um mindestens 1 1/2 Millionen Doppelzentner steigen. Nun pflegt ja wohl der Konsum bei billiger werden den Artikeln zuzunehmen, aber niemals sogleich und auch selten in raschem Tempo. Jedenfalls wird man erst abwarten müssen, um wieviel der Zucker im

Kleinverkehr sinkt, und wie weit sich die theoretische Erwartung in der Praxis bewahrheiten wird.

Im übrigen ist von der Tätigkeit des Reichstages wenig zu sagen, wenn es auch anzuerkennen ist, daß in der Juniwoche, in welche die wichtigsten Abstimmungen fielen, das Haus unzweifelhaft beschlußfähig war und es selbst bis auf 312 anwesende Mitglieder brachte, aber mehr als 80, über ein Fünftel, fehlten doch noch. Dieser Tadel trifft, nebenbei bemerkt, alle Parteien, denn wenn bei der Abstimmung über den sogenannten „Toleranzantrag“ des Zentrums, das angebliche Testament des soeben verstorbenen Führers Dr. L i e b e r, die Partei nur 77 Parteimitglieder zur Stelle schaffen konnte, während ein Viertel der Fraktion fernblieb, so sagt das genug. Aber jedenfalls war das Haus während der letzten Zeit im Juni immer besetzt genug, um namentlich die auf mehreren Seiten auftauchenden Obstruktionsabsichten zu durchkreuzen. Das trat namentlich bei der Abstimmung über die Zustimmung zur Brüsseler Zuckerkonvention hervor, wo konservative und ultramontane Agrarier versuchten, die Abstimmung bis in den Oktober zu verschleppen, aber die Regierung setzte in allen wesentlichen Punkten die Zustimmung der weit überwiegenden Mehrheit des Hauses durch. Das lag übrigens zum großen Teil an der sachlichen Unkenntnis der leidenschaftlichen Gegner dieser Konvention, die mit der Ablehnung gedroht hatten. Dabei bewies auch der Verlauf der letzten parlamentarischen Woche in der Frühjahrsession des Reichstages, daß gerade die Führer des Bundes der Landwirte gar nicht den Einfluß besitzen, den sie von sich immer behauptet hatten. Ihre Hauptredner, Dr. H a h n, R o e s i c k e und auch Graf L i m b u r g - S t i r u m, waren gar nicht im stande, gegen die sachlich wohlunterrichteten Vertreter der Regierung den Kampf ernstlich aufzunehmen. So groß die Mehrheit im Reichstage auch ist, die allen berechtigten Wünschen der Landwirtschaft entgegenzukommen bereit ist, so gering ist der Anhang derer, die in den Übertreibungen der Führer des Bundes der Landwirte die wahren Interessen der Landwirtschaft erblicken. Für Leute, die nicht mitten im Parteikampf stehen und sich nicht verpflichtet fühlen, jeden Ruf auf der feindlichen Seite durch einen Gegenruf zu überschreien, sondern die der Entwicklung ruhig mit den Augen folgen, ließ sich schon damals deutlich erkennen, wie sich die weitere Entwicklung des Kampfes um den Zolltarif abspielen werde. Auch bei der Beratung der Branntweinsteuernovelle stellte sich heraus, daß sich nur wenige Abgeordnete über die Tragweite der neuen Gesetzesbestimmungen klar waren. Die zweitägige Verhandlung am 3. und 4. Juni ergab zwar die Annahme der Kommissionsbeschlüsse, weil wohl die Mehrheit die Notwendigkeit einer Besserung der Lage des Branntweingewerbes erkannte und darum etwas Positives zu stande bringen wollte, aber eigentlich nicht in der Lage war, sich eine eigene Meinung darüber zu bilden.

Inzwischen waren in der Zolltarifscommission die Verhandlungen nur sehr langsam vorgerückt. Um die Sache weiter zu bringen, hatte die Regierung einen Vorschlag des Zentrums gebilligt, welcher dahin ging, für diejenigen Mitglieder der Kom-

mission, welche ihre Arbeit während der Reichstagsferien fortsetzen würden, einen Pauschal-diätenbetrag von je 2400 Mark auszusetzen. Die Gegner dieses Pauschales auf der Linken schienen allerdings fest entschlossen zu sein, die Bewilligung nur durch ein wirklich beschlußfähiges Haus zuzulassen. Dazu kam noch die Schwierigkeit, daß in der Kommission wiederholt der Fall eintreten könnte, daß Mitglieder auscheiden und sich durch andere Mitglieder ihrer Fraktion ersetzen lassen. Indessen waren das bloß Punkte von untergeordneter Bedeutung. Die Verschleppung der Arbeiten der Kommission kann dadurch freilich nicht unmöglich gemacht werden, aber doch wurde damit erreicht, daß die Verhandlungen recht gründlich vorgenommen werden konnten, und die Sozialdemokraten, die darauf hinarbeiteten, den Zolltarif bis zu den nächsten Reichstagswahlen als willkommenen Agitationsstoff aufzusparen, mußten ihr Pulver vorher verschießen und mehr als einer von ihnen wurde genötigt, zuzugestehen, daß es auch im Interesse der arbeitenden Bevölkerung liege, wenn dem Gedanken des Schutzes der heimischen Gütererzeugung auf gesetzgeberischem Wege Ausdrück verliehen werde. So kam der Antrag auf Gewährung von Pauschal-diäten für die Mitglieder der Zollkommission während der Parlamentsferien zur Annahme. Die Kommission einigte sich auch dahin, die erste Lesung des Zolltarifs fortzusetzen und dann den Beginn der zweiten Lesung zu bestimmen. Im Laufe der Debatte darüber hatte der Staatssekretär Graf P o s a d o w s k y an die Kommissionsmitglieder die Aufforderung gerichtet, die Arbeiten zu beschleunigen, da die rechtzeitige Entscheidung darüber dem Ansehen Deutschlands dem Auslande gegenüber nützen werde. Die Kommission beschloß, vom 18. Juni ab täglich von 9 bis 12 Uhr zu beraten und alle vierzehn Tage in den Verhandlungen eine Pause von Freitag mittags bis Dienstag früh zu machen. Die an die Gewährung von Pauschal-diäten für die Mitglieder der Zolltarifscommission geknüpften Hoffnungen auf eine Zustimmung des Bundesrates zu der von der Reichstagsmehrheit oft beschlossenen Bewilligung von Diäten oder von Anwesenheitsgeldern für die Reichstagsabgeordneten haben sich nicht verwirklicht.

Der Kaiser zur See.

Kaiser W i l h e l m hatte für mehrere Wochen des Juli eine Nordlandreise in Aussicht genommen. Als er am 1. Juli mit dem Prinzen Heinrich dem Herrenabend beiwohnte, den Mitglieder des kaiserlichen Jachtklubs in Kiel veranstaltet hatten, wurde er durch den Besuch des Großfürsten = Thronfolgers von Rußland überrascht, der an Bord der russischen Kaiserjacht „Sarıka“ auf der Reede vor Anker gegangen war. Der russische Thronfolger war schon am 21. Juni mit seiner Jacht in Kiel gewesen und vom Prinzen Heinrich im Namen des Kaisers begrüßt worden. Als jetzt der Thronfolger wieder auf der Reede erschienen war, sandte Kaiser Wilhelm den Prinzen Heinrich entgegen und der Thronfolger erschien bald darauf im Klubhaus, verweilte längere Zeit in der Gesellschaft und begab sich dann mit dem Kaiser Wil-

helm an Bord der „Hohenzollern“, um die Kaiserin Augusta Viktoria zu begrüßen. Darnach geleitete der Kaiser den Thronfolger nach der Jacht „Zariža“ zurück, die gegen 12 Uhr nachts die Ankerlichtete und unter dem Donner der Geschütze die Rede verließ.

Am 7. Juli trat der Kaiser auf der „Hohenzollern“ von Travemünde aus die Nordlandreise an. Am 9. Juli vormittags kam auf der Höhe von Skagen das 1. Geschwader unter dem Kommando des Prinzen Heinrich in Sicht. Das Herannahen war schon aus einer Entfernung von 60 Kilometer durch Signale des funktentelegraphischen Apparates an Bord gemeldet worden. Die Kaiserjacht „Hohenzollern“ fuhr durch die in doppelter Kiellinie entgegenkommende Flotte und dann nach Norwegen weiter, während das Geschwader seine Manöver fortsetzte. Am 10. Juli gegen 2 Uhr morgens traf die „Hohenzollern“ in Koperwik ein und kam am nächsten Tage bis Odde. Dort hatte Kaiser Wilhelm mit dem bisherigen französischen Ministerpräsidenten Waldeck-Roussseau, der an Bord der „Ariane“ dort angekommen war, eine Begegnung. Waldeck-Roussseau, der Eigentümer der Jacht Menier und die übrige auf der Jacht befindliche französische Gesellschaft wurde abends auf die „Hohenzollern“ zur Tafel geladen. Der Kaiser sah Waldeck-Roussseau noch mehrere Male und hatte ihn auch zum Diner auf die „Hohenzollern“ geladen, wo eine längere Unterredung zwischen beiden stattfand, über die Waldeck-Roussseau von Christiania an den Präsidenten Loubet Bericht erstattet hat. Waldeck-Roussseau hatte auf den Kaiser einen sehr guten Eindruck gemacht. Die Begegnung wurde viel besprochen, namentlich in Frankreich, wo sie bei den Chauvinisten nicht geringe Aufregung hervorrief.

In langsamem Tempo wurde die Fahrt weiter nach Norden fortgesetzt. In Molde fand Montag, den 21. Juli, vormittags ein Wettrudern der Boote der „Hohenzollern“ und der beiden Begleitschiffe statt. Mittags fuhr die „Hohenzollern“ bei kühlem Wetter ab und traf nach guter Fahrt abends in Drontheim ein. Am anderen Vormittag ging Kaiser Wilhelm an das Land, fuhr zum Dome und besichtigte unter Führung des Konsuls Jensen den Neubau. Für den Wiederherstellungsfonds der Domkirche hat der Kaiser auch in diesem Jahre wieder 1000 Kronen gespendet. Abends gab er im Geldsaeter Sanatorium ein Mahl. Am anderen Tage setzte die „Hohenzollern“ die Fahrt fort und traf bei schlechtem Wetter am 23. vor Oerskog ein. Die Weiterfahrt nach dem Geirangerfjord wurde verschoben und anderen Tages wegen des fortdauernd ungünstigen Wetters aufgegeben. Die „Hohenzollern“ kehrte nach Bergen zurück, wo sie am 25. eintraf. Es herrschte weiter Regen und Kälte ohne Aussicht auf Besserung, und darum wurde die Heimfahrt nach Deutschland angetreten.

Am 30. Juli traf Kaiser Wilhelm mit der „Hohenzollern“ auf der Reede der alten ostfriesischen Hafenstadt Emden ein, wo die Erinnerungen an die kurbrandenburgische und preussische Herrschaft, während der unter dem Großen Kurfürsten und Fried-

rich II. viel für die Stadt und Provinz geschehen war, die Zugehörigkeit zum Königreich Hannover überdauert haben. Der Besuch hatte schon im Vorjahre stattfinden sollen, war aber wegen des Todes der Kaiserin Viktoria unterblieben. Durch die Eröffnung des Dortmunder Emskanals und die anscheinliche Erweiterung der Hafenanlagen hofft die Stadt, zu neuem Aufschwung zu gelangen. Sie hatte sich in dankbarer Erinnerung zum freudigen Empfang gerüstet. Der Kaiser stieg ans Land und besichtigte die Denkmäler des Großen Kurfürsten, Friedrichs II. und Wilhelms I., um welches weißgekleidete Jungfrauen mit Rosenranken Ketten bildeten. Vor dem altertümlichen Rathause sprach die Tochter des Oberbürgermeisters Fürbringer ein Gedicht, darauf betrat der Kaiser das Rathaus und besichtigte alte Urkunden, den Silberschatz und die reichhaltige Rüstkammer. Inzwischen hatten sich die städtischen Behörden im SitzungsSaale versammelt. Dort begrüßte der Oberbürgermeister den Kaiser mit einer Ansprache, in der er der Zeiten gedachte, in denen Emden „die Brücke war, auf welcher der brandenburgische und preussische Staat den Fuß an die Nordsee setzten“, und betonte, daß erst Kaiser Wilhelm I. der Entwicklung der Hafenstadt wieder seine Aufmerksamkeit zugewendet und Kaiser Wilhelm II. das Werk durch Zugänglichmachung des Hafens für den großen Seeverkehr vollendet habe. Der Kaiser sprach in seiner Erwiderung aus, es freue ihn von Herzen, „diese Stadt zu betreten; sie hängt innig mit der Geschichte unseres Hauses zusammen, und ich glaube wohl sagen zu können, daß es nicht ein bloßer Zufall ist, daß gerade die beiden größten Regenten des Hauses Kurbrandenburg-Preußen, der Große Kurfürst und Friedrich der Große, trotz der schweren Kämpfe, die sie fortdauernd bestehen mußten, um die innere Einigkeit des Landes zu festigen und daselbe gegen äußere Angriffe zu schützen, Zeit und Mühe gefunden haben, ihr Auge auf den Handel, auf die See und somit auf die Stadt Emden zu lenken. Ich führe das an, um Ihnen damit zu beweisen, daß es bei mir kein Verdienst ist, wenn ich dieselben Wege gehe. Es hat Gott gegeben, was seinen Vorgängern versagt blieb, nämlich ein einiges deutsches Vaterland wiederherzustellen und das Reich mit gewaltigen Hammerschlägen zusammenzuschmieden. Im Reich steht Preußen an erster Stelle; der König von Preußen hat wiederum das, was kein deutscher Kaiser in der Lage war, sich zu schaffen, die nötige Hausmacht. Auf dieser Basis ist es nun möglich, die Aufgaben wieder aufzunehmen, die mit weitschauendem Blicke meine beiden großen Vorfahren, die Sie mit Recht hier durch Standbilder geehrt haben, jederzeit vor Augen hatten und bestrebt waren auszuführen.“ Unter unausgesetzten Begrüßungsrufen der Bevölkerung bestieg dann der Kaiser wieder seine Rudergig, fuhr zum Falsterndelft, welcher der Flotte des Großen Kurfürsten als Liegehafen und Schiffswerft gedient hatte, und dann zum Telegraphenamte, wo er die Kabel- und Telegrapheneinrichtungen besichtigte. Auf dem „Sleipner“ kehrte er zu der auf der Reede liegenden „Hohenzollern“ zurück, auf der er am

31. Juli früh in Kiel eintraf. Am 1. August machte er dem großherzoglich-mecklenburgischen Hofe in Schwerin einen Besuch, traf gegen Mitternacht wieder in Kiel ein, übernachtete auf der „Hohenzollern“ und begab sich in der frühe des 3. August an Bord der „Hohenzollern“ zur Kaiserbegegnung nach Reval.

Von offiziöser Seite wurde diese neue Zusammenkunft der befreundeten Herrscher als Erwiderung des Besuches bezeichnet, den Kaiser Nikolaus im September vorigen Jahres dem Kaiser Wilhelm bei den Flottenmanövern in der Danziger Bucht abgestattet hatte. Es war kein Zufall, daß Kaiser Nikolaus den Kaiser Wilhelm gerade in diesem Jahre zu den Schießübungen des Artillerie-Lehrgeschwaders nach Reval eingeladen hatte, denn dieses feierte sein fünfzigjähriges Bestehen. Da Rußland seine zahlreichen neuen Schiffe, sobald sie dienstfertig sind, fast sämtlich nach Ostasien sendet, so sind die Schiffe des Artillerie-Lehrgeschwaders zwar meist älteren Typs, doch mit den neuesten Geschützen und Schießeinrichtungen versehen. Auf die artilleristische Ausbildung wird in der russischen Flotte großer Wert gelegt, die Geschützführer werden an den verschiedensten Geschützen und Kalibern so ausgebildet, daß sie an jedem Geschütz verwendet werden können. Das ist nur bei der in Rußland geltenden siebenjährigen Dienstzeit möglich. Der Revaler Schießplatz bietet mit der ganz für diese Schießübungen vorbehaltenen Insel Karlsoe ein weites Gebiet, um solche Übungen belehrend und anregend zu gestalten. Die Bedeutung der Kaiserbegegnung in Reval liegt darum in dem Umstand, daß Kaiser Wilhelm zu diesen Übungen, die sonst im allgemeinen von den Flotten mit Geheimnis behandelt werden, eingeladen worden war.

Die „Hohenzollern“ kam Dienstag, den 5. August, vor Memel in Sicht und traf am anderen Morgen 8 $\frac{1}{2}$ Uhr auf der Höhe von Reval ein. Kaiser Nikolaus befand sich auf der russischen Kaiserjacht „Standart“, die von der „Hohenzollern“ mit Kanonensalut begrüßt wurde, den die „Standart“ erwiderte und dem deutschen Geschwader entgegenfuhr. Kaiser Wilhelm begab sich mit Gefolge an Bord der „Standart“, wo ihn Kaiser Nikolaus nach herzlicher Begrüßung an Bord geleitete. Die „Standart“ setzte sich nun an der Spitze des deutschen Geschwaders nach Reval in Bewegung und wurde beim Herankommen an die russische Flotte, die aus 15 Kriegsschiffen und ebenso viel Torpedobooten bestand, mit Salutschüssen empfangen, und das deutsche Geschwader ging inmitten der russischen Flotte vor Anker. Schon morgens früh waren zahlreiche Vergnügungsdampfer mit der deutschen Kolonie und Tausenden anderer Zuschauer herausgefahren, die Musikkapellen an Bord spielten die deutsche und die russische Volkshymne, die Fahrgäste brachten laute Hurras aus. Abends um 8 Uhr fand auf der „Hohenzollern“ ein Prunkmahl statt, nach welchem die Monarchen Cercle hielten. Man sah dabei die beiden Kaiser miteinander, den Reichskanzler Grafen Bülow mit dem russischen Minister des Äußern, Grafen Lamdorff, in längerer angeregter Unterhaltung. Um 10 Uhr erstrahlten mit einem Male

sämtliche Schiffe der beiden Flotten in elektrischer Beleuchtung, was in der dunklen Nacht ein wunderbares Schauspiel bot, wie es die Reede von Reval noch nie gesehen hatten. Bald darauf begaben sich beide Monarchen an Bord der „Standart“ und beobachteten von dort aus die Nachtschießübungen aus 37 cm- und 44 cm-Geschützen gegen feste Scheiben unter Benützung von Scheinwerfern. Erst 11 $\frac{1}{2}$ Uhr kehrte Kaiser Wilhelm an Bord der „Hohenzollern“ zurück. Am 7. August fanden vor beiden Kaisern Flottenmanöver statt, die mit Scharfschießen und einer Landungsübung verbunden waren. Nach der Landung auf der Insel Karlsoe schwärmten die Mannschaften in Schützenlinien aus und richteten ihren Angriff mit starkem Gewehrfeuer gegen Infanteriescheiben. Den Schluß der Übung bildete ein Parademarsch vor beiden Kaisern, die erst vom Boot aus, dann zu Lande, in lebhafter Unterhaltung den Manövern gefolgt waren. Auf Befehl des Kaisers Wilhelm hatte die Kapelle der „Hohenzollern“ nachmittags in Reval in den mit deutschen und russischen Fahnen geschmückten Strandpforten-Anlagen ein Konzert veranstaltet, das von Tausenden besucht war, die nach Schluß der Aufführungen die deutschen Musiker mit Hurrarufen zum Hafen geleiteten. Abends fand an Bord der „Standart“ ein Prunkmahl statt, während dessen wieder sämtliche Kriegsschiffe beleuchtet waren. Nach der Tafel hörten die Kaiser ein Gesangskonzert der Liedertafel und des Männergesangsvereines von Reval an, die auf einem mit Lampions erleuchteten Dampfer neben der „Standart“ Aufstellung genommen hatten. Danach begannen wieder die Nachtschießübungen, die ein Scheingefecht gegen Scheiben im Schlepp von Torpedobooten sowie Schießübungen gegen auf der Insel Karlsoe errichtete Erdwälle darstellten. Das Nachtmanöver endete erst gegen 1 Uhr.

Samstag vormittags statteten Kaiser Nikolaus und Großfürst Alexi auf der „Hohenzollern“ einen Besuch ab. Später begaben sich die Monarchen und die Prinzen auf die russische Jacht „Polarstern“, um von da einer Regatta von Booten der russischen Flotte zuzusehen. Auf der „Standart“ fand um 1 Uhr das Frühstück statt, wobei Kaiser Nikolaus dem Kaiser Wilhelm einen über 2 Fuß hohen, in Silber getriebenen, mit allen in Rußland vorkommenden Edelsteinen verzierten Bojarenhelm überreichte, dessen Inneres ein goldenes Rauchservice darstellt, während Kaiser Wilhelm dem Zaren zur Erinnerung an die Zusammenkunft in Reval ein goldenes Schreibzeug schenkte. Die beiden Kaiser hatten danach allein eine längere eingehende Besprechung, dann geleitete Kaiser Nikolaus seinen Gast unter den Klängen der deutschen Volkshymne nach der „Hohenzollern“, wo er noch eine halbe Stunde verweilte und sich dann in der herzlichsten Weise verabschiedete. Um 3 Uhr 45 Minuten lichtete die „Hohenzollern“ die Anker und fuhr durch die Paradeaufstellung der russischen Flotte hindurch. Kaiser Nikolaus begleitete seinen Gast auf der „Standart“ bis über die Insel Nargen hinaus, worauf er sich abends nach Kronstadt begab.

Die Kaiserbegegnung in Reval, die wieder viele Federn, zum Teil unnütz und vergeblich, in Bewegung gesetzt hatte, war damit zu Ende. Sie hatte sich

ziemlich fern von der allgemeinen Öffentlichkeit abge spielt, offizielle Coaste waren nicht gehalten worden. Die beiden Kaiser hatten mehrfach längere Unterredungen miteinander, ebenso die Minister Graf Bülow und Graf Lambsdorff. Der Verkehr der beiden Monarchen trug einen ungemein herzlichen Charakter, was sich wohl aus der Tatsache erklärt, daß beide bestrebt sind, ihre Flotten zu heben, und daß sie ihre Erfahrungen und Meinungen darüber austauschten. Da nach einem politischen Grundsatz Flotten zweiten Ranges für die Freiheit der Meere günstig sind, so kam die Begegnung in Reval, ganz abgesehen von der unzweifelhaft friedliebenden Politik der beiden Monarchen, nur dem Frieden günstig gewesen sein. Grund sich etwas darüber aufzuregen, hätte höchstens Großbritannien haben können, das ja die Herrschaft über die Meere beansprucht, aber dort war man viel ruhiger wie in Frankreich, weil so kurz nach dem Besuch des Präsidenten Loubet in Petersburg eine geradezu intime Begegnung der beiden Kaiser gefolgt war. Diese Regung verletzter Eitelkeit hilft aber den Franzosen nichts, sie sind nicht allein auf der Welt da, aber Besorgnisse brauchen sie nicht zu haben. Sowohl die Bemühungen der beiden Monarchen für ihre Flotten sowie auch die Besprechungen der leitenden Minister haben nur den übereinstimmenden Willen feststellt, die Macht beider Staaten in den Dienst ruhiger und friedlicher Entwicklung zu stellen.

Die neue preußische Polenpolitik.

Die polnische Frage ist schon im vorigen Jahrgange leicht hin berührt worden; seitdem sich die preußische Regierung, veranlaßt durch das Anwachsen der großpolnischen Agitation, die nicht bloß auf Preußen beschränkt ist, entschieden hat, ernste Maßregeln zu ergreifen, verdient der Gegenstand eine eingehendere Behandlung. Nach einer Übersicht des kaiserlichen statistischen Amtes haben von den 56,367.178 Deutschen 51,883.131 Deutsch als ihre Muttersprache, 3,086.489 polnisch angegeben, 169.634 sich des Deutschen und Polnischen mächtig erklärt. Bei den Polen ist es bekannt, daß sie von ihren Agitatoren angehalten werden, sich stets zur polnischen Sprache zu bekennen, auch dann noch, wenn sie des Deutschen so weit kundig sind, daß sie es ebenfogut als ihre Muttersprache angeben könnten. Jedenfalls würde sich sonst die Anzahl der Polen noch wesentlich mindern, und mit geringen Ausnahmen sind die erwähnten 169.000 Doppelsprachigen Deutsche, die für nötig befunden haben, zu bekennen, daß sie auch Polnisch verstehen. Man kann darum die Anzahl der Polen in Deutschland höchstens auf drei Millionen veranschlagen, die allerdings fast ausschließlich in Preußen wohnen. Es ist bekannt, daß unter den Polen in Deutschland, Rußland und Österreich ein außerordentlich starkes nationales Zusammenhängigkeitsgefühl herrscht und daß sie in ihren Anschauungen die Grenzen nicht anerkennen, die durch die Teilung Polens gezogen worden sind. Allerdings wird nach außen hin immer der Versuch gemacht, die ganze polnische Bewegung als recht harmlos hinzustellen. Aber die polnische Agitationspresse plaudert doch mitunter recht offen-

herzig aus, wie sich in den Köpfen ihrer nationalen Agitatoren das „zukünftige Polenreich“ eigentlich darstellt. Vor einem halben Jahr schrieb das Polenblatt in Graudenz wörtlich: „Unser Vaterland Polen reicht von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer und ragt über die Gipfel der Karpathen hinweg. Zum gesamten Polen gehören der polnische Teil von Pommern, Westpreußen, Ermland, Masovien, das Großherzogtum Posen, Preußisch-Schlesien, Österreichisch-Schlesien, Galizien, das Königreich Polen, Littauen, Wolhynien und Podolien. Das ist das ganze Polen, das ist unser Vaterland! Es ist größer, viel größer, nicht nur als das Königreich Preußen, sondern als das ganze Deutsche Reich. Es ist ja wahr, daß unser Vaterland heute nicht mehr als besonderer und freier Staat mit eigener polnischer Regierung besteht. Schlesien nämlich, sowohl das preußische, wie das österreichische und ebenso Preußisch-Masovien sind schon vor einigen hundert Jahren (!) von Polen abgezweigt worden und der Rest des polnischen Staates ist durch die Grenznachbarn vor hundert und einigen zehn Jahren in drei Teile, in das preußische, österreichische und russische Polen zerrissen worden. Aber für uns Polen haben die drei Grenzpfähle, die die drei Nachbarstaaten auf der Fläche unseres Vaterlandes aufgestellt haben, keine Bedeutung. Wir alle fühlen uns auch so als Söhne eines großen Polenlandes, unseres Märtyrervaterlandes.“

Dieser polnische Wunschzettel läßt an Deutlichkeit und Dreistigkeit wahrlich nichts zu wünschen übrig, und man wird nicht dagegen einwenden können, daß es sich da um vereinzelte Hirngespinnste eines polnischen Redakteurs handle. Nein, dergleichen politische Ansprüche finden sich überall in polnischen Blättern, wenn auch nur selten in dieser Vollständigkeit. Die Herren beanspruchen eben alles, wo nur irgendwann einmal die polnische Macht, nicht die Herrschaft des ehemaligen Königreichs Polen allein, zur Geltung gekommen ist. Die deutsche Stadt Breslau wird ebenso reklamiert wie das übrige gesamte Schlesien, das doch seit sieben Jahrhunderten nichts mit dem Königreich Polen zu tun gehabt hat und dessen Pfaffenfürsten, sehr zum Vorteil ihrer Gebiete, mit vollem Bewußtsein die deutsche Kolonisation herangezogen haben. Wollten die Deutschen ebenso verfahren, so könnten sie ganz Italien beanspruchen, denn Kaiser Friedrich II. lebte und herrschte in Sizilien und starb auf dem Vormarsche nach Rom. So weit zu gehen, fällt aber auch den hitzigsten Alldutschen nicht ein, obgleich bei ihnen die Augen oft größer sind als der Magen. Der Pole fühlt sich dagegen immer als „Großpole“, Galizien gilt ihm nicht als Provinz der österreichischen, Posen nicht als Provinz der preußischen Monarchie, sondern das sind ihm bloß „Anteile Großpolens“. Früher ist die Politik des einstigen polnischen Reiches immer nur von einigen Magnatengeschlechtern gemacht worden, und zwar meist in einer den Neigungen und Wünschen des Volkes gerade entgegengesetzten Richtung, denn der Adel war im Königreich Polen der einzig berechnete, und zwar vollkommen gleichberechtigte Stand. Er hat von dieser Grundlage aus den Senat und die Krone machtlos, sowie den Bauer rechtlos gemacht.

Daran mußte das Königreich Polen zu Grunde gehen. Wo der polnische Adel kam, suchte er seine bevorrechtete Stellung wieder aufzurichten, und in dem ihm von Osterreich ausgelieferten Galizien ist es zum größten Teil gelungen, nicht zum Vortheile des Landes, dessen Zustände denen des zerfallenen polnischen Königreichs am ähnlichsten sind. Alle Reformen, die nach der Teilung Polens von Preußen, Osterreich und Rußland eingeführt wurden, empfand der polnische Adel als eine Beeinträchtigung seines geschichtlichen Vorrechtes, und daher waren seine Bestrebungen, meist auf dem Wege der Revolution, darauf gerichtet, sie wieder zu erlangen, was natürlich nur durch die Wiedererrichtung des polnischen Königreichs möglich gewesen wäre, weil in jedem anderen Staate eine solche Vorherrschaft des Adels undenkbar ist. Der polnische Bauer ist niemals für eine solche Wiederherstellung Polens mit der Herrschaft der Schlachta über ihn begeistert gewesen, hat sich nur gezwungen an den Aufständen beteiligt und sich sogar häufig gegen seine adeligen Bedrücker erhoben. Fürst Bismarck sagte den norddeutschen Bund protestierenden Polen am 16. März 1867: „Ich glaube, ich brauche das nur anzuführen — und die Herren polnischer Zunge kennen die Verhältnisse besser als ich — um die Behauptung zu unterstützen, daß selbst die sechs Millionen Polen nicht die Absicht haben, von ein paar hunderttausend polnischen Edelleuten von neuem beherrscht zu werden. Auch der Verlauf der Insurrektion (1863) in Rußland zeigt dies. Ich will die russische Herrschaft nicht als eine besonders milde rühmen, aber der polnische Bauer hat zu ihr doch mehr Zutrauen als zu der Herrschaft seines adeligen Landsmanns.“

Die Verhältnisse haben sich seit jener Zeit wohl einigermassen, aber doch nicht wesentlich geändert, und die großpolnische Idee, soviel Lärm sie auch von sich macht, beruht ebensowenig auf einer breiten nationalen Basis, wie die Herrschaft der polnischen Schlachta. Die hauptsächlichste Änderung ist die, daß an Stelle der Wiederherstellung Polens, worauf der Sinn der Schlachta allein gerichtet war, die großpolnische Idee getreten ist und daß als Träger derselben der polnische Mittelstand auftritt, dessen Leiter bestrebt sind, der Schlachta die Führung des polnischen Volkes aus der Hand zu nehmen. Der Mittelstand war ursprünglich keine altpolnische Einrichtung, und um ihn zu ersetzen, zogen die schlesischen Piasten, sowie auch Kasimir der Große von Polen, Deutsche in ihr Land, der letztere auch die aus Deutschland vertriebenen Juden. Seit der Aufteilung des Polenreichs hat die fortschreitende Kultur und Fürsorge des Staates in allen drei polnischen „Anteilen“ — am meisten in den preussischen Polenprovinzen, am wenigsten in Galizien — eine Art Mittelstand hervorgebracht, der namentlich in denen seiner Glieder, die eine höhere Bildung erlangt haben oder zu größerem bürgerlichen Wohlstand gelangt sind, nach politischem Einfluß strebt. Um diesen zu gewinnen, war es notwendig, die in unserer Zeit und namentlich bei den Polen allein wirksame Saite, die nationale, kräftig anklingen zu lassen. Da aber die „Wiederherstellung Polens“, mit der Adelherrschaft im Hintergrunde, aus den

oben angegebenen Gründen außer dem Adel nur auf wenige Sympathien zu rechnen hatte, so erweiterte man die nationalen Bestrebungen zur „großpolnischen“ Idee, die ja schließlich alles umfaßt. Dieser demokratische Flügel der Polen ist nicht ganz neu, er hat sich schon in früheren Polenbewegungen gezeigt und regelmäßig zu Spaltungen geführt. Die Schlachta ist selbstverständlich sein natürlicher Feind, ist aber mehr und mehr gezwungen, mit ihm zu paktieren, will sie sich überhaupt in der Leitung der polnischen Bewegung erhalten, ja sie muß ihn selbst zuweilen übertrumpfen und chauvinistischer auftreten.

Seitdem der polnische Mittelstand an politischem Einfluß zugenommen hat, läßt sich darum auch, infolge des gegenseitigen Überbietens, dieses Anwachsens der polnischen Agitation verfolgen. Nach dem Scheitern des Aufstandes von 1863 war man in den leitenden Kreisen des polnischen Adels von der früheren Praxis der „ungefähr alle fünfzehn Jahre sich wiederholenden Insurrektionen zur Auffrischung der Gefühle“ — wie Graf Bismarck sich am 16. März 1867 ausdrückte — abgekommen und hatte eine neue Taktik eingeschlagen. Die Leiden und Vermögen heillos dezimierenden Aufstände wurden eingestellt, der Krieg gegen drei Staaten aufgegeben, zugleich wollte man in dem ewig duldsamen Osterreich eine einflußreiche politische Stellung schaffen, von der aus man mit desto größerem Nachdruck gegen Rußland und Preußen vorgehen konnte. Außerdem suchte man die Ostmächte in einen Krieg zu verwickeln, bei dem der Gedanke der Wiederaufrichtung Polens leicht eine Stelle finden konnte. Der hohe politische Adel besaß ja die persönlichen Verbindungen und die nötige Befähigung zur politischen Intrigue für solche Zwecke. In den Siebzigerjahren war es auch schon fast so weit, daß durch polnische Intrigen Osterreich und Rußland in einen Krieg verwickelt worden wären. Der Bündnisvertrag von 1879 zwischen Deutschland und Osterreich hat allen Winkeln nach dieser Richtung hin einen Riegel vorgeschoben, und es läßt sich nicht verkennen, daß dieses Bündnis nicht ohne Erwägung der Einwirkung auf die polnische Propaganda abgeschlossen worden ist. Darum hat auch das Auftreten der galizischen Polen wegen der Vorgänge in Wreschen und namentlich die Haltung der Lemberger Landesregierung in Berlin nicht angenehm berührt. Die Schlachta war an diesen Vorgängen, die nicht von ihr ausgingen, ziemlich unschuldig, aber sie mußte sie geschehen lassen und sogar mitmachen. Ihr Plan, in Galizien den Kern für ein Polenreich zu schaffen, ist gescheitert, das Land so arm und elend geblieben wie früher, wer dort etwas erworben hat, ist kein Pole. Der politische Einfluß des polnischen Adels in der hohen Politik ist so gut wie ausgelöscht, die Herrschaft über die kleineren Kreise und die polnischen Bauern, die vom Adel nichts wissen wollen, hat der Mittelstand und die niedere Geistlichkeit an sich gerissen, der Schlachta entgleitet mehr und mehr die Leitung des polnischen Volkes.

Wenn sich jetzt der Hauptzorn des polnischen Agitatorentums gegen Preußen zu richten scheint,

so liegt das weder daran, daß dort die Polen mehr bedrückt werden als anderswo, noch daran, daß man das Deutschtum für gefährlicher erachtet als etwa das Russentum. Der eigentliche Grund liegt darin, daß in Preußen der polnische Mittelstand die Führung so gut wie ganz an sich gerissen hat. In den westlichen Kulturländern ist schon längst die früher herrschende Klasse der Gesellschaft durch jüngere emporstrebende Klassen zurückgedrängt worden, Kleinbürger und auch Arbeiter haben ihren Anteil an Mandaten und öffentlichen Vertretungen gefordert und auch zum Teil schon erlangt. Unter den Polen konnte diese Verschiebung nur sehr langsam fortschreiten, immer nur nach dem Maßstabe, wie weit ein Mittelstand vorhanden war. Aber selbst in Galizien tritt der Bewerb um die politische Erbschaft der Schlachta deutlich zu Tage und vermag nur darum so langsame Fortschritte zu machen, weil der Adel den ganzen staatlichen Verwaltungsapparat in den Händen hat und ihn kräftig zu seinem Nutzen handhabt. In Preußen ist das natürlich unmöglich. Die freie Verfassung und Verwaltung, das gehobene Schulwesen und günstige Erwerbsbedingungen haben da einen polnischen Mittelstand entstehen lassen, über den zwar russische Blätter spotten, das wären gar keine Polen mehr, sondern nur polnisch redende Deutsche, aber er ist da, er hat auf Grund der modernen demokratischen Agitation die Führung der polnischen Bevölkerung in den Händen, und die Schlachta sucht sie vergeblich zurückzugewinnen. Die polnische Hofpartei ist nahezu von allem Einfluß verdrängt worden, darum gehen hier die politischen Wogen am höchsten, denn man sucht sich an nationaler Anspannung zu überbieten, und die Schlachta muß im Vordergrund der großpolnischen Bewegung auftauchen, will sie nicht überhaupt beiseite geschoben werden. Darum erschienen bei den Protesten gegen die Schulvorgänge in Wreschen im Parlamente zu Berlin der Fürst Radziwiłł, wie in der Landesstube zu Lemberg der Fürst Czartoryski und Graf Dzieduszycki als Wortführer der angeblich beleidigten polnischen Nation.

Wir vermuten, daß die Herren das nicht gern getan haben, nicht etwa, weil sie keine guten Polen wären, sondern weil sie die Tragweite solcher Demonstrationen besser zu übersehen vermögen, als die politischen Agitatoren, die zum Teil in gutem Glauben handeln mögen, aber denen doch in der Hauptsache daran liegt, oben zu schwimmen und vorwärts zu kommen. Die welterfahrenen Häupter der Schlachta erkennen, daß ihnen das Weiterschreiten auf der Bahn ihre und ihres ganzen Volkes bevorzugte Stellung in Österreich kosten kann, wo sie bisher mit großem politischen Geschick die Pflege ihrer Nationalität mit dem Schimmer des Patriotismus zu umkleiden wußten. Das hört sofort auf, sobald das demokratische großpolnische Drängen weiter geht und ernstere Bewegungen und Demonstrationen heraufbeschwört. Jene Männer sehen mit Sicherheit voraus, daß Rußland, um bei seinen weit-ausblickenden Aufgaben in Asien im Rücken gedeckt zu sein, nicht bloß mit Deutschland gute Freundschaft hält, sondern auch mit Österreich-Ungarn ein Abkommen über gemeinsame Niederhaltung aller

Balkanwirren abgeschlossen hat und sich natürlich auch nicht einen Augenblick besinnen wird, mit beiden Staaten energisch gegen alles Polentum vorzugehen, das sich nicht in friedlichen politischen Schranken hält. Für die Entfaltung des großpolnischen Banners ist in Europa kein Raum, im Ernst denken auch die Führer der polnischen Bewegung kaum daran, es handelt sich bloß um den Kampf wegen der Führerschaft, gegenwärtig um weiter nichts. Es ist auch hier das einfache: *Ote-toi, que je m'y mette*“, was unseren gesamten demokratischen Agitationen das Gepräge verleiht und der polnischen Bewegung einen neuen Anstoß gegeben hat. Denn die polnischen Kondottieri des neunzehnten Jahrhunderts, deren Ruhmeskrone eigentlich nur der allgemeine Russenhaf gewunden hatte, die aber bei jeder Revolution dabei sein mußten, sind seit 30 Jahren ausgestorben, eine polnische Revolution ist unmöglich.

Wenn man dieser Entwicklung folgt, so wird man es wohl vom nationalen Standpunkte aus verwerflich, vom politischen aus aber gar nicht für so ganz unflug ansehen, daß der Reichskanzler Caprivi mit der Schlachtzigenpartei einen Frieden zu schließen suchte. Seitdem aber die Polen den „Admiralski und Genossen“ schnöde verlassen und den radikalen Weg eingeschlagen haben, ist überhaupt an kein Einhalten mehr zu denken. Um nach oben zu kommen, wird immer ein Agitator den anderen, eine Richtung die andere zu überbieten suchen, bis schließlich alles beim Kommunismus und Anarchismus endet. Diese Entwicklung mit Schürung des Deutschenhasses im polnischen Lager vor sich gehen zu lassen und das eigene Terrain dafür herzugeben, kann man dem preussischen Staate wahrlich nicht zumuten, und es ist wohl die höchste Zeit, daß dem verderblichen Fortschreiten nach dieser Richtung hin vorgebeugt wird. Seit zwanzig Jahren bekämpfen die Polen auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Lebens mit zunehmender Schärfe das Deutschtum, seit mehr als einem Jahrzehnt gebraucht man den Boykott als hauptsächlichste Waffe. Man vergiftet die Seelen der Kinder, die man zwingt, der Obrigkeit ungehorsam zu sein, indem man das katholische Gebet in deutscher Sprache als Sünde bezeichnet. Wenn der Religionsunterricht nach Büchern, welche das Imprimatur der zuständigen geistlichen Behörde tragen, in deutscher Sprache erteilt wird, wagt man dem einfachen Manne aus dem Volke vorzureden, daß ihm seine Religion geraubt werden solle. Polnische Edelleute prämiieren den Widerstand der Schüler gegen die Lehrer durch Geschenke. Und obwohl Kaiser Wilhelm in seiner Marienburger Rede ausdrücklich davon gesprochen hatte, daß nur der „Übermut“ der Polen, d. h. doch unzweifelhaft nur die Betätigung staatsfeindlicher Gesinnung, bekämpft werden solle, erklärten die polnischen Abgeordneten des Provinziallandtages in Posen, die Vorwürfe des Kaisers hätten dem gesamten Polentum gegolten. Offenbar sollte auch diese Kundgebung nur dazu dienen, den sinkenden Einfluß des polnischen Adels bei dem Volke wieder zu heben, denn früher war auch in den preussischen Gebietsteilen des ehemaligen Königreichs Polen der Adel der unbestrittene Führer, während jetzt, wie bemerkt, die polnische Kirche und

der bürgerliche Radikalismus die Führung an sich gerissen haben.

Leichtgläubig und augenblicklichen Eindrücken zugänglich sind die Polen immer gewesen, dabei Meister glatter Höflichkeit und liebenswürdig täuschender Verstellung. Die durch eine mehr als hundertjährige Geheimbunds- und Revolutionspolitik erworbene Schulung in allen zu nationalen Angelegenheiten erklärten Fragen ist allen Kreisen ihres Volkes eigen geworden. Die polnische Pressorganisation ist wohlgeordnet, weiß auf allerlei Umwegen sich in deutschen und ausländischen Blättern Eingang zu verschaffen und von da aus den Rückweg in die polnischen Blätter zu finden, wo das alles als polenfreundliche und deutschfeindliche Stimme des Auslandes erscheint. Sogar der Panславismus wird mitunter gegen die Deutschen und für die Polen zitiert. Gewiß ist die Mehrzahl der Russen den Deutschen nicht freundlich gesinnt, aber so slavisch sentimental sind sie nicht, um nicht zu wissen, daß die Polen das Weichselgebiet, Littauen, die Ostseeprovinzen und das gesamte südwestliche Rußland als „ihr“ Land betrachten. Der russische Panславismus ist praktisch und geht davon aus, daß alle Westslaven einfach Russen werden müssen. Erst im vergangenen Sommer hat das der Generalgouverneur von Warschau, General v. Czertkow, sehr trocken ausgesprochen. Den römisch-katholischen Bischof und das Domkapitel in Kielce forderte er auf, in den geistlichen Seminaren die russische Sprache und Gesinnung zu pflegen, und auf einem Essen, das der Gouverneur von Kielce seinem Chef gab, antwortete Herr v. Czertkow sehr bezeichnend, daß er wünsche, der Gouverneur gerade eines Gebietes, das an Krakau, den Sitz der Träume, grenze, möge den russischen Geist in seinem Bezirke hegen und pflegen. Das erzählte sogar die allpolnische Korrespondenz. Man muß sich doch fragen, was die fortgesetzte Selbsttäuschung durch die polnische Presse für einen Zweck haben soll. Die bekannte polnische Neigung zur Intrigue und Selbstbespiegelung gibt keine ausreichende Erklärung dafür. Auch hier haben wir bloß die Mache der radikalen Agitatoren vor uns, die als Führer des Volkes eine Rolle spielen wollen. Heutzutage liebt der Pole, namentlich in Preußen, wo er lesen kann, ausschließlich polnische Blätter. Wenn er nun darin jeden Tag eine Auslese deutschfeindlicher Pressstimmen sieht, so muß er nach und nach zu dem Glauben kommen, daß es um Deutschlands Zukunft schlecht stehe, daß die ganze Welt nur darauf brenne, an Deutschland Rache zu nehmen. Zugleich stackelt der weitere Inhalt der polnischen Zeitungen den nationalen Fanatismus auf und stellt den Tag der Verwirklichung der politischen Träume des Polentums als nahe Möglichkeit der Zukunft hin. Da muß der einfache Mann, der nicht weiter zu blicken vermag, schließlich den Gleisnern glauben. Mit solchen Mitteln und plumpen Täuschungen ist die Verbreitung der großpolnischen Idee und die Radikalisierung des polnischen Volkes in immer größerem Umfange erzielt worden.

Diese polnische Bewegung tritt in der Provinz Posen noch viel schärfer in die Erscheinung, als in Westpreußen und Oberschlesien. Das polnische Volk

wird einfach über die Zustände im alten Polen getäuscht. Die Kreuzritter, so schrieb das Danziger Polenblatt, haben Polen ruiniert. Die Lüge war ihr Panier, das bei ihnen allmählich die Bedeutung der Tugend gewann. Daß die polnische Presse jeden einzelnen Polen der Gegenwart als „Kämpfer“ bezeichnet, ist selbstverständlich. Daß es im alten Königreich keine Bürger gab und auch nicht geben konnte, daß der Bauer wie ein Tier in schwerer frohnde und in viehischer Knechtschaft lebte, das sagt man den Leuten nicht. Die sollten einmal nach Galizien gehen, wo der Schlachtziz noch Herr ist, da könnten sie echtes Polentum kennen lernen und würden sich glücklich preisen, daß sie unter der Freiheit und dem milden Joch eines deutschen Staates leben. Dieses moderne Staatswesen gewährt ihnen so viel freien Spielraum, daß sie ihre Träumereien, die doch keineswegs ohne Staatsgefährlichkeit sind, offen betreiben können. Und tagtäglich wird dem polnischen Bürger, Bauer und Arbeiter solche geistige Kost geboten, meist unter tätiger Mitwirkung der Geistlichkeit, die noch für solche Blätter Propaganda macht. Die Wirkung davon kann man sich leicht vorstellen. Man wird begreifen, daß die neue preussische Polenpolitik nichts ist als die Folge dieser maßlosen großpolnischen Propaganda und Förderung des Deutschenhasses. Natürlich wollten die Polen „aller drei Anteile“ auch den Gedenktag der Schlacht bei Tannenberg (die Polen sagen Grünwald — richtig wäre Grünfeld) feiern, die Warschauer Nationalliga und andere polnische Geheimbünde erließen dafür Aufrufe, die im geheimen verbreitet wurden und andeuteten, daß ein zweites „Grünwald“ Deutschland von dem Gipfel seiner Macht in den Abgrund stürzen könne. Die Tatsache, daß man in deutschen Landen einen Sieg über deutsche Waffen feiern könnte, überschreitet doch das Maß des Erlaubten. In Rußisch-Polen und auch in Preußen ist die Feier meist im geheimen abgehalten worden, aber in Lemberg fand sie öffentlich statt unter Beteiligung der — natürlich polnischen Behörden. Auch in Gnesen hat am 15. Juli ein feierlicher „Dankgottesdienst“ stattgefunden, wobei ein Domherr das Hochamt zelebrierte. So meldete der dortige „Generalanzeiger“, die Nachricht ist nicht widerrufen worden.

Daß endlich dem „polnischen Übermut“ ein Ende gemacht werden wird, dafür gibt es drei Bürgschaften: Die erste ist die Polenvorlage im preussischen Abgeordnetenhaus, die zweite ist die verpflichtende Rede des preussischen Ministerpräsidenten Grafen Bülow und die dritte liegt in den Worten des Kaisers Wilhelm in Marienburg und Posen. Der preussische Landtag war am 8. Januar im Weißen Saale des Königsschlusses vom Ministerpräsidenten eröffnet worden. Da die hauptsächlichste politische Arbeit des Jahres vom Zolltarif im Reichstage in Anspruch genommen werden mußte, so war es natürlich, daß die Aufgaben für den preussischen Landtag auf das Notwendigste beschränkt blieben. Allgemeine Bewegung ging darum durch die Reihen der Abgeordneten, als die Kanalvorlage für spätere Zeit angekündigt wurde, aber lebhafter Beifall begleitete die Worte der Thronrede über die Polenpolitik. Die betreffende

Stelle lautet: „Die Verhältnisse in den doppel-sprachigen Landesteilen des Ostens der Monarchie haben eine Gestalt angenommen, die die ernsteste Aufmerksamkeit der Regierung erheischt. Es ist eine Frage der Selbsterhaltung für den preussischen Staat, in seinen östlichen Provinzen dem Deutschtum die politische und wirtschaftliche Stellung zu erhalten, auf die es durch seine lange, unter der weisen Fürsorge der hohenzollerschen Fürsten geleistete Kulturarbeit gerechten Anspruch erworben hat. Die königliche Staatsregierung wird die Pflichten, die ihr die Pflege des Deutschtums im Osten und die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen auferlegen, mit Festigkeit und Stetigkeit erfüllen. Sie zählt dabei auf die wirksame und furchtlose Mitarbeit der deutschen Bevölkerung in jenen Landesteilen und nicht minder auf die Unterstützung des gesamten Volkes, das ein Zurückdrängen deutscher Sprache und Sitte als einen Angriff auf die nationale Ehre und Würde empfindet.“ Diese Worte wurden vom Ministerpräsidenten mit erhobener Stimme und mit scharfer Betonung gesprochen. Schon am folgenden Tage betonte in seiner Rede zum Etat der Finanzminister v. Rheinbaben, trotz der Ungunst der Verhältnisse werde allen Bedürfnissen der Kultur Rechnung getragen werden, man werde sich auch auf die Kirche stützen, auf alles, was deutsch ist, gleichviel, ob katholisch oder evangelisch. Gerade die deutschen kirchlichen Elemente seien am meisten von dem Polonismus bedroht, und es werde der Regierung zur besonderen Freude gereichen, auch den Wünschen der deutschen Katholiken zu entsprechen, denn aus der polnischen Presse ersehe man, daß die deutschen Katholiken bereits als Abtrünnige hingestellt würden.

Daß die Polen in ihrem Übermut klein beigeben würden, war nicht zu erwarten, wohl aber, daß sie als vermeintlich Unschuldige bittere Klagen erheben würden. Für Montag, den 13. Januar, war die Interpellation der Nationalliberalen über die Polenfrage und zugleich die Interpellation der Polenfraktion über die Vorgänge in Wreschen auf die Tagesordnung gesetzt worden, und die großpolnische Agitation, die aus der lügenhaften Darstellung der bekannten Schul- und Gerichtsvorgänge Kapital für sich herauszuschlagen versuchte, dürfte bedauern, daß sie die preussische Regierung zum energischen Einschreiten gegen das bisher nur matt und ungleichmächtig bekämpfte Polentum genötigt hat. Die Debatte nahm drei Tage in Anspruch, wie sehr man aber die Sache ernst zu nehmen entschlossen ist, zeigte die Rede des Ministerpräsidenten Grafen Bülow. Es lag ein großer Zug in dieser Rede, nach der er der polnischen Gefahr hauptsächlich durch Vertiefung des deutschen Geistes, durch Kulturthaten, und nicht allein durch polizeiliche oder sonstige Mittel der Verwaltung entgegentreten will. Man bemerkte, daß der Ministerpräsident bei seiner anderthalbstündigen Rede, außer einigen Erklärungen und Berichten, gar keine Notizen benützte, sondern vollständig frei sprach. Daß er an dem Kleinkriege durch Drangsalierungen kein Vergnügen findet, zeigte er durch den offenerzigen Ausdruck seines Mißbehagens darüber, daß die Wreschener Vorgänge überhaupt hatten entstehen können, aber zum Glück sei erfolglos versucht worden,

jene Ereignisse zur Erregung von Zwiespältigkeiten internationaler Natur auszunützen. Er führte aus, daß die Bestimmungen über den Religionsunterricht in Polen bereits seit 30 Jahren beständen und daß der neuzeitige Widerspruch dagegen im wesentlichen die Folge einer planmäßigen Agitation sei. An einer anderen Stelle nannte er die großpolnische Agitation illoyal. Er wies die Beschuldigung, daß die preussische Regierung den Polen den Gebrauch ihrer Muttersprache verbieten wolle, als gänzlich ungegründet zurück, denn niemand hindere die Polen zu reden, wie ihnen der Schnabel gewachsen ist. Aber die preussischen Untertanen polnischer Zunge müssen Deutsch lernen, um an den Einrichtungen des preussischen Staates teilnehmen zu können. Der deutsche Religionsunterricht ist kein Mittel der Germanisierung, sondern er soll bloß dazu dienen, der Schule den einheitlichen Charakter zu erhalten und die Anstellung unzuverlässiger polnischer Lehrer unnötig zu machen, und in keinem Falle werde die Regierung dulden, daß der Religionsunterricht dazu benützt wird, deutsche Kinder zu polonisieren. „In nationalen Fragen verstehe ich keinen Spaß.“ Deutsche Sprache und Gesittung müsse aufrecht erhalten werden, und vor allen Dingen sei es notwendig, dafür zu sorgen, daß sich die vorhandene deutsche Bevölkerung im Besitz erhält. Wie stark das Deutschtum im Osten zurückgegangen ist, belegte der Ministerpräsident mit statistischen Daten und bezeichnete die Frage der östlichen Provinzen als die wichtigste der Politik. Man müsse im großen Stile eine Ansiedlungspolitik treiben, neben der in großen Zügen eine Politik zur Hebung der Städte des Ostens gehen müsse. Zunächst seien keine neueren gesetzgeberischen Maßregeln notwendig, wenn aber auch die Regierung mit unbeugsamer Energie alle Bestrebungen bekämpfen werde, die eine Gefährdung des Deutschtums mit sich führten, so müßten auch die Deutschen dort einig sein und sich zusammenschließen gegen die nationale Gefahr. Es handle sich nicht um eine Eroberung, sondern um die Erhaltung, und die Regierung werde nach dem Spruch verfahren: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen.“

In den Debatten nahmen auch noch der Kultusminister und der Justizminister teil, die sich gegen die Verdächtigungen von polnischer Seite gegen Beamte und Maßregeln ihres Ressorts wendeten, außerdem die Vertreter der einzelnen Parteien des Abgeordnetenhauses. Zunächst zog der Sprecher des Zentrums, Abg. Frizen, mit auffälliger Bestimmtheit eine scharfe Grenze zwischen Polen und Zentrum. Daß er in dieser Hinsicht dem Wunsche seiner Partei entsprach, bewies die Erklärung seiner Fraktion, die er zur Verlesung brachte, in der es heißt, die Polen seien vollberechtigte Untertanen und könnten nicht gehindert werden, ihre Gebräuche und Sprache zu pflegen, aber es sei auch ihre Pflicht, treue Untertanen zu sein, und die Regierung habe recht, wenn sie deutschfeindlichen Bestrebungen nachdrücklich entgegentritt. Seine Fraktion sei durchaus geneigt, Geld zur Unterstützung des Deutschtums zu bewilligen. Allerdings führte er weiter aus, bei Konflikten zwischen Eltern und Lehrern müßten erstere unbedingt Recht behalten, und die Erteilung

des Religionsunterrichts in deutscher Sprache sei verfehlt. Die Redner der Nationalliberalen und der beiden konservativen Parteien stellten sich ohne Rückhalt auf den Standpunkt der Regierung, auf Seite der Konservativen wurde aber angedeutet, bei dem bekannten Charakter der Polen werde man ohne Abänderung der bestehenden Gesetzgebung schwerlich mit ihnen fertig werden. Während sich auch der der freisinnigen Vereinigung angehörige Abg. Dr. Pelta sohn ebenfalls für das Vorgehen der Regierung aussprach, hielt der deutsch-freisinnige Abg. Kändler eine jener Polenreden, die im Widerspruch zu den Gefühlen fast aller Deutschen in jenen Gegenden stehen. Von Interesse war eine Enthüllung des Abg. v. Tiedemann aus seiner früheren Beamtenzeit im Osten. Nach dem Rücktritt des Fürsten Bismarck im Jahre 1890 war an ihn ein polnischer Abgeordneter herantreten und hatte ihm die Unterstützung der Polen in einem Kriege mit Rußland angetragen unter der Voraussetzung, daß Polen wiederhergestellt, die polnischen Provinzen Preußens dazu geschlagen würden und ein Prinz des Hohenzollernhauses König von Polen werden sollte. Dem Reichskanzler v. Caprivi waren von anderer polnischer Seite die gleichen Eröffnungen gemacht worden.

Das am 22. Mai dem Landtage zugegangene Gesetz zur Stärkung des Deutschtums in den Ostprovinzen zeugt deutlich davon, daß die preußische Regierung von der Überzeugung durchdrungen ist, man müsse mit allem Nachdruck vorgehen, wenn die nachteilige Entwicklung aufgehalten werden soll, die in den letzten Jahrzehnten im Osten zum Nachteil des Deutschtums eingetreten ist. Nicht weniger als eine Viertelmilliarde Mark sollen neu zu Ansiedelungszwecken verwendet werden, und zwar 150 Millionen zur Erweiterung des bisherigen Ansiedlungsfonds von 200 Millionen, und 100 Millionen zum Ankauf von Domänen für den Staat. Die Polen brachen darüber in ein Wutgeschrei aus, und das darf als ein Beweis dafür gelten, daß die Regierungsvorlage an der richtigen Stelle einsetzt. Die Beratung am 27. Mai im Abgeordnetenhaus verlief ziemlich uninteressant, da die Polen nach einer kurzen Erklärung das Haus verließen und die Entscheidung nach der bekannten Stellung der Parteien ohnehin feststand. Die Parteiführer äußerten sich im gleichen Sinne wie im Januar und so blieb das Bedeutendste wieder die Rede des Ministerpräsidenten Grafen Bülow, der es als eine Pflicht der Staatsregierung erklärte, Schutzwehren gegen die staatsgefährliche großpolnische Agitation zu errichten. „Ich halte nichts von einer Politik der Nadelstiche. Aber alles wird rückhaltlos unterdrückt, was abzielt auf Änderung der bestehenden staatsrechtlichen Verhältnisse.“ Er hoffe, daß durch dieses Gesetz ein Stamm deutscher Ansiedler geschaffen werde, in welchem die Polen ein wirksames Gegengewicht finden werden. Die innere Kolonisation habe sich in nationaler wie in wirtschaftlicher Beziehung bewährt. Die Ansiedelungskommission möge Fehler begangen haben, aber im großen und ganzen habe sie ihre Aufgabe richtig erfaßt und mit Erfolg durchgeführt. Es sei auch in Betracht zu ziehen, daß die Ansiedelungspolitik auf Jahrzehnte berechnet sei. Er versicherte unter lebhaftem Beifall, daß er

alles tun werde, damit die Ansiedelungskommission im Bewußtsein der ihr gestellten Ziele ihre Aufgabe anfaße, ohne bureaukratische Schwerfälligkeit und Engherzigkeit. Diese Vorlage bedeute nur ein Glied in der Kette von Maßnahmen nach dem angegebenen Ziele hin, die zum Teil schon im nächsten Winter als Gesetzentwürfe oder Etatsposten dem Hause zugehen würden. Wie später bekannt wurde, handelt es sich um Zulagen für Beamte und Lehrer in den von Polen bedrängten östlichen Gebieten, Verlegung von deutschen Garnisonen in einige polnische Städte, Hebung des Landes durch Verbesserung der Land- und Wasserstraßen 2c.

Am 5. Juni versuchten die Polen, die diesmal anwesend waren, bei der zweiten Lesung der Vorlage namentlich den Ministerpräsidenten anzugreifen, ihnen antwortete der Landwirtschaftsminister und der Finanzminister. Die Vorlage wurde in zweiter Lesung gegen die Stimmen des Zentrums, der Deutschfreisinnigen und der Polen angenommen, ebenso am 7. in der dritten Lesung, und zwar gegen die Absicht der Polen ohne namentliche Abstimmung; für diesen Antrag fand sich nicht die genügende Unterstützung. Zur rechten Stunde war auch die Kaiserrede in Marienburg gekommen. Die große Mehrheit für das Gesetz beweist, daß die preußische Volksvertretung an den Streitereien mit den Polen genug hat und die Worte durch Taten zu ersetzen wünscht. Im Herrenhause gingen die Verhandlungen über die Vorlage am 12. Juni rasch zu Ende, sie fand eine glatte Annahme. Der Ministerpräsident Graf Bülow erklärte Herrn v. Koscielski rund heraus, der preußische Staat ist ein Einheitsstaat und kann anderssprachigen Elementen, fremden Nationalitäten keine Autonomie einräumen, für föderative Gestaltungen ist darin kein Raum. „Ich glaube, daß Herr v. Koscielski nicht daran denkt, sich irgendwie an Bestrebungen zu beteiligen, die auf die Loslösung der gemischtsprachigen Provinzen, der östlichen Provinzen von der preußischen Monarchie gerichtet wären. Ich glaube aber, daß sein Einfluß auf die polnische Agitation nicht so groß ist, als ich dies bei seinen vortrefflichen Anschauungen wünschen möchte. (Heiterkeit.) Ich glaube, daß er mehr geschoben wird, als daß er schöbe, und ich glaube, daß, wenn je wieder kritische Zeiten kämen, das revolutionäre Element in der polnischen Agitation gegen diesen Herrn gerade so wieder auftreten würde wie das im Jahre 1848 der Fall gewesen ist.“

Kaiser Wilhelm in Posen.

Die Polenfrage sollte wenige Monate danach durch ein weiteres bedeutsames Ereignis eine ganz besondere Befräftigung erfahren. Die Kaisermanöver fanden in diesem Jahre zwischen dem 3. und 5. Armeekorps statt und Kaiser Wilhelm hatte angekündigt, daß er während derselben einige Tage in der Stadt Posen verweilen werde. Sobald dies bekannt wurde, ging ein Zug freudiger Erhebung durch die Herzen der Deutschen in der Provinz und namentlich in der Provinzialhauptstadt. Man schritt sofort zu den Vorbereitungen für einen festlichen Empfang des ersten deutschen Kaisers,

der überhaupt zum Besuch der Stadt kam. Was dem Kaiserbesuch gerade in diesem Jahre ein besonderes Gepräge verlieh, war die vorausgegangene dreiste Agitation der Polen. Es konnte darum gar kein Zweifel darüber sein, daß die Anwesenheit des Kaisers eine ausdrückliche Bestätigung der neuen energischen Maßregeln gegen den „polnischen Übermut“ bedeuten sollte. Die Polen faßten die Sachlage auch so auf und die polnischen Provinziallandtagsabgeordneten erklärten in einem Schreiben an den Oberpräsidenten, daß sie der Einladung zu den Posener Festtagen nicht folgen würden. Die polnische Presse forderte die Bevölkerung auf, sich in den Tagen, an welchen das Kaiserpaar in Posen weile, nicht auf den Straßen zu zeigen. Das war sehr unklug, denn die Leute waren gar nicht im Stande, durch ihre Demonstration den Glanz und die Stimmung der Festtage irgendwie zu beeinträchtigen, außerdem waren viele unter ihnen gar nicht in der Lage, sich fern zu halten, und sie mußten demnach unter um so unangenehmeren Empfindungen mitmachen, als die Festlichkeiten den Charakter einer deutschen Demonstration erhielten. Der Erzbischof v. Stablewski sah das auch ein und er ließ eine Mitteilung ergehen, nach welcher er sich zwar krankheits halber nicht selbst am Empfang des Kaisers beteiligen könne, daß aber die Kirchenbehörde als öffentliche staatliche Behörde eine andere Stellung einnehme wie Privatpersonen; es liege somit auf der Hand, daß sie nicht Privatrückichten folgen, sondern den bestehenden noch geltenden Bestimmungen über den Empfang des Landesherrn entsprechen werde. Diese Mitteilung war an sich durchaus korrekt, enthielt aber zugleich eine verständliche Entschuldigung gegenüber den „Privatpersonen“.

Diese Haltung der Polen eiferte die Deutschen um so mehr an in der Bekundung ihrer Verehrung für das Kaiserpaar, dessen Anwesenheit ihnen die sichere Überzeugung festigen mußte, daß man nun für diejenigen etwas tun werde, die unter schwierigen Verhältnissen und auf gefährdetem Posten die Wacht an der Warthe halten. Die Stadt Posen wollte auch nicht hinter anderen Städten zurückstehen, sondern Bürgerschaft und Vertretung der Stadt wetteiferten miteinander, die Kaisertage zu einem vaterländischen Feste zu gestalten. Die Lücken, welche die polnische „Zurückhaltung“ hier und da ließ, verschwanden nahezu vollständig. Aus allen Teilen des Landes hatten sich die Deutschen zusammengeschart ohne Unterschied des Standes und der parteipolitischen Ansicht, um ihrer Freude darüber Ausdruck zu geben, daß die aus Not und Elend emporgediehene Ostmark ein deutsches Land ist und bleiben soll. Und sie hatten recht, sich darüber zu freuen, denn noch gar nicht lange lag die Zeit zurück, da man in den leitenden Kreisen Preußens das Wort Friedrichs des Großen vergessen hatte: „Man darf den Polen keine Komplimente machen, das verdirbt sie nur.“ Man hatte auch vergessen, daß man in Warschau und Lemberg offen die Wiederherstellung des polnischen Königreichs der Jagellonen forderte, daß selbst der vielgenannte Herr v. Koscielski im Herrenhause gedroht hatte, man werde sich dem Panславismus in die Arme werfen, daß Graf Szarncki auf der Inschrift, die er den Wetter-

fahnen auf seinem Gute Rusko gab: „Smierc Niemcom — Tod den Deutschen“ die innersten Gefühle der großpolnischen Agitatoren ausgedrückt hatte. Man hatte es so weit kommen lassen, daß ein Herr v. Celiowski in Lemberg in einer Polenversammlung jubelnd hatte ausrufen können: „In Posen, Westpreußen und Schlesien nimmt das Polentum in fabelhafter Weise zu, es ist fürwahr eine Lust, zu leben.“ Den Deutschen in den östlichen preussischen Provinzen war es natürlich keine Lust, unter den bedrängten landwirtschaftlichen Verhältnissen ausharren und zusehen zu müssen, wie die Polen gehätschelt wurden, wie sie erleben mußten, daß eine Schulvisitationskommission unter Führung des Erzbischofs Dr. v. Stablewski nicht nur den Lehrern den Rat erteilte, Polinnen zu heiraten, damit sie polnisch lernten, sondern auch die Übertragung aller Antworten der Kinder ins Polnische verlangte. So wurde in der „Ara Caprivi“ das Deutschtum gefördert. Mag hier die Caprivische Handelspolitik auf sich beruhen, mag sie ein Glück oder ein Nachteil für das Reich gewesen sein, klar liegen die Fehler seiner preussischen Polenpolitik zu Tage. Auf demselben Irrpfade wandelnd, wie einst Manteuffel in Elsaß-Lothringen, glaubte er, durch Entgegenkommen und Nachgiebigkeit eine Bevölkerung zu gewinnen, die sich gar nicht gewinnen lassen wollte, sondern voll nationalen Hochmuts hoffte, selbst zu gewinnen. Der Mißerfolg konnte nicht ausbleiben, die Welle, die man selbst in verkehrter Richtung in Bewegung gesetzt hat, ist nun bei ihrer Rückwirkung doppelt schwer zu überwinden. Jetzt sollte die Wendung eintreten, die Reise des Kaisers sollte den Deutschen im Osten das Selbstbewußtsein stärken, den Polen aber den Beweis liefern, daß in diesem den Deutschen aufgenötigten Kampfe der deutsche Kaiser auch der Führer der Deutschen sein werde.

Die Umstände bedingten es, daß unbeschadet des Ganzen der militärische Charakter der Festtage in den Vordergrund trat. Kaiser Wilhelm trat jedoch bei der Enthüllung des Kaiser Friedrich-Denkmals als der Monarch des preussischen Staates, als der Landesvater, den Deutschen der Provinz näher und konnte sich im Provinzialständehause wie bei der Übergabe des Bildes seines Vaters davon überzeugen, daß in der Provinz das Deutschtum der Träger emsiger und selbstloser Kulturarbeit ist, deren Erfolge zu dem besten Selbstvertrauen berechtigen. Der Einzug des Kaiserpaares fand am 2. September statt. Am Berliner Tor wurde es von den städtischen Behörden empfangen. Oberbürgermeister Wittling hielt eine Ansprache, in der er daran erinnerte, daß genau vor hundert Jahren König Friedrich Wilhelm III. mit der Königin Luise in Posen eingezogen sei. Kaiser Wilhelm erwiderte in einer Rede, in der er für den herzlichen Empfang der Stadt dankte und mitteilte, er habe am heutigen Tage eine Ordre vollzogen, durch welche das Rayongesetz für die Stadt aufgehoben wurde. Er hoffe, daß daraus ein neues Aufblühen der Stadt hervorgehen werde. Diese Mitteilung wurde mit ungeheurem Jubel begrüßt. Der Einzug bis zum Generalkommando verlief glänzend, dem Kaiserpaar wurden begeisterte Huldigungen dargebracht. Am

Einzug nahm auch der Reichskanzler Graf Bülow sowie Prinz Ludwig von Bayern teil. Im Generalkommando, wo das Herrscherpaar Wohnung nahm, fand großer Empfang statt. Dabei waren die Spitzen sämtlicher Zivilbehörden zugegen, auch der Erzbischof von Posen und Gnesen Dr. v. Stablewski. Über den Grund seiner Anwesenheit wurde später erzählt, der Kaiser habe einen Herrn seines Gefolges mit dem Auftrag nach dem erzbischöflichen Palais entsendet, wenn der Erzbischof nicht krank im Bett liege, solle er sofort zum Generalkommandogebäude kommen. Die Nachricht ist nicht verbürgt, jedenfalls war aber Herr v. Stablewski anwesend. Übrigens war das polnische Blatt „Goniec polski“ am Tage des Kaisereinzuges mit Trauerband erschienen, weil gerade der 110. Jahrestag der zweiten Teilung Polens sei. Die Stadt prangte abends in glanzvoller Beleuchtung. Als der Kronprinz abends zum familiendiner in das Generalkommando fuhr, war er der Gegenstand stürmischer Huldigungen. Wenn der Kaiser und die Kaiserin zuweilen auf dem Balkon erschienen, wollten die Hochrufe kein Ende nehmen. Man sang die Volkshymne und die Wacht am Rhein.

Dienstag vormittag fand Parade auf dem Paradeplatze bei Ławica statt, zu welcher auch der Generalgouverneur von Warschau, General v. Czertkow, mit mehreren russischen Offizieren eingetroffen war. Das militärische Schauspiel unterschied sich von anderen Paraden dadurch, daß Deutsche aus den entferntesten Städten und aus allen Orten der Provinz zu Fuß und zu Wagen herbeigeilt waren, um zu bezeugen, daß sie mit vollem Herzen an den Traditionen des Landes hängen, außerdem brachten acht Sonderzüge 25.000 Schaulustige nach dem Paradeplatze. Besonders fielen in dem Spalier etwa 4000 deutsche Ansiedler aus der Provinz auf, die gleiche Kopfbedeckungen nach Art der Burenhüte trugen. Nachmittags fand der Empfang der Generale beim Kaiser statt, zu dem auch die russischen Offiziere erschienen waren. Der Kaiser unterhielt sich längere Zeit mit jedem der Herren und richtete zum Schluß an sie folgende Ansprache: „Ehe ich von Ihnen, meine Herren, Abschied nehme, drängt es mich, Ihnen meine Freude auszusprechen, die Offizierskorps zweier meiner russischen Regimenter, deren Uniform ich mit Stolz trage, in Posen bei unserer Parade haben begrüßen zu können. Ihre Anwesenheit verdanke ich der Güte Sr. Majestät des Kaisers Nikolaus, welcher mir bei seinem Besuch in Reval freundige Zustimmung zu Ihrer Einladung gewährte. Ihre Anwesenheit in Posen bedeutet nicht nur einen Besuch der Offiziere meiner schönen russischen Regimenter, sondern ist auch ein Beweis der alten Waffenbrüderschaft, welche seit einem Jahrhundert unsere Heere miteinander verbindet. Daß dieselbe noch lebend ist, das mögen noch zwei Tatsachen erläutern: Am Tage Ihrer Ankunft habe ich das Rayongesetz für Posen aufgehoben, wodurch eine friedliche Entwicklung der alten Festungsstadt ermöglicht wird; zum anderen habe ich die Ehre, heute zum ersten Male vor den Offizieren meiner beiden russischen Regimenter die Schnüre anlegen zu können, welche Se. Majestät der Kaiser Nikolaus mit mir als Zeichen unserer persön-

lichen Freundschaft ausgetauscht hat. Sie sollen, nach den eigenen Worten Ihres allerhöchsten Herrn, ein Glied in der festen Kette darstellen, welche uns beide in treuer Freundschaft umschlingt. Gott gebe seinen Segen dazu, daß das immer so bleibe.“ Kaiser Wilhelm hatte dem General v. Czertkow den Schwarzen Adlerorden verliehen.

Abends um 7 Uhr fand im Provinzialmuseum das militärische Prunkmahl statt. Nach Beginn desselben begrüßte Kaiser Wilhelm zunächst die russischen Gäste und brachte ein dreifaches Hurra auf den Kaiser Nikolaus aus. In seinem Trinkspruch auf das 5. Armeekorps gedachte er der ruhmvollen Kämpfe desselben namentlich unter seinem Vater. „Ich würde aber bei meinem Trinkspruch auf das Armeekorps nur zur Hälfte seinen Leistungen gerecht werden, wenn ich nicht zugleich an das andere Armeekorps dächte, das heute im schwarzen Rock, den Hut in der Hand, mit seinen Fahnen vor uns stand, an die 8000 Krieger, die an der Straße aufmarschiert standen. Auch sie haben zu meiner Seele gesprochen. Es reihte sich dort Kreuz an Kreuz und Schnalle an Schnalle. Das sind die Leute, die die Geschichte des Korps geschrieben haben, die mitgeholfen haben, unser Vaterland zu einigen; das sind die Kämpfer, die meinem Vater in die blauen Augen geschaut haben, als sie ihm den Sieg erfochten hatten. In den Glückwunsch an mein Korps möchte ich daher auch meine Freude mischen, über die vorzügliche, tadellose Haltung der Kriegervereine, die ich heute gesehen habe. Mögen diese Leute den jungen Leuten als Vorbild dienen, daß der alte Geist jener Kriegskameraden sich immerdar bewähren möge.“ Der kommandierende General v. Stülpnagel dankte gerührt und versicherte, daß die jungen Regimenter dasselbe tun würden, wie einst die alten zu Zeiten des großen Kaisers Wilhelm und des Kronprinzen. Abends war die Stadt glänzend erleuchtet, sehr traten dabei hervor: das erzbischöfliche Palais, das Priesterseminar und sämtliche Häuser der Domherren. Das Kaiserpaar hielt im Generalkommando Cercle und trat nach 9 Uhr auf den Balkon hinaus, um den großen Zapfenstreich der 29 Musikkorps des 5. Armeekorps anzuhören. Den politischen Höhepunkt der Kaiserstage in Posen bedeutet unzweifelhaft die Ansprache des Kaisers Wilhelm an die russischen Offiziere und das Hoch auf den Zaren beim Parademahle. Daraus geht mit Sicherheit hervor, daß beide Kaiser in Reval zu einem vollkommenen Einvernehmen über die Ziele ihrer Politik gekommen sind. Hoffentlich werden die Polen daraus ihre Lehren ziehen.

Auch dem dritten der Festtage war herrliches Wetter beschieden. Der Menschenandrang in der Stadt war ungeheuer. Außer 50.000 Mann Einquartierung hatte auch noch für ebenso viel Gäste aus der Provinz Unterkunft beschafft werden müssen. Der Kaiser nahm früh den Vortrag des Reichskanzlers Grafen Bülow entgegen, mit dem er auch noch abends nach dem Zapfenstreich gearbeitet hatte, auch wurde Erzbischof Dr. v. Stablewski empfangen. Am 11 Uhr fand die Enthüllung des Kaiser Friedrich-Denkmals statt. Das Kaiserpaar wurde beim Erscheinen im Kaiserzelt mit brausendem Jubel begrüßt. Nach einer Ansprache des Ober-

bürgermeisters Witting, welcher betonte, die Errichtung des Denkmals gegenüber dem Provinzialmuseum solle ein Symbol für die Pflege von Kunst und Wissenschaft in der Ostmark im Sinne des verewigten Kaisers Friedrich und seiner Gemahlin sein, fiel auf ein Zeichen des Kaisers die Denkmals-hülle und das im hellen Sonnenlicht strahlende Standbild des Kaisers Friedrich mit mildem Gesichtsausdruck, die Linke auf die vorgestellte Waffe stützend und die Rechte eine Schriftrolle haltend, zeigte sich frei der Menge. Der Kaiser salutierte mit der Hand, betrachtete lange und ernst das Standbild seines Vaters und wandte sich dann an den Schöpfer des Denkmals, Professor Böse. Der Kronprinz legte den ersten Kranz am Sockel des Denkmals nieder. Hierauf begab sich das Kaiserpaar zum Ständehause.

Dort hatten sich bereits der Reichskanzler Graf Bülow, die Minister sowie die Provinzialstände versammelt. Der Landtagsmarschall Frhr. v. Wilamowitz-Möllendorf hielt eine Ansprache an den Kaiser Wilhelm und bot ihm einen Ehren-trunk. Der Kaiser erwiderte hierauf: „Die patriotischen Worte, durch welche Sie mir und der Kaiserin die Gesinnungen der Provinz Posen entgegengebracht haben, erfüllen unsere Herzen mit Freude und Dank. Sie finden ihre Bestätigung durch den patriotischen Empfang seitens der hiesigen Bevölkerung. Wir befinden uns hier in einer treuen deutschen Bevölkerung, wir befinden uns hier in einer treuendutschen Stadt, und treu ist die Arbeit, welche die Deutschen zur Hebung des Landes hier vollführen. Soll diese Arbeit, deren Endziel die Hebung von Land und Volk ist, zum Nutzen und Frommen des Ganzen gelingen, so ist notwendig, einmal, daß die Deutschen ihren Erbfehler des Parteihadens ablegen, daß der einzelne das Opfer seiner ausgeprägten Individualität zu bringen bereit ist, um in der Gesamtheit mit allen vereint zu wirken, so wie einst die Ritter des Deutschen Ordens, auf persönliche Angebundenheit und Bequemlichkeit verzichtend, sich zu dem festen Gefüge des Ordens zusammenscharten, um in anhaltend harter Arbeit die deutsche Kultur zu verbreiten. Zum anderen versteht es sich von selbst, daß meine Beamten unbedingt nach meinen Direktiven und gehorsam meinen Befehlen ohne Zaudern die Politik durchführen, welche ich für das Wohl der Provinz als richtig erkannt habe. Das Zusammenwirken von Volk und Beamtenschaft unter der Leitung der Krone wird nicht ermangeln, im Laufe der Jahre die segensreiche Entwicklung der Provinz zu fördern. Ich beklage tief, daß ein Teil meiner Untertanen nichtdeutschen Stammes sich nur schwer in unsere Verhältnisse zu finden scheint. Der Grund dazu dürfte in zwei Irrtümern zu suchen sein: einmal wird in ihnen wachgehalten die Besorgnis vor Antastung ihrer Konfession. Wer behauptet, daß meinen Untertanen katholischer Konfession Schwierigkeiten in der Ausübung ihres Glaubens gemacht oder sie gezwungen werden sollen, von demselben zu lassen, macht sich einer schweren Lüge schuldig. Meine ganze Regierungszeit und meine Worte in Nachen beweisen, wie hoch ich Religion, das heißt das per-

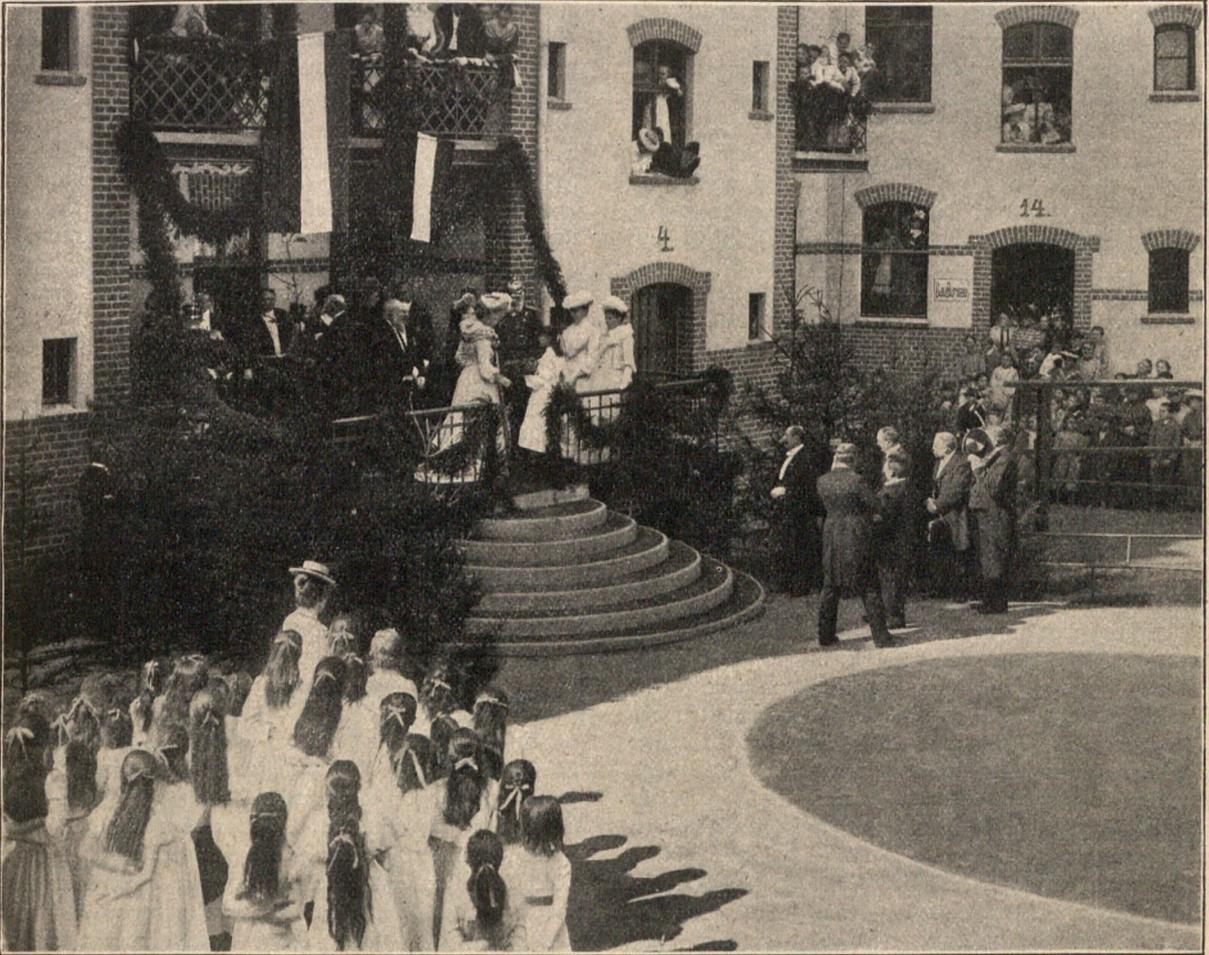
sönliche Verhältnis jedes Menschen zu seinem Gott, achte, und er beleidigt durch eine solche Verleumdung den Nachfolger des großen Königs, der erklärt hat, ein jeder solle auf seine Fasson selig werden. Der zweite Irrtum ist der, daß die Besorgnis wach erhalten wird, daß die Stammeseigentümlichkeiten und Überlieferungen ausgelöscht werden sollen. Dem ist nicht so. Das Königreich Preußen setzt sich aus vielen Stämmen zusammen, welche stolz sind auf ihre frühere Geschichte und ihre Eigenart. Das hindert sie jedoch nicht, vor allen Dingen brave Preußen zu sein. So soll es auch hier sein. Überlieferungen und Erinnerungen können ruhig bestehen, allein sie gehören der Geschichte der Vergangenheit an. Jetzt kenne ich hier nur Preußen und ich bin es der Arbeit meiner Vorfahren schuldig, dafür zu sorgen, daß diese Provinz unauflöslich mit der preussischen Monarchie verknüpft, daß sie stets gut preussisch und gut deutsch bleibe. Diesen Becher, gefüllt mit dem Saft der Reben, die an den Ufern des schönen Rheins gewachsen, leere ich auf das Wohl der Provinz Posen und ihrer Hauptstadt an der Warthe!“ Hierauf wurden die Anwesenden vorgestellt, an der Spitze der Mitglieder des Provinziallandtages Fürst Radziwill.

Vom Provinzialständehause begab sich das Kaiserpaar nach dem alten Rathaus, wo sie vom Oberbürgermeister und vom Stadtverordnetenvorsteher empfangen wurden. Das alte Rathaus mit dem Rolandbrunnen ist ein Wahrzeichen der Stadt, befindet sich aber in ziemlich verfallenem Zustande, weshalb es auf gemeinsame Kosten des Staates und der Stadt gründlich erneuert werden soll. Man hatte sich für ein polychromes Projekt entschieden. Der Kaiser besichtigte die Skizzen und erklärte sich als entschiedener Gegner der Bemalung des alten Rathauses. Nach seiner Ansicht sei es das richtigste, das alte Gebäude möglichst gut zu erhalten. Im neuen Rathaus hatten sich im Sitzungs-saal sämtliche deutsche Magistratsmitglieder und Stadtverordneten versammelt, die Polen waren absichtlich ferngeblieben. Der Kaiser unterhielt sich mit jedem der Anwesenden und nahm dann mit großem Interesse Einsicht in die Pläne für Stadterweiterung und Wartheregulierung nach der Entfestigung der Stadt. Zum Schluß schrieben sich die Majestäten und der Kronprinz in das Goldene Buch der Stadt Posen ein. Abends fand beim Kaiserpaar in den Räumen des Provinzialmuseums ein Mahl für die Provinz statt, welchem von den Polen nur die Hofwürdenträger beiwohnten.

Man hatte allgemein erwartet, daß in Posen durch den Kaiser eine bedeutsame politische Kundgebung über die Ostmarkenpolitik erfolgen würde, in manchen Kreisen wurde auch nach der Marienburger Rede angenommen, daß diese Kundgebung in der Betonung des nationalen Programms sogar recht scharf ausfallen werde. Das ist nun keineswegs der Fall gewesen. Die Rede läßt an Entschiedenheit nichts zu wünschen übrig, enthält sich aber jeder Schärfe und Gereiztheit. Wenn auch erst die Tat die Erfüllung bringen kann, so ist doch schon jetzt gerechter Grund zur Genugtuung vorhanden selbst für den, der nach seiner Ansicht

nicht jedem einzelnen Worte und jeder Wendung seine Zustimmung geben mag. Jedenfalls hat die russische „Birszewija Wjedomosti“ recht, wenn sie sagt, die Rede des Kaisers sei von dem Wunsche eingegeben, die aufgeregten politischen Leidenschaften zu beruhigen; es sei eine große Neigung zur Verdrehung von Tatsachen erforderlich, wenn man in der Rede einen Aufruf zu einem schonungslosen Kampf gegen die polnische Nationalität oder das Slaventum erblicken will. Das ist sehr richtig, aber der polnische Radikalismus wird das nicht verstehen,

gouverneur v. Czertkow, der mit der Durchführung der russischen Polenpolitik betraut ist, in Posen Gelegenheit erhielt, sich von den Zuständen im preussischen Grenzgebiet durch den Augenschein zu überzeugen. Er wie die übrigen russischen Offiziere waren von der ausgezeichneten Behandlung durch den Kaiser wie auch von der Teilnahme der Bevölkerung in hohem Maße zufriedengestellt. Aus der Kaiserrede sind zwei Sätze von besonderer Tragweite für die nächste Zukunft. „Wer behauptet, daß meinen Untertanen katholischer Konfession



Das deutsche Kaiserpaar in Posen. Besuch der Kaiserin in den Arbeiterwohnhäusern der Gemeinnützigen Baugenossenschaft am 3. September.

ein radikaler Standpunkt kennt überhaupt keine Objektivität, nur was er für recht hält, gilt ihm dafür, alles andere wird bekämpft, beschimpft, vernichtet. So ist der Radikalismus überall. Das „Tod den Deutschen“ als Programm ausgegeben, die Deutschen zu boykottieren, sie zu hassen und zu verfolgen, das ist des Polen Recht, aber wenn sich der Deutsche wehrt und erklärt, er werde sich nicht verdrängen lassen, so ist das schon ein Kampf gegen die polnische Nationalität, die ihr Großpolen durch eine einfache Überetzung des von deutscher Arbeit Geschaffenen ins Polnische gründen möchte.

Daß Kaiser Wilhelm es versteht, seine politischen Handlungen wirksam in Szene zu setzen, hat sich auch in Posen erwiesen. Von nicht geringer Bedeutung war der Umstand, daß der General-

Schwierigkeiten in der Ausübung ihres Glaubens gemacht oder daß sie gezwungen werden sollen, von demselben zu lassen, macht sich einer schweren Lüge schuldig.“ Dieser Vorwurf richtet sich mit aller Schärfe gegen die von der polnischen Geistlichkeit erhobene und von der Zentrumspresse unterstützte Behauptung, daß die Polen zu Protestanten gemacht werden sollten. Damit hat man das unwissende polnische Volk aufgeregt. Ursprünglich hatte der polnische kleine Mann gar kein Interesse für die Wiederherstellung des Polenreiches in irgend einer Gestalt. Der Gedanke, den Osten protestantisch zu machen, hat noch niemals in preussischen Regierungskreisen Wurzel gefaßt und kann dort auch niemals Boden gewinnen. Im Gegenteil würden geschlossene deutsche katholische Gemeinden den besten

Kern für die Abwehr der Polengefahr bilden, wobei ja der Ansiedelung von Protestanten keine Hindernisse bereitet zu werden brauchen. Die Katholiken vom deutschen Zentrum sehen in dem Polen immer nur den Katholiken und vernachlässigen den nationalen Gesichtspunkt durchaus, obgleich die polnische Geistlichkeit die Religion nur als Deckmantel für ihre nationalpolnische Agitation benutzt, obgleich die polnische Presse unausgesetzt die deutschen katholischen Geistlichen verfolgt. Den Polen könnte man gar keinen größeren Gefallen erweisen, als wenn man den schweren Kampf des Deutschtums in der Ostmark zu einem Ringen zwischen Protestantismus und Katholizismus machen wollte.

Das andere Wort des Kaisers: „Zum anderen versteht es sich von selbst, daß meine Beamten unbedingt nach meinen Direktiven und gehorjam meinen Befehlen ohne Zaudern die Politik durchführen, welche ich für das Wohl der Provinz als richtig erkannt habe,“ hat nicht bloß eine programmatische Bedeutung, sondern auch Beziehung auf einen Vorfall aus nächstzurückliegender Zeit. Es gab und gibt im Osten preussische Beamte, denen aus bürokratischen Neigungen und anderen Gründen ein schärferes Vorgehen gegen das Polentum nicht von Herzen geht. Daß diese unter den jetzigen Verhältnissen dort nur schädlich wirken, liegt auf der Hand. Ein solcher Beamter war der Provinzialsteuerdirektor *Löhnig*, der einige Monate vorher pensioniert worden war und selber Nachrichten an die Öffentlichkeit gebracht hatte, nach denen der Grund seiner Verabschiedung allein darin gelegen habe, daß er sich mit der Tochter eines ehemaligen Feldwebels verlobt habe. Diese durchaus einseitige Mitteilung war sofort von der Presse aufgenommen und aus Parteigründen, selbst in sich selbst als „national“ bezeichnenden Blättern, mit kräftigen Verstößen gegen den „Kastengeist“ der Beamten begleitet worden. Man sollte aber in Fällen, in denen die nationale Frage voranstehen muß, mit mehr Vorsicht verfahren. Daß es einen Kastengeist der Beamten gibt, steht ebenso fest wie das Prozedurum gewisser Geldgrößen. Dadurch, daß man solche Dinge an unreechter Stelle breittritt, werden sie nicht besser. Herr *Löhnig* war nicht nur ein Gegner der Polenpolitik, sondern hatte sich auch Taktlosigkeiten zu Schulden kommen lassen, von denen nicht die geringste die war, daß er seine Verlobung nicht einmal den Spitzen der Behörden angezeigt hatte, so daß diese allerdings nicht wußten, wie sie sich gesellschaftlich dazu verhalten sollten. Die wirklich ernsthaften Anhänger einer Bekämpfung der Polengefahr hätten in diesem Falle wohl abwarten und schließlich nach Aufklärung der Sachlage froh sein müssen, daß ein Gegner der Polenpolitik beseitigt worden war, statt sofort nach alter parteipolitischen Schablone mit Angriffen loszufahren, die ganz gut auf eine Gelegenheit aufgespart werden konnten, bei der das nationale Moment nicht in Betracht kam. Der vom Kaiser bedauerte „Partei-hader“, der über dem Parteistandpunkt die nationalen Fragen vergißt, ist leider nicht allein beim Zentrum zu Hause.

Bisher hatte in Posen und Westpreußen allein die Ansiedelungskommission und der Ostmarken-

verein der Polonisierung entgegengewirkt. Die Ansiedelungskommission hat bisher mit gutem Erfolg gearbeitet, und die Vorwürfe, die ihr wegen zu großer bürokratischer Schwerfälligkeit gemacht worden sind, dürften kaum in allen Fällen begründet sein, so weit sie es sind, wird nun sicher Abhilfe geschaffen werden. Der Ostmarkenverein, nach den Anfangsbuchstaben seiner Begründer: v. *Hansemann*, *Kennemann* und v. *Tiedemann* H-K-T-Verein genannt, ist von den Polen weidlich angegriffen worden, die dem „Hakatismus“ alle Schuld der nationalen Gegensätze im Osten beimessen. Nun, man weiß das besser. Der Ostmarkenverein ist sich bewußt, daß er von dem ihm gesteckten Ziele noch weit entfernt ist. Was eine mangelhafte, durch Jahrzehnte fortgesetzte Politik verdorben hat, kann am wenigsten ein Verein in wenigen Jahren abstellen. Sein Verdienst ist aber, daß er dem deutschen Volke und der preussischen Regierung die Augen darüber geöffnet hat, wie es tatsächlich in Posen steht. Wo ein starkes Nationalgefühl vorhanden ist, bedarf es freilich keiner Vereine, aber die instinktive Betätigung des nationalen Geistes, die der Deutsche überall bei seinen Nachbarn findet, der unbewußte Drang, die nationale Eigenart geltend zu machen, die oft alles Maß übersteigt, wird bei ihm selbst nur wenig gefunden. Das hat das Übermaß von formaler Bildung, an der der Deutsche allerdings reich ist, erdrückt und ihn um die ursprüngliche nationale Frische gebracht, wie sie namentlich bei den Slaven hervortritt. Es ist nicht unmöglich, daß die Posener Kaisertage wenigstens im Osten auch in dieser Beziehung einen Markstein in der Geschichte der preussischen Polenpolitik bilden werden.

Vorgänge im Sommer und Herbst.

Am 15. August holte Kaiser Wilhelm den Besuch in Düsseldorf nach. Die Stadt hatte in diesem Jahre eine große Kunst- und Industrieausstellung veranstaltet, die vermöge ihrer Reichhaltigkeit und Gediegenheit Besucher von weit und breit heranzog und darum auch, wie hier gleich bemerkt werden soll, nicht, wie häufig derartige Ausstellungen, mit einem Defizit, sondern mit einem ansehnlichen finanziellen Erfolg abschneidet. Die reiche, in weiterem Aufblühen begriffene Stadt hatte für den Besuch eine Feststraße ausschmücken lassen, wie es an Pracht und Geschmack wohl kaum eine andere im Stande sein würde. Ein herrlicher Sommertag verschönte das Ganze. Der Hofzug traf um 8³/₄ Uhr auf dem Bahnhofe ein, wo kleiner Empfang stattfand. Oberbürgermeister *Mary* geleitete den Kaiser in das Fürstenzimmer und erwähnte dort in seiner Ansprache, daß der Kaiser seit seiner Anwesenheit vor 11 Jahren die Stadt einigermaßen verändert finden würde, sie habe sich verschönert und vor allem einen neuen Rheinhafen gebaut. Auf dem dem Rhein dabei abgewonnenen Gebiet sei die Ausstellung errichtet worden, die nach ihrem Ende in eine große Parkanlage umgeschaffen werden solle, die mit Zustimmung des Kaisers zur Erinnerung an den heutigen Tag den Namen „Kaiser Wilhelm-Park“ tragen werde. Kaiser Wilhelm

erwiderte sofort: Er sei mit besonderer Freude nach Düsseldorf gekommen, weil er noch als junger Student von seinem Großvater den ersten großen Auftrag bekommen habe, ihn bei der Einweihung des Cornelius-Denkmal zu vertreten. Schon damals habe er von dem einhelligen Zusammenwirken der Bürgerschaft und der Künstlerschaft den besten Eindruck empfangen. Mit großer Freude habe er auch von den Plänen Kenntnis genommen, welche die Stadt Düsseldorf für ihre Entwicklung und Erweiterung ins Auge gefaßt, wie sie jetzt die große Ausstellung, die den Blick Europas auf sich lenke, ins Werk gesetzt und ihren Hafen ausgebaut habe. Die Stadt Düsseldorf sei eine derjenigen Städte, die sich von der Nützlichkeit großer Wasserstraßen überzeugen müßten. Er wünsche der Stadt unter den schönen und friedlichen Aussichten, welche sich in Europa entwickelt haben und die er lange zu erhalten hoffe, eine fernere glückliche Entwicklung. Der Kaiser fuhr unter dem Geleite einer Husarschwadron durch die Feststraße nach der Ausstellung. Die Besichtigung währte mehrere Stunden und der Kaiser sprach wiederholt seine große Befriedigung über die Leistungen der Industrie, des Gewerbes und der Kunst aus.

Abends 8 Uhr traf der Kaiser auf dem Salondampfer „Augusta Viktoria“ in Bingen ein, wo sich Tausende von Menschen auf beiden Ufern des Rheins eingefunden hatten. Der Großherzog von Hessen begrüßte hier den Kaiser und fuhr mit ihm nach Mainz. Viele reichbeflaggte Dampfer gaben der „Augusta Viktoria“ das Ehrengelächte, die Ufer des Rheins waren weithin beleuchtet, einen großen Effekt machten die Feuer auf dem Rochusberge und gegenüber die Beleuchtung des Denkmals auf dem Niederwalde. Während der Fahrt rheinaufwärts erdröhnten fortwährend Böllerschüsse, Feuer an den Uferbergen und erleuchtete Villen glänzten weithin, namentlich die Ufer bei Mainz und die Stadtseite waren großartig illuminiert. Glockengelächte begrüßte den Kaiser, als er um 10 Uhr eintraf, die Szenerie auf dem Wasser bot ein unvergeßliches Bild. Beim Empfang durch die Behörden sprach sich Kaiser Wilhelm ganz entzückt über die herrliche Fahrt aus und dankte dem Oberbürgermeister Dr. Glaßner für den prächtigen Empfang. Am anderen Morgen um 7 Uhr begab sich der Kaiser zur Parade nach dem großen Sand. Anwesend waren die drei Schwestern des Kaisers, die Erbprinzessin von Meiningen, die Prinzessin Friedrich Karl von Hessen und die Kronprinzessin von Griechenland. Nach der Parade ritten der Kaiser und der Großherzog von Hessen an der Spitze der Fahnenkompagnie in die großartig geschmückte Stadt zurück, wo sie mit unbeschreiblichem Jubel von den vielen Tausenden in den Straßen begrüßt wurden. Nachmittags begab sich der Kaiser mit seinen Schwestern nach Homburg.

Dienstag, den 19. August, fand dort in den Kuranlagen die Enthüllung der Marmorbüste der Kaiserin Friedrich statt, neben der bereits dort errichteten Büste ihres Gemahls. Bei der Feier waren anwesend das Kaiserpaar und der Kronprinz, die vier Schwestern des Kaisers mit ihren Gemahlen, die Botschafter von Osterreich-Ungarn, Eng-

land und der Vereinigten Staaten. Als die Hülle des Denkmals gefallen war, legte der Kaiser einen Kranz nieder und verlas sodann ein Lebensbild der Kaiserin Friedrich, die als zielbewußte Förderin der Kunst, der wissenschaftlichen Forschung, der Ausdehnung der weiblichen Bildung und Erwerbstätigkeit, sowie als liebende Gattin geschildert wird. Dreißig Jahre habe sie an der Seite ihres Gemahls in diesem Sinne gewirkt. Hierauf legten die anwesenden Fürstlichkeiten und Abordnungen an dem Denkmal Kränze nieder, auch die Königinwitwe Margherita von Italien hatte einen Kranz gesandt. Am anderen Tage trafen der Großherzog und die Großherzogin von Baden ein, um dem Kaiserpaar und den Schwestern des Kaisers in Homburg und Cronberg einen Besuch abzustatten.

Am 25. August kamen der Kaiser und die Kaiserin mit dem Kronprinzen vom Neuen Palais in Potsdam nach Berlin zur Einweihung der unter dem Protektorat der Kaiserin erbauten Kapernaumkirche in der Seestraße und begaben sich dann nach dem Rolandbrunnen auf dem Kamperplatz. Dieses Rolandbild bildet in der Siegesallee nach Westen hin einen monumentalen Abschluß, während im Norden die Siegessäule auf die marmornen Standbilder der märkischen Herrscher herabschaut, denen der Kunstsin des Kaisers ihre Plätze am Tiergarten angewiesen hat. Berlin hatte seit Jahrhunderten keinen Roland, jenes steinerne Standbild, das an den Rathäusern vieler nordischer Städte als Wahrzeichen städtischer Gerichtsbarkeit und städtischen Blutbanns errichtet war. Wie Berlin um seinen Roland gekommen, hat sich nicht geschichtlich feststellen lassen, Kurfürst Friedrich II. Eisenzahn soll den Berlinern wegen Aufzuzugs die Gerichtsbarkeit entzogen und den Roland haben zertrümmern lassen. Der neue Roland ist von Professor Otto Lessing gebildet und stellt nur eine Erinnerung an alte sagenhafte Zeit mit ausgesprochenem Prunkzweck dar. Von dem eigentlichen Roland ist nur die typische Figur beibehalten, ihr aber die moderne, reichgegliederte und farbige Architektur eines Monumentalbrunnens gegeben worden.

Am 13. September traf König Georg von Sachsen in Potsdam ein, um dem Kaiser Wilhelm seinen Besuch abzustatten. Der Empfang fand mit großen Ehren statt. Die Begrüßung war ungemein herzlich und beide Monarchen fuhrten im offenen Wagen nach dem Neuen Palais. Nachmittags fuhr König Georg nach dem Mausoleum, legte dort Kränze an den Särgen des Kaisers Friedrich und seiner Gemahlin nieder und kehrte nach dem Neuen Palais zurück, wo er bei der kaiserlichen Familie verweilte. Der „Reichsanzeiger“ schrieb über diesen Besuch: „König Georg ist zum ersten Male nach seinem Regierungsantritt als Gast des Kaisers eingetroffen und herzlich empfangen worden. In dem erlauchten Bruder des verewigten Königs Albert begrüßen wir die ritterliche Gestalt aus dem durch große geschichtliche Erinnerungen geweihten Kreise der Bundesfürsten, die für die Begründung des Reiches ruhmvoll mitgestritten haben und deren nationale Verdienste von dem Erben des ersten Kaisers wie von unserem Volke treu in Ehren gehalten werden.“

Am nächsten Tage begab sich der Kaiser zu den großen Flottenmanövern in der Nordsee, die bis zum 18. September dauerten und den Zweck hatten, den Versuch zu machen, mit einem Angriffsgeschwader die Elbemündung zu forcieren. Der Versuch gelang am 17. trotz der Ungunst des Wetters. Der Kaiser sprach sich am folgenden Tage sehr günstig über den Verlauf des Manövers aus, worauf die Auflösung der Herbstübungsflotte erfolgte. Das bedeutendste Ereignis des Oktobers war unstreitig der Besuch des Kronprinzen von Dänemark am Berliner Hofe. Das Verhältnis Dänemarks zum Deutschen Reiche ist hinreichend bekannt, aber man war in Deutschland nicht mehr erbittert über die Dänen, denn man konnte ihnen nachfühlen, daß sie wehmütig nach ihrer Südgrenze schauen, wo zwei schöne blühende Provinzen verloren gegangen sind. Etwas ärgerlicher war man zuweilen über den Einfluß des dänischen Königshofes, der wichtige Verbindungen weit über die Grenzen seines Landes ausübte und sie meist nicht zu Gunsten Deutschlands zur Geltung brachte. Noch heute gibt es in Dänemark eine Richtung, die sich nicht mit den bestehenden Tatsachen abfinden will, ihre Agitationen über die Grenze erstreckt und Deutschland zu Abwehrmaßregeln nötigt. Doch ist seit vierzig Jahren eine Generation heraufgewachsen, die mit einem nicht mehr von Trauer geträubten Blick klar erkennt, daß die Zukunft Dänemark darauf hinweist, mit dem national und geistig verwandten, sowie wirtschaftlich nahestehenden Deutschland friedlich zu leben. Selbstverständlich ist das noch lange nicht die sogenannte öffentliche Meinung, die etwa in allen Zeitungen ausgesprochene Ansicht, im Gegenteil, dort ist meist noch die alte Schablone im Gebrauch; aber der genauere Beobachter merkt schon den inneren Umschwung, der sich in den denkfähigen Köpfen des dänischen Volkes vollzogen hat und nach und nach auch zur öffentlichen Meinung werden wird. Man braucht nun nicht anzunehmen, daß der Besuch des dänischen Kronprinzen in Berlin einen bestimmten politischen Zweck verfolgt oder gewisse Abmachungen beabsichtigt habe, für dergleichen liegt gar kein Anlaß vor. Aber bei der heutigen Stellung Deutschlands zu Lande wie zur See, bei seinen Beziehungen zu Rußland und England hat die seitherige Zurückhaltung Dänemarks gar keinen Zweck mehr, und wenn darum der zur Regierung bestimmte Prinz einen Besuch macht, der seine freundschaftlichen Beziehungen zum Deutschen Reiche bekunden will, so liegt darin ein symbolischer Ausdruck der neuen Wendung, der sich Dänemark im eigensten Interesse gar nicht entziehen kann.

Unter diesen Umständen lag es auf der Hand, daß dem Kronprinzen Friedrich von Dänemark ein ganz besonders herzlicher Empfang in Deutschland bereitet werden würde, da man dort keinen Haß mehr gegen die Dänen empfunden, sondern vielmehr alles vermieden hatte, was ihnen eine Annäherung hätte erschweren können. Der Kronprinz traf am 27. Oktober nachmittags auf der Station Wildpark ein. Die Begrüßung zwischen dem Kaiser und seinem Gaste erfolgte mit Handschlag und Kuß. Sie fuhrten zusammen im offenen

Wagen nach dem Neuen Palais. Abends fand beim Kaiserpaare eine Festtafel statt. Am anderen Tage folgte die Vorführung eines der interessantesten intimen Schaustücke des preussischen Heerwesens, die man nicht jedermann zeigt. Um 11 Uhr fand vor dem Neuen Palais in Gegenwart des Kaisers und des Kronprinzen von Dänemark ein Vorexerzieren des Lehr-Infanterie-Bataillons statt, worauf die Ausrüstung eines Mannes und der Aufbau eines Zeltes gezeigt wurde. Nach dem Frühstück beim Kaiserpaar fuhr der Kronprinz nachmittags 2 Uhr nach Berlin, um dort Wohnung zu nehmen, nach 4 Uhr begab sich auch der Kaiser und die Kaiserin nach Berlin und wohnten abends mit dem Kronprinzen von Dänemark der Aufführung von Sardous „Tosca“ durch Frau Sarah Bernhardt und ihre Truppe im Hofchauspielhause bei. Vorher hatte im königlichen Schlosse eine Abendtafel stattgefunden. Mittwoch, den 29. Oktober, begab sich Kaiser Wilhelm mit dem Kronprinzen nach dem großen Artillerieschießplatz bei Kunnersdorf, von wo sie nachmittags 3 Uhr nach Berlin zurückkehrten. Abends war im königlichen Schlosse Tafel, nach welcher sich das Kaiserpaar mit dem Kronprinzen von Dänemark in das Hofopernhaus zur Prunkvorstellung begaben. Nach der Vorstellung verabschiedete sich der Kronprinz in der herzlichsten Weise und fuhr am anderen Tage früh zur Besichtigung seines Regiments nach Kassel. Auf dem Friedrichsplatze stand das Husarenregiment Friedrich II. von Hessen-Homburg Nr. 14, dessen Chef der Kronprinz von Dänemark ist, in Parade aufgestellt. Der Kronprinz, welcher die Uniform des Regiments trug, wurde vom Publikum überall freundlich begrüßt. Er inspizierte das Regiment und besichtigte später die neue Kaserne deselben vor dem Frankfurter Tore. Abends nahm er am Festmahl des Offizierkorps im Kasino teil, besuchte die Festvorstellung im Hoftheater, nahm noch an der Abendgesellschaft beim kommandierenden General teil und fuhr gegen Mitternacht über Hannover nach Kopenhagen zurück.

An den Besuch des Kronprinzen von Dänemark ist in Deutschland allgemein die Hoffnung geknüpft worden, daß es bald möglich werden möge, mit dem nordischen Nachbar gute und freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten, damit sich die zuweilen recht unerfreulichen Verhältnisse an der Grenze erträglicher gestalten. Auch dänische Blätter haben, wenn auch nicht ohne Widerspruch, bereits in diesem Sinne gewirkt, und je mehr sich die Verkehrswege ausbilden, um so mehr wächst an beiden Grenzen die Überzeugung, daß jenseits doch ein recht festes Volk haust, mit dem schon zu leben sei und von dem man noch manches lernen könne. Selbst das Organ der dänischen Haupttheater „Højndal“ hat die Möglichkeit einer Verständigung zugegeben. Vielleicht hat dazu auch beigetragen, daß man in Schleswig den Hauptführern der „südjütischen“ Bewegung ernstlich zu Leibe gegangen ist und sie einfach des Landes verwiesen hat, weil die Zurücknahme ihrer Option für Dänemark keine gesetzliche Geltung besitzt. Die „südjütischen“ Vereine in Dänemark haben bisher in Beamtenkreisen ihre wesentlichste Stütze gehabt, und eine offizielle Änderung

der Haltung der Staatsregierung würde natürlich auch in dieser Beziehung Wandel schaffen.

Am 7. November begab sich Kaiser Wilhelm nach England, um dort mehrere Wochen zu bleiben. Die Reise wurde als vollkommen unpolitisch hingestellt, fand aber in Deutschland nur in unbedeutendem Maße Zustimmung, dagegen viel Widerspruch, und die Burenschwärmer, durch deren Ungeschick gerade der Empfang der Burenführer beim Kaiser Wilhelm verdorben worden war, waren eifrig bemüht, der Reise wenigstens einen „Hauch von Canossagang“ anzuhängen, ebenso zu betonen, weder unter Kaiser Wilhelm I. noch jemals in der Geschichte wären so häufige Reisen nach England vorgekommen. Man sieht, diese Leute verstehen Politik, sie wissen das Unwesentlichste zur Hauptsache zu machen. Kaiser Wilhelm ließ sich auch diesmal nicht in seinen Absichten beeinflussen, auch nicht durch die kühle Begrüßung der englischen Blätter, besuchte nach der Landung an der englischen Küste Samstag, den 8. November, sein Regiment „Royal Dragoons“ in Shorncliffe und reiste von da zum König Edward nach Schloß Sandringham, wo er über eine Woche verweilte und auch den Geburtstag des Königs mitfeierte. Es wurde ein richtiges englisches Landschloßleben geführt mit Jagden, Gesellschaften und Theateraufführungen, und je länger Kaiser Wilhelm dort verweilte, desto herzlicher gestaltete sich der Verkehr unter den hohen Verwandten und den anderen Gästen. Am 15. November begleitete das englische Königspaar den Kaiser Wilhelm nach dem Bahnhof Wolferton, von wo er nach herzlichem Abschied zum Besuch des Lords Lonsdale nach Eowther-Castle fuhr. Auch hier wurden Ausflüge und Jagden unternommen. Am 21. November folgte noch ein Besuch auf der schottischen Besichtigung Lord Roseberys, Dalmeny, in der Nähe von Edinburg und dann begab sich Kaiser Wilhelm nachmittags um 3 Uhr nahe der großen Forthbrücke an der Landungsstelle von Queensferry unter Hurra und Kanonendonner auf die „Hohenzollern“, um die Heimreise anzutreten. Er traf am 24. in Bückeburg zur Jagd ein. Je länger der Aufenthalt des Kaisers in England dauerte, desto mehr trat der unpolitische Charakter desselben zu Tage, obwohl die Blätter hüben wie drüben wieder einmal alle gewußt hatten, welche wichtigen Verhandlungen zwischen dem Kaiser Wilhelm und den englischen Ministern geführt wurden. Bald sollten sie die Überlassung der Delagoabai an England, bald die Räumung von Schanghai durch die deutschen Truppen und noch allerlei anderes betreffen. Alle diese Gerüchte verloren sofort ihre Geltung, nachdem sie der englische Premierminister Lord Balfour auf dem Lordmayorsbankett insgesamt ins Reich der Fabel verwiesen hatte. Dagegen bekräftigte der englische Staatsmann die Fortdauer der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der deutschen und der englischen Regierung.

Die wirtschaftliche Lage.

Das verflossene Jahr muß für Deutschland, und dieses Land nicht allein, noch immer als eine Zeit

des wirtschaftlichen Niederganges bezeichnet werden. Selbst die Frage, ob der Tiefpunkt bereits erreicht worden und vielleicht schon wieder ein Aufsteigen bemerkbar sei, ist unentschieden geblieben und je nach den Schwankungen in der Beschäftigung der Industrie in den einzelnen Monaten verschieden beantwortet worden. In den Jahren 1895 bis 1900 war die einheimische Güterproduktion gewaltig gestiegen und auch die Zufuhr hatte enorm zugenommen, so daß die Überschüsse der Einfuhr über die Ausfuhr, die ja immer bestanden hatten, von 802.7 Millionen im Jahre 1895 auf 1154.2 Millionen Mark im Jahre 1900 gestiegen waren. Obwohl demnach der einheimische Markt dadurch eine ganz außergewöhnliche Zufuhr an Gütern erfahren hatte, waren doch die Preise nicht gefallen, sondern gerade die wichtigsten Warenpreise rasch in die Höhe gegangen. Die Zunahme des Bedarfes und der Verbrauchsfähigkeit des einheimischen Marktes hatte dadurch stattgefunden, daß die Bevölkerung zunahm und durch den wirtschaftlichen Aufschwung auch das Einkommen derselben gehoben wurde. Damit diese Erscheinung einen ungehörten Fortgang hätte nehmen können, wäre nötig gewesen, daß die Verbrauchsfähigkeit in demselben Maße hätte wachsen müssen wie die Leistungsfähigkeit in der Gütererzeugung und Gütereinfuhr. Man hat festgestellt, daß die Gütererzeugung um mehr als 55 Prozent gestiegen war, doch dürfte diese Ziffer wohl zu hoch sein, da die Rückgänge in einzelnen Betriebszweigen nicht mit in Rechnung gezogen waren, aber die Steigerung dürfte immerhin 40 Prozent betragen haben. Die Bevölkerung war freilich bloß um 7.6 Prozent gewachsen, und nach der Lohnstatistik der Berufsgenossenschaften, der Einkommensteuerstatistik der einzelnen Staaten und nach anderen Anhaltspunkten darf die Steigerung des Einkommens auf höchstens 8 Prozent veranschlagt werden. Das Mißverhältnis zwischen der Erzeugungsfähigkeit und der Möglichkeit des Verbrauches war also bedeutend, um so mehr, als der Zuwachs des Einkommens nicht voll für den Erwerb neuer Erzeugnisse aufgewendet werden konnte, sondern zum Teil von der Preissteigerung der einzelnen Güter aufgezehrt wurde.

Unter diesen Umständen ist es zu verwundern, daß die Geschäftsstockung nicht schon früher eingetreten war. Die Verzögerung ist lediglich darauf zurückzuführen, daß in der letzten Periode des Aufschwunges die Spekulation eine große Rolle spielte und den Bedarf viel größer erscheinen ließ, als er in Wirklichkeit war. Um so empfindlicher wurde dann aber auch der Zusammenbruch. Das Ende der Spekulationsbewegung, die namentlich bei den auf der Börse hinaufgetriebenen Industripapieren zur Erscheinung kam, trug sich auch auf die Güterbewegung über, die Preise sanken und das Mißverhältnis zwischen Produktion und Verbrauch trat mit unerwarteter Schnelligkeit als allgemeine Geschäftskrisis zu Tage. Auch diese wurde noch verschärft durch weitere Eingriffe der Spekulation, die nun die umgekehrte Taktik einschlug und den Bedarf, der vorher gar nicht gesättigt werden konnte, als gar nicht mehr vorhanden erscheinen ließ. Die Industrie stand der Krisis gegenüber ziemlich ratlos da, und die Verwirrung wurde durch den Zusammenbruch verschiede-

ner größerer, aber an sich fauler spekulativer Unternehmen noch gesteigert. Die Abhilfe, für welche die Industrie sich die Bahnen selbst vorzeichnen muß, liegt nach dem Vorstehenden in ihren Wegen klar zu Tage. Es muß zunächst ein günstigeres Verhältnis zwischen Ein- und Ausfuhr erzielt werden, damit der einheimische Bedarf in der Hauptsache auch von der einheimischen Erzeugung gedeckt wird, es muß eine bessere Anpassung der Preise an die wirkliche Kaufkraft des Volkes und die tunlichste Fernhaltung der wilden Spekulation erstrebt werden. Nach all diesen Richtungen läßt sich ein Besserwerden beobachten.

Zunächst ist in den letzten zwei Jahren ein günstigeres Verhältnis zwischen Aus- und Einfuhr hergestellt worden, erstere hat sich nicht unerheblich vermehrt, letztere ist in gleichem Maße zurückgegangen. Am deutlichsten tritt das auf dem Gebiete der Eisenproduktion hervor, die ja in den wirtschaftlichen Bewegungen der letzten Jahre eine führende Rolle gespielt hat. In den 18 Monaten des Jahres 1901 und dem ersten Halbjahr 1902, wofür bereits Zahlen vorliegen, ist die Einfuhr um mehr als 600.000 Tonnen zurückgegangen, die Ausfuhr über 120.000 Tonnen gestiegen, also eine erhebliche Entlastung des einheimischen Eisenmarktes erreicht worden. Auch in anderen Industriezweigen treten ähnliche Erscheinungen zu Tage. Von besonderem Einfluß ist dabei die Lage des nordamerikanischen Eisenmarktes gewesen, der beträchtliche Eisenmengen aus Deutschland aufgenommen hat und dessen Erhaltung für die weitere Besserung der kritischen Verhältnisse in Deutschland von besonderem Belang ist. Auch im Bereich der inneren Gütererzeugung ist insofern eine Besserung eingetreten, als die Lage des Marktes die Erweiterung und Neugründung von industriellen Werken so gut wie ganz beseitigt hat und die in den Hauptzweigen bestehenden Syndikate eine heilende Wirkung in der Richtung bewirkt haben, daß sie eine Einschränkung der Erzeugung veranlaßten. Das immerhin mit in Rechnung zu ziehende krisenverschärfende Moment der dadurch verminderten Arbeitsgelegenheit hat dabei mit in Kauf genommen werden müssen, denn es ist eine notwendige Begleiterscheinung der werdenden Gesundung. Sie wird zum Teil auch wieder ausgeglichen durch eine nicht unerhebliche Preisermäßigung, für die in Berücksichtigung der allgemeinen Geschäftslage die Syndikate gleichfalls tätig gewesen sind. Ob man in dieser Beziehung weit genug gegangen ist, wird noch erörtert und namentlich eine erneute Steigerung der Eisenpreise für verfrüht angesehen. So wird auch die Herabsetzung der Kohlen- und Kokspreise für zu gering gehalten, da davon die Wiederbelebung weiterer Industriezweige abhängig ist, dagegen sind die Preise für Guß- und Puddelseisen, Kupfer zc. erheblich zurückgegangen. Diese Preisermäßigungen sind insofern von erheblicher Tragweite, als sie geeignet sind, die Selbstkosten anderer Industrien auf ein geringeres Maß zurückzuführen. Die geschäftliche Entwicklung hat weiter zu einer Verbilligung des flüssigen Kapitals geführt, das zu so niedrigen Zinssätzen zu haben ist, wie dies seit sechs bis sieben Jahren nicht der Fall war. Auch diese Lage des Geldmarktes ist für die Gesundung

der Industrie nicht gering anzuschlagen. Die „Köln. Zeitung“ äußerte sich im Juli in einem sehr sachgemäßen Artikel über diese Verhältnisse folgendermaßen: „Faßt man alle diese Erscheinungen zusammen, so ergibt sich, daß im Verlauf des unvermeidlichen und notwendigen Rückschlages auf die Hochkonjunktur in der Entwicklung unseres Außenhandels, in der Verminderung der heimischen Gütererzeugung, in der niedergehenden Bewegung der Preise und in der Kapitalverbilligung bereits wichtige Veränderungen eingetreten sind, die alle auf eine bessere Anpassung unserer gewerblichen Gütererzeugung an den Bedarf und die Aufnahmefähigkeit des inländischen Marktes hinarbeiten. Ihre allmählich einsetzende Heilwirkung hat, so schwer auch manche Industriezweige noch daniederliegen mögen, doch schon bedeutsame Fortschritte gemacht und es ist nur zu wünschen, daß sie nicht durch gut gemeinte, aber mehr oder weniger bedenkliche Maßnahmen wirtschaftlicher Art gestört werden.“

Es gibt in unserer Zeit wenig Probleme, die so wichtig und zugleich dem allgemeinen Verständnis so schwer zugänglich sind, wie das Problem der Syndikate, der Kartelle, der Trusts, kurz aller Vereinigungen, welche den Zweck haben, einen gewissen Preis durchzusetzen, die Produktionskosten zu vermindern, die Überproduktion zu beschränken zc. Der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Roosevelt, hat sich als Freund der Trusts bekant, aber er wünscht, daß sie unter die Oberaufsicht der Regierung gestellt werden. Für Kartelle hat sich auch die Mainzer Handelskammer ausgesprochen und sich dagegen erklärt, daß sich der Staat in ihren Geschäftsbetrieb einmische, jedoch werden auch gesetzliche Gesellschaftsformen, Anmeldepflicht, Veröffentlichung der Bedingungen und Ergebnisse des Geschäftsbetriebes gefordert. So etwas Ähnliches mag sich wohl Roosevelt unter der Oberaufsicht der Regierung vorgestellt haben, wenn er von „Mäßigung“ spricht. Der deutsche Staatssekretär des Innern, Graf Posadowsky, hat in der Sitzung am 1. Oktober in der Zolltarifkommission in dieser Frage die größte Vorsicht für notwendig erklärt. Von der deutschen Reichsverwaltung ist durch eine Rundfrage an die Bundesregierungen das Bestehen von etwa 400 Kartellen festgestellt worden, weiter hat eine Ansammlung des sich aus öffentlichen Verhandlungen ergebenden und des auf literarischem Wege zugänglichen Stoffes stattgefunden, ferner sind auch die beteiligten Gerichtsbehörden im Deutschen Reiche zur Berichterstattung über einschlägige Rechtsfälle aufgefordert und den Leitern größerer Kartelle Gelegenheit zur vertraulichen Darlegung ihrer Verhältnisse gegeben worden. Auf Grund des so gesammelten Materials soll eine umfangreiche Erhebung vorgenommen werden. Die Staatsregierung sei ernsthaft befreit, die Untersuchungen in der sorgfältigsten und nachdrücklichsten Weise zu führen, und erwartet, daß die Enquete manche irrtümliche Auffassung über die Kartelle beseitigen, aber auch die wohltätigen Wirkungen wie die Auswüchse und Mißstände des Kartellwesens deutlicher erkennen lassen wird. Über alles wird eine ausführliche Denkschrift veröffentlicht. Jedenfalls wird dadurch

auch Klarheit über die wichtige Streitfrage geschaffen, ob und wie die Kartelle auf den Gang der Volkswirtschaft einwirken, ob sie insbesondere auf die wirtschaftliche Krisis der letzten Jahre einen günstigen oder ungünstigen Einfluß ausgeübt haben. Dr. Robert Liehmann in Gießen bestrittet in seinen Untersuchungen über diesen Gegenstand, daß die Kohlen-, Koks- und Roheisensyndikate den Eintritt der Krisis beschleunigt hätten, eher seien die Kartelle durch die größere Gleichmäßigkeit und Sicherheit des Verkehrs, den sie geschaffen haben, in der Richtung des Aufschwunges wirksam gewesen. Wenn die Kartelle diese wichtige volkswirtschaftliche Aufgabe der Gleichmäßigkeit und Stetigkeit nicht noch in größerem Umfange zu erfüllen vermochten, so liege das daran, daß erst bei wenigen die genügende Organisation durchgeführt sei und namentlich erst wenige Mitglieder die nötige Einsicht besäßen, um diese Zwecke in den Vordergrund zu stellen. Er kommt weiter zu dem Ergebnis, daß bei sinkender Konjunktur die geschlossenen Verbände zwar die Erzeugung der Nachfrage anpassen, nicht aber die Preise, der freie Wettbewerb dagegen die Preise, aber nicht die Erzeugung. Beides ist fehlerhaft. Dagegen haben die Kartelle kein anderes Mittel, als die Festhaltung der Preise für längere Zeit, wenn sie dem beabsichtigten volkswirtschaftlichen Endzweck der größten Gleichmäßigkeit und Stetigkeit näher kommen wollen. Wenn es sich herausstellen sollte, daß der Tiefpunkt der Krise bereits überschritten sei, wofür schon Anzeichen sprechen, dann dürften die Kartelle im allgemeinen günstig auf die gegenwärtigen Krisen eingewirkt haben.

Die Industriekrisis war übrigens nicht allein auf Deutschland beschränkt, sondern sie machte sich in allen Industrieländern des Weltteils bemerklich. Im Herbst war anscheinend sogar wieder eine Verschlechterung eingetreten, die übrigens für diese Jahreszeit an sich nichts Auffälliges bot. In England nahm die Arbeitslosigkeit wieder zu, doch zeigte sich dort, ebenso wie in Deutschland, daß der Beschäftigungsgrad in den einzelnen Gewerben sehr verschieden war. Die Industrie Österreich-Ungarns war mit Ausnahme der Textilindustrie meist ungenügend beschäftigt. Auch in Italien war infolge der billigen Arbeitskräfte die Textilindustrie gut beschäftigt und arbeitete hauptsächlich für das Ausland. In Frankreich ließ sich keine weitere Abnahme der Arbeit konstatieren. Ganz im Gegensatz zu Europa lag der Arbeitsmarkt in den Vereinigten Staaten, wo trotz des großen Kohlenstreiks die Arbeiter fast in allen Gewerben, namentlich in der Eisenindustrie, in der Textilbranche und im Baugewerbe voll beschäftigt waren. In Deutschland erwartete man eine wesentliche Besserung von der Vereinbarung über den Zolltarif, weil die übertriebene Agitation von freihändlerischer Seite die Unmöglichkeit neuer Handelsverträge so hartnäckig behauptete, daß in den industriellen Kreisen, die für dergleichen Schreckgespenster empfänglich waren, Unsicherheit und Besorgnis entstand. Die Hoffnung ist nicht getäuscht worden. Die Besserung der Verhältnisse ist langsam und ohne Rückschläge fortgeschritten.

Die Entscheidung über den Zolltarif.

Während in allen der Tagesagitation fernstehenden Kreisen die Ansicht festgehalten wurde, daß eine Einigung über den Zolltarif ungefähr auf der Grundlage des Regierungsentwurfes schließlich doch erfolgen werde, tobte die geräuschvolle Agitation dagegen auf beiden Flügeln der Gegner weiter. Wenn man nach der Zahl der Blätter eine Entscheidung treffen wollte, so hätte man allerdings annehmen müssen, daß ganz Deutschland eigentlich ein freihändlerisches Lager sei und alle „Gebildeten“, „Konsumenten“ und dergl. die schlimmen „Agrarier“ als einen bösen Auswuchs der deutschen Nation betrachteten. Dafür wurden auch die bekannten „Stimmen des Auslandes“ zitiert, von denen freilich alle Kundigen wissen, wie sie gemacht werden. Auffällig war es dabei, daß namentlich die bedeutenden Wiener Blätter eine große Rolle spielten und ganz im Sinne der deutschen Freihändler schrieben, die deutschen Agrarier schmähten und ihre Meinung als Gefahr für einen weiteren Abschluß von Handelsverträgen anführen ließen, während sie doch ganz genau wie viele andere Leute wußten, daß die Agrarzölle wie die Industriezölle im neuen österreichisch-ungarischen Zolltarif sich noch höher stellen würden — wie das ja immer der Fall war — als die Sätze des deutschen Zolltarifs. Um gleich auf die deutschen „Agrarzölle“ zurückzukommen, so ist doch dazu zu bemerken, daß die Aufstellung der bekannten Zollforderungen und andere zu Gunsten der deutschen Landwirtschaft erhobenen Wünsche keineswegs als ein Ausfluß des Radikalismus zu betrachten sind, der als solcher bekämpft werden muß. Wenn der Bund der Landwirte weitgehende Forderungen stellte, wie er im Interesse der Berufsgenossen glaubte stellen zu müssen, so handelte er nur seiner Aufgabe gemäß und tat nichts anderes, als was die anderen Interessengruppen, auch die Freihändler, schon längst getan hatten. Auch das Verharren der Agrarier auf ihren Forderungen in der Zollkommission war, wenn auch zeitraubend, so doch noch lange kein Radikalismus. Sie hatten die Mehrheit in der Kommission und im Hause dafür, und wir hätten einmal die Freihändler sehen wollen, wenn sie mit ihren sozialdemokratischen Verbündeten die Mehrheit besessen hätten. Die hätten noch einen ganz anderen Gebrauch davon gemacht.

Verderblich und verwerflich war bloß die radikale und wüste Agitation, und zwar auf beiden Seiten. Nehmen wir wieder die Agrarier zuerst. Radikal war unbedingt die Art, wie von gewissen Leuten des Bauernbundes in der Presse wie in Versammlungen die Forderungen verfochten wurden, daß sie nicht nur die Gegner, die sich ja reichlich revanßierten, verunglimpften, sondern auch der Landbevölkerung einzureden versuchten, es fehle der Regierung und den für den Zolltarif eintretenden Parteien an gutem Willen, der Landwirtschaft ausgiebig zu helfen, man sprach von einem „sogenannten Minister der Landwirtschaft“, suchte Autorität und Vertrauen zu untergraben, schmähte die für einen ansehnlichen Schutz der Landwirtschaft eintretenden Parteien als „pflaumenweich“ und verstieg

sich zu der sicherlich radikalen Drohung: „Alles oder nichts.“ Man sieht daraus, wie das moderne Demagogentum auch Kreise, die sich bisher davon freigehalten hatten, zu ergreifen beginnt. Es war eine offenkundige Nachahmung der demagogischen Agitationsmethode, die sich die in der Agitation für den Bauernbund aufgehenden Führer immer mehr angewöhnten. Bisher hat die Sozialdemokratie in der deutschen Bauernschaft noch keinen Eingang gefunden; sollte es nun aber doch dahin kommen, so sind es die Agitatoren des Bauernbundes, die ihr die Tür geöffnet haben. Daß die Sozialdemokraten in ihren Zeitungen und Versammlungen über die „Brotwucherer“ und die „Verteuerung der notwendigen Lebensmittel“ weiter lärmten, war bei ihrem Radikalismus selbstverständlich, daß ihnen aber die beiden freisinnigen Gruppen, selbst schon im Ton, nahezu gleichkamen, war wenig erfreulich und gab den agrarischen Agitatoren weiteren Anlaß, ihren Ton noch zu verschärfen. Der Lärm wirbelte so viel Staub auf, daß es für die öffentliche Meinung sehr schwer war, auch nur zu erkennen, wie die Lage des Kampfes eigentlich stand. Die ganze Agitation auf beiden Seiten hatte nur den Zweck, die Regierung zu nötigen, daß sie nach der einen oder anderen Richtung hin nachgebe, „umfalle“, wie das in der geschmackvollen Redeweise der Agitatoren genannt wird. Zunächst lag aber dafür gar kein Anzeichen vor und der Reichskanzler hatte schon zu Beginn des Jahres den Führern der in Betracht kommenden Fraktionen, namentlich auch den agrarfreundlichen, ganz offen und unumwunden mitgeteilt, daß er an den Sätzen der Regierungsvorlage festhalten werde. Er hatte dies namentlich in der Sitzung des Landwirtschaftsrates in der ersten Februarwoche getan. Diese Erklärungen wurden in bestimmtester Weise in der Zollkommission am 20. Februar vom Staatssekretär Grafen Posadowsky und am 25. Februar vom Schatzsekretär Frhrn. v. Thielmann wiederholt.

Die Agitationen gingen inzwischen weiter und knüpften sich an allerlei zufällige Ereignisse und politische Einfälle Einzelner. Als zu Anfang des Monats April Staatssekretär Graf Posadowsky eine Rundreise nach Dresden und den Hauptstädten der süddeutschen Höfe machte, so knüpfte die agrarische Presse sofort die Behauptung daran, er tue dies, um die Zustimmung der Bundesregierungen zu den in der Zollkommission angenommenen höheren landwirtschaftlichen Tariffätzen einzuholen, eine Behauptung, die auf der freihändlerischen Seite wieder die erbittertsten Ausfälle gegen die Regierung und die „agrarischen Brotwucherer“ hervorrief. Jene Annahme war aber gänzlich hinfällig. Die Vertreter der in Frage kommenden deutschen Bundesstaaten hatten im Reichstag doch einmütig genug ihr ganz bestimmtes Festhalten an den Sätzen der Tarifvorlage erklärt, so daß eine Änderung dieser Stellung gar nicht anzunehmen war. Die Reise des Grafen Posadowsky hatte den Zweck, Vorbesprechungen über die Reform der Börsengesetzgebung und die zukünftige Finanzreform des Reiches, die selbstverständlich erst nach dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs in Angriff genommen werden kann, einzuleiten. Wenn dabei auch

von der schwebenden Zolltarifffrage die Rede war, so konnte höchstens das Festhalten an dem bisher eingehaltenen Standpunkte eine weitere Stärkung erfahren. Auch die Ausstreuung, Graf Posadowsky habe sich in München mit den ihm angedonnenen agrarischen Wünschen einen Korb geholt, erwies sich als Legende. Ein Versuch der Konservativen, durch Anträge den landwirtschaftlichen Zollansprüchen im preußischen Abgeordnetenhaus einen größeren Resonanzboden zu verschaffen, wurde vom Ministerpräsidenten Grafen Bülow am 2. Juni entschieden vereitelt, indem er nach der Weigerung, sich in diesem Hause an der Verhandlung über eine Reichsangelegenheit zu beteiligen, unter dem Hallo der Konservativen den Sitzungssaal verließ. Die Behauptung eines rheinischen Blattes, Graf Bülow habe ursprünglich nichts gegen die Verhandlung im Abgeordnetenhaus gehabt und sei erst durch den Kaiser zu seinem schroffen Auftreten veranlaßt worden, wurde sofort dementiert.

Auf der Gegenseite war man inzwischen auch nicht müßig geblieben, und da kam es der Agitation bis in den Spätsommer hinein vorzüglich zu statten, daß die agrarische Mehrheit im Reichstag wie in der Kommission ihren Willen durchsetzte und höhere landwirtschaftliche Tariffätze zum Beschluß erhob, als in der Regierungsvorlage standen, worüber die bündlerische Presse in lauten Jubel ausbrach und noch weitere „Siege“ ankündigte. Während objektive Leute darin nichts anderes sahen, als was andere Parteien im gleichen Falle auch tun, war das natürlich für die Gegner vortreffliches Material, um die Agrarier als wahre Räuberbande hinzustellen. Die Sozialdemokraten verfolgten dabei in der Hauptsache nur den Zweck, die Zolltarifffrage bis zu den nächsten Reichstagswahlen hinzuziehen, wo sie ein Hauptmittel der Agitation werden sollte, sie arbeiteten darum nicht gerade direkt auf das Scheitern der Vorlage hin, sondern mehr auf Zeitvergeudung, und ließen schon im Frühjahr merken, daß sie ihren Zweck durch Obstruktion erreichen würden. Anders die Taktik der Freihändler. Sie hatten einen großen Plan gefaßt, der zu einem großen freihändlerischen Erfolg führen sollte. So ganz unsinnig war die Sache nicht, denn nach der einstigen Caprivischen Herabsetzung der Getreidezölle konnten auch noch andere Zollermäßigungen folgen, es handelte sich jetzt nur darum, die augenblickliche schutzzöllnerische Strömung ins Stocken zu bringen. Die Führung dabei hatte eigentlich nicht die Reichterische freisinnige Volkspartei, sondern die freisinnige Vereinigung, die unter der Leitung der Herren Ricker und Dr. Barth vollkommen auf dem Standpunkt des längst in den Ruhestand getretenen Cobdenklubs stehen geblieben ist. Diese Partei hat von alten Zeiten her noch ausgedehnte Presseverbindungen, über deren Ausnutzung wir schon oben eine Bemerkung machten. Mit diesen wurde auch ganz ausgezeichnet gearbeitet, aber der Liebe Mühe mußte umsonst bleiben, weil es doch unmöglich ist, in einer Zeit, da alle Welt sich mit immer höheren Zollschränken umgibt, da sich das angeblich freihändlerische England genötigt sieht, neue Zölle einzuführen, in Deutschland freihändlerischen Richtungen Raum zu geben. Die freisinnige Vereinigung

hat mit ihren Unternehmungen niemals Glück gehabt und man weiß nicht, was man bei ihr mehr bewundern soll, ihr unentwegtes Ausharren auf einer längst von niemand mehr betretenen Bahn oder die fröhliche Unverwundlichkeit, mit der sie trotz aller Niederlagen die freihändlerische Sisyphusarbeit immer wieder von neuem beginnt.

Die Richterische freisinnige Volkspartei hielt sich etwas mehr zurück, obgleich auch in dieser Presse ein hitziger Kampf gegen die Zollerhöhungen geführt wurde, aber doch mit einigem Maß, denn in der süddeutschen Volkspartei, der man sehr nahe stand, war man einer Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle keineswegs abgeneigt. Die Zeitungsagitation war nach allen Richtungen tätig, sie ermunterte die Regierung ebenso wie die Bauernbündler, daß sie nicht nachgeben dürften, und ließ namentlich in ausländischen Blättern ab und zu die Vermutung auftauchen, die Regierung wolle den Kampf aufgeben und den Zolltarif zurückziehen, weil die Schwierigkeiten, ihn durchzubringen, zu groß seien. Die Regierung ließ dagegen erklären, in der ganzen Entwicklung der Angelegenheit läge für sie durchaus kein Grund zu einem solchen Schritt vor. Um eine breitere Basis für die Agitation zu gewinnen und den „Gebildeten“, „Konsumenten“ etc., wie es immer dabei heißt, Gelegenheit zu geben, ihre Entrüstung gegen die erneuten Angriffe auf die händlerische Freiheit und den Geldbeutel auszudrücken, wurde ein „Handelsvertragsverein“ gegründet, der lediglich den Zweck haben sollte, auf die Fortsetzung der bisherigen Handels- und Zollpolitik durch Abschließung dauernder und stetiger, auf der Grundlage des Schutzes der nationalen Arbeit fußender Handelsverträge hinzuwirken. Da die Gefahr bestand und auch vom Reichskanzler betont worden war, daß übertriebene agrarische Ansprüche den Abschluß von Handelsverträgen hindern könnten, so hatte der Verein zunächst dagegen Front zu machen. Dabei geriet er im Verlaufe der Zeit in den Ansehen, als ob seine Bestrebungen einen ausgesprochenen parteipolitischen Charakter hätten und sich mit den Bestrebungen der deutschfreisinnigen Freihändler deckten. Das wurde auch von dem der freisinnigen Vereinigung angehörigen Leiter des Vereines weidlich in dieser Richtung ausgenutzt und es sah fast so aus, als wollte der Verein eine Vortruppe derartiger Bestrebungen werden. Da legten aber im Herbst, als die Verhandlungen im Reichstage einen ernststen Charakter angenommen hatten, namhafte industrielle Mitglieder, namentlich aus dem Westen, Verwahrung gegen solche Bestrebungen ein, und diese mußten damit aufhören. Auch eine Kundgebung der Hauptvertreter deutscher Städte wurde in Szene gesetzt, konnte aber keinen Erfolg haben, da es sich nicht um eine wirkliche Vertretung der städtischen Korporationen handeln konnte, sondern bloß um eine Zusammenkunft von freihändlerischen Parteigrößen aus einzelnen Städten, und man auch solche Proteste schon hinreichend zu würdigen weiß.

Außerdem wurde eine Agitation wegen der Steigerung der Fleischpreise ins Leben gerufen. In einigen Städten machten sich auch die

Metzger die Bewegung zu nütze und erhöhten durch Innungsbeschlüsse die Verkaufspreise für Fleisch. Eine Anzahl Berliner Frauen wollte sogar eine Eingabe an die Kaiserin als deutsche Hausfrau machen, um ihren Einfluß zur Linderung der Fleischnot zu gewinnen. In verschiedenen Städten nahmen die Stadtverordnetenversammlungen Stellung zu der Frage und beantragten die Aufhebung der Viehsperre an den Grenzen. Man sah nun, wohin die Geschichte gehen sollte, und erinnerte sich an die Agitation im Jahre 1891, welche die Aufhebung der Getreidezölle bezweckte, um Stimmung für die neuen Handelsverträge zu machen. Der ganze Lärm hatte als einzigen Anlaß die Tatsache, daß wirklich ein Mangel an schlachtbaren Schweinen bestand, was sich in der Hauptsache durch den Futtermangel im Vorjahre erklärte und bei den im laufenden Jahre günstigen Futtermitteln bald ausgleichen mußte. Da auch in einzelnen Bundesländern mit amtlichen Veröffentlichungen vorgegangen wurde, die die Verhältnisse in das richtige Licht stellten und namentlich dartaten, wie erheblich die Vieheinfuhr zugenommen habe, erlosch der Lärm ebenso rasch wieder, wie er gekommen, und die „Konsumenten“ blieben wenigstens davor bewahrt, daß Händler und Fleischer die „Fleischnot“ zu einer größeren Erhöhung der Preise ausnützten.

Am 12. August hatte die Zollkommission des Reichstages ihre Sitzungen beendet und vertagte sich bis zum 22. September. Ihre Beschlüsse samt den von einzelnen Mitgliedern abgegebenen Erklärungen machte einen Band von 368 Druckseiten aus. Die Kommission hatte 101 Sitzungen abgehalten. Bevor die zweite Lesung am 22. September begann, hatte kurz vorher eine Unterkommission darüber beraten, welche Gegenstände aus der zweiten Lesung ausgeschieden werden könnten, und welche nicht. Zugleich hielten die großen Fraktionen Sitzungen ab, um über ihre Stellungnahme zu den Ergebnissen der ersten Lesung der Zolltariffkommission zu beschließen. Die beiden konservativen Fraktionen und das Zentrum waren in den meisten Punkten mit dem Resultat der Kommission einverstanden und waren entschlossen, an den über die Regierungsvorlage hinaus erhöhten landwirtschaftlichen Zöllen festzuhalten. Dagegen war an der Absicht der Sozialdemokraten, die Erledigung des Zolltarifs vor den Reichstagsneuwahlen durch Obstruktion zu hindern, nicht zu zweifeln, nicht bloß Bebel, sondern auch sein Antipode v. Vollmar hatte in Versammlungen ganz bestimmte Erklärungen in dieser Beziehung abgegeben. Bei dem üblichen schlechten Besuch der Reichstagsitzungen war auch anzunehmen, daß die Absicht der Sozialdemokraten gelingen werde, und die Freihändler konnten in gutem Glauben in alle Welt berichten, daß der deutsche Zolltarif so gut wie gescheitert sei.

Montag, den 22. September, begann in der Zolltariffkommission die zweite Lesung. Es wurde auf Grund der Vorbereitungen der Unterkommission beschlossen, über jeden Abschnitt eine Generaldebatte stattfinden zu lassen, eine Spezialdebatte dagegen nur über diejenigen Posten, welche von der Kommission hiefür bestimmt würden. Bei der Eröff-

nung der Generaldebatte beantragte die freisinnige Vereinigung die Wiederherstellung des geltenden autonomen (Caprivischen) Tarifs, der Bund der Landwirte eine erhebliche Erhöhung aller einzelnen Positionen. Am folgenden Tage erschien der Staatssekretär Graf Posadowsky in der Kommission und erklärte abermals in kurzer Auseinandersetzung, daß und warum die Regierung bei ihren Sätzen beharren werde. Die Blätter stritten sich dann noch einige Tage darüber, ob er wirklich gesagt habe: Entweder Sie akzeptieren den vorliegenden Entwurf, oder der alte Tarif bleibt in Kraft! Es konnte doch ziemlich gleichgültig sein, ob er wirklich diese Worte gebraucht hatte, was nicht gut anzunehmen ist; nach der bisherigen Haltung der Reichsregierung konnte er sich dem Sinne nach kaum anders ausgesprochen haben. Dagegen hatte er aber sehr nachdrücklich betont, daß ein neuer Zolltarif Gesetz werden müsse, da ohne einen solchen gar nicht in Handelsvertragsverhandlungen eingetreten werden könne.

Die Kommission arbeitete fleißig und milderte sogar einige Sätze auf die der Regierungsvorlage herab. Inzwischen erhoben sich aus dem konservativen Lager schon einzelne Stimmen gegen das bauernbündlerische Schlagwort „Alles oder Nichts“ und betonten, es sei doch im Interesse der Landwirtschaft gelegen, lieber auf die Sätze der Regierungsvorlage einzugehen, statt gar nichts zu bekommen. Diesen Standpunkt vertrat zunächst das sächsische „Vaterland“, das kurz vorher noch einen bauernbündlerischen „Überartikel“ gebracht, welcher bei weiterer Vernachlässigung der Landwirtschaft das „Krachen der Throne“ in Aussicht gestellt hatte. Das Blatt führte jetzt aus, daß die Regierungsvorlage den Interessen der Landwirtschaft doch viel mehr entspreche als der jetzige Zustand und um so mehr einer Lage voll Unklarheit und Beforgnis vorzuziehen sei, als man gar nicht wisse, ob nicht der neue Reichstag die gewünschte Hilfe nicht noch weniger bringen werde. Auch das amtliche Organ der westfälischen Landwirtschaftskammer warnte vor dem „Nörgeln“ und „Feilschen“. Der frühere Vizepräsident des Reichstages, v. Frege, einst ein glühender Anhänger des Bauernbundes, hielt in der ökonomischen Sozietät in Leipzig am 4. Oktober eine Rede, die er selbst als sein politisches Testament bezeichnete, da er sich vom öffentlichen Leben zurückziehen werde, und in der er auch ausführte, daß die Zolltarifvorlage, die man haben könne, der Landwirtschaft mehr nütze als die herrlichsten Ausflüge in das Land Utopien. Der konservative Abgeordnete Rettich betonte in derselben Zeit im konservativen Kreiswahlverein zu Rostock, daß die vom Bunde der Landwirte vorgeschlagenen Getreidezölle wohl rechnerisch berechtigt sein mögen, aber sie seien nicht zu erreichen. Es sei daher Pflicht der konservativen Partei, im Interesse der Landwirtschaft nachzugeben, wenn ihr auch die Regierung einigermaßen entgegenkomme.

Inzwischen hatte die Zolltarifkommission in den ersten Tagen des Oktober die zweite Lesung beendet und die von der Regierung als unannehmbar bezeichneten Zollsätze wieder angenommen. Die Sozialdemokraten hatten schon in den Kommissions-

sitzungen mit Obstruktionsreden angefangen, hatten aber die rasche Arbeit nicht hindern können. Der Reichstag trat am 14. Oktober wieder zusammen und ging schon am 16. auf die zweite Lesung des Zolltarifgesetzes ein. Reichskanzler Graf Bülow ergriff sofort zu einer einstündigen Rede das Wort und betonte, in der Notwendigkeit des Ausgleichs der verschiedenen Interessen würden die verbündeten Regierungen an den Mindestsätzen für die vier Hauptgetreidearten festhalten und müßten jede Ausdehnung der Minimalzölle für unannehmbar erklären. Er forderte namentlich die der Landwirtschaft gewogenen Parteien auf, diese nicht um die Vorteile zu bringen, welche die Regierungsvorlage ihr zugebracht habe. Er warnte schließlich die Opposition vor jeder offenen oder versteckten Obstruktion, welche die Art an die Wurzel des Parlamentarismus legen würde. „Wenn der Tarif abgelehnt würde, so bliebe den verbündeten Regierungen nur übrig, entweder womöglich die bisherigen Handelsverträge fortbestehen zu lassen oder auf Grund des alten Tarifs in Handelsvertragsverhandlungen einzutreten. Auch im letzteren Falle würden die verbündeten Regierungen nach Kräften bemüht sein, die Interessen der Landwirtschaft wahrzunehmen. Daß ihnen das aber auch beim besten Willen nicht in dem Maße möglich sein würde, wie auf der Basis des neuen Tarifs, brauche ich wohl nicht auszuführen.“ Nach dieser Rede entstand im Hause eine große Bewegung, so daß die weitere Verhandlung für geraume Zeit unmöglich wurde. Obgleich die Reichsregierung zu jeder Zeit diesen Standpunkt vertreten hatte und darüber kein Zweifel bestehen konnte, hatten doch die Parteien, um die eigene Unentschlossenheit zum Nachgeben zu verbergen, in ihren Blättern die Meinung verbreiten lassen, die Regierung zeige eine schwankende Haltung. Jetzt, wo das Feuer auf die Nägel brannte und Entschlüsse gefaßt werden mußten, kam das Festhalten der Regierung zwar nicht unerwartet, aber es war sehr unbequem; wie hübsch wäre dagegen ein Nachgeben der Regierung gewesen, wie groß hätte man vor den Wählern dagestanden! Jetzt behauptete man, es sei eine Nichtachtung des Reichstags, wenn man die ausgesprochene Mehrheit zwingt, von ihrem Standpunkte abzugehen, der die Nützlichkeit und Volksfreundlichkeit des Reichstages so deutlich bewiesen habe. Die Herren vergaßen, daß nach Bismarck, auf den sie sich doch sonst immer so gern berufen, das konstitutionelle Leben auf einer Reihe von Kompromissen beruht, nicht in einer rücksichtslosen Geltendmachung der jeweiligen Mehrheit; daß die Tarifvorlage der Bundesregierungen an sich schon einen Kompromiß zwischen sehr verschiedenen wirtschaftlichen Anschauungen und Interessen darstellte, der unmöglich weit von der richtigen Mittellinie entfernt sein konnte. Es blieb nun nichts übrig, als nach dieser Resultierenden hin einzuschwenken. Große Freude über die parlamentarische Lage empfanden die Nationalliberalen, denn sie hatten sich auf ihrem Parteitage zu Eisenach zum Eintreten für die Regierungsvorlage verpflichtet und taten sich auf ihre politische Einsicht etwas zu gut.

Die Verhandlungen spitzten sich nun dramatischer zu, die einzelnen Führer drückten die Meinungen ihrer

Parteien aus, die süddeutschen leitenden Minister eilten nach Berlin, um „vor versammeltem Kriegsvolk“ ausdrücklich ihre vollkommene Übereinstimmung mit dem vom Reichskanzler kundgegebenen Standpunkte auszusprechen, und die Sozialdemokraten begannen zu obstruieren, zunächst mit Dauerreden. Am Dienstag, den 21. Oktober, begann die Abstimmung über den § 1 mit den Getreidezöllen, nachdem Graf Bülow nochmals erklärt hatte, daß alle über die Vorlage hinaus gehenden Anträge, auch der der Kommission, für die verbündeten Regierungen in jedem Stadium der Verhandlungen unannehmbar seien, und ausdrücklich betonte, es handle sich ja nicht um eine einfache Frage zwischen Regierung und Reichstag, sondern um Maßregeln, die ihren Schwerpunkt auf internationalem Gebiet haben. Bei der Abstimmung ergaben sich für die bündlerischen Forderungen nur 44 Stimmen, dagegen wurden die Kommissionsbeschlüsse für Roggen mit 187 gegen 152 und für Weizen mit 194 gegen 145 Stimmen angenommen. Die Bauernbündler handelten insofern taktisch klug, als sie für den Kommissionsantrag stimmten und ihm dadurch die Mehrheit sicherten. Hätten sie nämlich dagegen gestimmt, so wäre die Regierungsvorlage zur Abstimmung gekommen und sicher mit kleiner Mehrheit angenommen worden, da das Zentrum entschlossen war, für die Regierungssätze zu stimmen, wenn die Kommissionsbeschlüsse gefallen wären. Anderen Tages erfolgte die Annahme der Kommissionssätze für Gerste und Hafer. Da diese Beschlüsse für die Bundesregierungen unannehmbar waren, sie aber doch den wichtigsten Teil des Solltarifgesetzes ausmachten, so hätte eigentlich eine Weiterberatung keinen Zweck mehr gehabt, bevor nicht hierüber eine Vereinbarung ermöglicht worden war. Eine solche war für den Augenblick sehr unwahrscheinlich, aber weder zog die Regierung ihre Vorlage zurück, noch setzte der Reichstag dieselbe von der Tagesordnung ab. Aber die Verhandlungen zogen sich in trostloser Langweiligkeit hin.

Vor nahezu leeren Bänken und Tribünen wurden endlose Reden gehalten für und gegen die Kommissionsbeschlüsse, die doch nicht Gesetz werden konnten. Selten regte sich einmal mehr Interesse bei besonderen Erklärungen der Parteiführer, bei einzelnen offenerherzigen Geständnissen, wenn ungewöhnliche Redner aus der Schule plauderten, bei gelegentlichen Streitereien; so auch als der Zentrumsabgeordnete Dr. Spahn das Vorhaben der Linken zur Sprache brachte, nach Abschluß der Beratung über die Viehzölle die Vertagung der ganzen Vorlage zu beantragen, was der Abgeordnete Dr. Pachnke von der freisinnigen Vereinigung bestätigte. Dabei gingen die Mahnungen in der Presse an die handelsvertragsfreundlichen Parteien, eine Einigung mit der Regierung zu suchen, weiter. Bei der bestimmt ausgesprochenen Drohung der Sozialdemokraten, daß sie bei jeder der 948 Positionen des Tarifs namentliche Abstimmung beantragen würden, schien es freilich ziemlich aussichtslos, daß auch nach einer Verständigung Zeit genug vorhanden sein werde, den Tarif durch alle diese Abstimmungen hindurch zu retten. Die Agrarier förderten durch eine große Reihe von Zusatzanträgen mit neuen

Forderungen die allgemeine Aussichtslosigkeit noch, bis schließlich der Zentrumsabgeordnete Herold den Übergang zur Tagesordnung beantragte, die auch am 29. Oktober in namentlicher Abstimmung mit bedeutender Mehrheit angenommen wurde. Hier zeigte sich eine nützliche Taktik zur Beschleunigung der Beratung, und die Sozialdemokraten begriffen sofort, daß darin eine Gefahr für ihre Obstruktionspläne lag. Am folgenden Tage brachte Abg. Dr. Barth von der freisinnigen Vereinigung den Antrag auf Abbruch der aussichtslosen Verhandlungen ein. Nach erregter Debatte wurde der Antrag abgelehnt und das Haus vertagte sich auf vier Tage.

Die Pause wurde benutzt, um einen Ausgleich in der Solltariffrage anzubahnen, diejenigen Abgeordneten, die das Zustandekommen der Vorlage dringend wünschten, strengten sich nach dieser Richtung hin an, und die Regierung war geneigt, dahingehende Eröffnungen nicht abzulehnen. Es fand sich nur nicht leicht ein Verfahren, die Mehrheitsparteien zum Verzicht auf die Kommissionsbeschlüsse zu bewegen, ohne welchen die Regierung auf nichts eingehen wollte. Aber wo der Wille vorhanden ist, findet sich auch der Weg. Im Lande mehrten sich unter den verständigen Landwirten die Stimmen, welche die Besorgnis aussprachen, es könnten der Landwirtschaft auch die Vorteile entgehen, welche die Regierungsvorlage unzweifelhaft einschleife. Auch in der Handelswelt wuchs die Besorgnis, daß mit dem Scheitern der Regierungsvorlage die Aussichten auf langfristige Handelsverträge, die allein Handel und Industrie Sicherheit und Stetigkeit gewähren können, schwinden müßten, während die Verlängerung des bestehenden Handelsvertrages von Jahr zu Jahr um so weniger Sicherheit versprach, als er jederzeit durch andere Staaten gekündigt werden konnte. Die Verständigung wurde dadurch erschwert, daß es sich um vier Parteien handelte, die unter einen Hut zu bringen waren, und daß der für solche Aufgaben ungemein befähigte Führer der Konservativen, v. Evezow, schwer erkrankt war. Die Führung fiel unter diesen Umständen dem Zentrum zu, und es mußte neben der Verständigung über den Solltarif auch die Geschäftsordnung geändert werden, um der Linken die Obstruktion zu erschweren. In letzterer Beziehung wurde bald eine Einigung erreicht durch den Antrag Nibichler, die von der Obstruktion bei jeder Gelegenheit beantragten namentlichen Abstimmungen nicht mehr durch den zeitraubenden Namensaufruf, sondern durch farbige Stimmzettel vorzunehmen. Nach starkem Widerstand der Linken wurde der Antrag am 14. November angenommen und die neue fördernde Abstimmungsmethode auch sofort in Gang gesetzt. Der Linken war von mehreren Seiten bereits angedeutet worden, daß man auch zu schärferen Maßregeln greifen werde, wenn das nicht helfen sollte.

Das Gebaren der die parlamentarische Obstruktion im Reichstage betreibenden Minderheit erregte überall in Deutschland unliebsames Aufsehen. Von derartigen Vorgängen in ausländischen Parlamenten hatte man wohl vernommen und sie mit gewissem Humor behandelt in der Meinung, so etwas sei in Deutschland unmöglich. Man ging jetzt mit diesen „Totengräbern des Parlaments“ scharf ins Gericht.

Niemand hätte Beschwerde darüber erhoben, wenn die Sozialdemokratie und die mit ihr verbündete freisinnige Vereinigung — die Richterschen Freisinnigen hielten sich bei aller grundsätzlichen Gegnerschaft gegen den Zolltarif dabei zurück — die Forderungen der Rechten und die Vorlage der Regierung mit sachlichen Gründen bekämpft hätte, denn das war ihr gutes Recht, wenn aber Herr Singer unter dem Hohngelächter seiner Partei bei jeder Gelegenheit aufsteht und namentliche Abstimmung beantragt, so ist das eine Schikane, die schließlich zu ganz unerwarteten Ergebnissen führte. Denn was alle redlichen Bestrebungen der Handelsvertragsfreunde und der Anhänger der Tarifvorlage der Regierung nicht zu bewirken vermochten, das brachte schließlich das überaus ungehörige Vorgehen der Obstruktionisten zu stande. Die auf das äußerste gereizten Mehrheitsparteien fanden sich zusammen und wurden der Regierung gegenüber nachgiebig, bloß um die Streiche der Sozialdemokraten abzuwehren. Was bisher in deutschen Parlamenten unerhört war, hatte man schon im Reichstag über sich ergehen lassen müssen: Dauerreden, Geschäftsordnungsdebatten, namentliche Abstimmungen, Vertagungsanträge, künstlich herbeigeführte Beschlußunfähigkeit, alles das war nun schon vorgekommen, es fehlten nur noch die Pultdeckel und Kindertrompeten, aber Ähnliches sollte noch bevorstehen. Am 25. November war endlich die Verständigung der Mehrheitsparteien bis zur schriftlichen Feststellung des Kompromisses gediehen, und die Obstruktion benutzte die letzte Gelegenheit, noch einmal zu dem in Beratung stehenden § 11 des Zolltarifgesetzes eine ganze Reihe neuer Anträge zu stellen, die durchberaten werden mußten, um dann nach der Methode Richbichler niedergestimmt zu werden. Am nächsten Tage verzichteten sie schon auf weitere Anträge dazu, denn die Verständigung war erreicht, das erste Anzeichen dafür war die vom nationalliberalen Abgeordneten Dr. Paasche beantragte Wiederherstellung des § 12 in der Fassung der Regierungsvorlage, die mit 196 gegen 76 Stimmen angenommen wurde. Abends fanden beim Reichskanzler die über die Verständigung entscheidenden Beratungen statt.

Am 27. November begann der Kampf um die Entscheidung, die nach mehrtägigem Redekampf und wüsten, in deutschen Parlamenten noch nicht dagewesenen Lärmereien am 2. Dezember fiel. Die Sitzung am Donnerstag begann mit der Einbringung des „Antrags Kardorff“, der den Entschluß der Mehrheit kundmachte, die ganze Zolltarifberatung auf einen ganz neuen Weg zu bringen. Es handelte sich um nichts weniger als um eine en bloc-Abnahme des gesamten Zolltarifs in Form eines Zusatzes zu den Bestimmungen des § 1 des Tarifgesetzes. Die Regierung hatte insofern nachgegeben, als sie der Einführung eines Zolles von vier Mark auf Braugerste zustimmte, dafür verzichteten die Mehrheitsparteien auf die Kommissionsbeschlüsse und auf Bindung der Fleisch- und Viehzölle, die Tarifsätze für landwirtschaftliche Maschinen und dergl. sollten um 25 % gegenüber der Regierungsvorlage herabgesetzt werden, und die Regierung gab ihre Zustimmung zu den Beschlüssen

über Verwendung eines Teiles der erwarteten neuen Zollerträge für die Witwen- und Waisenversorgung, sowie in die Aufhebung des städtischen Oktrois. Dieser Kompromiß hatte die Zustimmung des gesamten Zentrums, der Nationalliberalen und der Mehrheit der Konservativen gefunden. Der Antrag Kardorff rief im Hause eine gewaltige Überraschung und schließlich den größten Tumult hervor, der noch dadurch vermehrt wurde, daß die Mehrheitsparteien auf sofortiger Beratung bestanden und nicht die geringste Vertagung zugestehen wollten, obgleich selbst der Präsident Graf Ballerem die Geschäftsmäßigkeit des Antrages als nicht ganz zweifellos erklärte und die Entscheidung darüber dem Hause anheimstellte, während Abgeordneter Richter in ganz sachlicher Weise wenigstens um eine kurze Vertagung ersuchte. Um 3 Uhr entstand im Hause ein furchtbarer Tumult, den hauptsächlich der Sozialdemokrat Ulrich hervorrief, der unsinnig lärmte, während seine Fraktionsgenossen mitschrieen, und die Versuche des Präsidenten, die Ordnung aufrecht zu erhalten, sich als machtlos erwiesen. Der politische Haß, der Parteifanatismus, der ja schon sehr bedauerliche Erscheinungen auch in der deutschen Volksvertretung heraufbeschworen hatte, äußerte sich auf der äußersten Linken in den wildesten Ausbrüchen. Zum ersten Male in Deutschland hatte es sich ereignet, daß der Präsident die Ordnung nicht aufrecht erhalten konnte. Und warum? Weil die Obstruktion jede sachliche Beratung unmöglich gemacht und dadurch die Mehrheit gezwungen hatte, entweder die Geschäftsordnung vollständig umzugestalten oder mit der Beratung summarisch vorzugehen. Ob der „Antrag Kardorff“ das einzige und das beste Mittel zum Zweck wäre, darüber ist viel gestritten worden, jedenfalls ist es aber Tatsache, daß weder vorher noch nachher jemand einen besseren Einfall vorgebracht hat.

Die Verhandlungen am Freitag wurden auch wieder zweimal durch wüste Lärmereien der Sozialdemokraten gestört, so daß sich Vizepräsident Büsing sogar genötigt sah, die Sitzung auf eine halbe Stunde zu unterbrechen, auch „zum ersten Male“ im deutschen Reichstage, wie er bei Wiederaufnahme der Debatte bedauernd bemerkte. Auch am Sonnabend gab es eine Lärmzene, nachdem die Sitzung ruhig begonnen hatte. Da eigentlich die Beantwortung einer Poleninterpellation auf der Tagesordnung stand, waren sehr viele Mitglieder abwesend, namentlich hatte sich ein großer Teil der konservativen Parteien zur Jagd begeben. Es wurde darum die Debatte über den Antrag Kardorff fortgesetzt. Während der Rede des Abgeordneten Dr. Barth, der gerade auch die freisinnige Volkspartei angriff, weil sie die Obstruktion nicht mitmache, betrat Abgeordneter Richter den Saal und Abgeordneter Bebel rief ihm mit lauter Stimme den Ruf „Verräter“ entgegen, worauf ein toller Lärm auf der Linken losging. Abgeordneter Richter regte sich darüber stark auf und ruhte nicht eher, bis der Präsident, der in dem ausbrechenden Lärm nicht alles hatte verfolgen können, den Abgeordneten Bebel zur Ordnung rief. Nachher machte sich Abgeordneter Singer das Ver-

gnügen, die Auszählung des Hauses zu verlangen, während seine fraktionsgenossen eilig den Sitzungssaal verließen, worauf der Präsident die Beschlußunfähigkeit des Hauses feststellte. Das Staunen und die Empörung über die skandalösen Vorgänge im Reichstage war in Deutschland allgemein und äußerte sich deutlich in den Blättern. Der Antrag Kardorff hatte allerdings in allen oppositionellen Kreisen große Erregung und Erbitterung hervorgerufen, man warf bei der beliebten kräftigen Sprechweise sofort mit Ausdrücken wie „Staatsstreich“, „Verfassungsbruch“ und dergl. herum, drohte mit Revolution und Bürgerkrieg, selbst doktrinäre Gemüter unter den Anhängern des Zolltarifs entwickelten allerhand Bedenken, ohne freilich einen besseren Vorschlag machen zu können. Daß der Antrag Kardorff nicht der Anlaß, sondern die Folge der seit Monaten angekündigten und seit Wochen betriebenen Obstruktion war, wie die Sozialdemokraten jetzt behaupten wollten, schlug aber nicht mehr durch, und einerlei was der Grund war, solche Szenen wollte man nicht im Reichstage. Die Rückwirkung auf das weitere Verhalten der Sozialdemokraten konnte nicht ausbleiben.

Die Sitzung Montag, den 1. Dezember, verlief darum ziemlich ruhig, obgleich die Sozialdemokraten und die freisinnige Vereinigung die Strafreden Eugen Richters über sich ergehen lassen mußten. Dieser alte Parlamentarier, der sein Lebtag Opposition getrieben und kaum einige Male seine Zustimmung zu einer Regierungsvorlage gegeben hat, ging mit der selbstmörderischen und fruchtlosen Obstruktion scharf ins Gericht. Nachdem der Konservative v. Kröcher seinen am Sonnabend schwänzenden Kollegen kräftig den Text gelesen hatte, kam das Ereignis des Tages, die große Rede des Abgeordneten Richter. Er sprach sie nicht von seinem Platze aus, sondern, zum ersten Male seit fünf- undzwanzig Jahren, von der Tribüne. Nachdem er sich abermals als prinzipiellen wie sachlichen Gegner des Antrags Kardorff erklärt hatte, brandmarkte er die ganze Verramtheit, Verbohrtheit und Geseklosigkeit der Obstruktion um die Zeit. Unter dem ihm sonst nie zu teil gewordenen rauschenden Beifall der gesamten Mehrheitsparteien zeigte er den Unverstand der Obstruktion, die allein das Zustandekommen des Zolltarifs zuwege gebracht habe, weil bei der Gespaltenheit der Mehrheit es durch geschickteres Vorgehen leicht gewesen wäre, den Zolltarif zum Scheitern zu bringen. „Wir sind der Meinung, daß, wenn man grundsätzlich verhindert, 19 Monate hindurch, daß eine Mehrheit, wenn sie sich herausstellen sollte, zum Ausdruck kommt, man damit gegen den Grundgedanken des Parlamentarismus, daß man in der Tat, wenn man sagt, man wolle die Entscheidung hinauschieben bis zur neuen Wahlperiode, das Recht derjenigen Volksvertretung kürzt, die auf die Dauer von fünf Jahren gewählt ist. . . . Wir haben keine Volksabstimmung wie in der Schweiz, und jede Wahl entscheidet nicht für eine einzelne Frage, sondern über alle Fragen für fünf Jahre. Schon deshalb ist eine solche Analogie durchaus falsch, denn, sagten wir uns, wenn man nicht drei Tage, nicht eine Woche, sondern 19 Monate offen und angekündigtermaßen einen Obstruktionsfeldzug in Szene setzt, um

die Mehrheit zu verhindern, etwas zur Geltung zu bringen, ei, dann müßte das eine ganz jammervolle Mehrheit sein, die ruhig still hält. . . . Wir sagten uns aber auch anderseits, daß ohne Obstruktion wir die besten Aussichten hätten, den Zolltarif in dieser oder jener Gestalt zu Fall zu bringen. . . . Denn wenn das Zollschiff an dieser Klippe gescheitert wäre, würde es niemals wieder unter Segel gegangen sein. . . . Aber nicht nur die Obstruktion, in noch höherem Maße die Form, die sie annahm, haben die Lage verschärft. . . . Man erkannte darin ein Mindermaß von Achtung nicht nur gegenüber dem Parlamentarismus, sondern jedem anderen Abgeordneten gegenüber. So ist es dann gekommen, daß in den Mehrheitsparteien die Gegensätze über die Zollhöhe zurückgetreten sind vor dem wachsenden Unwillen über diese Formen. . . und dabei kamen sie schließlich auch zu materiellem Einverständnis über die Sache selbst. . . . Eines aber weiß ich, wenn es in dieser Weise hier fortgeht und monatelang, vielleicht bis in den April oder Mai verhandelt wird, die parlamentarische Autorität und das Ansehen des Reichstages tief erschüttert wird. . . . Und dann, wenn der Reichstag, dem ich über 31 Jahre angehört habe, jemals ein Bild ähnlich wie der österreichische abgeben sollte, würde ich es für keine Ehre mehr halten, überhaupt einer solchen Körperschaft anzugehören. . . . Der deutsche Reichstag soll anderen Parlamenten ein Muster sein in Würde und Verhalten, in korrekten Formen des Parlamentarismus.“ Die Sozialdemokraten und die freisinnige Vereinigung nahmen diese vernichtende Rede ziemlich ruhig hin, und nachdem noch einige Redner gesprochen hatten, beantragte Abgeordneter Singer friedlich die Vertagung, die angenommen wurde.

Am Dienstag erfolgte die Abstimmung über die Zulässigkeit des Antrags Kardorff, er wurde mit großer Mehrheit angenommen und dann in die Beratung desselben eingegangen. Von Seite der Obstruktion wurden fortwährend Anträge zur Geschäftsordnung gestellt, und es kam zweimal zu sozialdemokratischen Tumultszenen, die sich gegen die Vizepräsidenten Büsing und Graf Stolberg richteten, letzterem zerbrach beim Zurordnungsläuten die Präsidentenglocke in der Hand. Unter fortgesetztem Tumult wurde die Sitzung nach neunstündiger Dauer vertagt. Die nächste Sitzung dauerte über 10 Stunden und man trat in die sachliche Beratung ein. Die Sozialdemokraten arbeiteten mit Geschäftsordnungsanträgen und Dauerreden und stürmten infolge eines Mißverständnisses zur Präsidententribüne unter Führung des Abgeordneten Singer, der nach dreimaligem Ordnungsruf vom Vizepräsidenten Graf Stolberg von der Sitzung ausgeschloffen wurde, auch der erste Fall im deutschen Reichstage. Nach einer halbstündigen Unterbrechung konnte die Sitzung in ziemlicher Ruhe zu Ende geführt werden. Es wurde bekannt, daß die älteren Führer der Sozialdemokraten, Auer, v. Dollmar, Bebel u. a. ihren Einfluß daran setzten, die Radaumacher in ihrer Fraktion von der Fortsetzung des Skandals abzuhalten, was auch nach und nach gelang; es soll in einer fraktionsitzung sogar zu sehr scharfen Auseinandersetzungen gekommen sein. Die Verhandlungen

im Reichstage wickelten sich nun in größerer Ruhe ab, es wurden lange Sitzungen, auch Nachtsitzungen, abgehalten. Nach dreitägiger Pause wurden am 9. Dezember die Verhandlungen wieder aufgenommen und zunächst ein Antrag des Abgeordneten Gröber mit 176 gegen 125 Stimmen zum Beschluß erhoben, der die Erteilung des Wortes zur Geschäftsordnung in das Ermessen des Präsidenten stellt. Es sollte damit den unaufhörlichen Geschäftsordnungsanträgen der Obstruktionisten ein Ende gemacht werden. Damit gelang es, Freitag, den 12., den Antrag Kardorff und die en bloc-Abnahme des Zolltarifs in zweiter Lesung mit 184 gegen 136 Stimmen durchzusetzen. Unter der Minorität befanden sich auch zahlreiche Abgeordnete, die an sich Freunde des Zolltarifs waren und nur ihre Abneigung gegen den Antrag Kardorff zum Ausdruck bringen wollten.

Die dritte Lesung erfolgte schon Sonnabend, den 13. Dezember, und wurde in einer einzigen Sitzung, die allerdings bis Sonntag $\frac{3}{4}$ Uhr früh dauerte, beendet. Die Abstimmung begann um 1 Uhr morgens und schließlich wurde die Vorlage in der Gesamtabstimmung mit 202 gegen 100 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Das Resultat wurde von der Mehrheit mit minutenlangem Beifall, von der Opposition mit Pfuirufen begrüßt, Graf Bülow und Graf Posadowsky wurden von vielen Seiten beglückwünscht. Der Reichstag wurde darauf mit Glückwünschen zu den bevorstehenden Festtagen vom Präsidenten bis zum 15. Januar vertagt. Die Kampfesstimmung der letzten Wochen zitterte noch lange in den Parteiblättern nach, Konservative und Bauernbündler tauschten in den Zeitungen mehrfach Artigkeiten aus, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen, die Sozialdemokraten behaupteten, einen Sieg errungen zu haben, und kündigten einen großen Erfolg bei den Reichstagswahlen im nächsten Jahre an, die Freihändler waren erbittert und blieben dabei, daß die Reaktion und der Bruch der Verfassung eingeleitet worden seien, in diesem Sinne sprach sich sogar der greise Geschichtsprofessor Mommsen aus, der allerdings damit nur erreichte, daß ihm seine politischen Irrtümer aus der Bismarck'schen Zeit wieder vorgehalten wurden, wofür ihm der Beifall seiner Parteigenossen wenig Ersatz bot. Alles das konnte den Eindruck der Tatsache nicht verwischen, daß die Annahme des deutschen Zolltarifs, wenn auch unter ungewöhnlichen parlamentarischen Vorgängen, eine Klärung der wirtschaftlichen Lage mindestens für ganz Europa und einen vollen Erfolg der Reichsregierung bedeutete, denn die Abänderungen ihrer Zollvorlage waren geringfügig. Der weitere Abschluß kam sich allerdings erst bei den Handelsvertragsverhandlungen ergeben. Zunächst erfolgte noch vor Jahresabschluß die Einigung über den Ausgleich und den autonomen Zolltarif in Österreich-Ungarn. Es liegen bestimmte Anzeichen vor, zu denen die Gesamthaltung der deutschen Reichsregierung während der ganzen Zolltarifberatung, die Unterlassung der erwarteten Kündigung der Handelsverträge beim Jahreschluß und anderes gehören, daß zwischen den hauptbeteiligten Vertragsstaaten, namentlich den Dreibundmächten und

wohl auch Rußland, bereits vorläufige Abmachungen über die Grundlinien der zukünftigen Handelsverträge bestehen.

Der Tod Krupps.

Während sich im Reichstage die Parteien, denen an dauernden Handelsverträgen wirklich gelegen war, bemühten, an einander Anschluß zu finden, um die sozialdemokratische Obstruktion zu brechen, trug sich ein erschütterndes Ereignis zu, infolge dessen eine allgemeine Bewegung durch das gesamte Deutsche Reich und noch über seine Grenzen hinaus ging. Samstag, den 15. November, brachte das Berliner Hauptorgan der Sozialdemokraten, der „Vorwärts“, einen Artikel, der den Großindustriellen f. A. Krupp verdächtigte, er habe die Insel Kapri, auf der er in den letzten Jahren oft gewohnt hatte, plötzlich verlassen müssen, weil ihn die Behörden dort wegen sittlicher Vergehen dauernd ausgewiesen hätten. Das Blatt war sofort gerichtlich mit Beschlagnahme belegt und die Untersuchung gegen dasselbe eingeleitet worden. Die Sache machte zunächst kein großes Aufsehen, da man ja in der sozialdemokratischen Presse begründete und unbegründete, denkbare und unerhörte Angriffe auf Arbeitgeber gewöhnt ist. In den Kruppschen Werken wurde am Dienstag darauf durch Anschlag bekanntgemacht, daß die Untersuchung gegen das Blatt eingeleitet worden sei, und daß die Nachrichten auf die Kommunalwahlagitation auf Kapri zurückzuführen seien, in denen die Partei des Herrn Krupp befreundeten Sindaco gesiegt habe, obgleich man mit allen Mitteln gegen ihn agitiert und zu diesem Zwecke auch die Anschuldigungen gegen Krupp in neapolitanischen Blättern veröffentlicht habe. Der „Vorwärts“ behauptete, er sehe der Gerichtsverhandlung ruhig entgegen und werde den Beweis für seine Behauptungen führen. Bis jetzt hatte die Angelegenheit höchstens bei sensationslüsternen Leuten Interesse erregt, sonst aber kein Aufsehen hervorgerufen.

Das änderte sich aber sofort, als Sonntag, den 23. November, bekannt wurde, daß f. A. Krupp infolge der Aufregung Tags vorher früh einen Schlaganfall erlitten habe und abends gestorben sei. Für jeden Unbefangenen lag die Vermutung nahe, daß die außerordentliche Erschütterung, die der häßliche Vorwurf einem angesehenen, auf den Höhen des Lebens stehenden Mann bringen mußte, Krupps Kraft überstiegen und den Zusammenbruch bewirkt hatte. Es erschien dabei ganz nebensächlich, ob Selbstmord im Spiele sei, wie die sozialdemokratische Presse wollte, oder ob das Protokoll der Ärzte recht habe, welches einen Schlaganfall angab, denn es handelte sich um den Namen Krupp, den populärsten, den es in Deutschland gibt. Krupp war der erste gewesen, der sich als deutscher Industrieller den größten englischen, französischen und nordamerikanischen Unternehmungen ebenbürtig und auch überlegen gezeigt hatte, und man empfand das in allen Schichten der deutschen Bevölkerung seit fünfzig Jahren, bis in die unzu-

friedensten Kreise der Demokratie hinein, mit einem gewissen Stolz. Es änderte daran wenig, daß Leitung und Besitz des Werkes mittlerweile vom Großvater auf den Vater und Enkel übergegangen waren, und bei all den häßlichen Kämpfen und Angriffen der Gegenwart, die gegen die „Schlotjunker“ gerichtet waren, erschien der Name Krupp selbstverständlich ausgeschlossen. Zwischen den Anschuldigungen des sozialdemokratischen Blattes und dem plötzlichen Tode Krupps bestand ein Zusammenhang, das war für alle Welt erkennbar und man sagte sich, wenn selbst der „Vorwärts“ Grund gehabt hätte zu seinen Anklagen, welches Recht und welche wirkliche Rechtfertigung vor seinem eigenen Gewissen hatte er, eine angebliche Verfehlung an die Öffentlichkeit zu ziehen, einen Skandal anzuzetteln, der selbst in dem Falle, daß die angebliche Unterlage richtig sein sollte, nur einen Menschen vernichtet, nur ein großes deutsches Unternehmen geschädigt hatte und im übrigen keinem Menschen nützen konnte? Man erkannte in diesem Falle deutlich, daß die persönliche Kampf- und Verdächtigungsweise, in die unser politisches Leben hineingeraten ist, daß die erbitterte Schürung des Klassenhasses, den die sozialdemokratische Presse betreibt, gar keine Rücksichten mehr kennt, keine Empfindung des Volkes mehr teilt noch achtet, sondern mit urteilsloser Wut jeden ergreift, der nicht zu den „Genossen“ gehört. Aus politischen Gründen konnte man Krupp wahrlich nicht verfolgen, denn er war kein politischer Mann, er war kein Gegner der Arbeiter, ja nicht einmal ein Scharfmacher, aber er war der reichste und größte Arbeitgeber, der den bestbezahlten Arbeiterstamm besaß und in seinen Wohlfahrtseinrichtungen für die Arbeiter als Vorbild wirkte.

Von den zahllosen Nachrufen und Würdigungen, die f. A. Krupp in das Grab nachgeschickt wurden, seien hier nur folgende Worte des „Militär-Wochenblatt“ angeführt: „Mit der Waffengeschichte der preussischen und deutschen Wehrmacht ist in den letzten 50 Jahren kein anderer Name so innig verknüpft gewesen als der, dessen Träger soeben einen jähen Tod gefunden hat. Kruppsche Geschütze haben auf den Schlachtfeldern Frankreichs unserer Infanterie den Siegesweg gebahnt; Kruppsche Panzer schützten die Eisenkolosse, die des Kaisers Voraussicht und Tatkraft für die Verteidigung unserer Küsten und zum Schutze unseres Handels bereit stellte. Was die Firma Krupp für die Gesamtindustrie des Reiches, insbesondere aber für dessen Wehrkraft bedeutet, das hat gerade im letzten Sommer noch die Düsseldorfser Ausstellung in wahrhaft überwältigender Weise dargetan.“ Diesem dem Standpunkt der Reichsverteidigung Rechnung tragenden Urteil ließen sich noch zahllose, andere nationale Interessen betonende anreihen, und es verschlägt dabei nichts, daß f. A. Krupp, als der dritte in der Reihe, nicht der eigentliche Schöpfer der seinen Namen tragenden Werke war, denn eine so riesengroße und weitverzweigte Unternehmung, wenn auch mit Heranziehung der tüchtigsten technischen und kaufmännischen Kräfte, förderlich und mit vollkommener Wahrung der vaterländischen Interessen im Gange zu erhalten,

bedurfte eines hochbegabten und mit weiten Gesichtspunkten rechnenden Mannes. Das Gefühl, daß Deutschland einen unerseßlichen Verlust erlitten habe, und die Erbitterung über die grundlegende Ursache wurde darum in den weitesten Kreisen geteilt.

Als Vertreter des wegen des Hinscheidens seines größten Industriellen mit dem bereits historisch gewordenen Namen wirklich tief trauernden deutschen Volkes durfte in diesem Falle Kaiser Wilhelm gelten, der ein persönlicher Freund des Dahingeschiedenen, des bescheidenen und wohlmeinenden Mannes, der sich stets finden ließ, wo es galt, zum Besten des Vaterlandes zu wirken, gewesen war und mehrfach als Gast in der Villa Hügel bei Essen gewohnt hatte. Er traf Dienstag, den 26. November, von Bückeburg in Essen ein und schritt als erster hinter dem Sarge in der Reihe der Leidtragenden. Das Leichenbegängnis fand mit militärischen Ehren und unter großen Feierlichkeiten vom Stammhaus der Familie Krupp aus statt. Die Teilnahme war außerordentlich. Vor der Abreise von Essen hatte der Kaiser die Mitglieder des Direktoriums und die Vertreter der Arbeiterschaft der Kruppschen Werke in einem Wartesaal des Bahnhofes um sich versammelt und hielt an sie eine Ansprache, in der er zunächst in seinem und der Kaiserin Namen den Anwesenden die Trauer über den Tod des Verewigten aussprach, die beide oft „die Gastfreundschaft des Hauses Krupp genossen und den Zauber der Liebenswürdigkeit des Verstorbenen“ auf sich haben wirken lassen. „Die besonderen Umstände, welche das traurige Ereignis begleiteten, sind mir zugleich Veranlassung gewesen, mich als Oberhaupt des Deutschen Reiches hier einzufinden, um den Schild des deutschen Kaisers über dem Hause und dem Andenken des Verstorbenen zu halten. . . . Er ist ein Opfer seiner unantastbaren Integrität geworden. Eine Tat ist in deutschen Landen geschehen, so niederträchtig und gemein, daß sie alle Herzen erbeben gemacht und jedem deutschen Patrioten die Schamröte auf die Wangen treiben mußte über die unserem ganzen Volke angetane Schmach. Einem kerndeutschen Manne, der stets nur für andere gelebt, der stets nur das Wohl des Vaterlandes, vor allem aber das seiner Arbeiter im Auge gehabt hat, hat man an seine Ehre gegriffen. Diese Tat mit ihren Folgen ist weiter nichts als Mord; denn es besteht kein Unterschied zwischen demjenigen, der den Giftrank einem anderen mischt und kredenzt, und demjenigen, der aus dem sicheren Versteck eines Redaktionsbureaus mit den vergifteten Pfeilen seiner Verleumdungen einen Mitmenschen um seinen ehrlichen Namen bringt und ihn durch die hiedurch hervorgerufenen Seelenqualen tötet. Wer war es, der diese Schandtata an unserem Freunde beging? Männer, die bisher als Deutsche gegolten haben, jetzt aber dieses Namens unwürdig sind, hervorgegangen aus eben der Klasse der deutschen Arbeiterbevölkerung, die Krupp so unendlich viel zu verdanken hat, und von der Tausende in den Straßen Essens mit tränenfeuchtem Blick dem Sarge ihres Wohltäters ein letztes Lebewohl zuwinkten. Ihr Kruppschen Arbeiter habt immer treu zu eurem Arbeitgeber gehalten und an ihm gehangen; Dankbarkeit ist in eurem Herzen nicht erloschen, mit Stolz

habe ich im Auslande überall durch eurer Hände Werk den Namen unseres deutschen Vaterlandes verherrlicht gesehen. Männer, die Führer der deutschen Arbeiter sein wollen, haben euch euren teuren Herrn geraubt. An euch ist es, die Ehre eures Herrn zu schirmen und zu wahren und sein Andenken vor Verunglimpfungen zu schützen. Ich vertraue darauf, daß ihr die rechten Wege findet, der deutschen Arbeiterschaft fühlbar und klar zu machen, daß weiterhin eine Gemeinschaft oder Beziehungen zu den Urhebern dieser schändlichen Tat für brave und ehrliebende deutsche Arbeiter, deren Ehrenschild befleckt worden ist, ausgeschlossen sind. Wer nicht das Tischtuch zwischen sich und diesen Leuten zerschneidet, legt moralisch gewissermaßen die Mitschuld auf sein Haupt. Ich hege das Vertrauen zu den deutschen Arbeitern, daß sie sich der vollen Schwere des Augenblicks bewußt sind und als deutsche Männer die Lösung der schweren Frage finden werden.“

Es wird niemand annehmen wollen, daß Kaiser Wilhelm gehofft habe, mit diesen Worten, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen, eine große politische Umwälzung in der deutschen Arbeiterwelt hervorzurufen. Dazu reicht sein politischer Blick zu weit, aber seinem Temperament und seinem persönlichen Pflichtgefühl gemäß hielt er es für angemessen, hier „einen Nagel einzuschlagen“, an dem einmal eine Wendung zum Besseren angeknüpft werden könnte. In ähnlicher und vielleicht noch schärferer Weise äußerte er sich am 5. Dezember in Breslau einer Arbeiterdeputation gegenüber: „Jahrelang habt ihr und eure Brüder euch durch Agitatoren der Sozialdemokraten in dem Wahne erhalten lassen, daß, wenn ihr nicht dieser Partei angehörtet oder euch zu ihr bekennet, ihr für nichts geachtet und nicht in der Lage sein würdet, euren berechtigten Interessen Gehör zu verschaffen zur Verbesserung eurer Lage. Das ist eine grobe Lüge, ein schwerer Irrtum. Statt euch objektiv zu vertreten, versuchten die Agitatoren euch aufzuheizen gegen eure Arbeitgeber, die anderen Stände, gegen Thron und Altar, und haben euch zugleich auf das rückhaltloseste ausgebeutet, terrorisiert und geknechtet, um ihre Macht zu stärken. Und wozu wurde diese Macht gebraucht? Nicht zur Förderung eures Wohles, sondern um Haß zu säen zwischen den Klassen und zur Ausstreuung feiger Verleumdungen, denen nichts heilig geblieben ist und die sich schließlich an dem Hehrsten vergriffen, was wir hienieden besitzen, an der deutschen Mannesehre.“ — Wenn man auch bis tief in die Reihen der Sozialdemokraten hinein über das Vorgehen des „Vorwärts“ tief empört war und bis heute die Partei als solche noch nicht gewagt hat, für das Blatt einzutreten, werden doch die Worte des Kaisers zunächst keine andere Wirkung haben, als von neuem zu beweisen, daß er keine persönliche Furcht kennt, daß er aber für seine Person die Hoffnung noch nicht aufgegeben hat, daß die deutschen Arbeiter den Agitatoren zu entreißen sind, die ihre Führung zur Förderung oft ganz anderer Zwecke derzeit in den Händen haben.

Eine andere Episode verdient hier noch der Erwähnung. In diesen Tagen hatte auch der deutsche

Kronprinz, der in Schlesien anwesend war, sich einer Arbeiterdeputation gegenüber scharf tadelnd gegen das Vorgehen der Sozialdemokratie mit Bezug auf den Fall Krupp ausgesprochen. Wir wollen hier nicht auf den Zeitungsstreit eingehen, ob infolge eines Depeschensfehlers in dieser Äußerung von „Elenden“ oder „Elementen“ die Rede gewesen sei, das dünkt uns sehr nebensächlich, ebenso die spätere Behauptung des Abg. Bebel im Reichstag, der Kronprinz sei noch ein „junger Mann“, der erst noch etwas zu lernen habe. Wir wollen ganz unerörtert lassen, ob nicht mitunter so ein „junger Mann“, der vermöge seiner Stellung und der ihm zugänglichen Informationen von bestunterrichteter Seite eine Meinung über eine Sache haben kann, die viel richtiger begründet ist als die festgefahrene Ansicht auch des ältesten Parteihauptes. Jedenfalls ist aber nicht zu bezweifeln, daß die Äußerung, wenn sie zufällig gegenteilig gelautet hätte, als vollwichtig gerechnet und der Vorwurf der Jugend nicht erhoben worden wäre. Wir haben Grund, die Angelegenheit von einer anderen Seite zu betrachten. Es hat sich ganz hübsch gemacht, als der Kronprinz in Vertretung seines Vaters auf der Ausstellung in Düsseldorf schöne Worte gesprochen hat, woraus erfreuliche Schlüsse auf die Zukunft gezogen worden sind. Aber es ist bekannt, daß sein Vater, der damalige Prinz Wilhelm, niemals ohne Auftrag seines Großvaters das Wort ergriffen hat, obgleich ihm die Gabe der Rede, wie seine studentischen Kommilitonen und seine näheren Bekannten recht wohl wußten, schon damals reichlich zu Gebote stand. Alles das gebührte eben dem Vater und Großvater. Wir würden es aus verschiedenen Rücksichten für gut halten, wenn von diesem echt monarchischen Gebrauch nicht abgewichen würde.

Zur weiteren Entwicklung der Affäre Krupp ist noch mitzuteilen, daß laut Testament des Verewigten die Zukunft der Werke in der Art geregelt ist, daß die Firma für Rechnung der Witwe als Universalerin fortgeführt wird. Nach dem Tode der jetzigen Besitzerin sollen die Werke in das Eigentum der ältesten Tochter übergehen. Die Prozeßangelegenheit gegen den „Vorwärts“ geriet ins Stocken, da die Familie nach Lage der Gesetzgebung nur dann mit Erfolg klagen kann, wenn sie dem Blatte nachzuweisen vermag, daß es wider besseres Wissen gehandelt hat. Da der Hauptzeuge, der Verstorbene, fehlt, war auch für das Vorgehen der Staatsanwaltschaft die Aussicht auf Erfolg zweifelhaft geworden und sie hat auf die Erhebung der Anklage verzichtet. Ein öffentlicher Anschlag des Direktoriums der Firma Krupp teilte den Werksangehörigen darüber folgendes mit: „Bei Fortsetzung des Verfahrens würde sich nach dem einstimmigen Urteil Rechtskundiger ein langwieriger, erbitterter Kampf vor den Gerichten entsponnen haben, bei dem die von Parteileidenschaft und Haß erfüllten Gegner alles aufgeboden hätten, das Andenken des Verstorbenen weiter zu verunglimpfen. Nach Lage der Gesetzgebung war es nicht möglich, zu verhindern, daß das Verfahren durch fortgesetzte Beweisanträge in die Länge gezogen, über den eigentlichen Gegenstand hinaus ausgedehnt und in sensationeller Weise ausgebeutet worden wäre. ...

Das Andenken des Verstorbenen steht für Frau Krupp, deren Gefühl sich gegen die Fortsetzung eines langwierigen gehässigen Kampfes über den Tod hinaus sträubt, und für uns alle so hoch und rein da, daß es keiner gerichtlichen Ehrenerklärung bedarf. . . . So schwebt bloß noch ein von den italienischen Gerichten angestrebter Preßprozeß gegen das neapolitanische Blatt „Propaganda“. Frau Krupp hat zum Andenken ihres Mannes für die Arbeiter in ihren Werken erneute Stiftungen von 3 Millionen Mark gemacht.

Die Ruhmeshalle in Görlitz.

Am 28. November wurde in Görlitz die neu-erbauete Ruhmeshalle eingeweiht, die dem Andenken der großen Zeit des Vaterlandes gewidmet ist und im Innern als Hauptschmuck die Statuen der Kaiser Wilhelm I. und Friedrich trägt. Kaiser Wilhelm war zu der Feier eingeladen worden und hielt bei derselben eine Rede, welche ein reiches und großes Programm enthält, dessen Erfüllung die deutschen Lande in einer ganz anderen und mächtigeren Weise heben und kräftigen würde, als das tägliche Parteigezänk und die gegenseitige Verkleinerung, in denen sich die besten Kräfte der Nation gegenseitig aufreiben. Der Kaiser sprach zunächst seinen Dank dafür aus, daß die Stadt ihn zu der Feier eingeladen habe, und meinte, er möchte die Halle lieber eine Erinnerung- und Gedächtnishalle als eine Ruhmeshalle nennen, denn es sei ungermanisch, sich zu rühmen. Es scheinne allerdings, als ob in verschiedenen Kreisen und Schichten des Volkes das Bewußtsein der Verpflichtung zur Arbeit etwas eingeschlafen sei. Es sei an sich schön und herrlich, wenn ein Volk seine Liebe zum Throne und dessen Inhaber laut werden lasse, jedoch damit allein sei es nicht getan, denn der Träger der Krone und seine Diener könnten nicht ein ganzes Land vorwärts bringen, wenn ihm nicht alle Stände dabei zur Seite stünden. Und dazu sei wieder nötig, daß sich der einzelne dem ganzen unterordne. „Das neue Jahrhundert wird beherrscht durch die Wissenschaft, die Technik inbegriffen, und nicht wie das vorige durch die Philosophie.“ Der Kaiser erinnerte dann an Friedrich den Großen, der Schlesiens diesen Edelstein, in seine Krone eingefügt habe, und führte weiter aus, er wünsche Freiheit für das Denken, Freiheit für die wissenschaftliche Forschung und Freiheit für das deutsche Volk, aber nicht die Freiheit, sich nach Belieben schlecht regieren zu lassen. — Er nahm den von zwei Ehrenjungfrauen dargebotenen Ehrentrunk aus einem Kristallpokal entgegen und trank auf das Wohl der Stadt Görlitz und der Lausitz. Nach einem Rundgang durch das Gebäude erfolgte die Abreise des Kaisers nach Schloß Neudeck.

Wenn die Könige bauen, haben die Kärner zu arbeiten, sagt das Sprichwort, und wenn die Kaiser reden, haben die Zeitungen zu schreiben. Das war nach diesem Anlaß im höchsten Maße der Fall, denn einen so reichen Gedankengehalt von so weitblickenden Gesichtspunkten aus hatte man lange nicht auf einem Redaktionstische gehabt. Die

Hauptbemühungen gingen dahin, von dem reichen Inhalt der Rede möglichst viel dem eigenen Parteiprogramm anzudichten und dahin auszulegen; und da das Wort „Freiheit“ nicht weniger als dreimal in der kaiserlichen Rede stand, so behaupteten die Leute auf der Linken steif und fest, die Worte seien gegen „die Dunkelmänner“ gerichtet gewesen. Da andere Parteiblätter in ähnlichem Sinne aus den Worten des Kaisers Honig für ihre Partei saugen wollten, so wurde leider das Gegenteil von dem erreicht, was der Kaiser wollte: die Freiheit des Denkens, aber nicht die Freiheit, sich von der Parteischablone einfangen und beherrschen zu lassen. Denn anders kann wohl die Äußerung über „die Freiheit, sich nach Belieben schlecht regieren zu lassen“, kaum aufgefaßt werden. Das Bestreben, die Denkfreiheit zu beschränken und in gewissen Bahnen zu erhalten, ist nun heute nicht bloß bei den „Dunkelmännern“ vorhanden, sondern gehört zu den ureigensten Werkzeugen sämtlicher politischen Parteien, wobei keineswegs zu leugnen ist, daß es politische Richtungen gibt, die die Wissenschaft bekämpfen und zur Umkehr zwingen möchten. Man braucht nicht gering von der Philosophie zu denken, aber man wird doch zugeben müssen, daß Wissenschaft und Technik mit ihren zahlreichen praktischen Abzweigungen in der Tat unserer Zeit den Stempel aufdrücken. Das Wesen der Vergangenheit mag man pietätvoll in Ehren halten, aber unsere vornehmste Sorge müssen wir auf das verwenden, was die Gegenwart erfüllt. Die beschauliche Zeit, in der Deutschland lebte, als es noch das Land der Dichter und Denker hieß, ist vorüber, und unsere Tage stellen härtere praktische Aufgaben, für die eine moderne Ausbildung erforderlich ist, wenn wir nicht vom Ausland überholt werden sollen. Dort ist man rührig und man macht gewaltige Fortschritte, dabei ist man vielfach durch bessere Vorbedingungen begünstigt als das Deutsche Reich.

Der Satz: „Freiheit für das Denken, Freiheit in der Weiterbildung der Religion und Freiheit für unsere wissenschaftliche Forschung, das ist die Freiheit, die ich dem deutschen Volke wünsche und ihm erkämpfen möchte,“ der bezeichnenderweise an Friedrich den Großen anknüpfte, ist in seinen Forderungen durchaus modern, aber er wird ebenso wie der Satz über Philosophie und Technik in gewissen Kreisen Widerspruch finden. Daß der Kaiser in unseren Tagen sein Wort für „die Weiterbildung der Religion“ erhebt, hat eine besondere Bedeutung, da es sich heutzutage nicht mehr um materialistische und freidenkerische Bestrebungen handelt, sondern um eine Klärung und Säuberung von überlieferten Anschauungen, die für die heutige Zeit vollkommen veraltet und mit dem eigentlichen Wesen der Religion gar nichts zu tun haben, im Gegenteil den Segnern den meisten Anlaß bringen, Schwache im Glauben zu beirren und in ihre Kreise zu ziehen. Zu den Freiheiten, die Kaiser Wilhelm seinem Volke nicht erkämpfen möchte, gehört „die Freiheit, sich nach Belieben schlecht regieren zu lassen“. Wenn man die Sache scherzhaft behandeln wollte, könnte man sagen: diese Freiheit besitzt es wahrhaftig schon; jedenfalls dachte aber der Kaiser bei diesen Worten an den Königsplatz in Berlin, wo der Reichstag

mit der Obstruktion um seine Existenz spielte. Denn es liegt wohl auf der Hand, daß die heutige Reichsverfassung ohne einen regelmäßig funktionierenden Reichstag keinen Bestand haben kann, daß es nicht möglich ist, wie in Preußen in der Konfliktperiode ohne Parlament oder wie in Osterreich mit dem § 14 zu regieren, so daß in dem Moment, wo auch durch Neuwahlen nicht mehr ein arbeitsfähiges Parlament zu erzielen ist, die Reichsverfassung geändert werden muß. Die Mahnung war wahrhaftig nicht überflüssig, wenn einzelne Parteien in Bosheit oder Verrantheit darin wetteifern, zu Gunsten kleiner eigensüchtiger Vorteile oder in der Hoffnung, einige Parteimandate mehr zu erobern, die allgemeinen Interessen des Vaterlandes vernachlässigen. Der dreimalige Appell des Kaisers an die Freiheit hatte die ganz Modernen auch darauf gebracht, der Staat müsse seinen Bürgern das möglichste Maß von persönlicher Freiheit darum gewähren, damit sie sich ganz „ausleben“ können; also schon der reine Nihilist, entweder verrückt zu sein, oder es noch zu werden! Dagegen gilt es aber gerade, den kategorischen Imperativ wieder aufzurichten, das Verständnis der Pflicht, das die Deutschen aller Stände darauf hinweist, für das Wohl des Ganzen, des Vaterlandes, einzutreten. Möge die Zukunft ein Geschlecht heranwachsen sehen, welches in voller Erkenntnis dieser Pflicht seine Eigenart zum Wohle des Ganzen, zum Wohle des Volkes und zum Wohle des Vaterlandes unterordnet.

Heer, Marine und Kolonien.

Das verflossene Jahr ist für das deutsche Heer im allgemeinen still und ohne besondere Wandlungen verlaufen. Die große chinesische Expedition spielt insofern nachträglich eine Rolle, als noch Teile des ehemaligen ostasiatischen Expeditionskorps dort an einzelnen Plätzen Wacht halten, aber die politische Spannung hat nachgelassen und so konnte abermals eine Herabminderung der Besatzungsbrigade und die Räumung von Schanghai verfügt werden. Von inneren Umwandlungen kommen nur die feste Eingliederung der schweren Haubitzenartillerie, des Luftballonbataillons, der Maschinengewehre, der Meldereiter und der technischen Truppen in Betracht, wenngleich diese Neuformierungen numerisch kaum ins Gewicht fallen. Im inneren Leben der deutschen Armee ist fleißig weiter gearbeitet worden. Neue Kriegsartikel haben die Rechte und Pflichten des Soldaten dem Verständnis der Leute näher gebracht, neue Benennungen von Truppenteilen nach ihren Garnison- und Rekrutierungsbezirken haben der individuellen Entwicklung dieser Heereskörper und der Pflege der Tradition Rechnung getragen. Unstreitig ist vieles getan worden, um nach langen Friedensjahren der Armee die Kriegstüchtigkeit zu bewahren.

Die deutsche Flotte ist noch in fortschreitender Verstärkung begriffen, während zur Hebung des inneren Dienstes die größten Anstrengungen mit unverkennbarem Erfolg gemacht werden. Infolgedessen nimmt die Anerkennung der deutschen Marine im Auslande noch immer zu, was aber

nicht etwa gleichbedeutend ist mit Sympathie für die aufstrebende deutsche Seemacht. Die deutsche Flotte hat zweimal Beschäftigung bekommen, beide Male wegen ungehöriger Vorkommnisse in den von unaufhörlichen Unruhen durchwühlten mittelamerikanischen Republiken. Während des Aufstandes auf Haiti nahm dafür das Kanonenboot „Panther“ durch rasches und energisches Eingreifen Genugtuung, und gegen Ende des Jahres wirkte ein kleines deutsches Geschwader in Gemeinschaft mit englischen und italienischen Seestreitkräften gegen Venezuela zu gleichem Zwecke.

Die deutschen Kolonien befinden sich in erfreulicher Entwicklung, die bloß von denen bestritten oder bezweifelt wird, die einst aus doktrinärem Besserwissen „prinzipiell“ gegen jede Kolonialpolitik waren, oder von solchen, die goldene Ernten erhofften, bevor genügend vorgearbeitet und gesät worden war. Es ist meist stille Arbeit, die sich in den Kolonien vollzieht, aufregende Nachrichten von schweren Kämpfen, die früher die Menge mit Recht in patriotische Bewegung brachten, haben so ziemlich aufgehört, der amtliche Jahresbericht meldet militärische Unternehmungen nur noch aus Kamerun und Neu-Guinea, während die übrigen Schutzgebiete als befriedet gelten. Das bedeutendste Ereignis des Jahres war der eine gewisse Romantik nicht entbehrende Zug bis zum Tschadsee, der trotz Urwald und feindlicher Bevölkerung Kamerun von der Küste bis zu diesem See erschloß und mit einem Netz von Stationen und Militärposten überzogen hat. Das Verdienst hiefür gebührt in erster Linie dem Kommandeur der Schutztruppe Oberst P a v e l, der seine Aufgabe mit größter Umsicht und Schnelligkeit und im besten Einvernehmen mit den Behörden und Truppen der angrenzenden französischen und britischen Gebiete gelöst hat. Für Togo, Kamerun und Deutschostafrika sind Verordnungen zur allmählichen Abschaffung der Hausklaverei erlassen worden. Die Besiedlung hat im Jahre 1902 stark zugenommen. In den afrikanischen Schutzgebieten betrug die weiße Bevölkerung allein 6661 Köpfe, gegen 5571 im Vorjahre und 3239 im Jahre 1896. In Südwestafrika ist die weiße Bevölkerung von 3643 auf 4674 Köpfe gestiegen, in der Hauptsache durch Einwanderung von Buren, doch ist auch die Zahl der Deutschen dort von 2223 auf 2595 gestiegen. Die Befürchtung, daß die Buren in Masse hereinstürmen und den einheitlich deutschen Charakter der Kolonien verwischen könnten, hat sich als unbegründet erwiesen; durch gute Schulen und Schulzwang wird die eingewanderte Burenschaft sicher verdeutsch werden. Die Förderung der weiteren Besiedlung dieses Schutzgebietes wird für die nächste Zeit eine der wichtigsten Aufgaben der Kolonialverwaltung bilden.

In den afrikanischen Gebieten ist durch richtige Bekämpfung der Tropenkrankheit eine weitere Besserung des Gesundheitszustandes erreicht worden, für die Gebiete im Großen Ozean konnte dieser Erfolg noch nicht erreicht werden. In allen Schutzgebieten gelingt es mehr und mehr, die Eingeborenen zu einer geordneten wirtschaftlichen Tätigkeit zu bewegen. In dieser Beziehung ist besonders der Anbau von Baumwolle in Togo zu erwähnen, wo-

durch sehr günstige Resultate erzielt worden sind. In Togo und Kamerun sind die Ernteerträge bei allen Bodenprodukten infolge günstiger Witterungsverhältnisse erheblich gestiegen, und durch die wieder eingetretene Ruhe hat sich auch in Kamerun der in den letzten Jahren zurückgegangene Handel wieder kräftig gehoben. Die Ausfuhr von da gestaltet sich auch insofern günstig für die Zukunft, als gegenüber den früheren Jahren, in denen die in planlosem Raubbau gewonnenen Waren, Gummi und Elfenbein, die wichtigste Stellung einnahmen, jetzt ein weit größerer Teil auf die Erzeugnisse der geordneten Wirtschaft fällt. Dieser wirtschaftliche Fortschritt der Schutzgebiete kommt auch in den Finanzen zur Erscheinung. Der Reichszuschuß für sämtliche Kolonien ist für 1903 auf 15 Millionen Mark, gegen 17 Millionen 1902 und 19 im Jahre 1901, im Budget veranschlagt worden. Die Kolonie Ostafrika leidet darunter, daß der Reichstag die Mittel zur Fortsetzung des Eisenbahnbaues abgelehnt hat, in Südwestafrika ist die 344 km lange Eisenbahn von Swakopmund nach Windhoek vollendet und die Hafenanbauten in Swakopmund gehen ihrer Beendigung entgegen. In Kamerun und Togo bauen Privatgesellschaften kleinere Bahnlinien zur Erschließung und Hebung des Verkehrs. Die rascheste Entwicklung nimmt die Kolonie Kiautschau in China, für welche allerdings die Marine von vornherein über genügende Mittel verfügen konnte, und wo die Chinesen besonders brauchbare Arbeitskräfte liefern. Tsingtau entwickelt sich zu einer Musterstadt und findet in seiner Anlage die Anerkennung aller fremdländischen Besucher. Die Schantungbahn ist bis Weihsien (184 km) fertig, hat schon im Oktober gute Kohle nach Tsingtau geführt und wird im laufenden Jahre weitergebaut werden.

Ende Oktober wurde der Schiedsspruch bekannt, den König Oskar von Schweden in der Samoafrage gefällt hat. Die verworrenen Verhältnisse, die auf Samoa durch die inneren Zwistigkeiten und das Eingreifen der Mächte herbeigeführt worden waren, hatten Ende 1899 durch Verträge geendet, laut welchen die Oberherrschaft über die Inselgruppe geteilt, und Deutschland die größte Insel Upolu zugesprochen wurde. Über die von Deutschland angemeldeten Ersatzansprüche wegen der von Engländern und Nordamerikanern angerichteten Verwüstungen sollte schiedsrichterlich entschieden werden und das Schiedsrichteramt wurde dem König von Schweden übertragen. Sein Urteil ist gänzlich zu Gunsten der Ansprüche Deutschlands ausgefallen, was in England, noch mehr aber in den Vereinigten Staaten, mit großem Ärger aufgenommen worden ist.

Verschiedenes.

Die Finanzlage des Reiches ist infolge der wirtschaftlichen Depression ziemlich ungünstig, das Rechnungsjahr 1901 zeigt einen Fehlbetrag von über 42 Millionen auf. Die Mindereinnahmen kommen hauptsächlich von den Reichsstempelabgaben, von Post und Telegraphie und von den Reichseisenbahnen. Wenn nun auch anzunehmen ist, daß

mit der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse auch wieder eine Steigerung dieser Einnahmen erfolgen wird, so ist doch das Gleichgewicht im Budget durch Verminderung der Ausgaben nicht zu erreichen und das Budget für 1903 sieht darum eine Anleihe in beträchtlicher Höhe vor. Für das Reich gibt es allerdings kein eigentliches Defizit, weil die Einzelstaaten Matrikularbeiträge leisten müssen, da aber die finanzielle Lage fast aller Bundesstaaten selbst ziemlich notleidend ist, so tritt die Notwendigkeit einer Reichsfinanzreform, von der seit anderthalb Jahrzehnten die Rede ist und für die namentlich der verstorbene Finanzminister v. Miquel eifrig eintrat, immer deutlicher zu Tage, und man wird wohl bald zur Verwirklichung seiner Reformgedanken schreiten müssen.

Ein Lieblingsgedanke des verstorbenen Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe, der lange Zeit Statthalter von Elsaß-Lothringen gewesen ist, war die Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät in Straßburg, die dem deutschfeindlichen Einflusse des Grand séminaire, auf welchem bisher die katholischen Theologen für die Reichslande vorgebildet wurden, entgegenwirken soll. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die Einrichtung zu beurteilen, für welche die Prälaten Erzbischof Benzler, Frhr. v. Hertling und Jörn v. Bula ch eifrig gewirkt und sie beim Papst gegen den direkten Widerstand des franzosenfreundlichen Kardinals Rampolla durchgesetzt haben. Da ein grundsätzliches Einverständnis zwischen der deutschen Reichsregierung und der Kurie erzielt worden ist, wurde bereits die Beratung der Personenfrage in Betracht gezogen und u. a. der reformfreundliche Professor Ehrhardt aus Wien nach Straßburg berufen. Noch bevor das Abkommen abgeschlossen worden war, wurde schon in katholikenfeindlichen Kreisen dagegen Sturm geläutet, und dieses Verfahren ist auch nach dem Bekanntwerden der Vereinbarung fortgesetzt worden. Der politische Zweck davon, wenn es sich nicht eben um bloße Agitation handelt, ist schwer einzusehen, denn die Katholiken im Elsaß sind doch einmal da, und wenn man das schon als ein Übel empfinden will, so ist es politisch doch immer ein Fortschritt, wenn ein größeres Übel durch ein kleineres ersetzt wird. Wenn der deutschfeindliche Einfluß des Grand séminaire beseitigt wird und an Stelle der jetzt deutschfeindlichen Geistlichen, die sich ja auch der Errichtung der Fakultät auf das heftigste widersetzt haben, an einer deutschen katholischen Fakultät vorgebildete Seelsorger treten, so ist das im Interesse des Deutschlands in den Reichslanden entschieden mit Freude zu begrüßen. Das Abkommen zwischen Reich und Kurie räumt der neuen katholisch-theologischen Fakultät an der Straßburger Universität im wesentlichen die gleiche Stellung ein, die die katholisch-theologischen Fakultäten in Bonn, Breslau und Münster besitzen.

Als neuer Erzbischof von Köln wurde der Domdechant und Titularbischof Dr. Hubert Anton Fischer gewählt. Er ist aus dem theologischen Lehrstande hervorgegangen. Über seine Persönlichkeit schrieb ein protestantischer Geistlicher der Rheinprovinz der „Köln. Zeitung“: „Aufrichtige und herz-

liche Freude wird jeder über den Ausfall der Erzbischofswahl in Köln empfinden, der mit dem Gewählten je näher in persönliche Berührung gekommen ist. Ich habe mehrere Jahre das Glück genossen, Dr. Fischer als Lehrer zu haben. Nicht allein wußte er seine Schüler für den Unterrichtsgegenstand zu begeistern, größer noch war die Begeisterung, die er ungesucht für den Lehrer erweckte. Er gab sich dem Schüler ganz, und durch sein herzliches Wesen, in dem sich strenger Ernst mit freundlicher Milde paarte, erwarb er sich bei allen nicht nur Verehrung, sondern eine aufrichtige, herzliche Liebe, die ihm auch heute noch viele bewahren. Möge es ihm auch in dem neuen Amt vergönnt sein, sich solch ungeteilter Liebe und Verehrung zu erfreuen!"

Der Krosigk-Prozeß in Gumbinnen fand noch eine Fortsetzung, da der Verteidiger des zum Tode verurteilten Unteroffiziers Marten Berufung an das Reichsmilitärgericht einlegte, die Erfolg hatte. Das Reichsmilitärgericht hob das Urteil wegen nicht gesetzmäßiger Besetzung des Gerichtshofes auf und wies die Sache an die Vorinstanz zurück. Das Oberkriegsgericht in Gumbinnen begann die Verhandlung am 17. April und sprach nach einem sehr eingehenden Verfahren die beiden Angeklagten Marten und Hinkel am 30. April frei mit der Begründung, daß insbesondere der Angeklagte Marten der Tat dringend verdächtig, fast überführt sei, jedoch die Belastungsmomente nicht für eine Verurteilung ausreichen. Damit war eine Angelegenheit zu Ende, die in den Kreisen des Heeres als ein bisher noch nicht vorgekommener Fall angesehen, von mehreren Seiten aber zu Angriffen gegen militärische Einrichtungen im allgemeinen und gegen die neue Militärprozeßordnung im besonderen ausgenützt worden war.

Schon seit der Gründung der junglittauischen Partei vor vierzig Jahren spielen die Gumbinner Vorgänge in den Blättern eine Rolle. Was dort in militärischen Kreisen geschieht, wird stets mit mehr Eifer als Wahrheitsliebe in die Öffentlichkeit gezogen und in allen Fällen leidenschaftlich Partei ergriffen. So ist es auch beim Krosigk-Prozeß der Fall gewesen, noch mehr bei dem Abschied des von Insterburg versetzten Artillerieleutnants Hildebrandt, der das Jahr vorher den Leutnant Blaszkowicz im Duell erschossen hatte und im August begnadigt worden war. In Insterburg war eine bescheidene Abschiedsfeier für den in jeder Beziehung tadelstreuen Kameraden im Kasino veranstaltet worden, zwei Tage darauf hatte in Gumbinnen eine Reihe jüngerer Offiziere den Leutnant Hildebrandt demonstrativ zum Bahnhofe begleitet. Königsberger Blätter hatten sofort in einem Artikel „Die Gumbinner Abschiedsfeier und die Generale“ die beiden Vorgänge miteinander vermengt und ganz unbegründete Anschuldigungen gegen die Generale in Insterburg und Gumbinnen erhoben. Das wurde dann natürlich in alle Welt hinaus telegraphiert. Es wurde eine strenge Untersuchung eingeleitet. Die Generale hatten der Sache absolut ferngestanden, aber der Kommandeur des 1. Feld-Artillerie-Regiments Nr. 1, Oberstleutnant Weiß, und der Abteilungscommandeur Major Dyckerhoff, die zwar von der Demonstration

in Gumbinnen nichts gewußt, aber die Verantwortung dafür zu tragen haben, erhielten den Abschied, ebenso die Leiter der Demonstration, Hauptmann v. Frankenberg-Proschliß und Oberleutnant Rumbauer, Leutnant Georgé wurde zum Train versetzt.

Todesfälle.

Der älteste Sproß der hohenzollernschen Königsfamilie, Prinz Georg von Preußen, schied am 2. Mai abends aus dem Leben. Er gehörte einer Seitenlinie des preussischen Königshauses an, deren Verwandtschaft mit der kaiserlichen Familie bis auf König Friedrich Wilhelm II. zurückgeht. Mit ihm ist die letzte Seitenlinie des Hauses ausgestorben, da er, wie sein bereits gestorbener Bruder Alexander, unvermählt geblieben war. Prinz Georg hatte sich in weiteren Kreisen als Protektor der Wissenschaften und Künste verdient und durch eine Reihe eigener Dichtungen, von denen einige Dramen zur Aufführung gelangt sind, bekannt gemacht.

Am 31. März ist der Führer des Zentrums, der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Dr. Lieber, gestorben. Er war am 16. November 1838 zu Camberg geboren, wurde 1870 in das preussische Abgeordnetenhaus und 1871 in den Reichstag gewählt, wo er in beiden Häusern zu den Mitbegründern des Zentrums gehörte und nach dem 1891 erfolgten Tode des Abgeordneten Dr. Windthorst der ausgesprochene Führer dieser Fraktion wurde. Für seine Parteigenossen bedeutete sein Tod einen schweren Verlust, auch in anderen Parteien des Reichstages hatte er in den letzten Jahren durch sein vermittelndes Auftreten mannigfache Sympathien erworben.

Am 24. Mai verschied der Erzbischof Dr. Simar von Köln. Die Nachrufe betonten allgemein, daß er es verstanden habe, die Pflichten seines geistlichen Amtes mit denen gegen Kaiser und Reich in vollen Einklang zu bringen. Auch ausgesprochen protestantische Blätter gedachten seiner Tätigkeit mit vieler Anerkennung.

Der Führer der Nationalliberalen und einstige Begründer des Nationalvereines, Rudolf v. Bennigsen, wurde am 7. August vom Tode ereilt. Mit ihm ist einer der Männer dahingeshieden, deren Wirken des deutschen Volkes langgehegter Wunsch, ein einiges Deutsches Reich zu besitzen, mit zur Erfüllung gebracht haben. Trotz einiger Irrtümer im einzelnen war er ein Politiker großen Stils und seit dem Beginn seiner politischen Tätigkeit ein unermüdlicher Vorkämpfer des deutschen Einheitsgedankens. Kaiser Wilhelm sandte dem überlebenden Sohne ein Telegramm, in welchem es hieß: „Der Name Ihres verewigten Herrn Vaters, in welchem ich einen treuen Diener und ausgezeichneten Beamten verliere, wird mit der Geschichte der deutschen nationalen Wiedergeburt für immer verknüpft bleiben.“ Rudolf v. Bennigsen war am 10. Juli 1824 geboren, gehörte in der hannoverschen Kammer der Opposition an, trat für die Einigung Deutschlands unter Führung Preußens ein und wirkte auch

zu diesem Zwecke auf eine Einigung zwischen den damaligen Konstitutionellen und Demokraten hin. Aus diesen Bestrebungen ging nach den Ereignissen von 1859 der Nationalverein hervor, aus dem nach der Gründung des Norddeutschen Bundes im Jahre 1866 die nationalliberale Partei wurde. Bennigsen war im Norddeutschen Reichstage wie auch im preussischen Landtage, in denen er zum Vizepräsidenten gewählt wurde, der begabteste und wirksamste Redner. Während des Feldzuges 1870 wurde er in das Hauptquartier nach Versailles berufen und nahm an den Verhandlungen über die Verträge mit den süddeutschen Staaten teil. Von 1873 bis 1879 war er Präsident des deutschen Reichstages und sollte in das Ministerium berufen werden, doch zerschlugen sich die Verhandlungen, weil er auf der Mitberufung einiger Parteifreunde bestand, die dem Fürsten Bismarck nicht angenehm waren. Er blieb trotzdem seiner bisherigen Haltung treu, legte aber 1883 seine Mandate nieder, da seine Vermittlungsversuche ohne Erfolg blieben. Bei den Septematswahlen im Jahre 1887 ließ er sich wieder wählen und war von 1888 bis 1898 Oberpräsident der Provinz Hannover, worauf er sich vollständig von der Politik zurückzog. In seinem letzten Lebensjahre war ihm noch bitteres Leid widerfahren, indem seine Gattin aus dem Leben schied und sein ältester Sohn im Duell mit seinem ebrecherischen Gegner Falkenhagen gefallen war.

Ein anderer politischer Kämpfer aus der Zeit, da die Hohenzollern sich an die Spitze Deutschlands schlangen, ist am 5. September in der Person Heinrich Virchows vom Schauplatz seiner Tätigkeit abberufen worden. Seine Bedeutung lag indessen nicht auf dem politischen Gebiete, über seine weit über die Grenzen seines Vaterlandes hinaus anerkannte wissenschaftliche Größe als Patholog sei hier der „Deutsche Reichs- und Staatsanzeiger“ angeführt, in dessen Nachruf es u. a. hieß: „An Besonnenheit und kritischem Scharfblick ein unvergleichlicher Forscher, unablässig tätig bis in die neueste Zeit, entfaltete er, dem die Wissenschaft vom Leben so viel verdankt, in seinem immer gleichen, der Arbeit gewidmeten Handeln zugleich die echte Lebenskunst. Unvergessen ist, wie er auch die Anstrengungen der zu seinem 80. Geburtstag veranstalteten prunkvollen Feier zu überstehen wußte. Tragisch muß es berühren, daß er im Vollbesitz seiner körperlichen und geistigen Kräfte nun an den Folgen eines Anfalls vorzeitig sein Leben eingebüßt hat. Aber wenn die Wissenschaft mit der ihm engverbundenen Familie trauernd an seinem Sarge steht, so darf es ein Trost sein, daß die Früchte seines Schaffens erhalten bleiben und der Name Rudolf Virchows als einer Leuchte der Wissenschaft fortleben wird in ferne Zeiten.“ Sein Begräbnis erfolgte am 11. September vom Berliner Rathause aus auf städtische Kosten mit großen Ehren. Um auf seine politische Stellung zurückzukommen, ist zu bedauern, daß er, als erbitterter Gegner des Fürsten Bismarck von der Konfliktzeit her, niemals eine Änderung seiner Gesinnung hat eintreten lassen, obgleich doch so vieles erreicht worden war.

Am 29. September starb der frühere preussische Kultusminister und spätere Oberpräsident von West-

preußen, Dr. Gustav v. Gosler. Einer alt-preussischen Beamtenfamilie entsprossen, hatte sich der am 13. April 1858 in Naumburg geborene Gustav v. Gosler dem Staatsdienste zugewendet, in dem er sich durch vorzügliche Begabung und großen Fleiß auszeichnete, so daß er schon 1879 als Unterstaatssekretär in das Unterrichtsministerium berufen und 1881 der Nachfolger des Unterrichtsministers v. Puttkamer wurde. Er war auch eine Zeitlang Präsident des deutschen Reichstages. Obgleich der konservativen Richtung angehörend, war er doch wegen seiner gerechten und nach allen Richtungen hin billigen Amtsführung nicht unbeliebt und zeigte sich besonders geschickt in der Lösung der Wirrnisse, welche das Aufgeben des Kulturkampfes hinterlassen hatte. Er hat es verstanden, mit den Kulturkampfgesetzen aufzuräumen, ohne den staatlichen Hoheitsrechten etwas zu vergeben. Nach zehnjähriger Ministertätigkeit wurde er amtsmüde aus Gründen, die mit der Kirchenpolitik nichts zu tun hatten. Er wurde dann zum Oberpräsidenten von Westpreußen ernannt.

Die stattliche Reihe politisch vielgenannter Männer, die das Jahr 1902 abberufen hat, schloß der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Heinrich Ricker, der am 3. November an den Folgen eines im September erlittenen Schlagflusses, 69 Jahre alt, in Berlin starb. Ricker war aus der journalistischen Karriere hervorgegangen und ist auch bis zu seinem Lebensende in seinem Wesen Journalist geblieben, obgleich ihm seine Stellungen in der Stadtverwaltung von Danzig und die zweijährige Inhaberschaft des Landesdirektorspostens der (damals noch ungeteilten) Provinz Preußen tiefe Einblicke in den Verwaltungsorganismus gewährten. Er war ungemein vielseitig, beredt, aber nicht weitblickend genug und darum in seiner Tätigkeit stets auf das Nächstliegende gerichtet. Politisch pendelte er zwischen Bennigsen und Eugen Richter hin und her, doch war sein Wille und Schaffen stets von reinen und edlen Beweggründen geleitet, sowie auch außerhalb des politischen Arbeitsfeldes auf das Wohl des Volkes gerichtet.

Vom Parteitreiben.

Der Spätsommer ist vorzugsweise die Zeit allgemeiner Betrachtungen und Erörterungen über die Lage der Parteien und ihre Gruppierung. Bevor der parlamentarische Winterfeldzug eröffnet wird, pflegen die großen Parteitage abgehalten zu werden; allerhand Vereinigungen, politische, sozialpolitische, kirchliche und wirtschaftliche Organisationen halten Musterung, verständigen sich über ihre nächste Tätigkeit, regen und prüfen ihre Kräfte. Diese Rüstungen zu einem neuen Waffengang in den Kämpfen des politischen Lebens sind zuweilen von großer Bedeutung, im allgemeinen haben sie aber an Interesse sehr eingebüßt und bringen selten etwas anderes wie die alte fattsam bekannte Parteischemata mit einigen neuen Verbrämungen. Dies gilt unstreitig auch von den Parteitagen des vergangenen Jahres und es wäre Raumverschwendung, sich eingehend mit ihnen zu beschäftigen. Nur besonders

Bemerkenswertes soll von ihnen hier mitgeteilt werden.

Seit einigen Jahren steht wieder das Zentrum im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, diejenige Partei, die unter allen sicherlich die geschickteste Taktik besitzt; denn sie verfolgt ihr letztes Ziel mit unbeeirrter Klarheit und Zähigkeit und verbindet in der Wahl der Mittel und Wege und in der Ausnützung der Gelegenheiten unstreitig die größte Vielseitigkeit und Umsicht mit der größten Skrupellosigkeit. Das sind allgemein bekannte Tatsachen, die sich durch Anfeindung, durch begründete und unbegründete Angriffe nicht aus der Welt schaffen lassen. Da das Zentrum mit seinem Anhang nahezu über den dritten Teil des Reichstages verfügt, so muß in allen Fällen mit ihm gerechnet werden. Es ist eben traurig, daß die Zerfahrenheit der anderen Parteien, namentlich der liberalen, die Bildung eines Gegengewichts dagegen verhindert. Das Zentrum hielt seinen Katholikentag diesmal im August in Mannheim. Selbstverständlich wurde auch da, wie auf ähnlichen Tagungen, die alte, unsinnige Forderung aufgestellt, die weltliche Herrschaft des Papstes sei von neuem herzustellen. Das ist natürlich nur eine leere hergebrachte Formel, denn die Herren in Mannheim wußten ja ganz genau, daß der Dreibund Rom als italienische Hauptstadt garantiert. Interessant dabei war nur, daß dieser „Beschluss“ gerade in den Tagen gefaßt wurde, wo der König von Italien am deutschen Kaiserhofe weilte. Politische Tragweite hat diese Tatsache nicht, sie ist nur interessant. Die Ultramontanen denken und empfinden eben anders als wir, sie setzen den Papst und die Kirche vor Volk und Vaterland. So sprach der Leiter der Mannheimer Versammlung über den „abgeschmackten Kultus des Germanentums, das immer nur Deutschland, Deutschland über alles singen kann“, und die ehrenwerte Versammlung beschloß einen telegraphischen Gruß an die tschechischen Brüder, die ausgesprochenen Feinde alles Deutschtums, die als tschechischer Katholikentag gerade in Königgrätz versammelt waren. Man mag es noch verstehen, daß in einer Zeit, wo von einer gewissen deutschen Richtung mit mehr Getöse als Erfolg der Ruf „Los von Rom“ aufgeworfen worden ist, deutsche Katholiken auch mit tschechischen Grüßen austauschen, daß man aber auch gelobte, den polnischen Brüdern in der Ostmark gegen die Deutschen beizustehen, während doch im ganzen Osten die Polen die deutschen Katholiken polonisieren wollen und gegen alle Zentrums-kandidaten polnische aufstellen, ist wohl selbst für das Volksgefühl deutscher Katholiken zu arg. Die von Bismarck schon während des Kulturkampfes als einziges Mittel dagegen bezeichnete Gesamtpartei aller Nichtkatholischen hat sich freilich damals nicht zusammengefunden und wird auch nicht infolge des Treibens der gesammten Katholikentage entstehen, denn gerade in den sogenannten ausgesprochen liberalen Richtungen ist der nationale Sinn ebensowenig ausschlaggebend wie bei den Ultramontanen. Die fortschrittliche Partei fokettiert noch heute mit den Polen, mit denen sie sich eins in der Opposition gegen die Regierung fühlt, und die internationalen Gesinnungen der deutschen Sozialdemokratie sind ja

doch so unerschütterlich, daß sie nicht davon ablassen, obgleich die Sozialdemokraten anderer Nationen ihnen fortwährend den Beweis vor Augen führen, daß sie selbst in erster Linie national sind. Wir konstatieren einfach diese unbestreitbaren Tatsachen, die in den Kämpfen der Parteiblätter meist übersehen, oder einseitig dargestellt werden, ohne im übrigen weitere Schlüsse zu ziehen, die sich für den objektiven Beobachter von selbst ergeben, von dem eingefleischten Parteimanne aber nur so weit zugegeben zu werden pflegen, als sie dem Parteinteresse förderlich sind.

Die Nationalliberalen hielten in Eisenach ihren Parteitag ab, der, wie wir schon an anderer Stelle anführten, den Beschluss faßte, gegenüber den beiden den Zolltarif bekämpfenden Strömungen für die Regierungsvorlage einzutreten. Die weiteren Verhandlungen liefen auf eine ungemein starke Betonung des liberalen Momentes in der Partei hinaus, womit wohl bloß ein taktisches Ziel verfolgt werden sollte, denn für jeden denkenden Politiker mußte es sich von selbst verstehen, daß das Eintreten für die Zolltarifvorlage die Nationalliberalen zum Zusammengehen mit den Parteien der Rechten führen und von der Linken entfernen mußte.

Die freisinnige Volkspartei hielt ihren Parteitag Anfangs September in Hamburg hinter verschlossenen Türen ab. Man hat also nicht erfahren, wie die von den Stichwahlstimmen der Sozialdemokraten abhängende Partei über ihr zukünftiges Verhältnis zur Sozialdemokratie bei den Wahlen denkt, ob sie der Forderung des sozialdemokratischen Abgeordneten Arons entsprechen wird, in jedem Falle schon im ersten Wahlgange für den Sozialdemokraten zu stimmen, um sich dafür in den wenigen Fällen, in denen die Richterschen Freisinnigen überhaupt bis zur Stichwahl gelangen, die Unterstützung der Sozialdemokraten zu sichern. Das Interessante auf dem Parteitage war wohl die Tatsache, daß eine Rede Eugen Richters nahezu wie ein Schwanengesang klang. Er kündigte an, daß er die nächsten Reichstagswahlen noch mitmachen, die spätere Arbeit aber der Jugend überlassen werde. Spätere Tatsachen sprechen dafür, daß diese Erklärung mehr als eine Redensart gewesen ist.

Mitte September hielten die Sozialdemokraten ihren Parteitag in München ab, der im allgemeinen ziemlich flau verlaufen ist und dem eigentlich nur einige persönliche Streitigkeiten einen etwas pikanteren Geschmack verliehen, im übrigen war es das bekannte sozialdemokratische Menu, und der noch allgewaltige Singer durfte in seinem Schlussworte aussprechen, daß die „Genossen“ trotz der Meinungsverschiedenheiten über Einzelfragen sich in allen politischen Bestrebungen einig wissen. Wenn man hierunter bloß die Verhetzung der Klassen für die Wahlagitation versteht, so ist das richtig, sonst trat aber in den Debatten doch immer der alte Zwiespalt zu Tage, der fortbesteht, einerlei ob man ihn als Gegensatz zwischen Alten und Jungen, zwischen Akademikern und Proletariern, zwischen den Anhängern Bebel's und denen Bernstein's, zwischen Dogmatikern und Revisionisten

bezeichnen mag. Weiter wurde für die nächste Reichstagswahl der heftigste Wahlkampf angekündigt, und Bebel erklärte, daß die Sozialdemokratie dafür sorgen werde, daß der Zolltarif nicht Gesetz werde. Interessant war die Erfahrung, welche die Sozialdemokraten, ebenso wie das Zentrum, mit den Polen gemacht haben. Mit großer

hat die sozialdemokratische Partei ein Manifest „an das arbeitende Volk Deutschlands“ veröffentlicht, dessen maßloser aufreizender Ton die Erbitterung der Massen wachrufen muß, so daß eine sachliche Erörterung der Tarifffrage in den Volksversammlungen unmöglich sein wird, wenn eben die Wirkung des Manifestes bis zu den Wahlen vorhält.



Generalmajor a. D. Budde. Preussischer Minister für öffentliche Arbeiten.

Mühe und mit 40.000 Mark Parteigelder hatte man versucht, eine polnische Sozialdemokratie zu begründen; das gelang auch, aber die Herren Polen gestatten wohl, daß die deutschen Genossen ihre Schulden bezahlen und sie bei den Wahlen unterstützen, sonst aber ist der polnische Sozialdemokrat in erster Linie Pole, in zweiter Linie wieder Pole und allenfalls erst in dritter oder vierter Linie ist er Sozialdemokrat, der den deutschen Genossen vielleicht weniger haßt wie den Deutschnationalen. — Nach der Annahme des Zolltarifs im Reichstagen

Aus Preußen.

Von Ministerwechseln ist bloß der Abschied des Eisenbahnministers v. Thielens zu erwähnen, der unmittelbar nach dem Schluß der Landtagsverhandlungen seinen Abschied einreichte. Das Gesuch war durch die Gesundheitsverhältnisse des 70jährigen, wohlverdienten Mannes mehr als begründet und wurde in der gnädigsten Weise vom Kaiser Wilhelm unter Verleihung des Schwarzen Adlerordens bewilligt. Zu seinem Nachfolger wurde der Ge-

neralmajor a. D. Hermann v. B u d d e, zuletzt Generaldirektor der „Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken“ (E. Löwe), ernannt. Schon seit Jahren galt er als der zukünftige Eisenbahnminister, da er längere Zeit bis zu seinem Austritt aus der Militär-Laufbahn Chef der Eisenbahnabteilung des großen Generalstabes gewesen war. Jedenfalls wird auch in Eisenbahnkreisen anerkannt, daß Minister v. B u d d e auf fast allen Gebieten des Eisenbahnwesens als ganz hervorragender und erprobter Sachmann gilt.

Der preußische Landtag hielt vom 8. Januar bis zum 27. Mai in 92 Sitzungen eine wenig interessante Tagung ab. Die Thronrede, mit welcher er vom Ministerpräsidenten Grafen Bülow eröffnet wurde, war sehr kurz und betonte die ungünstige Finanzlage; nur durch die in früheren Jahren angesammelten Reserven konnte das Gleichgewicht im Budget erhalten werden. Die bedeutsamste Mitteilung war die, daß die Regierung die Pflichten, welche ihr die Pflege des Deutschtums im Osten und die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen auferlegt, mit Festigkeit und Tätigkeit erfüllen werde. Von der Kanalvorlage war nur insoweit die Rede, als angekündigt wurde, die Regierung werde seinerzeit eine neue Vorlage unterbreiten. Ein sofortiges Einbringen einer solchen Vorlage wurde auch vor der Verabschiedung des vor allem wichtigen Zolltarifs im Reichstage nicht erwartet. Die Arbeiten des Landtages schritten nur langsam vorwärts, und seine Hauptaufgabe, die rechtzeitige Beratung des Etats, wurde nicht erfüllt. Die dritte Lesung wurde erst am 25. April, also weit nach der von der Verfassung vorgeschriebenen äußersten Frist, abgeschlossen, so daß der Regierung durch eine dem Etatsgesetz hinzugefügte Indemnitätsklausel Entlastung erteilt werden mußte, obgleich sie an der Verzögerung keine Schuld traf. Daß die Bewilligung von Tagegeldern für die Hebung des Besuches der parlamentarischen Verhandlungen, wenigstens in Deutschland, nicht von ausschlaggebender Bedeutung ist, dafür hat diese preußische Landtagsession wieder einen neuen schlagenden Beweis erbracht. Mit besonderer Genugtuung sind die an anderer Stelle bereits erwähnten Beratungen über die mit dem stetigen Vordringen des Polentums verbundenen Gefahren und über den Schutz des Deutschtums in den östlichen Provinzen aufgenommen worden, ebenso die Verhandlungen über Maßregeln zur Erhöhung der Betriebssicherheit auf den Staatsbahnen. Unter den sonst noch erledigten Gesetzentwürfen befindet sich ein Kleinbahngesetz, ein Gesetz wegen der Vermehrung der Provinzialdotationen, ein mit ziemlichen Schwierigkeiten zu stande gekommenes Gesetz über die Verunstaltung landschaftlicher Gegenden, ein Gesetz über die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse in Staatsbetrieben, die Verstaatlichung wichtiger Kohlenzechen in Westfalen und das Schlachtvieh- und Fleischbeschau-Ausführungsgesetz.

Der Berliner Konflikt mit der Regierung wegen der Bestätigung des Stadtrats K a u f f m a n n zum zweiten Bürgermeister hat einen unerwarteten Ausgang genommen. Die Regierung hatte an ihrem Standpunkte festgehalten, daß K a u f f m a n n nach

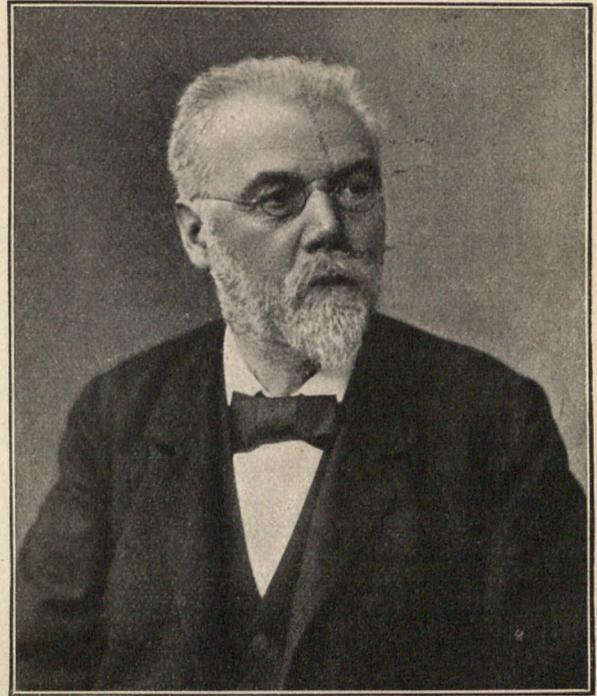
seiner Wiederwahl nicht abermals zur Bestätigung vorgeschlagen werde, die Berliner Stadtverordneten wählten aber keinen anderen. So zog sich die Sache hin. Die Fortschrittspartei brachte am 21. Februar die Angelegenheit vor das Abgeordnetenhaus, aber der Minister des Innern Frhr. v. H a m m e r s t e i n führte aus, das Recht der Stadtverordneten, K a u f f m a n n zu wählen, sei unbestritten, aber ebenso das Recht der Krone zu bestätigen. Die Regierung sei nach dem Gesetz befugt gewesen, die Bürgermeisterstelle kommissarisch verwalten zu lassen, sie habe das aber aus Rücksicht für Berlin unterlassen. Jeder Unparteiische müsse den Eindruck gewinnen, daß man in eine rein kommunale Angelegenheit politische Gesichtspunkte hineinbringen wolle. — Tatsächlich haben die Berliner Stadtverordneten seit einer Reihe von Jahren meist Persönlichkeiten gewählt, deren Bestätigung der Regierung schwer fiel. Inzwischen war K a u f f m a n n wegen Nervenleidens in einem Sanatorium untergebracht worden, von wo auch Anfang April ein von ihm unterzeichnetes Schriftstück an den Stadtverordnetenvorsteher Dr. L a n g e r h a n s kam, in welchem ein Verzicht K a u f f m a n n s auf die Wahl stand. Dieser Verzicht soll von seinen Angehörigen veranlaßt worden sein, und K a u f f m a n n bezeichnete ihn später als ungültig. Am 2. Oktober starb K a u f f m a n n, nachdem er kurz vorher aus einer Heilanstalt in Thüringen nach Berlin zurückgekehrt war. Damit waren die Berliner Stadtverordneten aus einem bösen Dilemma heraus und sie wählten den Regierungsrat Dr. R e i c k e zum Bürgermeister, der darum interessant war, daß er wegen der in seinen dramatischen Leistungen zu Tage getretenen freien Meinung einen Konsistorialverweis erhalten hat. Er wurde nahezu umgehend bestätigt.

Aus den Mittel- und Kleinstaaten.

Bayern. Am 9. Januar starb in München der bekannte Gründer und Herausgeber des „Bayrischen Vaterlandes“, der ehemalige Reichstagsabgeordnete Dr. Sigl. Er hatte als Journalist den Kampf gegen die sogenannte „Preußenfeuche“ und die Aufstachelung der partikularistischen Neigungen zum Gewerbe gemacht. Seine derb-launige Art gereichte oft selbst dem Betroffenen zum Vergnügen. Wer die Süddeutschen und namentlich die Bayern kennt, der weiß, daß man sich dort gern dem Genusse aller guten und schlechten Witze hingibt, die auf Kosten Preußens gemacht werden, aber trotzdem fühlt man bei der großen Masse den Zusammenhang mit den Interessen des Deutschen Reiches heraus. Man will sich von ihm auch gar nicht trennen, man ist im Gegenteil stolz darauf, daß die Bayern bei Bazilles und Orleans ihr Blut neben den „saisischen Preußen“ für die deutsche Einheit vergossen haben, aber man räsoniert eben, hält sich nach deutscher Art für etwas Besseres wie die anderen, und weil das doch alles gegen die reale Wirklichkeit nichts helfen kann, schimpft und witzelt man darüber, um sich eine gewisse unbehagliche Empfindung wegen des Unabänderlichen von der Seele zu reden. Diese Stimmung hatte Dr. Sigl sehr gut auszunützen verstanden und man

konnte sein Blättchen auch ruhig gewähren lassen als Gaudium nach der ernsten Tagesarbeit. Nach ihm haben aber das Gewerbe die klerikalen Blätter zu ergreifen versucht, und zwar nicht mit der harmlosen galligen Laune des Dr. Sigl, sondern mit den bewußten Zwecken des Ultramontanismus, der seine Angriffe nicht mehr gegen die verantwortlichen Minister, sondern mit mehr oder weniger Deutlichkeit auch nach höheren Stellen richtet. Mit sehr wenig Ehrerbietung warf die ultramontane Presse dem Prinzregenten die Ernennung eines Protestanten zum Chef der Geheimkanzlei vor, rechnete ihm vor, daß 70% der am Hofe verkehrenden Künstler protestantisch seien, und sprach mit sehr wenig Rückhalt aus, daß der starke Widerstand gegen gewisse Forderungen des Zentrums nicht nur den Ministern zur Last falle.

Dieser Kampf ist während des vergangenen Jahres ununterbrochen geführt worden und erreichte seinen Höhepunkt nach der sogenannten „Swinemünder Depesche“ des Kaisers Wilhelm. Die ultramontane Mehrheit der Kammer hatte nämlich aus Ärger darüber, daß der Kultusminister v. Landmann „beurlaubt“ worden war, einen Budgetposten von 100.000 Mark zum Ankauf von Kunstgegenständen gestrichen, und zwar, wie der ultramontane „Bayrische Kurier“ offen erklärte: „Ob die Positionen sachlich berechtigt sind oder nicht, steht hier nicht zur Frage; einem anderen Ministerium würden sie bewilligt, diesem werden sie nicht bewilligt werden.“ Der Reichsrat hatte den Posten wiederhergestellt und die angesehensten Mitglieder dieser Körperschaft, darunter der zukünftige Thronfolger Prinz Ludwig, waren dafür eingetreten, aber die Mehrheit der Kammer blieb bei ihrem Beschluß. Man wollte damit den kunstsinigen Regenten treffen, die mit zahlreichen Künstlern abgeschlossenen Verträge mußten wieder rückgängig gemacht werden. In diesem Sinne wurde auch das Verhalten der Ultramontanen in den weitesten Kreisen innerhalb wie außerhalb Bayerns aufgefaßt, denn die große Beliebtheit des Prinzregenten Euitpold steht außer Frage. Es entstand über die Sache eine ziemliche Erregung, die sich überall in der nichtklerikalen Presse geltend machte. Auch Kaiser Wilhelm, der eben von Reval zurückgekehrt war, beteiligte sich daran und sandte von Swinemünde aus am 10. August an den Prinzregenten folgendes Telegramm: „Von Meiner Reise eben heimgekehrt, lese Ich mit tiefster Entrüstung von der Ablehnung der von Dir geforderten Summe für Kunstzwecke. Ich eile, Meiner Empörung Ausdruck zu verleihen über die schände Undankbarkeit, die sich durch diese Handlung kennzeichnet, sowohl gegen das Haus Wittelsbach im allgemeinen als auch gegen Deine erhabene Person, welche stets als ein Muster der Hebung und Unterstützung der Kunst gegläntzt. Zugleich bitte Ich Dich, die Summe, welche Du benötigst, Dir zur Verfügung stellen zu dürfen, damit Du in der Lage seist, in vollstem Maße die Aufgaben auf dem Gebiete der Kunst, welche Du Dir gesteckt hast, zur Durchführung zu bringen.“ Prinzregent Euitpold antwortete am folgenden Tage vom Jagdhaus Sifsbach: „Es drängt Mich, Dir Meinen innigsten



Bayrischer Kultusminister Dr. v. Landmann.

Dank für Dein so warmes Interesse an Meinen und Meines Hauses Bestrebungen auf dem Gebiete der Kunst und für Dein so hochherziges Anerbieten auszusprechen. Zugleich freut es Mich, Dir mitteilen zu können, daß durch den Edelsinn eines Meiner Reichsräte, welcher die abgelehnte Summe zur Verfügung stellte, Meine Regierung in die Lage versetzt ist, getreu den Traditionen Meines Hauses wie Meines Volkes die Pflege der Kunst als eine Meiner vornehmsten Aufgaben unentwegt fördern zu können.“ — Dieser Depeschenwechsel rief große Überraschung hervor und fand in der Öffentlichkeit sehr verschiedene Beurteilung. Zunächst liegt es auf der Hand, daß die kaiserliche Depesche nichts anderes als ein Ausdruck augenblicklicher Erregung, wie sie in den weitesten Kreisen geteilt wurde, über das Verfahren der bayrischen Kammer sein sollte und mit einer Einmischung in innere Staatsverhältnisse Bayerns nichts zu tun hatte. Es war die teilnehmende Kundgebung eines Freundes an den Freund, und Kaiser Wilhelm hatte auch für das Kunstleben Münchens oft genug sein lebhaftes Interesse bewiesen, nicht am wenigsten dadurch, daß er der Stadt München die Schack'sche Galerie geschenkt hatte, erst vor wenigen Wochen noch hatte er als „Burggraf von Nürnberg“ seine Verehrung für das Haus Wittelsbach ausgesprochen. Aber die bayrischen Ultramontanen wollten in ihrem Machtgefühl gar nicht billig denken, sie wendeten sich an die in Bayern noch wohl erhaltenen partikularistischen Regungen und richteten ihre Agitation mit wachsender Heftigkeit gegen das Ministerium Craillseheim und gegen die Krone. Die Agitation war mit Schluß des Jahres noch nicht zu Ende.

Ihr Zorn war erregt worden durch die Entlassung des Unterrichtsministers v. Landmann, der, ursprünglich kein Mann des Zentrums, doch

dessen Gunst namentlich in der Kammer bei der Beratung des Schuldotationsgesetzes erworben hatte, das er so schwächlich vertrat, daß es ihm die Zuneigung seiner Ministerkollegen kostete, die ihn schließlich zum Rücktritt nötigten. Dabei spielte auch noch ein Konflikt mit dem Senat der Universität Würzburg eine Rolle, dem der Kultusminister in einem Personalstreit Voreingenommenheit oder Befangenheit angedehnt hatte. Der Senat antwortete mit einem zugleich in den Blättern veröffentlichten Gesuch um Amtsenthebung und warf dem Kultusminister vor, seine Behauptung stehe im Widerspruch mit den Akten. Dafür erhielt der Senat einen Verweis, nachdem Herr v. Landmann bereits zurückgetreten war. Nachfolger des Herrn v. Landmann wurde der bisherige bayrische Gesandte in Wien, v. Podewils, der als unabhängiger und klarer Kopf geschildert wird und in hohem Maße das Vertrauen des Prinzregenten besitzt. Ende Oktober schied auch der Justizminister v. Leonrod krankheitshalber aus dem Amte und wurde durch den bisherigen Reichsgerichtsrat Miltnner ersetzt.

Von anderen Begebenheiten in Bayern ist noch zu erwähnen die Abschaffung des bayrischen Generalshutes, der durch den Helm ersetzt wurde. Diese Änderung ist eine einfache Zweckmäßigkeitsmaßregel, die auf den Versailler Verträgen beruht, aber von den Partikularisten sofort als weitere „Verpreußung“ verschrien wurde. Viel Aufsehen erregte das Hervortreten der sogenannten katholischen Reformfreunde, die den Zweck verfolgten, eine Verständigung zwischen Kirche und moderner Kultur anzubahnen. Sie bestand aus einer Reihe katholischer Professoren und Gelehrter, die sich in einem Organ „Zwanzigstes Jahrhundert“ zusammenfanden. Da aber der Redakteur des Blattes, Dr. Klaffen, plötzlich verschied, sind die meisten Mitarbeiter von dem Blatte zurückgetreten. Die neue Richtung fand begreiflicherweise heftige Gegner, unter denen sich namentlich Bischof Kappeler von Rottenburg durch maßlose Sprache auszeichnete.

Aller Partikularismus und Preußenhaß haben nicht gehindert, daß zwischen Preußen und Bayern eine Vereinbarung über die Mainkanalisation bis Aschaffenburg, die besonders Prinz Ludwig eifrig fördert, eingeleitet wurde, die in nächster Zeit definitive Resultate ergeben dürfte.

Sachsen. Für das Königreich Sachsen war das Jahr 1902 im vollen Sinne des Wortes ein Unglücksjahr. Die Verstimmung, die im ganzen Lande über die schlechte Finanzlage und in vielen Kreisen über die Verhältnisse in der Kammer herrschte, kam Anfang Februar durch einen Ministerwechsel zum Ausdruck. Dieser erfolgte wegen eines Konflikts, welcher zwischen dem Finanzminister v. Watzdorf und der Finanzkommission der Kammer entstanden war. Beim Bau einer Nebenbahn durch das Chemnitztal waren nämlich die bewilligten Kredite um 75% überschritten, während bei zwei anderen Titeln die Überschreitungen über 70 bis 80% betragen, insgesamt über 7 Millionen Mark, eine gewiß bei der Finanzlage des Landes bedenklich hohe Summe. Da trotz alledem der Finanzminister erklärte, daß keine Verfassungsverletzung

vorläge und darum keine Indemnität notwendig sei, weigerte sich die Kommission, der Kammer die Genehmigung der Nachforderungen vorzuschlagen, worauf der Finanzminister einlenkte. In der Beratung in der Kammer gab aber auch der Ministerpräsident v. Meißner dem Indemnitätsansuchen eine so abgeschwächte Bedeutung, daß die Kammer höchst unzufrieden war, und namentlich der Abgeordnete Stöckel dem Finanzminister unter großem Beifall das Vertrauen der Kammer entzog. Darauf reichte am 7. Februar das Gesamtministerium seine Entlassung ein, auf Wunsch des Königs Albert blieben aber sämtliche Minister im Amte und nur Herr v. Watzdorf wurde durch Dr. Rüger ersetzt, dessen Geschicklichkeit es gelang, das Indemnitätsgesuch nicht nur zu beseitigen, sondern die Bewilligung der Nachkredite sogar zu einer förmlichen Vertrauenskundgebung für das Ministerium zu gestalten. Die Kammer tat das gern, um dem König Albert zu beweisen, daß man mit dem Mißtrauen gegen die Finanzverwaltung keineswegs seine Person habe treffen wollen.

Am 25. April hatte König Albert seinen 75. Geburtstag gefeiert, befand sich bei guter Gesundheit und wie alljährlich war Kaiser Wilhelm dazu nach Strehlen gekommen. Es sollte das letzte Mal gewesen sein. Anfang Juni hatte sich König Albert nach Schloß Sybilleort in Schlesien begeben und wurde dort wieder von seinem gefährlichen Leiden befallen. Die königliche Familie eilte sofort an das Schmerzenslager, auch Prinz Georg unterbrach seine Inspektionsreise und eilte von Posen nach Sybilleort. Wochenlang rang die kräftige Natur mit dem Leiden, aber am Abend des 19. Juni erlosch die letzte Lebenskraft: König Albert war tot. Mit lebhafter Teilnahme war das gesamte deutsche Volk dem Verlaufe der Krankheit gefolgt. Der sieggekürnte Feldmarschall, der erfolgreichste, maßvolle und stets gerechte König, der allezeit zuverlässige und opferfreudige Berater und Freund dreier deutscher Kaiser genoß weithin eine so warme Verehrung und so innige Dankbarkeit, daß allerwärts tiefe Trauer über sein Hinscheiden herrschte. Mit ihm war der letzte Ritter des Großkreuzes des Eisernen Kreuzes, der letzte Heerführer aus Deutschlands großer Zeit abgerufen worden. In tiefer Wehmut gedachte Kaiser Wilhelm bei seinem Besuch im fernen Wesel am 21. Juni mit folgenden Worten seiner in der Antwort auf die Begrüßungsansprache des Oberbürgermeisters: „Im vorigen Jahre entriß mir Gottes Ratschluß meine vielgeliebte Mutter, und auch in diesem Jahre legt sich ein Schatten auf diese Tage. Denn soeben hat es Gott gefallen, des Sachsenkönigs Majestät zu sich abzurufen, den letzten Heerführer aus großer Zeit, den letzten Ritter des Großkreuzes vom Eisernen Kreuze. Ein edles Menschenherz hat aufgehört zu schlagen, dem Deutschland über alles ging, und ein Vorbild aller Regententugenden, ein Vater seines Vaterlandes und seines Volkes, ein milder Herrscher voll segensreichen Wirkens ist dahingeshieden. Es ist gut, daß wir Menschen immer daran erinnert werden, daß auch uns ein Ende beschieden ist.“ König Albert ragte



König Georg von Sachsen.

unter den deutschen Fürsten gemeinsam mit dem ritterlichen Großherzog Friedrich von Baden als einer der siegreichen Gestalten aus des Deutschen Reiches glorreicher Erinnerungszeit in das zwanzigste Jahrhundert hinein, täglich eine Mahnung an das deutsche Volk, nie die schweren Opfer zu vergessen, die das nationale Einigungswerk erfordert hat, und treu und fest zusammenstehen zum unvergänglichen Ausbau des so schwer Errungenen. Bande inniger Freundschaft verknüpften ihn auch mit dem treuesten Freunde des Hohenzollernhauses und engsten Verbündeten des Deutschen Reiches, dem Kaiser Franz Joseph von Oesterreich, den die Todeskunde tief erschütterte. Dumpfe Trauer hatte sich

namentlich auf das Land Sachsen niedergesenkt, das seinen König Albert mit unendlicher Treue verehrte.

Am 21. Juni vollzog Kardinal Dr. Kopp in Sybilleort die Einsegnung der Leiche, die dann nach Dresden überführt wurde, wo sie am folgenden Tage in der Hofkirche aufgebahrt von den Trauernden in ungezählter Menge zum letzten Male begrüßt wurde. Der Zudrang des Publikums in den umliegenden Straßen und Plätzen war so gewaltig, daß trotz aller Vorkehrungen und Vorsicht Verletzungen nicht ganz vermieden werden konnten, wenn auch keine schweren Anfälle vorkamen. Die Stadt Dresden hatte sich in tiefe Trauer gehüllt. Am

23. Juni, früh 9 Uhr, traf Kaiser Franz Joseph ein und wurde auf dem Bahnhofe vom König Georg, dem Kronprinzen Friedrich August und dem Prinzen Johann Georg empfangen. Die Begrüßung zwischen Kaiser und König war herzlich und sehr bewegt. Kaiser Franz Joseph legte sofort nach seiner Ankunft einen Kranz am Sarge des Königs Albert nieder. Außerdem trafen im Laufe des Tages ein die Großherzöge von Baden, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Weimar und Oldenburg, Prinz Ludwig von Bayern, Fürst Friedrich von Hohenzollern, der Fürst von Reuß, Erzherzog Otto von Osterreich, Prinz Gustav Adolf von Schweden, Graf und Gräfin von Flandern, Prinz Friedrich Heinrich von Preußen. Kaiser Wilhelm und die Kaiserin kamen erst abends kurz vor der Begräbnisfeierlichkeit an, die in ihrer Großartigkeit und der tiefen allgemeinen Trauer von erschütterndem Eindruck war. Alle fürstlichen Gäste wohnten im königlichen Schlosse. Als das deutsche Kaiserpaar dort eintraf, wurde es vom Kaiser Franz Joseph begrüßt, der der Kaiserin den Arm reichte und sie zu ihren Zimmern geleitete. Gleich darauf erschien Kaiser Wilhelm zum Besuch beim Kaiser Franz Joseph und verweilte bei ihm eine halbe Stunde. Der Verkehr zwischen beiden Monarchen war überaus herzlich. Damit entfallen die sofort ausgestreuten Gerüchte, als bestände eine Verstimmung zwischen dem Wiener und dem Berliner Hofe. Es war von vornherein bestimmt, daß beide Kaiser sofort nach der Beisetzung wieder abreisen würden. Da sich die fürstlichen Begegnungen sämtlich im königlichen Schlosse vollzogen, konnte allerdings das große Publikum wenig Kenntnis von den Begegnungen haben.

Da König Albert keinen Leibeserben hinterlassen hatte, so ging die Thronfolge auf seinen Bruder, den am 8. August 1832 geborenen Prinzen Georg über. Dieser hatte sich 1859 mit der Infantin Marie Anna vermählt, die aber bereits am 5. Februar 1884 verschieden ist. Aus der Ehe entstammen vier Söhne und zwei Töchter. Der Kronprinz Friedrich August war mit der Erzherzogin Luise von Toskana vermählt, welcher Ehe fünf Kinder entstammen. Auch an die Thronbesteigung des Königs Georg wurden in der Presse Gerüchte geknüpft, die dahin gingen, Prinz Georg habe bereits vor mehreren Jahren auf die Thronfolge zu Gunsten seines ältesten Sohnes verzichtet, aber König Albert habe auf dem Totenbette in Sybillenort seinen Bruder durch Handschlag verpflichtet, die Thronfolge anzutreten, worauf Prinz Friedrich August mit seiner Gemahlin sofort abgereist seien. Die nachfolgenden Ereignisse haben wohl hinreichend dargetan, wie wenig Wahrheit an dieser Ausstreuung sein konnte. Andere Gerüchte, daß angeblich der Sohn des Kronprinzen nach einer von August dem Starken herrührenden Bestimmung protestantisch werden müsse, sind zu hinfällig, als daß sie einer Widerlegung wert wären. König Georg hat nach dem Erbrecth den Thron bestiegen mit jenem strengen Pflichtgefühl, das ihn in allen Lebenslagen begleitet hat, auch hat er Vorkehrungen getroffen, daß der

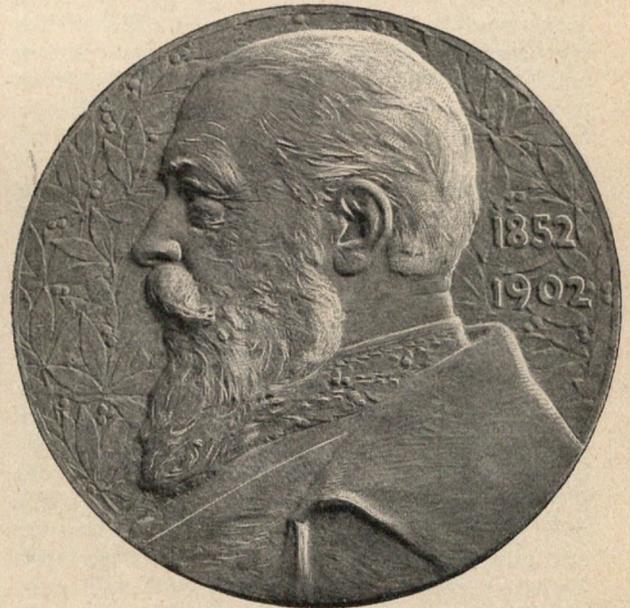
Kronprinz fortan in alle Regierungsgeschäfte eingeführt wird. Er hat erklärt, im Sinne seines verewigten Bruders regieren zu wollen, als dessen Nachfolger in der Führung des sächsischen Armeekorps nach den Schlachten bei Metz er auch noch in getreuer Erinnerung des deutschen Volkes steht.

Leider ist sein Regierungsantritt nicht vom Glück begünstigt worden, denn sein Haus ist von einem ganz unerhörten schweren Leid heimgesucht worden. Am 22. Dezember wurde von Dresden aus offiziell bekannt gemacht, daß die Kronprinzessin Luise von Sachsen in der Nacht vom 11. zum 12. Dezember in einem anscheinend krankhaften Zustande seelischer Erregung Salzburg, wo sie bei ihren Eltern weilte, unter Abbruch aller Verbindungen mit ihren Dresdener Angehörigen plötzlich verlassen und sich ins Ausland begeben habe. Nach wenigen Tagen stellte sich die volle Wahrheit heraus. Sie war mit ihrem Bruder, dem Erzherzog Leopold Ferdinand von Toskana, der inzwischen auf sein Recht als Erzherzog verzichtet hat, um eine Schauspielerin zu heiraten, nach Genf gereist, um mit ihrem Liebhaber, einem zweiundzwanzigjährigen Sprachlehrer Girou aus Brüssel, der kürzlich vom Dresdener Hofe entlassen worden war, zusammenzutreffen. Der Schlag traf die königlich sächsische Familie mit furchtbarer Schwere, König Georg erkrankte um die Jahreswende und die Witwe des Königs Albert, Königin Karola, litt besonders schwer. Kaiser Franz Joseph und die großherzogliche Familie von Toskana entkleideten die flüchtige aller Rechte, Kronprinz Friedrich August ließ die gerichtlichen Schritte zur Scheidung der Ehe einleiten. Wir haben schon oben gezeigt, daß in Dresden ein günstiger Nährboden für Gerüchte zu sein scheint, und in diesem Falle bewies sich das wieder, zum Teil in einer Richtung, um Mitleid für eine Schuldige zu erregen und die Schuld auf andere, Jesuiten, Kamarilla u. dergl. zu lenken. Auf Grund solcher Gerüchte wird in gewissen Blättern, die alles gut heißen, was auf Abwege führt, der Versuch gemacht, die Kronprinzessin von Sachsen nicht nur als schuldlos hinzustellen, sondern sie geradezu zur Märtyrerin zu machen. Man mag aber alle möglichen physischen und psychischen Zustände zur Erklärung des unerhörten Schrittes heranziehen wollen, so bleibt doch immer eine Mutter übrig, die vierzehn Tage vor Weihnachten ihre fünf unerzogenen Kinder im Stiche läßt. Mögen die Verhältnisse am sächsischen Hofe ihr gegenüber noch so unbequeme Formen gehabt haben, so gibt das noch niemals ein Anrecht darauf, mit einem Liebhaber davonzulaufen. Der Platz einer Mutter ist bei ihren Kindern, und wenn dies Opfer und Selbstüberwindung kostet, so ist das um so rühmlicher. Tausende von Müttern hatten unter viel ärgeren Umständen, als sie am Dresdener Hofe angeblich gewesen sein sollen, — denn bewiesen wurde bis jetzt nichts — ausgeharrt. Es ist ein tieftrauriges Produkt moderner Erziehung und Bücherlesens, daß eine Frau aus gebildeten Kreisen und einer hohen Familie entstammend, sich so ihrer Pflichten gegen Kinder, Gatten, Familie und ein ganzes Land entschlagen konnte.

In Württemberg hat sich im ganzen Jahre eine ruhige Entwicklung gezeigt, die Parteigegen-

sätze waren minder scharf wie sonst zugespitzt und in der Kammer hat sich vielfach praktisches Zusammenwirken gezeigt. Der Landtag wurde am 12. Juli nach mehrmonatlicher angestrebter Arbeit geschlossen. Zunächst war die Angelegenheit der Einheitsmarke erledigt worden. Auf Anregung der Volkspartei und mit Zustimmung der zweiten Kammer hatte die Regierung im Vorjahre mit der Reichspostverwaltung unter Wahrung des Postreservatrechtes vorläufig auf sechs Jahre einen Vertrag über die Einheitsmarke abgeschlossen nach Analogie früherer Vorgänge in der staatsrechtlichen Auffassung, daß sie den Vertrag den Kammern nicht vorlegen müsse. Die zweite Kammer beanspruchte aber das Recht der formellen Genehmigung und die Angelegenheit wurde durch ein Kompromiß ge-

Das Großherzogtum Baden hat, wenn man von der üblichen Parteifeindschaft absieht, ein ungetrübt friedliches und glückliches Jahr hinter sich. Am 24. April beging der Großherzog Friedrich die Feier seines fünfzigjährigen Regierungsjubiläums. Seine Haltung als nationaler Landesfürst hat sich in allen Fällen, ebenso vor der Gründung des Deutschen Reiches wie nachher, bewährt, und es war darum ganz selbstverständlich, daß an seinem Jubeltag ganz Deutschland, soweit es national denkt und fühlt, persönlich oder mit dem Herzen teilnahm. Das Land Baden beging den Tag mit großen Feierlichkeiten und innigen Beweisen von Liebe und Zuneigung. Der König Wilhelm von Württemberg war persönlich anwesend, ebenso eine Reihe von deutschen Fürsten, die anderen, wie die



Die vom Großherzog von Baden gestiftete Jubiläumsmedaille.

schlichtet. Die üble Finanzlage des Landes rief im Juni eine Debatte über die Eisenbahnpolitik hervor, wobei der Standpunkt zur Geltung gebracht wurde, durch große Verbilligung des Personentarifs den Verkehr zu heben und dadurch das Erträgnis zu erhöhen. Die Einwendungen gegen ein so unsicheres Experiment hatten das Ergebnis, daß mit knapper Mehrheit beschlossen wurde, mit der Einführung des Zweipennigtarifs zu beginnen, „sobald die Finanzlage den vorübergehenden Ausfall während der Übergangszeit gestatte“. Die Frage der Steuerreform und des Volksschulgesetzes machten Fortschritte und lassen auf ein Zustandekommen der Entwürfe in der nächsten Session hoffen. Die Kommissionen arbeiten weiter im Sinne einer Verständigung. In der Angelegenheit der Steuerreform besteht noch ein Zwiespalt zwischen beiden Kammern wegen der Einkommensteuer, den die erste Kammer zu einer Erweiterung ihres sehr geringfügigen Budgetrechtes benutzen möchte. Gegen Ende der Tagung war der zweiten Kammer auch noch der Entwurf zu einer neuen Gemeindeordnung zugegangen, der schon im November in einer Kommission durch-

meisten europäischen Staaten: Osterreich-Ungarn, Rußland, England, Italien, Schweden, Belgien, Portugal und Luxemburg waren durch Prinzen der regierenden Häuser oder durch besondere Gesandten vertreten, durch eine Deputation auch der Bundesrat unter der Führung des Reichskanzlers Grafen Bülow. Kaiser Wilhelm traf nachmittags halb drei Uhr auf dem Bahnhofe ein, wo er vom Großherzog und den Prinzen von Baden, sowie dem Großfürsten Michael Nikolajewitsch von Rußland empfangen wurde. Kaiser und Großherzog begrüßten sich auf das herzlichste durch Umarmung und Kuß und fuhren dann unter dem anhaltenden Jubel dichtgedrängter Menschenmassen nach dem Schlosse. Der Reichskanzler sagte in seiner Gratulationsansprache: „Mir als oberstem Beamten des Reiches und als Vorsitzenden des Bundesrates liegt es ob, den herzlichen Dank darzubringen, den das deutsche Vaterland Ew. königlichen Hoheit für die vorausschauende, unbeirrte und hingebende Mitarbeit an der Neubegründung des Reiches schuldet.“ Er hob dann weiter hervor, das deutsche Volk werde allezeit in seinen liebsten Erinnerungen neben jenem unvergeßlichen anderen Friedrich, der dem Groß-

herzog so nahe gestanden hatte, auch dem ritterlichen Eidam des ersten großen Kaisers einen bevorzugten Platz bewahren.

Am 27. Mai folgte, gleichsam als der letzte Akt der Jubiläumsfeierlichkeiten, die Einweihung des Karlsruher Rheinhafens. An der Festfahrt, die von prächtigem Wetter begünstigt wurde, beteiligten sich 25 Dampfer. Dem Großherzog und der Großherzogin wurden begeisterte Huldigungen erwiesen.

Der Erbgroßherzog von Baden, der seit Jahren Kommandeur des 8. (rhein.) Armeekorps in Koblenz war, hatte am 1. Oktober an den Kaiser die Bitte gestellt, ihn vom Kommando zu entheben, damit er sich in voller Unabhängigkeit den Interessen seiner Heimat widmen könne. Der Kaiser hatte die Bitte genehmigt und das erbgroßherzogliche Paar verließ am 29. Oktober Koblenz nach der herzlichsten Verabschiedung von den politischen, militärischen und städtischen Behörden und unter der sympathischen Teilnahme der Bevölkerung, bei der es sich großer Beliebtheit erfreute.

Die Landtagsession, die am 10. Juli mit einer Thronrede des Großherzogs geschlossen wurde, hat einen durchaus friedlichen Verlauf genommen. Auch prinzipielle Fragen, wie die des direkten Wahlrechtes, und selbst der Wunsch des Zentrums auf Zulassung von Männerklöstern, waren nicht im stande, die Kämpfe früherer Zeiten heraufzubeschwören. Am 4. Juli nahm die zweite Kammer einen Antrag der Verfassungskommission an, der ein Gesetz vorschlägt, nach welchem an Stelle des indirekten Wahlverfahrens das direkte gesetzt werden und statt der halben Erneuerung der Kammer alle zwei Jahre eine Neuwahl der gesamten Kammer alle vier Jahre eintreten soll. Staatsminister von Brauer erklärte, die Regierung halte nicht mehr unbedingt am indirekten Wahlrecht fest und werde in der nächsten Session einen Gesetzentwurf einbringen, der unter gewissen Voraussetzungen das direkte Wahlrecht gewähren und auch die Umgestaltung der ersten Kammer berühren werde. Am folgenden Tage wurde der Antrag des Zentrums auf Zulassung von Männerklöstern beraten und gegen die Stimmen der Nationalliberalen angenommen. Minister v. Dusch erklärte, die Regierung stehe auf dem Boden des Gesetzes vom 8. Oktober 1860 und verhalte sich nicht grundsätzlich ablehnend gegen die Zulassung von Niederlassungen männlicher Orden. Da das erwähnte Gesetz solche Orden zugesteht, so konnte sich die Regierung nicht wohl anders äußern, wenn auch seit 100 Jahren in Baden keine Männerklöster mehr bestanden haben. Daraufhin wurde von den Liberalen im ganzen Lande eine lebhafte Agitation entfaltet, die sich auch in die außerbadische Presse verbreitet hat und von der sich nicht genau erkennen läßt, ob sie nicht bloß zu Wahlzwecken in Szene gesetzt worden ist, um den Nationalliberalen die frühere Mehrheit in der zweiten Kammer wieder zu verschaffen. Der Großherzog ist während seiner ganzen Regierung stets allen Übergriffen der Hierarchie mit Bestimmtheit entgegengetreten und dürfte auch nicht so leicht in die Zulassung von Männerklöstern willigen. Daß bei den zunehmenden

Forderungen der Ultramontanen überall Vorsicht am Platze ist, erkennen wir als vollauf berechtigt an, und darum war auch eine Adresse der etatsmäßigen Professoren der drei badischen Hochschulen gegen die Zulassung von Mönchen ganz am Platze, während ein von einseitig konfessionellem Geist erfüllter Protest evangelischer Geistlicher eher geschadet als genützt hat. Übrigens fühlten sich gegen Ende des Jahres auch die Nationalliberalen einigermaßen beruhigt und nahmen an, daß die Entscheidung der Regierung erst im nächsten Jahre fallen und ablehnend lauten werde.

Im Großherzogtum Hessen nahm der Landtag Anfang Juni den Vertrag zwischen Preußen, Hessen und Baden über die Vereinfachung der Verwaltung der Main-Neckar-Bahn an nach einer viertägigen Redeschlacht, in welcher die demokratischen, ultramontanen und sozialdemokratischen Redner leidenschaftliche Ausfälle gegen Preußen richteten. Diese bezogen sich weniger auf den neuen Vertrag, von dem eine Ersparnis von mehr als 600.000 Mark zu erwarten ist, als auf die seit 1896 bestehende hessisch-preußische Eisenbahngemeinschaft, die dem Lande jetzt jährlich mehrere Millionen Mark Erträgnis zuführt, während es früher jährlich erhebliche Zuschüsse leisten mußte. Der finanzielle Unterschied beläuft sich auf vier bis fünf Millionen Mark für das Land, außerdem haben die hessischen Eisenbahnbeamten das höhere Gehalt der preußischen erhalten und der Betrieb ist vielfach verbessert worden. Das preußische Eisenbahnnetz hat keinen finanziellen Vorteil davon gehabt, eher Einbuße erlitten, aber das wollen die hessischen Preußenfreier nicht einsehen, „se schimpfe ebbe über die Preuße“. Die nationalliberale Majorität der Kammer setzte indessen die Annahme des Vertrages durch, der eine wesentliche Verbesserung bedeutet. Auf der gleichen Höhe zeigte sich die Kammer bei der Beratung des Landtagwahlgesetzes. Nur die Einführung des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechtes wurde mit 38 gegen 2 Stimmen angenommen, die in der ersten Lesung beschlossene Wahlpflicht dagegen mit 20 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Da über die Zusammensetzung der künftigen zweiten Kammer keine Einigung zu erzielen war, wurde mit großer Mehrheit beschlossen, daß das jetzt bestehende Wahlrecht bis Ende 1907 in Geltung bleiben solle.

Der Großherzog Ludwig trat im Dezember eine Reise nach Indien an, während welcher das Staatsministerium zu seiner Vertretung bevollmächtigt wurde.

Der Landtag von Mecklenburg-Schwerin hat eine Verordnung angenommen, laut welcher den Angehörigen der reformierten und der katholischen Kirche die öffentliche Religionsübung zugestanden wird. Die Landschaft hat als Bedingung die landesherrliche Zusicherung daran geknüpft, daß die Niederlassung von katholischen Orden sowie die Zulassung von Bruderschaften und anderen Religionsgenossenschaften nur mit Zustimmung der Stände genehmigt werden darf.

Im Großherzogtum Oldenburg fielen die Neuwahlen für den Landtag im Oktober zu Ungunsten der agrarischen Partei aus. Die Wahlen

standen unter dem Einflusse des „Vareler Aufrufs“ der Liberalen, welcher diejenigen Landtagsabgeordneten auf den Index setzte, die in der letzten Session für die Erhöhung der Zivilliste des Großherzogs gestimmt hatten. Die Entscheidung fiel im Kreise Delmenhorst, wo die Liberalen mit den Sozialdemokraten einen Kompromiß abschlossen. Den Vorteil hatten natürlich die Sozialdemokraten, die sechs Sitze im Landtage erhalten haben.

Der Großherzog Friedrich August beging am 16. November seinen 50. Geburtstag. Man erinnerte sich bei dieser Gelegenheit vielfach daran, daß der Großherzog ein eifriger Freund der deutschen Flotte ist und aus eigenen Mitteln ein Schulschiff ausgerüstet hat.

Im Herzogtum Braunschweig hat die Regentenschaftsfrage wieder einige Wellen aufgeworfen. Bekanntlich liegt die Sache so, daß die deutschen Bundesregierungen das formelle Erbrecht des Herzogs Ernst August von Cumberland zugeben, aber von ihm die Anerkennung der Verhältnisse seit 1866 mit dem Verzicht aller Ansprüche auf Hannover verlangen. Der Herzog von Cumberland ist bisher, obgleich von vielen Seiten Vermittlungsversuche gemacht worden sind, niemals auf diese Bedingungen eingegangen und darum besteht in Braunschweig die Regentenschaft weiter. Im Februar hatte nun die „welfische Vereinigung“ an den Landtag den Antrag gerichtet, die Eingangsformel der Gesetze und Verordnungen möge lauten: „Im Namen Sr. kgl. Hoheit des Herzogs Ernst August.“ Die Regierung hatte darauf mit einer rechtlichen Darlegung der Regentenschaftsfrage geantwortet, die in welfischen Kreisen neue Erregung hervorrief, und der Landtag lehnte am 15. Mai den welfischen Antrag einstimmig ab mit der Begründung, daß der

Herzog von Cumberland nicht Landesherr sein könne, da er nicht Bundesfürst sei, und daß die Regentenschaft nicht in seinem Namen, sondern nur in seinem Interesse geführt werde, um seinen dauernden Ausschluß vom Throne zu vermeiden. Obgleich im Lande selbst die Regentenschaftsfrage ziemlich kühl behandelt wird, regten sich doch die Welfen auf, wobei sich namentlich der Landgerichtspräsident Dr. Dedekind und der Amtsrichter Dedekind hervortaten. Ersterer schrieb eine Flugschrift gegen die Regierungsvorlage und wurde dafür in allen Instanzen auf disziplinarem Wege zu einem Verweise und in die Kosten verurteilt. Im November nahm der Landtag einen Gesetzentwurf an, der die Regentenschaftsfrage für die Zukunft noch bestimmter regelt.

Im Fürstentum Reuß ä. L. starb am 19. April Fürst Heinrich XXII. Sein 1878 geborener Sohn ist schwachsinzig und zur Regierung unfähig. Es mußte somit eine Regentenschaft eingerichtet werden, die nach den Hausgesetzen Fürst Heinrich XIV. von Reuß j. L. antrat, der in seinem Lande die Regierung schon seit Jahren an seinen Sohn abgetreten hatte. Mit dieser Regentenschaft ist eine Anomalie im Körper des Deutschen Reiches verschwunden. Bekanntlich war der verstorbene Fürst Heinrich XXII., bei sonst vorzüglichen Eigenschaften, ein ausgesprochener Gegner der Neugestaltung Deutschlands und machte sein Land zu einem Unterkunftsort für alle welfischen und sonstigen partikularistischen Elemente, womit die Bevölkerung keineswegs einverstanden war. Sie feierte darum auch schon am 29. Mai den 70. Geburtstag des neuen Regenten mit schwarzweißroten Fahnen. Auch der Sedantag wurde, in der sonst im Deutschen Reich üblichen Weise, zum ersten Male begangen.

Österreich-Ungarn.

Die gemeinsamen Angelegenheiten. * Heer und Marine. * Die Reise des Thronfolgers. * Österreich und Ungarn. * Ausgleich und Zolltarif. * Der Reichsrat. * Vom Hofe. * Verschiedenes. * Aus dem Parteileben. * Von den Tschechen und Polen. * Die Kanalbauten. * Aus Ungarn.

Wer die österreichisch-ungarische Monarchie einigermaßen kennt, den muß die vielfach geäußerte Behauptung über einen Zerfall Österreichs wie eine Fabel anmuten, die man erfunden hat, um sich und anderen mit müßigem Gedankenspiel die Zeit zu vertreiben. Die Lebenskraft dieses Staates als solcher wird meist unterschätzt, sie beruht auch keineswegs auf der Stärke der dynastisch-geschichtlichen und der geographisch-wirtschaftlichen Bande, sondern einfach auf dem zwingenden Umstande, daß dieser Staat eine politische Notwendigkeit für Europa ist. Man wolle sich doch nur einmal einen Zerfall Österreichs denken: wohin sollen denn die einzelnen Teile fallen? Soll Deutschland das sogenannte Deutschösterreich mit sechs Millionen Tschechen und einem Land voll Alptramontaner anders als im äußersten Notfall annekstieren, was soll das in Asien vollauf beschäftigte

Rußland mit Galizien oder gar mit Ungarn anfassen, oder was würde ein selbstständiges Königreich Ungarn bedeuten mit seiner starken rumänischen Bevölkerung neben dem aufstrebenden Königreich Rumänien? Es ist selbst fraglich, ob das immer gern annekstierende Italien mit der triestinisch-dalmatinischen Küste ohne Hinterland zufrieden sein würde. Umgekehrt haben die Völker Österreichs das dringende Bedürfnis, beisammen zu bleiben, vielleicht bis auf einige Italienissimi, sie zanken sich wohl wacker untereinander, vielleicht auch bloß, weil dies nach dem Aufkommen der Parlamente und Zeitungen zur Mode gehört, aber auseinandergehen wollen sie gar nicht, am wenigsten die Deutschen, obgleich sie immer schreien, weil es ihnen politisch schlecht geht, da sie das Zusammenhalten nicht verstehen. Selbst Schönerer, der im Wiener Abgeordnetenhaus „Hoch die Hohenzollern!“ gerufen hat, würde

dies nach einer Annexion durch Deutschland nie wieder tun, sondern sich höchstens den Welfen anschließen, falls ihn die Leiden mögen. Über Österreich-Ungarn urteilt jeder Kenner, daß es die heutige Überspannung des nationalen Treibens überstehen wird, denn so etwas dauert nicht ewig und ist bloß durch die Entartung des Parlamentarismus gefördert worden. Die Regierung wird immer der Begehrlichkeit der kleinen Völkerschaften, die gar keine eigene Kultur haben können, aber gerade deshalb ihre Mundarten so hochhalten, die Staatsnotwendigkeiten scharf entgegenhalten, und die werden schon ihre Schuldigkeit tun. Den Staat auflösen will niemand.

Natürlich ist so ein Völkergemisch parlamentarisch noch schwerer zu regieren wie ein national einheitlicher Staat, denn nationale Interessen lassen sich nicht leicht einer Mehrheit unterwerfen, zwingend können da nur politische und wirtschaftliche Einflüsse wirken. Aber diese Wirkung kommt von selbst, man muß nur Geduld haben, dann fällt die Überspannung des Nationalismus in sich selbst zusammen. Eine energische äußere Politik kann freilich ein solches Staatswesen nicht führen, aber es bedarf auch einer solchen gegenwärtig in Europa kaum, wo sie aber hervortritt, wird sie mit ruhiger Konsequenz geleistet, wenn auch ihre eigentlichen Aufgaben nicht mehr in Mitteleuropa, sondern auf der Balkanhalbinsel liegen, wo gestützt auf den Dreibund, ein auf gleichartigen Interessen beruhendes gemeinsames Vorgehen mit Rußland eingehalten wird. Warum die Ausschreitungen des parlamentarischen Treibens gerade in Österreich, einmal diesseits der Leitha, das andere Mal jenseits, in oft bedenklicher Weise hervortreten, geht schon zum Teil aus dem Vorstehenden hervor, zum anderen Teil aus der nach dem Süden wachsenden Heftigkeit des Temperaments, das nicht immer durch die Gesittung einer höheren Kultur, die durch äußere Formen nicht ersetzt werden kann, gemäßigt wird. Man muß das eben auch mit Geduld hinnehmen und abwarten, ob der heutige Tiefstand des Parlamentarismus eine Reform vom Innern heraus zu stande bringen wird, oder ob die Staaten schließlich genötigt sein werden, einen sich als unfähig erweisenden Parlamentarismus durch einen anderen staatlichen Apparat zu ersetzen. Die österreichisch-ungarische Monarchie hat gar keinen Anlaß, auf diesem Gebiete mit bahnbrechenden Experimenten vorzugehen, und kann es ruhig der Zeit überlassen, ob die Völker endlich dahinter kommen, daß die parlamentarischen Mühlen nicht bloß klappern, sondern auch Mehl geben müssen. Durch den wirtschaftlichen Druck von unten, durch bestimmte Willensregungen von oben kann und wird man die politische Versumpfung, in die die Reichsangelegenheiten zum Teil schon geraten sind, beseitigen, und zwar um so schneller und energischer, je mehr man sich von der Täuschung der vierzigerjahre losmacht, daß Volksvertretungen allein genügen, um die Völker zu beglücken.

Es ist erfreulich daß der greise Kaiser Franz Joseph, der in beiden Reichshälften wirklich verehrt wird, den Grundfehler des modernen Staatslebens durchblickt, ohne aber auf die Methoden früherer Zeiten zurückzugreifen und den ihm selbst von sehr liberaler Seite deutlich nahegelegten Ab-

solutismus wieder einzuführen, sondern in feiner zurückhaltender Weise die Zügel der Regierung selbst in die Hand nimmt und nicht mehr die Parteien, Adels- und Finanzcliquen ungehindert politisch wirtschaften läßt. Die Festigkeit, mit der er das den Feudalkreisen ziemlich fernstehende, objektiv ausgleichend wirkende Geschäftsministerium Koerber hält, das selbst den immer gehätschelten Magyaren gegenüber Halt gefunden hat, beweisen die neue Wendung und lassen auf eine bessere Zukunft hoffen. Auch der Lärm der Unabhängigkeitspartei in Ungarn ist ein Beweis dafür, daß man dort merkt, es wird anders werden, aber jede weitergehende magyarische Agitation würde sich selbst überschlagen, und die Ungarn besitzen genug politische Führer mit gereiftem Blick, die ganz genau übersehen, daß das Abkommen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland sich keineswegs auf die Balkanhalbinsel allein bezieht. Sie dürften aus der Promptheit, mit der die beiden Ministerpräsidenten nach dem Zustandekommen des deutschen Zolltarifs in wenigen Tagen und noch im letzten Moment die Verhandlungen über den Zolltarif und den Ausgleich fertigbringen mußten, ersehen haben, daß von nun an ernste Politik getrieben wird und daß das Überlisten und Ausnützen der gegnerischen Schwäche aufhört. Wie die Dinge heute liegen, hat das Jahr 1902 noch keine entscheidende Erklärung gebracht, das Jahresende schloß sogar noch ziemlich aussichtslos, aber es liegen deutliche Anzeichen dafür vor, daß die abnormale Lage, in der sich Österreich seit langer Zeit befindet, ihrem Ende zuneigt. Und die Persönlichkeit des greisen Herrschers bildet einen festen Damm gegen die Zerfetzung, die der Kampf der Nationalitäten mit sich führt.

Die gemeinsamen Angelegenheiten.

Die Stellung Österreich-Ungarns zur großen Politik hat sich im Jahre 1902 nicht geändert, vielmehr durch Erneuerung des Dreibundes und eine weitere Verständigung mit Rußland eine Kräftigung in der bisherigen Richtung erfahren. Ziemlich weitgehende Aufschlüsse über die auswärtige Politik pflegen alljährlich die Exposés des leitenden Ministers in den Delegationen zu geben, und selbst für das Ausland erschließt sich meistens eine reichere Fülle von politischen Feststellungen, als sie sonst Blaubücher oder gelegentliche Beantwortungen von Interpellationen über Fragen der äußeren Politik zu ergeben pflegen. Auch diesmal entwickelte Graf Goluchowski am 8. Mai sein politisches System des status quo in dem Sinne, daß er den russisch-französischen Zweibund als eine wertvolle Ergänzung des Dreibundes hinstellte und auch in dem Bündnis zwischen England und Japan für Ostasien und sonstigen Vereinigungen zu besonderen politischen Zwecken eine Vermehrung der Friedensbürgschaften sieht. Jedenfalls sorgt ein solches System dafür, daß alle Erschütterungen außerhalb der Hauptgruppen angehörigen Staaten verhindert oder wenigstens gemildert werden und in keinem Falle mehr einen schädlichen Rückschlag auf die Beziehungen der Großmächte untereinander ausüben können. Die Großmächte bilden also gewisse

politische Trusts, welche die Regelung und Ausgleichung der politischen Fragen und Schwierigkeiten in die Hände nehmen. Unstreitig erfährt die auswärtige Politik dadurch eine Vereinfachung, wenn sie sich auf die Interessen der großen Hauptgruppen beschränkt und die kleinen nötigt, still zu sein. Es liegt das ganz in der Entwicklung unserer Zeit, sowohl nach der wirtschaftlichen wie nach der politischen Seite hin, und hat auch seine Geltung für die Gestaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie, in der auch die Unterordnung der kleinen nationalen Interessen zur Notwendigkeit wird. Man hat das in den kleinen Völkerschaften herausgeföhlt und die Zustimmung zu den Ausführungen des Grafen Goluhowski war nicht so allgemein wie früher.

Noch mehr fallen die aufhellenden Gesichtspunkte der Goluhowskischen Rede auf die Verhältnisse der Balkanhalbinsel. Es ist den gemeinsamen Bemühungen Österreich-Ungarns und Rußlands gelungen, die friedliche Ordnung dort annähernd aufrecht zu erhalten. Die Petersburger Verständigung von 1897 stellt sich als festes Übereinkommen dar, das nicht nur den Verzicht auf Gebietserweiterungen, sondern auch auf den früheren Wettbewerb als „Vormacht“ auf der Balkanhalbinsel und auf jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten der einzelnen slavischen Staaten einschließt. Die Aufrechterhaltung früherer Beziehungen und kleine Freundlichkeiten, welche die Entwicklung der einzelnen Staaten fördern, sind dabei keineswegs ausgeschlossen, wenn z. B. Rußland die bulgarische Anleihe in Paris vermittelt oder Österreich mit den Balkanstaaten Konsularverträge abschließt. Man bezweckt die genaue Einhaltung des status quo auf der Balkanhalbinsel, freilich muß dabei vorausgesetzt werden, daß die Türkei mit „Sanierungsmaßregeln“ vorgeht und ihre fehlerhafte Verwaltung reformiert. „Es wäre ein kaum zu rechtfertigender Optimismus,“ sagte Graf Goluhowski, „wollte man sich der Erkenntnis verschließen, daß die Zustände im klassischen Wetterwinkel unaufhörlich viel zu wünschen übrig lassen.“ Die Beziehungen zu Rußland bezeichnete er „als eine der erfreulichsten Erscheinungen, die in jüngster Zeit auf dem politischen Gebiete wahrzunehmen waren, weil damit vielfach Gefahren eingedämmt zu werden vermögen, die zu dem ständigen Inventar der Beunruhigung auf dem europäischen Kontinent gehören... In einer engen Übereinstimmung zwischen beiden Kabinetten liegt überhaupt das sicherste Mittel, um unser Übereinkommen vor äußerlichen und tieferen Differenzen zu bewahren, denn so sehr die Regierungen der beiden Staaten von dem einmütigen Wunsche beseelt sind, ihr Tun und Lassen in die Dienste des Friedens zu stellen, so ist andererseits der Umstand nicht zu übersehen, daß die Ziele ihrer Politik in einem starken Gegensatz zu den Aspirationen einer Reihe unlauterer Elemente stehen, die keine Mühe scheuen, um durch tendenziöse Ausstreuungen von Verdächtigungen das Einvernehmen zu untergraben, welches neben anderen Vorzügen auch die Eigenschaft besitzt, gerade ihnen erfolgreich das Handwerk legen zu können.“ Diese hier in ihren Grundlinien mit großer Klarheit geschilderte Politik hatte schon im Februar durch die

Reise des Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand eine Kräftigung erfahren und erhielt zum Jahreschluß eine neue Bestätigung durch die Rundreise des russischen Ministers des Äußern Grafen Lamdorff nach allen Hauptstädten der Balkanhalbinsel und dem sich daran anschließenden Besuch in Wien, wo Besprechungen des russischen leitenden Diplomaten mit dem Kaiser Franz Joseph und dem Grafen Goluhowski stattfanden.

Die Delegationen waren am 6. Mai in Wien eröffnet worden, und in der österreichischen Delegation wurde Dr. Baernreither zum Vorsitzenden gewählt. Früher hatte der Obmann des Polenklubs von Jaworski diese Stelle bekleidet, er hatte aber diesmal abgelehnt. Sein Alter und seine zunehmende Taubheit sind ja ein ausreichender Grund dafür, aber trotz des bestimmten Dementis wurde in keineswegs böswilligen Kreisen daran festgehalten, daß der ausschlaggebende Grund in der neuen Polenpolitik Preußens zu suchen sei, um derenwillen der Obmann des Polenklubs nicht gesonnen gewesen sei, der auswärtigen Politik der Monarchie samt der Erneuerung des Dreibundes im Namen der Delegation Anerkennung auszusprechen. So fiel der Vorsitz in der österreichischen Delegation an die Deutschen zurück, denen er von Rechts wegen auch gebührt. Am folgenden Tage wurden die Delegationen vom Kaiser Franz Joseph empfangen. Dr. Baernreither betonte in seiner Ansprache, die Delegation werde sich ihren Pflichten gewissenhaft unterziehen und sowohl die auswärtige Politik sowie die Prüfung des Heeresbudgets eingehend in Erwägung ziehen, auch das in diesem Jahre über den gewöhnlichen Rahmen hinausgehende Erfordernis; dabei die Schlagfertigkeit der Armee ernst ins Auge fassen, zugleich aber auch die schwierige Lage der Landwirtschaft, des Gewerbes und der Industrie. Die Monarchie werde sich um so leichter an dem wirtschaftlichen Kampfe beteiligen können, wenn es gelänge, um die unverminderte Kraft der beiden Teile ein sicheres und dauerndes Band zu schlingen. Das dadurch wachsende Bewußtsein der Kraft werde dann auch manchen inneren Streit beseitigen. Der Präsident der ungarischen Delegation Graf Andrássy sprach das unbedingte Festhalten am Dreibunde aus, der den europäischen Frieden und unsere Interessen am besten sichert, und begrüßt auch das Einvernehmen mit Rußland über die Balkanhalbinsel, deren Schutz unsere Interessen gebieterisch fordern, und der darin besteht, daß die freie Entwicklung der Balkanvölker vor jedem einseitigen Drucke bewahrt werde. In der in beiden Delegationen gleichlautenden Thronrede als Antwort auf die Ansprachen der Präsidenten sagte der Kaiser: „In dem seit der letzten Session der Delegationen verlaufenen Jahre hat die allgemeine politische Lage keine wesentliche Änderung erfahren. Nach wie vor ist das unausgesetzte Bestreben meiner Regierung auf die Pflege des engen Verhältnisses zu unseren Verbündeten sowie vertrauensvoller Beziehungen zu allen anderen Mächten gerichtet und trägt hiedurch zur Erhaltung und Konsolidierung des europäischen Friedens

bei. Auch ist speziell unser stets freundschaftliches Einvernehmen mit dem russischen Reiche bezüglich der Vorgänge im näheren Orient dem Fortbestande der Ruhe und Ordnung in jenen Gebieten förderlich.“ Der Kaiser gedachte dann noch der Beteiligung der österreichisch-ungarischen Flotte an der Unterdrückung des chinesischen Aufstandes und betonte, daß die Mehraufwendungen für Heer und Marine in den engsten Grenzen des Notwendigen gehalten seien sowie daß Bosnien und die Herzogewina sich in fortwährender Entwicklung befinden und die Kosten ihrer Verwaltung durch die eigenen Einnahmen decken.

Die Antwort des Kaisers machte besonders wegen der deutlichen Betonung der Erhaltung des Dreibundes und des engen Verhältnisses mit Rußland einen sehr günstigen Eindruck. Nach dem Empfang der beiden Delegationen hielt der Monarch wie üblich Cercle und sprach dabei jeden einzelnen der Delegierten an. Bei den Mitgliedern der österreichischen Delegation erkundigte er sich nach den Verhältnissen der einzelnen Länder und sprach über die Arbeiten des Reichsrates und der Landtage, er gab dabei der Hoffnung Raum, daß die Budgetdebatte unter Vermeidung eines weiteren Budgetprovisoriums vor Ende des Monats zu Ende gebracht werden würde. Der tschechische Delegierte Dr. Pazař benutzte die Gelegenheit, zu betonen, daß die Jungtschechen ihre Forderungen nur vorläufig zurückgestellt hätten und sie würden ihre Haltung ändern, wenn ihnen in der Sprachenfrage nicht ihr Recht geschehe. Der Kaiser sprach darauf den Wunsch aus, daß der nationale Friede bald hergestellt werde. Mit den ungarischen Delegierten sprach der Monarch über die letzten Wahlen, erkundigte sich nach den herben Frostschäden der letzten Tage und betonte die Notwendigkeit der Verstärkung der Marine. Nachmittags gab der Minister des Äußeren im Budgetausschuß der österreichischen Delegation sein Exposé über die politische Lage, dessen Teil, der die auswärtige Lage behandelt, wir schon am Eingang dieses Kapitels skizziert haben. Er besprach aber auch weiterhin die sich aus dem Erlöschen der Handelsverträge für die nächste Zeit ergebende Lage für die Monarchie und die beiden Reichshälften und betonte, daß die Verhandlungen trotz mancher Schwierigkeiten bei einigem guten Willen doch zu Ende zu bringen sein würden. Das Setze aber eine vollständige Übereinstimmung zwischen den beiden Teilen der Monarchie voraus, damit sie dem Ausland gegenüber als geschlossenes und standkräftiges Ganze auftreten können und nicht etwa durch mangelhafte Bestellung des eigenen Haushaltes schon a priori in Nachteil gesetzt werden. Es müßten von jeder Seite einige Opfer gebracht werden, wenn man zu einer billigen Verständigung gelangen wolle, und namentlich müßten die Alliierten dahin trachten, sich miteinander abzufinden, damit sie einen vertraglosen Zustand vermeiden und vielmehr ihre wirtschaftlichen Beziehungen mit den politischen möglichst in Einklang bringen. Für die österreichische Monarchie gelte es, wenn sie nicht Gefahr laufen wolle, in eine höchst ungünstige Lage zu geraten und die Seche allein bezahlen zu müssen,

dafür zu sorgen, daß sie eine gemeinsame Operationsbasis schaffe, auf der sie ihre Ansprüche bei den Verhandlungen mit den fremden Staaten erfolgreich vertreten könne. Eine Vereinbarung über den gemeinsamen Zolltarif und die Durchführung des wirtschaftlichen Ausgleichs zwischen Österreich und Ungarn seien die unausweichlichen Voraussetzungen dafür. Merkwürdigerweise wurde diese letzte Wendung in der Rede des Ministerpräsidenten in Ungarn als ein Eintreten des Ministers des Äußeren für den Standpunkt des ungarischen Ministerpräsidenten v. Szell gegen den österreichischen Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber aufgefaßt.

Die Beratungen der Delegationen pflegen in Österreich selten größere Aufmerksamkeit zu erregen — von dem Exposé über die auswärtige Politik abgesehen — weil sie durchweg geschäftsmäßig und ohne Zwischenfälle verlaufen. Sie zeigen den einen großen Vorteil des indirekten Wahlsystems, aus dem reifere und geschäftserfahrenere Leute hervorgehen wie aus der direkten Wahl, wo häufig mündliche Schlagfertigkeit und agitatorische Begabung den Ausschlag geben. Diesmal waren aber die Debatten von größter Tragweite, und namentlich die Beratung des Militäretats gestaltete sich in der österreichischen Delegation bewegter, als das bisher der Fall war. Der Voranschlag des Kriegsministeriums enthielt ein Mehrfordernis im Ordinarium von 5,998.000 Kronen, davon 4,259.212 Kronen für 14 Feldhaubitzen-Batterien in Tirol; in einer besonderen Vorlage suchte das Kriegsministerium außerdem die Bewilligung von 30 Mill. Kronen für 1902 zur Schaffung des neuen Feldhaubitzen- und neuen Gebirgsgeschützmaterials an. Das Modell für die neuen Gebirgsgeschütze und die Haubitzen ist bereits angenommen, für das Feldgeschütz sollen dagegen die Versuche noch fortgesetzt werden. Sollten sie im Jahre 1902 zum Abschluß gelangen, so will die Kriegsverwaltung im Jahre 1903 einen weiteren Teil der einmaligen Anschaffungskosten für die Feldgeschütze, jedoch nicht über 40 Millionen Kronen, in Anspruch nehmen. In einer weiteren Vorlage werden noch für das Jahr 1902 1,552.000 Kronen zu den bis zum 1. Oktober durchzuführenden Maßnahmen beansprucht. Die eigentliche Ursache für die hieran geknüpften bewegteren Debatten lag weniger in den Heeresforderungen selbst als in dem Umstand, daß General der Kavallerie, Frhr. v. Kriegerhammer, Kriegsminister war. Von den deutschen Parteien waren der verfassungstreue Großgrundbesitz, das katholische Zentrum und die Fortschrittspartei für die Bewilligung der neuen Forderungen, während die Alldeutschen, die deutsche Volkspartei und auch die Christlichsozialen eine oppositionelle Haltung einnahmen. Übrigens waren es auch bei den letzten beiden Parteien nach den ausdrücklichen Ausführungen ihrer Redner keine politischen Gründe, die sie zur Ablehnung bestimmten, sondern Mangel an Vertrauen zum Kriegsminister, dem sie namentlich zum Vorwurf machten, daß er den gänzlich unpolitischen „Verein der pensionierten Offiziere und Militärbeamten“ verfolgt und bei den Anschaffungen für das Heer die ständigen Beschwerden des Handwerker- und Bauernstandes nur unvollkommen berücksichtigt habe.

In den Debatten wurde auch die Forderung nach Einführung der zweijährigen Dienstpflicht mit Nachdruck erhoben, und der Kriegsminister erwiderte darauf, diesem Wunsche könne nur unter gleichzeitiger Erhöhung der Präsenzstärke Rechnung getragen werden. Ferner wurde die Reform der veralteten Militärstrafprozessordnung von fast allen Rednern lebhaft gefordert, es konnte zunächst nur darauf erwidert werden, daß sich die Angelegenheit noch im „Stadium der Vorarbeit“ befindet, was allerdings schon seit etwa zwei Jahrzehnten der Fall ist. Die Polen ließen bei der Militärdebatte auch eine Erklärung vom Stapel, die im Polenklub unter starken Ausfällen gegen die preussische Polenpolitik vorbereitet worden war. Man hatte eine sehr heftige Auslassung erwartet, aber die Herren Polen hatten inzwischen Wasser in den brausenden Wein ihrer Entrüstung gegossen und Herr v. Jaworski begnügte sich damit, die Bewilligung der neuen Militärforderungen damit zu begründen, daß nur ein starkes und mächtiges Österreich, das nach allen Seiten hin achtungsgebietend und selbständig dasteht, in der Lage sei, den unter dem Zepter der Habsburger vereinten Völkern eine freie Entwicklung zu sichern. Die stärkere Betonung des nationalpolitischen Gesichtspunktes, wie sie im Polenklub ange-regt worden war, unterblieb also, denn die Herren Polen sind kluge Leute, die sich hüten, ihre Stellung „nach oben“ zu verschärfen. Sie verlassen sich in-zwischen auf die geheime politische Agitation, in der sie ja von jeher Meister gewesen sind. In den österreichischen Delegationen wurden in diesem Jahre zum ersten Male Angriffe gegen die Einrichtung der Delegationen gerichtet, jedoch weder im Sinne einer vollständigen Trennung der Reichshälften noch in der Richtung einer Verkleinerung ihrer Gerech-tsame, sondern im Gegenteil mit dem Verlangen einer zweckmäßigeren Gestaltung und wirkungsvolleren, verfassungsmäßigen Berechtigungen für die Gesetzgebung in gemeinsamen Angelegenheiten. Diese For-derung steht im vollen Gegensatz zu der in Ungarn zu Tage getretenen Abneigung gegen die Dele-gationen; man arbeitet dort auf eine völlige Trennung der Beziehungen zwischen beiden Reichs-hälften hin.

In der ungarischen Delegation ging es nicht ohne Demonstrationen ab, die von der Opposition ausgingen und gegen den Dreibund wie gegen das Institut der Delegationen selbst gerichtet waren. Die Opposition gegen den Dreibund ist in Ungarn nicht neu, allein in diesem Jahre trat sie schärfer hervor, aber auch wohl kaum, weil die Abneigung inzwischen größer geworden wäre, als vielmehr darum, weil man dem Ministerium Szell An-gelegenheiten bereiten wollte. Die Akerikal-konser-vative Volkspartei nahm dabei den Standpunkt ein, daß der Dreibund nicht mehr notwendig sei, seitdem sich die Monarchie mit Rußland über die Balkan-halbinsel verständigt habe. Aus dem Lager der Regierungspartei wurde darauf erwidert, daß in dem Augenblicke, in dem der Dreibund oder das Bünd-nis mit Deutschland aufhöre, auch für Rußland jeder Grund zu einem Einvernehmen mit Österreich-Ungarn wegfallen würde. Die Unabhängigkeitspartei, also die Anhänger Kossuths, nahm vollständig

den deutschfeindlichen Standpunkt der Tschechen ein, nach welchem das deutsch-österreichische Bündnis nur den Zweck habe, Deutschland die Ergebnisse von 1870/71 zu garantieren. Den Tschechen und Kossuthianern wäre doch dagegen zu bemerken, daß sie ihre deutschfeindliche Rolle in Österreich überhaupt nur spielen können, solange das Bündnis zwischen Deutschland und Österreich besteht. Mit demselben Zeitpunkt, in welchem dieses aufhören und Deutsch-land der österreichisch-ungarischen Monarchie gegen-über eine unfreundliche Stellung einnehmen würde, etwa wie vor 1866, würden namentlich die Tschechen, aber auch die Hitzköpfe unter den Magyaren, wohl ihr deutschfeindliches Gebaren mäßigen müssen, weil sie im Grunde doch vor nichts mehr Angst haben wie vor der preussischen Pickelhaube, deren Wieder-erscheinen auf österreichischem Boden dann nicht mehr zu den Unmöglichkeiten gehören würde.

Die Kossuthpartei versuchte auch eine Demon-stration gegen die Delegationen, indem sie die Öffent-lichkeit der Sitzungen des Heeresausschusses er-zwingen wollte. Die ungarische Delegation ist dar-um seit längerer Zeit der Gegenstand heftiger An-griffe der Opposition im Abgeordnetenhaus, weil in ihren Verhandlungen, namentlich in den Aus-schüssen, den gemeinsamen Ministern zuliebe viel-fach deutsch gesprochen wird. Um dagegen zu demon-strieren, versuchten zwei Mitglieder der Kossuth-partei in die Sitzung des Heeresausschusses der un-garischen Delegation einzudringen, was aber ver-hindert wurde, indem der rechtzeitig davon unter-richtete Präsident des Ausschusses die Türen hatte schließen lassen. Darauf entstand in der folgenden Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses ein furchtbarer Lärm, weil die beiden Abgeordneten den Vorgang für eine Verletzung ihres Immunitäts-rechtes erklärten und andere Abgeordnete den Mi-nisterpräsidenten wegen dieses „ungefährlichen Vor-gehens der Delegation“ interpellierten. Minister-präsident v. Szell wies diese Klagen zurück, da die Delegation ihre Geschäftsordnung selbständig regelt. Darauf zogen etwa 40 Mitglieder der Oppositionsparteien nach dem Nationalmuseum, wo der Heeresausschuß der ungarischen Delegation ge-rade eine Sitzung abhielt, und drangen in den Sitzungs-saal ein, worauf der Vorsitzende Graf Szapary sofort die Sitzung schloß. Die Oppo-sitionellen erklärten darnach, sie würden nun jede Ausschusssitzung unmöglich machen, solange nicht ihre Forderung auf Zulassung bewilligt worden sei. Nach mehrtägigen Verhandlungen wurde ein Abkommen dahin getroffen, daß die nicht in die Dele-gation gewählten ungarischen Abgeordneten in den Ausschüssen der ungarischen Delegation zugegen sein dürfen, falls die Sitzungen nicht als vertrauliche erklärt worden seien. Die Absicht der Opposition ging nicht allein darauf aus, der Regierung Ange-legenheiten zu bereiten, sondern auch einen neuen Stoß gegen den Dualismus zu führen.

Die Verhandlungen der Delegationen über die Okkupationsländer, Bosnien und die Herzegovina, boten manches Interessante. Be-merkenswert ist die Andauer der Auswanderung der Mohammedaner, die ja Kenner der Verhältnisse vorausgesagt haben. Überall zeigen die Mo-

hammedaner, namentlich die ungebildeteren, große Abneigung, sich unter eine christliche Obrigkeit zu fügen, auch wenn diese mit aller Rücksicht vorgeht und ihre Anordnungen zweckmäßig und nützlich sind. So wanderten nach den Angaben des Reichsfinanzministers v. Kallay im Jahre 1899 112 Mohammedaner aus, im Jahre 1900 belief sich ihre Zahl auf 7684 und 1901 waren es 4061. Als Grund für diese Bewegung gab der Minister die Agitationen unter dem Deckmantel der Gefährdung des Glaubens an. Von magyarischer Seite ist auch behauptet worden, daß von griechisch-katholischer und römisch-katholischer Seite Propaganda getrieben und Benachteiligungen der Mohammedaner ins Werk gesetzt würden. Man hatte auch eine mohammedanische Deputation aus Bosnien auf die Beine gebracht, die ihre Beschwerden vor dem Throne vorbringen sollte. Sie wurde aber gar nicht vorgelassen, weil der Vorgang nicht viel mehr wie eine von magyarischen Agitatoren eingeleitete nationale Demonstration war, die ihre Spitze gegen die Serben und Kroaten kehrte. Von Interesse waren die Mitteilungen des Ministers, daß Vorbereitungen getroffen werden, die Bevölkerung zur Teilnahme an der Verwaltung heranzuziehen, indem man Kreistage mit vom Volke gewählten Mitgliedern schaffen will. Mit der Einhebung der Zehnten scheint der Minister nicht mehr ganz einverstanden zu sein, doch müsse man bei der Einführung von Steuern mit großer Vorsicht vorgehen. Der Minister erklärte sich auch bereit, wenn die beiden Ministerien und die Volksvertretungen darauf beständen, künftig die Schlußrechnungen vorzulegen, und betonte, es sei der beste Wille vorhanden, der aufgetauchten orthodoxen Kirchenfrage eine für alle Teile befriedigende Lösung zu geben. Sehr ausführlich waren die Berichte über Bosnien und die Herzegowina für die Delegationen gerade nicht, und doch hätte die Verwaltung der okkupierten Provinzen, die im allgemeinen bei der Lösung ihrer bedeutenden Kultur- aufgabe mit großer Weitsichtigkeit und Weisheit verfährt, das volle Licht der Öffentlichkeit kaum zu scheuen. Man erkennt ihre Leistungen im Auslande fast noch mehr an wie in Österreich-Ungarn selbst, wo sich das „bosnische Abenteuer“ noch immer keine recht warme Anteilnahme errungen hat.

Am 9. Juni hatten die Delegationen nach Erledigung des Marinebudgets ihre Arbeiten beendet. Nachdem die Übereinstimmung zwischen den Beschlüssen der beiden Delegationen festgestellt worden war, nahmen sie dieselben auch in dritter Lesung an, worauf die Session mit einer Huldigung für den Monarchen und unter den üblichen Dankesgebungen geschlossen wurde.

Heer und Marine.

Im Januar fanden unter dem Vorsitz des Kaisers Franz Joseph die alle Jahre üblichen Militärberatungen statt, die in diesem Jahre von besonderer Bedeutung waren, weil es sich um die Lösung der Geschützfrage handelte. Die Neubewaffung der Feldartillerie mit modernen Schnellfeuergeschützen ist in allen Staaten zur unabwieslichen Notwendigkeit geworden, nachdem Frankreich

mit der Einführung vorangegangen ist. Als Kaiser Wilhelm den militärischen Vertretern der Mächte vor sechs Jahren auf dem Tempelhofer Felde die soeben eingeführte deutsche Feldkanone mit Spornlafette vorführte, war jene Kanone das erste Feldgeschütz der Welt. Inzwischen ist sie von zwei Modellen nach verschiedener Richtung hin überholt worden. Die Modelle mit Federspornlafetten sind noch nirgends zur Einführung gelangt, dagegen hat Frankreich eine sehr vollkommene Schnellfeuerkanone mit Rohrrücklaufbremse für seine gesamte Feldartillerie eingeführt. Diese französischen Geschütze haben außerdem auch noch als weitere Neuerung Stahlschilde zum Schutz der Bedienungsmannschaften gegen Schrapnellfeuer. Zweifellos ist nun, daß alle Mächte nach einem Geschütz streben, das dem französischen Modell ebenbürtig ist, und daß sie es einführen werden, sobald sie darüber im Klaren sind. Bei der durchaus friedlichen Lage in Europa ist eine sorgsame Prüfung möglich, damit nicht sehr kostspielige Überstürzungen vorkommen. Die Militärberatungen in Wien bewegten sich nun in vier Richtungen. Die Versuche mit neuen Schnellfeuerkanonen sollen fortgesetzt und die endgültige Entscheidung bis zum Frühjahr 1903 verschoben werden. Die Versuche mit den neuen Gebirgsgeschützen sind derartig erfolgreich gewesen, daß mit der Anschaffung bereits begonnen wurde. Ferner sollen leichte Feldhaubitzen eingeführt werden, für welche bereits ein brauchbares Modell erprobt worden ist. Die Umgestaltung der Organisation der Feldartillerie wurde als vierter Punkt beraten und es wurde in Aussicht genommen, wie in Deutschland Batterien zu sechs Geschützen einzuführen, weil acht Geschütze für den Batteriekommandanten zu wenig übersichtlich sind; je drei Batterien bilden eine Division und zwei Divisionen ein Regiment, welches somit in Zukunft 36 Geschütze zählen wird.

Die Versuche mit den neuen leichten Feldhaubitzen haben Mitte Januar in Preßburg beim 14. Divisions-Artillerieregiment begonnen. Die Batterie bestand aus sechs 10 cm-Geschützen und sechs Munitionswagen. Die Rohre sind aus Schmiedebronze hergestellt und mit dem Verschluss System *Nemetz* versehen. Das Gesamtgewicht der Haubitzen war nicht größer als das jetzigen Feldgeschützes. Nach den Schießversuchen, die sehr günstige Resultate ergaben, wurde die Haubitzbatterie längeren Vorversuchen unterzogen. Schon am 9. Mai konnte der Reichskriegsminister *Krieghammer* im Budgetausschuß der österreichischen Delegation mitteilen, daß die neuen Haubitzen allen Anforderungen entsprechen, die man an ein solches Geschütz stellen könne. Der auf Österreich entfallende Anteil der Kosten für die neuen Haubitzen im Betrage von 25 Millionen Kronen wird durch vierprozentige Kronenrente gedeckt werden. Von der Gebirgsartillerie soll vorläufig nur eine Batterie aufgestellt werden. Was die Entscheidung über das neue Feldgeschütz betrifft, so erklärte der Kriegsminister in der bereits erwähnten Sitzung, daß sie noch einige Zeit erfordern würde, um die eingehenden Versuche mit neuen Modellen des Rohrrücklaufgeschützes, das nach der allgemeinen Ansicht das Geschütz der Zukunft sein dürfte, zu be-

enden. Dies sei vor Frühjahr 1903 nicht zu erwarten. Die Kosten der Neubewaffnung der Artillerie würden auf drei Jahre verteilt und das gesamte Material werde im Inlande beschafft werden. Zur Erprobung der neuen Modelle befanden sich drei Batterien in Graz, Budapest und Przemyśl, von denen die beiden letzten im Laufe des Sommers aufgelöst wurden, so daß nur noch die Probatterie in Graz übrig blieb, welche aus verschiedenen Geschützmodellen gebildet ist. Sie enthält Kanonen aus Schmiedebronze und aus Stahl, aber sämtlich mit Rohrrücklaufafetten von verschiedener Konstruktion. Außerdem sind bei der reitenden Batteriedivision in Budapest Ehrhardsche Rohrrücklaufgeschütze mit Spornlafetten eingeteilt. Mit diesen Modellen sind die Versuche auch über den Winter fortgesetzt worden, denn es handelte sich darum, die neuen Geschütze unter den verschiedensten Temperatur- und Wetterverhältnissen zu erproben, wo zu der milde Winter von 1891/92 keine ausreichende Gelegenheit gegeben hatte.

Die von der Armeeverwaltung für die Neubewaffnung der Artillerie, soweit sie zunächst in Angriff genommen werden sollte, geforderten Mittel waren von den Delegationen unverkürzt bewilligt worden, trotzdem ging die Heeresleitung am 1. Oktober noch nicht mit den projektierten Neureformationen vor. Man hatte sich noch im letzten Augenblick zu konstruktiven Änderungen an dem Modell der Feldhaubitze entschlossen, wodurch diese eine erhebliche Gewichtserleichterung erfuhr. Außerdem war die gesetzliche Bewilligung zur Einziehung der notwendigen Ersatzmannschaften noch nicht erfolgt, was in die Kompetenz der gesetzgebenden Körperschaften der beiden Reichshälften gehört. Die Erhöhung des Bestandes für Artillerie und Marine sollte nach den in der ungarischen Delegation abgegebenen Erklärungen 5200 Mann betragen, bis zur Regelung des Wehrgesetzes wolle man sich aber mit der Verlängerung der Übungen der Ersatzreservisten begnügen. Die Abneigung der maßgebenden Kreise gegen die bei dieser Gelegenheit von ungarischer Seite vorgebrachte Forderung auf Ausrüstung der Honvedarmee mit Artillerie soll dabei von Einfluß gewesen sein. An den ersten Tagen des November wurde ein Kronrat unter dem Vorsitz des Kaisers abgehalten, in welchem von dem Gesetzentwurf über die Heranziehung der Ersatzreservisten zum Dienst im aktiven Heer wieder abgesehen wurde, weil diese Absicht in Ungarn schon zu Straßentumulten geführt hatte, und die am 1. Oktober einberufenen Ersatzreservisten wurden nach achtwöchentlicher Übung wieder entlassen. Dafür wurde in den Parlamenten in Wien und Budapest eine neue Wehrevorlage eingebracht, nach welcher das Rekrutenkontingent für das Heerwesen um 22.000 Mann erhöht, aber auf die Heranziehung der Ersatzreservisten zum aktiven Dienst nicht verzichtet wurde; es sollten 6000 Ersatzreservisten des jüngsten Jahrgangs herangezogen werden. Diese Vorlage stieß, namentlich in Ungarn, ebenfalls auf den heftigsten Widerstand, da man behauptete, die Heranziehung der Ersatzreserve bedeute eine Umgehung des Wehrgesetzes, und die Oppositionspar-

teien kündigten schon die Obstruktion gegen die neue Wehrevorlage an. Der Finanzausschuß des ungarischen Abgeordnetenhauses nahm an derselben mehrere, wenn auch nicht tiefgehende Abänderungen vor, namentlich bei der Beurteilung der Ersatzreservisten. Das Abgeordnetenhaus in Wien war zwar augenblicklich zur Beratung der Vorlage unfähig, aber nach allem, was von da über Meinungen und Stimmungen herauschaltete, war es der Wehrevorlage gegenüber so unfreundlich wie möglich.

Nachdem schon mehrfach Krisengerüchte aufgetaucht waren, überraschte es schließlich niemand mehr, als der Kriegsminister G. d. K. Frhr. von Kriehammer sein Demissionsgesuch einreichte, das am 20. Dezember genehmigt wurde. Über die Wehrevorlage bestand zwischen dem Kriegsminister und den beiden Regierungen keine Übereinstimmung mehr. Zum Nachfolger des Frhrn. v. Kriehammer wurde FML. v. Pitreich ernannt, der bisher Stellvertreter des Generalstabschefs FML. Frhrn. v. Beck gewesen war. Er galt als ausgezeichnete Kenner der Bedürfnisse des Heeres und ein vorzüglich theoretisch gebildeter Offizier, dessen Wissen und Erfahrung auf allen Seiten anerkannt wird. Es war ein sehr schwieriges Amt, das er übernahm, denn es gilt, die Bedürfnisse der Armee und die Forderungen der Bevölkerung sorgsam abzuwägen und in Einklang zu bringen. Die österreichisch-ungarische Armee ist numerisch bedeutend in der Entwicklung hinter den Heeren der angrenzenden Mächte zurückgeblieben und wird eine Erweiterung erfahren müssen, die wahrscheinlich auch im Verein mit der Einführung der zweijährigen Dienstzeit vor sich gehen wird. Daß diese Reformen mit bedeutenden Mehrkosten verbunden sein werden, bedarf wohl nach den ähnlichen Vorgängen im Deutschen Reich keiner weiteren Ausführung. Wenn auch im Wiener Abgeordnetenhaus der Landesverteidigungsminister FML. Graf Welserheim noch am 15. März als Standpunkt der Heeresleitung kundgab, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen von einer Verkürzung der Wehrpflicht nicht die Rede sein könne, so dürfte sich inzwischen eine Änderung in dem Sinne vollzogen haben, daß man nicht nur eine prinzipielle Erklärung zu Gunsten der zweijährigen Dienstzeit abgeben, sondern auch die ersten tatsächlichen Schritte zur Verwirklichung derselben einleiten wird.

In den ersten Tagen des September fanden zwischen Triest und Pola große kombinierte Manöver der Land- und Seestreitkräfte statt, an denen Kaiser Franz Joseph, die Erzherzoge Franz Ferdinand und Rainer, sowie der Generalstabschef Frhr. v. Beck teilnahmen. Der Kaiser traf am 1. September von Ischl in Pola ein und wurde mit großer Begeisterung empfangen. Am demselben Tage erfolgte in Triest die Einschiffung der Truppen auf vier Lloydampfern, Artillerie mit Geschützen, sowie Infanterie und Kavallerie wurden rasch und ohne Schwierigkeit an Bord gebracht. Das Geschwader und die Torpedoflotille liefen abends getrennt von Triest aus, wobei das Geschwader den Schutz der Transportdampfer übernommen hatte. Der Kaiser war von Pola aus

auf der „Miramare“ dem Geschwader entgegengefahren, auf welches in der Nacht auf der Höhe von Mirano ein Angriff der Torpedoflotille erfolgte, der aber von dem mit verdeckten Lichtern und mit voller Sicherung fahrenden Geschwader abgewiesen wurde. Am 2. September früh wurden die langsam fahrenden Lloyd-Dampfer vorausgeschickt. Das Geschwader führte an der Südspitze von Istrien taktische Manöver bei voller Fahrgeschwindigkeit und dann ein gefechtsmäßiges Schießen gegen auf hoher See angebrachte Scheiben aus. Hierauf ging die Torpedoflotille, dem Verteidiger zugewiesen, nach Pola ab, während sich das Geschwader westlich der Insel Sansego mit den Transportdampfern zur Angriffsflotte vereinigte, Lussin zum Ausgangspunkt seiner Operation machte und die leichte Division gegen Pola vorschob. Am 3. September erfolgte dann das Angriffs- und Landungsmanöver, währenddessen der Kaiser bei Portocuja ans Land ging, um das vollständig gelingende Kriegsschauspiel in nächster Nähe zu verfolgen. Nach beendetem Manöver begab sich Kaiser Franz Joseph auf die „Miramare“ zurück und fuhr abends, nachdem er in seiner Kritik die vollste Zufriedenheit ausgesprochen hatte, nach Wien.

Acht Tage darauf begannen in dem Gelände, welches sich zwischen der March und der Waag hinzieht, zum Teil von den kleinen weißen und den mährisch-schleischen Karpathen durchzogen, zum anderen Teil aber von den bis an die March reichenden, einen Hügellandscharakter tragenden Vorbergen ausgefüllt wird, die Kaisermanöver. Die Westarmee, unter dem Oberbefehl des G. d. K. Erzherzog Franz Ferdinand, bestand aus 57 Bataillonen, 32 Eskadronen, 108 Geschützen, 4 Pionierabteilungen, 5 Kriegsbrückenequipagen und einer Ballonabteilung, die Ostarmee stand unter dem Kommando des k. k. Erzherzog Friedrich und zählte 55 Bataillone, 37 Eskadronen, 92 Geschütze, 2 Pionierabteilungen, eine halbe Kriegsbrückenequipage und eine Ballonabteilung. Die den Manövern zu Grunde liegende Idee war, daß eine Armee aus Mähren gegen die auf dem linken Ufer der Donau zwischen Wien und Tulln stehende feindliche Hauptarmee im Vorrücken begriffen ist, die Westarmee bildet die linke flankendeckung der vormarschierenden Armee und wendet sich gegen mehrere aus Oberungarn anmarschierende feindliche Infanteriedivisionen, die am 9. September die Linie Ungarisch-Brod—Waag—Neustadt erreicht haben. Die Westarmee soll diesen Gegner gegen das Waagtal zurückwerfen. Kaiser Franz Joseph traf am 11. September nachmittags in Schoßberg (ungarisch: Sasvar) ein und fuhr, trotz des strömenden Regens, von der wartenden Bevölkerung begeistert begrüßt, nach dem Hauptquartier, von wo er bald darauf in preussischer Uniform nach dem Bahnhof zurückfuhr, um mit den Erzherzögen Rainer und Joseph den deutschen Kronprinzen zu erwarten, der über Oderberg eintraf. Die Begrüßung war ungemein herzlich, dann bestieg der Kaiser mit dem Kronprinzen den Wagen und fuhr unter Eljensrufen der Bevölkerung mit ihm nach dem Schloß Sassin. Am nächsten Tage begannen

die Manöver, zunächst mit einem großen Reitergefecht bei Kuffo, dem der Kaiser und der deutsche Kronprinz beiwohnten und erst halb zwei Uhr nach Schoßberg zurückkehrten. Der darauf folgende Samstag brachte namentlich außerordentliche Marschleistungen der im Manöverterrain befindlichen Truppen, die sich aber ausgezeichnet hielten und durchaus keine Maroden aufwiesen.

Am Sonntag war Ruhetag, der den Mannschaften sehr zu gute kam. Montags trat die gesamte Truppenmasse in Tätigkeit, Kaiser Franz Joseph begab sich mit dem deutschen Kronprinzen schon früh um 6 Uhr über Petersdorf in das Übungsgelände, wo der Kampf sehr zeitig begann, bis nach 11 Uhr dauerte und mit dem Rückzug der Ostarmee endete, die den überlegenen Kräften des Gegners weichen mußte. Aussehen und Haltung der Truppen war vorzüglich. Der Kaiser und der Kronprinz trafen erst um 2 Uhr wieder in Schoßberg ein. Nachmittags fand im Manöverfelde ein Mahl statt, vor welchem Kronprinz Wilhelm dem Generalstabschef Frhrn. v. Beck, dem Generaladjutanten Grafen Paar und Frhrn. v. Bolfras, dem Reichskriegsminister Frhrn. v. Krieghammer, sowie den Landesverteidigungsministern Grafen v. Welserheimb und Baron Fejervary sein Bildnis in der Uniform seines österreichischen (13.) Husarenregiments mit prächtigem Goldrahmen schenkte. Der letzte Manövertag, der 16. September, begann bei dem herrlichsten Wetter. Der Kaiser und der Kronprinz begaben sich am frühen Morgen mit der Bahn in das Gefechtsgebiet, verließen den Zug im freien Felde bei der Staniscamühle und begaben sich zu Pferde zuerst nach dem Berge Hlavin östlich von Nagy-Kovalló, und dann nach der dominierenden Höhe nördlich von Roho, von wo sich die Bestrebungen der Westarmee, den gestern geschlagenen Gegner weiter zurückzudrängen, und der Ostarmee, dem in vorbereiteter Stellung vorzubeugen, verfolgen ließen. Um 11 Uhr gab der Kaiser den Befehl zum Abbrechen des Manövers und begab sich mit dem Kronprinzen Wilhelm und der gesamten Manöverleitung zu Pferde nach Szeniez, von wo die Rückkehr nach Schoßberg erfolgte. In dem Mahl nachmittags um 2 Uhr nahm auch Erzherzog Franz Ferdinand teil. Nachdem sich der deutsche Kronprinz von den höheren Militärs und den Herren des Hauptquartiers verabschiedet hatte, wurde er abends 8 Uhr vom Kaiser Franz Joseph und den Erzherzogen zum Bahnhof geleitet, von wo er nach der herzlichsten Verabschiedung nach Berlin zurückkehrte.

Mitte Juli war beiden Regierungen der Entwurf einer neuen Militärstrafprozessordnung zugegangen, der allerdings erst die verschiedenen Ministerien und Parlamente passieren muß, ehe er Gesetz werden kann. Die jetzt in Kraft stehende Militärstrafprozessordnung stammt noch aus den Zeiten Maria Theresias her. Wie versichert wird, trägt der neue Entwurf allen Forderungen der modernen Rechtspflege Rechnung und ist auf den Grundsätzen der Anklage sowie der Unmittelbarkeit, Mündlichkeit und Öffentlichkeit des Verfahrens, der Verteidigung und der Gewährung der allgemein anerkannten Rechtsmittel aufgebaut.

Die Reise des Thronfolgers.

Kurz nach Beginn des Jahres trat der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand in der öffentlichen Erörterung stark in den Vordergrund. Den Anlaß dazu gab seine Reise nach Petersburg. Offiziös wurde als Grund derselben angegeben, daß der Erzherzog den Wunsch habe, sich dem Zaren in seiner neuen Eigenschaft als russischer General der Kavallerie vorzustellen, unstreitig war aber die Reise eine neue offene Bekundung der Tatsache, daß die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland, die sich nach verschiedenen Zeitungsmeldungen seit der Verständigung über die Balkanfragen im Jahre 1897 angeblich wieder gelockert haben sollten, entweder überhaupt in der früheren Weise fortbestanden oder sich wieder zur früheren Intimität gesteigert hatten. Offenbar lag in der Ernennung des Erzherzogs zum russischen General ein neuer Beweis dafür und der Höflichkeitsbesuch in Petersburg entsprach nur noch der Form. Da beide Reiche an der Entwicklung der Dinge auf dem Balkan am nächsten beteiligt sind, so war wohl mit Sicherheit anzunehmen, daß, wenn es überhaupt während des Besuches zu politischen Erörterungen kommen würde, die Orientfrage den Gegenstand des Meinungs-austausches bilden werde, falls nicht schon alles diplomatisch geregelt sein sollte. Die Zeitungen wußten auch schon allerhand Bestimmtes zu melden und namentlich glaubten sie sicher zu wissen, daß beide Mächte zu der angeblich brennend gewordenen serbischen Thronfolgefrage über eine grundsätzliche Stellungnahme Vereinbarungen treffen würden. Man hat darüber später nichts mehr gehört und jedenfalls hat auch die weitere Öffentlichkeit kein besonderes Interesse mehr an dieser Angelegenheit, solange feststeht, daß in jedem Falle ein gemeinsames, auf vorheriger Verständigung der beiden Mächte beruhendes Vorgehen verbürgt ist. Die bekannten Dreibundfeinde wollten aus der Reise des Thronfolgers für ihre Zwecke eine besondere Annäherung Österreich-Ungarns an Rußland und eine dementprechende Lockerung des Dreibundes folgern, wobei aber höchstens der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen sein konnte. Denn es entspricht durchaus dem Wesen des Dreibundes und ist auch eine seit *Bismarck's* Zeiten geübte Praxis, daß jede Vereinbarung zwischen Österreich und Rußland, als den an den Balkanfragen zunächst Beteiligten, der prinzipiellen Zustimmung der Berliner Diplomatie sicher sein kann. Auch die Freihandelspresse versuchte sich der Reise des Erzherzogs für ihre Zwecke zu bemächtigen und verkündete in ihren Organen in Wien, Berlin und Paris, daß die Wirtschaftspolitik Deutschlands zu einer durch Interessengemeinschaft bedingten Annäherung Österreich-Ungarns führen werde. Man hatte also abermals ein weiteres Beispiel dafür vor Augen, wie oft die internationale Freihandelspresse mit den Gegnern des Dreibundes an einem Strange zieht. Am richtigsten kennzeichnete die Petersburger „*Nowosti*“ wohl die Lage mit den Worten: „Die Reise des Erzherzogs Franz Ferdinand muß man in ihrem geraden und zweifellosen Sinne auffassen. Man

muß sich über dieses Ereignis freuen, denn es ist in jeder Beziehung glücklich.“

Erzherzog Franz Ferdinand reiste am 5. Februar abends von Wien ab und traf am 7. in Petersburg ein, wurde auf dem Bahnhof vom Kaiser Nikolaus und sämtlichen in Petersburg anwesenden Großfürsten empfangen und in der herzlichsten Weise und mit großen militärischen Ehrenbezeugungen begrüßt. Die Blätter widmeten ihm große Begrüßungsartikel, in denen besonders hervorgehoben wurde, daß im Laufe der letzten 11 Jahre, seit denen der Erzherzog nicht wieder in Rußland gewesen war, eine wesentliche Wandlung in dem Verhältnis der beiden Reiche eingetreten sei. Die Bande der Freundschaft, welche die beiden Nachbarreiche vereinen, würden durch fortgesetzte und verstärkte persönliche Beziehungen zwischen den beiden Herrscherhäusern noch enger geknüpft, wodurch die monarchistischen Grundsätze in hohem Maße gefördert werden. Zugleich betonten die Blätter auch, daß sich die Charaktereigenschaften und das ganze Wesen des Erzherzogs in Österreich-Ungarn immer deutlicher enthüllt hätten und die Bevölkerung wisse, daß die Leitung ihrer Geschicke auch in Zukunft in festen Händen ruhen werde. Da die russischen Blätter bei solchen Gelegenheiten bloß schreiben dürfen, was die Regierung gestattet, so verdienen diese Hinweise auf die Persönlichkeit des Erzherzogs eine besondere Beachtung. In den wenigen Tagen seines Aufenthaltes am Petersburger Hofe war Erzherzog Franz Ferdinand der Gegenstand einer ebenso schmeichelhaften wie herzlichen Aufnahme und man betrachtete den Besuch als eine Erwiderung des im vorigen Herbst erfolgten Besuches des Großfürsten Michael, des ältesten Vertreters der russischen Kaiserfamilie, am Wiener Hofe.

Es dürften hier einige Worte zur Charakteristik des Thronfolgers am Platze sein. Erzherzog Franz Ferdinand ist eine fest unrußige Gestalt mit sehr bestimmten Ansichten und mit Initiative. Er unterliegt nicht mehr den Eindrücken des Jahres 1848 und ist ebenso konstitutionell gesinnt wie sein kaiserlicher Oheim, allein er steht auf dem Standpunkte, daß die Konstitution nicht nur den Völkern — oder eigentlich den Gewählten der Völker — sondern auch der Krone bestimmte festumschriebene Rechte einräumt, die aufrecht zu erhalten er nicht bloß als sein Recht, sondern als seine verfassungsmäßige Pflicht ansieht, damit nicht ein Chaos in Österreich-Ungarn einreißt. Diesen Standpunkt dürfte er mit Energie einhalten, namentlich auch Ungarn gegenüber, wo die Politik der seit dreißig Jahren regierenden Partei die unleugbare Tendenz verfolgt, die Rechte des Parlamentes auf Kosten der Rechte der Krone fortgesetzt zu erweitern, was ja zum größten Teil die Ursache des Mangels an Stetigkeit in schwierigen Tagen und bei Überraschungen in der inneren Politik der Monarchie gewesen ist. Man hat eben den Ungarn in allen „konstitutionellen“ Fragen nachgegeben, und nachgerade war das parlamentarische Geschrei der am letzten Ende ausschlaggebende Faktor geworden. Das ist in Österreich-Ungarn seit etwa vier Jahren merklich anders geworden und es gibt Leute genug, die mit

stiller Zustimmung oder Abneigung darin einen indirekten Einfluß des Thronfolgers zu erkennen glauben. Wir wollen das dahingestellt sein lassen, jedenfalls hat aber der Thronfolger bei seiner Verheiratung, die ja ihrer Art nach nicht allgemeine Zustimmung finden konnte, bewiesen, daß er ein Mann von Charakter und großer Willensstärke ist. Bei seiner echt monarchistischen Zurückhaltung ist davon nur wenig an die Öffentlichkeit getreten, dafür haben sich aber um seine Person verschiedene Legenden gebildet, die, soweit sie abträglich sind, von denjenigen, die ein energischeres Regiment fürchten, mit Eifer verbreitet werden.

Weil er konservativ gesinnt ist und seine Gemahlin dem böhmischen Hochadel entstammt, will man ihn als Geschöpf des Feudaladels bezeichnen; das ist aber Unsinn, denn er fühlt sich nach seiner ganzen Veranlagung der Aristokratie gegenüber keineswegs als *primus inter pares*, sondern als Herr, der lieber gemeinsam mit dem Bürgertum gegen den Adel vorgehen würde, ehe er sich von ihm ins Schlepptau nehmen ließe. Ebensovienig ist er irgendwie national gesinnt; er weiß genau, welche Berechtigung der deutschen Sprache und dem Deutschtum in Osterreich zu gute kommt, und die zu Spaltungen treibenden slavischen Ansprüche sind ihm ein Greuel, aber von allen Parteien und Nationalitäten sind ihm nur die von Wert, die ihre Bestrebungen dem Gesamtinteresse des Staates unterzuordnen verstehen. Alles andere wird an ihm einen sehr entschiedenen Gegner finden, und darum sind auch alle Richtungen, die unter den heutigen Verhältnissen Raum zu gewinnen verstanden hatten, um ihre besonderen Schäfchen zu scheren, seine Gegner und beteiligen sich an der Legendenbildung über und gegen ihn. Ein Hauptvorwurf, der gegen ihn in einer ganzen Reihe von Blättern immer wieder auftaucht, ist der, daß er klerikal gesinnt ist, wie sein kaiserlicher Oheim auch; das ist wahr, aber es ist gerade darum schwer zu verstehen, was seine Gegner damit sagen wollen, wenn sie von ihm ein klerikales Regime erwarten. Ebensovienig wie er sich den feudalen Kreisen unterordnen wird, macht ihn seine Selbständigkeit geeignet, sich unter eine klerikale Leitung zu fügen. Er will selbst prüfen und entscheiden, er hat sich doch beispielsweise von der Redaktion der „Ostdeutschen Rundschau“ die konfiszierte Liguori-Broschüre schicken lassen, um sie selbst zu lesen. Nach Klerikalismus sieht das wohl nicht aus. Auch die namentlich in Ungarn verbreitete Legende, daß er ein Feind der Magyaren sei, entbehrt der Begründung und ist weiter nichts als ein Irrtum oder eine Unterstellung jener politischen Macher in Ungarn, denen die konstitutionelle Auffassung des Erzherzogs von den Rechten der Krone nicht behagt, aber jene Leute sind nicht gleichbedeutend mit der Bevölkerung Ungarns.

Diese magyrischen Strömungen machten sich auch während und nach der Petersburger Reise des Thronfolgers geltend, ohne mehr zu bewirken, als daß der Ministerpräsident v. Szell in neue Schwierigkeiten verwickelt wurde. Ungarische Blätter beschwerten sich nämlich darüber, daß sich in der Begleitung des Erzherzogs kein ungarischer Kavaliere befunden habe, obgleich das anfangs versprochen

gewesen wäre. Die Sache verhielt sich so: Die ungarische Regierung hatte unterlassen, eine geeignete Persönlichkeit dafür vorzuschlagen, und so war aus Hofkreisen Graf Johann Zichy vorgeschlagen worden, der dem Erzherzog nicht einmal persönlich bekannt war. Graf Zichy ist nun Präsident der ungarischen klerikalen Volkspartei, was dem Thronfolger bei seiner bekannten Stellung zu den Parteien vollkommen gleichgültig war. Nachdem bereits alles formell geregelt war, erhielt das ungarische Ministerium vom ungarischen Minister am Wiener Hoflager, Grafen Szechenyi, Kenntnis von der bereits vollendeten Tatsache und ließ beim Monarchen dagegen Vorstellungen erheben, da das Mitglied einer oppositionellen Partei nicht als Vertreter Ungarns gelten könne. Der Kaiser trug diesem Standpunkt Rechnung und die Einladung an den Grafen Zichy wurde rückgängig gemacht, aber Erzherzog Franz Ferdinand weigerte sich, eine neue Einladung an einen anderen ungarischen Kavaliere ergehen zu lassen, weil darin eine Beleidigung des Grafen gelegen hätte. So kam es, daß das magyarische Magnatenkostüm in Petersburg nicht offiziell vertreten war. Die Sache rief unter den magyarischen Heißspornen große Aufregung hervor, nachdem sie allem Anschein nach aus Regierungskreisen zur Kenntnis der Presse gekommen war, was allerdings in Abrede gestellt wurde. Anscheinend wollte die ungarische Regierung dem Thronfolger noch rechtzeitig bedeuten, daß auch sie auf den feinerzeit in dem Streite zwischen dem Minister des Äußern, Grafen Kalnoky, und dem ungarischen Ministerpräsidenten Banffy geltend gemachten Standpunkte stehe, nach welchem das ungarische Ministerium eigentlich eine dem Auswärtigen Amte übergeordnete Behörde sei und sich auch von dem Thronfolger nicht davon abdrängen lasse. Sie hätte aber allen jezt auftauchenden Schwierigkeiten vorbeugen sollen, indem sie einfach zur rechten Zeit ihren Standpunkt geltend gemacht hätte. Die Unabhängigkeitspartei brachte die Sache mit Wonne vor das ungarische Abgeordnetenhaus, und Ministerpräsident v. Szell, obgleich er von seiner Partei gedeckt wurde, hatte große Mühe, mit aller Kasuistik und Gewalttätigkeit gegen die Logik eine leidlich annehmbare Darstellung der Angelegenheit zu geben. Er meinte nämlich, die Reise sei eigentlich ein bloßer Höflichkeitsakt gewesen, infolge der russischen Auszeichnung, zu dem auch ein ungarischer Kavaliere beigezogen werden sollte. Wenn auch dem großartigen Empfang in Petersburg nicht die politische Bedeutung abgesprochen werden könne, so sei doch bis dahin die Berufung eines ungarischen Ehrenkavaliere eine rein persönliche Frage gewesen, die erst einen politischen Charakter erhalten habe, als der ausgesprochene Führer einer oppositionellen Partei, noch dazu während der Budgetdebatte, berufen worden sei. Da habe die Regierung ihre Bedenken dagegen vorgebracht und daraufhin sei auch die Reise des Grafen Zichy unterblieben. Da die Berufung eines ungarischen Kavaliere eine persönliche Angelegenheit sei und keine politische Bedeutung habe, so sei es gleichgültig, ob ein ungarischer Ehrenkavaliere mitgereist sei oder nicht. Die oppositionelle Linke nahm diese

Erklärung mit Spott auf, aber die ministerielle Mehrheit rief „Ejen!“ und damit war die Sache aus.

Die Meinung war in Ungarn allgemein, daß es klüger gewesen wäre, lieber durch den Grafen *Sichy* als gar nicht vertreten gewesen zu sein, und man war von dem Geschick des Ministerpräsidenten gar nicht überzeugt. Wenige Monate darauf hatte die Angelegenheit noch ein Nachspiel, als es sich darum handelte, daß der Thronfolger als Vertreter des Monarchen zur Königskrönung nach London gehen sollte. Diesmal war Herr v. *Szell* rechtzeitig aufgestanden und hatte in dem königlich ungarischen Bannerherrn Grafen *Cassilo Festetics* einen ganz einwandfreien Vertreter Ungarns als Reisebegleiter gefunden.

Nun machte sich ein polnisches Blatt das Vergnügen, der über solche nationale Kindlichkeiten staunenden Welt anzukündigen, daß der Thronfolger auf seiner Reise nach England von einem deutschen (Prinzen *Heinrich v. Liechtenstein*), einem ungarischen (Grafen *Festetics*), einem tschechischen (Grafen *Bouquoy*) und einem polnischen (Fürsten *Paul Sapieha*) Kavalier begleitet sein werde, eine Zusammenstellung, wie sie bei der bunten Mischung des österreichischen Hofadels sehr leicht möglich ist, aber kaum beabsichtigt war, jedenfalls sollte keine Gruppierung im föderalistischem Sinne dadurch ausgedrückt werden. Hierüber entstand wieder große Aufregung in Ungarn mit heftigen Angriffen gegen den Thronfolger und einem merkwürdigen Aufwand an „staatsrechtlichen Bedenken“. Diesem Lärm machte das ungarische Amtsblatt mit der Ankündigung ein Ende, daß eine föderalistische Gruppierung ausgeschlossen sei und daß als Vertreter des Königs von Ungarn Graf *Festetics* den Erzherzog *Franz Ferdinand* begleite. Der Thronfolger brach auch mit seinen Ehrenkavalieren nach London auf, mußte aber von dort wieder zurückkehren, weil wegen der plötzlichen Erkrankung des Königs *Eduard* und der notwendigen Operation auf Leben und Tod die feierliche Krönung unterblieb. So konnte wegen dieses unerwarteten Zufalls auch in London das ungarische Magnatenkostüm nicht offiziell entfaltet werden.

Trotz der heftigen Angriffe gegen den Thronfolger, die namentlich von der republikanistischen Kossuthpartei ausgingen, ist er in Ungarn nicht unbeliebt, und weite Kreise, namentlich die Unabhängigkeitspartei, suchen ihn für Ungarn und für die Personalunion zu erwärmen. Das geschah schon bei der Verheiratung des Thronfolgers, wo die Unabhängigkeitspartei einstimmig versicherte, für Ungarn gäbe es keine morganatische Ehe und die Gemahlin des Thronfolgers würde die rechtmäßige Königin von Ungarn sein. Als dem Erzherzog *Franz Ferdinand* im September ein Sohn geboren wurde, kam die Presse der Unabhängigkeitspartei auf die Frage zurück und begrüßte den Neugeborenen als ungarischen Thronerben. Um Irrungen in weiteren Kreisen hintanzuhalten, mußte sich das ungarische Regierungsblatt „*Magyar Nemzet*“ gegen diese Auffassung wenden, „die ohne Grund und Ziel eine gesetzlich endgültig erledigte Angelegenheit gewaltsam neu beleben wolle“. Da-

mit das Narrenspiel dazu nicht fehle, reklamierten auch die Tschechischradikalen das neugeborene Kindlein für Böhmen als einzigen rechtmäßigen Erben der böhmischen Königskrone nach dem Erzherzog *Franz Ferdinand*, dem das habsburgische Hausgesetz gelte nicht für die „Länder der böhmischen Krone“. *Difficile est satyram non scribere.*

Österreich und Ungarn.

Während in anderen Staaten die Hauptaufgabe der leitenden Politiker und der beratenden Körperschaften eigentlich nur darin besteht, das schon erbaute und wohl bestellte Haus wohnlicher zu machen, im einzelnen wohl auch nur darin, nach außen hin das Aussehen des Hauses stattlicher und im Innern die Gemächer reicher zu gestalten, hat die österreichisch-ungarische Monarchie mit der fortwährenden Sorge um die Grundlage des Hauses selbst zu tun. Oberflächliche Beobachter wollen bekanntlich daraus schließen, daß das Haus bald zerfallen werde, woran aber gar nicht zu denken ist. Das heutige Österreich hat in seinem neunzigjährigen Bestande sehr wenige Veränderungen erlebt, die italienischen Provinzen hat es verloren und dafür Bosnien und die Herzegowina erworben. Das sind Veränderungen an seiner Außenseite, die das Innere des Gebäudes nicht im geringsten erschüttert haben. Darin kann also die Ursache der Unsicherheit im Bau nicht liegen, aber er liegt in einem Konstruktionsfehler, indem man vor fünfunddreißig Jahren den Neubau zweiteilig ausführte mit einem tiefen Spalt, dem die notwendigen starken Verbindungen abgehen. Die Entstehung des Dualismus gehört der Geschichte an und darf uns hier nicht weiter beschäftigen, wohl aber der bauliche Konstruktionsfehler selbst. Ob ein Großstaat überhaupt eine dualistische Gestaltung auf die Dauer verträglich ist, ist mindestens zweifelhaft, geschichtliche Erfahrungen liegen darüber nicht vor. Wir halten die Möglichkeit für ausgeschlossen, nehmen aber keineswegs an, daß das Haus auseinanderfallen müsse, wogegen wir uns schon einmal erklärt haben. Es ist nicht undenkbar, daß ein Großstaat auch mit einem künstlich geschaffenen Spalt bestehen könnte, aber in keinem Falle darf alle zehn Jahre daran gearbeitet werden, daß hüben und drüben Schwankungen und Unruhe entstehen, wodurch der Spalt erweitert wird. Dauernder Ausgleich oder Einheitsstaat ist das notwendige Ziel, dem die habsburgische Monarchie entgegengeht, da der jetzige Zustand unhaltbar und die Wurzel aller weiteren inneren Übel ist. Wann das einmal werden wird, steht in Frage; notwendig gewordene politische Wandlungen kommen aber mitunter sehr schnell, zuweilen bilden sie freilich die Sehnsucht von Jahrzehnten.

Es kann gar nicht oft genug betont werden, daß der Dualismus die Ursache aller inneren Wirren in Österreich ist, und nicht der nationale Haß, der seine eigentliche Stütze erst in jenem findet. Wie ist denn die heutige Lage entstanden? Um den alle zehn Jahre verfassungsmäßig notwendigen wirtschaftlichen Ausgleich mit Ungarn abzuschließen, gewährte das Ministerium *Badeni*, um seinem mit polnischer Sorglosigkeit abgeschlossenen Ausgleichsentwurf die parlamentarische Mehrheit zu sichern,

den Tschechen die Sprachenverordnungen, für welche sie auch erst Rechte herzuleiten begonnen haben, seitdem man den Ungarn ein einseitiges Sprachrecht und weitgehende politische Vorrechte gewährt hatte. Gewissensbedenken, dergleichen Rechte zu fordern, hat seit jener Zeit keine österreichische Nation mehr, es handelt sich immer bloß um die Macht und die günstige Gelegenheit, die „Postulate“ auch durchzusetzen; aber jede Vereitelung solcher Ansprüche wird als Rechtsverletzung nicht nur ausgehrien, sondern auch empfunden. Hierin liegt die Signatur der heutigen österreichischen Verhältnisse. Die Magyaren verkennen in nationaler Selbstüberhebung diese Sachlage von Grund aus und statt durch gefälliges Entgegenkommen gegen die andere Reichshälfte für den nur ihnen zu gute kommenden Dualismus sich wenigstens das Erstrecht zu sichern, arbeiten große Parteirichtungen bei ihnen auf eine rücksichtslose Ausbeutung der sie begünstigenden Neuschöpfung hin und agitieren sogar offen für die vollkommene Lostrennung Ungarns von der Gesamtmonarchie und für die Personalunion. Daß sie damit den entschiedenen Widerspruch aller anderen österreichischen Nation wachrufen und schließlich auch auf eine entschiedene Ablehnung der Krone stoßen müssen, könnten sie sich doch selbst sagen. Seit Ende 1895 steht die Monarchie unter dem Zeichen des wirtschaftlichen Ausgleichs mit Ungarn und nahezu sieben Jahre sind darauf verwandt worden, auf den Grundlagen der Gesetzgebung von 1867 eine definitive Ordnung in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Reichshälften zu schaffen. Die lange Dauer und die einem Kampfe gleichenden Verhandlungen haben wieder gezeigt, daß es für die Zukunft kaum ohne eine Änderung der Grundlagen von 1867 gehen wird.

Allerdings wird dies eine Umkehr auf dem Wege bedeuten, der die österreichische Regierungspolitik seit 1867 eingehalten hat. Ging bis dahin die Regierungsmaxime auf Befriedigung der ungarischen Wünsche zur Aufrechterhaltung des Dualismus, so muß sie jetzt lauten: Berücksichtigung der österreichischen Wünsche zur Beseitigung einer allgemeinen Krisis. Daß das nicht ohne einige Opfer auf Seite Ungarns gehen wird, liegt auf der Hand, allein Österreich hat auch seit dreißig Jahren dem Dualismus Opfer über Opfer gebracht. Und wenn es wahr ist, was die offiziellen Blätter in Ungarn tagtäglich versichern, daß man in Budapest nichts sehnlicher wünsche, als die Erhaltung der Machtstellung der Monarchie, wenn dieser Patriotismus der leitenden ungarischen Kreise lauter und echt ist, dann kann es der ungarischen Regierung und dem Magyarentum nicht schwer fallen, durch billige und gerechte Ausgleichsverhandlungen jetzt und für die Zukunft die Ursache der Krisis in der Monarchie zu beheben. Die Krone wird sich zu einer Umkehr in der Behandlung der Ausgleichsfragen im Interesse des Staates entschließen müssen und hat es zum Teil schon getan, weil sonst nicht nur der Dualismus, sondern auch der österreichische Staat schweren Schaden leiden müßte. Es ist freilich bequemer gewesen, die Gemeinsamkeit der beiden Reichshälften durch fortgesetzte Zugeständnisse auf Kosten der politisch schwächeren Hälfte aufrecht zu erhalten, allein dieses

Verfahren hat seine Grenze, und diese ist erreicht. Die Nachgiebigkeit der Krone gegenüber einem Regime, das zu seiner Stärkung immer wieder auf seinen revolutionären Ursprung zurückgreift, mußte auf die Dauer für alle österreichischen Völker zu einem verhängnisvollen Beispiele werden, weil dergleichen zur Nachahmung reizt und gewissermaßen dazu auffordert, in der Krone nicht mehr den natürlichen und starken Anwalt ihrer Interessen zu sehen. Dieser Gesichtspunkt darf nicht übersehen werden bei der Beurteilung der Vorgänge, die durch den Kampf um den Ausgleich eingeleitet worden sind.

Wenn sich die Magyaren beklagen, daß man sich in Österreich nicht um die Stimmung in Ungarn bekümmere, so ist ihnen nur zu empfehlen, sich über die Lage und Stimmung in Österreich klar zu werden. Sie tun, als ob ihnen die Provisoriumswirtschaft und die parlamentarischen Zustände in Österreich höchst widerwärtig seien, aber sie vergessen ganz, daß ihnen bloß diese Zustände die Vorteile des Badenischen Ausgleichs durch den § 14 zugewendet haben, und zwar zum letzten Male, denn für einen ähnlichen Ausgleich wird in Österreich niemals mehr eine Parlamentsmehrheit, nicht einmal mehr ein Ministerium zu haben sein. Sie vergessen ganz, daß das parlamentarische Elend, wie es in Österreich ja tatsächlich besteht, in seiner Hauptsache auf die Ausgleichsfragen zurückgeführt werden muß, ganz abgesehen davon, daß ja auch die ungarischen Parlamentsverhältnisse gar nicht so zweifelsohne sind und vielleicht noch einer stärkeren Explosion fähig gewesen wären, wie der österreichische Reichsrat unter und nach *Badeni*, wenn man dem ungarischen Abgeordnetenhaus einen ähnlichen Ausgleich vorlegen würde. Es gibt freilich in Ungarn, wie auch in Österreich, Leute genug und selbst Parteien, welche behaupten, man müsse nur recht schreien und lärmen, um etwas zu erreichen. Das mag ja nachgiebigen Kreisen gegenüber zeitweilig von politisch praktischem Wert sein, aber die Politik eines Staates kann man für die Dauer nicht darauf gründen. Die Herren Magyaren sollten sich im eigenen Interesse doch recht bald klar über die Unumstößlichkeit der Worte ihres leitenden Ministers v. *SzeII* werden, der im Oktober äußerte: „Österreich und Ungarn gleichen vollständig den siamesischen Zwillingen, sie können nicht von einander getrennt werden, ohne daß man ihre Existenz gefährdet. Sie sind und bleiben in ihrem politischen und wirtschaftlichen Leben unzertrennlich und sind aufeinander angewiesen, da sie von einer slavischen Hochflut umdrängt sind.“

Die auf eine weitergehende Sonderstellung Ungarns hinielende Richtung war schon bei der Anwesenheit der Reisebegleiter des Thronfolgers stark hervorgetreten, und wenn auch Herr v. *SzeII* dabei tunlichst abgewiegelt hatte, war er doch des lieben Friedens willen jener Strömung mehr entgegengekommen, als am Kaiserhofe, wo man in dynastischen und militärischen Fragen einen sehr entschiedenen Standpunkt einnimmt, beliebt wird. Die bisher unbefriedigende Stellung des ungarischen Ministerpräsidenten hatte dadurch nach der einen Seite hin eine merkwürdige Erschütterung erfahren. Diese Lage wurde nicht verbessert durch das unerwartete Her-

vortreten des Abgeordnetenhauspräsidenten Grafen Apponyi, der am 25. Mai plötzlich vor seinen Wählern erschien und ihnen eine Rede hielt, die anscheinend zum Schutz des Ministerpräsidenten v. Szell gehalten, doch den merkwürdigen Satz enthielt, daß von Herrn v. Szell nichts für den Ausgleich zu fürchten sei, da er ihn als einen Mann kenne, der sein einmal gegebenes Versprechen unter allen Umständen halte. Graf Apponyi und seine Anhänger, die ehemalige Nationalpartei, haben sich auf Einwirkung Szells seinerzeit mit der liberalen Regierungspartei verschmolzen, unterscheiden sich aber von ihr durch eine weit schärfere Betonung der vollen staatsrechtlichen Selbständigkeit Ungarns, besonders auch, was die Armee betrifft. Man hat nie gehört, daß Graf Apponyi und seine Freunde bei ihrem Eintreten in die Regierungspartei auf ihr besonderes Programm verzichtet hätten, ja man weiß nicht einmal, auf welcher Grundlage die Verschmelzung zu stande gekommen ist. Es war aber zu verschiedenen Malen von gewissen staatsrechtlichen Zusagen die Rede, die Szell gegeben haben sollte. Die an dem Grafen Apponyi sonst nicht beobachtete Art solches Hervortretens, sowie vor etwa 40 anwesenden Abgeordneten, unter denen sich auch Mitglieder der Kossuthpartei befanden, die ostentative Betonung, daß Herr v. Szell ein Mann von Wort sei, ließen es ziemlich zweifellos erscheinen, daß Graf Apponyi in Jaszberenyi den Ministerpräsidenten vor aller Welt an Zusagen erinnern wollte, die Herr v. Szell dem Grafen seinerzeit gegeben hatte. Der Umstand wurde in maßgebenden Kreisen sehr bemerkt.

Die Kossuthpartei fuhr weiter fort in ihrer Agitation gegen das gemeinsame Heer, die Volkshymne u. dergl. Das Parteiblatt „Független“ warf im August dem siebenbürgischen Abgeordneten Lurk vor, er habe bei einer Fahnenweihe das Lied „Gott erhalte“ spielen lassen und eine deutsche Rede gegen die Magyaren gehalten. Abg. Lurk erklärte dagegen, er habe bei jener Gelegenheit überhaupt keine Rede gehalten und die Volkshymne sei wie üblich als Ausdruck der Loyalität gespielt worden, worauf das Blatt erwiderte, Leute von der Art des Abgeordneten Lurk müßten „wie tolle Hunde niederschlagen oder am ersten besten Baum aufgeknüpft werden“. Auch in Esztergom wurde gegen die Volkshymne demonstriert. Am 29. August rückte das Szatmarer Honvedregiment in Ujhely ein und spielte vor dem Rathause die Volkshymne. Da wendete sich die Volksmenge mit Pfeifen und Schreien dagegen und der Regimentskommandant winkte der Musikkapelle ab. Bei der Matthias Corvin-Feier in Klausenburg, bei der auch Erzherzog Josef anwesend war, wurde die Volkshymne dadurch überhört, daß die Menge unter Führung von Studenten die ungarische Hymne und das Kossuthlied sang. Der Abgeordnete Nefsi, der Reserveoffizier ist, lobte am anderen Tage im Abgeordnetenhaufe in Budapest die Klausenburger Jugend dafür und Ministerpräsident v. Szell erklärte, in dem Spiel des „Gott erhalte“ beim Empfange eines Erzherzogs läge keine gegen Ungarn gerichtete Spitze. Gegen den Abgeordneten Nefsi, der der Kossuthpartei angehört, wurde wegen seines Verhaltens

in Klausenburg vom Kommandanten des Honveddistrikts ein gerichtliches Verfahren eingeleitet. Dadurch kam die Angelegenheit Anfang November vor das Abgeordnetenhaus, das sie zunächst dem Immunitätsausschuß überwies. Da in Ungarn alles, was das Verhältnis zu Österreich und die wirklichen oder auch nur eingebildeten nationalen Ansprüche des Landes berührt, die Empfindlichkeit und die Leidenschaften erregt, so kam es im Abgeordnetenhaufe wegen der Affäre Nefsi zu Auftritten, die auch in der parlamentarischen Geschichte Ungarns ihresgleichen suchen. Die Majorität des Immunitätsausschusses beantragte, das Haus möge beschließen, daß es in dem Vorgehen gegen den Abgeordneten Nefsi keine Verletzung des Immunitätsrechtes erblicke, die Minorität war gegenteiliger Meinung und beantragte, daß der Distriktskommandant FML. Bihar wegen seines Vorgehens gegen Nefsi von der Regierung bestraft und dem Abgeordnetenhaufe darüber Bericht erstattet werde. Die Debatte darüber dauerte fünf Tage, und was dabei auf der Linken an Haß gegen die Volkshymne und gegen die Monarchie geäußert wurde, ist gar nicht wohl wiederzugeben. Ein Mitglied der äußersten Linken erklärte sogar, sie würden bei nächster Gelegenheit die Volkshymne selbst in Gegenwart des Herrschers niederzischen. In Ungarn wird vielfach geglaubt, die Volkshymne sei 1849 bei der Erschießung ungarischer Insurgenten gespielt worden, was ja an sich ganz unsinnig ist. Der ungarische Landesverteidigungsminister Frhr. v. Fejervary versuchte vergeblich, beschwichtigend einzuwirken, und wurde vielfach durch Lärm unterbrochen. Abgeordneter Nefsi, der den Verhandlungen auf der Galerie beiwohnte, ließ den Honvedminister fordern, weil er gesagt hatte, wer Offizier sein wolle, müsse die Ehre seiner Stellung hochhalten. Die Zeugen stellten aber fest, daß keine Beleidigung vorliege. Der Honvedminister Frhr. v. Fejervary hatte auch erklärt, er habe aus besonderem Entgegenkommen zugestimmt, daß das ehrenrätliche Verfahren gegen Nefsi so lange eingestellt werde, bis ein Beschluß des Hauses darüber vorliege. Das erregte wieder großen Sturm, weil es die Pflicht des Ministers sei, einem solchen Beschlusse Folge zu leisten. Auch Ministerpräsident v. Szell und der Präsident des Abgeordnetenhauses, Graf Apponyi, redeten dem Minister zu, seine Worte zurückzunehmen, aber Frhr. v. Fejervary weigerte sich, und als Tags darauf Herr v. Szell im Namen des Ministeriums eine Erklärung abgab, die einen ganz anderen Sinn hatte, begab sich der Landesverteidigungsminister nach Wien, um dem Monarchen Meldung zu machen. Das Abgeordnetenhaus nahm inzwischen den Antrag des Immunitätsausschusses mit 170 gegen 65 Stimmen an. Die Krisengerüchte verstummten bald, denn es war klar, daß der Kaiser seinen hochverdienten Landesverteidigungsminister nicht gehen lassen würde. Herr v. Szell war auch „in anderen Anlässen“ in Wien gewesen, und beide Minister gaben dann am 2. Dezember bei der Beratung der Wehrvorlage im Finanzausschuße gleichlautende Erklärungen über das Immunitätsrecht ab, die sich von der Auffassung des Landesverteidigungsministers nur im Wortlaut unterschieden.

Am 19. September hatte man in ganz Ungarn auch den hundertsten Geburtstag Ludwig Kossuths in geradezu beispielloser Weise gefeiert. Selbst das Regierungsblatt „Magyar Nemzet“ brachte einen Leitartikel. In der Hauptstadt wie in allen anderen Städten wurde die Feier festlich begangen; Budapest prangte im Flaggenschmuck, in allen Kirchen und Tempeln fanden Festgottesdienste statt. Ludwig Kossuth war und ist der Nationalheld des ungarischen Volkes, obgleich es äußerlich nicht mehr die Politik Kossuths, sondern die politische Weisheit Franz Deaks befolgt. Die Mitglieder der Regierung beteiligten sich indessen nicht an der Kossuthfeier. Aus allem läßt sich unschwer erkennen, daß die Magyaren in ihrer hochgehenden Erregung sich selbst den Boden unter ihren Füßen untergraben. Sie vergessen ihre Geschichte, denn sie wären heute türkisch, wenn das Haus Habsburg nicht gewesen wäre. Ungarn kann nur im Verbande mit Österreich gedeihen und auch seine nationale Selbständigkeit bewahren, losgelöst, wird es die sichere Beute eines übermächtigen Nachbarn.

Ausgleich und Zolltarif.

In Ungarn nahm man nicht an, daß der österreichische Reichsrat den autonomen Zolltarif, den Ausgleich und die Handelsverträge erledigen werde, und rechnete damit, aus diesem parlamentslosen Zustande wieder die üblichen Vorteile zu ziehen, obgleich die offiziöse und nichtoffiziöse ungarische Presse nicht müde wurde, zu bedauern, daß die traurigen Verhältnisse im Wiener Abgeordnetenhaus jede definitive Vereinbarung mit Ungarn unmöglich machten, die man so sehr wünsche. Die sachliche Beurteilung des Standes der wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen Österreich und Ungarn wird überhaupt dadurch ungemein erschwert, daß man leicht durch die tendenziösen Urteile der Presse irregeführt werden kann, welche zum Teil wieder eine Erklärung in den abnormalen politischen Verhältnissen der beiden Reichshälften finden. Tatsächlich lagen die Sachen so, daß seit den Abmachungen zwischen den Ministerpräsidenten Thun und Banffy vom Sommer 1898 in Ischl der Badenische Ausgleich unabänderlich geworden war, da eine parlamentarische Erledigung desselben in Österreich gar nicht mehr in Aussicht genommen wurde. Das neue Zoll- und Handelsbündnis sollte zunächst bis 1904 in Kraft treten und als selbstverständlich verlängert gelten, wenn es nicht gekündigt würde, nur das neue Bankübereinkommen sollte bis 1910 in Kraft bleiben. In Ungarn war man inzwischen mit dem Ministerium Banffy unzufrieden geworden, stürzte es im Herbst und Herr v. Szell übernahm die Kabinettsbildung auf Grund eines Kompromisses mit der Opposition, in welchem er sich auch verpflichtete, den Ischler Vertrag dahin abzuändern, daß die Verlängerung des Zoll- und Handelsvertrages (die sog. Perennierungs-Klausel) aufgehoben werde, so daß dieser bloß bis 1904 dauere. Das Kabinett Thun-Kaizl hatte nun freilich im Ischler Vertrage dem Badenischen Ausgleich zugestimmt und die Abmachung hatte die Sanction des Kaisers erhalten, in der Hauptsache war demnach nichts mehr zu ändern;

als aber jetzt das Ministerium Szell mit der neuen Klausel kam, die eine Abänderung des einen Terms verlangte, da stellte sich das Ministerium Thun gegen diese Abänderung. Um sein Ziel zu erreichen und nicht etwa das für Ungarn so vorteilhafte Bankstatut zu gefährden, gab der ungarische Ministerpräsident dahin nach, daß das Bankübereinkommen auch bloß bis 1907 gelten solle, so daß also jetzt nicht mehr der Ablauf des Ausgleichsvertrages mit dem der Handelsverträge mit dem Auslande zusammenfällt, sondern mit dem Ablauf des neuen Bankstatuts. Der Vorfall war insofern nicht ohne Bedeutung, als Ungarn wohl zum ersten Male seit dem Bestehen des Dualismus zum Nachgeben genötigt worden war, wenn auch nur in einer Frage, die in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung weit hinter den Zugeständnissen zurückstand, die der in Ungarn zum Gesetz gewordene Badenische Ausgleich gewährte. Es war der erste Mißerfolg des Ministeriums Szell.

So standen die Sachen, als das Ministerium Koerber die Geschäfte in die Hand nahm. An dem Badenischen Ausgleich konnte es materiell nichts mehr ändern, da er in Ungarn bereits gesetzlich galt; aber Dr. v. Koerber faßte seine Aufgabe keineswegs dahin auf, daß die in den Jahren 1897 und 1898 getroffenen Vereinbarungen den ganzen Inhalt der wirtschaftlichen Vereinbarungen bilden sollten, sondern er wollte neue Abmachungen mit vorteilhaften Bedingungen für Österreich anstreben. Er hatte sich schon in Bezug auf den Ausgleich als Handelsminister im Ministerium Gautsch weniger willig gezeigt wie sein Vorgänger Bilinski und war es auch jetzt wieder gegenüber dem Ministerium Szell. Als Anknüpfungspunkte dienten ihm die Ergebnisse des neuen Überweisungsvertrages, der für Ungarn ganz unvorhergesehene Vorteile ergeben hatte, ferner die Resultate der Gemeinsamkeit der Zollgefälle, die dem Ausgleich direkt widersprechende Ausschließung der österreichischen Industrie vom ungarischen Ländergebiete, die Ermittlungen über den Zwischenverkehr zwischen Österreich und Ungarn, sowie die Donaudampfschiffahrts-Transportsteuer. Auf allen diesen Gebieten suchte Dr. v. Koerber mit Nachdruck für Österreich Zugeständnisse zu erlangen, um so mehr, als die Ungarn zufließenden Vorteile meist durch von Ungarn erlassene Bestimmungen erzielt wurden, welche die Bestimmungen des Ausgleichs eigentlich direkt umgingen oder illusorisch machten. Als besonderes Pressionsmittel benutzte er dabei die von Ungarn begehrte Befreiung ungarischer Papiere von der österreichischen Rentensteuer. Ungarn bedurfte dieser Steuerbefreiung dringend, da es seine Staatsrenten konvertieren wollte, dazu aber vor allem die österreichischen Geldplätze notwendig brauchte. Da der österreichischen Finanz an der ungarischen Konversion mehr lag wie an den wirtschaftlichen Vorteilen, die Ministerpräsident Dr. v. Koerber für Österreich zu erzielen strebte, so wurde er in den maßgebenden Wiener Blättern nicht nur nicht unterstützt, sondern nahezu scheinbar angefeindet. Im Abgeordnetenhaus wäre man freilich vielleicht bereit gewesen, mit ihm gegen Ungarn durch dick und dünn zu gehen, um wenn möglich mit dem Badenischen Ausgleich tabula rasa zu ma-

chen, was doch gar nicht mehr anging, und so war auch die Unterstützung von dieser Seite unbestimmt und unklar. Einmal in der Mitte Mai mußte aber Herr v. Koerber selbst verhüten, daß man im Abgeordnetenhause für ihn eine lärmende Demonstration gegen Ungarn in Szene setzte, die doch kein anderes Resultat gehabt hätte, als daß man in Budapest noch lauter geläut hätte.

Unter diesen Umständen waren die Verhandlungen, die zwischen den Regierungen über die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Reichshälften und über den neuen, mit Rücksicht auf die bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen zu vereinbarenden autonomen Zolltarif geführt worden, in das neue Jahr übergegangen. Man sah ihrer Fortsetzung namentlich in ungarischen Kreisen diesmal weniger ruhig als sonst entgegen und sprach im Verlauf des Jahres mehrfach davon, daß die Gegensätze zu einer Krisis führen müßten oder bereits geführt hätten. Einsichtige Leute dagegen, die nicht direkt am Kampfe der wirtschaftlichen Interessen beteiligt waren, bezweifelten niemals, daß es zu einer Einigung kommen werde, wenn auch erst im letzten Augenblick, und daß alle Erschwerungen der Verhandlungen nur den Zweck hatten, den Gegner zu ermüden und ihm Vorteile abzurufen. Bekanntlich ergänzen sich der Industriestaat Österreich und der Agrarstaat Ungarn in wirtschaftlichen Beziehung so ziemlich gegenseitig, und obgleich kleine Nachteile den Segnungen des gemeinsamen Zollgebietes gegenüber kaum in das Gewicht fallen, ist es doch psychologisch erklärlich, daß es hüben und drüben Leute genug gibt, die nur für die Nachteile Augen haben. Die leicht erregbare Mißstimmung dieser Leute wird dann diesseits wie jenseits der Leitha von allen denen ausgenutzt, die ein Interesse daran haben, ihren Regierungen Unannehmlichkeiten zu bereiten. Mitte Januar waren die Ergebnisse der Zolltarifverhandlungen zwischen den Delegierten der beiden Regierungen in Gestalt eines Berichtes eingegangen, der das Nichtzustandekommen einer Vereinbarung bei sehr vielen wichtigen Posten feststellte. Es war also nun Aufgabe der beiden Ministerpräsidenten, unter Zuziehung der Chefs der einschlägigen Ämter über die streitigen Punkte weiter zu verhandeln. Man beeilte sich nicht sehr aus den oben angeführten Gründen, gab aber der Öffentlichkeit gegenüber zu verstehen, daß es gut sei, die Entscheidung über den deutschen Zolltarif abzuwarten. Diesen Umstand benutzte wieder die internationale Freihandelspresse, um das bald dementierte Gerücht auszustreuen, die deutsche Reichsregierung habe dem Wiener Auswärtigen Amte angezeigt, sie denke nicht daran, die Handelsverträge mit Ablauf des Jahres zu kündigen.

Inzwischen war der ungarische Handelsminister Hegedüs zurückgetreten und der bisherige Abgeordnete Horánszky an seiner Stelle Handelsminister geworden. In den ersten Tagen des April fanden in Wien unter dem Vorsitz des Ministers des Äußern, Grafen Goluchowski, gemeinsame Ministerberatungen statt, nachdem die beiden Ministerpräsidenten schon vorher in Budapest Verhandlungen gepflogen hatten. In beiden wurde noch keine Vereinbarung erreicht, obgleich das ungarische

Abgeordnetenhaus in die Verhandlung über das Konversionsgesetz eintreten mußte, das schon am 18. April in Kraft treten sollte. Ministerpräsident v. Koerber hatte in der Frage der Rentensteuerfreiheit nicht nachgegeben, worüber man in Ungarn wenig erbaut war. Er wollte die Angelegenheit nur gemeinsam mit den übrigen Ausgleichsfragen geordnet sehen, und ungarische Blätter erklärten ihn darum für „amtsmüde“. Er stand aber augenblicklich bei der Krone fester als Herr v. Szell. Verhandlungen mit diesem am 10. April in Budapest ergaben wieder kein Resultat und Dr. von Koerber kehrte nach Wien zurück. Es sollte aber eine dritte Lesung des Zolltarifs in der Tarifkonferenz stattfinden, da man über „den toten Punkt“ hinausgekommen sei. Bis Anfang Mai war indessen noch keine Mitteilung darüber nach Wien gelangt, und darum fand am 8. Mai ein außerordentlicher österreichischer Ministerrat statt, in welchem über den Stand der Ausgleichsverhandlungen berichtet und über das weitere Vorgehen beraten wurde. Nach dem Ministerrat wurde Dr. v. Koerber vom Kaiser in längerer Audienz empfangen. Es hieß, er habe seine Demission angeboten, wozu aber kein ausreichender Grund vorlag. Er verlangte die Beschleunigung der Verhandlungen, während Herr v. Szell dem widerstrebt. Letzterer erklärte in der ersten Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses nach Pfingsten am 15. Mai, der neue Ausgleich dürfe nicht schlechter sein als der gegenwärtige, übrigens sei das selbständige ungarische Zollgebiet so weit vorbereitet, daß jederzeit binnen drei Wochen die vollständige Lostrennung von Österreich durchgeführt werden könne. Diese Äußerung, die offenbar nur taktische Zwecke verfolgte, rief in der Wiener Abgeordnetenhaus große Aufregung hervor. In diese Zeit fiel auch die schon erwähnte Rede des Grafen Apponyi, der gleichfalls den Standpunkt Szells scharf betonte.

Da hielt auch Ministerpräsident Dr. v. Koerber am 30. Mai im Herrenhause eine Rede, die mindestens ebenso entschieden klang wie die des ungarischen Ministerpräsidenten. Er erklärte darin, er könne mit ruhigem Gewissen die Versicherung ergeben, daß Österreich in keinem einzigen Punkte dem Besihsstande Ungarns nahegetreten, ihm nichts davon wegnehmen wolle, aber es sei unerlässlich, daß alle Unklarheiten beseitigt würden, damit in Zukunft keine Deutung zu Ungunsten Österreichs möglich sei. Ebenso sei im Zolltarif eine gewisse Rücksichtnahme auf die Bedingungen des österreichischen wirtschaftlichen Lebens nötig. Das sei alles, was Österreich von Ungarn verlange. Davon werde aber auch die Regierung in keinem Falle abgehen, sondern auf einen raschen Abschluß drängen, damit nicht wieder eine Zwangslage geschaffen werde, die mit dem Begriff des Ausgleichswerkes unverträglich sei. „Wir wollen Gemeinschaft und Freundschaft aufrecht erhalten, wollen jedoch nicht die Hand zu einer Gemeinschaft bieten, die uns nicht zur Ruhe kommen läßt und wirklich fast keine Gemeinschaft ist.“ Das war deutlich, die Rede wurde im Herrenhause mit lebhaftem Beifall aufgenommen, und mit Ausnahme der Tschechenblätter erklärten alle Zeitungen, daß in dieser Frage ganz Österreich hinter

dem Ministerpräsidenten stehe. Eine ernste Entfremdung der beiden Ministerpräsidenten war zunächst die Folge ihrer Reden, und nur der feste Wunsch des Kaisers, daß die beiden Ministerpräsidenten sich auf einen Kompromiß einigen müßten, verhinderte einen vollen Bruch. Die ungarischen Minister taten beleidigt, Herr v. Szell war Mitte Juni in Wien, ohne mit dem Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber persönlich zu verkehren. Bei dem offenen und geraden Charakter des Monarchen hatten sie freilich einen schweren Stand, wenn sie beweisen wollten, daß die von Ungarn durchgeführten Umgehungen des Ausgleichsvertrages keine wären. Der Kaiser erkannte, daß der Standpunkt Koerbers vollkommen berechtigt war, und fuhr fort, zwischen den beiden Regierungschefs zu vermitteln.

Ende Juni teilte die österreichische Regierung der ungarischen mit, daß sie beabsichtige, von dem für den 31. Dezember 1902 in den Handelsverträgen vorgesehenen Kündigungsrechte Gebrauch zu machen. Das bedeutete eine Mahnung zur Eile, zugleich aber auch die Geneigtheit zu weiteren Verhandlungen. Herr v. Szell traf nun am letzten Juni wieder in Wien ein, hatte eine Audienz beim Kaiser, der schon beim Delegationscercle gesagt hatte: „Daß sich die Minister über den Ausgleich einigen, dafür werde ich sorgen“, und dann fand ein längerer Kronrat statt, an dem auch der Minister des Äußern, Graf Goluchowski, teilnahm. Damit war der Faden der Verhandlungen wieder angeknüpft, die schon am 10. Juli in Wien zwischen den beiden Ministerpräsidenten und den Sachministern begonnen wurden, und am 25. Juli nahmen die Vertreter der beiden Regierungen die dritte Lesung des Zolltarifs in Angriff. Am 25. Juli hatten beide Ministerpräsidenten in Ischl beim Kaiser eine längere Konferenz, an der wieder Graf Goluchowski teilnahm. Die dritte Lesung des Zolltarifs war am 8. August beendet und am 10. hatte Ministerpräsident Dr. v. Koerber eine Besprechung mit Herrn v. Szell auf dessen Besichtigung Ratot, am 14. August begab er sich zum Bericht an den Kaiser nach Ischl, wohin am folgenden Tage Herr v. Szell folgte. Eine vollkommene Einigung hatte noch immer nicht stattgefunden und der Kaiser vermittelte weiter. Am 5. September fuhren die österreichischen Minister zu weiteren Beratungen nach Budapest, wo in mehrtägigen Verhandlungen über eine Reihe von Differenzen eine Einigung erfolgte, Ende September fanden wieder Verhandlungen in Wien statt und man erwartete den Abschluß so sicher, daß der Kaiser seinen Jagdausflug nach Steiermark um einen Tag verschob. Aber die Einigung erfolgte noch nicht. Nachdem beide Minister einzeln dem Monarchen Bericht erstattet hatten, reiste Herr v. Szell nach Budapest zurück, wo sofort das Gerücht verbreitet wurde, er habe seine Entlassung angeboten. Wie das „Waterland“ meldete, hätten die Minister sich für alle Fälle auf eine stillschweigende Verlängerung der Handelsverträge und eine Befristung der neuen Ordnung der Dinge bis 1904 geeinigt.

Die Wendung in den Zolltarifverhandlungen im deutschen Reichstage brachten plötzlich die Verhandlungen zwischen den beiden Ministerpräsidenten wie-

der in Fluß. Ministerpräsident v. Szell hatte schon am 20. November im ungarischen Reichstage erklärt, der Zolltarif sei bereits fertig und es handle sich nur noch um das Zustandebringen eines wirtschaftlichen Definitivums zwischen Osterreich und Ungarn überhaupt. Er hatte am 30. November in Wien auch wegen der Fortsetzung der Verhandlungen eine Audienz beim Kaiser, ebenso am 2. Dezember Ministerpräsident Dr. v. Koerber. Es fanden verschiedene Konferenzen statt, aber bis Weihnachten war die Einigung noch nicht erzielt worden. Kaiser Franz Joseph förderte die Ausgleichsverhandlungen mit aller Energie, am 30. Dezember wurden beide Ministerpräsidenten empfangen, und dann fand ein gemeinsamer Kronrat statt, der aber auch ebensowenig wie die nachfolgenden Beratungen zum Abschluß führte. Am anderen Tage erschienen beide Ministerpräsidenten jeder zweimal beim Monarchen, berieten dazwischen und wurden nachher abends 6 Uhr noch einmal vom Kaiser empfangen, waren aber noch immer nicht einig. Es fand ein österreichischer Ministerrat statt, der Finanzminister Dr. Böhm v. Bawerk erschien beim Ministerpräsidenten v. Szell, der sich telephonisch mit dem ungarischen Finanzminister Dr. von Eufacs in Budapest in Verbindung setzte, um 8 Uhr traf auch Ministerpräsident Dr. v. Koerber ein und eine halbe Stunde hatte man sich über alle Punkte geeinigt. Der ungarische Minister Graf Szchenyi begab sich unmittelbar darauf nach der kaiserlichen Kabinettskanzlei, damit der Monarch, dem das Hauptverdienst an dem Einigungswerk gebührt, beim Erwachen am Neujahrstage die frohe Kunde zuerst erhalte. Es war auch eine frohe Kunde für die gesamte österreichische Monarchie, die einer großen Erschütterung entgegengegangen wäre, wenn sich das Einigungswerk zerschlagen hätte. Auch alle wahren Freunde Osterreichs im Auslande hatten ihre Freude an dem endlichen Abschluß eines Übereinkommens, das nach allem, was darüber bekannt geworden ist, ein solches Aussehen trägt, daß man billigerweise auf beiden Seiten zufrieden sein kann.

Der Reichsrat.

Für den österreichischen Reichsrat läßt sich nicht viel Gutes hoffen, solange er auf den Wegen weiter wandelt, die er seit Jahren eingeschlagen hat. Das konstitutionelle Leben besteht aus einer Reihe von Kompromissen, hat seinerzeit Bismarck seine Parlamentarier belehrt, es besteht weder in der brutalen Unterdrückung der Minderheit durch die Mehrheit noch in der Obstruktion, der gewalttätigen Auflehnung der Minderzahl gegen die Majorität. Beide Wege führen, meist einer durch den anderen, zur Selbstvernichtung des Parlamentarismus. Das griechische Säulengebäude am Franzensring in Wien hat in den letzten fünf Jahren diese beiden parlamentarischen Mißbildungen über sich ergehen sehen, der Reichsrat war mehrfach dem vollständigen Erlöschen nahe, ist aber doch immer wieder aufgelebt und schien im ersten Halbjahr 1902 sich schon auf dem Wege der vollkommenen Gesundung zu befinden. Zum ersten Male wieder seit fünf Jahren

erlebte Österreich eine ordentliche parlamentarische Beratung des Staatsbudgets. Es ist nicht zu verkennen, daß das Verdienst dafür dem Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber gebührt, der es mit großem Geschick fertiggebracht hatte, die Arbeit des Reichsrats nutzbringend und fruchtbar zu machen, indem er ihn mit wirtschaftlichen Vorlagen anzog und nach der anderen Richtung hin drohte, er werde das Haus unbedingt heimschicken, wenn es nicht ordentlich arbeite. Und selbst die Tschechen glaubten ihm das und sahen ein, daß es ohne Budget keinen Reichsrat, ohne Reichsrat keinen böhmischen Landtag und ohne diesen keine tschechischen Abgeordneten geben werde. Sie verbissen einstweilen ihren Gram über die Aufhebung der Sprachenverordnungen und obstruierten nur mäßig, solange ihnen der böhmische Landtag nicht gesichert schien. Wirtschaftliche Bedrängnisse und politische Ermüdung sind den Bestrebungen des Ministerpräsidenten zu statten gekommen, doch bleibt es sein Verdienst, daß er auch schlechte Zeitumstände gut zu benutzen verstanden hat.

Der Januar verging mit Arbeiten der Budgetkommission sowie mit Vorbesprechungen des Ministerpräsidenten mit den deutschen und tschechischen Führern in Böhmen über eine Verständigung zwischen beiden Nationalitäten. Die ruhige und sachliche Beratung der Budgetkommission ließ die Hoffnung als sehr berechtigt erscheinen, daß das Abgeordnetenhaus diesmal das Budget in ziemlichem Frieden durchberaten werde. Die Aussichten auf ein Ergebnis der deutsch-tschechischen Verständigungsaktion waren freilich gering, doch gingen die deutschen Parteien, mit Ausnahme der Alldeutschen, auf die Vorbesprechungen mit dem Ministerpräsidenten ein, und die deutsche Volkspartei erklärte ausdrücklich, ganz im Gegensatz zu früher, sie halte es für ihre Pflicht, an Verhandlungen teilzunehmen, die geeignet seien, die Arbeitsfähigkeit des Parlaments zu sichern und den nationalen Frieden in Böhmen herbeizuführen, selbstverständlich ohne daß das deutsche Interesse gefährdet werde. Es stand übrigens außer Frage, daß selbst in dem Falle, daß die Vorbesprechungen ein günstiges Resultat ergeben würden, die eigentliche Konferenz nicht vor den Osterfeiertagen zusammentreten werde. Unter der geschickten Leitung des Obmannes Dr. K a t h r e i n wurden im Budgetauschuß die gefährlichen Klippen im Justizetat und im Unterrichtsetat umschifft, allein die Behandlung der Frage der mährischen Universitäten bot Schwierigkeiten, da der Unterrichtsminister nur schwer zu einer die Deutschen befriedigenden Erklärung zu bewegen war. Eine Angelegenheit, die gleichfalls zu parlamentarischen Schwierigkeiten führen konnte, blieb die Frage des Terminhandels für Getreide, da zwischen der Mehrheit des Abgeordnetenhauses, die ein Verbot wollte, und dem Landwirtschaftsminister ein Zwiespalt bestand.

Am 4. Februar trat der Reichsrat wieder zusammen, erledigte an zwei Sitzungstagen einige recht wenig dringliche Dringlichkeitsanträge und ging dann in die Faschingsferien. Am 13. begannen die Verhandlungen wieder, kosteten aber gleich wieder einen Tag, weil die Wiener Christlich-sozialen und Fortschrittlichen ihre Kommunalwahlstreitigkeiten ins

Haus trugen und eine häßliche Debatte darüber führten, bei der alle skandalösen Elemente Beteiligung fanden. Eine Obmännerkonferenz, von der sich nur die Alldeutschen fernhielten, traf Vereinbarungen über die möglichste Beschleunigung der Budgetberatung. Aber ehe man dazu übergehen konnte, kamen aufrührerische Vorgänge in Triest vor, bei denen das Militär von den Waffen hatte Gebrauch machen müssen; das wurde von den Sozialdemokraten und den Italienern zu Interventionen benutzt und brachte dem Abgeordnetenhaus wieder einige stürmische Tage. Die Heizer auf den Dampfern des österreichischen Lloyd hatten nämlich nicht ohne Grund die Arbeit niedergelegt, andere Leute hatten sich hineingemengt und einen allgemeinen Arbeiterausstand angesetzt, der zu Straßenunruhen führte, die das Eingreifen des Militärs nötig machten. Es wurde mit Steinen beworfen und gab darauf Feuer, wobei elf Menschen getötet und viele verwundet wurden. Die Italiener hängten nun schwarze Fahnen aus den Fenstern, und die Krawalle mit Angriffen auf das Militär wiederholten sich, so daß zunächst der Ausnahmezustand und schließlich das Standrecht über die Stadt verhängt werden mußte, worauf sofort Ruhe eintrat. Am 15. Februar brachten die Italiener und die Sozialdemokraten deswegen Dringlichkeitsanträge im Abgeordnetenhaus ein. Ministerpräsident Dr. v. Koerber versprach die strengste Untersuchung, erklärte aber, das Militär sei vollkommen korrekt vorgegangen. Die Ausschreitungen hätten mit dem Streik, wegen dessen bereits ein Schiedsgericht tätig gewesen sei, gar nichts zu tun, sondern seien von Elementen vorbereitet worden, welche die Anwendung von Waffen hätten herausfordern wollen. Der Minister sprach sich nicht deutlich darüber aus, ob er dabei Anarchisten oder italienische Irredentisten im Auge habe. Die Dringlichkeitsanträge wurden mit allen Stimmen gegen die des Abgeordneten Abt T r e u i n f e l s angenommen, der dafür von den Sozialdemokraten und tschechischen Radikalen beschimpft wurde. Am 18. Februar kam die Sache nochmals vor das Haus, weil das Ministerium verpflichtet ist, Ausnahmemassregeln sofort dem Abgeordnetenhaus vorzulegen. Ministerpräsident Dr. v. Koerber erklärte, die Verhängung der Ausnahme-massregeln sei notwendig gewesen zur Abwehr der Anarchie, die von terroristischen Elementen, nicht von den Arbeitern, hervorgerufen worden sei; er nahm wieder das Militär in Schutz, das seine Pflicht getan habe und zu dem Volksheer der allgemeinen Wehrpflicht gehöre. Der Staat könne nicht dulden, daß sich die Strafe zum gewalttätigen Richter zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern oder zwischen Behörden und Parteien aufwerfe. Von den Sozialdemokraten und Italienern wurde beantragt, das Haus solle die Ausnahmeverordnung nicht genehmigen. Der Sozialdemokrat Dr. E l l e n b o g e n nannte in seiner Rede die Behörden und Soldaten Mörder und suchte die Ausschreitungen als ziemlich harmlos hinzustellen. Der Ministerpräsident antwortete erregt und schob die Verantwortung denen zu, welche den Aufruhr in die Massen getragen hätten. Nach mehrstündiger Debatte wurde die Angelegenheit einem Ausschusse zugewiesen, der dem

Hause binnen acht Tagen Bericht erstatten sollte. Am 6. März kam die Angelegenheit nochmals vor das Haus und die Sozialdemokraten ergingen sich wieder in wüsten Angriffen. Am nächsten Tage trat ihnen aber der Ministerpräsident mit so beweiskräftigem Material entgegen, daß sie ganz kleinlaut wurden, und selbst der Führer der deutschen Volkspartei, die immer militärfeindlich gewesen war, Dr. v. Derschatta, zugab, daß wirklich ein gefährlicher Aufstand stattgefunden habe und der Unnahmezustand vollkommen berechtigt war.

Inzwischen war am 20. Februar das Haus in die Budgetdebatte eingetreten und begann rüstig zu arbeiten, selbst die aufregenden Debatten über die Vorgänge in Triest ließen keine Störung zurück. Am 24. hielt der Ministerpräsident eine Rede, in der er ausführte, daß seine Bestrebungen in erster Linie auf die Arbeitswilligkeit des Parlaments gerichtet seien, die sich vor allem in der Beratung des Budgets äußern müsse. Mit Befriedigung erkannte er den Umschwung in der Stimmung des Reichsrats an und betonte, daß „die Äbel zu sinken beginnen und das Haus deutlicher seinen Weg wahrnimmt“. Am 26. Februar beschloß das Haus nach Schluß der Generaldebatte mit 136 gegen 72 Stimmen, in die Einzelberatung einzutreten, und die Debatten gingen anfangs auch sehr förderlich von statten. Trotzdem sah sich die Regierung genötigt, Mitte März ein neues Budgetprovisorium einzubringen, da das bisherige mit dem 31. März abließ. Bei der zweiten Beratung desselben am 18. März rief der alldeutsche Abgeordnete Schönerer einen ungeheuer aufgeregten Zwischenfall hervor. Er hielt eine lange alldeutsche Programmrede, in der er alle deutsch-österreichischen Parteien heftig angriff, ein bundesrechtliches Verhältnis der deutsch-österreichischen Länder mit dem Deutschen Reiche verlangte und plötzlich mit dem Rufe schloß: „Hoch und Heil den Hohenzollern!“ in den seine Partei einstimmt. Die offenbar abgekartete Szene rief stürmische Erwidern hervor, man antwortete mit Pfuirufen und der Präsident rief Schönerer zur Ordnung. Nachdem die Abgeordneten Dr. Kramarsch und Dr. Funke von ihrem Standpunkte aus das Vorgehen Schönerers zurückgewiesen hatten, gab im Namen aller Parteiführer der Abgeordnete Dr. Kathrein eine Erklärung ab über den Mißbrauch, der mit einem befreundeten Fürstenhaus getrieben wurde, und schloß mit einem stürmisch erwiderten „Hoch Habsburg!“. Das Vorgehen Schönerers, den man längst nicht mehr ernst nimmt, wurde namentlich in Österreich, aber auch in Deutschland, allgemein verurteilt. Die „Köln. Ztg.“ nannte ihn einen politischen Don Quixote.

Donnerstag, den 19. März, wurde das Budgetprovisorium in dritter Lesung angenommen. Am Freitag schloß die Session vor Ostern mit einer schrillen Dissonanz. Beim Mittelschulbudget kam die im Budgetauschuß angenommene Resolution des Abgeordneten Grafen Stürgkh zur Abstimmung, welche die Regierung aufforderte, das schon seit Jahren ein Streitobjekt bildende slovenische Untergymnasium in Lilly aufzuheben und dafür das slovenische Gymnasium in Marburg zu erweitern. Das war die Vergeltung für Schönerers Ruf.

Die Agitation war vom Polenklub geleitet worden, der seine Leute alle nach Wien beordert hatte, und der Schlag galt ebenso sehr den Deutschen, wie dem Ministerium, denn man hoffte, die Deutschen in die Obstruktion zu treiben. Der klerikale Teil des Zentrums, die Italiener und die Sozialdemokraten hatten ihre Meinung geändert und stimmten gegen die Resolution, auffälligerweise selbst der polnische Landsmannminister Dr. Pientak. Am meisten lärmten die Alldeutschen über die Ablehnung der Resolution, die sie früher als „minderwertig“ bezeichnet hatten. In den deutschen Parteien herrschte tiefe Empörung, doch zur Obstruktion schritten sie nicht, da sie damit doch nur die Geschäfte der Polen und Tschechen besorgt hätten. In der Obmännerkonferenz am 7. April erklärte die deutsche Volkspartei, sie werde von nun an in die schärfste Obstruktion gehen, und als am anderen Tage, wo die Session wieder eröffnet wurde, Ministerpräsident Dr. Koerber eine versöhnliche Rede hielt, den Minister Dr. Pientak zu entschuldigen versuchte und versprach, in der Cillier Frage tunlichst entgegenzukommen, half das nicht mehr. Bei der Abstimmung über eine tschechische Gewerbeschule in Budweis kam es infolge eines Mißverständnisses zu einem Obstruktionssturm der Alldeutschen gegen den Präsidenten Grafen Vetter v. d. Lilie, der die Sitzung unterbrechen mußte. Die Deutschen hatten sich über eine Resolution, die gleichzeitig eine tschechische Staatsgewerbeschule in einer tschechischen Stadt des Budweiser Kreises und eine deutsche in Eger beantragte, wegen des Widerstandes der deutschen Volkspartei nicht einigen können, der slovenische Abgeordnete Ploj nahm aber die Resolution auf, und diese ging gegen die Stimmen der beiden stärksten deutschen Parteien durch. An diesem Tage trat die deutsche Volkspartei aus der deutschen Obmännerkonferenz aus und formulierte ihre Forderungen an den Ministerpräsidenten. Dieser Schritt bedeutete unstreitig eine Schwächung der Deutschen im Abgeordnetenhaus.

Die weiteren Budgetverhandlungen und Beratungen einzelner dringlicher Gesetzentwürfe gingen von nun an nur ruckweise vor sich und unter der immer deutlicher werdenden Obstruktion der Tschechen. Der Ministerpräsident mußte wieder in einer beweglichen Rede an die Beschleunigung der Budgetberatung mahnen. Am 22. April wurde die erste Rate von 1,600.000 Kronen der Gesamtsumme von 16 Millionen zur Unterstützung von Prag für volkshygienische Anlagen gegen die Stimmen der größeren deutschen Parteien angenommen, glücklicherweise ohne Lärm, und die Obmänner hielten Konferenzen, wie das Budget noch im Mai durchzubearbeiten sei. Man beschloß, weniger Parteiredner vorzuschicken; das war aber auch nötig, da das Haus wegen der am 5. Mai beginnenden Delegationen ohnehin seine Sitzungen unterbrechen mußte. Mit Zuhilfenahme von Nachsitzungen wurde am 22. Mai nach einer dreizehnstündigen Beratung die zweite Lesung des Staatsvoranschlags beendet und derselbe am folgenden Tage in namentlicher Abstimmung mit 154 gegen 14 Stimmen angenommen. Das Resultat wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Am 31. Mai nahm auch das Herrenhaus

das Budget in zweiter und dritter Lesung an; zum ersten Male seit fünf Jahren gab es also in Österreich wieder einmal ein regelmäßig erledigtes Budget. Die weiteren Verhandlungen des Abgeordnetenhauses wurden wieder durch die Delegations-sitzungen unterbrochen und dann durch Obstruktionsgelüste der Jungtschechen und der Alldeutschen, die beschwichtigt werden mußten, verschleppt. Am 10. Juni brachte der tschechisch-radikale Abgeordnete K l o f a c z die Rede des Kaisers Wilhelm in Marienburg, die er auf alle Slaven zu beziehen suchte, in einer Anfrage an den Ministerpräsidenten ins Haus. Die frechen Beschimpfungen des Maulhelden veranlaßten den Präsidenten zu mehrfachen Ordnungsrufen und schließlich zur Wortentziehung, worüber die tschechischen Radikalen wüteten. Die Polen verhielten sich ruhig, hatten aber ihre Freude daran. Am nächsten Tage sprach Ministerpräsident Dr. v. K o e r b e r sein Bedauern über das gestrige Auftreten des Abgeordneten K l o f a c z aus und lehnte jede Antwort auf seine Anfrage ab. Wegen der Haltung der Jungtschechen, welche gegen die Fahrkartensteuer obstruieren wollten, reichte der tschechische Landsmannminister Dr. R e z e k seine Demission ein, worauf seine Landsleute vernünftig wurden und nicht mehr obstruierten, weil ihnen auch der Ministerpräsident rund heraus erklärte, je mehr sie die Reichsratssession hinauszögen, um so kürzer werde die Tagung des böhmischen Landtages ausfallen. In wenigen Tagen wurden dann die noch zur Beratung stehenden Vorlagen, darunter die Fahrkartensteuer, erledigt, und nachdem auch das Herrenhaus der Mehrzahl der vom anderen Hause angenommenen Gesetzesvorlagen zugestimmt hatte, wurde der Reichsrat am 20. Juni vertagt. Am 12. hatte der Ministerpräsident im Abgeordnetenhaus noch den Entwurf eines neuen Preßgesetzes vorgelegt, der wesentliche Fortschritte enthielt und freundlich aufgenommen wurde.

Das Ende der Frühjahrssession hatte schon gezeigt, daß das Abgeordnetenhaus wieder verderblichen Neigungen nachgebe. Hatte es auch der Ministerpräsident mit den verschiedensten Mitteln fertig gebracht, die parlamentarische Maschine im Gange zu erhalten, so lag doch die Wahrscheinlichkeit nahe, daß ihm diese Mittel nach und nach ausgehen würden. Der Antagonismus der Nationen und der Parteien erscheint unüberwindlich, jede Nation kämpft eigensinnig für ihre Interessen, nur die Deutschen nicht, die müssen sich über Dinge in erbitterte Gegner spalten, die den Zusammenhang anderer Nationalitäten gar nicht berühren. Die Herbstsession begann am 16. Oktober unter sehr ungünstigen Verhältnissen; es lagen noch 36 Dringlichkeitsanträge vom Sommer her vor, die Jungtschechen beschloßen, zu obstruieren, die Verhandlungen des Ministerpräsidenten mit den Parteien zur Freimachung der Tagesordnung hatten keinen Erfolg. Am 16. Oktober brachte Finanzminister Dr. B ö h m v. B a w e r k den Staatsvoranschlag für 1903 ein, und Ministerpräsident Dr. v. K o e r b e r hielt eine politische Rede, in der er versicherte, daß die Sprachenfrage nicht wieder abgesetzt, sondern direkt vor den Reichsrat gebracht werden würde, und in der er sich hoffnungsvoll über den Ausgleich mit Ungarn aussprach. Aber schon

die nachfolgende Rede des Jungtschechenführers Dr. P a c a k mit heftigen Angriffen auf das Ministerium und lautem Lärm der Tschechen machte klar, daß auf eine nutzbringende Session nicht zu rechnen sei. Tatsächlich wurde auch in der bis zum 18. Dezember währenden Tagung in 32 Sitzungen so gut wie nichts geleistet. Es wurden freilich 645 Petitionen überreicht, die unerledigt blieben, 766 Interpellationen eingebracht, von denen 229 beantwortet wurden, ebenso 99 Initiativanträge gestellt, von denen kein einziger erledigt wurde. Die Regierung hatte 29 Gesetzeswürfe eingebracht, aber das Haus beschäftigte sich fast ausschließlich mit sogenannten Dringlichkeitsanträgen, deren Zahl sich auf 255 belief; 155 betrafen Notstandsangelegenheiten und wurden sofort erledigt, außerdem kamen noch 25 andere zur Beratung, hatten meist aber keinen anderen Zweck als Zeitvergeudung und Lärm. Es wurden nur 9 wenig bedeutende Vorlagen erledigt, darunter die vom Sommer zurückgebliebene Terminhandelsvorlage, sowie Vorlagen über den Notstand, den Hausierhandel und die Viehsalzpreise. Es gab mehrfache Sturmszenen, so am 29. Oktober, als der Jungtscheche B r z e z n o w s k y den deutschen Abgeordneten A l b r e c h t durch den Vorwurf beleidigt hatte, seine Mutter sei eine Tschechin, und später, als der alldeutsche Abgeordnete B e r g e r den lärmenden Tschechen zurief: „Das sind ja keine Parlamentarier, das sind Lausbuben“; so am 6. November, wo der Landesverteidigungsminister K Z M. Graf W e l s e r s h e i m b auf Beschimpfungen der Armee und des Offizierskorps von radikaler Seite erwiderte, die Armee stehe zu hoch, als daß sie aus diesem Hause beleidigt werden könnte, welchen Ausdruck er später abänderte. Mitte November fanden erregte Debatten über die Vorgänge bei der Landtagswahl in der Arbeitervorstadt Favoriten statt, bei der es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Polizei und Arbeitern gekommen war. Man wunderte sich darüber, daß vom Ministerpräsidenten so wenig geschah, um das Haus arbeitsfähig zu machen. Er hatte wohl eine veröhnliche Rede über die Sprachenfrage gehalten und war dabei den Tschechen tunlichst weit entgegengekommen, und leitete auch Mitte November neue Verhandlungen über eine Verständigungskonferenz ein, zu denen sich auch die Deutschböhmen mit Ausnahme der Alldeutschen bewegen ließen. Trotzdem mußte das Abgeordnetenhaus vertagt werden, ohne daß es auch nur zur Bewilligung des Budgetprovisoriums gekommen war. Von der Verständigungskonferenz erwartete niemand viel, eine Wendung der politischen Stimmung trat erst ein, als der deutsche Reichstag den Zolltarif beschloßen und noch am Jahreschluß infolge davon der Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn abgeschlossen worden war. Seit dieser Zeit arbeitet das Abgeordnetenhaus in Wien wieder.

Vom Hofe.

Kaiser Franz Joseph, der sich bei vortrefflichem Wohlbefinden das ganze Jahr über mit bekannter Pflichttreue den immer schwieriger werdenden Staatsgeschäften hingegeben hatte, erkrankte Ende Oktober an rheumatischem Leiden, Ischias



Prinz Emanuel zu Salm-Salm und Erzherzogin Maria Christina.

und Kreuzschmerzen, infolgedessen der für Anfang November in Aussicht genommene Aufenthalt in Ungarn unterblieb und der Monarch sich in Schönbrunn sogar zeitweise von allen Geschäften zurückhalten mußte. Das Weihnachtsfest verbrachte der Kaiser wieder im Schloß Wallsee und kehrte von da am 26. Dezember nach Wien zurück, wo am 29. der russische Minister des Außern, Graf Samdorff eintraf, der am folgenden Nachmittag vom Kaiser in Audienz empfangen wurde und abends an der Hofstafel zur Rechten des Kaisers saß.

Am 22. Januar fand in der Hofburg zu Wien in feierlicher Weise die Trauung der Enkelin des Kaisers, der Erzherzogin Elisabeth Marie, mit dem Fürsten Otto zu Windischgrätz statt. Der Bräutigam wurde von seinem Vater, die Braut von ihrer Mutter, der Gräfin Stephanie Conyay, geführt. An der Trauung sowie an dem Diner nahmen nur die engeren Familienangehörigen des Brautpaares teil, das nachmittags nach Veldes abreiste und später nach einer längeren Reise in Prag dauernden Aufenthalt nahm.

Am 21. Februar feierte Erzherzog Rainer und seine Gemahlin, die Erzherzogin Marie, Tochter des Erzherzogs Karl, des Siegers von Aspern, das Fest ihrer goldenen Hochzeit, eine Feier, die sich noch nie im Hause Habsburg ereignet hatte. Erzherzog Rainer, der „liberale Erzherzog“ genannt, ein ausgesprochener Freund der Deutschen und Italiener, hat vielfach in leitenden Stellungen seine der neuen Zeit entsprechenden Gesinnungen bekundet; er war 1861 bis 1865 Präsident des Ministeriums Schmerling, zog sich aber später gänzlich von

der Politik zurück und widmete sich ganz der Neuorganisation der k. k. Landwehr, deren Oberkommandant er ist, die Wissenschaft verdankt ihm vielfach Schutz und Förderung und sein Name ist mit den Entdeckungen des „Papyrus Rainer“ für alle Zeiten verknüpft. Am 20. fuhr Kaiser Franz Joseph vormittags im Palais Rainer vor und überbrachte dem Jubelpaar mit seinen Glückwünschen als Angebinde sein Porträt. Bei der Familientafel hielt der Kaiser eine Rede, in der er hervorhob, daß in der Familiengeschichte des Hauses Habsburg bisher noch niemals eine solche Jubelfeier vorgekommen sei, und er gedachte der hohen Verdienste des Erzherzogs um die Monarchie und der segensreichen Wirksamkeit der Erzherzogin. Am folgenden Tage fand die feierliche Einsegnung des Ehebandes durch den Erzbischof Kardinal Gruscha statt. Die Feier wurde in allen Teilen Österreichs in wirklich aufrichtiger Teilnahme mit begangen.

Am 10. Mai fand in Wien die Vermählung der Erzherzogin Marie Christine, der ältesten Tochter des Erzherzogs Friedrich, mit dem Grafen Emanuel Salm-Salm statt, der in deutschen Heeresdiensten steht.

Am 8. November verlobte sich im Schlosse Lagenburg die Erzherzogin Elisabeth Amalie, die jüngste Tochter des verstorbenen Erzherzogs Karl Ludwig, mit dem Prinzen Alois Liechtenstein.

Der König Karl von Rumänien traf am 3. August nachmittags in Jschl ein und wurde von dem dort weilenden Kaiser Franz Joseph auf das herzlichste begrüßt. Es fand nachmittags eine Hofstafel und abends eine Festvorstellung im Theater statt.

Der König Georg von Griechenland verweilte am 25. Oktober in Wien und empfing den Minister des Außern, Grafen Soluchowski. Er gab sich in den nächsten Tagen zum Besuche der Herzogin von Cumberland nach Smunden.

Verschiedenes.

Am 26. Mai starb in Wien der frühere Handelsminister im Ministerium Adolf Auersperg, Frhr. v. Banhans. Sein Name war besonders mit dem Prozeß Ofenheim verknüpft. Zuletzt war er Präsident der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft.

Das Herrenhausmitglied Hofrat Dr. Beer, ein hervorragender liberaler Politiker aus der Zeit nach Schmerling, schied am 7. August, 71 Jahre alt, aus dem Leben. Er war Professor der Geschichte am Polytechnikum zu Wien und Verfasser zahlreicher historischer und politischer Schriften. Im Abgeordnetenhaus war er seinerzeit lange Jahre hindurch Referent über den Staatsvoranschlag, zuletzt war er Referent der Quotendeputation.

Einer der letzten noch lebenden Ritter des Maria-Theresienordens, der Gardekapitän G. d. K. Eugen Frhr. v. Piret de Bihain verschied in Wien am 27. August nach längerer Krankheit im Alter von 81 Jahren. Er hatte eine höchst ehrenvolle militärische Vergangenheit hinter sich.

Der Justizminister Frhr. v. Spens-Booden legte in der Mitte Oktober sein Amt nieder, da er

schon seit längerer Zeit schwer leidend war und sich zweimal einer schweren Operation hatte unterziehen müssen. Von politischer Bedeutung war dieser Rücktritt nicht. Der Ministerpräsident Dr. v. Koerber übernahm auch das Justizministerium.

Am 11. Oktober beging der Landesverteidigungsminister FML. Graf Welserheimb sein fünfzigjähriges Militärdienstjubiläum. Kaiser Franz Joseph übersandte ihm ein Handschreiben, in dem des mehr als zwanzigjährigen Wirkens des Grafen als Landesverteidigungsminister und seiner Verdienste um die Organisation der Landwehr mit warmer Anerkennung gedacht wurde.

Graf Richard Belcredi, der einstige Ministerpräsident der Siftierungsära, als welcher er nach dem Ministerium Schmerling vom Juli 1865 bis Februar 1867 an der Spitze eines föderalistischen Ministeriums stand, starb am 3. Dezember in Gmunden im achtzigsten Lebensjahre. Am 20. September 1865 siftierte er die Verfassung. Der Krieg von 1866 nötigte aber die leitenden Kreise, vom föderalistischen System abzugehen und sich dem Dualismus zuzuwenden. Der Abgang Belcredis wurde im Volke mit Freude aufgenommen, denn er war in keiner Weise den freisinnigen geistigen und politischen Richtungen jener Zeit freundlich gesinnt. Nach seinem Rücktritt wurde er in das Herrenhaus berufen, wo er bis zu seinem Tode der Führer der tschechisch-feudalen Partei blieb. Ministerpräsident Graf Taaffe hatte ihn nach fünfzehnjähriger Zurückgezogenheit 1881 zum Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes ernannt, in welcher Stellung er bis zum August 1895 blieb.

Am 10. November wurde der Botschafter des Deutschen Reiches am Wiener Hofe, Fürst zu Eulenberg, von seinem Posten enthoben. Die Ursache seines Rücktrittes lag in schweren Leiden, die ihn schon wiederholt und in längeren Zeiträumen von seiner Wirkungsstätte ferngehalten hatten. Als persönlicher Freund des Kaisers Wilhelm war er ein geeigneter Vertreter des engsten Bündnisses zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland und wurde wegen des ersten Verhältnisses daheim in der Oppositionspresse, wegen des zweiten von der tschechischen Presse wiederholt angegriffen, die ihm namentlich anzudichten versuchte, er mische sich in die inneren Verhältnisse Österreichs ein. Dazu war der Fürst zu taktvoll und wußte genau, daß seine Stellungnahme zu Gunsten der einen oder der anderen Partei ganz erfolglos bleiben würde. Dagegen wird ein Wort von ihm, das er bei der letzten Geburtstagsfeier des Kaisers Wilhelm in der deutschen Kolonie in Wien sprach, das Bündnis zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland werde „unauflöslich“ sein, in den Herzen aller Deutschösterreicher dankbar nachklingen.

Sein Nachfolger wurde der bisherige deutsche Botschafter am italienischen Hofe, G. d. K. und Generaladjutant des deutschen Kaisers Graf Karl v. Wedel, der schon früher über ein Jahrzehnt als deutscher Militärbevollmächtigter in den Wiener Hof- und Militärkreisen heimisch geworden war. Er war seit 1891 ganz in den diplomatischen Dienst übergegangen und inzwischen Gesandter in Stock-

holm, später Botschafter in Rom gewesen. Er trat seine Stellung in Wien zu Ende des Jahres an.

Am 4. Dezember starb in Brünn der Dichter Hieronymus Lorm, der mit seinem bürgerlichen Namen Heinrich Landesmann hieß und am 9. August 1821 zu Nikolsburg in Mähren geboren war. Er nahm auf dem Gebiete der literarischen und philosophischen Kritik eine geachtete Stellung ein und erfreute sich als lyrischer Dichter allgemeiner Beliebtheit. Er hatte schon in der Jugend das Gehör verloren und erblindete auch in späteren Jahren vollständig. Längere Zeit hat er auch in Berlin, Wien und Dresden gelebt.

Aus dem Parteileben.

Das österreichische Parteileben hatte sich nach den letzten Reichsratswahlen nicht gebessert, eher verschlimmert, jedenfalls waren noch neue Spaltungen hinzutreten, indem sich im deutschen Lager eine neue Agrarpartei aufgetan hatte, während allerdings die deutsche Fortschrittspartei die ehemalige deutsche Mittelpartei in ihre Reihen aufnahm. Die deutsche Volkspartei hatte zwar an Mandaten, nicht aber an der diplomatischen Eignung zur Führung einer gemeinsamen deutschen Aktion gewonnen, und so blieb eben die gesamte parlamentarische Tätigkeit der Deutschösterreicher nach wie vor Stückwerk, zuweilen einen erfreulichen Anlauf nehmend, im ganzen aber doch zerfahren und darum ohne den der deutschen Nation gebührenden Einfluß. Die Schuld davon wurde hergebrachtemaßen der Regierung zugeschoben. Die Jungtschechen hatten insofern eine Schwächung erfahren, als eine Reihe von Mandaten der tschechischen Agrarpartei und den Tschechischradikalen zugefallen war. Wenn es gegen die Deutschen ging, hielten zwar immer alle zusammen, sonst aber traten namentlich die Tschechischradikalen als weiteres lärmendes Element im Abgeordnetenhaus hervor, und ihnen namentlich ist es zuzuschreiben, daß gegenseitige Provokationen und vermehrte Tumulte die Arbeiten des Hauses hemmten, das Niveau der Verhandlungen erniedrigten und die Stimmung verschlechterten. Einen neuen Ansporn erhielten durch sie die Jungtschechen, weil diese fürchteten, infolge des Auftretens der Radikalen Mandate zu verlieren.

Aus dem Parteileben der Deutschösterreicher sind namentlich zwei Angelegenheiten von einiger Tragweite hervorzuheben. Beschäftigen wir uns zunächst kurz mit dem inneren Verfall der alldeutschen Partei, der sich im abgelaufenen Jahre als Kampf zwischen Schönerer und Wolf bezeichnen läßt. Es waren freilich nur „familiengeschichten“, die gegen Wolf ausgenüßt wurden, aber seine eigenen Parteifreunde brachten sie an die Öffentlichkeit, und grausam wurde seinem sittlichen Rufe mitgespielt. Er, der so hohe Sittlichkeitsforderungen an andere stellte, hatte selbst schwer gefehlt aus Sinnlichkeit. Aber warum kam das, was vor Jahren geschah, noch jetzt an die Öffentlichkeit? Jedermann hatte den Eindruck, daß Schönerer den unbehaglichen Nebenfürher los sein wollte, niemand bezweifelte, daß das bloß aus politischer Eifer- und Eigensucht geschehe, und mancher, der gar nicht Wolf's

Freund war, bekundete Mitleid mit seinem Sturz von der mutig, ja tollkühn erklimmenen Höhe einer historisch gewordenen Persönlichkeit. Sein Duell mit *Badeni*, sein Ruf „Hurra Germania!“ in dem wilden Parlamentssturm vor dem Sturze dieses Ministeriums, als die Polizei ihn und andere aus dem Sitzungssaal mit Gewalt entfernte, hatten ihn zur „Perle des deutschen Volkes“ gemacht, der die Massen zujubelten, den Mütter ihren auf den Arm gehobenen Kindern zeigten als die Hoffnung der Zukunft. So weit vermag es ein temperamentvoller Mann in stürmischen Zeiten zu bringen, zum dauernden Führer eines Volkes gehören aber nicht allein Temperament und Begabung, sondern erst recht ausgereiftes Studium und charaktervolles Wesen. Aus Mangel daran hat *Wolf* durch bedenkliche Streiche, durch sein ungezügelttes Gemüt zumeist sich selbst, seine Partei, im weiteren Sinne auch das österreichische Deutschtum, in dessen vordersten Reihen er kämpfte, vor den slavischen und klerikalen Gegnern arg kompromittiert. Das alles entschuldigt freilich die Art und Weise nicht, mit der *Schönerer* und seine engeren Anhänger gegen *Wolf* vorgehen, was aber zur Folge hatte, daß das Volk in seiner großen Mehrheit sich *Wolf* zuneigte. Dieser benutzte die Strömung, um sich in Trautau wieder wählen zu lassen. Doch auch dies vermochte seinen Nimbus nicht wieder herzustellen, 16 alldeutsche Abgeordnete blieben bei *Schönerer*, nur wenige schlugen sich zu ihm, und *Schönerer* setzte seinen Vernichtungsfeldzug fort. Der „Kronprinz“ der Alldeutschen, Abgeordneter *Dr. Schalk*, erklärte in der Abgeordnetenhausung vom 16. April unter obligatam Lärm den Abgeordneten *Wolf* für „persönlich ehrlos und satisfaktionsunfähig“, die darauf ergangene Forderung *Wolfs* verlief nach längeren Verhandlungen ergebnislos, die Presse *Schönerers* behauptete, *Wolf* habe vom Zuckerkartell Bestechungsgelder angenommen, und am 20. Mai erschien eine Broschüre *Dr. Schalks*, die die alten Sünden *Wolfs* und alle Beschuldigungen gegen ihn aufrecht erhielt, sonst aber nichts Neues brachte. *Wolf* reichte erst am 1. November in Brüx eine Beleidigungsflagge gegen *Dr. Schalk* und einige Redakteure ein, die die Broschüre *Schalks* abgedruckt hatten. Ende November trat er von der Redaktion der „Ostdeutschen Rundschau“ zurück, die in andere Hände überging. Das Schwurgericht in Brüx verurteilte am 6. Dezember einstimmig die Angeklagten zu ansehnlichen Geldstrafen und in die Kosten. *Wolf* ging insofern als gerechtfertigt hervor, als nicht erwiesen worden war, daß er die Parteitreue gebrochen und Bestechungsgelder genommen hatte, grausam aber wurde seinem sittlichen Rufe mitgespielt. *Schönerer* scheint demnach das Spiel gewonnen zu haben.

Die zweite große Streitfrage unter den deutschen Parteien bildet der Kampf um Wien. Seit dort die Fortschrittspartei die Herrschaft in der Stadtvertretung an die Christlichsozialen unter Führung des *Dr. Eueger* verloren hat, tobt ein erbitterter Kampf, der mit allen, auch den schlechtesten Mitteln geführt wird und den Zweck hat, die Reichshauptstadt den Christlichsozialen wieder zu entreißen. Wir haben keine Sympathien für die

Christlichsozialen, aber die Wiener Fortschrittlichen, die die Stadt den Sozialdemokraten überliefern möchten, um sich an den verhassten Gegnern zu rächen, verdienen darum ebensowenig Sympathie, denn es steht das deutschnationale Interesse dabei auf dem Spiel. Mögen die Christlichsozialen sein, wie sie wollen, gut deutsch sind sie doch, trotz aller auch in dieser Beziehung aufgetauchten Verdächtigungen, geliebt. Von den Sozialdemokraten kann das niemand behaupten, und es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß eine klaffende Bresche in die deutsche Haltung Wiens gelegt werden würde, sobald sie auch nur einen ansehnlichen Bruchteil an der Verwaltung der Stadt erringen. Es ist unter diesen Umständen schwer begreiflich, aber für die deutsch-österreichischen Parteiverhältnisse charakteristisch, daß Alldeutsche und deutsche Volkspartei, wenn auch wenig in Betracht kommend, in diesem Kampfe als Bundesgenossen der ihnen sonst so verhassten „Judenliberalen“ auftreten und für den Sieg der Sozialdemokratie mitwirken. Bisher hat sich *Dr. Eueger* als überlegener Taktiker erwiesen und alle Stürme abgeschlagen; in der Wahl der Mittel ist er allerdings nicht heikel gewesen, aber die Ankündigung, daß seine und seiner Partei Herrschaft wanke, hat sich nicht bestätigt. Schon im März fielen die Ergänzungswahlen in den Gemeinderat von Wien und die Bezirksratswahlen vollkommen zu Gunsten der Anhänger *Euegers* aus. Bei den Landtagswahlen im Herbst ging es nicht anders. *Dr. Eueger* hatte für Wien die Wählerliste nicht drucken lassen und verweigerte auch den Fortschrittlichen die Einsichtnahme in die im Rathause aufliegenden Wählerlisten. Auf Reklamation beim Statthalter mußte dies gestattet werden, aber die Christlichsozialen drängten sich darauf so massenhaft mit allerhand Reklamationen um die Wählerlisten, daß die Fortschrittler nicht dazu konnten. Um die den Liberalen zuneigenden Provinzstädte zu gewinnen, veranstaltete *Dr. Eueger* einen christlichsozialen Parteitag in St. Pölten, wohin er mit 3000 Getreuen in fünf Extrazügen fuhr. Bei den Wahlen eroberten die Christlichsozialen in den Landbezirken wie in der Stadt Wien beim ersten Wahlgange je sechs Sitze, in den Städten gingen ihnen vier verloren. Nach der Stichwahl im Bezirk favoriten kam es zu stürmischen Szenen, die Christlichsozialen behaupteten, provoziert worden zu sein, und stürmten das Arbeiterheim. Die Polizei mußte mit blanker Waffe einschreiten und es kamen zahlreiche Verwundungen und Verhaftungen vor. Jedenfalls ist es Tatsache, daß vorläufig die Christlichsozialen die Herrschaft in Wien und im niederösterreichischen Landtage behaupten.

Von den Tschechen und Polen.

Das ganze Jahr hindurch haben Verhandlungen zwischen dem Ministerpräsidenten *Dr. v. Koerber* und den deutsch-böhmischen und tschechischen Führern über einen sprachlichen Ausgleich geschwebt, und wie das Jahr zu Ende ging, war man gerade wieder so weit, um Verständigungskonferenzen für die nächste Zeit einzuberufen, etwa in dem Umfang, wie dies bei den Verhandlungen mit den

Utttschehen im Jahre 1900 geschah. Allerdings haben alle derartigen Versuche, obwohl sie noch kein tatsächliches Ergebnis hatten, immer einiges brauchbare Material für weitere Verhandlungen und eine minder feindselige Stimmung hinterlassen, aber sie dürften, ebenso wie im vergangenen, so auch im kommenden Jahre zu keinem Ergebnis führen — aus Furcht vor dem Radikalismus. Die meisten Parlamentarier sind gar nicht abgeneigt, auf einer vermittelnden Grundlage eine Vereinbarung abzuschließen, und sie würden froh sein, wenn auf diesem Wege dem Sprachenstreit ein Ende gemacht würde, aber sie haben Furcht davor, daß der eine oder der andere Abgeordnete, daß eine Partei radikaler sein könnte als sie selbst, denn das könnte der Partei bei der nächsten Wahl Mandate kosten. Auf der anderen Seite ist wieder ein zweiter Gesichtspunkt maßgebend, den der jungtschechische Abgeordnete Herold im böhmischen Landtage aussprach, seine Partei werde sich hüten, etwas zu unternehmen, was das Odium auf sie werfen könnte, sie hätten den deutsch-tschechischen Ausgleich vereitelt. Ähnlich denken die deutschen Parteien aber auch, und so ist nur der negative Wille vorhanden, die Verständigung nicht unmöglich zu machen, aber nicht der positive, sie auch wirklich zu Stande zu bringen. So schleppen sich die Konferenzen seit drei Jahren hin, ohne daß etwas zu Stande kommt. Die größte Angst vor dem Radikalismus haben natürlich die Jungtschechen, denn sie wissen, daß sie sich zur führenden Partei ihres Volkes dadurch emporgebracht haben, daß sie den zwischen Deutschen und Utttschehen im Jahre 1890 vereinbarten Ausgleich durch ihre radikale Agitation zu nichte machten. In ihrem Gewissen fühlen sie, daß ihnen auch so geschehen könnte.

Darum wollen die Vereinbarungen nicht vorwärts rücken, obgleich die Verhandlungen nur noch „eine papierdünne Wand“, wie sich der verstorbene Tschechenführer Dr. K a i z l selbst ausdrückte, trennt. Zu Anfang des Jahres mahnte der Papst in einem Briefe an die Bischöfe von Mähren und Böhmen, der Sprachenzwist, der Uneinigkeit unter den Katholiken schafft, veranlasse eine besondere Schädigung der Kirche. „Unterdrückt kraftvoll den Ausdruck leidenschaftlicher Gemütsbewegungen, damit sie im Kampfe um ihre Volksrechte das Maß nicht überschreiten, oder allzu eifrig die Gerechtigkeit und das Wohl des Staates hintansehen.“ Der Brief war wohl bloß für die Geistlichkeit bestimmt, war aber doch auch von weiterem Interesse. Die im Januar begonnenen Vorbereitungen für die Verständigungskonferenz rückten nicht vorwärts, wurden bis nach der Budgetdebatte verschoben, dann hieß es, die Regierung werde einen Sprachengesetzentwurf für die Beratung vorlegen. Im Spätsommer fingen die tschechischen Blätter wieder an, besonders laut zu lärmern, und der Obmann der Jungtschechen, Dr. P a z a f, kündigte in den letzten Tagen des August vom Bad Misdroy unbedingte Obstruktion gegen den Ausgleich mit Ungarn an, wenn nicht wenigstens die tschechische Univerfität für Mähren bewilligt werde. Dieser Lärm sollte die tschechische Massen in Stimmung versetzen und auf die Regierung einen Druck ausüben; man wollte bei dem Ausgleich mit Ungarn von der Regierung so

viel wie möglich herauschlagen. Im tschechischen agrarischen Lager war man mit der Opposition gar nicht einverstanden, aber vorläufig behielten die Obstruktionisten das Übergewicht. Am 14. Oktober legte Ministerpräsident Dr. v. K o e r b e r den tschechischen und deutschen Führern bestimmte Vorschläge über die Regelung der Sprachenverhältnisse in Böhmen und Mähren vor, welche nach Möglichkeit die von beiden Nationen geäußerten Wünsche und die Ergebnisse früherer Verständigungskonferenzen berücksichtigten, und bemerkte zugleich, die Vorschläge seien keineswegs unabänderlich. Die Tschechen erklärten sie sofort für „undiskutierbar“, die Deutschen für „sehr verbesserungsbedürftig“. Während die Tschechen einen eigenen Obstruktionsausschuß einsetzten und am 6. November nicht weniger als 18 Dringlichkeitsanträge einbrachten, um die Beratung des Budgetprovisoriums zu vereiteln, setzten die deutsch-böhmischen Parteien (ohne die Alldeutschen) einen Ausschuß ein, der selbständig Vorschläge zur Regelung der Sprachenfrage machen sollte. Diese wurden Anfang Dezember bekannt, fanden aber bei den Tschechen und den böhmischen Feudalen keinen Beifall.

Aus dem tschechischen Treiben sind noch einige markante Vorfälle hervorzuheben. In der Olmüzer Handelskammer, deren Geschäftssprache seit fünfzig Jahren deutsch gewesen war, versuchte die neugewählte tschechische Minorität durch Obstruktion, Gewalttätigkeiten und Lärm die Zulassung der tschechischen Sprache zu erzwingen. Es gelang auch, einige Sitzungen zu hintertreiben und das Gericht mußte gegen die Erzedenten einschreiten. Ein Bubenstück der frechsten Art kam in Prag zur Verwirklichung, hatte aber seinen Ursprung in Polen. Der Prager Polizeianzeiger brachte in der ersten Hälfte des Juli gegen den Kaiser Wilhelm einen Steckbrief, der in Podwolozyska in der üblichen amtlichen Form aufgegeben worden war und darum in Prag ohne weitere Prüfung abgedruckt wurde. Hinterher sah man erst, was angerichtet worden war. Eine strenge Untersuchung ergab kein Resultat über die Persönlichkeit des polnischen Urhebers.

In Galizien spielte die Aufregung über die aufgebauschten Vorgänge in Wreschen noch längere Zeit eine Rolle, nährte die großpolnische Bewegung und schuf der noch herrschenden Schlachta, die flugerweise keineswegs zu weit gehen wollte, erhebliche Schwierigkeiten. Auf der anderen Seite wurde freilich noch fortgerasselt und allen Deutschen der Boykott angekündigt. Dagegen verlautete, die Stellung des Statthalters Grafen P i n i n s k i gelte nicht mehr für sicher, weil er sich gegenüber der demonstrativen Erklärung des Fürsten Czartoryski wegen der preussischen Polenpolitik im galizischen Landtage nicht fest genug gezeigt habe. Am 21. Januar fanden aus Anlaß des Jahrestages der polnischen Revolution vom Jahre 1863 in Lemberg Demonstrationen gegen das preussische und russische Konsulat statt; an letzterem war das Wappen beschädigt worden und der Statthalter mußte sich beim russischen Konsul deswegen entschuldigen. Am 27. Januar wiederholten sich die Demonstrationen und die Menge mußte mit Militär auseinandergetrieben werden. Den Demonstranten geschah natür-

lich nichts. Dagegen wurde der städtischen Steuerbehörde in Lemberg wegen der bekannten „Steuerrückstände“ die Eintreibung der landesfürstlichen Steuern vom 1. August ab entzogen und Regierungsorganen übertragen. Anfang Juni fanden in Lemberg, ganz ähnlich den Vorgängen in Triest, zwischen streikenden Bauarbeitern und dem Militär, das ganz unmotiviert angegriffen wurde, Zusammenstöße statt, bei denen die Soldaten von der Waffe Gebrauch machten. Die Angelegenheit wurde, wie die Triester Vorgänge, von den Sozialdemokraten durch Dringlichkeitsanträge vor das Abgeordnetenhaus gebracht, das die Dringlichkeit ablehnte, aber die Sozialdemokraten hatten den Erfolg erzielt, daß Ministerpräsident Dr. v. Koerber den nirgends beliebten Statthalter Grafen Pininski gegen ihre Angriffe in Schutz nehmen mußte. Im galizischen Landtage wollte das Mitglied der polnischen Volkspartei Stapiński einen Protest gegen die Marienburger Rede des deutschen Kaisers durchsetzen, fand aber nicht die nötige Unterstützung, polnische Studenten brachten ihm aber dafür eine Ehrung dar und veranstalteten vor dem Landhaus und dem Adelskasino Katzenmusiken. Am 13. Juli wurde in allen polnischen Kreisen Galiziens die „Grünwaldfeier“ zur Erinnerung an die Schlacht bei Tannenberg offiziell durch Gottesdienste, Festzüge und Theatervorstellungen begangen. In Lemberg und Krakau hatte die Regierung vorsichtshalber die preussischen und russischen Konsulate militärisch besetzt. Die polnischen Deklamationen über schlechte Behandlung der Polen in Preußen erhielten eine treffliche Beleuchtung durch die meist ruthenischen Feldarbeiter, die in großen Gebieten Galiziens zur Erntezeit einen allgemeinen Ausstand in Szene setzten, der bis in den Herbst dauerte. Im September wurde für einen allpolnischen Kongress agitiert, der in Galizien abgehalten werden sollte. Da indessen die Schlachta diese Angelegenheit für sehr gefährlich erachtete, schrumpfte der Plan immer mehr zusammen, ohne aber ganz aufgegeben zu werden. Dagegen beteiligt sie sich immer lebhafter an den Plänen zur Polonisierung Ostschlesiens, wobei namentlich die deutsche Stadt Teschen ins Auge gefaßt wird. Die Gelder dafür kommen meist aus Russisch- und Preussisch-Polen, aus Galizien aus naheliegenden Gründen sehr wenig, aus Schlesien so gut wie gar nichts. In der Stadt Teschen, die sich durch ihr blühendes deutsches Schulwesen auszeichnet, haben die Polen bereits eine polnische Privatvolkschule und ein polnisches Privatgymnasium errichtet, zu denen die Schüler fast ausschließlich von auswärts importiert werden müssen. Da die Mittel für das Gymnasium erschöpft sind, soll die Anstalt vom Staat übernommen werden. Dafür wollen die Polen schon wieder eine polnische Privatlehreranstalt in Teschen gründen, die sie dann in späterer Zeit jedenfalls auch wieder dem Staat aufzuhängen gedenken. Vergebens wehrt sich die Stadt Teschen und auch die Majorität des schlesischen Landtages gegen diese polnische Einschleppung, vergeblich ist der Hinweis darauf, daß die Polen in Galizien Schulen gründen sollten, wo die große Mehrheit des Volkes aus Analphabeten besteht. Es scheint, daß die Polen ihren Willen durch-

setzen werden, weil die Deutschen bei ihrer Zersplitterung im Abgeordnetenhaus keinen stetigen Druck auszuüben vermögen und jede österreichische Regierung die Stimmen der Polen im Reichsrat braucht.

Die Kanalbauten.

Die Bestrebungen des Ministeriums Koerber, die streitenden Nationalitäten durch lebhafteste Förderung der wirtschaftlichen Fragen von ihren sprachlichen Streitigkeiten abzu ziehen, hat bekanntlich zur Aufstellung eines ausgedehnten Kanalbauprogramms geführt, dessen wichtigste Glieder der Donau-Oder-Kanal und der Donau-Elbe-Kanal bilden. Auch nach anderen Richtungen hat Herr v. Koerber belebend auf die wirtschaftliche Tätigkeit einzuwirken gesucht, so noch am 23. November beim zehnjährigen Stiftungsfest des Zentralverbandes der Industriellen Österreichs, wo er mahnte, „das Äußerste aufzubieten, um über die Grenzen der Heimat hinaus einen ausgedehnten Markt zu gewinnen und die altererbte Bescheidenheit abzustreifen“. Ähnliches hat schon vor Jahren Graf Goluchowski wiederholt in seinen politischen Exposés gesagt, in gleichem Sinne hat auch seinerzeit Dr. Baernreither als Handelsminister im Kabinett Thun gewirkt. Jedenfalls wird die österreichische Handelswelt nicht mehr sagen dürfen: Die Regierung ist schuld, wenn trotz alledem das, was Herr von Koerber euphemistisch „Bescheidenheit“ nannte, für die österreichische Industrie weiter ausschlaggebend bleiben sollte. Von den Kanalbauten ist indessen auch eine tiefergehende Anregung zu erwarten. Nach dem im Sommer dem Wasserbeirat vorgelegten Bauprogramm sollen 175 Millionen Kronen zu eigentlichen Kanalbauten und 75 Millionen zu Flugregulierungsbauten verwendet werden. Der Donau-Moldau-Kanal kann so lange nicht definitiv in Vorbereitung genommen werden, als nicht die Entscheidung über die Verbindung Linz—Budweis gefallen ist. Die überhaupt am leichtesten zu bauende Strecke ist die des Donau-Oder-Kanals, der bloß die verhältnismäßig niedrige Wasserscheide bei Mähr.-Weißkirchen zu überschreiten braucht. Für die ganze Strecke von Wien bis zum Ostrauer Becken sind die Kosten für den Staat auf 145 Millionen Kronen veranschlagt worden, außerdem tragen Niederösterreich und Mähren 20 Millionen Kronen bei. Von dem Weichselkanal wird die Verbindungsstrecke bis Krakau mit Aufwendung von 10¹/₂ Millionen, vom Donau-Elbe-Kanal wird ein Stück Moldauregulierung im Weichselbilde von Prag und an der Elbe die Teilstrecke Jaromierz—Melnik mit 22 Millionen gebaut. Die gesamten Kanalpläne für Österreich umfassen nach den dem Schiffahrtskongress in Düsseldorf vorgelegten Mitteilungen des österreichischen Handelsministeriums 1590,4 Kilometer und würden an Gesamtkosten 824 Millionen Kronen erfordern. Dagegen kann nur vom Donau-Oder-Kanal vorausgesehen werden, daß er rentabel sein wird, insofern die Einnahmen die Erfordernisse für die Instandhaltung und den Betrieb bald überschreiten dürften. Für die übrigen Kanalverbindungen ist in absehbarer Zeit an kein Erträgnis zu denken, und ihr volkswirt-

schaftlicher Wert würde nur in der Erschließung der von ihnen durchzogenen Gebiete zu suchen sein. Unter diesen Umständen liegt es nahe, daß mit dem Bau des Donau-Oder-Kanals bald wird Ernst gemacht werden. Für das bei Aujezd in Mähren beabsichtigte Wasserhebewerk wird schon in nächster Zeit ein internationaler Wettbewerb ausgeschrieben werden.

Aus Ungarn.

Herr v. Szell hat das Jahr hindurch alle Kraft aufbieten müssen, um seine dualistische Partei zusammenzuhalten, in der es schon lange kriselt, und zwar in der Richtung der Unabhängigkeitspartei hin. Das Radikale übt eben überall seine Anziehungskraft aus. Dabei bleibt keine Zeit, an Abstellung von inneren Gebrechen, namentlich auf dem Gebiete der Verwaltung, zu gehen, und viele, die an dem Fortbestehen der bisherigen Mißwirtschaft interessiert sind, schlagen sich auf die radikale Seite, damit es wegen innerer Wirren nicht zu Reformen kommt. Aus dem Torontaler Komitat kamen wieder Verwaltungsgeschichten durch einen Ministerialkommissär ans Tageslicht, welche die Mißbräuche im Honter und Eiptauer Komitate, die vor einigen Jahren festgestellt wurden, noch weit aus übertrafen; es mußte gegen nahezu 100 Beamte das Disziplinarverfahren eingeleitet werden. Der Ministerpräsident hat wohl die Reinigung der Verwaltung mit ziemlicher Energie betrieben, aber keine gründliche Besserung durchführen können. Dazu muß man Ruhe und Zeit haben, beides gewährt aber das Parteitreiben nicht. Da wollte zunächst die Nationalpartei, die sich mit Szells liberaler Partei verschmolzen hatte, ihren Lohn dafür haben und wenigstens einen ihrer Führer im Ministerium sehen. Es hatte schon lange geheißt, ihr Präsident Horanszky werde Minister des Innern werden, aber dieses wichtige Wahlresort wollte Szell nicht aus der Hand geben, und so wurde denn Anfang März der vielfach unbeliebte Handelsminister Hegedüs zum Rücktritt genötigt, und Horanszky kam an seine Stelle. Das Regime Hegedüs hatte das Land mit einer Anzahl von schwachen Industrien angefüllt, die trotz aller staatlichen Unterstützung zu keinem rechten Gedeihen zu bringen waren. Es war darum nicht allein magyarischer Chauvinismus, wenn die ungarische Regierung die österreichischen Erzeugnisse auszuschließen suchte, sondern auch die bittere Notwendigkeit, ihrer künstlich geschaffenen, notleidenden Industrie zur Beschäftigung zu verhelfen. Während gerade zur Zeit des Ministerwechsels der Ministerpräsident v. Szell durch Verleihung des Großkreuzes des Stephansordens eine ziemlich ungewöhnliche Auszeichnung erhielt, verlautete plötzlich, der Honvedminister K.M. Baron Fejervary wolle seinen Rücktritt nehmen, weil er mit Herrn Horanszky wegen dessen der Unabhängigkeit Ungarns zustrebenden Ansichten nicht in einem Kabinett sitzen möge, und es bedurfte großer Anstrengungen und schließlich eines ungemein gnädigen Handschreibens des Monarchen, um ihn im Amte zu erhalten.

Im Abgeordnetenhaus machten sich Folgen der „reinen Wahlen“ in Ungarn deutlich bemerklich. Keine

Wahlen im eigentlichen Sinne des Wortes hatte es freilich nicht gegeben, doch war eine größere Anzahl von Nichtmagyaren gewählt worden. Die Reihe der Sachsen hatte sich vergrößert und neben einigen Serben saßen auch zum ersten Male Slowaken im Abgeordnetenhaus. Bei der Budgetdebatte entwickelten sie ihre Programme, sie gingen alle vom



Baron Geza Fejervary. Ungarischer Landesverteidigungsminister.

ungarischen Staatsgedanken aus, bestritten jedoch den magyarischen Nationalstaat und erkannten den Magyaren wohl die Hegemonie, nicht aber die Suprematie über die anderen Stämme zu, sehr zum Ärger der Magyaren, deren Zorn sich namentlich gegen die Siebenbürger richtete. Als ihr Abgeordneter Lindner sprach, machten die Magyaren einen geradezu unwürdigen Skandal, und selbst Ministerpräsident v. Szell zieh ihn der Übertreibungen und erklärte, in Ungarn gäbe es keine Nationalitätenfrage, da alle Nationalitäten keine besonderen Rechte beanspruchen könnten. Der Präsident rügte es als unstatthaft, daß man den Magyaren die Betätigung ihres Nationalbewußtseins zum Vorwurfe mache. Der Serbe Pawlowic zerstörte aber in einer gehaltvollen und scharfen Rede die Fabel von den zufriedenen Nationen in Ungarn.

Ende März starb der alte Liberale Koloman von Tisza. In ihm verloren die Magyaren einen ihrer bedeutendsten Männer. Der „Löwe von Debreczin“ war eine markante Erscheinung, deren Bedeutung nicht von Amt und Würden abhängig war, denn er blieb, nachdem er fünfzehn Jahre die Regierung in seiner energischen Hand gehalten hatte, hinterher immer noch eine der einflussreichsten Persönlichkeiten des Landes. Er hatte es verstanden, die Ungarn für den Ausgleich mit Österreich günstig zu stimmen, und damit erlangte er freie Hand für die Magyarisierung Ungarns. Die letzten Tage seines Lebens waren ohne Freude, denn auch er mußte den Andank seines Volkes erleben. Am 20. April starb der neue Handelsminister Ferdinand Horánszky. Die außerordentlich wichtigen Aufgaben, welche wegen der Ausgleichsverhandlungen die volle persönliche Tätigkeit der dabei beteiligten Minister erforderten, ließen seinen Tod als sehr empfindlich erscheinen. Das Handelsministerium übernahm Abgeordneter Lang.

Am 20. Juni wurde das ungarische Abgeordnetenhaus — zum ersten Male — durch königliches Handschreiben vertagt. Der Ministerpräsident wollte damit die Möglichkeit beseitigen, daß im Falle einer ungünstigen Wendung in den Ausgleichsverhandlungen, oder gar wegen der Kossuthfeier zwanzig oppositionelle Abgeordnete eine außerordentliche Tagung hätten einberufen lassen. Bei einer sonst üblichen Beurlaubung des Abgeordnetenhauses wäre dies zulässig gewesen. In den Parlamentsferien wurden die nichtmagyarischen Nationalitäten eifrig verfolgt. Schon im Abgeordnetenhaus hatte der Abgeordnete Nefsy unter dem lauten Beifall der Unabhängigkeitspartei die Abschaffung des deutschen Sprachunterrichts in den Budapester Volksschulen verlangt. Der Unterrichtsminister v. Wlassics erklärte dann später, er habe nichts dagegen, wenn der Magistrat den deutschen Unterricht abschaffe, da er in den Volksschulen nicht vorgeschrieben sei. In den Bürger- und Mittelschulen sei er dagegen obligatorisch und es sei dafür zu sorgen, daß er, da er nützlich und notwendig sei, dort mit Erfolg betrieben werde. Also gerade wie in Galizien sollen die herrschenden Schichten deutsch lernen, das Volk aber nicht. Die Pesther Stadtverwaltung hat daraufhin den deutschen Sprachunterricht in den Elementarschulen abgeschafft. Am 7. Juli starb Heinrich Schwieler, der zu den hervorragendsten Männern unter den deutschen Abgeordneten gehörte und sich mit mehreren wissenschaftlichen Arbeiten, auch im Auslande, einen Namen gemacht hat. Sein gediegenstes Werk ist das Buch „Die Deutschen in Ungarn und Siebenbürgen“ („Die Völker Österreich-Ungarns.“ Teschen und Wien, Prochaska). Vielfach war ihm bis kurz vor seinem Tode der Vorwurf unpatriotischer Gesinnung gemacht worden, womit ja die Magyaren sehr freigebig sind. Während des ganzen Sommers bildete die Erstickung der deutschen Presse in Ungarn die hauptsächlichste Aufgabe des magyarischen Chauvinismus. Die Redakteure fast aller deutschen Blätter wurden, oft wegen ganz unverfänglicher Ausdrücke, in Anklagezustand versetzt und vor den Geschworenengerichten

zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Nur wenige der härtesten Urteile sind nachträglich vom Obergericht gemildert worden. Gegen die maßlose Sprache der ungarischen Blätter wider die Deutschung und ihre Abgeordneten findet sich dagegen kein Richter.

Am 31. August gab es zwischen Serben und Kroaten in Agram einen förmlichen Aufbruch, der von den Kroaten weitsschichtig angelegt war, und gegen den sich die städtische Polizei, wie auch das wenige Militär, das nicht zu den Manövern ausgerückt war, als ohnmächtig erwies. Die serbischen Häuser und Läden wurden erbrochen, geplündert und demoliert. Ein pensionierter Hauptmann wurde so heftig mißhandelt, daß er anderen Tages starb. Erst als drei Bataillone Infanterie aus dem Manöver zurückberufen worden waren und das Standrecht verkündet wurde, konnte die Ruhe wieder hergestellt werden. Das Standrecht wurde erst am 17. November wieder aufgehoben.

Am 8. Oktober trat das ungarische Abgeordnetenhaus wieder zusammen, aber unter sehr deutlichen Anzeichen beginnender Stürme. Minister von Szell wurde zwar im liberalen Klub begeistert empfangen, aber gleich in der ersten Sitzung erregte der Kossuthianer Barabas einen gewaltigen Sturm, indem er gegen die Ausgleichsverhandlungen Einspruch erhob, in die sich der Monarch eingemengt habe. Der Ministerpräsident stellte dies vergeblich als falsch hin. Auch daß die Regierung sich nicht an der Kossuthfeier beteiligt habe, wurde ihr unter Lärm vorgeworfen. Am 22. Oktober brachte der Finanzminister v. Lúfacs das Budget ein, aus dem hervorging, daß im Jahre 1901 19¹/₂ Millionen Kronen mehr ausgegeben als eingenommen worden waren. Die Stimmung der Unabhängigkeitspartei wurde immer kriegerischer, namentlich da die Wehrevorlage auch in anderen Kreisen auf offene Opposition stieß. Eigentlich will man ja in Ungarn eine eigene Armee haben. Das Verlangen auf Erhöhung der Zivilliste um zwei Millionen Kronen war auch sehr unpopulär, da man aber niemand wußte, der Erbe Szells hätte werden können, richtete sich der Unwille der Opposition weniger gegen das Kabinett wie gegen die Zusammengehörigkeit mit Österreich und selbst gegen den Monarchen, so daß der greise Maurus Jókai am 17. November die Opposition beschwören mußte, doch von den Angriffen auf die Person des Königs in Parlament und Presse abzulassen. Im Abgeordnetenhaus geschah eigentlich gar nichts, nur am 5. Dezember hatten die Sachsen noch einmal einen Angriffsturm zu bestehen. Die Unabhängigkeitspartei obstruierte dann gegen das Budgetprovisorium, damit die Wehrevorlage nicht mehr vor Neujahr zur Beratung kommen könne, und kündigte auch Obstruktion gegen die Wehrevorlage selbst an. Durch Verhandlungen mit der Opposition erreichte Ministerpräsident v. Szell am 11. Dezember, daß die Obstruktion gegen das Budgetprovisorium eingestellt, dafür aber vor Neujahr weder die Wehrevorlage noch die Erhöhung der Zivilliste auf die Tagesordnung gesetzt werde. Daraufhin wurde am 12. das Budgetprovisorium bewilligt und nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen der Reichstag am 20. Dezember vertagt.

Italien.

Die Lage zu Jahresbeginn. * Aus den Kammern. * König Viktor Emanuel III. * Die inneren Verhältnisse. * Die Herbstsession der Kammern. * Kolonialpolitisches. * Papst Leo XIII. im Jubeljahr.

Die Lage zu Jahresbeginn.

Das Königreich Italien hat wieder einmal eins der seltenen Jahre hinter sich, die ausnahmsweise ohne Wechsel des Gesamtministeriums geendet haben. Sonst brachte das Jahr das allerdings nicht in allen Punkten erfolgreiche Streben des Ministeriums Zanardelli, das Land mit der langersehnten Steuerreform zu beglücken, die Besuchsreise des Königs in Petersburg und in Berlin, der Versuch, die Ehescheidung einzuführen, und endlich die Geburt einer zweiten Tochter, die dem Königspaar am 19. November beschert wurde. Die Erwartung, daß König Viktor Emanuel III., wie das ganz seiner Charakterentwicklung entsprechen hätte, energischer in die Leitung der Staatsgeschäfte eingreifen werde, hat auch im abgelaufenen Jahre keine Bestätigung gefunden. Jedenfalls hat es der König mit großem Geschick zu verbergen verstanden, wenn er mehr hinter als neben Zanardelli gestanden hätte, der nun als der glückliche Greis gilt, der dem leistungsunfähigsten Parlament in Europa einige Resultate herauszuziehen verstanden hat. Neben ihm trat besonders zu Anfang des Jahres der Minister des Äußern, Prinetti, stark in den Vordergrund, und gewisse Leute hatten ein Interesse daran, ihn im bengalischen Lichte eines Anhängers des italienisch-französischen Bündnisses und als Gegner des Dreibundes erscheinen zu lassen. Diese Versuche setzten gleich nach Neujahr ein, als der französische Botschafter in Rom, Barrere, in seiner Neujahrsansprache an die französische Kolonie die Welt durch die Mitteilung überraschte, zwischen Frankreich und Italien sei eine Verständigung über die Mittelmeerfragen erzielt worden, insbesondere seien die beiden Regierungen übereingekommen, sich gegenseitig in Nordafrika, Italien in Tripolis und Frankreich in Marokko, freie Hand zu lassen. Diese Kundmachung erregte am meisten in England Aufsehen, wo sie als Gegenzug gegen das für Italien enttäuschende englisch-italienische Kolonialabkommen angesehen, und noch von anderer Seite als eine Abkehr Italiens von der hergebrachten Mittelmeerpolitik ausgegeben wurde.

Die Befürchtungen, daß sich Italien vom Dreibunde losmachen könnte, zerstreute bald darauf der Reichskanzler Graf Bülow im deutschen Reichstage, indem er abermals betonte, daß der Dreibund keineswegs gute Beziehungen der einzelnen Vertragsstaaten zu anderen Mächten ausschließe. „In einer glücklichen Ehe“, meinte er, „muß der Gatte nicht gleich einen roten Kopf kriegen, wenn seine Frau einmal mit einem anderen eine unschuldige Extratour tanzt; die Hauptsache ist, daß sie ihm nicht durchgeht, und sie wird ihm nicht durchgehen, wenn sie es bei ihm am besten hat.“ Daß Italien es im Dreibund gut hat, darüber war man sich auf der apenninischen Halbinsel im großen und ganzen

auch vollkommen klar. Nach der Begegnung des Ministers Prinetti mit dem Reichskanzler Grafen Bülow in Venedig bestand auch kein Zweifel mehr darüber, daß der Dreibund verlängert werden würde, und für Italien schien damals der Himmel wirklich voller Geigen zu hängen. Frankreich hat aus leicht erkennbaren Gründen egoistischer Politik die herzlichsten Beziehungen zu dem früher bitter bekämpften Lande angeknüpft und läßt keine Gelegenheit vor-



G. Prinetti. Italienischer Minister des Auswärtigen.

übergehen, um es mit Schmeicheleien zu überschütten und zugleich für den guten Stand der italienischen Rente zu sorgen. Die Engländer, die jahrelang Italien grollten und es stark von oben herab behandelten, fanden jetzt für das viel umworbene schmeichelhafte Worte. Zum ersten Male seit langen Zeiten erschien ein österreichisches Geschwader in italienischen Häfen und mit und nach ihm kamen russische, französische und englische Schiffe im Hafen von Neapel zusammen. Man hatte also allen Grund in Italien, zufrieden zu sein, und die Heißsporne gingen schon so weit, für die allernächste Zeit die Besetzung von Tripolis in Aussicht zu nehmen, selbst die sonst vorsichtige „Tribuna“ deutete an, daß die Regierung bereits „Tropenhelme“ anschaffen lasse. Mit diesen Hoffnungen eilte man zweifellos den Ereignissen weit voraus. Zunächst kann bloß so viel als sicher gelten, daß bei den in rascher Reihe folgenden Vorgängen an der nordafrikanischen Küste neue Entscheidungen über die Machtverhältnisse im Mittelmeer in Aussicht stehen

und daß Italien dabei mindestens als wichtiger Bundesgenosse in Frage kommt und darum so eifrig umworben wird.

Diese äußere glänzende Lage des Landes wird leider von der inneren nicht erreicht. Seit seiner Gründung ist das heroische Italien rasch von seiner romantischen Höhe wieder herabgesunken, in dem Lande der Cavour und Garibaldi wird Geschäftspolitik der schlimmsten Art getrieben, das wiedereroberte Rom ist der Schauplatz der ärgsten Bankskandale gewesen, die Söhne von Männern, mit deren Blut das Vaterland gegründet worden war, geben sich bloß mit Gründungen von Banken ab. So ist es gekommen, daß in Italien die Sozialdemokraten als die besten nationalen Politiker gelten; jedenfalls sind sie weniger bereit, wie die Nachfolger der ehemaligen „Consorteria“, den Staat und das Volk zu Parteizwecken auszubeuten. Während bei anderen Völkern sich das Gefühl der Zusammengehörigkeit immer stärker geltend macht, treten bei den Italienern die Anzeichen einer tiefen Abneigung zwischen Nord und Süd immer deutlicher zu Tage. Für den Süden ist bisher nie etwas geschehen, und selbst die „Staatsmänner“ aus dem Süden haben, wenn sie an die Staatskrippe kamen, immer eher an die eigene Tasche gedacht, als an ihre Heimat. Die sozialen Verhältnisse lassen nur zu viel zu wünschen übrig. Das arbeitende Volk seufzt unter einer erdrückenden Steuerlast, während die Vornehmen, die Reichen und die Politiker durch allerhand Vetterschaften und Koalitionen es nur zu gut verstehen, sich den Pflichten fernzuhalten, die ihnen Recht und Gesetz auflegen. Bisher haben alle Versuche, das verderbte Verwaltungs- und Parlamentswesen auf eine sittlichere Grundlage zu stellen, an der Unfähigkeit und dem Übelwillen der Parlamentarier Schiffbruch gelitten, weil diese die Kuh weiter melken wollen.

Zu Beginn des Jahres erfreute sich das Ministerium Zanardelli einer ungemein festen parlamentarischen Stellung, wie sie vor einem halben Jahre noch nicht einmal hatte geahnt werden können, die eigentliche Opposition schien sich auf etwa 50 Anhänger Sonninos und auf diejenigen Mitglieder der äußersten Linken zu beschränken, die man kurzerhand als Anarchisten bezeichnen kann. Alle übrigen Volksvertreter waren mit mehr oder weniger innerer Überzeugung bereit, der Regierung bei ihrer positiven gesetzgeberischen Reformarbeit ihre Unterstützung nicht zu versagen, und das ist das Verdienst des Ministerpräsidenten sowie des Ministers des Innern, Giolitti, die den Weg der inneren und sozialen Politik, die allein möglich, aber auch notwendig war, mit Ernst beschritten haben.

Aus den Kammern.

Trotz der verhältnismäßig sehr günstigen Stellung des Ministeriums dem Parlament gegenüber tauchten doch gleich nach Neujahr Gerüchte über eine teilweise Ministerkrise auf, die aber böswillig ausgestreut waren. Die Übersicht über die Staatseinnahmen von Juli bis Dezember wies ein Mehr von 16 Millionen gegenüber dem Vorjahre auf. Der Finanzausschuß des Senats hatte die in der Kammer

bereits genehmigten Steuerreformvorlagen durchberaten und sich gewohntermaßen nur gegen die stärkere Belastung der Besitzenden durch Erhöhung der Umlaufsteuer auf Inhaberpapiere und der Erbschaftsteuer ausgesprochen. Am 21. Januar nahm auch der Senat die Vorlage an, obgleich man auf bedeutenden Widerstand gerechnet hatte. Der frühere Ministerpräsident General Pellouy war eifrig für die Vorlage eingetreten. Ende Januar entstanden in Rom die üblichen Studentenunruhen, die meist den Zweck haben, in der lustigen Faschingszeit ein paar außerordentliche Ferientage herauszuschlagen. Während man in früheren Jahren die Studenten stets mit der größten Nachsicht behandelt hatte, lehnte es diesmal der Minister des Innern, Giolitti, rundweg ab, eine Studentendeputation zu empfangen, die sich über die Polizei beschwerten wollte, und der Unterrichtsminister Nasi kanzelte die Deputation einfach ab. Zu gleicher Zeit drohten die Eisenbahnbediensteten mit einem Ausstand, weil die beiden großen Gesellschaften des Festlandes gewisse Forderungen nicht bewilligen wollten. Die Regierung ließ darauf erklären, sie billige zwar das Verlangen der Bahnangestellten auf Besserung ihrer Lage und werde alles tun, um ihnen bei den Eisenbahngesellschaften etwas auszuwirken, sie könne aber einen Ausstand der Eisenbahnbediensteten nicht wie einen gewöhnlichen Ausstand ansehen, sondern als eine Dienstverräumnis öffentlicher Beamter, für die es gewisse Artikel des Strafgesetzbuches gebe, außerdem werde sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln den Eisenbahnverkehr im Interesse des ganzen Volkes aufrecht erhalten. Auch hier erkannte man die feste Hand Giolittis, und die Erklärung der Regierung hinterließ den besten Eindruck. Am 11. Februar machte die Mittelmeerbahngesellschaft ihrem Personal einige Zugeständnisse, bewilligte aber nicht alle Forderungen.

Die Kammern wurden für den 20. Februar einberufen, zum Präsidenten des Senats wieder Saracco ernannt. Die Eröffnung der Kammer fand im SitzungsSaale des Senats im Beisein der Königin und der Prinzen durch den König mit einer Thronrede statt, die an verschiedenen Stellen von lebhaftem Beifall begleitet wurde. In der Thronrede sprach der König die Zuversicht aus auf die patriotische Mitwirkung der Kammer, erkannte ihre seitherigen Leistungen an und kündigte neben den bereits vorliegenden Gesetzentwürfen weitere Vorlagen, namentlich auch eine Justizreform an. Aber die Rechnung auf den Patriotismus der Kammer erwies sich als trügerisch, bei der Wahl des Präsidenten erhielt der Regierungskandidat Villa nur 142 Stimmen, während die absolute Mehrheit 147 Stimmen erforderte, 123 Stimmzettel waren leer. Bei der darauf folgenden Stichwahl erhielt Villa nur 135 Stimmen und 142 Zettel waren leer. Das Ministerium zog dieser Cliquenwirtschaft in der Kammer gegenüber die richtige Folge und gab seine Demission. Die Herren, die unter Führung Sonninos den Schabernack angerichtet hatten, weil sie Villa nicht mochten, waren gar nicht sehr erfreut über das, was sie da angerichtet hatten. Die Krisis zog sich über eine Woche hin. Der König nahm die Demission nicht an, und man wollte die Lösung

darin suchen, daß sich das Ministerium der Kammer vorstellen und ein Vertrauensvotum fordern sollte. Daß sie nicht ernstlich an das Ausscheiden aus dem Amte dachte, bewies sie durch Einberufung der Eisenbahngestellten zur Fahne und eines Jahrgangs der Reserve, um dem Eisenbahnerausstande zu begegnen. Sie fand mit dieser Maßregel, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, bei allen Parteien Zustimmung. Als Kammerpräsident wurde Biancheri in Aussicht genommen, der auch trotz seiner achtzig Jahre einwilligte. Am 15. März erfolgte in der Kammer das Vertrauensvotum für die Regierung mit 250 gegen 158 Stimmen. An demselben Tage wurde das zum Eisenbahndienst einberufene Militär wieder entlassen. Die Kammer begann die Beratung der Regierungsvorlage über Frauen- und Kinderschutz bei der Arbeit. Seit 1893 war es das sechste Mal, daß ein solcher Entwurf eingebracht worden war, aber bei dem parlamentarischen Schlandrian war nie etwas daraus geworden. Diesmal brachte es die Kammer, ebenso die Antwortadresse auf die Thronrede noch vor den Osterferien zu stande.

Die Einberufung der Reservisten hatte noch ein wenig erfreuliches Nachspiel zur Folge. Am 26. bis 28. März versammelten sich in fünf Garnisonstädten vor dem Zapfenstreich Gruppen von einberufenen Reservisten und verlangten in demonstrativer Weise ihre Entlassung. Man hatte von interessierter Seite den Leuten eingeredet, sie sollten zur Expedition gegen Tripolis verwendet werden. Die Demonstrationen nahmen ein rasches Ende, da sich das Publikum nicht daran beteiligte, und die Soldaten folgten auch den Befehlen der herbeieilenden Offiziere. Die Sache war zwar nicht von großer Bedeutung, aber doch immerhin bedenklich, und der Kriegsminister erließ an alle Korpskommandanten scharfe Weisungen. Die Kammer trat am 15. April wieder zusammen und arbeitete gelassen weiter. Das Budget wurde beraten und in der ersten Woche des Juni der wichtige Gesetzentwurf über eine Wasserleitung für die Provinz Apulien mit großer Mehrheit angenommen. Diese Angelegenheit ist von großer Bedeutung, denn es wird dadurch die langersehnte Lösung eines für die öffentliche Gesundheit und das wirtschaftliche Wohl der genannten Provinz in hohem Maße günstigen Problems nach jahrelangen Vorbereitungen begonnen. Das Budget des von der äußersten Linken am heftigsten bekämpften Ministers des Innern, Giolitti, wurde mit 200 gegen 68 Stimmen bewilligt und das Gesamtbudget am 20. Juni angenommen. Auch im Senat machte sich nur schwache Opposition selbst gegen den im Vorjahre stark angefeindeten Minister des Innern geltend und das Budget wurde mit großer Mehrheit bewilligt. Der Bestand des Ministeriums auf weitere sechs Monate war gesichert, und die Kammer ging am Ende des Monats auseinander, wenn auch die letzten Tage wegen der viele Lokalinteressen berührenden Eisenbahnvorlage wieder etwas unruhig verliefen. Bei den Gemeinde- und Provinzialwahlen in Rom fielen die Kandidaten der äußersten Linken, die diesmal ohne Bündnis mit den Liberalen vorgegangen waren, glänzend durch, sie

verloren ihre vier Mandate, von denen eins an die Klerikalen überging.

König Viktor Emanuel III.

Der König hatte sich durch sein ritterliches Wesen, seine große Güte und seinen ruhig überlegenden Verstand große Sympathien in allen Schichten des italienischen Volkes erworben und erst neuerdings den bedrängten finanziellen Verhältnissen Rechnung getragen, indem er den von seinem Großvater etwas ausgedehnt angelegten Hofhalt verkleinerte und auf einen Teil der Zivilliste verzichtete. Große Erbitterung erregte es darum, als am 25. Mai gegen den Wagen des Königspaares, das sich auf der Reise zur Ackerbauausstellung in Palermo befand, in Neapel von einem verkommenen Burschen Steine geworfen wurden. Die Bevölkerung bereitete dem königlichen Paar darauf eine stürmische Huldigung. Der Verbrecher, der Sozialdemokrat Guerriero, kam am 4. Juli vor das Schwurgericht in Neapel, bekannte offen, er habe den König töten wollen, und hätte, wenn er im Besitz von Geld gewesen wäre, zu diesem Zwecke einen Revolver gekauft. Er wurde zur Beobachtung seines Geisteszustandes dem Irrenhause in Aversa überwiesen. Große Teilnahme fanden die Reisen des Königs nach Petersburg und Berlin. Am 4. Juli wurde offiziös bekannt gemacht, der König werde in den nächsten Tagen über die Schweiz und Sachsen nach Petersburg reisen und auf demselben Wege nach Rom zurückkehren. Die vorher beabsichtigte Reise nach Berlin sei laut Vereinbarung mit dem Kaiser Wilhelm verschoben worden. Es sei das erste Mal, daß ein König von Italien nach Rußland reise, und der König tue dies mit der Absicht, lebhaft und wahrhaft freundschaftliche Beziehungen zu Rußland und dem europäischen Orient herzustellen.

König Viktor Emanuel traf am 13. Juli, nachmittags 4 $\frac{1}{2}$ Uhr, auf dem prächtig geschmückten Bahnhofe Peterhof ein, wo er vom Kaiser Nikolaus und sämtlichen Großfürsten empfangen wurde. Die beiden Monarchen begrüßten und küßten sich herzlich und fuhrten unter den Hochrufen der zahlreichen Volksmenge nach dem Großen Palais, wo abends im weißen Saale ein Festmahl stattfand. Der König saß zwischen dem Kaiser und der Kaiserinwitwe. In seinem Toast dankte Kaiser Nikolaus dem König dafür, daß er seine Reisen damit begonnen habe, nach Rußland zu kommen, und sagte: „Die Gefühle und die gegenwärtigen Sympathien, die sich mehr und mehr zwischen unseren Völkern kundgeben, begünstigen die Entwicklung von Beziehungen, wie sie nicht wünschenswerter sein können im Interesse unserer Länder.“ Der Kaiser trank auf das Wohl des Königs, der königlichen Familie und auf die Wohlfahrt Italiens. König Viktor Emanuel antwortete sehr verbindlich. Die Hauptstelle seiner Rede lautete: „Ich komme nach Petersburg, begleitet von der Zustimmung (satisfaktion) meines Volkes, das in dem engen Zusammenschluß dieser Bande ein neues Unterpfeiler des Friedens und der Wohlfahrt erblickt.“ Der König unterhielt sich längere Zeit mit dem russischen Minister des Äußern, Grafen Lamsdorff, ebenso Kaiser Ni-

Kolessa mit dem italienischen Minister Prinetti. Am folgenden Tage begab sich der König von Peterhof auf der russischen Kaiserjacht „Alexandra“ nach Petersburg, wurde mit großen Ehren empfangen und vom Bürgermeister Eljanow an der Spitze einer Abordnung des Magistrats nach russischer Sitte mit Saft und Brot begrüßt. Der König fuhr zunächst nach der Peter-Pauls-Kathedrale, wo er von der Geistlichkeit begrüßt wurde und einen Kranz am Sarge Alexanders III. niederlegte. Nach Abstattung von Besuchen beim Grafen Camdorff, den übrigen Ministern und den Botschaftern begab sich der König zum Frühstück nach der italienischen Botschaft, wo er auch die Abordnung der italienischen Kolonien aus Petersburg und aus anderen Städten empfing. Nach dem Empfang des diplomatischen Korps im Winterpalais fuhr der König nach Peterhof zurück und darauf mit dem Kaiser Nikolaus nach dem Lager von Krasnoje Selo, wo sie um 6 Uhr eintrafen und von den Truppen, die vor den Zelten Aufstellung genommen hatten, wie von der Volksmenge mit jubelnden Hurrarufen begrüßt wurden. Nach einem Ritt durch die Lager wurde vor dem Kaiserzelt von 2000 Musikern und Spielleuten eine Serenade und ein großer Zapfenstreich ausgeführt, dessen Schluß leider durch heftigen Regen beeinträchtigt wurde. Im Schloß zu Krasnoje Selo fand ein Familiendiner statt und darnach wurden im Theater zwei Ballette aufgeführt.

Am 15. Juli fand zu Ehren des Königs auf dem großen Paradeselde eine Heerschau unter dem Kommando des Großfürsten Wladimir statt, an der gegen 40.000 Mann Truppen beteiligt waren. Die beiden Kaiserinnen, die Großfürstinnen und andere fürstliche Damen waren zu Wagen anwesend, die beiden Monarchen nahmen zu Pferde teil. Beim Abreiten der Front spielten die Kapellen den italienischen Königsmarsch. Von dem Kaiserzelt aus wurde die Parade abgenommen. Kaiser Nikolaus setzte sich an die Spitze der Truppen und führte dem König die Parade vor. Auch während derselben führte der Kaiser dem König die Regimenter, deren Chef er ist, persönlich vor. Nachmittags kehrte der Hof nach Peterhof zurück. Am anderen Vormittag fuhren der Kaiser und der König auf der Kaiserjacht „Alexandra“ nach Kronstadt, wo auf der kleinen Reede der italienische Panzerkreuzer „Carlo Alberto“ lag. Dieser wie die daneben liegenden russischen Kriegsdampfer begrüßten die Kaiserjacht in Flaggengala mit Kanonensalut, vom „Carlo Alberto“ erklang die russische Volkshymne, auf den russischen Schiffen wurde der italienische Königsmarsch gespielt. König Viktor Emanuel begab sich mit seinem Gefolge von der „Alexandra“ nach dem „Carlo Alberto“, wo ihm kurz darauf Kaiser Nikolaus einen Besuch abstattete. Auf dem Dampfer befand sich auch der Erfinder Marconi, der auf dem Vorder- und Achterdeck seine Apparate aufgestellt hatte, sie den Monarchen erläuterte und von einem zum anderen Deck telegraphieren ließ. Er zeigte auch die vor zwei Tagen vom Kap Eizard eingegangenen (bekanntlich verschiedentlich bestrittenen) überozeanischen Funkentelegramme vor, die die Buchstaben S. V. E. und

noch andere Zeichen enthielten. Im Salon des Kommandanten Admirals Mirabello wurde dann Champagner gereicht, wobei Kaiser Nikolaus auf die italienische Marine trank. Beide Monarchen begaben sich darauf zur Jacht „Alexandra“ zurück, auf der sie unter dem Salut aller auf der Reede liegenden Schiffe und der Forts von Kronstadt nach Peterhof abdampften. Am 17. Juli reiste König Viktor Emanuel nach dem herzlichsten Abschied vom Kaiser Nikolaus und der gesamten kaiserlichen Familie über Eydtkuhnen nach Rom zurück.

Im August folgte dann die Reise nach Berlin, deren Verlauf wir schon erzählt haben. Schon zu Beginn des Jahres hatte Kaiser Wilhelm an den Bürgermeister von Rom, Fürsten Colonna, ein Telegramm gerichtet, in welchem er ankündigte, daß er in dankbarer Erinnerung an die Stadt Rom ihr eine Marmorstatue Goethes zum Geschenk mache zur Aufstellung auf einem öffentlichen Platze. Das hatte in Rom große Freude hervorgerufen, auch in diplomatischen Kreisen wurde der Schenkung, von der die Regierung vorher unterrichtet worden war, politische Bedeutung beigemessen. Die Statue wird im kommenden Frühjahr an der Villa Borghese aufgestellt werden und Kaiser Wilhelm dabei in Rom anwesend sein.

Die am 19. November geborene zweite Tochter des Königspaars wurde am 15. Dezember in Gegenwart der Eltern, des gesamten königlichen Hauses und der Minister auf den Namen Mafalda getauft.

Die inneren Verhältnisse.

Wir erwähnten schon die Tatsache, daß sich zwischen dem Norden und Süden Italiens eine Kluft gebildet hat, die in den letzten Jahren noch eine unverkennbare Erweiterung erfuhr. Das Emporblihen Norditaliens ist zum großen Teil auf die Regsamkeit der dortigen leitenden Kreise und der Bevölkerung zurückzuführen; in Süditalien fehlt es dauerlicherweise daran. Während Ober- und Mittelitalien seit der Gründung des Königreichs in jeder, namentlich aber in wirtschaftlicher, Beziehung außerordentliche Fortschritte gemacht haben, ist Unteritalien sehr zurückgeblieben. Es mangelt dort auch nicht an Kapital, aber dieses zieht die Anlage in Staatspapieren dem Risiko industrieller und landwirtschaftlicher Unternehmungen vor. Man darf unter diesen Umständen nicht ungerecht sein und die Schuld an den traurigen wirtschaftlichen Zuständen in Süditalien der Regierung und den nördlichen Teilen des Landes allein zuschreiben. Allerdings viel Schuld trifft die früheren Regierungen. Man hat Massauah, China, Südafrika kolonisieren wollen, und dabei gibt es in dem fruchtbaren Italien selbst vier Millionen Hektar Land, die seit undenklichen Zeiten weder Hacke noch Pflug gekannt haben, die aber bei vernünftiger Bewirtschaftung nicht bloß reichliche Arbeit geben, sondern sogar reichen Ertrag liefern würden. Spärliche Versuche, die man in Ober- und Mittelitalien in den letzten Jahrzehnten angestellt hat, waren unter allerdings günstigeren Verhältnissen an allen Orten vom besten Erfolg

begleitet. Auf diesem Wege fortzufahren, ist eine politische Notwendigkeit, damit dem Abzug der Bevölkerung durch die überaus starke Auswanderung aus dem Lande gesteuert wird. Die fattsam bekamte römische Campagna und die berücktigten Pontinischen Sümpfe warten noch auf Entsumpfung und Kanalisation. Für die letzteren hat allerdings vor zwei Jahren die italienische Kammer einen Gesetzentwurf angenommen, der die Austrocknung anordnet. Ein Deutscher, ein Herr v. Donat, hat die Ausführung der Arbeiten übernommen, eine Gesellschaft deutscher und englischer Kapitalisten das Geld hergegeben. Wenn der Plan in vollem Umfang zur Durchführung gelangt sein wird, würde auf den jetzigen Bruchstätten der Malaria zur Ansiedelung von 12.000 Bauernfamilien Platz gewonnen werden. Auch in der Provinz Lecce, also im südlichsten Teile des Landes, hat man seit 1886 ein Stück Heidefläche von 1845 Hektar urbar gemacht und kolonisiert. Man baut Wein und Oliven. Der gesamte Grund und Boden, der der Eigentümerin, der „Italienischen Bank“, zur Zeit des Ankaufs nur 11.750 Lire abwarf, ergibt jetzt einen Reinertrag von mehr als 130.000 Lire. Man ersieht daraus, daß der kaufmännisch geschulte Kapitalist gerade von der Kolonisation des italienischen Bodens, selbst unter schwierigen Verhältnissen, einen Gewinn zu erwarten hat, wie ihn andere Unternehmungen kaum in gleicher Höhe und Sicherheit gewähren würden.

Es wird nun freilich noch mancher Anregung bedürfen und noch manches Jahr vergehen, bevor der Grundbesitz in Süditalien seine anererbte geistige Trägheit ablegt und beginnt, im eigenen Lande ernst zu arbeiten, statt sich abgeschmackten Phantasereien hinzugeben und die arme Bevölkerung in die unsichere Auswanderung zu treiben. Es ist nun ein ganz besonderes Verdienst des Ministeriums Janardelli, daß es sich mit diesen Angelegenheiten ernsthaft zu beschäftigen beginnt. Der Ministerpräsident selbst unternahm im September eine vierzehntägige Reise durch Süditalien, die namentlich der Provinz Basilicata galt und den Zweck verfolgte, durch Augenschein die Verhältnisse kennen zu lernen. Er hat selbst zugegeben, daß die Zustände in Wirklichkeit noch trauriger sind, als er erwartet hätte, aber auch nicht gezögert, sofort bestimmte Maßnahmen in Aussicht zu stellen, die zur Besserung der Lage beitragen sollen. Allerdings hat er, von der ersten Rede in Neapel bis zu den Ansprachen, die er in den kleinsten Orten hielt, stets mit Entschiedenheit hervorgehoben, daß es wohl eine dringende Pflicht der Staatsregierung sei, auf die gründliche Besserung der kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Süditalien hinzuwirken, daß aber die Bevölkerung auch nicht alles von der Regierung erwarten dürfe, sondern sich selbst zu regem Handeln und zu einer nutzbringenden Tätigkeit aufraffen müsse. Zu den Mitteln für die Hebung der Zustände des Landes rechnet Janardelli die Besserung und Vermehrung der Verkehrswege, Trinkwasserbeschaffung, Aufforstung der kahlen Höhen und Regulierung der Wasserläufe, von direkten Verwaltungsangelegenheiten die Beschleunigung der Kartastervollendung, einige Steuerherabsetzungen und Erleichterung des Kredits. Selbstverständlich läßt

sich ein solches Programm nicht von heute auf morgen verwirklichen, und man wird froh sein können, wenn auch nur ein kleiner Teil davon zur Ausführung kommt. Schon die dadurch gegebene Anregung ist viel wert. Bedenklich in sozialer Beziehung sind die Verhältnisse der arbeitenden Landbevölkerung, die auch deswegen alljährlich zu mehr oder weniger ausgedehnten Arbeitseinstellungen schreitet, hauptsächlich in den Pogegenden. Das Verhältnis zwischen den großen Grundbesitzern und den Landarbeitern ist durch Kontrakte geregelt, die nur in den seltensten Fällen einen Lohn in barem Gelde festsetzen. In der Regel teilt sich der Besitzer mit den Arbeitern in die Erträgnisse des Bodens, meist erhält er die Hälfte des Ertrages in Naturalien. In einigen Gegenden behält der Besitzer zwei Drittel der Feldfrüchte für sich; das gilt namentlich beim Weinbau. Das Bestreben der von Agitatoren geleiteten Arbeiter geht nun dahin, an die Stelle des unsicheren und schwankenden Naturallohnes eine feste Abfindung in Geld zu setzen, also das Risiko für die Schwankungen auf den Grundbesitzer allein zu übertragen. In diese Bestrebungen mischt sich nun die politische Agitation ein, die von den radikalen Parteien in geschickter Weise betrieben wird. Redegewandte Delegierte nützen die Leichtgläubigkeit der unwissenden Landbevölkerung für ihre Parteizwecke aus. Tritt dann nach Revolten bei Arbeiterausständen das Militär in Tätigkeit, so darf sich die Armeeführung in der Kammer auf die unglaublichsten Vorwürfe und Anschuldigungen gefaßt machen, und die gerade in der Opposition stehenden Parteien jammern über den Militarismus, wie in anderen Ländern auch.

Unerträglich sind die verlotterten Zustände in der Verwaltung, am schlimmsten in den Städten des Südens, wo Kamorra und Maffia noch in voller Blüte stehen. So starb im Oktober 1901 sehr zur rechten Zeit der unter dem Scherznamen „König von Neapel“ bekannte Abgeordnete Herzog von San Donato. Er war als arm gestorbener Ehrenmann gefeiert worden, aber der im Mai erschienene zweite Teil des Berichtes über die unter Leitung des Senators Saredo geführte Untersuchung der Neapeler Provinzialverwaltung stellte fest, daß der Herzog von San Donato als Vorsitzender des Provinzialrates, neben ihm der schon früher gravierte Deputierte Casale u. a. eifrig für die eigene Tasche und die der guten Freunde gewirtschaftet haben, und daß es keinen Zweig der Provinzialverwaltung gab, in welchem die Erählten des Volkes und ihre Freunde nicht im trüben gefischt hätten. Im November spielte in Messina ein Prozeß, den die reiche Marchesa Cassibile wegen Erpressung angestrengt hatte. Testamentsfälschung, Pfaffenränke, Erpressungen und noch manches andere kamen dabei zu Tage, worüber man sich aber in Italien nicht sonderlich aufregt. Dabei wurde auch eine Tatsache ans Licht gezogen, die selbst dort schwere Bedenken erregte. In Messina ist es nämlich seit langer Zeit Gewohnheit, daß die Richter und andere öffentliche Beamte von der städtischen Mantverwaltung den Zollsbeitrag, der auf ihren Verbrauch entfällt, vergütet erhalten, dabei aber gar keine Empfindung für die Ungehörigkeit

ihres Verhaltens haben. Man vermag es unter solchen Umständen begreifen, daß im südlichen Italien Räuber jahrzehntelang unbehelligt ihr Gewerbe treiben können, wenn sie es nur verstehen, sich durch gelegentliche kleine Geschenke die Beamtschaft zu Freunden zu machen. Am 30. Juli wurde vor dem Schwurgericht zu Bologna in dem Prozeß Palizzolo das Urteil gesprochen. Vor vier Jahren hatte der Schiffsleutnant Notarbartolo seine Entlassung vom Dienste erbeten, um die Mörder seines Vaters gerichtlich verfolgen zu können. Als solche wurden das Haupt der Maffia in Sizilien, Palizzolo, und seine Mithelfer Trapani und Fontana angeklagt, gegen Palizzolo wurde auch noch Anklage wegen eines anderen Mordes erhoben. Der erste Prozeß im Jahre 1900 verlief ergebnislos, und darum wurde das erneuerte Verfahren außerhalb des Bereiches der Maffia, nach Bologna, verlegt. Durch das Beweismaterial sind in den Verhandlungen, die im September 1901 begonnen hatten und zehn Monate dauerten, vielfache Beziehungen Palizzolos zur Maffia, deren Werk die Ermordung des unbeugsamen Bankdirektors Notarbartolo war, klar hervorgetreten. Die drei Angeklagten wurden zu je 30 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Zuhörer nahmen das Urteil mit lebhaftem Beifall auf, es wurde allgemein als ein Sieg des Rechtes bezeichnet und empfunden. Man muß den Sohn des Ermordeten bewundern, welcher Jahre hindurch fast ganz allein gegen die mächtigsten Intrigen hatte kämpfen müssen, um es durchzusetzen, daß Palizzolo unter Anklage gestellt wurde. Am Tage nach der Verurteilung beantragte er beim Marineminister seine Wiederanstellung. Diese erfolgte sofort und der König verfügte, daß die Zeit des 3¹/₂jährigen Urlaubes als Dienst in Berechnung gezogen werde.

Die Herbstsession der Kammern.

Am 26. November traten die Kammern wieder zusammen und fanden außer dem noch aus dem Sommer vorliegenden Arbeitsstoff eine Reihe neuer Vorlagen der Regierung vor, die in ihrem Umfange ein wirtschaftliches und sozialpolitisches Programm ausmachten, die aber, ohne schwungvolle Reden, rein geschäftsmäßig, eingebracht wurden und auch bei der gewohnheitsmäßigen Schläfrigkeit der Herren „onorevoli“ keinen frischen Zug hervorzurufen vermochten. Es war bekannt, daß die Regierung Vorlagen einbringen würde über die Ehescheidung, über die wirtschaftliche Wiederbelebung der römischen Campagna, sowie über die Herabsetzung des Salzpreises, dazu kamen nun noch fünf neue: Erlaß der untersten Stufen der Grundsteuer, Erlaß der ländlichen Gebäudesteuer, längere Steuerbefreiung von zur Aufforstung bestimmten Grundstücken, Befreiung der Viehzucht und anderer landwirtschaftlicher Gewerbe von der Vermögenssteuer, insbesondere auch bei der Neubegründung solcher Anlagen, denen auf mehrere Jahre Steuerbefreiung bewilligt wird. Für die Provinzen von Neapel und Sizilien, wo die Arbeiter nicht auf dem von ihnen bebauten Lande wohnen, wird eine Steuerherabsetzung auch der Landarbeiterwohnhäuser in den ge-

schlossenen Ortschaften beantragt, der Agrarkredit soll nach Kräften gefördert und darum den Landkreditanstalten besondere fiskalische Vorrechte bewilligt werden. Ein solches Institut, das sich an einem Orte niederläßt, wo noch keine landwirtschaftliche Kreditanstalt besteht, wird von der Vermögenssteuer befreit, die bisher 15 Prozent betrug und natürlich auf die Geldleiher abgewälzt worden war. Diese Maßnahmen in Verbindung mit in Aussicht genommenen Bahn-, Straßen- und Hafenbauten sollen vor allem dem notleidenden Süden aufhelfen, sie tragen aber zugleich einen allgemeinen Charakter und nützen auch anderen Gegenden, dabei kommen sie vor allem dem wirtschaftlich Schwachen und nicht ausschließlich dem Besitzenden zu gute. Der gesamte Plan geht unzweifelhaft darauf hinaus, den schwachen Schultern die Steuerlast zu erleichtern, zur Aufforstung der durch rücksichtslose Abholzung verödeten Gebirgsgegenden und anderer zum Feld- und Weinbau wenig geeigneter Ländereien anzuregen, dadurch der fortschreitenden Entwässerung des Landes vorzubeugen und die Verheerungen durch Wassermengen nach schweren Regengüssen zu verringern, Industrien zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu fördern, den ländlichen Arbeitern bessere Erwerbsverhältnisse zu schaffen und den Bodenprodukten einen leichteren Absatz zu ermöglichen.

Es lag nahe, daß die Opposition einen Versuch machen werde, den günstigen Eindruck, den die Regierung mit ihren Reformplänen gemacht hatte, zu übertrumpfen. Der Versuch ging von Sonnino aus. Da es nach der Reise Zanardellis im Süden nahe lag, daß die Regierung mit Reformvorschlägen vor die Kammer treten würde, die sich auf die Besserung der Verhältnisse in Süditalien beziehen würden, so trat Sonnino noch vor der Eröffnung des Parlaments mit einem großen Gesetzentwurf an die Öffentlichkeit, der an sich gute Vorschläge enthielt, aber ausschließlich auf die südlichen Provinzen zugeschnitten war. Durch diesen Mangel blieb der Entwurf hinter den Vorlagen der Regierung zurück und vermochte nicht, als Stoß gegen das Ministerium zu dienen. Die darauf gerichtete Hoffnung der Opposition erwies sich als trügerisch. Sonnino machte in der Sitzung vom 4. Dezember noch einen letzten Versuch, mit Einreichung und Begründung seines Gesetzentwurfs in der Kammer eine allgemeine politische Erörterung herbeizuführen und dem Ministerium ein Bein zu stellen, aber die Regierung wußte ihm geschickt zu begegnen. Der Finanzminister Carcano erklärte, die Regierungsentwürfe und die Vorschläge Sonninos ständen durchaus nicht im Widerspruch, und es empfehle sich, beide in einer Kommission zu beraten. Sonnino mußte gute Miene zum bösen Spiel machen, und sein Gesetzentwurf verschwand in der Kommission, deren Neigung den allgemein gehaltenen Regierungsentwürfen zugewendet war. Der Finanzminister legte am folgenden Tage das Budget für 1903/04 vor, aus dem hervorging, daß in den ersten fünf Monaten des Rechnungsjahres 1902/03 die Einnahmen diejenigen des gleichen Zeitraumes im Vorjahre um 22,898.000 Lire überstiegen hatten. Seit Anfang Oktober hat in Italien das Papiergeld den Goldwert, auch für Zollzahlungen

erreicht, obgleich gesetzlich der Zwangskurs noch besteht, der bei Ausbruch des Krieges von 1866 eingeführt wurde. Die jetzige Gleichbewertung der Noten mit Gold hat ihren Hauptgrund im Vertrauen zur italienischen Finanzpolitik, zugleich aber auch in dem Umstande, daß eine halbe Milliarde an Staatsschuldverschreibungen und Eisenbahnpapieren aus dem Auslande nach Italien zurückgekehrt ist. Die Zahlungen in Gold sind noch nicht wieder aufgenommen worden.

Der dem Parlamente zugegangene Gesetzentwurf über die Ehescheidung trägt den Titel „Reform der Familiengesetzgebung“ und bestimmt, daß die Scheidung nur erfolgen kann, wenn eine Trennung der Ehe durch Richterspruch vorausgegangen ist. Ursachen der Trennung können außer Ehebruch böswilliges Verlassen, körperliche Mißhandlung, schwere Ehrenkränkung oder Verurteilung eines Gatten zu zwanzig und mehr Jahren Kerkers sein. Nur der unschulddige Teil kann die Trennung beantragen, die Wiederverheiratung Geschiedener ist unzulässig. Diesem ganzen Entwurf gegenüber macht sich eine starke oppositionelle Strömung geltend. Die Klerikalen haben angeblich $3\frac{1}{2}$ Millionen Unterschriften dagegen gesammelt und am 5. Dezember als Petition in 177 Bänden der Kammer überreicht. Auch der von der Kammer gewählte Ausschuß zur Vorberatung des Gesetzentwurfes bestand in der Mehrzahl aus Gegnern und lehnte am 16. Dezember die Ehescheidungsvorlage mit fünf gegen drei Stimmen ab. Die Kammer ging nach noch nicht vierwöchentlicher Tagung am 20. Dezember wieder in die Weihnachtsferien. Sie hatte nur die von der Sommeression übrig gebliebenen Vorlagen: Verstädtlichung der öffentlichen Betriebe, Selbstständigkeit des Hafens von Genua, Steuererleichterung des Alkohols zu gewerblichen Zwecken, Verwaltung der Kolonie Erythraä und eine Anleihe von 25 Millionen zu öffentlichen Bauten erledigt.

Kolonialpolitisches.

Den Italienern ist bei dem vielen unverdienten Glück, das sie bei der Neubildung des Landes gehabt haben, gar oft schon der Gedanke gekommen, größer zu werden und nach alter römischer Überlieferung, wenn nicht das Mittelmeer, so doch das Adriatische Meer zu einem italienischen Gewässer umzuschaffen. Die Italia irredenta, die nach Südtirol und dem Küstenstreifen der istrianischen und dalmatinischen Länder begehrlche Blicke richtet, ist bekannt; seit einigen Jahren wird in Italien die Meinung lebhaft verbreitet, daß Albanien in die italienische „Machtsphäre“ falle und bei der Auflösung der Türkei unbedingt italienisches Gebiet werden müsse. Als Tunis, auf das man sich in ähnlicher Weise schon Rechnung gemacht hatte, plötzlich von Frankreich ergriffen wurde, ging ein Aufschrei der Wut durch das gesamte italienische Volk und aus Erbitterung darüber wurde die Expedition nach Massauah ins Werk gesetzt, die schließlich die Niederlage von Adua brachte und als einzigen kolonialen Gewinn das erythraische Gebiet gebracht hat. In neuester Zeit hat man wieder begehrlche Augen auf das so bequem liegende Tripolis geworfen, und

Frankreich, das Italien von England abzuziehen hofft und bei seinen Bestrebungen in Marokko nicht auch Italien im Rücken zu haben wünscht, hat dafür den Ansprüchen des apenninischen Königreichs auf Tripolis, das allerdings noch dem Sultan gehört und von ihm auch energisch verteidigt werden dürfte, Gehör geschenkt. Für England blieb nichts übrig, als gleichfalls diese „Ansprüche“ anzuerkennen, und für die leicht entzündlichen Italiener, die durch das Abenteuer im Roten Meere noch nicht hinreichend gewarnt worden sind, schien weiter gar nichts zu tun übrig zu bleiben, als daß man eilig die Ankerlichte, nach Tripolis hinüberfahre und dort die italienische Fahne aufpflanze. So ungefähr faßte man auch den Besuch auf, den Ende Juli ein italienisches Geschwader den tripolitischen Häfen abstattete, um sich dann nach Konstantinopel zu begeben, wo Admiral Palumbo dem Sultan Gegengeschenke des Königs überreichen sollte. Die guten Leute begriffen nicht, daß das bloß ein geschickter Schachzug des Ministers Prinetti war, um für das Ministerium Stimmung zu machen, was ja bei den italienischen Parteiverhältnissen zuweilen notwendig ist. Um Tripolis wirklich zu erwerben, dazu gehört zunächst, daß Italien durch Entwicklung und Gesundung seiner inneren und wirtschaftlichen Verhältnisse so viel an Finanz- und lebendiger Volkskraft erlangt, daß es ein solches Gebiet gewinnen und kolonisationsmäßig auch behaupten und entwickeln kann.

Ein anderes, begehrlche italienische Augen reizendes Gebiet ist Albanien, das nun freilich auch den Türken gehört und vorläufig nicht zu haben ist. Albanien gilt aber für die meisten Italiener als der ihnen gebührende künftige Anteil an dem Erbe, falls die türkische Masse einmal ausgeschüttet wird. Dieser Gedanke ist hauptsächlich von Crispi gefördert worden, der zu diesem Zwecke auch immer betonte, daß er von albanesischer Abstammung sei. Er hatte allerdings nötig, den Leuten mit ausländischen Abenteuern die Köpfe zu verwirren, bis ihn die Schlappe von Adua dauernd beseitigte, damit sie sich weniger um gewisse innere Vorkommnisse kümmern, die hinterher herauskamen, in der Hauptsache aber vertuscht wurden. In Italien gibt es zahlreiche Albanesen und Nachkommen von solchen, aber in Albanien gibt es keine Italiener, außer einigen Kaufleuten in den Hafentorten, in denen die italienische Regierung auch Schulen unterhält. Die in Italien lebenden Albanesen, deren Komitees ab und zu in verschiedenen Städten Kundgebungen veranstalten, machen den Italienern weiß, drüben beständen große Sympathien für Italien, die aber in Wirklichkeit nicht vorhanden sind. Prinetti hat auch verstanden, die albanesischen Regungen im italienischen Volke für sich auszunützen. Ein Zwischenfall in Prevesa, wo ein italienischer Untertan von einem türkischen Beamten verhaftet worden war, wurde zu einer großen Sache aufgebauscht und sollte als Anlaß zu einer Flottendemonstration gegen die Türkei dienen, die Pforte gab aber flugerweise schleunigst nach. Prinetti konnte die ruhmreiche Affäre aber doch in seine große politische Rede einflechten, in der er auch versicherte, es sei unbegründet, daß Österreich-Ungarn Albanien annektieren wolle. Das machte in der Kammer einen sehr feinen

Eindruck, aber die türkische Regierung ließ doch über die Art, wie in der italienischen Kammer über eine türkische Provinz debattiert worden war, Protest erheben. Das wurde in Stambul bald wieder gutgemacht und dann ging Admiral Palumbo dahin als Überbringer der königlichen Gegengeschenke.

Diese guten Beziehungen zur Pforte dauerten auch im Spätherbst noch fort, als italienische Fahrzeuge im Roten Meere durch türkische Seeräuber geplündert worden waren. Da die türkische Herrschaft in Nemen überhaupt kaum als tatsächlich gelten kann, so half sich Italien selbst und der Freigattenskapitän Arnone beschloß die Räubernester auf der Insel Midi. Die Türkei wollte zwar selbst in jenen Gegenden Ordnung machen, die Befehle zur Ausrüstung eines Geschwaders wurden erteilt, aber die Schiffe konnten ebensowenig dienstfähig gemacht werden wie die bereits im Roten Meere vorhandenen. Der Türkei blieb nun gar nichts übrig, als den Forderungen der Italiener nachzugeben, Entschädigungen zu zahlen und die schuldigen Seeräuber zu bestrafen.

Die Kolonie Erythraea scheint sich in einem guten Zustande zu befinden, wie aus dem letzten Berichte des Zivilgouverneurs Martini hervorgeht, der die Jahre 1900 und 1901 umfaßt. Martini hat es verstanden, sich mit dem Negus von Abessinien gut zu stellen und die Kleinen Sultane und Schahs im Zaume zu halten, so daß die militärische Besatzung erheblich vermindert werden konnte. Der Anbau der Kolonie hat große Fortschritte gemacht, der Körnerbau deckt schon fast den eigenen Bedarf, das Getreide wird im Lande gemahlen, der Ausfuhr nach Italien stehen aber die hohen Transportkosten und Zölle hindernd entgegen. Mit der Aufforstung und mit der Viehzucht ist begonnen worden, die Anbauversuche mit Tabak und Baumwolle versprechen namentlich für letztere die besten Erfolge. Die Goldfunde bei Asmara haben zur Gründung einer Gesellschaft geführt. Der Handel hat sich bedeutend gehoben, der Zuschuß des Mutterlandes ist auf ein Drittel der früheren Höhe herabgesetzt worden. Die Eisenbahn Mafsa—Asmara ist bis Mai Atal auf Kosten der Kolonie ausgebaut worden, was allerdings nur mit Hilfe einer stärkeren Anziehung der Steuerschraube möglich war, und das versteht man ja in Italien vortrefflich. Die Kammer hat die günstigen Resultate der Verwaltung Martinis anerkannt und das von ihm vorgeschlagene neue Verwaltungsgesetz für die Kolonie unverändert angenommen.

Papst Leo XIII. im Jubeljahr.

Am Nachmittag des 20. Februar 1878 wurde von der Loggia der Peterskirche dem Volke von Rom verkündet, daß Kardinal Gioacchino Pecci zum Papst gewählt worden sei und den Namen Leo XIII. angenommen habe; die Krönung erfolgte am 3. März. Leo XIII. würde also am 20. Februar 1903 das fünfundzwanzigjährige Jubiläum haben feiern können, es wurde aber beschlossen, wohl mit Rücksicht auf die 92 Jahre des Papstes, das ganze fünfundzwanzigste Jahr seiner Re-

gierung, dessen Ende er vielleicht nicht erlebt hätte, als Jubeljahr zu begehen. Es sei gleich eingefügt, daß die dadurch gegebene Anregung in allen katholischen Kreisen eine lebhaftere kirchliche Bewegung, die sich hier und da zur Agitation steigerte, bewirkt hat. Leo XIII. ist eine hohe, hagere, ehrfurchtgebietende Gestalt von außergewöhnlich zäher Ausdauer und unglaublicher persönlicher Genügsamkeit, seine Züge sind die eines Denkers und drücken Wohlwollen, Herzensgüte und priesterliche Salbung aus. Als Diplomat und Politiker auf dem Stuhle Petri hält Leo XIII. den Blick stets fest auf die Regierungen gerichtet und hat mit unermüdlicher Geduld die Fäden wieder entwirrt und neu angeknüpft, die sein impulsiver Vorgänger durcheinandergeworfen oder zerrissen hatte. Seine undurchdringliche Verschwiegenheit läßt keinen sicheren Schluß darüber zu, ob er die Wiederherstellung des Kirchenstaates als sein eigentliches Ziel betrachtet, oder ob er sich im Innern mit dem bestehenden Zustand mehr abgefunden hat, als er äußerlich zeigen mag; jedenfalls hat aber seine Regierung den Beweis geliefert, daß die Kirche jetzt freier und höher dasteht, als wenn sie durch einen für die heutigen Machtverhältnisse unbedeutenden Landbesitz in die Kämpfe und Intrigen der Weltpolitik hineingezogen wird. Ohne den prinzipiellen Standpunkt seines Vorgängers zu verlassen, trat Leo XIII. doch in milderer Formen für die Interessen des Papsttums ein und suchte über streitige Fragen eine die Prinzipien unberührt lassende Verständigung herbeizuführen. Nur Italien gegenüber hält er an den Ansprüchen des Papsttums unverbrüchlich fest, aber selbst mit der ältesten Tochter der Kirche, dem wetterwendischen Frankreich, das jetzt wieder einmal eine höchst kirchenfeindliche Periode durchläuft, bricht er die Verbindung nicht ab.

Es ist nicht das ehrwürdige Greisenalter allein, was Leo XIII. die nahezu allgemeine Teilnahme der Welt zuwendet, denn auch die Gegner der vatikanischen Politik würdigen seine außerordentliche Erfassung der Zeitfragen und seine überraschende Begabung, sie den Bedürfnissen und Bestrebungen der Kirche dienstbar zu machen. Ein glänzender Kreis von Vertretern fast aller Mächte auf dem Erdenrund hat dem Papste die Glückwünsche der größten wie der kleinsten Staaten dargebracht und dadurch dargetan, wie sehr sich die kluge Erkenntnis Leo XIII. für die Hebung der Stellung des Papsttums ersprießlich erwiesen hat. Die feiern in der Peterskirche am 20. Februar und am 3. März — bei letzterer war der Papst persönlich anwesend — verliefen unter ungeheurer Beteiligung und brachten Leo XIII. die überschwänglichsten Huldigungen. Während des ganzen Jahres trafen aus allen Teilen der Welt Pilgerzüge in Rom ein.

Von besonderen Vorgängen in vatikanischen Kreisen ist sonst wenig zu berichten. Am 22. Juli starb in Rom der Kardinal Ledochowski, als einflussreicher Erzbischof von Posen aus dem preussischen Kulturkampf wohlbekannt. Sein Nachfolger als Präsekt der Propaganda wurde Kardinal Gotti, dessen Ernennung allgemein mit Befriedigung aufgenommen wurde. Den Strömungen in der italieni-

schen Geistlichkeit, sich politischen und sozialen Bestrebungen hinzugeben, eine sogenannte christliche Demokratie zu bilden, ist der Papst verschiedentlich entgegengetreten, namentlich durch die Ernennung des Grafen Grosoli zum Präsidenten des „Werkes der katholischen Kongresse“ und Anfang De-

zember durch eine Enzyklika über die Erziehung der Geistlichkeit, in der die Hezkapläne aufgefordert werden, „sich gegenwärtig zu halten, daß auch mitten im Volk der Priester seinen hohen Charakter als Diener Gottes unbeschadet erhalten muß, da er den Brüdern vorgesetzt ist hauptsächlich der Seelen wegen“.

Frankreich.

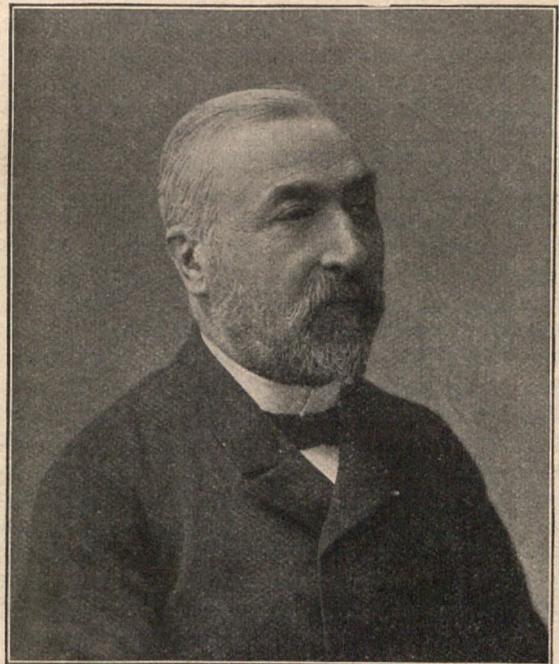
Die allgemeine Lage. * Vor den Kammerwahlen. * Die Wahlen. * Die Reise des Präsidenten Loubet. * Die neue Kammer. * Der Kulturkampf. * Die Kammer im Winter. * Die Affaire Humbert. * Heer, Marine und Kolonien. * Die Arbeiterbewegungen.

Die allgemeine Lage.

Die französische Republik hat ein bürgerlich nüchternes Jahr hinter sich. Das demokratische Ministerium Waldeck-Roussseau wurde durch das radikalere Combes abgelöst, nachdem ersterer als kühler Verstandesmensch die Wunden, die der Dreyfusprozeß geschlagen hatte, mit sanfter Hand geheilt hatte. Die noch vor kurzem so heftig hervortretende nationalistische Bewegung, die zugleich einen chauvinistischen und antisemitischen Charakter trug, hat ihren Reiz verloren, und ruhig konnte Waldeck-Roussseau die Zügel des Staates in die Hände des eifrigen Kulturkämpfers Combes legen, der sofort durch den Kampf gegen Klöster und Orden dem öffentlichen Interesse eine neue Richtung gab. Während es noch vor zwei Jahren schien, als schicke sich das französische Volk zum Sturm auf die Synagogen an, so legte man im vergangenen Jahre mit dem gleichen Eifer die Leitern an die Klostermauern. Dadurch ist der alte Gegensatz zwischen der klerikalmonarchischen und der kirchenfeindlichen republikanisch-liberalen Richtung auf ein anderes Gebiet übertragen und weiter verschärft worden. Der Vatikan hat sich aber trotzdem nicht zu einem neuen Kulturkampfe herausfordern lassen, denn er kennt seine Pappenheimer. Die Kurie sieht in Frankreich trotz alledem die älteste Tochter der Kirche und in ihm ihre Schutzmacht; sie rechnet offenbar auf einen Wechsel der Regierung, der die radikale Partei wieder verdrängen wird. Die vatikanische Politik ist gewöhnt, mit Jahrhunderten zu rechnen; ist ihr in Frankreich schon die Staatsform gleichgültig gewesen, wie viel mehr noch die kurzlebigen Ministerien der französischen Republik, die von vornherein nur eine Verlegenheitschöpfung gewesen ist und auch bleiben wird, bis einmal wieder etwas anderes kommt, wenn überhaupt das französische Volk noch die Kraft besitzt, etwas zu schaffen.

Die Bevölkerung Frankreichs bleibt stehen und vermehrt sich nicht, und diese Erscheinung ist das Symptom einer ernsten und schweren Volkskrankheit, das Ergebnis einer überspannten und überfeinerten Zivilisation. Die letzte Volkszählung vom 24. März 1901 hat nur eine Volksvermehrung von 444.613 Köpfen in fünf Jahren ergeben. Der ministerielle Bericht bestreitet zwar die Meinung des Statistikers Bertillon (Bruder des bekannten Polizisten) und anderer, daß diese Vermehrung

eigentlich nur von der Einwanderung herrühre, aber in jedem Falle ist diese Zunahme verschwindend gering, wenn man sie mit der Bevölkerungszunahme



Französischer Ministerpräsident Combes.

in anderen Ländern Europas vergleicht. Unter den sechs europäischen Großmächten war vor 50 Jahren Frankreich die zweite, und nur Rußland mit 67 Millionen war bevölkerter. Heute steht Frankreich nur noch vor Italien, das mit seinen 32 $\frac{1}{2}$ Millionen noch hinter den 39 Millionen Frankreichs zurücksteht, aber wenn die italienische Bevölkerung in dem bisherigen Verhältnis (trotz starker Auswanderung) wächst, so wird Italien in 25 bis 30 Jahren Frankreich auch überholt haben. Deutschlands Einwohnerzahl übertrifft heute die Frankreichs um 17 $\frac{1}{2}$ Millionen, und mit tiefer Befürchtung sehen patriotische Franzosen, daß sie auch aus diesem Grunde Deutschland militärisch nicht mehr gewachsen sind. Und dazu macht Frankreich immer mehr die schmerzliche Erfahrung, daß Rußland ganz andere Ziele verfolgt, als ihm die fehlenden Bataillone für die Revanche zu borgen, daß also der Zweibund diese Hoffnungen nicht erfüllt und seines ursprünglichen deutschfeindlichen Charakters immer

mehr entkleidet wird trotz gelegentlicher säbelrasseln-der Reden phantasieroller und beifallsbedürftiger Generale und Minister. Dem teuren Verbündeten zuliebe hat sich Frankreich sogar so weit dem russischen Einfluß untergeordnet, daß der Zweibund nun auch für Ostasien gilt, also seine Spitze nicht mehr gegen Deutschland richtet, sondern gegen England, das allerdings in Frankreich ja auch als Erbfeind gilt. Die diesjährige Betonung der russisch-französischen Freundschaft durch den Besuch des Präsidenten Loubet am Zarenhofe erregte darum kaum noch Aufsehen in politischer Beziehung. Die gelegentlichen Anklänge an die Revanche leiten sich übrigens bloß von dem Ärger über das unverkennbare Unvermögen her. Aber die Herzensergüsse des Herrn Pelletan, der allerdings dafür vom Ministerpräsidenten Combes zur Ordnung gerufen wurde, und seines Kollegen im Kriegsministerium sind für Deutschland deutliche Zeichen, daß man jenseits der Vogesen trotz aller deutschen Liebenswürdigkeiten Sedan und Paris nicht vergessen will, nur fühlt man trotzdem heraus, daß der alte Elan fehlt und das heiße Blut in dreißig Friedensjahren sich abgekühlt hat, da doch niemand helfen will. Ja es gibt schon in Frankreich Stimmen, die sich offen gegen das törichte Revanchegeheiß, das keinen Zweck mehr habe, zu wenden den Mut haben. Offen hat das im Juni der Sozialist Jaurès in der Kammer getan, natürlich nicht, ohne daß sich fast sämtliche Parteien und Zeitungen mit mehr oder weniger echter Entrüstung gegen ihn wendeten. Aber der sozialistisch-radikale Abgeordnete Maret bemerkte im „Radical“ ganz trocken dazu: „Jaurès hat den seltenen Mut gehabt, auf der Rednertribüne zu sagen, was alle Welt denkt, und gerade deswegen hat er ein Gewitter von Flüchen über sich entladen.“ Übrigens hat auch Baron d'Estournelles gegen Ende des Jahres im „Temps“ seine Landsleute zur Umkehr und Einsicht aufgefordert und sich namentlich an die französischen Denker, Philosophen, Redner, Künstler und Dichter gewendet. Er macht keine einzelnen gehenden Vorschläge, aber auch seine Ausführungen beweisen, daß Maret doch recht gehabt haben kann.

Das Land trat das neue Jahr unter allen Anzeichen einer ruhigen Entwicklung an. Das Ministerium Waldeck-Rousseau hatte „die Affäre“ ruhig abgewickelt und sich trotzdem am Ruder erhalten und am Jahreschluß von der Hochfinanz als Belohnung für seine guten Dienste die 2fache Überzeichnung der recht eigentümlichen Chinaanleihe erhalten. Er hatte auch verstanden, mit dem sozialistischen Teil seiner parlamentarischen Mehrheit gut auszukommen, wenn er ihnen auch ihm selbst ärgerliche Zugeständnisse machen mußte, wie beispielsweise wegen des von den Vergleuten ange drohten allgemeinen Ausstandes die allmähliche Einführung des Achtstundentages, auch hatte er eine weitgehende Berücksichtigung ihrer Lohn- und Pensionsansprüche in Aussicht gestellt. Die Folgen davon zeigten sich im folgenden Jahre. Waldeck-Rousseau hatte sich aber auch nicht geschaut, gegen seine sozialistischen Freunde zu regieren und zu diesem Zwecke die von ihm sonst so schlecht

behandelten konservativen Republikaner heranzuziehen, wie sich dies namentlich in den sozialpolitischen Debatten und Abstimmungen wiederholt gezeigt hat. Man darf wohl annehmen, daß aus dieser zwiespältigen Taktik der Entschluß Waldeck-Rousseaus hervorgegangen ist, zu einem Zeitpunkt zurückzutreten, wo er in der höchsten Macht zu stehen schien. Er hatte offenbar nicht Lust, plötzlich einmal durch eine Zufallsmajorität seiner nicht immer konsequent behandelten Freunde gestürzt zu werden, wie es schon so manchem seiner Vorgänger gegangen war.

Vor den Kammerwahlen.

Die französische Kammer trat in der ersten Hälfte des Januar zu ihrer letzten Sitzungsperiode zusammen und hatte vor allem noch das Budget zu erledigen. Da die Wahlen schon im April stattfinden sollten, so war Eile geboten, denn die Kammer muß laut einer Verfassungsbestimmung mindestens vier Wochen vor der Neuwahl aufgelöst werden. Das Budget gab freilich viel zu denken, aber zu Stürmen und Krisen keine Veranlassung. Aus dem letzten Bericht des Finanzministers über die Steuerertragnisse war zu ersehen, daß nach den günstigsten Ziffern das Jahr 1901 mit einem Defizit von 11 Millionen gegenüber dem Voranschlage und von 167 Millionen gegenüber dem Jahre 1900 geschlossen hat. Das gilt nach der günstigsten Zusammenstellung der Ziffern. Das „Petit Journal“ rechnete aber nach den Zahlenangaben des Finanzministers selbst aus, daß die Zahlen richtiger 120 und 173 heißen müßten, und auch das vorsichtige „Journal des Debats“ meinte, die offiziellen Ziffern, die ohnehin schon bei früherer Gelegenheit einmal „nach oben hin“ hätten berichtigt werden müssen, seien höchstens als ein Minimum zu betrachten. Trotz dieser Sachlage hatte die Kammer schon am 9. März die Budgetberatung, natürlich mit der in Frankreich seit Jahrzehnten üblichen Überstürzung beendet und ging auf acht Tage in die Ferien. Die Verhandlungen des Senats über das Budget wurden nicht für interessant erachtet, aber das war diesmal durchaus nicht der Fall, denn die Finanzkommission des Senats hielt strenges Gericht über alle solche Beschlüsse der Deputiertenkammer, die nicht den tatsächlichen Bedürfnissen, sondern der Wahlstimmung entsprungen waren. Sie schied die progressive Abstufung der Erbschaftsteuer, die Petroleumtage, die Neuregulierung des Saccharinverkaufs, die Portoermäßigungen für Zeitungen, die Summen für die bessere Ernährung der Soldaten, die Beseitigung der Landwehrübungen und noch einiges andere aus und verwies sie auf den Weg der besonderen Gesetzgebung. Der Senat stimmte in den meisten Punkten der Kommission zu, es war aber vorauszusehen, daß die Kammer vor der Neuwahl diese Sparsamkeit des Senats nicht begreifen und auf ihren ersten Beschlüssen beharren werde. Das Budget wanderte nun die letzten Tage vor Ostern mehrfach zwischen Senat und Kammer hin und her, ohne daß eine Einigung erfolgte. Es half aber der Kammer nichts, daß sie noch auf ihrem Sterbebette durch milde Stiftungen die Gunst und Verzeihung der Wähler

ler erkaufen wollte, der Senat war grausam und unerbittlich, indem er den Vermächtnissen der Kammer, zu denen übrigens auch die Verlängerung der Mandatsdauer des nächsten Deputiertenhauses von vier auf sechs Jahre gehörte, die zu ihrer Rechtsgültigkeit notwendige Zustimmung versagte. Er stellte die von der Kammer gestrichene Landwehrübung wieder her, strich dafür die erhöhten Fleisch- und Weinrationen für die Vaterlandsverteidiger, ebenso die Verlängerung der Lebensdauer der neugewählten Kammer und stellte 70 Millionen zur Ausgabe von kurzfristigen Staatsschuldsscheinen zur Deckung des Defizits ein, während die Kammer bloß 44 Millionen bewilligen wollte, vielleicht wohl nur, um den Wählern eine ebenso günstige Auffassung von der Finanzlage beizubringen, wie sie selbst zu haben schien. Die letzte Sitzung der Kammer dauerte 21 Stunden und schloß erst am Ostermorgen um 5 Uhr früh, denn die Senatoren im Luxemburgpalast, die man so oft als lendenlahme Greise geschmäht hatte, wußten, daß sie länger aushalten würden, wie die Kammer, deren Tage gezählt waren. Vergebens bäumte sich die Kammer gegen diese Willensäußerung des Oberhauses auf, vergebens sandte sie ihm in letzter Stunde das Budget zweimal zurück. Der Senat selbst dehnte seine Sitzung bis 3 Uhr in der Nacht aus. Schließlich nahm die Kammer sämtliche vom Senat am Budget vorgenommenen Änderungen an und bewilligte das Budget mit 367 gegen 80 Stimmen. Der Senat hielt am Osterfesttag nachmittags noch eine formelle Sitzung und vertagte sich bis zum 3. Juni. Die Neuwahlen für die Kammer wurden endgültig auf den 27. April, die nächste Sitzung der Kammer auf den 1. Juni angesetzt.

Die Wahlen.

In keinem Lande der Welt hat die Regierung den Wahlapparat so vollkommen in der Hand, wie in der französischen Republik, trotzdem sind auch dort die Wahlausichten wandelbar, noch mehr aber die Gewählten. Das hatte gerade die eben aufgelöste Kammer bewiesen, die am 13. Juni 1898 mitten in der Erregung der Dreyfusangelegenheit zusammentrat und, beim Beginn ihres Daseins eigentlich die Spuren Melines tragend, seinem Kabinett bald den Laufpaß gab mit der Erklärung, daß sich die Regierung auf eine rein republikanische Mehrheit stützen müsse. Im übrigen hatte sich diese Kammer das Verdienst erworben, die wenigsten Ministerien verbraucht zu haben, höchstens mit Ausnahme der Kriegsminister. Es folgten auf Meline nur noch die Ministerien Brisson und Dupuy, worauf Waldeck-Rousseau am 23. Juni 1899 die Regierung übernahm, die Dreyfusaffäre zwar auch nicht zu dem wohl gewünschten Abschluß bringen konnte, schließlich aber durch Gnade und Amnestie die Gemüther in beiden Parteien beruhigte und endlich den Mut hatte, die dreiesten Gegner der Republik vom Staatsgerichtshof verurteilen zu lassen. Vom Winter 1899 bis 1900 begann die Kammer ihre Ruhe zu gewinnen und bildete sich nach und nach zu einer ausgesprochenen Regierungsmehrheit aus. Von der inneren gesetz-

geberischen Tätigkeit, die ja auch im Auslande je nach dem Parteistandpunkte verschieden beurteilt zu werden pflegt, ganz abgesehen, kam für Ministerium und Kammer in Betracht die Anteilnahme an der Weltausstellung, der Besuch des italienischen Geschwaders in Toulon, der zweite Zarenbesuch, die Expedition nach China, die Flottendemonstration vor Mytilene, die Handelsabkommen mit Italien und England über Nordafrika. Das ist gewiß eine Reihe von zweifellosen Erfolgen, mit der man wohl ruhig vor die Wähler treten konnte.

Es bestand auch kein Zweifel darüber, daß die Wahlen zu Gunsten der Regierung und ihrer bisherigen Mehrheit ausfallen würden, denn das französische Volk, so tolle Streiche es auch schon gemacht hat, ist an der Wahlurne wenigstens meist besser als sein Ruf. Das ist auch ganz natürlich; die Tollköpfe, Umstürzler und zügellosen Streber bilden die geringe Minderzahl und haufen meist in Paris, wo sie von Zeit zu Zeit ihren Unfug treiben mit ein wenig Revolution und Staatsstreich. Dies läßt dann die große Mehrheit ruhig über sich ergehen, denn sie liebt die Ruhe über alles, sie hält stets fest an dem jeweils Bestehenden, selbst wenn es ihr mangelhaft erscheint, wenn es nur die Ordnung verbürgt und die Provinz nicht direkt bedroht. Von den Wählern gehen keine Umwälzungen in Frankreich aus, denn Umsturzgelüste sind ihnen fremd und Neuerungen lieben sie meistens nicht. Die Mehrzahl der Franzosen mag zwar in den meisten Fällen mittelmäßig wählen, aber ganz unvernünftig wählen sie nie, mit Ausnahme der Pariser läßt sich ihnen auch nicht vorwerfen, daß sie launisch seien, der Ausgang der Wahlen hat in der Regel das Ergebnis der vorangegangenen Staats- und Parteidwicklung bestätigt und damit dargetan, daß den Franzosen mindestens eine Spur von jenem notdürftigen Verstandnis eigen ist, das ein der eigenen Souveränität verfallenes Volk besitzen muß — immer abgesehen von den Pariser. Der Wahlausgang erschien darum auch diesmal um so weniger zweifelhaft, als seit der Weltausstellung zwischen den Parteien ein Waffenstillstand geherrscht hatte, den viele freilich für einen faulen Frieden hielten. Aber auch faule Frieden haben oft lange gedauert und immer einen besänftigenden Einfluß ausgeübt. Freilich kann man nie vorsichtig genug sein, und darum lag dem Kabinett Waldeck-Rousseau viel daran, sich noch vor den Deputiertenwahlen von der russischen Allianz mit neuem Glanze überstrahlen zu lassen. Die Regierung hatte in Petersburg den Wunsch aussprechen lassen, daß Präsident Loubet noch vor den Wahlen in Kronstadt lande, damit die erneuten Freundschafts- und Bündnisbetuerungen einen freundlichen Schimmer auf die Regierung der republikanischen Verteidigung werfen möchten. In Petersburg scheint man aber dafür auf einem Ohre taub gewesen zu sein, und es ist auch verständlich, daß die russische Diplomatie sich nicht dazu hergeben mag, die Wahlgeschäfte einer französischen Parteikoalition zu besorgen. Man nahm die Eisverhältnisse in der Ostsee als Vorwand, um die Kühle des eigenen Herzens gegenüber den Werbungen der gerade in Frankreich herrschenden Partei in schonender Weise verschweigen zu können. Da eine Überlandreise nur

durch Deutschland hätte unternommen werden müssen, was den Wahlinteressen unzweifelhaft nachträglich gewesen wäre, so konnte die Reise Loubets vor den Wahlen nicht stattfinden und man mußte sich begnügen, daß er Mitte März wenigstens die offizielle Einladung Rußlands dazu in den Händen hatte.

Die übergroße Vorsicht war gar nicht nötig, denn die ganze Wahlkampagne, so lärmend sie auch geführt wurde, war nicht geeignet, andere Kämpfe heraufzubeschwören, als solche, die mit Atem, Speichel und Stimmbändern geführt werden. Hatte auch die bisherige Kammer unter dem Einflusse Waldeck-Roussaus der goldenen Internationale und unter der Mitwirkung Millierands sozialdemokratischen Experimenten Zugang gewährt, so hatte sie doch dagegen Schätzbares geleistet mit der Reform der Getränkesteuer, des Oktroiwesens und der Erbschaftsteuer, sowie durch die Errichtung einer Kolonialarmee. Die bisherige Kammernmehrheit hatte darum eine allgemeine Ungnade der Wählerschaft kaum zu befürchten. Der dunkelste Punkt war freilich die Finanzlage; die war aber in der französischen Republik von jeher bedenklich, wenn auch die Staatseinnahmen nie so stark zurückgegangen und das Defizit so bedeutend gewachsen war wie im Jahre 1901. Solange das Volk die neue Steuer-schraube noch nicht fühlt, pflegt es seinen Gleichmut zu bewahren, und dazu hatte ja auch die Kammer mancherlei versucht, den Wählern im Budget die traurige Finanzlage zu verschleiern. Nach den ersten Wahlnachrichten rechneten sich natürlich anfangs sowohl die Ministeriellen wie die Opposition den Erfolg zu, auffällig war, daß über mehr als ein Viertel der Sitze durch Stichwahlen entschieden werden mußte. In der Provinz hatte die Wahlmaschinerie der Regierung so sicher gearbeitet, daß sich Waldeck-Roussau einem Interviewer gegenüber rühmte, er habe sich in seinen Berechnungen und Voraussetzungen über den Ausgang nicht um zehn Stimmen, und noch mehr, weder über das Gesamtergebnis noch über die Namen der Gewählten getäuscht. Der Erfolg der Regierungsparteien war unbestritten. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die große Mehrzahl der französischen Wähler eigentlich nationalistisch gesinnt ist, und zwar in dem ganz richtigen Gefühl nationaler Selbstbewahrung, nur weil die Faiseure in Paris gegenwärtig daraus ein Agitationsgeschäft machen, hielt die mißtrauische Provinz gegen ihre eigentliche innere Gesinnung zur Regierung, die ihnen die Ruhe verbürgte. Unter diesen Umständen mußte es auffallen, daß der Ministerpräsident Waldeck-Roussau nach dem großen Wahlerfolg erklärte, er werde mit dem ganzen Kabinett zurücktreten.

Die Reise des Präsidenten Loubet.

Der russische Botschafter Fürst Urussow hatte im März dem Präsidenten der Republik das kaiserliche Handschreiben überreicht, das die Einladung nach Petersburg enthielt. Mündlich war sie schon im vorigen Herbst in Compiegne erfolgt, trotzdem war das Einladungsschreiben selbstverständlich nur der Schlußakt langer Verhandlungen zwischen Paris

und Petersburg, ebenso wie im vergangenen Sommer die Zusage des Zaren auf Loubets Einladung von langer Hand vorbereitet war, obwohl man sie als freudige Überraschung hinzustellen für gut fand. Dergleichen Besuche bieten Gelegenheit, den Thermometerstand der russisch-französischen Freundschaft nach gewissen Zwischenräumen wieder zu untersuchen. Die Glitterwochen der russisch-französischen Freundschaft sind ja längst vorüber, und wenn auch Wiedersehen immer Freude macht, so ist doch an die Stelle der früheren Begeisterung die kühle praktische Politik getreten, die nicht mit Gefühlen, sondern mit den Tatsachen rechnet. In Petersburg wurden selbstverständlich große Vorbereitungen getroffen, namentlich ließ es sich die Stadtverwaltung angelegen sein, den kaiserlichen Gast würdig zu empfangen und die französische Kolonie bereitere ein großes Abendfest vor.

Präsident Loubet schiffte sich am 14. Mai im Hafen von Brest auf dem „Montcalm“ ein und begab sich mit dem eigens für die Reise zusammengestellten Geschwader nach Kronstadt, wo er in der Nacht zum 20. auf der Reede eintraf und am folgenden Morgen mit allen militärischen Ehren empfangen und bei der Landung vom Kaiser Nikolaus in der herzlichsten Weise begrüßt wurde. Der Kaiser fuhr dann mit seinem Gast in einem Extrazuge nach Zarskoje Selo, wo Präsident Loubet von der Kaiserin und der kaiserlichen Familie begrüßt wurde. Abends fand Hofstafel statt. Am folgenden Tage war in Zarskoje Selo große Parade, an welcher Präsident Loubet zu Wagen teilnahm, worauf im Kaiserzelt ein Frühstück folgte, bei welchem die ersten offiziellen Toaste gewechselt wurden. In dem Toaste, bei welchem Kaiser Nikolaus auf die französische Armee trank, sagte er: „Die lebhaften Sympathien, die das russische Heer der schönen französischen Armee gegenüber bezeugen, sind Ihnen bekannt. Sie bilden eine wirkliche Waffenbrüderschaft, die wir mit um so größerer Befriedigung konstatieren können, als diese gewaltige Macht keineswegs die Bestimmung hat, aggressive Absichten zu unterstützen, sondern ganz im Gegenteil die, die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens zu sichern und die Achtung vor den erhabenen Grundsätzen sicherzustellen, welche die Wohlfahrt der Völker sichern und ihrem Fortschritt dienen.“ Auch Präsident Loubet betonte in seiner Erwiderung ausdrücklich den Frieden und sagte, indem er auf die russische Armee trank: „Ebenso wie gemeinsame Sympathien und höhere Interessen die beiden Völker vereinigt haben, schaffen edle Waffenbrüderschaft und gegenseitige Achtung ein reges Band zwischen den beiden Heeren. Diese gewaltige Macht ist für niemanden eine Drohung; Rußland und Frankreich dürfen darin aber zu gleicher Zeit eine Garantie für die Ausübung ihrer Rechte und eine Schutzwehr sehen, unter der sie in aller Ruhe fruchtbarer Arbeit nachgehen können, die ihren Wohlstand mehren und dadurch ihre Macht und ihren Einfluß erhöhen wird.“ Am 22. Mai war Präsident Loubet in Petersburg. Er traf früh mit dem Minister des Äußern, Delcassé, um 9 Uhr auf dem Warschauer Bahnhof ein und wurde vom Bürgermeister Eljanow an der Spitze einer Ab-

ordnung der Petersburger Stadtverordnetenversammlung empfangen. Loubet fuhr mit einer Kosakeneskorte nach der Peter-Pauls-Festung und legte in der Kirche am Grabe des Kaisers Alexander III. ein kunstvoll ausgeführtes Schwert mit Elfenbeingriff nieder, besichtigte dann die anderen Gräber von Mitgliedern des kaiserlichen Hauses und fuhr darauf, auf den Straßen fortwährend von der Menschenmenge mit jubelnden Hurrarufen begrüßt, nach dem Häuschen Peters des Großen und zum Asyl des französischen Wohltätigkeitsvereines, wo er die Deputationen der französischen Kolonien in russischen Städten empfing und dann der Grundsteinlegung des Ambulatoriums beiwohnte. Nach einem Besuch beim Großfürsten Konstantin im Winterpalais fuhr er nach der französischen Botschaft, wo er den russischen Würdenträgern ein Frühstück gab. Abends kehrte er nach Zarstojke Selo zurück.

Am 23. Mai begaben sich Kaiser Nikolaus, die Kaiserin, die Kaiserinwitwe, der Thronfolger und Präsident Loubet von Zarstojke Selo über Peterhof nach Kronhafen, wo sie mit den übrigen Großfürsten und den Ministern an Bord der kaiserlichen Yacht „Alexandra“ gingen und zum französischen Geschwader auf der Reede hinausfuhren. Präsident Loubet begab sich an Bord des „Montcalm“, worauf der Kaiser, die kaiserliche Familie und die Minister dahin folgten. In einem auf dem Deck errichteten Zelte fand das Abschiedsfrühstück statt. Während desselben brachte Präsident Loubet einen Trinkspruch aus auf die russische Flotte, in welchem er sagte: „Frankreich, das mit Freude die Aufnahme seines Vertreters erfahren hat, wird mit dem Bündnis verknüpft bleiben, dessen wohltuendes Wirken Rußland wie Frankreich schätzt.“ Kaiser Nikolaus trank auf die französische Marine und sagte in seinem Toast: „Wir danken Ihnen herzlich für Ihren Besuch, Herr Präsident, und bitten Sie, den herzlichsten Ausdruck unserer Sympathie ebenso wie unsere besten Wünsche Frankreich zu übermitteln, dem treuen Freund und unentwegten Bundesgenossen Rußlands.“ Nach dem Frühstück schenkte der Zar der französischen Flotte eine große silberne, mit Edelsteinen besetzte Punschbowl in Gestalt eines altertümlichen Fahrzeuges. Dann geleitete Präsident Loubet den Kaiser und die Kaiserin nach der „Alexandra“ zurück und verabschiedete sich dort in sehr herzlicher Weise. Auf dem „Montcalm“ verließ er dann nach 4 Uhr die Reede von Kronstadt, worauf die „Alexandra“ nach Peterhof zurückkehrte.

Auf der Rückfahrt nach Frankreich traf Loubet am 25. Mai gegen Mittag auf der Reede von Kopenhagen ein. Ein dänisches Geschwader war ihm entgegengefahren, und der König begrüßte mit den königlichen Prinzen den Präsidenten an Bord des „Cassini“. Nach dem Empfang in der Zollhalle fuhr der König mit dem Präsidenten durch die teilweise besagten Straßen, in denen auch einzelne Hochrufe laut wurden, nach Schloß Amalienborg, wo eine Frühstückstafel stattfand, bei welcher der König und Präsident freundliche Trinksprüche wechselten. Nach einer Rundfahrt durch die innere Stadt begaben sich beide nach dem Hafen, wo sich inzwischen die königlichen Prinzen und Würdenträger

zur Verabschiedung eingefunden hatten. Der König und die Prinzen begleiteten Loubet noch bis an Bord des „Cassini“ und verabschiedeten sich von ihm in der herzlichsten Weise. Um 4 Uhr verließ der „Cassini“ unter Salutschüssen den Hafen. Am 27. Mai kam Präsident Loubet vormittags um 11 Uhr auf der Reede von Dänkirchen an. Die Minister waren aus Paris zum Empfang eingetroffen, Waldeck-Rousseau und der Marineminister waren ihm auf See entgegengefahren. Nach der Begrüßung fand im Gebäude der Handelskammer ein Festmahl statt, wobei Loubet mit großer Befriedigung über den Empfang in Petersburg berichtete und die Hoffnung aussprach, das enge Verhältnis zwischen den beiden Mächten möge auch die inneren Streitigkeiten in Frankreich mildern, denn es seien auf politischem und sozialem Gebiet noch genug Aufgaben zu lösen. Abends kehrte Loubet nach Paris zurück. — Seine Reise nach Petersburg wie sein Abstecher nach Kopenhagen hatten keine besondere politische Bedeutung, am wenigsten in dem Sinne, als sollten durch sie neue politische Wendungen eingeleitet werden. Einige Andeutungen in solchem Sinne in deutschfeindlichen und dreibundgegnerischen Blättern wurden bald durch die Reise des Kaisers Wilhelm zu den russischen Flottenmanövern und den Besuch des dänischen Kronprinzen in Berlin ad absurdum geführt.

Die neue Kammer.

Die neugewählte Kammer trat am 1. Juni zusammen und wählte Bourgeois mit 303 gegen Deschamels mit 267 Stimmen zum vorläufigen Präsidenten. Diese Wahl wurde allgemein als eine Vertrauenskundgebung für das scheidende Ministerium und eine vorläufige Kraftprobe der Parteien angesehen. Das Ministerium gab tatsächlich am 3. Juni seine Demission, auch Loubet vermochte nicht, Waldeck-Rousseau im Amte zu erhalten. Diese neue Wendung hatte in der Republik sofort wieder die parlamentarischen Intrigen eröffnet, und Loubets Appell an die Einigkeit der Republikaner, womit er in Dänkirchen seine Landsleute begrüßte, schien ungehört oder unverstanden geblieben zu sein. Es war auch schwer, für Waldeck-Rousseau einen Nachfolger zu finden, der die gleiche Autorität über die Gemüter der Volksvertreter besaß, wie sie ihm eigen war. Präsident Loubet beriet dem Brauche gemäß mit den Präsidenten des Senats und der Kammer und berief zunächst Brisson zur Bildung des Kabinetts, der aber ablehnte, worauf der Senator Combes damit betraut wurde. Combes ist 67 Jahre alt und bisher politisch nur wenig hervorgetreten. Er hat Theologie studiert, ist aber heute antiklerikal, war Professor der Philosophie und studierte dann noch Medizin. Im Jahre 1875 wurde er Bürgermeister in Pons (Charente inferieure), wo er als praktischer Arzt lebte, später Vorsitzender des Generalrates des Departements und ist seit 1885 Senator. Im Ministerium Bourgeois (1895/96) war er Unterrichtsminister. Am 7. Juni hatte er sein Ministerium fertig, das aus lauter Radikalen besteht, unter denen der Finanzminister Rouvier der

gemäßigtste ist. Dieser wollte auch nicht leiden, daß Pelletan das Ministerium der öffentlichen Arbeiten bekam, weil er es in totale Verwirrung gebracht hätte. Pelletan erhielt darum das Marineministerium, von dem er gar nichts verstand und darum wenig Schaden konnte. Rouvier konnte Bedingungen stellen, weil man ihn brauchte, und er trat auch erst in das Kabinett ein, nachdem dieses auf die Einführung der progressiven Einkommensteuer verzichtet hatte, von der er im Gegensatz zu den übrigen Radikalen nichts wissen will.

Am 12. Juni trat das neue Ministerium vor die Kammer und Combes entwickelte sein Programm. Dieses stellt zunächst fest, daß durch das allgemeine Stimmrecht das Verhalten der vorigen Regierung gebilligt worden sei, und schließt daran die Aufforderung zur Einigkeit der Mehrheit, welche das Ergebnis der letzten Wahlen sei, damit sie das Reformwerk vollende, welches das Land verlange und mehr als je vonnöten sei. „Wir werden mit unserer ganzen Energie alle diejenigen bekämpfen, welche versuchen sollten, unsere republikanische Regierungsform anzugreifen und die Armee ihren Pflichten abwendig zu machen. Wir werden die Armee von der Politik fernzuhalten wissen. Wir werden nicht dulden, daß ein Teil des Klerus versucht, die Kirche mit religiösen Genossenschaften gleichzustellen, wir werden über die Anwendung der Gesetze des Landes zu wachen haben und werden die Gesetze der Republik mit allen Mitteln verteidigen, über welche die Regierung verfügt. Das Vereinsgesetz tritt jetzt in die Periode seiner Ausführung durch die Verwaltung. Die Regierung wird darüber wachen, daß keine der Bestimmungen des Gesetzes wirkungslos bleibe. Wir werden Ihnen gleichzeitig die Abschaffung des Unterrichtsgesetzes von 1850 vorschlagen, damit der Staat, ohne deshalb aus dem öffentlichen Unterrichtswesen ein Monopol machen zu wollen, die Stelle, welche er niemals hätte aufgeben sollen, wieder einnehme und über den Unterricht, der jedem Bürger zu teil wird, wache.“ Die weiteren Erklärungen über finanzielle, wirtschaftliche und soziale Fragen übergehen wir hier, da sie für den weiteren Verlauf der Jahresereignisse ohne Belang sind, dafür sei aber noch erwähnt, daß Combes mitteilte, die Regierung werde in der allernächsten Zeit den Senat ersuchen, daß er die Vorlage über die Einführung der zweijährigen Dienstzeit berate. Im großen und ganzen war das Programm des neuen Ministeriums nichts mehr und nichts weniger als die Ankündigung des nachdrücklichsten Kulturkampfes.

Bekanntlich hatte die zweite Hälfte der Ministerpräsidentenschaft Waldeck-Roussaus als wichtiges Ergebnis das Zustandekommen des Vereinsgesetzes gebracht, was im Vorjahre großes Aufsehen machte. Es kommt aber bekanntlich niemals so sehr auf den Wortlaut der Gesetze an als auf den Geist, mit welchem sie gehandhabt werden. Unter Waldeck-Roussau geschah zur Durchführung des Vereinsgesetzes so gut wie nichts, und es wurde bald klar, daß er sich die Wirkung des Gesetzes von vornherein so vorgestellt hatte. Er hatte die Sozialisten gebraucht für seine Bestrebungen zur Beilegung des Dreyfushandels, hatte aber wirklichen

sozialistischen Forderungen in keinem Falle nachgegeben und mußte wenigstens in einer Richtung den ungeduldig werdenden Freunden von der äußersten Linken einen Brocken hinwerfen. Es war nicht ungeschickt von ihm, daß er hierfür das Gebiet ausersah, auf welchem Radikale und Sozialisten vollkommen einig waren. Aber wenn die Fanatiker des Atheismus sich einbildeten, es würden ihnen Waffen gegen die Religion selbst in die Hand gegeben, so irrten sie sich, denn Waldeck-Roussau wollte nur einen Feldzug gegen den politischen Klerikalismus führen und auch diesen nur mit vorsichtiger Energie. Das Vereinsgesetz war wohl durchgegangen, aber die Erfolge, von denen die Radikalen und Sozialisten geträumt hatten, waren ausgeblieben. Wohl wurde eine Anzahl von Kongregationen aufgelöst, aber nur solche, welche die Genehmigung durch die staatliche Gewalt nicht nachsuchen wollten; denjenigen, die sich der kleinen Schikane unterwarfen, ist kein Haar gekrümmt worden. Man zog die Dinge in die Länge, bis sie in Vergeßlichkeit geraten waren, und so war eigentlich nach der Ausweisung der Jesuiten und Assumptionisten alles beim alten geblieben. Die Radikalen und regierungsfähig gewordenen Sozialisten, deren Ansprüche auch dilatorisch behandelt wurden, waren damit keineswegs zufrieden, und es lag in der Luft, daß es deswegen zwischen ihnen und Waldeck-Roussau zu Mißhelligkeiten kommen müsse. Die waren nun nicht mehr nötig, denn das Ministerium Combes wollte zeigen, daß das Vereinsgesetz bei geeigneter Auslegung eine gefährliche Waffe werden kann, und sprang mitten in den Kulturkampf hinein. Das ist immer das Leichteste für radikale Ministerien gewesen. Welche Fähigkeiten dem Ministerium Combes sonst noch eigen sind, muß abgewartet werden.

Die neue Kammer zählte in der Regierungsmehrheit 274 Radikale, sozialistische Radikale und Sozialisten, dazu 52 Fortschrittler, die sich der republikanischen Union angeschlossen haben, zusammen 326 Abgeordnete; die Opposition (Melinisten, Nationalisten und Monarchisten) zählte zusammen 247 Mann. Schon am 27. Juni tat das neue Ministerium den ersten Schritt zur strikten Ausführung des Vereinsgesetzes, indem es die sofortige Schließung aller Anstalten und religiösen Genossenschaften verfügte, die nach der Veröffentlichung des Vereinsgesetzes ohne Genehmigung eröffnet worden waren. Es handelte sich um Anstalten, deren Gründer offenbar die Absicht verfolgten, das Gesetz zu umgehen, indem sie die Anstalten in Gebäuden unterbrachten, deren Eigentümer oder Hauptmieter der gründenden Kongregation nicht angehörten. Die Regierung vertrat dabei den Standpunkt: der Lehrer bestimmt den Charakter der Schule, die Lehrer sind Ordensmitglieder, also ist es eine geistliche Schule, und zwar eine Ordensanstalt. Die anderen beriefen sich auf das Unterrichtsgesetz vom Jahre 1886, das jeder Person das Recht gibt, eine Schule zu eröffnen, wenn nur die mit dem Unterrichte betraute Person den nötigen Befähigungsnachweis besitzt. Der Staatsrat, der vom Ministerium befragt worden war, hatte sich für dessen Auffassung entschieden, ebenso die Mehrheit der Kammer, die beschloß, die Rede Com-

bes im Lande anschlagen zu lassen. Die An- gelegenheit führte in der Deputiertenkammer zu leb- haften Redeschlachten, denn in Wirklichkeit handelte es sich nicht allein um jene 135 erst nach Erlaß des Vereinsgesetzes eröffneten Anstalten, sondern um viele tausend andere, die früher ins Leben gerufen, trotzdem unter das Vereinsgesetz fielen. Es folgte auch in der ersten Hälfte des Juli die Schließung von weiteren 2500 Ordenschulen, und auch das galt nur als erster Anfang des Kampfes. In der Deputiertenkammer kam es darüber in der Abend- sitzung am 11. Juli zu Skandalen; die Deputierten Aynard und Cochin hatten wegen der Schlie- ßung der Ordenschulen Interpellationen einge- bracht und verlangten, daß diese sofort verhandelt würden, da die Kammer im Begriffe sei, in die Ferien zu gehen und die Maßregel der Regierung ein Verbrechen gegen die Freiheit und die Menschlich- keit sei. (Beifall und Lärm.) Ministerpräsident Combes verlangte, daß die Interpellationen in der Reihenfolge der übrigen erledigt würden, als er aber die Tribüne bestieg, entstand ein furchtbarer Lärm und mehrere Mitglieder der Rechten stürzten sich auf die Tribüne, andere von der Linken eilten herzu, und während der Vizepräsident die Sitzung aufhebt, beginnt vor der Rednertribüne eine regel- rechte Keilerei, deren Anblick aber den Zuschauern dadurch verkümmert wird, daß der Präsident die Zuschauer- und Journalistentribünen unerbittlich räumen läßt. Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird über Aynard die Zensur verhängt und Combes erklärt unter brausendem Beifall seiner Anhänger und Obstruktionslärm der Opposition: „Drohungen werden mich nicht schrecken, ich werde bis ans Ende gehen.“

Der Kulturkampf.

Ministerpräsident Combes setzte zur Freude der Radikalen aller Länder den Kampf gegen die Kon- gregationen fort, seine parlamentarische Mehrheit hatte er damit stramm zusammengehalten und die Minderheit sah sich außer stande, auf parlamenta- rischem Wege auch nur den geringsten Teilerfolg zu erringen. Da nach dieser Richtung hin nichts zu machen war, verlegte man sich auf den Wider- stand. Die klerikalen Politiker, die sich schon vor den Wahlen unter der Führung des Grafen de Mun zum „Bund der klerikalen Aktion“ zusammen- getan hatten, setzten in der klerikalen Presse ihre Bemühungen fort, die Bevölkerung aus ihrer bisher ruhigen Haltung gegenüber den Maßregeln der Re- gierung aufzurütteln, die Bischöfe regten sich, zu- erst der streitbare Bischof Turinaz in Nancy, ihm folgte der Kardinalerzbischof von Paris mit einem öffentlichen Einspruch gegen das Vorgehen der Regierung, dem sich fast alle französischen Bischöfe anschlossen, in Paris fanden an mehreren Tagen große Straßenkundgebungen statt, an denen sich mehrfach Frauen beteiligten, die auch am 21. Juli vom Stadtviertel Saint-Roch einen Straßen- zug nach dem Elysee veranstalteten, um Frau Loubet eine Adresse gegen die Schließung der Anstalten zu überreichen; die Deputation traf aber

die Präsidentin nicht zu Hause. Auch in anderen Städten gab es Straßenkundgebungen, doch zeigte es sich, daß das Volk aus eigenem Antriebe wenig Lust hatte, solche Demonstrationen mitzumachen. Die Regierung fuhr fort, die Schließung weiterer Ordensanstalten anzuordnen, nachdem sich die be- treffenden geweigert hatten, sich freiwillig dem Ver- einsgesetz zu unterwerfen. Bekanntlich war die Re- gierung im ganzen gegen etwa 3000 Ordensnieder- lassungen eingeschritten, davon hatten aber doch 2700 ohne Zwang ihre Anstalten geschlossen, sobald sie durch die Präfekten dazu aufgefordert worden waren, und die Gewaltmaßregeln bezogen sich nur noch auf 298 in 34 Departements gelegene Nieder- lassungen. Man ging nicht in allen Departements zugleich vor, und in der Bretagne wurde vorläufig noch nichts gegen die Ordenschulen unternommen, da dort die Gefahr des Blutvergießens zu groß war.

Als man Anfang August auch dort zur gewalt- samen Schließung der Anstalten schritt, kam es fast an allen Orten zum offenen Widerstand und die Beamten wie das Militär mußten mit großer Um- sicht verfahren, um es nicht zu schweren Zusammen- stößen kommen zu lassen. Es handelte sich übrigens dort um kaum mehr als ein Duzend Ordenschulen, aber in einzelnen Orten reichte die Gendarmerie zur Unterstützung der Behörden nicht aus, und es mußte Militär herbeigezogen werden. Die Nonnen schlossen sich in den Schulen ein und ließen sich von den Bauern verteidigen. In Lannouën leitete der Abgeordnete von Morbihan, der Herzog von Rohan, den Widerstand, der erst gebrochen werden konnte, als Militär anrückte. Ähnlich ging es in Landerneau zu, wo dem Militär tatsächlich Wider- stand geleistet wurde, die Tür der Schule einge- schlagen werden mußte; einige Frauen wurden bei dem Angriff auf das Militär verwundet. Auch an anderen Orten war der Widerstand hartnäckig, und es bedurfte der Einwirkung angesehenen Persönlich- keiten, darunter auch Geistlicher, um Zusammenstöße zwischen den aufgeregten Bauern und den durch Be- schimpfungen erbitterten Gendarmen und Soldaten hintanzuhalten. Indessen waren Mitte August sämt- liche von den Dekreten betroffenen Ordenschulen geschlossen worden. In Paris wiederholten sich zwar die Straßenkundgebungen noch, doch verliefen sie nach und nach ruhiger, in der Provinz war von einem klerikalen Entrüstungsturm überhaupt nichts mehr zu merken. Man wunderte sich nicht nur in Frankreich, sondern auch in anderen Ländern dar- über, daß der Vatikan sich durchaus nicht in die Austreibung der Schulorden in Frankreich ein- mischte. Gegen jeden anderen Staat würde von Rom in gleichem Falle gewiß mit den schärfsten Mitteln vorgegangen worden sein. Es ist aber nicht allein der Traum von der Wiederherstellung des Kirchenstaates durch französische Waffen, was die vatikanische Politik veranlaßte, in diesem Falle das kirchliche Interesse gänzlich zurücktreten zu lassen. Es war auch noch ein besonderer Grund vorhanden. Bei der zunehmenden Freundschaft zwischen Frank- reich und Italien lag die Wahrscheinlichkeit nahe, daß sich ein Austausch von Besuchen zwischen dem König Viktor Emanuel und dem Präsidenten

Loubet verwirklichen könne, man sprach eben wieder in den Blättern von einem Besuch Loubets in Rom, gewissermaßen als Fortsetzung seiner Reise nach Petersburg. Das suchte man im Vatikan mit allen Kräften zu verhindern, weil damit zum ersten Male der Bann durchbrochen worden wäre, den die Päpste für alle katholischen Staatsoberhäupter um den italienischen Königsthron gelegt haben, und weil damit zum ersten Male vor aller Welt zu erkennen gegeben würde, daß die älteste Tochter der Kirche gar nicht mehr daran denkt, wie 1849 und 1867 ihre Söhne für den Kirchenstaat kämpfen zu lassen. Das durfte um keinen Preis geschehen, Loubet durfte nicht nach Rom kommen, was man sicher mit aller Demonstration in Szene gesetzt hätte, wenn der Vatikan jetzt mit dem größten Geschütz vorgegangen wäre. Was lag dieser entsetzlichen Möglichkeit gegenüber an der Schließung von ein paar hundert Klosterschulen! Die können bei günstiger Zeit leicht wieder aufgemacht werden.

Als Jules Ferry im Jahre 1880 die nicht-ermächtigten Orden zur Einreichung ihrer Satzungen aufforderte, unter Hinweis auf ihr ungesetzliches Bestehen und mit Berufung auf ältere Erlasse, die dem Staate das Auflösungsrecht gaben, folgte kein einziger Orden dieser Aufforderung. Alle leisteten Widerstand und ließen sich durch militärische Gewalt austreiben, um nach Jahresfrist in aller Stille wieder einzuziehen. Wer vermag vorauszusagen, wie die Sache diesmal ausgehen wird? Es handelt sich jetzt wieder einmal um eine neue Flutwelle in dem nun schon länger als ein Jahrhundert auf und ab gehenden Ringen zwischen den beiden geistigen Mächten, die sich in Frankreich mit südlicher Leidenschaft die Herrschaft streitig machen und die man kurz als Revolution und Reaktion bezeichnet. Beide beanspruchen das gleiche Recht mit demselben unerschrockenen Eifer, den der Kampf geboren hat, beiden schwebt das Ideal vor, die Nation zur geistigen und politischen Einheit hinzuführen; die eine sucht ihren Stützpunkt in der Vergangenheit, in der Vorherrschaft des Dogmas von der alten Vormachtstellung Frankreichs als katholische Schutzmacht der Kirche, die andere in den Errungenschaften der Revolution und der Vorherrschaft der bürgerlichen und geistigen Freiheit. Beide Standpunkte schließen einander vollkommen aus und dulden in ruhigen Zeiten zwischen sich höchstens einen *modus vivendi*, aber zum Frieden zwischen ihnen kommt es nie. Es ist nicht jedermanns Sache, einen Kampf zwischen so grundsätzlichen Feinden wieder zu eröffnen, um so mehr, da man nicht wissen kann, welche Formen er annehmen und welchen Ausgang er haben wird. Es wird auch daraus klar, warum Waldeck-Rousséau, obwohl er alle Macht in seinen Händen zu haben schien, seinen Posten plötzlich verließ. Er sah diesen Kampf, auf den seine Anhänger stürmisch hindrängten, voraus und wollte nicht in demselben sein bei allen Parteien erworbenes Ansehen aufs Spiel setzen. Wenn man Präsident der Republik werden will, setzt man sich nicht der Gefahr aus, als Vorkämpfer eines einseitig radikalen Ministeriums gestürzt zu werden.

Die Kammer im Winter.

Das Ministerium hatte am 1. Oktober beschlossen, die Kammern schon für den 14. einzuberufen, weil ihr außer dem Budget viel Arbeit in Aussicht stand. Für das Budget wurden zwei Hauptmaßnahmen in Aussicht genommen: die neue Regelung der Vorrechte der Eigenbrenner, um Steuerhinterziehungen hintanzuhalten, und die Aufhebung der Zuckerprämien, entsprechend den Beschlüssen der Zuckerkonferenz in Brüssel. Vor der Budgetberatung sollte noch reiner Tisch gemacht werden mit der Ausföhrung des Vereinsgesetzes und allen damit in Verbindung stehenden Angelegenheiten, den Interpellationen und den Ermächtigungsgesuchen der Orden. Am 17. Oktober brachte die Regierung eine Ergänzungsvorlage zum Vereinsgesetz ein, deren Beratung sofort vorgenommen werden sollte. Sie enthielt Strafbestimmungen, die im Vereinsgesetz nicht enthalten waren, was zur Folge hatte, daß die Regierung Polizei und Truppen zur Durchföhrung der Schulschließungserlasse aufbieten mußte. Die Kommission der Kammer erweiterte die Regierungsvorlage auch noch auf Privatpersonen, welche Schulanstalten gegründet hatten, in denen Ordensmitglieder tätig sind. Die Regierung erklärte sich damit einverstanden. Schwierigkeiten machten der Regierung die Ermächtigungsgesuche der Orden, die parlamentarisch erledigt werden mußten. Es lagen allein 61 Gesuche von Männerorden vor, welche die Regierung in Gruppen abgeteilt hatte, damit nicht über jedes Gesuch einzeln beraten werden mußte. Die Beschwerdeschrift von 72 französischen Bischöfen an das Parlament gegen das Vereinsgesetz wurde vom Ministerium dem Staatsrate wegen Mißbrauch der Amtsgewalt überwiesen, weil sie eine unerlaubte „Vereinbarung“ sei. Der „Temps“ fügte weiter hinzu, der Kultusminister habe beschlossen, dem Generalvikar das Gehalt zu sperren, weil er sich zu mehreren Bischöfen begeben habe, um ihre Unterschriften einzuholen. Die ministerielle Mehrheit in der Kammer, der sogenannte „linksrepublikanische Block“ unterstützte das Vorgehen der Regierung in der nachrücklichsten Weise und beschloß u. a., die Wahl der Kommission für die Vorberatung der Ermächtigungsgesuche der Orden gegen den üblichen Gebrauch durch Listenwahl vornehmen zu lassen, wodurch ihr die Mehrheit unbedingt gesichert würde. Trotz des heftigsten Widerstandes der vereinigten Rechten nahm die Kammer am 28. Oktober die Listenwahl mit 296 gegen 256 Stimmen an. Die Mehrheit stellte indes der Rechten eine Anzahl Sitze anheim, was diese unter Führung Ribots ablehnte, da ihr nur acht Sitze gewährt worden waren.

Der „republikanische Block“ setzte seine Taktik gegen die Minorität auch bei der Wahl der großen Kommissionen der Kammer fort und brachte es durch stramme Parteidisziplin dahin, sich auch in diesen eine überwältigende Mehrheit zu sichern. Die Rechte entrüstete sich vergeblich darüber. Nach einer Entscheidung des Staatsrats über die Ordensgesuche wollte der Ministerrat nur für fünf Gesuche von Männerorden die Genehmigung bei der Kammer nachsuchen, die übrigen sollen zurückgewiesen wer-

den. Der Senat nahm die Regierungsvorlage über die Ergänzung des Vereinsgesetzes am 2. Dezember mit der von der Deputiertenkammer beschlossenen Erweiterung mit 165 gegen 75 Stimmen an. Der Staatsrat hatte entschieden, daß die Eingabe der Bischöfe ein Amtsmißbrauch sei, und der Minister rat beschloß, diese Entscheidung in allen Diözesen öffentlich anschlagen zu lassen, von weiteren disziplinarischen Maßregeln aber abzusehen. Der Entscheidung des Staatsrates folgte ein Urteil des Kompetenzkonfliktgerichts über mehrere Prozesse, welche angeblich weltliche Eigentümer von unter Siegel gelegten Ordensniederlassungen angestrengt hatten. Die Appellhöfe in Rennes und Lyon hatten den Klägern Recht gegeben und die Versiegelung als widerrechtlich erklärt. Der Kompetenzgerichtshof hob diese Urteile auf, erklärte die Gerichte nicht für zuständig und erkannte, daß derartige Klagen vor den Staatsrat gehören. Alle diese Entscheidungen in der Kammer, im Senat, im Staatsrat und im Kompetenzkonfliktgerichtshof hatten der Regierung die Macht gegeben, nun mit der vollen Schärfe des Gesetzes vorzugehen, hatten aber auch die Erbitterung der parlamentarischen Minderheit bis zur Raserei gesteigert. Diese führte in der Schlußsitzung der Kammer am 6. Dezember zu einer allgemeinen Rauferei. Der Anlaß dazu bildete freilich nicht das Vereinsgesetz, sondern die Betrugsaffäre Humbert. Der Interpellant Gauthier behauptete, die Flucht der Familie Humbert sei durch angesehenere Persönlichkeiten erleichtert worden und der Abgeordnete Binder warf dem Justizminister Vallé vor, er habe den Richter Lemercier abgesetzt, weil er befürchtete, daß dieser die Familie Humbert verhaften lassen werde. Auf die Antwort Vallés ging der Tumult los, alle Parteien kamen in lebhaftere Erregung, man schrie und bedrohte sich gegenseitig. Deputierte zertraten sich an den Kleidern, packten einander an der Gurgel und bearbeiteten sich mit Händen und Füßen, zwischen dem nationalistischen Deputierten Syveton und dem Minister Vallé kam es auf der Tribüne zu heftigen Tätlichkeiten, unten prügelten sich die Deputierten, oben auf den Galerien die Zuschauer. Der Präsident Bourgeois bedeckte sein Haupt und die Galerien wurden geräumt. Nachdem die Ruhe hergestellt worden war, wurde die Sitzung wieder eröffnet. Die Kammer sprach dem Ministerium mit zweihundert Stimmen Mehrheit ihr Vertrauen aus und dann verlas Ministerpräsident Combes das Dekret, durch welches die Kammer geschlossen wurde.

Die Affäre Humbert.

Seit dem Mai wurde ganz Frankreich von einer Schwindlergeschichte in Atem gehalten, die in ihrem Umfang einzig in ihrer Art dasteht. Die Geschichte beginnt in den Siebzigerjahren, wo angeblich ein steinreicher Engländer, Mr. Henry Robert Crawford vor dem Hause der Frau Daurignac stürzte, sich verletzte und von den Damen Daurignac gepflegt wurde. Sonst weiß man von Crawford nichts. Als dann die älteste Tochter Therese den Sohn des Abgeordneten Humbert,

der sogar Justizminister gewesen war, und ihr Bruder Romain Daurignac Fräulein Humbert geheiratet hatte, rückte Frau Humbert plötzlich mit der Mitteilung heraus, Crawford, der 1883 gestorben sei, habe sie durch Testament vom Jahre 1877 zur Universalerin seines mehr als 100 Millionen betragenden Vermögens eingesetzt. Darauf wußte sie große Darlehen zu erlangen. Später erzählte sie plötzlich, es seien zwei Neffen Crawfords aufgetaucht, die ihr die Erbschaft streitig machten, und zu den kostspieligen Prozessen brauche sie wieder Geld, viel Geld, und sie erhielt es auch, denn die Erbschaft lag in einem versiegelten eisernen Schranke in ihrem Pariser Schlosse. Nun wurden jahrelang mit den Crawfords Prozesse auf Prozesse geführt, die wohl immer günstig für Therese Humbert ausfielen, aber den Testamentsstreit nicht zu Ende brachten. Man interessierte sich für die reiche Erbin und ihr merkwürdiges Schicksal, denn sie war so gewandt, bezaubernd liebenswürdig und zuvorkommend, daß ihr selbst die vorsichtigsten Geschäftsleute zu Diensten waren. In ihrem gastlichen Hause in Paris verkehrten Minister und hohe Beamte, ja fast die ganze feine Welt der Hauptstadt. Millionen strömten ihr zu, sie kaufte Schlösser und Villen und gründete Wohltätigkeitsanstalten. So hatte sie von großen Bankinstituten wie von kleinen Industriellen und Kapitalisten Darlehen im Betrage von 60 Millionen aufgenommen, einzelne drängende Gläubiger durch Zahlungen aus neugeliehenen Geldern getröstet.

Das ging so bis zum Anfang Mai. Einer ihrer kleineren Gläubiger, ein Herr Cattini, der nur eine Million zu fordern hatte, verlor schließlich wie schon mancher andere den Glauben an das Vorhandensein der Millionen und beantragte, das Gericht möge die Verwaltung und Aufbewahrung des Millionenvermögens anderen Händen als denen der Humberts anvertrauen. Diese gingen von ihrem Pariser Hotel für wenige Tage auf ihr Landgut und versicherten, sie würden in wenigen Tagen bei der Eröffnung der Kasse mit ihrem Testament Crawfords zurück sein. Aber sie kamen nicht wieder, und als man am 5. Mai den eisernen Schrank gerichtlich öffnete, enthielt er ein leeres Schmuckkästchen und Briefumschläge, aber kein Geld. Nun kam der Schwindel zu Tage, alle Welt wunderte sich, wie so etwas möglich gewesen war. Der Anwalt Parmentier in Havre, der die angeblichen Crawfords vertreten hatte, wurde verhaftet, die Humberts wurden nach allen fünf Weltteilen verfolgt, aber nirgends gefunden, und die Gerüchte, daß man sie nicht finden wolle, weil viele angesehenere Leute viel Geld bei dem Schwindel verdient hätten, wuchsen aus der Erde. Seit dem Panamashwindel war man in Frankreich an dergleichen Dinge gewöhnt. Auch der Rücktritt Waldeck-Roussseau wurde damit in Verbindung gebracht. Er habe seit Jahren gewußt, daß die Legende von der Crawfordschen Erbschaft ein Schwindel sei, und hätte als Ministerpräsident dazwischentreten müssen. Daraus wurde ihm ein schwerer Vorwurf gemacht und daran die Vermutung geknüpft, daß er wohl durch seinen Rücktritt mehr einer Interpellation wegen der Affäre

Humbert, als einer politischen Debatte habe aus dem Wege gehen wollen. Nachdem die Geschichte schon zu dem erwähnten Skandal in der Kammer geführt hatte, entdeckte man die Familie Humbert, die man in der ganzen Welt gesucht hatte, in Madrid, wo die Polizei seit einiger Zeit auf eine Familie aufmerksam geworden war, die sehr zurückgezogen in der Calle de Ferraz wohnte. Nachdem man sich überzeugt hatte, daß es wirklich die Humberts waren, schritt man am 19. Dezember zur Verhaftung, die ohne Widerstand erfolgte. In Paris rief die Kunde große Freude hervor. Nachdem die Auslieferungsförmlichkeiten mit der spanischen Regierung geregelt worden waren, trafen die Verhafteten am 29. Dezember früh in Paris ein und wurden ins Gefängnis gebracht. Auf den Ausgang des Prozesses ist alle Welt neugierig, und böse Zungen behaupten, daß Therese Humbert Enthüllungen machen werde, um sich zu retten oder zu rächen. Bei dem wandelbaren Charakter der Franzosen, namentlich der Pariser, ist es gar nicht ausgefallen, daß sich politische Folgen daran knüpfen.

Heer, Marine und Kolonien.

Wie wir schon kurz erwähnten, steht Frankreich wieder einmal in Bezug auf die Heeresausrüstung an der Spitze der europäischen Armeen. Hatte es im Jahre 1859 durch die gezogenen Geschütze, im Jahre 1870 durch das Chassepotgewehr eine Überlegenheit über seine Gegner in der Bewaffnung erreicht, so jetzt wieder durch die Einführung der Schnellfeuerkanone mit Rohrrücklauf Lafette. Das in diesem Jahre erlassene Artilleriereglement stellt außerdem so bahnbrechende Gesichtspunkte auf, daß beide Neuerungen unumwunden als die wichtigsten Ereignisse auf militärischem Gebiet im Jahre 1902 bezeichnet werden müssen. Im auffälligen Gegensatz zu früheren Zeiten hat der dadurch erzielte Vorsprung fast nirgends in französischen Kreisen die alte Ruhmredigkeit vom Prestige Frankreichs und nicht einmal die noch zuweilen spukende Revancheidee neu zu beleben vermocht. Man betrachtet auch in Frankreich die Armee der allgemeinen Wehrpflicht nur als Verteidigungseinrichtung. Gelegentliche große Worte des Kriegsministers André und anderer vermögen nichts gegen diese Auffassung. Die Frage der zweijährigen Dienstzeit hat in Frankreich schon Ströme von Tinte fließen lassen, in Kammer und Senat ist viel dafür geredet worden, aber eine Lösung hat sie bisher nicht gefunden. Daß aber die zweijährige Dienstzeit dem Lande bevorsteht, ist so gut wie sicher; alle maßgebenden Elemente im Volke wie in der Regierung sind dafür. Vergebens sperren sich die alten erfahrenen Generale aus der kaiserlichen Zeit, Billot, Gallifet, Voisin u. a. dagegen, seitdem das Ministerium Combes die zweijährige Dienstzeit in ihr Programm aufgenommen hat, wird ihre Einführung nicht mehr aufzuhalten sein, einerlei wie lange Combes an der Staatsleitung bleibt. Die hauptsächlichste und wirklich bedenkliche Schwierigkeit für die Durchführung liegt nur in der tatsächlichen Unmöglichkeit, den Friedensstand der Armee mit 575.000 Mann auf-

recht zu erhalten. Man ist schon jetzt bei der Einstellung bis an die Grenze des Möglichen gegangen, es fehlen dazu 50.000 Mann jährlicher Rekruten, auch wenn man den Parisern die Feuerwehr, der Artillerie und dem Geniekorps die Musik und den Spahis in Nordafrika die Franzosen nimmt. Noch kleinere Jungens als von 1,54 m kann man doch wohl nicht einstellen, und alte Kapitulanten sind eben keine Rekruten. Weil man schon alles nehmen muß, sind ohnehin in der französischen Armee die Gesundheitsverhältnisse die schlechtesten von allen Heeren. Nach den in der Kammer gebilligten und im Senat namentlich vom Senator Kolland vertretenen Ansichten will man alle bisherigen Vergünstigungen in der Dauer der Wehrpflicht und die Befreiung vom Dienste gründlich beseitigen, den ihrer Unterhalter beraubten Familien Unterstützungen gewähren und zu allen Nebendiensten in der Armee nicht vollständig Taugliche heranziehen und allen Kapitulanten größere Vergünstigungen gewähren.

Während England die größten Anstrengungen macht, seine Flotte allen Marinen der Welt überlegen zu erhalten, dagegen im Verständnis für die Armee keine Fortschritte macht, ist in der französischen Republik das Umgekehrte der Fall. Für die Armee macht man die rücksichtslosesten Aufwendungen an Menschen und Geld, die Flotte geht unaufhaltsam zurück. Man sucht einen Ersatz für die schwindende Angriffsfähigkeit in den auf die Verteidigung berechneten Unterseebooten, die man in anderen Marinen noch mit sehr zweifelnden Augen ansieht — Deutschland z. B. will sich noch nicht einmal zu Versuchen damit entschließen —, während man in Frankreich, wegen des „wünschenswerten Vorsprungs vor anderen Seemächten“, bereits 47 Unterseeboote besitzt. Ein Bericht des Marinepräfecten von Toulon, des Vizeadmirals Bonnière de Beaumont, schildert den Zustand sämtlicher französischer Marinearsenale, die zumeist noch aus der Zeit Ludwigs XIV. stammen, und der Kohlenstationen als gänzlich ungenügend. Wie wenig Verständnis man in Frankreich diesen Dingen gegenüber besitzt, wird am hellsten durch die Tatsache beleuchtet, daß man den alten Journalisten Pelletan zum Marineminister gemacht hat. Dieser hat viel Auffälliges geredet, aber noch nichts Nützliches getan. Reden sind freilich nur blinde Kanonenschüsse, die laut donnern, bei denen aber die Wirkung ausbleibt. So hat auch Herr Pelletan sein Pulver verknallt, weithin vernahm man den Donner, aber niemand ist erschrocken. Bemerkenswert war nur die Taktlosigkeit, mit welcher er die nationalen Empfindlichkeiten anderer Völker verletzte.

Die bedeutendste Leistung der französischen Republik ist unstreitig die Schöpfung eines förmlichen Kolonialreichs, das 1870 nur in seinen Anfängen vorhanden war und das alte Vorurteil, Frankreich verstehe nicht zu kolonisieren, Lügen straft. Freilich werden die Franzosen in ihren Kolonien wirtschaftlich von anderen Nationen überflügelt, weil sie keine starke Auswanderung haben. Wegen der Vernachlässigung der Flotte ist der Einfluß Frankreichs im Mittelmeer stark gesunken; in Ägypten ist es von England vollkommen verdrängt

worden, seine frühere Stellung in Kleinasien ist auf einen Schemen herabgesunken, die Ansprüche auf Tripolis hat es an Italien abgetreten. Große Mißstimmung rief in Frankreich der am 7. Oktober vom Minister des Auswärtigen, Delcassé, abgeschlossene Vertrag mit Siam hervor, der übrigens keineswegs so ungünstig ist, wenn er auch Siam manche Zugeständnisse macht. Er soll einen Interessenstreit zwischen dem französischen und siamesischen Volk begleichen, der leicht zu kriegerischen Verwicklungen hätte führen können. Man wirft Delcassé vor, er habe französisches Gebiet gutmütig verschenkt, und der Abgeordnete für Kochinchina, Deloncle, behauptet, die Einführung der Goldwährung in Siam sei ein wirtschaftlicher Staatsstreich von den schwersten Folgen für die Finanzen in Hinterindien. Die Kammer ist in der Mehrheit gegen den Abschluß des Vertrages, und in der großen Kommission der Kammer für auswärtige Angelegenheiten wurde Deloncle mit großer Mehrheit zum Vorsitzenden gewählt.

Die Arbeiterbewegungen.

Das Jahr 1902 brachte neben den in der Gegenwart üblichen kleinen Streiks lokaler Natur auch einige größere Arbeiterausstände, die ihren Grund vornehmlich in der politischen Entwicklung des Landes hatten. Das Ministerium Waldeck-Rousseau, das bei der Beseitigung des Dreyfushandels auch der Unterstützung der Sozialisten bedurfte und darum zwei sozialistische Mitglieder in seinen Reihen zählte, hatte sich während seiner fast dreijährigen Dauer bei allen Streikbewegungen ebenso zurückhaltend gezeigt, wie alle früheren Kabinette, aber die sozialistischen Forderungen immer mit sichtlichem Wohlwollen behandelt. Dem Handelsminister, dem Sozialisten Millerand, wurde gestattet, sich den Arbeitern durch mehrere Dekrete, die u. a. die Arbeitsräte ins Leben riefen, gefällig zu erweisen.

Die Arbeiter wollten aber für die Unterstützung, die sie dem Ministerium so lange unverdrossen geleistet hatten, etwas Reelles sehen, und die Bergarbeiter des Loirebeckens stellten schon im Januar den allgemeinen Ausstand in Aussicht. Da das neue Ministerium Combes noch weniger geneigt schien, ernst auf die Forderungen der Sozialisten einzugehen und seine ganze Kraft auf die Bekämpfung des Klerikalismus legte, und weil es dem Generalsekretär des Bergarbeiterverbandes Cetté eine diesen nicht befriedigende Antwort erteilte, so begann Anfang Oktober im nördlichen Grubengebiet ein Aufstand der Kohlenarbeiter, der zwar zeitweise einen großen Umfang erreichte, aber zum Scheitern verurteilt war, weil sich zwei Arbeitersyndikate entgegenarbeiteten und etwa die Hälfte der Bergarbeiter neutral blieb, weil sie bei früheren Ausständen schlechte Erfahrungen gemacht hatten. Gerade, wo es früher am tollsten hergegangen war, blieb es diesmal am ruhigsten. Da der Streik schon lange angekündigt worden war, hatten sich auch die Verbraucher rechtzeitig mit Kohlen versehen. Das Interessanteste war dabei, daß hier Anhänger des Ministeriums eigentlich die Geschäfte der nationalistischen Opposition besorgten. Das Ministerium gab sich entschiedene Mühe um die Beilegung des Streiks, Anfang November fällten die Schiedsrichter ihren Spruch, der einige Forderungen der Arbeiter für gerechtfertigt erklärte, und die Arbeiter kehrten nach und nach in die Gruben zurück. Der Ausstand mit diesem Ausgang hat dem Ansehen der politischen Arbeitersyndikate stark geschadet. Ende November traten in Marseille die „eingeschriebenen“ Hafensarbeiter in den Ausstand, dem sich auch die anderen Hafen- und Dockarbeiter anschlossen und der in Havre Nachfolge fand. Die Folge davon war, daß jeglicher Handelsverkehr in Marseille vollständig aufhörte. Auch hier leitete das Ministerium Versöhnungsversuche ein, und von Mitte Dezember an ging die Bewegung zurück, da die Ausständigen ihre Kraft erschöpft hatten.

Großbritannien.

Das Ende des Burenkrieges. * England bis zum Friedensschluß. * Die Königskrönung. * Der Ministerwechsel. * Greater Britain. * Die zweite Parlamentsession. * Heer und Flotte. * Die Burenführer in Europa. * Südafrika.

Das Ende des Burenkrieges.

Der Zwiespalt zwischen Engländern und Buren ist alten Datums. Die Buren saßen über 150 Jahre in der Kapkolonie, da kamen 1806, nachdem Napoleon das Königreich der Niederlande vernichtet hatte, die Engländer und erklärten das Land für englisches Besitztum. Aus wirtschaftlichen Gründen zog die Mehrzahl der Buren aus der Heimat weg nach Norden, aber wo sie sich auch niederließen, folgten ihnen die Engländer, die behaupteten, die Buren seien nach wie vor englische Untertanen, die keinen eigenen Staat gründen könnten. Diese Anschauung haben sie auch bis heu-

tigen Tages nicht aufgegeben, obgleich sich die Buren verschiedene Male erfolgreich mit den Waffen gewehrt hatten und sogar 1877 die Anerkennung ihrer Unabhängigkeit zugestanden erhielten mit der einzigen Beschränkung, daß sie ohne englische Genehmigung keine Verträge mit dem Ausland abschließen dürften. Jetzt haben sie in einem schweren und von ihren besseren Elementen mit unglaublicher Hartnäckigkeit geführten dritthalbjährigen Kriege die Unabhängigkeit vollständig eingebüßt und müssen sich in die Rolle englischer Untertanen einzuleben suchen. Ihr Kampf hat allgemeine Sympathie gefunden, wie sie stets dem Schwächeren im Kampfe mit einem übermächtigen Gegner zur Seite

stehen, jedoch die lärmende Burenfreundschaft, die in Wirklichkeit aber nichts als starker Engländerhaß war, hat ihnen nichts genügt, eher Schaden gebracht, indem ihnen dadurch ein ganz falsches Bild der politischen Lage und ihrer Aussichten vorgegaukelt wurde. Während gerade den wenigen tausend Helden, die in Elend und Gefahr hartnäckig vor dem Feinde standen, die letzte Kraft ausging, weil sie Weib und Kind verderben sahen, da hoffte die Burenlegation in Europa noch auf einen Erfolg. Ganz unrecht hatten sie freilich auch nicht, denn sie wußten, daß England den opferreichen Krieg nicht noch Jahre hindurch weiter führen könne, der Ersatz an Menschen fehlte schon vollständig und schließlich nahmen auch die englischen Millionen ein Ende.

Von den Ereignissen des Guerillakrieges im Monat Januar ist zu berichten, daß die Engländer auf einem nächtlichen Streifzug am 25. in einer bei Leydenburg gelegenen Farm, wo sie einen anderen Führer Hindon zu erwischen hofften, den Freischarenführer Ben Viljoen mit zwei Adjutanten ergriffen, einen der unverföhnlichsten unter den Burenhäuptern, der ihnen in dem Bezirk zwischen Prätoria und Middelburg viel zu schaffen gemacht hatte. In Graaff-Reinet in Kapland wurde am 19. auf Befehl Lord Kitcheners der geschickte Kommandant Gideon Scheepers erschossen, den man verwundet gefangen hatte. Er war Bürger des Oranjerestaates, wenn er auch aus der Kapkolonie stammte. Am 18. wurde in London der ehemalige Gouverneur von Johannesburg, Dr. Krause, der auf Ehrenwort freigelassener Bürger von Transvaal war und seit einem Jahre in Europa, meist in London, lebte, wegen Versuchs der Aufreizung zum Morde zur höchsten Strafe, zwei Jahren Gefängnis, verurteilt. Er hatte mit dem am 20. September wegen Spionage in Johannesburg erschossenen früheren Staatsanwalt Dr. Broekma in brieflichem Verkehr gestanden, dabei stark über die Engländer geschimpft und mehrfach geraten, man möge einen gewissen Forster, der ein sehr zweifelhafter Mensch und im Dienst bei dem Johannesburger Kommandanten gegen die Buren sehr tätig war, auf „legalem“ Wege beiseite schaffen. Am 28. Januar hatte der niederländische Ministerpräsident Dr. Kuyper auf Veranlassung der Königin Wilhelmine der englischen Regierung einen Vorschlag zur Friedensvermittlung gemacht, der höflich abgelehnt wurde. Im Februar ging es wieder lebhafter zu. Die Engländer veranstalteten drei große Kesseltreiben gegen den unermüdlichen De Wet und drängten ihn gegen die Blockhauslinien, die er aber in der Nacht vom 11. zum 12. zwischen Kronstad und Lindley durchbrach. Ein ähnliches Manöver vollzog sich in der Nacht vom 19. zum 20. an der Blockhauslinie Frankfort-Vrede bei Tweefopjes. In beiden Fällen benutzten die Buren Viehherden zum Durchbruch. De Wet stand nun wieder in dem nach Kitcheners Bericht von ihm „gefäubern“ Gebiete. Am 25. fand ebenfalls an der Blockhauslinie Frankfort-Vrede ein neuer Durchbruch statt, bei welchem die Engländer 60 Mann Verlust hatten. Am 25. wurde ein leerer Transport, der von einer Abteilung der

Kolonie des Generals v. Donop begleitet wurde, überfallen und weggenommen. „Die Verfolgung der Buren wurde aufgenommen,“ fügte der englische Bericht hinzu. Von den Engländern waren aber 16 Offiziere mit 461 Mann gefangen genommen worden, von denen 1 Offizier und 105 Mann von den Buren wieder freigegeben wurden, die Zahl der britischen Toten wurde auf 120 „geschätzt“, später auf 176 angegeben. Die englischen Blätter waren ebenso aufgebracht über die schimpfliche Niederlage wie über die erbärmliche Berichterstattung.

Die drei Treiben im Osten gegen De Wet hatten nicht zu dessen Gefangennehmung geführt, noch schlimmer ging es bei dem Kesseltreiben, das im Westen Ende Februar unter Lord Methuens Oberleitung gegen Delarey in Szene gesetzt wurde. Wie dieser der Kolonne Donop soeben mitgespielt hatte, ist schon erwähnt worden. Man wußte, daß er sich nordwestlich von Klerksdorp, bei Hartbeestfontein, aufhielt, und ging mit vier großen Kolonnen gegen ihn vor, um ihm den Rückzug nach dem offenen Westen zu verlegen und ihn gegen die östlichen Blockhauslinien zu drängen. Man merkte aber bald, daß sich wohl Kemp, Liebenberg und Potgieter, nicht aber Delarey in dem umstellten Gebiete befand. Liebenberg und Kemp wußten die Engländer zu täuschen und durch ihre Lücken hindurchzuschlüpfen. Von Delarey merkte man nichts. Ganz unerwartet teilte dann der Kriegsminister Brodric am 10. März im Unterhause in London eine Depesche Kitcheners mit, laut welcher Lord Methuen am 7. in der Nähe von Freebosch von Delarey angegriffen worden und verwundet in Gefangenschaft geraten sei, ebenso Major Paris. Die Engländer hätten an Toten 3 Offiziere und 38 Mann, an Verwundeten 5 Offiziere und 72 Mann verloren, ein Offizier und 200 Mann würden vermisst. Die Buren sollten auch vier Geschütze genommen haben. Die Fassung der Hiobspost ließ vermuten, daß sie noch nicht die ganze Wahrheit enthielt, was sich auch bestätigte. Über dieses merkwürdige Gefecht, das letzte größere in diesem Kriege und vielleicht des Burenvolkes überhaupt, wollen wir hier den Bericht des „Standard“ sprechen lassen, der zwar offenbar auch sehr zu Gunsten der Engländer gefärbt ist, aber immerhin eine klare Darstellung der Vorgänge bei der Gefangennahme Lord Methuens bringt: „Methuen erblickte die Burenreiterei um fünf Uhr morgens vier englische Meilen hinter seinem Nachtrab. Er erkannte sie sofort als Buren. (Von Khakuniformen oder Verätereien, wie sonst in englischen Berichten, erwähnt der Berichterstatter kein Wort.) Drei Meilen entfernt, formierten sich die Buren in fünf Linien in offener Ordnung und galoppierten direkt auf den Nachtrab los. Auf 1400 Meter eröffnete der Nachtrab Gewehr- und Granatenfeuer. Die Buren erwiderten mit heftigem Feuer und stürmten vorwärts, Hurra rufend und ihre Gewehre schwingend. Ihr Zentrum kam direkt entgegen, ihre Flügel schwenkten sich um beide Flanken. Sie zeigten äußersten Mut und Entschlossenheit, so daß viele mitten in den Schutzhügel der Kolonne hineinritten. Als Me-

thuen den Ernst der Lage erkannte, sandte er eine Abteilung Reiterei zur Unterstützung der Nachhut ab. Diese hielten den Ansturm der Buren nur vorübergehend auf. Die Buren, welche sich mit einer Tapferkeit benahmen, die man nicht zu rühmen unterlassen kann, kamen abermals heran, ohne auf das schwere Feuer zu achten. Um halb sieben Uhr wurde der Hauptangriff auf die rechte Flanke und den Nachtrab entwickelt. Die auf der Linken aufgestellten Geschütze der 38. Feldbatterie schleuderten ein verheerendes Feuer gegen den heranrückenden Feind. Die Infanterie, welche zur Unterstützung der Geschütze auf der Rechten abkommandiert war, focht mit der größten Disziplin. Anders jedoch die Reiterei der Nachhut. Entnervt durch den todesmüthigen Ansturm der Buren, rissen sie geradezu aus, in blinder Panik, nur die berittene Kapopolizei, die fünfte Neomanry und einige kleine Abteilungen hielten mutig stand; der Rest ging in Verwirrung und zuchtlos auf der eigenen Strecke davon. Sie ließen die Geschütze unbedeckt, die Artilleristen fielen auf ihrem Posten. Es erfolgte dann der Rückzug in einen Kraal. Methuen übergab Major Paris das Kommando und ritt zu den Geschützen auf der Rechten, wo er verwundet wurde. Die Geschütze waren zum Schweigen gebracht, die Infanterie und der Rest der Reiterei langsam zum Rückzug in den Kraal gezwungen, der jetzt umzingelt und unhaltbar wurde. Nur ein Mittel blieb, nutzlose Verluste zu verhindern: die Übergabe.“

Am 14. März traf eine Depesche Kitcheners in London ein, nach welcher Lord Methuen in Klerksdorp eingetroffen war, DeLarey hatte ihn freigelassen. Von dieser Zeit an hörte der eigentliche Krieg auf, es kam zwar noch eine Reihe kleiner Zusammenstöße vor, doch von irgend welcher Bedeutung war keiner. Um die Mitte des Monats verbreiteten sich Friedensgerüchte, über deren Ursprung man im unklaren war. Man riet auf eine Vermittlung Methuens, auch auf die direkte Einwirkung des Königs Eduard, der zur Krönung Frieden haben wollte. Die Ursache war eine andere. Die holländische Note vom 25. Januar, die England abgelehnt hatte, war am 15. März von Kitcheners an Schaalk Burger abgeschickt worden, und damit begannen jene Überredungskünste, denen schließlich der naive Sinn der Burenführer, da ihnen nichts zu Gebote stand, sich über den wahren Sachverhalt außerhalb des Kriegsschauplatzes zu unterrichten, unterlag. Die Engländer wußten sehr wohl, warum es nicht gut sei, mit Krüger und den in Europa anwesenden Vertretern der Burenrepubliken zu unterhandeln. Am 17. März trafen Mitglieder der Transvaalregierung mit Schaalk Burger an der Spitze in Belfast ein, um mit Kitcheners eine Besprechung über die Friedensverhandlungen zu haben. Es wurde vereinbart, daß sich die Transvaalregierung zu diesem Zwecke ungehindert mit der Regierung des Oranjesfreistaates in Verbindung setzen solle. Auch diese Anknüpfung ergab ein günstiges Resultat, nur dauerte es lange, da die Verbindung schwer herzustellen war und die Führer benachrichtigt werden mußten. Schon fing man an, einen günstigen Erfolg zu bezweifeln, da teilte Lord Balfour am

14. April im Unterhause in London unter Beifall mit, es sei durch Kitcheners am 12. der Regierung eine Botschaft der Burenführer zugegangen und sofort beantwortet worden. Die Regierung erwarte weitere Nachrichten. Bald wurde bekannt, es sei vereinbart worden, daß am 15. Mai in Vereeniging aus jeder der beiden Burenrepubliken dreißig Vertreter zusammenkommen sollten, um über die Friedensbedingungen zu beschließen. Vereeniging liegt am Vaalsfluß, an der Grenze der beiden Republiken, und steht in Verbindung mit dem ganzen Eisenbahnetz des Landes. Bei den Besprechungen, die am 14. und 15. April zwischen den Vertretern der beiden Republiken mit Kitcheners und Milner stattgefunden hatten, war zunächst die Frage der Unabhängigkeit fallen gelassen worden, auch wurde den Buren abgeschlagen, die Waffen behalten zu dürfen, dagegen erklärten sich die englischen Vertreter bereit, ihnen in der Frage der Entschädigung für die niedergebrannten Farmen weiter entgegenzukommen und auch gegen die Kaprebellen gelinde vorzugehen. Über die zukünftige Volksvertretung wurde nichts bestimmt. Die Verhandlungen kamen zum Stillstand, weil Schaalk Burger und Steijn, der am wenigsten zum Nachgeben bereit war, erklärten, sie hätten keine Vollmacht.

Am 15. Mai traten in Vereeniging die Delegierten zusammen, nur Steijn fehlte wegen Krankheit. Für die Dauer der Verhandlungen war ein Waffenstillstand proklamiert worden. Die Besprechungen fanden in einem großen Zelte statt, in welchem die Buren allein waren. Klugerweise enthielten sich die Engländer jeder Beteiligung und persönlichen Einmischung, was auf die mißtrauischen Buren einen ungünstigen Eindruck gemacht hätte. Aufzeichnungen über die Verhandlungen sind nicht geführt worden. Nach zuverlässigen Meldungen gab es drei Parteien: eine war für Fortsetzung des Krieges, eine zweite für Niederlegung der Waffen ohne jedes Abkommen, die dritte betonte mit Rücksicht auf die Not der etwa 6000 zählenden, in Burenkommandos und in den englischen Linien hilflos umherirenden Frauen und auf den Mangel an Lebensmitteln bei den Kommandos unter Botha die Notwendigkeit eines förmlichen Friedensschlusses. Am die Einigkeit zu wahren, einigte man sich am 30. Mai auf den letzteren Standpunkt und am 31. wurde in Pretoria von sechs Burenführern sowie von Kitcheners und Milner das Friedensprotokoll unterzeichnet. Die Friedensbedingungen lauteten auf Waffenstreckung und Anerkennung des Königs von England als Souverän; alle außerhalb der beiden Burenstaaten im Felde stehenden oder gefangenen Bürger beider Staaten können ungestraft zurückkehren, sobald sie sich England unterwerfen, außer in Fällen, wo Handlungen vorliegen, die den Kriegsgesetzen widersprechen; solche Vergehen sollen vor einem Kriegsgericht verhandelt werden. Außerdem waren noch Abmachungen getroffen worden über gelinde Bestrafung der Kaprebellen, denen das Wahlrecht entzogen werden sollte, während die Führer von den gewöhnlichen Gerichten abgeurteilt werden sollten.

So sehr alle Welt erfreut war über den Friedensschluß, so sehr wunderte man sich über die



Aus dem Lager gefangener Buren auf Ceylon: In einer Schlafbaracke.

Friedensbedingungen sowie auch darüber, daß von Krüger dabei gar nicht die Rede gewesen war. Über die Gründe, welche die Burenführer, deren Lage man gar nicht für so aussichtslos gehalten hatte, zur Annahme dieser Bedingungen bewogen hatte, wurde bekannt, daß bei einigen Kommandos die Not allerdings einen hohen Grad erreicht hatte, daß die Sterblichkeit der Frauen und Kinder in den Konzentrationslagern wie außerhalb derselben ungeheuer groß war, daß die Anwerbung von verräterischen Buren (National Scouts), die alle Verstecke und Schlupfwinkel ihrer Landsleute kannten, die Verteidigung immer schwieriger machte, und daß schließlich die Engländer die Kaffern mit modernen Gewehren gegen die Buren ausgerüstet hatten. Letztere Maßregel dürfte sich an den Engländern noch einmal furchtbar rächen. Daß die Burenführer ein Schriftstück unterzeichnet hatten, welches die Bestimmung des Zeitpunktes, an welchem die ihnen gemachten Zugeständnisse erfüllt werden sollen, dem Ermessen der englischen Regierung anheimgibt, während über wichtige Fragen nur mündliche Versprechungen vorlagen, war auffällig genug. Da mußte man wirklich an die Abstammung der Buren von den Deutschen glauben, von deren politischer Begabung schon der alte Sebastian Brandt gesagt hat: „Im Kriege weichen sie niemandem, den Sieg der Weisheit lassen sie leicht anderen Völkern.“ Auch in den Burenkreisen wurde der Friedensschluß nicht allgemein mit Befriedigung aufgenommen, doch fügte man sich schweigend. Die Führer bemühten sich persönlich, bei ihren Leuten die widerwärtige Waffenstreckung durchzuführen. Schaik Burger und Louis Botha erließen einen offenen Brief an die Buren, in dem sie den hohen Mut, den sie gezeigt haben, und ihre tapferen Taten im Felde würdigen und sie auffordern, jetzt allgemein mitzuwirken an der sozialen und geistigen Entwicklung des Landes, und der neuen Regierung aufrichtigen Gehorsam zu erweisen. Auch in der Kapkolonie folgte man dem Beispiele der beiden Burenstaaten, und ein Führer ergab sich nach dem anderen. So wiederholte sich die bekannte Erscheinung in fast allen Volkskriegen, daß die hochgespannte Kraft im kürzesten Zeitraum zum Versiegen kommt. Es ist nachträglich von verschiedenen Buren Kritik an dem Vorgehen der Führer geübt worden, die in die Zeitungen gekommen ist und bis zu Andeutungen von Verrat geht. Solche Renommisten hinterher hat es allerorten und zu allen Zeiten gegeben. Alle diese Leute sind eben nicht in Vereenigung gewesen und wissen nicht, was sich in den Herzen jener wackeren Männer, die doch alle schon dem Tode vielfach ins Auge gesehen hatten, bewegt hat. Sie mögen die Lage nicht politisch klug ausgenützt haben, aber schmähen soll man sie nicht.

Als weitere mit dem Kriege in Verbindung stehende Ereignisse seien noch folgende erwähnt: Während der ersten Vorbereitungen über den Frieden starb in Kapstadt Cecil Rhodes, einer der Hauptschuldigen an den südafrikanischen Wirren. Wenige Tage darnach wurde der Burenführer Krüger, den die Engländer nur gefangen hatten, weil er beim Durchbrechen einer Blockhaus-

linie im Kaplande einen verwundeten Kameraden nicht im Stich lassen wollte, freigesprochen. Er war derselben „Verbrechen“ schuldig, wegen deren Lotter und Scheepers erschossen worden waren, aber jetzt wurde er vom englischen Kriegsgericht freigesprochen, und die Engländer hatten selbst Freude darüber. So hatten sich in wenigen Monaten die Anschauungen geändert. Am 3. April wurden dagegen vom Kriegsgericht in Pietersburg die „australischen“ Leutnants Hancock und Morant wegen Mordes verurteilt und erschossen. Die beiden waren eigentlich weder „Australier“ noch Offiziere, sie gehörten einem der aus angeworbenen Gesindel bestehenden Truppenteile an, die man verschieden benannte, um sie untereinander und von dem regulären Militär zu unterscheiden. Jetzt entledigte sich man solcher Elemente gern wieder. Nach dem Friedensschluß verließ Kitchenier den Schauplatz seines nicht immer sympathischen Wirkens in Südafrika, er traf am 12. Juli in England ein und wurde überaus gefeiert. Am nächsten Tage kehrte Lord Methuen als invalider Soldat aus dem Burenkriege zurück. In Southampton wurde er begrüßt, sah aber blaß und schwach aus und wurde ans Land getragen. Bei seinem Landgute Consham verließ er den Zug und humpelte auf Krücken seinem Wagen zu. Merkwürdig benahm sich General Buller, der sich durchaus wegen seiner Haltung während der Kämpfe am Tugelaflusse vor der Öffentlichkeit rechtfertigen wollte und auf die Veröffentlichung der betreffenden Befehle und Depeschen drängte. Als diese endlich erfolgte, vermochte man um so weniger seinen Geisteszustand bei und nach Colenso zu begreifen. Er war von seinen Vorgesetzten immer noch gedeckt worden, hatte eben noch erst das neue Korpskommando in Aldershot erhalten, aber wer sich selbst in solcher Weise das Urteil spricht, dem kann auch die geschickteste Verteidigung der Freunde nicht helfen.

Der Frieden hatte dem Sieger zwei neue „Besitzungen“ gebracht. Aber das war nicht die Hauptsache. Das letzte Nachspiel des zweihundertundfünfzigjährigen Kampfes zwischen Angelsachsen und Niederländern hatte mit dem Sieg Englands geendet, trotz der leidenschaftlichen Sympathien Europas für die Buren, trotz aller Ausbrüche des Hasses gegen England. Ein Verdienst des englischen Volkes war es dabei, daß es in seiner großen Mehrheit trotz der Mängel des Heerwesens und seiner Führung doch unerschütterlich blieb, weil es Verständnis für eine entschlossene, auf große Ziele gerichtete Politik besaß. Dieser Patriotismus kann nicht minder als Vorbild dienen, wie die männliche Tapferkeit der Buren. Die Gesamtkosten des Krieges beliefen sich auf 222,979.000 Pfund Sterling (4 $\frac{1}{2}$ Milliarden Mark), dreimal so hoch als die Kosten des Krimkriegs, höher als die Kriegsschädigung Frankreichs an Deutschland. Die Kriege fordern immer mehr Opfer an Geld und Blut. Die offizielle Verlustliste des englischen Kriegsministeriums vom 1. Oktober 1901 ergab einen Gesamtverlust von über 75.000 Mann, von denen etwa 55.000 Mann als dienstunfähig nach Hause geschickt worden waren. Der ganze englische Verpflegungsstand für Heer und Nachschub vom 1. August 1899 bis 1. Mai 1902

ergab zusammen 448.435 Mann. Größer als alle Verluste war die politische Einbuße. In Persien, Afghanistan, Marokko und China ist England, während es in Südafrika festgelegt war, von Rußland zurückgedrängt worden und hat seine Vorherrschaft im Nangtsegebiet mit Deutschland teilen müssen. Der heldenmütige Kampf der Buren gegen eine ungeheure Übermacht hatte für viele aus ihnen ein Idealvolk gemacht, welches Bild aber unter dem Eindruck ihrer eigenen Darstellungen zu erblichen beginnt. Ja, wären die 50.000 Gewehre, auf die sie es hätten bequem bringen können, von vornherein jederzeit zur Stelle gewesen, so hätte es den Engländern kaum gelingen mögen, das Land zu gewinnen. Aber es ist wohl nie mehr als der vierte Teil zugleich vor dem Feinde gewesen. Helden waren nur die wenigen tausend Mann, die mit De Wet, De La Rey u. a. immer kampfbereit waren und schließlich ihre Verluste durch Scharen von Kapholländern ausglich, doch die anderen waren gerade solche Drickeberger, wie sie in anderen Völkern auch vorkommen. Ein kriegerisches Volk muß, um einen endgültigen Sieg zu ersehnen, eine gute militärische Schule und auf der Höhe der Zeit stehende Führer haben, die auch Offensivgedanken hegen, denn nur diese führen zum dauernden Erfolg. Alles dieses ging den Buren ab, denen nur heiße Vaterlandsliebe, ausgezeichnete Schießfertigkeit, Abhärtung und musterhafte Benutzung des Terrains zur Seite stand, wozu man unsere Truppen erst mit der größten Mühe erziehen muß. Die Feldherrngabe, die De Wet, De La Rey und die weniger genannten Führer in den Guerillakämpfen bewiesen, war erst eine Frucht des Krieges, Joubert und Cronje vermeinten mit der Strategie der Bibel auskommen zu können. Das militärische Interesse an diesem Kriege liegt darin, daß zum ersten Male in größerem Umfang Waffen zur Verwendung kamen, die die hochentwickelte Technik der letzten Jahrzehnte hergestellt hat, daß das Schnellfeuer des Kleinkalibrigen Mehrladers und das Feldgeschütz mit Federsporn und Bremse zum ersten Male auf dem rauchfreien Schlachtfeld in Tätigkeit kamen. Jetzt wird von allen denkenden Militärs eifrig studiert und erwogen, welche taktischen Formen aus der veränderten Waffenwirkung hervorgehen müssen. Das wird von gewissen Leuten als „Burentaktik“ ausgegeben. Eine solche ist nie beobachtet worden, weil sich die Buren, mit Ausnahme der Überfälle, immer bloß defensiv verhielten. Was man aber heute in den Armeen erprobt, bezieht sich auf die Offensive. Die Kriege der europäischen Heere vollziehen sich auf ganz andere Weise wie der Burenkrieg. Als der englische Oberkommandierende Marschall Roberts in breiter Front mit 150.000 Mann in der Weise europäischer Heere anmarschierte, da half keine „Burentaktik“ dagegen, Cronje wurde gefangen, beide Hauptstädte eingenommen, Ladysmith verlassen, kurz keine Stellung konnte gehalten werden. Erst als die Engländer ihre Kräfte über die ausgedehnten Gebiete verzettelt hatten, konnte der Kleinkrieg der Buren wieder beginnen.

England bis zum Friedensschluß.

Als Sonntag, den 1. Juni, gegen Abend, am Gebäude des Kriegsministeriums in London die offizielle Nachricht vom Abschlusse des Friedens angeschlagen wurde, da war die Freude ebenso groß als berechtigt. Die Glocken läuteten, die Menschen füllten die Straßen und sangen bis in die Nacht hinein patriotische Lieder, der Lordmayor erschien auf dem Balkon des Stadthauses und hielt eine Ansprache. Die Zeitungen brachten am anderen Tage Artikel, in denen sie die Befriedigung über das Ende des Krieges aussprachen und nicht unterließen, die Tapferkeit der Buren zu loben. Im Laufe des Tages brachten die Menschenmengen dem König Edward und dem Kolonialminister Chamberlain, als er sich ins Parlament begab, stürmische Begrüßungen dar. Der König erließ eine Botschaft an das Volk, in der er auch das Vertrauen aussprach, daß die durch den Krieg notwendigerweise hervorgerufenen Empfindungen dem ernstlichen Zusammenwirken aller Untertanen in Südafrika Platz machen werden, um die Wohlfahrt ihres gemeinsamen Vaterlandes zu fördern. Die Engländer hatten vollkommen recht, sich zu freuen, denn bei allem mutigen Ausharren der gesamten Bevölkerung war doch die Besorgnis im stillen immer größer geworden, besonders wenn neue Hiobsposten eintrafen, was denn aus dem verderblichen Kriege schließlich noch werden sollte. Sie wußten wohl, daß man ihnen überall jede Schlappe gönnte, und es tröstete sie wenig, daß Chamberlain in seiner Erwidernng auf des Reichskanzlers Bülow Rede vor den Juwelieren und Silberschmieden in Birmingham gesagt hatte, der allgemeine Haß rühre nur davon her, daß England überall beneidet werde. Aber die liberalen Gegner des Ministeriums, die die Unglückseligkeiten des Krieges gegen die Regierung ausnützen wollten, fanden doch nirgends Gehör, auch nicht im Parlament, wo ein von Campbell-Bannermann betriebenes Mißtrauensvotum einen kläglichen Ausgang nahm, selbst die Irländer enthielten sich der Abstimmung. Eine Friedensversammlung in Bristol mußte bei verschlossenen Türen abgehalten werden, und in der liberalen Partei waren Lord Rosebery, Asquith und andere namhafte Führer Anhänger des Krieges.

Am 14. Januar hatte König Edward das Parlament mit dem bei dieser Gelegenheit üblichen Pomp eröffnet, früher als in anderen Jahren, denn es galt die Beschaffung neuer Geldmittel zur Fortsetzung des Krieges, die 60 Millionen Pfund vom Vorjahre waren zu Ende. Das Defizit des laufenden Jahres war auf mehr als 40 Millionen Pfund und die Einkommensteuer bereits auf 5½% festgesetzt worden, die Staatsschuld hatte um 60 Millionen zugenommen. Das Unbehagliche der Lage spiegelte sich schon in der Thronrede wieder, die gehaltlos und kühl war wie keine vorher, aber Chamberlain war der Held des Tages und wurde bei seinem Erscheinen im Unterhause mit andauerndem Beifall von seinen Anhängern begrüßt. Zunächst beschäftigte sich das Haus mit einer Reform der Geschäftsordnung, die allerdings

sehr nötig war, sollte das Parlament den geschickten Obstruktionsversuchen der Irländer gegenüber das Verfügungsrecht über seine Arbeitszeit behalten. Die Vorschläge der Regierung gingen dahin, für die Regierungsvorlagen so viel wie möglich Raum zu schaffen und die Strafbestimmungen zu verschärfen. Einiges Aufsehen erregte in dieser Zeit der Streit, der sich innerhalb der liberalen Partei abspielte. Rosebery und Campbell-Bannermann waren verschiedener Meinung in der Burenfrage und in Bezug auf Homerule für Irland, sie sagten sich bei verschiedenen Gelegenheiten ihre Meinung, und Lord Rosebery schied aus der Partei aus. Die Hoffnung der Ministeriellen, er werde eine neue Partei gründen und zahlreiche Mitglieder der liberalen Partei nach sich ziehen, bestätigte sich nicht.

Am 11. Februar überraschte das Ministerium Salisbury die Welt mit der Kunde, daß England mit Japan einen politischen Vertrag für Ostasien abgeschlossen hatte. In ernstesten politischen Kreisen sah man darin nichts Beunruhigendes, was schon durch die Veröffentlichung des Vertrags dargetan wurde. Die Feinde Englands behaupteten, daß sich die Spitze desselben gegen Rußland richte, was an und für sich richtig war, aber keine aggressive Bedeutung hatte, da weder England noch Japan Lust hatten oder in der Lage waren, jetzt einen Krieg anzufangen. Daß England in seiner jetzigen Situation der Welt zeigen wollte, daß es nicht allein stehe, lag auf der Hand, bedenklich war nur das Bündnis mit der „gelben Kasse“, konnte aber nach einer Politik, die in Südafrika die Schwarzen gegen Weiße bewaffnet hatte, auch nicht mehr auffallen. Nur eins wurde unwiderleglich klar, daß bei den Bestrebungen nach einer europäischen gemeinsamen Politik auf England nicht mehr zu rechnen ist. Die schleunige Veröffentlichung des Vertrags wurde dadurch erklärt, England und Japan wollten damit die Unterzeichnung des Mandschureivertrags durch China hintertreiben. Im Allgemeinen neigte man der Meinung zu, daß Japan eigentlich keine besondere Ursache habe, über den Vertrag entzückt zu sein, und das „Journal des Debats“ führte treffend aus, daß nach gewohnter Praktik England in jedem Falle die Sachen so wenden würde, daß der casus foederis für Japan gegeben sei, für England aber niemals eintreten würde. Diese Vergünstigung war allerdings wert, daß England aus seiner „splendid isolation“ heraustrat und seine Geltung ein wenig auffrischte. In Rußland nahm man den Abschluß des Bündnisses mit ziemlichem Gleichmut hin.

Die Zeit der Vorbereitung für die Königskrönung ließ sich sonst nicht sehr erfreulich an. Neben den neueren Hiobsposten aus Südafrika waren es Nachrichten aus Irland, die beunruhigend wirkten. Dort gärte es wieder an allen Enden und die Regierung hatte schon ein Bataillon, das für Südafrika bestimmt war, nach Irland senden müssen. Homerule, die Forderung nach Selbständigkeit der Verwaltung in Irland, trat wieder in den Vordergrund, die Landfrage stellte sich drohender als je ein und der loyale Norden machte unter Führung eines früheren Mitgliedes des jetzigen Kabinetts

in dieser Frage mit dem national gesinnten Teile der grünen Insel gemeinsame Sache. Die Führer der frischen Bewegung fanden darin einen guten Beweggrund, die Agitation für ihre Ziele wieder aufzunehmen. Noch nahm das Ministerium auf Anraten des Staatssekretärs für Irland, Wyndham, Veranlassung, die Verhängung der „Verbrechensakte“ von 1887 und die Auflösung der „Vereinigten Irischen Liga“ zu verschieben, da schärfere Maßregeln das Übel nur verschlimmern konnten und es an den nötigen militärischen Kräften fehlen mußte, wenn ernste Verwicklungen eintraten, doch änderte sich diese Zurückhaltung, als in Südafrika die Friedensverhandlungen ernster wurden. Am 17. April wurde in Dublin amtlich verkündet, daß für einen großen Teil Irlands, wo die Irische Liga am tätigsten war, die Bestimmungen des Strafgesetzes in Kraft gesetzt würden, welche die besonderen Geschwornengerichte und das abgekürzte Gerichtsverfahren betreffen. Die Ankündigung einer Reise des Königs nach Irland war schon früher zurückgenommen worden.

Am 14. April legte der Schatzkanzler Hicks-Beach im Unterhause das neue Budget vor, nach welchem das Defizit auf 45 $\frac{1}{2}$ Millionen Pfund veranschlagt und eine Steigerung der Einkommensteuer um 1 Penny, ferner ein Getreide- und Mehlzoll, sowie eine Anleihe von 32 Millionen Pfund vorgeschlagen wurde. Der Getreide- und Mehlzoll erregte in dem angeblich freihändlerischen England sehr wenig Aufregung und die oppositionellen „Daily News“ erklärten sich fast noch entschiedener damit einverstanden als die Ministeriellen. Am 4. Juni legte dann Hicks-Beach das infolge des Friedensschlusses um 17 Millionen ermäßigte Budget vor, hielt aber an den Getreidezöllen fest. Diese wurden auch am 10. Juni nach zweitägigen Reden im Unterhause mit 279 gegen 193 Stimmen angenommen. Der ganze Kampf wurde zwar sehr lärmend geführt, entbehrte aber des inneren Ernstes, denn es handelte sich für die Opposition nur darum, durch Anwendung der alten Schlagwörter Stimmung für künftige Wahlen zu machen. Die Mehrheit für die Getreidezölle fiel übrigens darum etwas geringer aus, weil man es dem Schatzkanzler auf der Rechten verübelte, daß er trotz des Friedensschlusses an der Erhöhung der Einkommensteuer festgehalten hatte. Im Mai bereits hatte das Unterhaus die Abänderung der Geschäftsordnung angenommen, nachdem die Regierung die verschärften Strafbestimmungen hatte fallen lassen.

Großes Aufsehen rief in der zweiten Hälfte des April die Nachricht hervor, daß ein nordamerikanisches Syndikat unter Führung Pierpont Morgans die Kontrolle über fast alle englischen zwischen England und Nordamerika verkehrenden Postdampferlinien an sich gebracht und mit den deutschen Hauptlinien Norddeutscher Lloyd und Hamburg-Amerika-Linie ein besonderes Abkommen getroffen habe. Es handelte sich in Wirklichkeit um nichts weniger als um einen nordamerikanischen Trust, der die wichtigsten englischen Dampferlinien erworben hatte, wenn auch die englischen Gesellschaften vorläufig ihre Nationalität behielten. Die beiden deutschen Gesellschaften

hatten mit dem Morgan-Syndikate langfristige, auf die Bildung einer Betriebsgemeinschaft hinzielende Verträge abgeschlossen. Es dauerte lange, ehe sich die große Erregung, die in England deswegen entstanden war, wieder legte. Es wurde hervorgehoben, daß die englische Dampferflotte mit ihren $12\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen, mehr als die Hälfte der Dampferflotten der Welt darstellt und einen Verlust von 700.000 Tonnen verschmerzen könne. Aber der Vorgang zeigte doch, daß das Monopol, das England bisher auf der See ausübte, im Schwinden begriffen ist.

Die Krönung.

Nachdem das Trauerjahr vorüber war, begannen am englischen Hofe vom 10. Februar an die Festlichkeiten wieder. König Eduard VII., der zu Lebzeiten seiner Mutter ein berufsloses Dasein als Sportsman aller Art geführt und sich damit keineswegs allgemeine Anerkennung erworben hatte, war seit dem Antritt der Regierung seinen Pflichten mit unverkennbarem Ernst nahegetreten. Er reformierte die Hofhaltung und schaffte verschiedene veraltete Gebräuche ab. Am 30. Mai fand die offizielle Feier von Königs Geburtstag statt, der eigentlich auf den 6. November fällt. Da aber in dieser Jahreszeit die Witterungsverhältnisse meist ungünstig sind und außerdem der Einzug des Lordmayors auf diesen Tag fällt, so behielt man den Geburtstag der Königin Viktoria als offizielle Geburtstagsfeier des Königs bei. An diesem Tage fand im St. James Park die offizielle Truppenchau der Garde, „trooping of the colours“ genannt, im Beisein der ganzen königlichen Familie und der Generalität, der König zu Pferde, statt. An Truppen waren freilich nur 10 schwache Kompagnien und zwei Züge Reiter vorhanden, aber die Parade verlief glänzend, Tausende von Zuschauern wohnten ihr auf den schon für die Krönungsfeier hergestellten Tribünen bei. Diese sollte nach des Königs Willen mit all der altertümlichen Pracht der englischen Krönungsfeiern begangen werden, es wurden zahlreiche große Proben für dieselbe abgehalten, der ganze Hofadel war mit seiner reichen Ausstaffierung beschäftigt, die befreundeten Fürstnhöfe eingeladen, indische Prinzen und überseeische Prinzen unterwegs. Die Stadt London traf große Vorbereitungen und die Fenster auf den Feststraßen waren längst vermietet. Das ganze Land freute sich auf den Tag und wollte ihn mit großen Festlichkeiten begehen. Aber am 14. Juni kam der König erkältet aus dem Lager von Aldershot zurück, konnte am 17. der großen Parade nicht mehr beiwohnen, und während sich schon die Gäste aus der Provinz, Amerikaner, Kolonial- und Vergnügungsreisende in London eingefunden hatten, die Gesandten der fürstlichen Häuser bereits eintrafen, wurde plötzlich am 24. nachmittags bekannt gegeben, daß die Krönung auf unbestimmte Zeit verschoben worden sei. Der König litt an einer heftigen Blinddarmentzündung, hatte sich bis zum letzten Augenblick aufrecht erhalten wollen, mußte sich aber einer lebensgefährlichen Operation unterziehen.

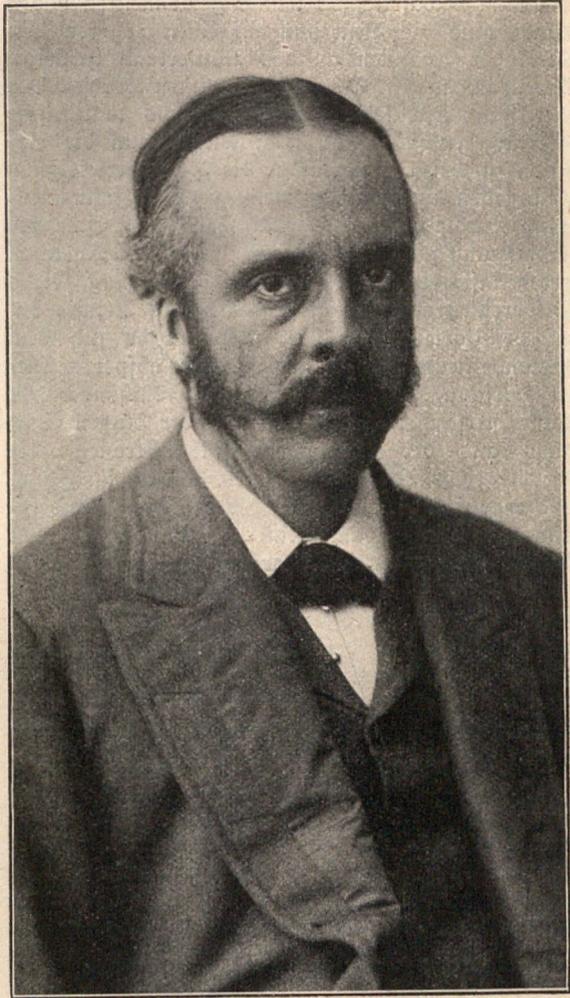
Der Aufschub der seit Monaten vorbereiteten Feier berührte eine so große Zahl der verschiedensten Lebensinteressen, daß die Folgen zunächst gar nicht abzusehen waren, ganz abgesehen von der Lebensgefahr, in der der König schwebte. Die europäischen Prinzen, unter ihnen Prinz Heinrich von Preußen und Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich, reisten wieder ab, die indischen Fürsten blieben noch, die Stimmung war gedrückt und ein Teil des Publikums sah in dem unerwarteten Ereignis das Walten eines düsteren Verhängnisses. Die Feiern in der Provinz wurden auf Wunsch des Königs in den meisten Orten abgehalten, auch London behielt für den 26. Juni seinen Feiertag, und am 5. Juli fand im Beisein der königlichen Familie die Speisung einer halben Million Armer an verschiedenen Hauptpunkten Londons auf Kosten des Königs statt. Der König ertrug sein Leiden standhaft und begab sich am 15. Juli nach der Insel Wight, wo er auf der königlichen Jacht blieb. Er erholte sich in verhältnismäßig kurzer Zeit und traf schon am 6. August vollkommen genesen wieder in London ein, wo am 9. die Krönung stattfand. Aber die ursprüngliche Krönungsstimmung der Bevölkerung wurde nicht wieder vollkommen erreicht, auch der Schmuck der Hauptstadt war nicht wieder auf die Höhe vom Juni gebracht worden. Der König hatte am Vorabend eine Proklamation erlassen, in der er dem Volke für seine Teilnahme dankte, und die überhaupt sehr würdig gehalten war. Die Krönungsfeierlichkeit selbst war bedeutend gekürzt worden. Der Hauptteil für die Zuschauer bestand in der glänzenden Auffahrt des Königspaares nach der Westminsterabtei. Den Zug eröffnete eine zahlreiche Gardekavallerieeskorte, dann folgten die gesamte Generalität und Abteilungen der kolonialen, indischen und englischen Kavallerie. Neben dem Prunkwagen des Königspaares ritten der Herzog von Connaught und sein Sohn Prinz Arthur, hinter dem Wagen ein Offizier mit dem Reichsbanner, dann kamen in langem Zuge die Wagen der obersten Hofchargen und zum Schluß die berittene Leibgarde. Über 25.000 Mann Truppen bildeten in den Straßen Spalier, wohl 10.000 Schutzleute sorgten für die Aufrechterhaltung der Ordnung. Die Zuschauer waren ungemein zahlreich und begrüßten den König und die Königin mit Begeisterung. In der Westminsterabtei wurden die Eidesleistung, die Salbung, die Überreichung der Sporen und des Schwertes, sowie der eigentliche Krönungsakt für König und Königin nach dem vorgeschriebenen Programm vollzogen. Den Schluß bildeten die Rufe: „Gott schütze König Eduard!“ und ein feierliches Tedeum. Die Glocken läuteten und die an mehreren Stellen aufgefahrene Batterien feuerten Salutschüsse ab. Auf der Rückfahrt nach dem Buckinghampalast wurde das Königspaar wieder begeistert begrüßt, das Volk drängte nach und der König und die Königin mußten sich der stürmisch jubelnden Menge auf dem Balkon zeigen. Der König hatte die Anstrengungen der Feier gut überstanden. Am 14. August fand noch das großartig glänzende Schauspiel der Parade der indischen Truppen vor dem Buckinghampalast statt, dann trat das Königspaar eine längere Seefahrt an der Süd-

küste von England an und nahm darnach Aufenthalt in den schottischen Hochlanden, wo es am 8. September in Schloß Balmoral eintraf. Am 25. Oktober fand der feierliche Einzug in London mit einem Festmahl in der Guildhall statt. Die Straßen waren festlich geschmückt, eine unzählbare Menschenmenge begrüßte das Königspaar, das vortrefflich aussah, mit stürmischem Jubel, der Zug war glänzend. Nach der Rückkehr zum Buckinghampalast mußte sich der König wieder der nach ihm rufenden Menge auf dem Balkon zeigen. Am nächsten Tage wurde ein feierlicher Dankgottesdienst für die Genesung des Königs in der St. Pauls-Kathedrale abgehalten.

Der Ministerwechsel.

Gegen Mitte Juli trat Lord Salisbury, wie vor acht Jahren sein berühmter Gegner Gladstone, vom öffentlichen Leben zurück, weil die Zeit der Ruhe für ihn gekommen war, für einen englischen Premierminister eigentlich etwas früh, denn er war erst 73 Jahre. Sein Gesundheitszustand war auch nicht schlecht, doch vermochte er den Kummer über den Tod seiner Gemahlin nicht zu überwinden. Er ist in vier Regierungen zusammen 13 $\frac{1}{2}$ Jahre Premierminister gewesen, mit Ausnahme von Lord Liverpool, der es auf 14 Jahre brachte, länger als irgend ein anderer britischer Staatsmann im 19. Jahrhundert. Sein Nachfolger war Lord Balfour, der in der Versammlung der Unionistenpartei am 14. Juli mit warmer Begeisterung empfangen wurde. Er bedauerte den Verlust des Führers der Partei und betonte, er habe die große Aufgabe, welche ihm der König anvertraut habe, nicht aus übergroßem Selbstvertrauen übernommen, sondern in der Hoffnung, daß er auf die Achtung und die Mitarbeit seiner bisherigen Amtsgenossen hoffen dürfe. Er bedauere, daß er auch Hicks-Beach verlieren werde. Chamberlain blieb indessen nach wie vor die Seele des Kabinetts. Die weiteren neuen Ministerveränderungen traten bald ein. Der Leiter des Unterrichtsministeriums, Gorst, schied aus und an seine Stelle kam Lord Londonderry. Vizekönig von Irland wurde Lord Dudley, der erst 36 Jahre alt war und darum einstweilen noch keinen Sitz im Kabinet erhielt, die Verantwortung für die Verwaltung Irlands blieb bei dem Oberstaatssekretär Wyndham. Minister des Innern wurde Aker-Douglas, erster Kommissär für öffentliche Arbeiten Lord Windsor, Austen Chamberlain, der Sohn des Kolonialministers, wurde Generalpostmeister mit Sitz im Kabinet, in welchem Hicks-Beach, dem neuen Premier zuliebe, noch einige Zeit blieb. Als äußere Erfolge des bisherigen Kabinetts Salisbury muß man die Auseinandersetzungen mit Frankreich in Westafrika und im Sudan (Faschoda) und die konsequente Politik in Ägypten anerkennen, im Innern die Reform der Lokalverwaltung.

Die Tagung des Parlaments wurde am 8. August unterbrochen, das Ergebnis der Arbeit war auffällig mager. Zu stande kamen nur die reduzierte Geschäftsordnung, die Finanzvorlage und die Abänderung der Konzessionierung des Schenkgewerbes. Die Hauptaufgaben des Parlaments waren noch nicht



Arthur Balfour. Englischer Premierminister.

erledigt, die bedeutsame Unterrichtsvorlage kaum zur Hälfte.

Greater Britain.

Die Ereignisse hatten den Gedanken des „Größeren Britannien“, welches an die Stelle von Großbritannien treten soll, wieder in den Vordergrund geschoben, doch dürfte sich der Gedanken eines englischen Staatenbundes politisch noch leichter fertig bringen lassen, als ein einheitliches Handelsgebiet. Am 20. Juni trat in London unter Chamberlains Vorsitz eine Konferenz der leitenden Minister der englischen Kolonien zusammen, die die praktische Durchführung des Reichsgedankens durch engeren Zusammenschluß von Mutterland und Kolonien erörtern sollte. Es handelt sich übrigens dabei nicht etwa um eine neue Erfindung Chamberlains, denn der Gedanke ist alt; schon vor 100 Jahren hatten Edmund Burke und Adam Smith einen dahingehenden Plan entworfen, der nie ganz außer Augen gelassen wurde, wenn auch die Meinung der lange Zeit an der Regierung befindlichen Liberalen dahinging, daß die Loslösung der Kolonien ein unabwendbares Ereignis sein werde, das man nicht verhindern könne. Die Konservativen waren immer anderer Meinung, und seit-

dem man Südafrika für immer gewonnen zu haben glaubt, sind die Bestrebungen, einen engeren Anschluß der Kolonien an das Mutterland herbeizuführen, mit neuem Eifer aufgenommen worden. Der Krieg in Südafrika hatte Englands militärische Schwäche enthüllt, und man will darum die Kolonien zu den Leistungen für die Reichsverteidigung heranziehen und damit einen engeren Zusammenschluß verbinden, sowie eine Zoll- und Handelsvereinigung schaffen. Die Vertreter der Kolonien sprachen sich im Prinzip für die Errichtung eines Zollvereines aus, der allen Teilen des Reiches besondere Vorteile gewähre, während er sich dem Auslande gegenüber durch Schutzzölle absperre. Diesen Vorschlag bekämpften aber die Anhänger der Manchester Schule, die einwendeten, der Nutzen Englands aus der Freihandelspolitik überwiege die Vorteile eines Reichszollvereines. Schon im Jahre 1896 war auf dem Kongreß der britischen Handelskammern der Gedanke einer Zollunion mit den Kolonien als undurchführbar bezeichnet worden.

Die Verhandlungen zogen sich lange hin. Anfang November veröffentlichte die Regierung ein Blaubuch darüber, dessen Inhalt eine allgemeine Enttäuschung in England hervorrief. Praktische Politiker, die sich der Schwierigkeiten eines so großen Werkes bewußt sind, hatten auch nur bescheidene Ergebnisse erwartet. Es handelte sich doch überhaupt um den ersten Schritt zum Übergange aus dem Zeitalter der frommen Wünsche zur praktischen Verwirklichung. Sind auch die gefaßten Beschlüsse noch weit entfernt von dem, was man einen Reichszollverein nennen könnte, so verdienen sie doch schon die Beachtung des Auslandes. In Bezug auf die Bevorzugung der verschiedenen Teile des Reiches untereinander wurde es als wünschenswert bezeichnet, daß die Kolonien der britischen Einfuhr einen wesentlichen Vorzug gewähren, während die Reichsregierung aufgefordert wird, den Kolonien Befreiung oder Herabsetzung der jetzigen und künftigen englischen Zölle zu gewähren. Kanada soll den britischen Erzeugnissen den bisherigen Vorzug von $33\frac{1}{3}\%$, Neuseeland 10%, die Kapkolonie und Natal 25% gewähren. Für Australien wurde nichts festgesetzt. Außerdem wurden Beschlüsse über Vergünstigung der Erzeugnisse aus dem Reiche bei Vergütungen und Bevorzugung der englischen Schifffahrt gegenüber der ausländischen gefaßt. An Jahresbeiträgen für die Marine soll Australien 200.000, die Kapkolonie 50.000, Neuseeland 40.000 und Natal 35.000 Pfund leisten, mit Kanada wurde noch nichts vereinbart. Ein Vorteil für England wurde dadurch erreicht, doch sind die Lasten für die Marine für das Mutterland nur wenig erleichtert worden. Für die gemeinsame Armee vermochte der Kriegsminister von den Kolonialvertretern nichts herauszuschlagen, dagegen wurde eine gemeinsame Beisteuer zu dem Nationaldenkmal für die Königin Viktoria in London vereinbart. Diese Beschlüsse sind weder für die Vertreter der englischen Regierung noch für die der Kolonien verbindlich, sie sollen vielmehr den gesetzgebenden Körpern der betreffenden Teile des Reiches vorgelegt werden. Bisher ist demnach nur wenig erreicht worden und der Gedanke des „Greater Britain“ wird noch lange

ein Traum bleiben, wenn auch für das englische Empfinden ein sehr angenehmer. Das Wichtigste dürfte sein, daß von nun an in nicht länger als vierjährigen Zwischenräumen wieder Konferenzen zwischen dem Kolonialminister und den leitenden Ministern der Kolonien stattzufinden haben. Auf diesen kann nach und nach noch manche Bestrebung zur Einigung verwirklicht werden.

Die zweite Parlamentssession.

Am 16. Oktober trat das Unterhaus wieder zusammen und begrüßte den neuen Premierminister Lord Balfour mit Beifall. Er brachte eine Resolution ein, nach welcher den Regierungsvorlagen die ganze Session hindurch in jeder Sitzung der Vorzug eingeräumt werden soll. Das war auch nötig, wenn die großen Arbeiten des Parlaments erledigt werden sollten, denn es blieben nur noch neun Wochen bis Weihnachten. Vor allen mußte die Unterrichtsvorlage erledigt werden. Der Zweck des Entwurfes war, das ganze Unterrichtswesen gewissermaßen unter eine Verwaltung zu bringen. Das englische Schulwesen steht bekanntlich nicht auf der Höhe des festländischen. Das Zurückdrängen des geistigen Elements hinter dem Sport, der starre Bann, in dem das Hochschulwesen seit Jahrhunderten steckt, das Überwuchern des rein persönlichen Interesses der Schulvorsteher dienenden Privatschulwesens haben das englische Volksbildungswesen nie zu rechtem Gedeihen kommen lassen. Die Privatschulen sind oft reine Aktienunternehmungen, die bloß auf hohe Dividenden hinarbeiten. Auch das Volksschulwesen soll gründlich reformiert werden. Seit 1870 war dasselbe durch die Errichtung von Schulverordnetenräten in geordnete Bahnen gebracht worden. Diese selbständigen, aus den Gemeinde- und Grafschaftswahlen hervorgehenden Schulbehörden hatten das Recht, die Schulpflicht sämtlicher Kinder zu überwachen, Schulsteuern und Schulgeld zu erheben und den Unterricht mit Ausnahme der Religionsstunden zu revidieren. Den konfessionslosen Staatschulen, welche etwa zwei Fünftel sämtlicher Elementarschulen umfassen, stehen die zahlreicheren Kirchenschulen gegenüber, welche von den Kirchengemeinden unterhalten werden und das Recht der Staatsaufsicht abweisen. Nun sollen auch die Kirchenschulen der Staatsaufsicht untergeordnet werden durch die Orts- und Grafschaftsbehörden, dagegen die bisher konfessionslosen Schulverordnetenräte abgeschafft werden. Den Kirchenschulen werden in Zukunft die Unterhaltungskosten aus öffentlichen Mitteln gewährt werden, so daß die bisherigen Leiter nur für die Erhaltung der Schulgebäude aufzukommen haben. Auch bleibt ihnen das Recht der Ernennung der Lehrkräfte, aber die neue Schulverwaltung führt die Oberaufsicht und kann die Ernennung ungeeigneter Lehrkräfte zurückweisen. Die religiöse Schwierigkeit soll dadurch gehoben werden, daß die Schulverwaltung Vollmacht erhält, konfessionelle Schulen einzurichten, wenn das Bedürfnis dazu nachgewiesen wird. In London soll vorläufig alles beim alten bleiben.

Durch diese Vorlage wurden der Staatskirche und den Katholiken eine sehr bedeutende Zuwendung

gemacht, darum leisteten die protestantischen Dissidenten der verschiedenen, von der Staatskirche abgetrennten Sekten einen recht hartnäckigen Widerstand. Trotzdem mußte jedem, der den Eifer der Parlamente der Kontinentalstaaten bei der Erörterung von Schulfragen kennt, die säumige Art und Weise, mit der das Unterhaus die Unterrichtsvorlage beriet, und das zahlreiche Schwänzen der Opposition auffallen. In der Herbstsession wurde übrigens eifriger gearbeitet und, als die Opposition die Dinge auf die lange Bank zu schieben versuchte, das neue Rüstzeug der Geschäftsordnung fleißig zur Anwendung gebracht. So kam man im Unterhause mit dem Unterrichtsgesetz und der Wasserleitungsvorlage wurde mit einer Mehrheit von über 120 hinweg, beide wurden vom Oberhause nicht nennenswert verändert, und es wurde auch zwischen beiden Häusern ein Mittelweg gefunden. Die Unterrichtsvorlage war mit einer Mehrheit von über 120 Stimmen angenommen. Die Irländer waren von der katholischen Geistlichkeit angewiesen worden, nicht gegen das Gesetz zu stimmen. Der neue Ministerpräsident Balfour konnte also mit seinem Erfolge zufrieden sein, um so mehr, da er fast ganz allein die Last der parlamentarischen Arbeiten zu tragen hatte, weil sein Kollege Chamberlain meistens mit seinem eigenen Geschäftszweig so voll auf beschäftigt war, daß er nur selten eingreifen konnte. Als neuer Finanzminister war inzwischen an Hicks-Beach' Stelle Ritchie getreten. Am 18. Dezember wurde die Session mit einer vom Lord-Großkanzler Earl of Halsbury verlesenen Thronrede geschlossen, in welcher der großen Ereignisse des Jahres mit Befriedigung gedacht und auch die innere Gesetzgebung, namentlich das Unterrichtsgesetz, erwähnt wurde, letzteres in der Hoffnung, daß die Meinungsverschiedenheiten, welche sich dabei ergeben hatten, nicht lange anhalten werden.

Heer und Flotte.

Mit einer Heeresreform im großen Stile hat es in England, nachdem das alte System mit Ach und Krach den Krieg in Südafrika überwunden hat, vorläufig noch gute Wege. Allgemein im Auslande erwartete man bahnbrechende Neuerungen, nachdem das sonst in kolonialen Kämpfen oft bewährte Werbeheer so wenig die Probe vor eilig zusammengerafften Milizen der Buren bestanden hatte. Die einzige grunderschütternde Neuerung, die England in seinem Heerwesen hätte einführen können, wäre aber nur die Annahme der allgemeinen Wehrpflicht gewesen. Die Zahl derjenigen, die nicht nur im Heere selbst, sondern auch in bürgerlichen Kreisen sich dem Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht zuwenden, ist zwar stetig im Wachsen, allein der Staatsmann ist noch nicht gekommen, der es wagt, dies Heilmittel vorzuschlagen. Nur die unbedingte Notwendigkeit wird in England die allgemeine Wehrpflicht zur Annahme bringen, wie dies ja seinerzeit zuerst in Preußen, dann in Osterreich-Ungarn u. auch der Fall gewesen ist. Selbst diejenigen Engländer, welche vollkommen der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zustimmen, geben zu, daß noch ein letzter, ernstester Versuch gemacht werden müsse, das bis-

herige Werbe- und Milizsystem zu verbessern und sich damit zu behelfen. Der mit schließlichem vollen Erfolg beendigte Burenkrieg hat für die Engländer die Notwendigkeit der allgemeinen Wehrpflicht nicht bewiesen. Die nahezu fünf Milliarden Kriegskosten wird man bald abgetragen haben, und von den 10.000 Offizieren und 200.000 Mann, die das Mutterland nach Afrika gesandt hatte, sind die allermeisten wieder heimgekehrt und harren in den Kassen fernere Bestimmung, oder belasten als abgedankte Krieger den Arbeitsmarkt und als Invaliden den Armenfonds. Südafrika soll durch 15.000 Mann reguläres Militär und 12.000 Mann Polizeitruppen im Zaume gehalten werden. Für das ganze Weltreich will man 420.000 Mann unter den Waffen halten, von denen 200.000 Mann den Schutz der Heimatinseln bilden sollen. An einen Landungskrieg in England ist in absehbarer Zeit nicht zu denken, als starker Schutz gelten die insulare Lage und die gewaltige Flotte. Außerdem rechnet man auf zahlreiche, aber ungeübte Freiwillige, Neomen und Milizen. Das ganze Königreich soll in sechs Distrikte eingeteilt werden, in denen je ein Armeekorps zur Aufstellung gelangt, von denen drei mit je einer Kavalleriedivision aus regulären Truppen gebildet werden und bereit sein sollen, zu jeder Zeit nach dem Auslande abzugehen. Jedes dieser Armeekorps soll 1158 Offiziere, 55.952 Mann und 10.164 Pferde zählen, und sie werden in Frieden in Aldershot, in der Ebene von Salisbury und in Irland untergebracht werden. Zur Verteidigung des Inlandes sollen bei Ausbruch eines Krieges drei weitere Armeekorps aus 60 Miliz- und Freiwilligenbataillonen gebildet und in York, Colchester und Edinburg untergebracht werden.

Von Heeresreformen wird viel geredet, aber die meiste Sorgfalt wird mit Recht auf die Flotte verwendet, deren Stärke an großen Linienschiffen und Kreuzern aller Art noch fortwährend vermehrt wird. Für das Jahr 1902 waren die Ausgaben für die Flotte auf 33 $\frac{1}{2}$ Millionen Pfund (680 Millionen Mark) veranschlagt. Seit etwa 20 Jahren hatte man mit allem Ernst begonnen, den alten Schlandrian im Flottendienst zu beseitigen und die Ausbildung auf die Höhe anderer Marinen zu bringen. Es ist darum verfehlt, wenn öfters Stimmen laut werden, welche die englische Flotte als minderwertig hinstellen und ihre Kriegstüchtigkeit bezweifeln wollen. Der Hauptmangel der englischen Flotte liegt bloß im Werbesystem, insofgedessen die einzelnen Kriegsdampfer nie die volle Besatzung erreichen und vielleicht auch im Durchschnitt nicht über ein so sorgsam ausgewähltes Menschenmaterial verfügen, wie etwa die deutschen oder die österreichisch-ungarischen Kriegsschiffe. Ein wesentlicher Teil dieses Mangels wird allerdings durch die längere Dienstzeit angeworbener Mannschaften ausgeglichen. Wie freilich das britische Reich bei der beabsichtigten weiteren Vermehrung der Flotte einheimische Matrosen zu beschaffen gedenkt, ist auch uns ein Rätsel.

Die Burenführer in Europa.

Gleich nach dem Abschluß des Friedens von Pretoria verbreitete sich die Kunde, daß die namhaftesten

Burenführer Botha, De Wet, Delarey und Lukas Meyer nach Europa reisen würden, zum Teil um Verwandte zu besuchen, andernteils um bei der englischen Regierung zu Gunsten ihrer Volksgenossen tätig zu sein, namentlich auf die baldige Verwirklichung der von Kitcheners und Milners gemachten Versprechungen hinzuwirken. Botha, De Wet und Delarey reisten unter großen Ehren- und Sympathiebezeugungen der holländischen Bevölkerung am 30. Juli von Kapstadt ab. Der ihnen vorausgereiste Lukas Meyer starb am 8. August in Brüssel an einem Schlaganfall. Am 2. August war der Präsident des ehemaligen Oranjesfreistaats, Steijn, über England in Haag angekommen, er litt an einer vollkommenen Abspannung des Nervensystems. Als die drei Burenführer am 18. August in London eintrafen, wurden sie an der Waterloostation von vielen Tausenden fast erdrückt, die sie mit Neugierde und freudigem Beifall empfingen. Die verblüfften Generale konnten nur mit Mühe durch die dichte Menge zu ihrem Hotel gebracht werden. Am nächsten Tage begaben sie sich nach Cowes, um den kranken König zu besuchen. Sie wurden in Southampton von Roberts und Kitcheners empfangen und zur königlichen Yacht geleitet, wo ihnen König Eduard freundlich die Hand drückte, und sie auch der Königin vorgestellt wurden. Die Zusammenkunft war kurz, die Unterhaltung mit dem König ungezwungen, und die Generale erklärten, sie seien mit dem Empfang sehr zufrieden. Außerdem gaben sie bekannt, sie seien nicht nach England gekommen, um sich feiern zu lassen, sondern um Gelder für die Witwen und Waisen zu sammeln, deren Ernährer im Kriege umgekommen seien. Man vermutete trotzdem, daß ihre Reise nach England einen politischen Zweck habe. Die Engländer waren über die Zurückhaltung der von ihnen „besiegten Helden“, die sie gern gefeiert hätten, sehr betrübt und bedauerten, daß die Burenführer nicht einmal der Flottenparade beigewohnt hatten.

Diese begaben sich aber schon am 19. August nach Holland, wo sie zuerst in Rotterdam mit großer Begeisterung empfangen wurden und Ludwig Botha seine Gattin nach langer Trennung wieder begrüßen konnte. Nachmittags wurden sie im Haag ebenfalls mit lautem Jubel empfangen. Sie machten Steijn in Scheveningen und folgenden Tags Krüger in Utrecht einen Besuch. Am 22. traf Botha mit seiner Familie in Brüssel in Privatangelegenheiten ein und wurde dort in ebenso überschwenglicher Weise begrüßt, wie bisher in allen Städten. Ende August kehrten die Burengenerale nach London zurück, ihre Absicht, mit Chamberlain über die Friedensbedingungen weiter zu verhandeln, hatte bei diesem kein Gehör gefunden, dagegen war er bereit, am 5. September im Beisein von Kitcheners ihre Vorschläge entgegenzunehmen. Nach dem darüber veröffentlichten amtlichen Bericht haben sie nicht das geringste erreicht, obgleich Botha ausführte, sie hätten die Bedingungen annehmen müssen, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, sie seien aber entschlossen gewesen, im Vertrauen auf die Zusicherungen Kitcheners und Milners so bald als möglich um Milde zu bitten. In der Amnestie-

frage hielten sich die Generale einfach für betrogen. Sie verließen nun England wieder und kehrten nach Holland zurück, wo ihnen in Amsterdam am 11. September ein geradezu großartiger Empfang mit Festgottesdienst, Festmahl und Huldigung der Volksmassen bereitet wurde. Ähnlich verlief ihr Aufenthalt in Belgien, wo sie am 19. in Antwerpen, am 6. Oktober in Brüssel, am folgenden Tage in Gent über alle Maßen gefeiert wurden. Am 24. September erließen sie einen Aufruf, in welchem sie erklärten, nachdem sie in England keine Hilfe gefunden hätten, seien sie gezwungen, sich an Europa und Amerika um Unterstützungen für die Witwen und die Erziehung der Kinder, sowie für die Invaliden zu wenden. In England rief der Aufruf eine gewaltige Verstimmung hervor, und die weitere Reise der Burengenerale erhielt nunmehr einen politischen Anstrich.

Das zeigte sich namentlich bei ihrer Anwesenheit in Paris, wo sie auch dem Ministerpräsidenten Combes einen kurzen Besuch abstatteten und drei Tage hindurch stark gefeiert wurden. De Wet erklärte, er werde nicht wieder zur Büchse greifen, weil er den Friedensvertrag unterzeichnet habe, und Botha versicherte in seiner Abschiedsrede, ihre Reise habe keinen politischen Charakter und dürfe keinen haben, sie seien entschlossen, den Friedensvertrag gewissenhaft zu erfüllen, und suchten bloß eine materielle Unterstützung. Delarey hatte bei dem Festdiner auch gesagt, die Buren seien stolz darauf, daß französisches Blut in ihren Adern rolle. In England machte die Anwesenheit der Burenführer in Paris mit den begleitenden Umständen böses Blut, und es liegt ja auch auf der Hand, daß Vorgänge, die in Brüssel und Amsterdam ohne Anstand verlaufen können, in Paris oder Berlin doch einen ganz anderen Charakter annehmen. Kaiser Wilhelm hatte sich bereit erklärt, die Burenführer zu empfangen, wenn sie durch den englischen Gesandten darum nachsuchen und sich aller gegen England gerichteten Agitationen enthalten würden. Es lag ganz im Charakter des Kaisers, diesen tapferen Männern ein freundliches Wort zu sagen und das Mutgehül der englischen Blätter, das darüber losbrach, hätte ihn nur darin bestärken können. Die Buren waren damit einverstanden. Was dann geschehen ist, weiß man nicht — auch Graf Bülow hat sich später über die Mittelspersonen nicht ausgesprochen — jedenfalls war der deutschen Regierung mitgeteilt worden, daß die Generale auf die Bedingung, durch den englischen Gesandten gemeldet zu werden, nicht eingehen wollten, worauf natürlich die Audienz endgültig abgelehnt wurde. Mit Ausnahme der verbissensten Burenfreunde und derer, die um jeden Preis der deutschen Regierung unrecht geben wollten, war niemand im Zweifel darüber, daß man dem Kaiser die Bedingungen einer Audienz nicht vorzuschreiben habe. Die wackeren Burenstreiter müssen auch in diesem Falle nicht gut von ihren Freunden beraten gewesen sein, die selbst die oppositionelle „Voss. Ztg.“, also ein Blatt, das doch dem Kaiser Wilhelm und der Regierung nichts zu schenken pflegt, folgendermaßen charakterisierte: „Einzelne Personen benutzen die Burengenerale, um sich selbst auf ein politisches



247. St. & K.

Botha

De Wet

Delarey

Die Burengenerale in Berlin. Der Besuch der Generale beim Frauenhilfsbund.

Piedestal zu stellen, auf dem die unbefangene Bevölkerung sie nicht zu sehen gewöhnt ist.“ Auch die alldeutsche „Tägl. Rundschau“ gab zu, daß „die Formen, in der er seine Empfänge abhalten will, sich der deutsche Kaiser auch von noch so illustren Gästen nicht vorschreiben lassen kann“.

Die drei Burengenerale trafen am 16. Oktober pünktlich gegen halb 6 Uhr auf dem Bahnhof Zoologischer Garten in Berlin ein, da aber dort der Empfang durch das Komitee zehn Minuten dauerte, war es schon stark dunkel geworden, als sie durch das dichtgedrängte Menschengespinnnt nach ihrem Hotel fuhren, so daß sie nur von den Voranstehenden erkannt werden konnten, trotzdem aber mit lauten Hochrufen begrüßt wurden. In den elektrisch beleuchteten Stadtteilen wurden sie besser gesehen und die Begeisterung gestaltete sich geradezu imposant. Abends bei dem großen Empfangsfeste in der Philharmonie dankte Botha für den Empfang und betonte, sie wären nicht hier, wenn sie nicht im Interesse der Existenz ihres Volkes für nötig gehalten hätten, diesen schweren Weg zu gehen, um Geld für ihr Volk zu suchen, das wert sei, daß ihm geholfen werde. Sie hätten Frieden gemacht und wollten als englische Untertanen angesehen werden. Am anderen Morgen fuhren die Generale zu den Denkmälern des Kaisers Wilhelm I. und Bismarcks und begaben sich in den Reichstag, wo sie großes Aufsehen erregten. In der Wandelhalle entstand großes Gedränge, Fürst Herbert Bismarck, die Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg und Stöcker geleiteten die Generale in die Restauration, wo eine Erfrischung eingenommen wurde, später wohnten sie auch kurze Zeit von einer Tribüne aus der Sitzung des Reichstags bei. Am anderen Vormittag nahmen sie an einer Sitzung des Burenhilfsbundes teil, der beschloß, sich in Permanenz zu erklären. Den Generalen wurden 200.000 Mark übergeben, die Sammlungen in Frankreich hatten sich nur auf 90.000 Franken belaufen. Nachmittags fand im Kaiserhofe noch ein Festmahl des alldeutschen Verbandes statt, bei welchem De Wet und Delarey kurze Ansprachen hielten. Abends reisten die Burenführer wieder ab, De Wet nach Brüssel, die beiden anderen nach dem Haag. Am 22. Oktober fuhren alle drei von Rotterdam nach London zurück. Bald wurde bekannt, daß sie die Reisen, die nur in England böses Blut und ihnen große Mühsale machten (und herzlich wenig einbrachten) aufgeben und nach Südafrika zurückkehren würden. Ende Oktober veröffentlichte Botha in der „Contemporary Review“ einen Artikel, in dem er versicherte, ihre Absichten seien unrichtig ausgelegt worden, sie hätten sich nie über die Friedensbedingungen hinaussetzen wollen, sondern in allem und jedem nur sofortige Hilfe für die Buren angestrebt. De Wet reiste am 1. November nach Südafrika ab, Delarey machte noch einen Besuch in Zürich und in Brüssel und kehrte dann auch mit Botha am 13. Dezember in die Heimat zurück.

Südafrika.

In England war nach dem endlich erfolgten vollen Erfolg gegen die Buren das alte Selbstbewußtsein wieder erwacht, und die Presse zahlte mit bösen Worten zurück, was dem Lande in seiner schweren Lage angetan worden war. Leider trat die Erfüllung der Hoffnungen, der man sich seit drei Jahren hingegeben hatte, „nach dem Kriege“ auch nicht ein, der goldene Strom aus Südafrika wollte nicht ersiegen. Die Felder waren zerstört, die Farmen verbrannt, und die schwarzen Mitbrüder in Christo, die englische Humanität mit dem Repetiergewehr gegen Weiße ausgerüstet hatte, mochten sich nach dem fideles Räuberleben der letzten Jahre nicht wieder mit der Arbeit in den Minengängen des Rand befreunden. Die Buren hatten die Kaffern richtiger zu behandeln verstanden, aber jetzt schien es mit dem Einfluß der Holländer überhaupt vorüber zu sein, denn im Kapland wurde von den „Eoyalen“ sogar der Antrag gestellt und von Milner unterstützt, die Verfassung aufzuheben. Der Premierminister Gordon Spriggs war dagegen, Chamberlain entschied sich klugerweise für ihn und so wurde für den 8. Juli das Kapparlament einberufen, in welchem die Regierung nun gerade in den holländischen Afrikandern die beste Unterstützung fand gegenüber den englischen Fortschrittliehen. Anfang September wurde für die Kapkolonie das Kriegsrecht aufgehoben. Die Rückkehr der Buren an ihre Wohnsitze und aus der Gefangenschaft erfolgte langsam, drei Millionen Pfund waren von der englischen Regierung für ihre Wiedereinführung zur Verfügung gestellt worden. Die Buren fügten sich ruhig, sie waren gewohnt, alles als Gottes Schickung anzusehen, nur in eins wollten sie nicht willigen, daß ihre eigenen verräterischen Landsleute, die sich als „National Scouts“ gegen sie hatten anwerben lassen, ihnen jetzt gleichgestellt sein sollten. Ihr berechtigter Haß führte an manchen Orten zu erregten Szenen. Am 19. November wurde für die beiden ehemaligen Burenrepubliken das Kriegsrecht aufgehoben und durch eine Verordnung die Einwanderung geregelt. Um sich über die Schwierigkeit der zahllosen Fragen, welche die Neuorganisation des durch den langen Krieg gänzlich in Verwirrung geratenen Gebietes verursachte, selbst durch Augenschein zu unterrichten, entschloß sich der Kolonialminister Chamberlain, Südafrika zu bereisen. Man kann darin nur einen besonderen Beweis für die feste Entschlossenheit dieses Mannes sehen. Man erkannte auch in England, daß die ganze Zukunft Südafrikas von einer geschickten Entwirrung des dort eingerissenen Chaos abhängt, und darum wurde die Absicht Chamberlains mit allgemeiner Zustimmung aufgenommen. Er hatte seinen Reiseplan so eingerichtet, daß er Natal, die beiden Burenstaaten und dann die Kapkolonie besuchen wollte. Am 25. November reiste er von Portsmouth ab und hatte bis zum Jahreschluß bloß Zeit, die Kolonie Natal zu besuchen. Wie von dort verlautete, hatte er sich über die Errichtung eines südafrikanischen Bundes zustimmend ausgesprochen.

Rußland.

Innere und äußere Lage des Reiches. * Der Zar und die äußere Politik. * Unruhen und Reformversuche. * Ministerveränderungen. * Slavisches.

Innere und äußere Lage des Reiches.

Nach allem Anschein ist das so gewaltige Rußland innerlich viel kränker als das benachbarte Österreich, dessen Zerfall man schon zu verschiedenen Malen voraussetzen zu können glaubte. Zerfallen wird der russische Kolos freilich nicht, aber wenn man die inneren Vorgänge des vergangenen Jahres erwägt, so möchte man der Meinung beipflichten, daß Rußland keinen liberalen Zaren verträgt. Kaiser Nikolaus II. ist ein liberaler Herrscher, der so schönen Träumen, wie es der allgemeine Friede ist, nachhängt, der die Schrecken Sibiriens zu mildern versuchte, indem er die Verschickung dorthin aufhob, der aber von seinem Vater nicht den eisernen, festen Willen geerbt hat. Auch heute noch befindet sich Rußland in dem Zustande, wie damals, als Alexander II. zu seiner großen Reform, der Aufhebung der Leibeigenschaft, geschritten war und das System des starren Absolutismus verlassen hatte, ohne daß es eigentlich zu einem anderen System, zu einem organisatorischen Neubau des Staates gekommen wäre. Man weckte nur Hoffnungen und zog neue Elemente in die Kreise des öffentlichen Lebens, ohne den Staat neu zu gliedern und ihnen darin Bahnen zur Betätigung ihres politischen Willens zu eröffnen. Natürlich geriet dann alles auf Abwege, halbverdaut, für den russischen Volksggeist ungeeignete westeuropäische Ideen erlöhnten die Köpfe, bis sie schließlich mit der Staatsgewalt zusammenstießen, die sie einfach niederschlug. Unter diesen Umständen lassen die Verhältnisse in Rußland heute so viel wie alles zu wünschen übrig. Das Riesreich leidet an einem unausgleichbaren Widerspruch zwischen dem Bestreben, eine Kulturmacht zu sein, was ihr bloß in der Richtung nach Asien hin gelingt, und dem Bestreben, die abendländischen Kulturen auf seinem Boden zu Gunsten eines einseitigen, kulturfeindlichen demokratischen Despotismus zu zerstören, zwischen einer rastlosen, unersättlichen Ausdehnungspolitik, die alle Mittel des Staates auf Heer und Flotte verwenden muß, und an einer zunehmenden Schwäche seiner Volkskraft.

Diese Zustände werden noch lange unbefriedigend bleiben, solange eben das Reich mit seinem Ausbau nach außen beschäftigt ist und als die Milliarden, die heute für die Zwecke der territorialen Ausbreitung und der Sicherung der äußeren Machtstellung verwendet werden, nicht in größerem Maße für die kulturelle Hebung des Volkes zur Anwendung kommen. Diese Entwicklung muß aber schließlich jedes Volk durchmachen, und es ist darum der helle Wahnsinn, wenn halbgebildete russische Phantasten, die nach Turgenjew „Alles verneinen, was besteht und alles leugnen, was Geltung hat“, aus Rußland im Handumdrehen ein neues

Reich der Seligkeit zu schaffen vermeinen, ohne auch nur im mindesten daran zu denken, daß die kulturelle und politische Entwicklung eines Volkes nicht Jahre, sondern Jahrhunderte braucht, um jene Wandlung herbeizuführen, wie sie diese Ideologen mit einem Federstrich oder gar mit einem Mordmord herbeizaubern zu können vermeinen. Dazu hilft kein Spintisieren, dazu gehört jahrhundertelange harte Arbeit was, freilich schwerer und nicht jedermanns Sache ist. Wenn man gewissen, namentlich englischen Quellen entnommenen Nachrichten hätte glauben wollen, so hätte man zu der Überzeugung kommen müssen, Rußland wäre im verfloßenen Jahre am Vorabend einer allgemeinen Revolution gestanden. Was die englischen Blätter nicht zu erzählen wissen, erfinden die polnischen dazu, die ja hergebrachtermaßen Greuelberichte aus Rußland fabrizieren. Es wäre freilich töricht, vor den schweren Schäden des russischen Staatskörpers die Augen zu verschließen. Die immer wiederkehrenden Studentenunruhen reden eine zu deutliche Sprache, und die wahnwitzigen Taten der nihilistischen Propaganda zeigen zugleich, von welcher skrupelloser Entschlossenheit die Führer, von welchem sich selbst äußernden Sklavengehorsam die Verführten beseelt sind. Aber dennoch ist es ein Grundirrtum oder eine Verleumdung, wenn man das ganze Volk als durchseucht hinstellen will von jenem Gift, das meist von ausländischen oder im Auslande vorgebildeten Agitatoren verbreitet wird und sich auf dem Nährboden des studentischen Bildungsproletariats zu einer eigenartigen Krankheitsform entwickelt hat. Unstreitig ist es eine Erfindung, daß sich zu den Revolutionären unter den Studenten und Arbeitern nun auch die Bauern gesellt haben sollen. Aus einigen Bauernkrawallen in einem so ausgedehnten ackerbau-treibenden Lande ist das doch noch nicht zu schließen, wenn es auch Tatsache ist, daß in weiten Distrikten des Reiches infolge mehrjähriger Mißernten schwere Notstände herrschen und daß der russische Bauernstand hungern muß und zurückkommt, damit von der Ausfuhr eines in Wirklichkeit gar nicht mehr vorhandenen Überschusses an Getreide die riesigen Kosten für die Wehrmacht des Reiches und seine asiatische Politik bestritten werden können.

Persien und China in russische Schutzstaaten zu verwandeln, das ist gegenwärtig das Hauptziel der russischen Außenpolitik, in denen es durch kostspielige Verwicklungen in Europa im panslavischen Interesse nicht gestört sein will, und es ist wohl möglich, daß dieses Ziel erreicht wird, wenn das Reich die Spannung aushält. Wenn man ihm die Zeit dazu gönnt, wird ihm das Werk auch gelingen, nur zu einem großen Kriege würde ihm das Geld fehlen. Daraus läßt sich auch verstehen, warum gerade Rußland in China so zurückhielt und sich am ersten zurückzog, denn die Sache kam

ihm zu teuer, und die Mandchurei mußte ihm so wie so zufallen trotz Englands und Japans. In den letzten Jahren ist England in Mittel- und Ostasien Rußland gegenüber stark im Nachteil gewesen, weil es durch den südafrikanischen Krieg nach den verschiedensten Richtungen hin gelähmt war. Es war nicht allein das schwindende Ansehen vor seiner Macht, sondern auch die finanzielle Lage Englands, die es in Asien ins Hintertreffen brachte, denn dort spielt das Geld doch immer die Hauptrolle in der Politik. England ist nun trotz alledem auch heute noch viel reicher als Rußland, aber die riesigen Geldausgaben für Südafrika mochten es in Asien etwas knickerig gemacht haben, so daß der freigebig gespendete Rubel zeitweilig das rollende Pfund überwog. In Asien stammen die besten politischen Notizen noch immer aus der Bank. So ist Rußland nicht allein durch Waffengewalt, sondern auch durch seine Rubelscheine in den tatsächlichen Besitz der Mandchurei gelangt, wenn auch der Vertrag darüber formell etwas anders lautet. Jedenfalls wird Rußland nicht wieder von da weggehen, auch der englisch-japanische Vertrag wird es nicht von da vertreiben, und damit hat Rußland den Engländern in Nordchina einen gewaltigen Vorsprung abgezwungen.

Der Zar und die äußere Politik.

Die vorhin gezeichneten Grundlinien der russischen äußeren Politik erhalten eine sprechende Illustration durch die Besuche am Zarenhofe. Der Besuch des österreichischen Thronfolgers bestätigte die Tatsache, daß Österreich-Ungarn ebenso wie Rußland Ruhe haben will auf der Balkanhalbinsel und letzteres die veralteten panslawistischen oder besser griechisch-orthodoxen Ideen von der Eroberung Konstantinopels aufgegeben hat, vielleicht bloß für absehbare Zeit. Im Mai wurde der Präsident der französischen Republik glänzend empfangen. Frankreich ist dazu bestimmt, Rußland bei seinen Plänen in Ostasien den Rücken zu decken und nebenbei auch noch gelegentlich durch bereitwillige Aufnahme russischer Anleihen die Kassen des Zarenstaates zu füllen, auch unter Rußlands Einfluß den Finanzen Bulgariens aufzuhelfen. Dabei versteht es Rußland ganz gut, den Bulgaren gegenüber Frankreich ein wenig beiseite zu schieben und selbst als der eigentliche Geldgeber zu erscheinen. Bulgarien ist von besonderer Wichtigkeit für die jetzt von Rußland eingehaltene Politik in Bezug auf die Balkanhalbinsel, denn in diesem kleinen Lande voller politischer Begehrlichkeiten fanden die unruhigen Mazedonier die möglichste Unterstützung. Dies zu hintertreiben und Bulgarien ganz ins Schlepptau der russischen Balkanpolitik zu bekommen, wurde die bulgarische Anleihe betrieben und unterstützt, sowie auch dem Fürsten Ferdinand, um ihm daheim eine festere Stütze zu verschaffen, in Petersburg eine glänzende Aufnahme bereitet, als er im Juni mit seinem Minister des Äußern, Danev, dahin kam, um vom 10. bis zum 15. da zu verweilen. Im Juli folgte dann der Antrittsbefuch des Königs Viktor Emanuel und im August der Besuch des Kaisers Wilhelm bei den Flottenmanövern in

Reval. Friedenspolitik ist das feste Band, welches beide Kaiser zu gemeinsamem Vorgehen vereinigt, bei Deutschland fließt sie aus der festen Überzeugung von den Pflichten einer europäischen Zentralmacht, bei Rußland mehr aus der Notwendigkeit, den Frieden erhalten zu müssen; in der Wirkung kommt beides auf dasselbe hinaus.

Anfang September kamen über Kopenhagen ungünstige Nachrichten über das Befinden der Zarin, die sich einer bedauerlichen Operation habe unterziehen müssen. Es handelte sich um die abermalige Vereitelung der Hoffnung auf einen Thronerben, worüber der Kaiser aus naheliegenden Gründen sehr betrübt war. Er begab sich trotzdem Mitte September zu den großen Manövern bei Kursk, zu denen der Schah von Persien auf seiner Rückreise aus Europa eingeladen worden war. Bei der Galatafel im Kaiserzelt bei Ryschkowo sprach der Zar in seinem Trinkspruch auf den Schah die Hoffnung auf die weitere Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen Persiens zu Rußland aus. Der Schah erwiderte, auch er hoffe, daß das Band, welches die beiden Länder verknüpft und das schon so fest ist, noch fester werde. Persien ist der wichtigste Stützpunkt für den die englische Vorherrschaft in Indien gefährdenden Wettbewerb Rußlands in Mittel- und Südasien. Am 18. September fand zum Abschluß der Manöver bei Rakwa eine Truppenchau über 80.000 Mann statt, eine Vorführung militärischer Macht, die dem Schah bei seiner Anwesenheit in England freilich nicht hatte geboten werden können. Nachmittags reiste der Schah nach Persien ab und wurde vom Kaiser Nikolaus, sämtlichen Großfürsten und den Ministern zum Bahnhof geleitet. Der Kaiser kehrte nach Peterhof zurück. Der persische Großwesir erhielt den russischen Andreasorden, und man brachte diese seltene Auszeichnung mit dem günstigen Verlauf der Verhandlungen zwischen Rußland und Persien in Verbindung, von denen sich die wichtigsten auf die Erweiterung des seit Jahren bestehenden Eisenbahnabkommens und auf den Übergang der Straße von Teheran nach Rescht am Kaspischen Meer in die Hände der russischen Regierung, oder, wie es heißt, der „russisch-persischen Gesellschaft für Verkehrswege“, sowie auf Vermehrung des Dampferverkehrs zwischen Odessa und den persischen Häfen beziehen. Den Spätherbst verbrachte der Zar mit seiner sich rasch wieder erholenden Gemahlin in Eivadia auf der Krim, wo er sich ununterbrochen den Regierungsgeschäften widmete. Diese galten in der Hauptsache der Arbeiter- und der Bauernfrage, während die Schulfrage aus Mangel an Geldmitteln wieder fallen gelassen wurde. Am 23. Dezember traf das Kaiserpaar wieder in Petersburg ein.

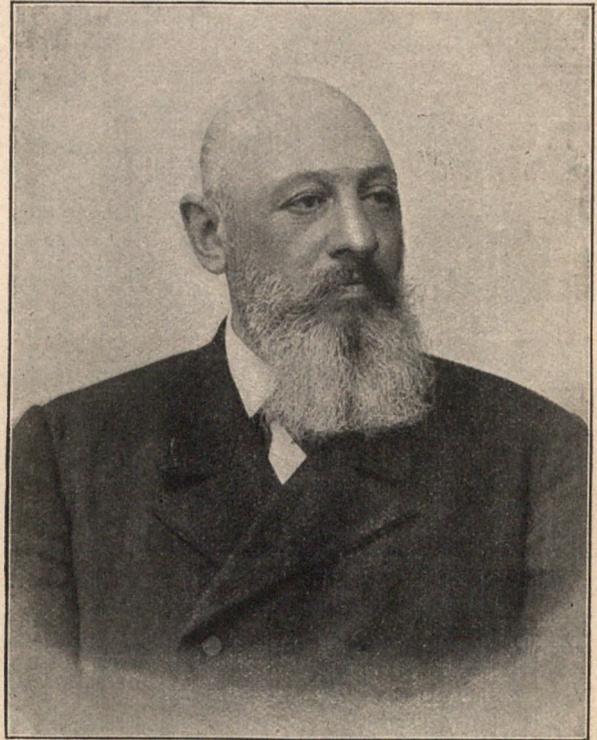
Unruhen und Reformversuche.

Im Februar kam aus Rußland die nicht befremdende Nachricht, daß die Universitäten in Petersburg, Kiew und Charkow wegen Studentenunruhen wieder einmal geschlossen worden waren. Angeblich war die Bewegung infolge eines Gerüchtes über den Tod Tolstois ausgebrochen. Die Erregung, die Leo Tolstoi durch seine Werke in

die Köpfe der russischen Jugend geworfen hat, sind vom Absolutismus und der Orthodogie schon lange als Gefahr erkannt worden, und die Kirche hat Tolstoi in den Bann getan. Mit dem Einspruch dagegen hatte sich unter der Fahne des Fortschritts und der Freiheit wieder alles vereinigt, was in Rußland unzufrieden ist, also namentlich Studenten und Arbeiter, außerdem große Kreise des Gelehrtenstandes, der Künstler, Schriftsteller und Beamten, die infolgedessen die Unruhen der Studenten und Arbeiter mit Sympathie verfolgen und sie im geheimen unterstützen. Das zeigte sich auch wieder bei der Affäre des Dichters Maxim Gorki. Dieser ist ein ebenso leidenschaftlicher wie geistvoller Anhänger der radikalen Richtung und war in die Krim verbannt worden, wo er unter polizeilicher Aufsicht lebt. Die Petersburger Akademie wählte ihn im März zu ihrem Ehrenmitgliede, aber die Wahl wurde von der Regierung für ungültig erklärt, und die Akademie selbst erklärte, man habe nicht gewußt, daß gegen Gorki eine Untersuchung wegen staatsverbrecherischer Umtriebe schwebte. Die Bewegung unter den russischen Studenten trägt offenbar einen revolutionären Charakter, dies zeigt schon die Tatsache, daß in Kiew und Moskau rote Fahnen entfaltet wurden und die Führer der Mehrzahl nach zugleich die Leiter der revolutionären Arbeiterschaft sind, daher kommt es auch, daß bei allen Putsch- und Arbeiter- und Studenten gemeinsame Sache machen. Den Führern, die zumeist außerhalb der Reihen der Studentenschaft stehen, ist natürlich an nichts weniger gelegen, als an der Beruhigung der Studenten, wie sie von dem wohlmeinenden Unterrichtsminister Wannowski mit Ernst angebahnt werden sollte. Vielmehr wurde jeder Anlaß benutzt, um die Studentenschaft zu unbedachten Schritten hinzureißen, damit die Regierung gezwungen werde, mit Strenge einzugreifen und dadurch neue Unzufriedenheit zu schaffen. Der fast gleichzeitige Ausbruch der Unruhen in mehreren Universitätsstädten beweist, daß feste revolutionäre Organisationen bestehen. In so barbarischen Szenen wie im vorigen Jahre in Petersburg war es diesmal nicht gekommen, die Anzahl der Verwundeten war nicht sehr groß, dagegen war die Summe der Verhafteten beträchtlich, die Mehrzahl wurde mit Gefängnis bestraft, aber auf Befehl des Kaisers nur die Rädelführer nach Irkutsk verbannt. In Moskau revoltierten die eingesperrten Studenten wiederholt und steckten auch das Gefängnis in Brand. Die Universität in Kiew wurde schon am 31. März wieder eröffnet.

An Attentaten war unter so aufgeregten Verhältnissen kein Mangel. Am 31. März wollte eine Hauslehrerin Mart den Polizeimeister Trepow von Moskau erschießen; der Revolver versagte. Am 15. März wurde der Minister des Innern, Sijjagin, in der Vorhalle des Reichsratsgebäudes in Petersburg von einem ehemaligen Studenten erschossen. Seine Persönlichkeit konnte nicht festgestellt werden und er gestand nichts; er wurde kriegsrechtlich erschossen. Sijjagin galt als ein gebildeter Jurist und wohlwollender Mann, dessen persönliches Verhalten keineswegs zu einem Mordversuch herausforderte. Am 19. Mai wurde der Gouver-

neur von Wilna, Generalleutnant v. Wahl, durch zwei Revolvergeschüsse von rückwärts leicht verwundet. Der Verbrecher wurde verhaftet und nannte sich Hirsch Leferi. Auch General v. Wahl zeichnete sich nicht durch besondere Härte aus. Er wurde später, am 30. September, zum Gehilfen des Ministers des Innern und zum Kommandanten des Gendarmeriekorps ernannt. Im August wurde auf den Gouverneur von Charkow, den Fürsten Obolenski, ein Attentat verübt, dessen Urheber auch



Dimitrij Sergiewitsch Sijjagin.
Russischer Minister des Innern. † am 15. April.

verhaftet wurde, aber sich weder nannte, noch als Persönlichkeit festgestellt werden konnte, jedoch sich als Mitglied der Kampforganisation der sozialdemokratischen Partei bezeichnete. Die sozialdemokratische Propaganda versuchte, sich auch in der Armee Eingang zu verschaffen, und der Kriegsminister Kuropatkin mußte sich in einem scharfen Erlaß dagegen wehren.

Die Lage der Landwirtschaft und namentlich die der Bauern ist nahezu hoffnungslos. Die Ernten fallen von Jahr zu Jahr schlechter aus, und sie werden auch fernerhin nicht anders ausfallen können, denn der Bauer bewirtschaftet sein Land nicht als sein Eigentum, sondern als Anteil am Gemeindegut, das ihm bei jeder Neuverteilung genommen werden kann. Der in einem thöricht konservativen Sinne wie ein urrussisches Heiligtum bewahrte Gemeindegut treibt den Bauer geradezu zur Auswanderung. Dieser hat kein Interesse an einer besseren Bewirtschaftung seines Anteils, selbst wenn er das Geld dazu hätte. Warum soll er für seine Gemeindegüter eintreten, von denen die Klugen faulenzten und trinken, die Dummen das Land so weit bearbeiten, daß es den Steuerbetrag deckt und

für die Familie selbst nur den kärglichsten Ertrag übrig läßt! Es wird infolgedessen ein Raubbau schlimmster Art getrieben, und der von Natur fruchtbare Boden ist an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt. Wo es angeht, übernehmen Frau und Kinder die Bearbeitung und der Mann geht als Arbeiter in die Stadt, um Geld zu verdienen



Der russische Finanzminister Witte.

und zu trinken. Auf dem Lande lassen sich nur noch weitere Erträgnisse aus dem Boden heraus-schlagen, wenn er rationell bearbeitet wird, aber dazu fehlt es dem russischen Bauer an Intelligenz und Geld. Er ist an sich bescheiden von Natur und durch viele Jahrhunderte hindurch gewöhnt, zufrieden zu sein, wenn er nur sein armseliges Leben hat. Aber das gönnt ihm der Wucherer auch nicht mehr, und so hat er sich auch schon an gelegentliches Hungern gewöhnen müssen. Je weniger ihm seine Scholle einbringt, desto mehr nimmt ihm der Wucherer, und desto weniger behält er für sich, seine Familie und sein Vieh zurück. Es kommt gar nicht selten vor, daß der Bauer dem Kulak (Dorf-wucherer) seine Arbeitskraft um ein geringes Dar-lehen im Winter verkauft, dann wird der Bauer

wie ein Kuli dahin geschafft, wo es Arbeit gibt, also meist nach den Fabriken. Noch ist Rußland ein fruchtbares Land, und es gibt dort Landstriche genug, wo viel mehr Getreide gebaut wird, als Mensch und Vieh verzehren können. Aber was jetzt ausgeführt wird, ist meist erdartes und er-hungertes Getreide, welches besser zur Ernährung von Menschen und Vieh benützt würde.

Aus dem Vorstehenden ist ersichtlich, wie und wo das Bauerntum mit den Arbeiterkreisen und damit auch mit den Agitatoren aus studentischen Kreisen zusammentrifft. Es braucht darum auch nicht wunderzunehmen, daß sich in der Nähe der Universitätsstädte, in den Gouvernements Charkow, Kiew und Moskau Bauernunruhen zeigten, die ganz wie anno 48 in Deutschland darin bestanden, daß vor das Schloß des benachbarten Gutsherrn gezogen und dort geplündert wurde. Das Militär griff rasch ein, und da sich die verhetzten Bauern wider-setzten, gab es Tote und Verwundete. Die Guts-besitzer wurden aus der Reichsrentekasse entschädigt und die Dorfgemeinden, deren Bauern an den Un-ruhen teilgenommen hatten, zur ratenweisen Rück-zahlung der Entschädigungssumme verpflichtet. Von einer Revolution im landläufigen Sinne gegen die bestehende Rechtsordnung oder gegen die herrschende Dynastie ist nirgends die Rede gewesen. Die von den Universitäten relegierten Studenten hatten den unwissenden Bauern einfach eingeredet, der Zar habe wegen der Mißernten eine neue Verteilung des Landes zu Ungunsten der Gutsbesitzer ange-ordnet, und die wollten nun die Bauern erzwingen. Man kann daraus ersehen, daß unter Umständen auch die Verschickung nach Sibirien ihr Gutes hat. Mitte November kamen auch Nachrichten über Ar-beiterunruhen aus Rostow am Don, wo 3000 Ar-beiter der Werkstätten der Wladikawkasiseisenbahn in den Ausstand eingetreten waren. Ihre Forder-ungen waren die üblichen: weniger Arbeit, mehr Lohn und Entlassung einiger mißliebiger Beamten. Der Verkehrsminister lehnte die Forderungen ab, und bald darauf wurden sozialdemokratische Auf-rufe verteilt, und es fanden in einer Schlucht Ver-sammlungen statt, welche verboten wurden. Da die Arbeiter sich hieran nicht kehrten, wurden Kosaken aufgeboden, die mit Steinen beworfen wurden und darauf feuerten, so daß es Verwundete gab. Ähn-liches kam auch in Tschoreßkaja vor, wo die Eisen-bahnarbeiter von Leuten aus Rostow a. D. auf-gewiegelt worden waren. Die Heranziehung eines Eisenbahnbataillons und die Entziehung des Kre-dits für die Streikenden durch den Arbeiterkonsum-verein ernüchterten die Arbeiter, denen die Agitatoren, wie überall, einredeten, daß das Militär wider-rechtlich eingegriffen habe.

Nun hat Rußland, wie auch die grundsätzlichen Gegner der Regierung zugeben müssen, in der Arbei-tergesetzgebung in den letzten zehn Jahren unge-wöhnliche Fortschritte gemacht, obwohl die Arbeit-geber sich kaum in einem anderen Staate so sehr gegen die Verbesserung des Loses der Arbeiter ge-sträubt haben, wie gerade in Rußland. Das Ar-beitergesetz vom 3. Juli 1886 gestattet nur schrift-liche Arbeitsverträge, die Kinderarbeit ist seit 1896 eingeschränkt, unter zwölf Jahren überhaupt ver-

boten worden, die Fabrikbesitzer sind für die Unfälle der Arbeiter verantwortlich gemacht worden. In den Staatswerkstätten steht seit 1891 den Arbeitern für die eigene Person wie für die Familienmitglieder Pensionsberechtigung zu, seit 1886 bestand eine staatliche Fabriksinspektion, die allerdings am 22. März auf die Polizei übertragen wurde, Gesundheitspolizeiliche Vorschriften sind seit Jahren erlassen worden. Es hat sich leider gezeigt, daß die allgemeinen Gesetze in dem ungeheuren Reiche, in welchem die Arbeiter unter den denkbar verschiedensten Lebens- und Arbeitsbedingungen ihr Dasein führen, in der Praxis vielfach versagen. Im einzelnen will man nun der Frage der Unfallversicherung näher treten. Der neue Minister des Innern, von Plehwe, ist für die staatliche Versicherung, der aber der Finanzminister v. Witte aus finanziellen Gründen entgegentritt. Wenn man alle diese Gesichtspunkte in Betracht zieht, muß man zu dem Schluß kommen, daß es nicht an der russischen Regierung liegt, wenn es zu Arbeiterunruhen kommt. Sie tut, was sie kann, und auch von ihr wird die Fürsorge für den Arbeiter der für die Landwirtschaft vorgezogen. Übrigens machen die bedeutenden Fabriken im ehemaligen Königreich Polen eine rühmliche Ausnahme. Sie sind in jüdischen und ausländischen, vielfach deutschen Händen und haben meistens ihren Angestellten alle Wohlfahrtsanstalten gewährt, die in Deutschland durch Gesetz vorgeschrieben oder freiwillig eingeführt worden sind.

Viel ungünstiger steht es mit der Fürsorge für die Bauern, und da befindet sich die Regierung selbst in einer gewissen Ratlosigkeit. Der russische Bauer ist von Jahr zu Jahr immer schwerer zu behandeln, denn seine Familie vermehrt sich stark, sein Anteil am Gemeindefundus ist eigentlich nur noch ein Begriff, von dem er nichts mehr hat. Um so weniger er vom Leben versteht, um so mehr verlangt er vom Staate, denn er ist davon fest überzeugt, daß „Väterchen“ Jar ihm unter allen Umständen helfen wird und muß. Der Arbeit hat er sich fast gänzlich entwöhnt, da er auf dem Gemeindebesitz nicht arbeiten mag, lieber dient er noch dem Gutsherrn für bares Geld, das er vertrinken kann. Die Agitatoren haben ihm seit den Achtzigerjahren den Kopf wüst gemacht und die Liebe des deutschen Bauern zur eigenen Scholle hat er nie gekannt. Aber ein eigentlicher Revolutionär ist er noch nicht, für den Zaren läßt er sich totschlagen. Was freilich das auf den russischen Schulen künstlich erzogene Agitatorentum aus diesem Bauern mit so eigentümlichen Mängeln an Sittlichkeit und Kraft machen wird, muß noch abgewartet werden. Selbst helfen können sich die Bauern nicht, sie leben ihren Schlandrian weiter. So hatte sich in Simferopol eine deutsche landwirtschaftliche Genossenschaft gebildet, die auch von der russischen Presse sehr gelobt und empfohlen wurde; es traten aber nur zwei russische Besitzer bei. Dagegen ist in den beratenden Ausschüssen, die auf Veranlassung des Finanzministers v. Witte einberufen worden sind, um über die wirtschaftlichen Fragen des Landes zu beraten, ein Eifer zu politischer Tätigkeit vorhanden, der nur von ihrer Unkenntnis der allgemeinen Lage im In- und Auslande übertroffen wird. Jeder fühlt sich als kleiner

Parlamentarier und hat das Rezept zur Staatsrettung auf der Zunge. Es werden wohl viele gesunde Gedanken entwickelt, aber man schießt meist über die Aufgabe hinaus, die da heißt: Wie hilft man der Landwirtschaft auf? und zeigt mehr, als der Regierung lieb ist, daß man eigentlich ein Parlament möchte, das doch in anderen Staaten der Landwirtschaft auch nicht aufzuhelfen verstanden hat.

Ministerveränderungen.

Wie schon erwähnt wurde, ist an Stelle des ermordeten Sjipjagin als Minister des Innern seit dem 18. April der bisherige Staatssekretär für Finland (der erste Nichtfinländer in diesem Amt), Senator v. Plehwe getreten. Er gehört einer orthodox-russischen Familie von deutscher Herkunft an. Man hält ihn für den Vertreter einer reaktionären Richtung, was ja auch nach den Meuchelmordversuchen vorauszusehen war. Wie weit übrigens diese Ansicht berechtigt ist, muß sich erst herausstellen. Man hatte z. B. die Ernennung des Senators Swerew an Stelle des Fürsten Schachowskoj zum Chef der Oberprüfverwaltung getadelt, weil jener für verschiedene unliebsame Erlässe des im vorigen Jahre ermordeten Unterrichtsministers Bogoljepow verantwortlich gemacht wurde. Nun hat aber die „Nowoje Wremja“ im Oktober Artikel über das russische Beamtentum ungehindert veröffentlicht dürfen, die Aufsehen erregten. Es wäre freilich für die gesamte Entwicklung Rußlands von Wert, wenn an den veralteten Zuständen des russischen Beamtentums eine ernste Kritik geübt würde. Wie wir schon erwähnten, hat Herr v. Plehwe an der Tätigkeit der Landschaften (Semstwo) keine Freude. Er hat auch das Gesuch abgelehnt, eine Zeitung zur Erörterung gemeinsamer Fragen der Landschaften herauszugeben. Allerdings begegnen sich sowohl die Anhänger liberaler Reformen wie die schroffen Gegner des Absolutismus in der Ansicht, daß die Landschaften die Träger der „parlamentarischen“ Bestrebungen sind. Der Minister des Innern dürfte darum gemeint haben, die Gründung des Blattes solle den Landschaften auf diesem Umwege einen politischen Charakter verleihen.

Am 24. April trat der Unterrichtsminister General Wannowski zurück und wurde durch den bisherigen Gehilfen des Ministers Dr. Sänger ersetzt. Diese Ernennung konnte nach dem Vorgefallenen auch nicht anders als in etwas reaktionärem Sinne erwartet werden. Man wird also wohl zeitweilige Ruhe erzwingen. Ob man aber dann diesen Zustand benutzen wird, zeitgemäß Reformen durchzuführen, dürfte mindestens zweifelhaft erscheinen.

Slawisches.

Es lag nahe, daß die großpolnische Aufregung, die wegen der Vorgänge in Wreschen vom demokratischen Flügel der polnischen Aktionspartei geschürt wurde, auch im Königreich Polen zum Ausdruck kam. An mehreren Gymnasien, namentlich in Siedlec, kam es zu Ausschreitungen, weil die Schüler sich weigerten, die Zarenhymne in russischer Sprache zu singen. Die Regierung griff

energisch ein, schloß das Polytechnikum in Warschau und die Gymnasien, an denen Widersezlichkeiten vorgekommen waren. Die polnische Geistlichkeit nahm für die Demonstranten Partei, indem sie der Regierung erklärte, die Kirchensprache sei lateinisch, außer dieser könne nur noch die volksübliche Verkehrssprache, also die polnische, berücksichtigt werden. Der Vorschlag, die Zarenhymne polnisch singen zu lassen, wurde von der Regierung abgelehnt, und der Bischof von Kalisch, der die Volkshymne in russischer Sprache nicht gestattet hatte, wurde seines Amtes entsetzt. Die Untersuchung gegen die Gymnasialisten ergab, daß die Schüler durch ausländische Polen angereizt worden waren, was zur Verhaftung mehrerer junger Leute führte, die im vorigen Jahre von den preussischen Behörden verfolgt worden waren, weil sie sich nicht in dem Akademikerprozesse in Posen gestellt hatten. Man bemerkte überhaupt eine große Unruhe unter den polnischen Patrioten und konnte verschiedene Feststellungen machen, aus denen hervorging, daß die polnischen Revolutionäre Fühlung mit den Führern der sogenannten „Studentenbewegung“ unterhielten. Man behauptete sogar, zahlreiche Offiziere seien dabei beteiligt. Die Verhaftung eines Oberstleutnants Grimm in Warschau wegen Spionage wurde anfangs auch mit einer großen „Militärverschwörung“ in Verbindung gebracht, hinterher aber von polnischen Blättern verbreitet, Grimm habe als Deutscher sich verpflichtet gefühlt, den Deutschen die russischen Festungspläne zu verraten. Daß ein Pole so gehandelt haben würde, wollen wir glauben. Abriqens war Grimm ein Russe mit deutschem Namen, was oft vorkommt, und daß er zu Zwangsarbeit verurteilt wurde, läßt nicht einmal annehmen, daß sein Verrat besonders groß gewesen sein kann.

Die sogenannten panslavistischen Ideen werden in Rußland, seitdem in der Balkanpolitik eine neue Wendung eingetreten ist, nicht mehr sehr gern gesehen und treten darum auch mehr zurück. Bei der Aleksow-Feier im slavischen Wohltätigkeitsverein im Februar wurde zwar viel von Ausbreitung der slavischen Gemeinsamkeit geredet, auch regte der bulgarische slavische Verein die Errichtung eines „internationalen“ Ausschusses aller slavischen Vereine an, aber Fortschritte hat die allslavische Bewegung seit Jahrzehnten nicht mehr gemacht, außer daß man jetzt in solchen Versammlungen russisch spricht, während man sich bis vor kurzem in deutscher Sprache verständigen mußte. Ohne letzteres Anzeichen zu unterschätzen und das Streben nach einem natürlichem Zusammenschluß des Slavischen glatt hin zu verurteilen, muß doch betont werden, daß man von einer politischen Verwirklichung panslavistischer Ideen heute entfernter ist als je.

Die angesehenere russische Monatschrift „Wjestnik Jewropy“ äußerte sich im Oktober darüber: „Die Illusion des Panslavismus ist bei uns schon längst überwunden. Vor einem Vierteljahrhundert glaubte unsere Presse noch an diese Einigung, und begeisterte sich für die Ideen des Panslavismus; heute kann man über die slavische Bruderschaft kaum anders als in ironischem Tone reden. Nur politische Berechnung veranlaßt die Bulgaren und Serben, enge Beziehungen zu Rußland zu pflegen, nicht etwa die Theorien des slavischen Bündnisses. Zwischen den einzelnen slavischen Völkerschaften macht sich überall auf der Balkanhalbinsel wie in Osterreich-Ungarn ein Zwiespalt geltend. Die Serben bekämpfen die Bulgaren und führen in Mazedonien einen geheimen Kampf gegeneinander. Dasselbe sehen wir in Osterreich-Ungarn, wo die Tschechen den Polen nicht trauen und die Kroaten gegen die Serben kämpfen.“ Mit Mißtrauen wird in den leitenden Kreisen die Verbreitung der Polen, namentlich in den Ostseeprovinzen, aber auch westlich des Weichselgebietes, verfolgt und man sucht mit einer strengen Russifizierung der Volksschulen auch diesem Übel zu beugen.

Die Russifizierung Finlands schreitet unaufhaltsam fort. Der Gouverneur Bobrikow löste das berühmte finländische Dragonerregiment auf und maßregelte die Zeitungen. Infolge der Aufhebung des finländischen Heeres und der Durchführung des neuen Rekrutierungsgesetzes kam es am 21. April in Helsingfors zu Demonstrationen auf den Straßen, worauf Generalmajor Kaigorodow die Kosaken mit der Knute vorgehen ließ, auch in anderen Städten wurde gegen die neue Aushebung demonstriert und das Gericht in Abö erklärte, es könne nicht dabei mithelfen, daß die Aushebung durchgeführt werde, und alle finländischen Gerichte erkannten auf Freisprechung der wegen des Wehrpflichtgesetzes Angeklagten. Das Resultat war eine Massenauswanderung meist junger Leute. Ende September kamen neue Verordnungen, nach denen die Machtbefugnisse des Senats beschränkt, die der Gouverneure erweitert wurden, außerdem sollten Russen in Zukunft nicht mehr als Ausländer betrachtet, konnten demnach auch für die Staatsämter verwendet werden. Zahlreiche Richter erhielten ihren Abschied, der Generalpostmeister Hjalmar Lagerberg ging im Dezember freiwillig, weil er nicht zugeben wollte, daß politisch verdächtige Briefe „in Gegenwart des Adressaten“ geöffnet werden sollten. Zu der politischen Not kam über das gepeinigte Land infolge einer Mißernte auch noch eine schwere Hungersnot.

Skandinavien.

Schweden und Norwegen. Die politische Bewegung in Schweden drehte sich in der Hauptsache um die Erweiterung des Wahlrechts und die Steuerreform. Dem am 17. Januar zusammentreten-

den Reichstage wurden von der Regierung zwei darauf bezügliche Vorlagen unterbreitet. Die Stimrechtsvorlage, die bei keiner Partei besondere Zustimmung fand, führte zu dem Beschluß der Kam-

mern, in einem Schreiben an den König für 1904 um die Vorlegung eines neuen Wahlgesetzes zu ersuchen, welchem das allgemeine Wahlrecht, doch mit Verhältniswahlen und Gleichstellung von Stadt und Land, zu Grunde gelegt werden soll. Dieser Beschluß gefiel weder den äußersten Liberalen noch den Sozialdemokraten, welche für das allgemeine Stimmrecht eine lebhaftere Agitation entfalteten. Noch während der Beratung des Wahlgesetzes in der Kammer beschloßen sie am 13. April einen allgemeinen Ausstand, der vom 15. beginnen sollte. Es kam zu Straßenumzügen, auch kamen gelegentliche Ausschreitungen vor, doch brachte der Ausstand den beabsichtigten Erfolg nicht, rief im Gegenteil Unwillen über die Gewaltpolitik der Arbeiter hervor. Die Arbeitgeber schlossen sich zusammen und schon im Mai mußten die Sozialdemokraten den Streik für beendet erklären. Der erwähnte Beschluß über die Verschiebung der Wahlrechtsvorlage wurde am 16. Mai in der zweiten Kammer mit 117 gegen 107 Stimmen gefaßt. Am 26. April hatten beide Kammern das Steuerreformgesetz angenommen, das die progressive Einkommensteuer mit Selbsteinschätzung bringt. Es soll die Kosten für die im Vorjahre beschlossene Heeresordnung aufbringen. Der Fall der Stimmrechtsvorlage zog einen Ministerwechsel nach sich; das Ministerium v. Otter trat zurück und in die Leitung des neuen wurde der alte *Boström* wieder berufen, was bei den gemäßigten Liberalen Zustimmung fand, da er von seinen ehemaligen Neigungen für Schutzzölle zurückgekommen und der geeignete Mann für die Verhandlungen mit Norwegen über die Konsulatsfrage war. Der September verging mit den Wahlen zur Kammer, bei denen die Stimmrechtsfrage von ausschlaggebender Bedeutung war. Die liberale Sammlungspartei hatte den Haupterfolg, obgleich sie die absolute Mehrheit nicht erlangte, die Sozialdemokratie brachte es auf 4 Mandate. Die schlechte Ernte des Jahres und der früh einsetzende Winter rief im nördlichen Schweden einen großen Notstand hervor.

In Norwegen trat Anfang April ein Ministerwechsel ein, *Steen* trat zurück und wurde durch den bisherigen Chef der norwegischen Regierungsabteilung in Stockholm, *Blühr*, ersetzt. *Steen*, der die Partei der auf die Trennung von Schweden Hinstrebenden vertrat, hatte nur einen mit vielen Demütigungen verknüpften schwachen Erfolg in der Flaggenfrage, in Angelegenheit der Trennung der Konsulate aber nichts erzielt. Diese Angelegenheit sollte nun das neue Ministerium kräftig in die Hand nehmen. Die auf Veranlassung des schwedischen Ministers des Außern, *Lagerheim*, zusammengesetzte Unionskommission war grundsätzlich für die Trennung, und es handelte sich nur noch um die Art und Weise. Eine neue Frage

hatten die Abgeordneten *Hedin* und Genossen aufgeworfen, die der Neutralität Schwedens und Norwegens. Während die schwedische zweite Kammer den Antrag einfach abgelehnt hatte, beschloß der norwegische Storting, die Regierung zu ersuchen, sie möge die Durchführung der Neutralität anstreben unter Formen, welche die Freiheit und Selbständigkeit beider Reiche gewährleisten. Um mehr als einen Agitationsstoff handelt es sich hierbei kaum.

Dänemark. Das öffentliche Interesse wurde in der ersten Jahreshälfte hauptsächlich vom Verkauf der dänischen Antillen an die Vereinigten Staaten in Anspruch genommen. Es handelt sich um die drei kleinen Inseln *St. Thomas*, *St. John* und *Sainte Croix*, welche die Vereinigten Staaten schon seit 1865 zu verschiedenen Malen anzukaufen beabsichtigten. Die Bewohner der Inseln sind nicht dafür und der Stolz der Dänen hatte sich bisher gegen einen Verkauf ablehnend verhalten. Ende 1901 schien endlich eine Vereinbarung abgeschlossen worden zu sein, die am 24. Januar 1902 in Washington unterzeichnet wurde. Das *Folkething* nahm den Vertrag am 11. März unverändert an, das *Landsting* beschloß dagegen, die Entscheidung über die Abtretung der Inseln bis nach der Abstimmung der zu den Kolonialratswahlen berechtigten Inselbewohner zu verschieben. Da beide Beschlüsse von einander abweichen, unterbleibt der Verkauf der Inseln für diese Reichstagsession. Der Reichstag wurde darauf geschlossen, weshalb die Steuerreform und die Gehaltsvorlage für die Eisenbahn- und Telegraphenbeamten unerledigt blieben. Angenommen wurden die Vorlagen über Beschaffung neuer Geschütze, die Einsetzung einer Vertheidigungskommission, welche u. a. auch eine neue Wehrordnung ausarbeiten soll, die Erweiterung des Altersversicherungsgesetzes und die Gehaltsregulierungen für Heer, Flotte und Post. Die Regierung hatte wegen seines Verhaltens in der Angelegenheit des Verkaufs der westindischen Inseln das *Landsting* aufgelöst, die Neuwahlen ergaben auch eine sonst der Regierung günstige Mehrheit, aber doch lehnte in der Herbstsession das *Landsting* den Verkauf mit Stimmgleichheit wieder ab. Das Ministerium hält trotzdem an dem Verkauf fest, gegen den die Stimmung in Dänemark aber fortwährend wächst. — Die Verfassungsfrage in dem entlegenen *Island* ist um einen bedeutungsvollen Schritt vorwärts gerückt. Das isländische *Althing* hatte ersucht, die oberste verantwortliche Leitung der Insel möge von Kopenhagen nach der Insel selbst verlegt werden. Der König eröffnete darauf den *Islandern*, daß er noch weiter gehen und den Sitz des isländischen Ministeriums nach der Insel verlegen wolle. Die darauf bezügliche Regierungsvorlage wurde selbstverständlich vom *Althing* einstimmig angenommen.

Mittel- und Kleinstaaten.

Holland. Mitte April geriet die niederländische Bevölkerung in tiefe Aufregung, da ihre geliebte Königin Wilhelmine an einem typhösen Fieber erkrankte, das einen sehr bedrohlichen Verlauf nahm und Anfang Mai zu einer frühzeitigen Entbindung führte. Die Königin schwebte längere Zeit in Lebensgefahr, und dieser Umstand brachte nacheinander die Frage einer Regentschaft und auch die Thronfolgefrage in Bewegung, und französische Schwarzseher fabelten schon von einer „deutschen Okkupation“ des Landes, woran doch in keinem

von 8 Millionen, von denen nur 3 Millionen auf die ordentlichen Ausgaben entfallen. Zur Stärkung der ordentlichen Einnahmen wurde die Erhöhung der Spiritussteuer von 63 auf 70 Gulden für das Hektoliter vorgeschlagen.

Belgien. Die inneren Kämpfe drehten sich um die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und des allgemeinen Wahlrechts, in welchen beiden Fragen die herrschende Klerikale Partei den vereinigten Liberalen, Radikalen und Sozialdemokraten



Medaille zur Erinnerung an den Schuß, den die Königin Wilhelmine der Niederlande dem Präsidenten Krüger angedeihen ließ.

Falle zu denken war. Die Jugend der Königin überwand die schwere Krankheit, in der zweiten Hälfte des Mai war sie außer aller Gefahr. Nach einem längeren Aufenthalte während des Sommers in der Lahngegend traf sie am 31. Oktober zum Besuch ihrer Schwiegermutter auf Schloß Rabensteinfeld bei Schwerin ein, wo sie mit ihrem Gemahl, dem Prinzen Heinrich, bis zum 6. Dezember verweilte. — Zu Anfang des Jahres hatte die holländische Regierung eine Telegraphenkonvention mit Deutschland abgeschlossen, durch welche ihre asiatischen Kolonien eine neue Kabelverbindung über Nordamerika erhielten. Die Kammer genehmigte das Abkommen am 10. Juni. Im Herbst kamen günstige Nachrichten aus den Kolonien, wonach die kriegerischen Utjeher endlich vollständig von den holländischen Kolonialtruppen besiegt worden waren. Mit Portugal wurde eine endgültige Gebietsausgleichung auf der Insel Timor erreicht. — Im Juli fanden die Wahlen für die erste Kammer statt, wobei die liberale Mehrheit von 12 auf 4 Stimmen herabsank. — Am 16. September eröffnete die Königin die Generalstaaten mit einer Thronrede. Der Staatshaushalt für 1903 stellt sich nach der Regierungsvorlage auf 164½ Millionen Ausgaben mit einem Fehlbetrag

gegenüberstand. In Belgien bestand seit 1894 das Pluralstimmenwahlrecht, das den berechtigten Wählern noch je eine Ergänzungsstimme gab, wenn sie Familienväter von über 35 Jahren, Grund- oder Rentenbesitzer waren, oder auch wenn sie akademische Bildung hatten oder ein höheres Amt bekleideten. Doch mehr wie drei Stimmen konnte niemand auf sich vereinigen. Durch dieses Wahlrecht waren seinerzeit die Liberalen um die Mehrheit und die Sozialdemokratie in die Kammer gekommen. Jetzt sollte nun das allgemeine Wahlrecht eingeführt werden, und die Sozialdemokraten machten in der Kammer gar kein Hehl daraus, daß sie auf diese Weise zur Herrschaft zu gelangen hofften, um dann das Land zunächst in eine Republik zu verwandeln und dann auch die „kapitalistische Gesellschaftsordnung“ zu beseitigen. Vor der Hand hatten sie mit den Liberalen bloß den Antrag auf Einführung des allgemeinen gleichen Stimmrechts für Gemeinde- und Provinzwahlen eingebracht, weil dafür einfache Mehrheit in der Kammer genügt. Inzwischen schlossen sich die beiden liberalen Parteien, die sich 1885 getrennt hatten, in Voraussicht auf die bevorstehenden Kammerwahlen, zu einer Partei zusammen, deren erster Programmpunkt das allgemeine gleiche Wahlrecht für die Kammer verlangte. Die Klerikale

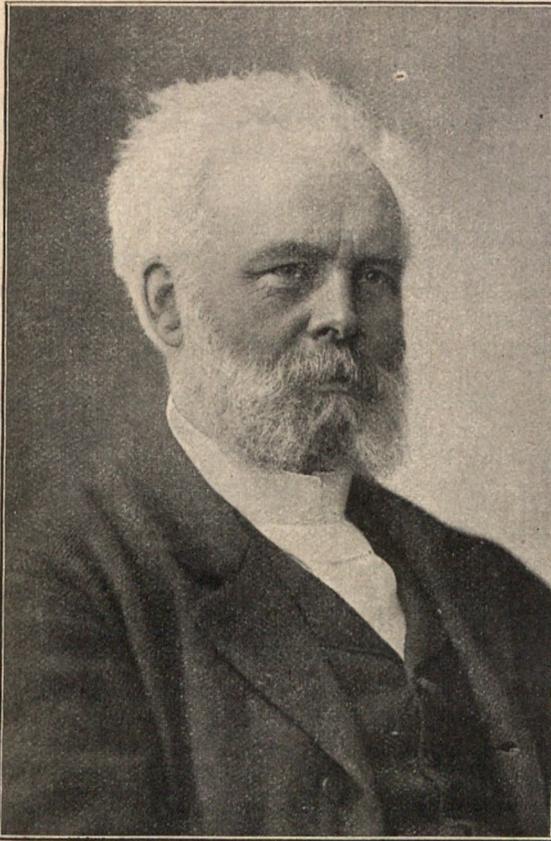
Mehrheit der Kammer erklärte, sie werde diese Forderung, welche eine Verfassungsänderung bedeute, in der Kammer nicht erörtern lassen. Es war anzunehmen, daß es nach belgischen Gepflogenheiten nun zu Straßendemonstrationen kommen werde, die sich gewöhnlich vom vollen Aufruhr nicht sehr unterscheiden. Die Regierung erklärte am 8. April, sie werde am 16. die Verhandlungen über die Verfassungsänderung zulassen. Aber die Sozialdemokraten begannen sofort mit der Agitation, und noch am selben Abend kam es in Brüssel zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. Das war nur der Anfang, die Krawalle wurden von nun an täglich in Brüssel und den größeren Provinzstädten fortgesetzt, man schlug den Klerikalen die Fenster ein, plünderte gelegentlich und schlug sich mit den Polizisten herum. Es sollte dadurch auf das Ministerium und die Kammermehrheit ein Druck ausgeübt werden. Natürlich beteiligten sich alle unsauberen Elemente an den Straßekrawallen, und die sozialdemokratischen Arbeiter in den Kohlenrevieren streikten, einzelne Haufen wollten nach Brüssel ziehen, wurden aber unterwegs aufgehalten. Die Regierung blieb fest, ließ das Parlamentsgebäude und das königliche Schloß militärisch schützen und lehnte am 17. April die Forderung auf Änderung der Regierung ab. In Löwen schoß die Bürgerwehr dreimal auf die Tumultuanten, von denen 6 getötet und 15 verwundet wurden. Am 20. beschloß der Generalrat der Arbeiterpartei, den Streik einzustellen, weil die Arbeiter die Luft zu verlieren begannen. Am 7. Mai konnte die Kammer ruhig geschlossen werden. — Am 26. Mai fanden in vier Provinzen Kammerwahlen statt, welche die Regierungsmehrheit um einige Stimmen verstärkten. Dazu hatten die verunglückten Straßendemonstrationen und Ausstände der Sozialdemokraten am meisten beigetragen.

In Belgien stand bisher das Königshaus außer dem bejahrten König Leopold und seinem Bruder, dem Grafen von Flandern, nur auf den beiden Augen des Prinzen Albert, der sich im Vorjahre mit einer Tochter des Herzogs Karl Theodor in Bayern vermählt hatte. Dem jungen Paare war ein Sohn geboren worden, der am 8. Juni in Brüssel auf den Namen Leopold getauft wurde. Am 19. September starb in Spa die Königin Henriette im 67. Lebensjahre. Sie war die Tochter des Erzherzogs Josef, Palatins von Ungarn, und seit dem 22. August 1853 mit dem König Leopold vermählt, dem sie drei Töchter gebar. Die Königin war wegen ihrer großen Herzensgüte und Mildtätigkeit allgemein beliebt und ihr Tod verursachte aufrichtige Trauer im ganzen Lande, um so mehr, da ihr Familienleben nicht glücklich gewesen war. König Leopold traf am 21. aus dem Pyrenäenbade Luchon in Spa ein, ließ aber seiner Tochter, der ehemaligen Erzherzogin Stephanie, jetzigen Gräfin Conyay, die zum Begräbnis ihrer Mutter nach Spa gekommen war, bedeuten, daß sie nicht am Begräbnis teilzunehmen habe. Diese Schroffheit erregte allgemeines Aufsehen, da der König bei der Art seines Familienlebens hiezu wenig berechtigt erschien. Das Begräbnis der Königin ging in den einfachsten Formen vor sich. Am 15. November fand in Brüssel

eine Gedächtnismesse für die Königinnen Luise und Henriette statt. Auf der Rückfahrt von der St. Gudulakirche wurde von einem italienischen Anarchisten Rubino nach dem königlichen Wagen geschossen. Es wurde niemand verletzt, die Menge wollte den Mörder totschiagen, der die Tat ruhig zugab. — Bezeichnend für die Parteiverhältnisse des Landes ist die betäubende Tatsache, daß die Erinnerungsfeier an die „Schlacht der goldenen Sporen“, in der am 11. Juli 1403 bei Kortryck (Courtrai) die Reitermassen Philipps des Schönen von Frankreich den flämischen Bürgern unterlagen, nicht gemeinsam begangen wurde; die Liberalen feierten sie am 13. Juli, die Regierungspartei am 17. August und die Sozialdemokraten am 31. August. — Die Kammer hatte am 22. März das seit zehn Jahren zwischen ihr und dem Senat schwebende Gesetz wegen Aufhebung der Spielhäuser angenommen, und der König hat es Ende August sanktioniert.

Luxemburg. Am 15. Februar wurde dem erbgroßherzoglichen Paar die sechste Tochter geboren, ein zur Thronfolge berechtigter männlicher Sproß ist nicht vorhanden. Der 85jährige Großherzog Adolf ernannte am 8. April mit Zustimmung der Kammer seinen Sohn, den Ergbischof Wilhelm Alexander, zu seinem Stellvertreter. Das Großherzogtum hat seine bisherige Zugehörigkeit zum deutschen Zollverein aufrecht erhalten und u. a. die deutsche Schaumweinsteuer eingeführt, auch mit Deutschland einen Postvertrag abgeschlossen, nach welchem die Portosätze für die aus einem Lande in das andere gehenden Briefe auf die für das Innere Deutschlands geltenden ermäßigt werden, und einen neuen Zollvereins- und Eisenbahnvertrag bis 1959 vereinbart.

Schweiz. Die „freie“ Schweiz litt, unbeschadet ihrer sonstigen Tüchtigkeit, im Jahre 1902 verschiedene Male an staatlichen Empfindlichkeiten. Zunächst entrüstete man sich einigermaßen über die angebliche Absicht Deutschlands, auf dem Tüllinger Berge bei Basel zum Schutze seiner Eisenbahnen Befestigungen anzulegen. Im März gab es einen diplomatischen Konflikt mit Italien. Der italienische Gesandte in Bern, Silvestrelli, hatte sich einige Artikel des Anarchistenblattes „Le Reveil“ beschwert, in denen das Andenken des Königs Humbert geschmäht wurde, und Bestrafung verlangt. Der Bundesrat verwies darauf, daß nach § 42 des Bundesstrafrechtes dazu ein Antrag Italiens gehöre, Silvestrelli aber war der Ansicht, die Sache falle unter § 4 und 5 des Strafrechtes und warf dem Bundesrat vor, er beschütze die Anarchisten. Das verbat sich der Bundesrat und verlangte von der italienischen Regierung Silvestrellis Abberufung, worauf diese nicht einging. Darauf wurde der diplomatische Verkehr zwischen der Schweiz und Italien abgebrochen, und erst den Bemühungen der Nachbarmächte, vor allen Deutschlands, gelang es, die frühere Freundschaft wieder herzustellen. Als König Viktor Emanuel am 26. August auf seiner Reise nach Petersburg die Schweiz betrat, wurde er in Göschenen feierlich vom Bundespräsidenten Jemp begrüßt. Eine neue, allerdings nicht offizielle, Verstimmung gegen Deutschland war dadurch hervorgerufen worden, daß der Rektor der



Professor Dr. Ferd. Vetter in Bern.

Berner Universität, Prof. Vetter in Nürnberg, die Deutsche Schweiz als eine „geistige Provinz Deutschlands“ bezeichnet hatte. Die Schweizer Blätter heßten, der Senat der Universität Bern bedauerte, daß die Rede so gehalten war, daß sie zu

Mißverständnissen Anlaß gab, und Studenten brachten Vetter eine Katzenmusik. Dieser reichte seine Demission als Professor ein. Auf eine Zuschrift des Bundesrates nahm er sie wieder zurück, und da auch der Berner „Bund“ bedauerte, Angriffe gegen Prof. Vetter aufgenommen zu haben, hatte bald der von einigen wälischen Schweizern angestiftete Sturm im Wasserglase ausgetobt. — Am 1. April fand in Bern die feierliche Einweihung des neuen Parlamentsgebäudes statt. Von den Arbeiten der Vertretungskörper ist zunächst der neue Zolltarif zu erwähnen, der am 24. Juni vom Ständerat, am 3. Oktober vom Nationalrat durchberaten war. Da die Beschlüsse nicht übereinstimmten, mußte die Vorlage an den Ständerat zurückgehen. Der Bundesrat hatte der Bundesversammlung einen Antrag unterbreitet, nach welchem den Kantonen Bundesbeiträge für die Kosten des Elementarunterrichtes verabfolgt werden können. Bisher war das Volksschulwesen Kantonssache und der Nationalrat hatte sich gegen jede Einmischung des Bundesrates ablehnend verhalten. Diesmal war die Zustimmung des Nationalrates erfolgt. Da die neue Bestimmung eine Verfassungsänderung bedeutete, mußte eine Volksabstimmung darüber erfolgen, die am 23. November stattfand und 255.000 für, 77.000 Stimmen gegen den Antrag ergab. Am 26. Oktober fand die Neuwahl des gesamten Nationalrats statt, dessen Mitgliederzahl infolge der Zunahme der Bevölkerung von 147 auf 167 gestiegen war. Gegen die neue Wahlkreiseinteilung war von den Minderheitsparteien, namentlich den Sozialdemokraten, ein Referendum in Szene gesetzt worden, das aber die vorgeschriebene Zahl von 30.000 gültigen Unterschriften nicht voll erreichte. Die Wahlen fanden also ungehindert statt und änderten an den bisherigen Parteiverhältnissen so gut wie nichts.

Die Pyrenäische Halbinsel.

Spanien. Die Wogen der in Frankreich erregten Agitation gegen die geistlichen Orden waren schon im Jahre 1901 nach Spanien hinübergeschlagen und hatten nach mehreren inneren Krisen das konservative Ministerium aus seiner Stellung verdrängt, worauf der Liberale Sagasta zum achten Male an die Regierung gelangte und sofort die Cortes auflöste. Nun begannen die kleinlichen und habgierigen Intrigen wieder, welche in Spanien die Stelle der parlamentarischen Arbeit vertreten. Arbeiterkrawalle in Katalonien und in Andalusien, karlistische, republikanische und autonomistische Umtriebe allenthalben, all diese Umtriebe geschürt von dem gegen die Regierung zur Rache aufgestachelten Klerus vervollständigten das trostlose Bild politischen, finanziellen und sozialen Niederganges, das Spanien gegenwärtig bietet. Im Februar nahmen besonders die Unruhen in Barcelona, wo katalonische Autonomisten und Anarchisten in der Schürung der Unzufriedenheit wetteiferten, einen größeren Um-

fang an, so daß als Abwehrmaßregel Sagasta die „Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien für Barcelona“ von den Cortes beschließen ließ. Die Ruhe wurde notdürftig aufrecht erhalten, im übrigen tat das Ministerium reinweg gar nichts, und als es in den Reihen der eigenen Partei auf Opposition beim Bankgesetz stieß, gab es im März seine Demission, wobei auch die Angelegenheit der Maßnahmen gegen die religiösen Orden eine Rolle spielten. Der Versuch, ein Konzentrationsministerium unter Montero Rios zu bilden, mißlang, und Sagasta trat wieder an die Spitze des Kabinetts. Über die Kongregationen war mit dem Vatikan eine Vereinbarung getroffen worden, nach der ihnen nichts geschehen würde, wenn sie ein formelles Ermächtigungsgesuch einreichen, was bis in die Reihen der Rechten Unzufriedenheit erregte. Der Minister Canalejas bot wegen der dadurch geschaffenen Lage seine Entlassung an, die Entscheidung wurde bis nach der Eidesleistung des Königs verschoben.

Am 17. Mai fand die Eidesleistung des Königs Alfons XIII. vor den Cortes und damit die Großjährigkeitserklärung statt. Er ist der einzige aller spanischen Herrscher, der als König geboren wurde, denn sein Vater war bereits gestorben, als er am 17. Mai 1886 das Licht der Welt erblickte. Im Lande sah man der Eidesleistung mit der Hoffnung entgegen, daß sie der Beginn einer neuen Zeit für das unglückliche Spanien sein möge. Die Gründe dafür sieht man in der Erziehung des Königs, über welche die sorgsame Hand der Mutter, der Königin-Regentin Maria Christine, gewacht hat. Die über eine Woche dauernden Festlichkeiten galten zwar offiziell dem jungen König, tatsächlich gehörten aber die Ehren der königlichen Mutter, die ihrem Sohne das Erbe seines Vaters in fast siebenjähriger, dornenvoller und sorgenschwerer Regierungszeit getreulich verwaltet hat. Wenn man sich erinnert, daß nach dem Tode Alfons XII. der Sturz der Dynastie in Spanien für unvermeidlich galt, wird man ihre diplomatische Klugheit und geistige Begabung erkennen und schätzen lernen. Die Geschichte der Völker vollziehen sich freilich nach den in ihnen selbst liegenden Gesetzen, in denen der Wille des einzelnen nur wenig zu ändern vermag, das hat die Königin-Regentin erfahren, und das wird auch dem jungen König nicht erspart bleiben. Die alten Parteien, in deren Händen bisher abwechselnd die Regierungsgewalt lag, haben sich überlebt und teils durch eigene Fehler, teils durch Verkettung von Umständen viel von ihrem früheren Ansehen eingebüßt. Der junge König wird mit neuem Wein in neuen Schläuchen arbeiten müssen, soll aus dem gesunkenen Lande wieder etwas werden. Er war während der gesamten Festlichkeiten der Gegenstand stürmischer Begrüßungen. Als er Samstag, den 17. Mai, zum Kammergebäude fuhr, versuchte ein verrückter Kellner den Schlag des königlichen Wagens zu öffnen. Man vermutete anfangs ein Attentatsversuch, und der König wurde in der Kammer jubelnd begrüßt. Es wurden auch einige Anarchisten verhaftet, die in ihren Wohnungen Sprengstoffe aufbewahrten.

Die erste politische Handlung des Königs war, daß er am 30. Mai die Cortes vertagte, da Canalejas, der im Ministerrat kein Gehör fand, definitiv seinen Abschied eingereicht hatte, worauf nach spanischem Gebrauch das ganze Ministerium demissionierte. Sagasta wurde mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt, und ernannte einen neuen Ackerbauminister an Stelle Canalejas, worauf dieser in die Provinz ging und gegen das Ministerium aufwiegeln Reden hielt. Die Vertagung der Cortes mißfiel allgemein, da noch sehr viele parlamentarische Angelegenheiten zu erledigen waren und Sagasta früher ganz andere Versprechungen gemacht hatte. Anfang August unternahm die Königin-Mutter Marie Christine, die während ihrer Regenschaft nie das Land verlassen hatte, eine Besuchsreise bei ihren Verwandten über Paris nach München und Wien. König Alfons XIII. machte im August eine große Rundreise durch das Land und wurde überall außerordentlich warm empfangen; selbst Republikaner und Karlisten enthielten sich aller Gegendemonstrationen und die Sozialdemokraten gin-

gen meistens mit den Liberalen. Am 25. August kehrte die Königin-Mutter zurück und traf mit ihrem Sohn in San Sebastian zusammen. Im Monat September regte sich das politische Leben wieder; die in Marokko lebhafter werdenden Wirren gaben Anlaß zu Gerüchten über Verhandlungen und Bündnisse mit England oder Frankreich, es hieß, Sagasta wolle deswegen die Einberufung der Cortes möglichst lange hinausschieben. Am 7. Oktober hob



Alfons XIII., König von Spanien.

der Ministerrat den Belagerungszustand über Barcelona auf und berief auf den 20. Oktober die Cortes ein, die sich mit den kirchlichen Fragen beschäftigen sollten, aber die Unzufriedenheit der liberalen Partei mit dem Ministerium wuchs von Tag zu Tag, weil Sagasta nach gewohnter Weise alles auf die lange Bank schob. Den Cortes war zwar ein ganzes Bündel von Vorlagen unterbreitet worden, aber eine dem französischen Vereinsgesetz ähnliche, die die Liberalen aller Schattierungen wünschten, war nicht darunter. Im November trat der Bruch zwischen der liberalen Partei und dem Ministerium offen zu Tage, und letzteres gab seine Demission. Sagasta, abermals mit der Bildung des Kabinetts beauftragt, brachte zwar noch ein Konzentrationsministerium zusammen, aber die am 19. November wieder eröffneten Sitzungen der Kammer verliefen von da an meist unter Tumult, so daß Sa-

gasta schon am 5. Dezember sein Entlassungsgesuch erneuern mußte und der König dem Führer der Konservativen, Silveira, die Bildung eines Ministeriums übertrug. Das neue Kabinett trat am 7. die Regierung an und vertagte die Cortes. Das Regierungsprogramm geht dahin, die Cortes aufzulösen und im April neu wählen zu lassen, die Gesetze über Versammlungs- und Vereinsrecht zu achten, aber unerbittlich gegen jede Ruhestörung einzuschreiten, die Gemeinde- und Generalräte zu dezentralisieren, das Gleichgewicht im Budget herzustellen und die Flotte zu reorganisieren.

Portugal. Vom Königreich Portugal hat man in den letzten Jahrzehnten im allgemeinen wenig gehört, weil es fast vollständig aus dem Getriebe der großen Politik ausgeschieden und unter eine gewisse Vormundschaft Englands geraten ist. Das Land hat seit Jahren mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen und darum wiederholt Anleihen im Auslande aufgenommen, deren Verzinsung und Rückzah-

lung ziemlich gefährdet ist. Mitte März war mit den Staatsgläubigern in Berlin, Paris und London ein Abkommen erzielt worden, das in beiden Kammern zwar gutgeheißen wurde, aber in der Bevölkerung, namentlich in Studenten- und Offizierskreisen, auf lebhafteste Opposition stieß. Die Kammern wurden nach Annahme des Abkommens vertagt. Das intime Verhältnis zu England blieb unerschüttert. Ende Juni erhielt der Kronprinz, der zur Krönungsfeier nach London gereist war, den Hosenbandorden, ein seit Heinrich dem Seefahrer († 1460) nicht wieder vorgekommener Fall. König Carlos reiste im Oktober nach England und blieb dort so lange, daß die Königin Amalie Ende November den Eid als Regentin leisten mußte, weil dies nach der Verfassung bei einer länger als 40 Tage währenden Abwesenheit des Herrschers geschehen muß. Man vermutet, daß die lange Abwesenheit des Königs in England mit dem Verkauf oder der „Verpachtung“ des Delagoagebietes in Verbindung gestanden hat.

Die Balkanstaaten.

Die mazedonische Frage. Seit etwa anderthalb Jahren treten die Balkanstaaten wieder mehr in den Vordergrund, doch ist es kaum nötig, den dortigen Unruhen so viel Aufmerksamkeit zuzuwenden, weil die Nachrichten darüber meist auf heillosen Übertreibungen beruhen. „Bei Nachrichten aus dem Orient glaube nicht deiner Großmutter,“ soll einmal vor Jahrzehnten Disraeli gesagt haben, für die Nachrichten aus Mazedonien und Albanien ist der Rat des erfahrenen Staatsmannes sehr zu empfehlen. Außer den Agitationen des mazedonischen Komitees und ernstere Streitigkeiten der Albanesehäuptlinge ist allem übrigen keine Bedeutung zuzusprechen. Eine unruhige und ehrgeizige Clique in Bulgarien hielt die Stunde für gekommen, einen Feuerbrand in Mazedonien zu entfachen. Der energischen Wühlarbeit folgten kleine Aufstandsversuche, denen aber die Türkei hinreichend starke Truppen entgegenstellen konnte. Anfangs schien man dem Druck, der von Wien und Petersburg ausgeübt wurde, in Sofia nicht nachgeben zu wollen, aber später lenkte man ein. Österreich-Ungarn und Rußland haben kein Interesse daran, eine revolutionäre Bewegung auf dem Balkan aufkommen zu lassen, und sie haben namentlich gegen Ende des Jahres über Mittel und Wege verhandelt, um dem Ausbruch neuer Unruhen in den dortigen Gegenden vorzubeugen, und gerade darum ist man zu der Hoffnung berechtigt, daß es der Pforte allein gelingen wird, die unbotmäßigen Elemente sowohl im bulgarischen wie im albanesischen Lager niederzuhalten. Namentlich im Frühjahr pflegt die Stimmung der Völkerschaften auf der Balkanhalbinsel gereizt zu werden, im brennenden Sommer etwas zu sinken, um im Herbst wieder zuzunehmen und im Winter gänzlich friedlich zu werden.

Für das vergangene Jahr war vom sogenannten mazedonischen Komitee eine große Erhebung

der bulgarischen Rajah in der europäischen Türkei angekündigt worden, und an Banden hat es auch nicht gefehlt, aber eine militärische oder politische Bedeutung haben sie an keiner Stelle erlangt. Die Nachrichten über fast täglich stattfindende Gefechte waren meistens zu dem Zwecke erfunden, in weiteren Europa den Glauben zu erwecken, als handle es sich um einen großen Befreiungskampf, und daheim will man als heldenhafter Sieger glänzen und neue Streiter damit heranzulocken. Tatsächlich hat kein Zusammenstoß stattgefunden, der sich auch nur annähernd mit dem Ausdruck „Gefecht“ belegen ließe, die Banden trieben sich in den einsam gelegenen Ortschaften auf den Planinas herum und stiegen nur selten in die Ebenen hinab, wo sie dann regelmäßig den türkischen Truppen in die Hände fielen. Von einer allgemeinen Erhebung konnte schon darum nicht die Rede sein, weil die mazedonischen Slaven einander bitter hassen, aber ein Teil der Führer kennt nur den einen Beruf, Verschwörer zu sein und davon zu leben, der Jugend, namentlich, wenn sie schon etwas städtische Bildung genossen hat, erscheint nichts verlockender, als ein freies, lustiges Freischärlertreiben, von dem man bei ungünstiger Jahreszeit als Nationalheld wieder heimkommt. In diesem Bandenleben spielte das Abenteuer einer nordamerikanischen Missionarin, Fräulein Stone, eine Rolle, die Anfang September in der Nähe der bulgarischen Grenze in die Hände von Räubern gefallen war, die sie in den Bergen herumschleppten, um ein Lösegeld herauszuschlagen, das schließlich mit 240.000 Mark bezahlt wurde, worauf die Räuber Fräulein Stone und ihre mitgeführten Begleiter nach halbjähriger Gefangenschaft freiließen. Zu gleicher Zeit kamen Nachrichten über Gärungen in Oberalbanien, welche durch strengeres Auftreten der türkischen Behörden gegen unbotmäßige Albanerhäuptlinge und durch Eifersüchteleien unter diesen selbst

hervorgerufen worden waren. Einer der angesehensten Albanesen in Ipek, der sog. Mollah Zekka, war auf Veranlassung eines seiner Rivalen, des Gendarmeriehauptmanns Adhem Jaim, vom Stamme Schaki, ermordet worden. Darauf kam es zu einer förmlichen Schlacht zwischen beiden Stämmen und Schemsi Pascha, der mit Truppen aus Mitrowiza herbeieilte, hatte Mühe, die Ruhe wieder herzustellen. Doch dauerten in verschiedenen Gegenden die Reibereien fort, und die Aufregung steigerte sich wieder, als bekannt wurde, Rußland werde in Mitrowiza ein Konsulat errichten, weil die Albanesen sich in jener Gegend in der Herrschaft fühlen und die Aussicht, welche die fremden Konsuln üben, nicht haben mögen.

Einen instruktiven Beweis für die Einigkeit der Slaven in Mazedonien gab die auf Rußlands Wunsch erfolgte Ernennung des Serben Firmilian zum Metropoliten von Ueskub, worüber die Bulgaren wüteten, so daß die Pforte die Bestätigung der Wahl verschob. Inzwischen hatte die bulgarische Regierung ihr möglichstes getan, um das Bilden von Bänden auf bulgarischem Boden zu verhindern, und der Ministerpräsident Danew stand mit dem Leiter des mazedonischen Komitees, General Jontschew, in sehr unfreundlichen Beziehungen. Der eigentliche Führer der Bewegung, Boris Sarafow, befand sich in Mazedonien. Die Vertreter Osterreich-Ungarns und Rußlands warnten die bulgarische Regierung Ende Juli nochmals vor den Folgen einer aufständischen Bewegung. Im August fanden zwei mazedonische Kongresse statt, von denen jeder eine „oberste“ Leitung wählte. Die Pforte hatte sich schon wiederholt darüber beschwert, daß die bulgarische Regierung das Bestehen der mazedonischen Komitees dulde, endlich riß auch dieser die Geduld und sie ließ am 2. September den General Jontschew verhaften, darauf aber wieder frei, um ihn am 24. September nochmals in Haft zu nehmen, weil er ohne Erlaubnis nach Sofia zurückgekehrt war. Sonst hatte sie das Treiben der aufständischen Komitees ganz ruhig geduldet, sich aber in einer Note an die Großmächte gegen die Anschuldigung der Pforte gewährt, die mazedonische Aufstandsbewegung finde Unterstützung bei ihr. Ende Oktober begann der Schneefall in den Bergen und damit hörte der ganze Kummel von selbst auf.

Im westlichen Europa hatte die mazedonische Bewegung mehr Aufsehen erregt als auf der Balkanhalbinsel selbst, wo man dergleichen schon kennt. Die Pforte ließ sich am wenigsten aus ihrem Gleichmute bringen, denn die von ihr aufgebotenen militärischen Kräfte genügten vollkommen, um die Bänder in den vorsichtigsten Schranken zu halten, wobei es natürlich nicht immer ganz glimpflich abging. Obgleich aus solchem Bändenwesen nie und nimmer ein Aufstand werden konnte, lag doch das Interesse der Mächte vor, diese barbarischen Zustände zu beseitigen, und namentlich Osterreich-Ungarn und Rußland waren bestrebt, die Ursache derselben abzuschaffen. Dem allgemeinen Druck nachgebend, kündigte auch die Pforte die Ausführung der längst versprochenen Reformen an, die der zum Inspektor der europäischen Provinzen ernannte Hussein Hilmi Pascha überwachen sollte. Da aber auf türkische

Versprechungen wenig zu bauen ist, beschloßen Osterreich-Ungarn und Rußland, die Sache energischer in die Hand zu nehmen, was in der ersten Hälfte des Dezember mehrfach in der offiziellen russischen Presse betont wurde. Es wurde ausdrücklich verlangt, das Bändenwesen müsse aufhören, dafür müsse die Türkei der orthodoxen Bevölkerung bessere Lebensbedingungen bieten, die aufständische Bewegung aber entschieden unterdrücken. Das Abkommen zwischen Osterreich-Ungarn und Rußland vom Jahre 1897 sollte mit Energie durchgeführt werden, und zu diesem Zwecke unternahm der russische Minister des Äußern, Graf Lamdorff, eine Rundreise, die ihn von Livadia in der letzten Dezemberwoche der Reihe nach nach Sofia, Belgrad und Wien



Metropolit firmilian.

brachte und die allgemeine Erwartung bestätigte, daß Osterreich-Ungarn und Rußland in Übereinstimmung mit den übrigen Berliner Vertragsmächten mit besonderer Energie auf der Durchführung der Reformen und der Aufrechterhaltung der Ruhe in Mazedonien bestehen werden.

Rumänien. Das reich gesegnete Land hat unter der 36jährigen Regierung seines weitausschauenden, zielbewußten und tatkräftigen Königs Karl eine ruhige und stetige Entwicklung durchgemacht und einen so gediegenen Aufschwung genommen, daß es heutzutage im Gegensatz zur ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts als eine feste Stütze von Ruhe und Ordnung auf dem Balkan mit Recht anerkannt werden muß. Es dient als leuchtendes Vorbild für die übrigen Balkanstaaten, vor allem für Bulgarien und Serbien, von denen man leider bis jetzt nur hoffen kann, daß sie das rumänische

Beispiel nachahmen werden. In der äußeren Politik hat König Karl während der letzten Jahrzehnte nie geschwankt und klar erkannt, daß das Heil Rumäniens allein im Anschlusse an den Dreibund, als die stärkste und friedlichste Staaten-Gruppe in Mitteleuropa, zu suchen sei. Ein besonderes Verdienst gebührt auch der jetzigen liberalen Regierung und namentlich dem Ministerpräsidenten Sturdza, dem die Ordnung der Finanzen des Landes gelungen ist, was selbst von dem Führer der Opposition, dem früheren Ministerpräsidenten Carp, anerkannt wurde. Unter diesen Umständen wurde auch am 23. Mai der 25. Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung in besonders feierlicher Weise begangen. Den Glanzpunkt der Feier bildeten die Nagelung und Übergabe von 43 neuen Fahnen an die einzelnen Teile der Armee, woran sich eine große Parade angeschlossen. Der König richtete einige Tage nachher ein Schreiben an den Ministerpräsidenten Sturdza, in welchem er die zahlreichen Beweise der Liebe und Anhänglichkeit hervorhob, die ihm aus allen Teilen des Landes bei der Jubiläumfeier kundgegeben worden waren, und den Ministerpräsidenten ersuchte, dem Volke und dem Heere seinen Dank und den Stolz auf die schöne Vergangenheit des Landes auszudrücken. Als einen Beweis für die erfreuliche Entwicklung des Königreichs darf man auch die Eröffnung des letzten Durchstichs des Donaukanals zwischen Culscha und Sulina ansehen, womit die Strecke um 22 Kilometer verkürzt wird. Am 11. November machte König Karl dem Fürsten Ferdinand von Bulgarien in Ruzschuk einen Besuch, an den ein Ausflug nach Plewna angeknüpft wurde, wo vor fünfundsanzig Jahren durch sein verständiges Eingreifen und das tapfere Verhalten der jungen rumänischen Armee die Wendung im russisch-türkischen Kriege eingetreten und damit die Entscheidung über die Selbständigkeit Rumäniens und die Entstehung des bulgarischen Fürstentums gefallen war. Die bei dem Prunkmahl in Ruzschuk gewechselten Trinksprüche drückten in Erinnerung an die bedeutsamen Ereignisse das beiderseitige Bestreben auf freundschaftliche Annäherung aus. Nach den ziemlich gespannten Verhältnissen, die noch im Vorjahre zwischen beiden Ländern bestanden hatten, und selbst zu Kriegsgerüchten Anlaß gegeben hatten, war darin ein unverkennbarer Fortschritt zu erkennen, und das Verdienst hiefür fällt in erster Linie wieder dem rumänischen König zu, der sich dabei als Hort der friedlichen Entwicklung und Ordnung auf der Balkanhalbinsel erwies und durchaus als Vertreter der friedenerhaltenden Tendenzen des Dreibundes und des Übereinkommens zwischen Osterreich-Ungarn und Rußland gelten durfte. Daß damit freilich die alten Gegensätze zwischen den beiden Staaten dauernd ausgeglichen worden sind, kann immer noch nicht über jeden Zweifel hinaus erachtet werden. König Karl durfte aber mit Recht in seiner Chronrede, mit der er am 28. November das Parlament eröffnete, in stolzer Befriedigung auf die jetzige Entwicklung des Königreichs in seinem fünfundsanzigsten Jahre und die ausgezeichneten Beziehungen zu allen Staaten hinweisen. Das Budget, das der neue Finanzminister Costinesco am 6. Dezember vorlegte, bestätigt die

Aussichten auf eine günstige Entwicklung des Landes. Im Jahre 1902 trat auch wieder einmal die rumänische Judenfrage in den Vordergrund und wurde in der internationalen Presse eifrig erörtert. Die Sache bedarf einer gesetzlichen Regelung, aber sie leitet ihren Ursprung noch in die verworrenen Zeiten vor der Selbständigkeit des Landes zurück, wo die Moldau und die Walachei der Zufluchtsort aller in Rußland, Ungarn und Galizien vertriebenen und in ihrer Existenz gefährdeten Juden waren, die nicht immer die Zierden ihres Stammes bildeten. Die Regierung hat seit dem Berliner Kongreß verschiedene Anläufe zur Beseitigung der Mißstände genommen, stößt aber stets auf den starken Widerstand der Bevölkerung. Unter diesen Umständen mußte es doppelt auffallen, daß der nordamerikanische Staatssekretär Hay im September plötzlich eine Note an die Berliner Vertragsmächte über die Lage der rumänischen Juden erließ, die von den Mächten anscheinend gar nicht, von Rumänien mit einer Rechtfertigungsschrift beantwortet wurde. Die Presse gab den Nordamerikanern den Rat, sie möchten sich doch lieber um die Lage der angeblich gleichberechtigten Neger in ihrem Lande kümmern, auch nahm es wunder, daß die Nordamerikaner, die doch so stark mit ihrer Monroe-Doktrin renommieren, sich in eine rein europäische Frage einzumengen suchten.

Serbien. Das Königreich Serbien, das seine Rangerhöhung ebenfalls dem russisch-türkischen Kriege verdankt, hat leider nicht die gleiche Entwicklung hinter sich. Man hat dort die schmerzliche Erfahrung machen können, daß die Ehezwickigkeiten, die fast zwei Jahrzehnte hindurch den Konak zum Schauplatz hatten, von Cliquen und einzelnen schamlos zu Gunsten der niedrigsten Interessen ausgebeutet wurden. Mit seiner Gemahlin verträgt sich nur der jetzige König Alexander ganz ausgezeichnet, und unterrichtete Leute wollen die Heße gegen die allerdings etwas ältliche Königin Draga darauf schieben, daß gewisse Elemente damit rechnen, ihr Weizen würde wieder blühen, wenn der Ehekravall im Königsschlosse von neuem einzöge. Die Serben selbst scheinen in ihrer Mehrzahl auch nicht an der Person ihrer Königin Anstoß zu nehmen, dagegen hat Alexander bei seinen Bestrebungen, seine Gemahlin dem Petersburger Hofe vorzuführen, eine entschiedene Ablehnung erfahren und auch in Wien noch keinen Erfolg erzielt. Als kleinen Ersatz dafür schien sich im Februar eine Annäherung an Montenegro anbahnen zu wollen. Fürst Nikolaus sandte seinen Vertrauten, den Minister Gavra Wukowitsch nach Belgrad, wo er mit besonderen Ehren empfangen wurde. Wie nachträglich bekannt wurde, handelte es sich um die Vermählung des montenegrinischen Prinzen Mirko mit Natalie Konstantinowitsch, einer nahen Verwandten des serbischen Königshauses. Die Verlobung kam zu stande, aber die Freundschaft hielt nicht stich, denn als im Juli die Hochzeit stattfand, war Serbien nicht offiziell dabei vertreten, und die Leute munkelten, daß gewisse phantastische Herrschaftsgebilde, die bei dem dichterisch begabten Fürsten der Schwarzen Berge eine gewisse Rolle spielen, die Ursache davon gewesen seien. Das innere poli-

tische Leben Serbiens zeigte die üblichen Kennzeichen, Ministerkrisen und Finanznöte. Das Ministerium Wuitsch kriselte schon Anfang Februar wegen des Gemeindegesezes, gab dann am 19. März seine Entlassung, weil der Justizminister in der Skupschtina ein Mißtrauensvotum erhalten hatte, wurde nach Ernennung eines neuen Justizministers wieder aktiviert, mußte aber im Mai schon wieder umgestaltet werden, nachdem der Versuch, ein Ministerium Pasitsch zu bilden, mißlungen war. Die eigentliche Mißstimmung im Lande und in der Kammer entsprang eigentlich der finanziellen Not und der Unmöglichkeit, in Paris eine größere Anleihe zu stande zu bringen. Die Pariser Bankiers stellten Bedingungen, auf welche die Skupschtina nicht eingegangen wäre, und machten sogar mehrfach noch Schwierigkeiten, nachdem bereits ein Übereinkommen abgeschlossen worden war. Anfang März machte ein halb verrückter Abenteurer, der von Semlin herübergekommen war, einen Putschversuch in Schabaz. Er hieß Mlawantitsch und wurde von einem Offizier, den er verwundet hatte, niedergeschossen. Im Juli folgte wieder ein Demissionsgesuch des Ministeriums, das durch die Wahl eines der Regierung unangenehmen Kammerpräsidenten hervorgerufen worden war. Der neue Präsident trat zurück, und das Ministerium blieb. Die Schwierigkeiten, die Anleihe in Paris unterzubringen, veranlaßten schließlich Mitte Oktober das Ministerium Wuitsch zum Rücktritt; nach einem kurzlebigen Zwischenministerium Welimirowitsch folgte dann ein Kabinett unter dem Präsidium des Generals Mirkowitsch, welcher erklärte, das Ministerium werde in äußeren und inneren Fragen die Politik des Kabinetts Wuitsch beibehalten. Am 20. November wurde die Skupschtina vertagt. Der frühere Ministerpräsident Wuitsch war nach Paris gesendet worden, um die Anleihe zu betreiben, hatte aber bis zum Jahreschluß den Abschluß noch nicht erzielt.

Bulgarien. Seit Jahren ist Bulgarien von einem Geist ehrgeizigen Strebens erfüllt und die Zufluchtsstätte für alle Elemente geworden, welche die Gärung unter den Slaven der Balkanstaaten und die Mächenschaften gegen die türkische Staatsverwaltung fördern. Einflußreiche bulgarische Kreise hielten ihr Land für die künftige Vormacht der Balkanhalbinsel und für den Erben der türkischen Herrschaft. Aus diesen Gründen hat das bulgarische Volk den Widerspruch und Unwillen der übrigen Balkanvölker gegen sich wachgerufen, namentlich der Rumänen. Unstreitig haben die bulgarischen Minister mit dem mazedonischen Komitee in einem viel engeren Zusammenhang gestanden, als für das Land gut war. An Europa hat es wahrlich nicht gelegen, daß dem jungen bulgarischen Staat seit seinem Bestehen so wenig glückliche Tage beschieden gewesen sind. Am die Jahreswende war das Ministerium Karawelow durch ein Kabinett unter dem Präsidium des bisherigen Ministers des Außern, Danew, der die Vorbereitungen zur neuen Anleihe in Paris abgeschlossen hatte, abgelöst worden. Am 6. Februar erschoss ein ehemaliger Lehrer Karandschulow in einem Anfall von Wahnsinn den Unterrichtsminister Kanttschew. Nach

den Wahlen und einer Umgestaltung des Ministeriums begab sich im März der Ministerpräsident Dr. Danew nach Petersburg, hauptsächlich um von Rußland eine Fürsprache für die Anleihe bei den Pariser Banken zu erlangen und wegen der mazedonischen Frage zu sondieren. Er blieb lange dort, hatte aber nur in der Geldfrage etwas erreicht, in der mazedonischen Angelegenheit war ihm bedeutet worden, daß es bei dem Abkommen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland sein Bewenden habe. Hierauf begab sich Danew nach Paris und schloß ein Anlehen auf 100 Millionen Franken ab. Anfang Juni machte Fürst Ferdinand die schon erwähnte Reise nach Petersburg, wo er mit großer Aufmerksamkeit behandelt wurde. Der bulgarische Vertreter am russischen Hofe erhielt den Rang eines Gesandten. Im September fanden zur Erinnerung an den Übergang über den Schipkapaß großartige Manöver statt, zu denen Fürst Ferdinand selbst die Einladungen nach Rußland gebracht hatte. Kaiser Nikolaus hatte als seinen Vertreter den Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch gesendet, außerdem wohnten der russische Kriegsminister General Kuropatkin, der russische Generalstabschef General Ssacharow und sonst noch 15 russische Generale und zahlreiche Kriegsveteranen bei. Die Manöver wurden von drei bulgarischen, nahezu auf Kriegstärke gebrachten Divisionen ausgeführt und schlossen sich ganz an die damaligen Dispositionen zur Eroberung des Schipkapaßes an, ohne sie aber theatralisch nachzuahmen. Den Schluß bildete die Einweihung einer russischen Gedächtniskirche auf dem Schipkapaße. Der feste Entschluß der russischen Regierung, die Schipkafestei zu keinen politischen Kundgebungen ausbeuten zu lassen, ist strikt befolgt worden, so daß der Charakter einer militärischen Feier deutlich hervortrat, ohne daß sie darunter gelitten hätte. Der Verlauf hat in keiner Weise die in Konstantinopel aufgetauchten und die von den alten Nachbetern des Panславismus in den Blättern ausgestreuten Befürchtungen gerechtfertigt. Im Oktober wurde einer der Teilnehmer an der Ermordung Stambulows, der nachträglich ergriffen worden war, ein Mazedonier Stawrew, genannt Halju, zum Tode verurteilt. Im November fand die Erinnerungsfest an den großen Krieg vor 25 Jahren in dem von uns bereits erwähnten Besuch des Königs Karl von Rumänien in Plewna eine Fortsetzung.

Montenegro. Fürst Nikolaus von Montenegro ist ein Dichter und verfaßt unter Umständen auch die Artikel für seine Staatszeitung selbst. Seinen „Fürsten Albanit“ durfte er Anfang Januar der Zarin vorlesen, als er zwölf Tage zum intimen Besuche am Zarenhofe in Gatschina weilte. Von den damals in den Blättern verbreiteten Gerüchten über neue Familienverbindungen der kaiserlichen Familie mit dem Fürstenhause, sowie über politische Entschlüsse hat sich inzwischen keins bestätigt. Die Heirat des Prinzen Mirko mit der Verwandten der Familie Obrenowitsch, Fräulein Natalie Konstantinowitsch, war in jenen Gerüchten nicht mit erwähnt worden, aber sie ist im Juli zu stande gekommen. Zur Zeit der Heuernte gab es im Süden an der albanischen Grenze die üblichen

Händler, wegen deren Montenegro in Konstantinopel Protest erheben ließ und der türkische Grenzkommissar Hamdi Pascha abberufen wurde. Trotz des besten Willens der Regierungen auf beiden Seiten sind bei dem bekannten Charakter der Albanesen und Montenegriner und ihrer alten Stammesfeindschaft die Grenzzwiste nicht auszurotten. Die durch langdauernde Nässe im Frühjahr und darauf vollkommene Dürre hervorgerufene Misgernte brachte einen großen Notstand im Lande hervor, so daß die Regierung zu Maisankäufen in Triest genötigt war. Im Dezember kündigte Fürst Nikolaus an seinem Namensfeste große Reformen an, welche sich auf die öffentliche Verwaltung, das Gerichtswesen, die Staatsfinanzen und die Beamten beziehen sollen.

Griechenland. Das Ministerium Jaimis hatte zwar die heftigsten rednerischen Angriffe der vereinigten Oppositionsparteien auszuhalten, die die rücksichtsloseste Obstruktion trieben, aber bis tief in den Sommer hinein die Regierungsgewalt behauptet, inzwischen hatte sich jedoch das Bündnis seiner Anhänger mit den Theotokisten so stark gelockert, daß der alte Delijannis schon Anfang September sich als zukünftiger Leiter des Staates fühlte und mit einem Regierungsprogramm an die Öffentlichkeit trat, von dem man nur bedauern konnte, daß er es nicht schon früher, da er doch mehrfach Ministerpräsident gewesen war, durchgeführt hatte. Anfang Oktober wurde die Auflösung der Kammer verkündigt und nun begann eine Wahlagitation, die an Lebhaftigkeit alle früheren übertraf. Die Wahlen führten zu einer großen Spaltung, doch hatten die Anhänger Delijannis die relativ größte Anzahl der Mandate erobert, und der König übertrug daher diesem die Kabinettsbildung. Die Eröffnung der Kammer vollzog sich am 22. Dezember unter lautem Skandal. Zwischen den Delijannisten und Theotokisten war ein Streit über den Alterspräsidenten ausgebrochen (die Kirchenbücher in Griechenland sind nicht immer mit der nötigen Gewissenhaftigkeit geführt worden), die den Theotokisten angehörenden Beamten der Kammer verweigerten die Herausgabe der Schlüssel und die Regierung ließ das Palais aufbrechen und besetzte schon in den frühesten Morgenstunden den Präsidentenstuhl mit ihrem Alterspräsidenten. Darüber entstand furchtbarer Lärm, der sich zu einer Schlägerei entwickelte. Die Theotokisten verließen schließlich unter Protest den Saal, worauf der König erschien und die Chronrede verlas. Es war nach dieser bezeichnenden Einleitung auf die weitere Fortsetzung der in Griechenland üblichen Parlamentsstandale und Ministerkrisen zu schließen. Dergleichen wird in Griechenland als ganz selbstverständlich erachtet. Der König konnte ganz ruhig, wie alljährlich, seine Reise in das Bad Aachen und nach Kopenhagen unternehmen, während der Kronprinz als Regent seine Stelle vertrat. Von weiteren Ereignissen ist nur noch die Verheiratung des Prinzen Nikolaus mit der Großfürstin Helene zu erwähnen.

Türkei. So unverständlich die Zustände in der Türkei dem Westeuropäer auch erscheinen mögen, so läßt sich doch nicht verkennen, daß der jetzige Sultan bestrebt gewesen ist, sich mehr und mehr von dem hergebrachten System der Günstlingswirtschaft

zu befreien und die Zügel der Regierung selbst in die Hand zu bekommen. Daß er den besten Willen gezeigt hat, die Bedingungen des Berliner Vertrages zu erfüllen, wird von allen Seiten zugestanden, der Schlendrian und das Übelwollen der türkischen Beamten hat freilich das meiste unausgeführt gelassen. Dazu kommt noch der ewige Geldmangel, obgleich der Sultan mit Hilfe deutscher Beamter seit 1881 die Reform der Finanzen begonnen hat. Die neuen Verhältnisse haben dem Reiche viele Unzufriedene gebracht, sowohl in der alttürkischen Partei, wie noch mehr unter den Jungtürken, die gern in einem modern gestalteten Staatswesen leitende Stellen einnehmen möchten. Von dieser Seite aus kommen auch die meisten jener Nachrichten in die europäische Presse, die einen rapiden Verfall, bevorstehende Revolutionen u. dergl. mehr zu melden wissen. Im Gegensatz dazu steht das Verhalten der Mächte, die gar keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß der Sultan durchaus der Mann ist, der sein Land vor weiterem Verfall zu bewahren und eine friedliche Politik einzuhalten verstanden hat. Von allen Staaten der Balkanhalbinsel hat die Türkei in den letzten Jahren am meisten unter den Umtrieben der mazedonischen Agitatoren und der Widerseßlichkeit der Albanesen zu leiden gehabt. Im Januar wurde der anatolischen Bahngesellschaft der Ferman des Sultans für den Bau der Bagdadbahn zugestellt. Die Abmachungen wie die Bedingungen entsprechen im wesentlichen denen der bereits bestehenden Linien und enthalten Einzelheiten über die Trasse, über die Höhe der Bürgschaft und über die Bauzeit. Der Baubeginn ist noch abhängig von der Erschließung der Quellen für die Bürgschaft. Die Bahn würde für die Stärkung des türkischen Staates und die Befestigung seiner Stellung in Syrien und Mesopotamien von großer Wichtigkeit sein, darum ist auch der Sultan sehr dafür eingenommen. Im März kamen wieder einmal allerhand beunruhigende Nachrichten aus Konstantinopel, nach denen die Lage dort sehr beängstigend sein sollte. Allerdings waren der „tolle“ Fuad Pascha nach Damaskus, Reschid Pascha, Redvan Pascha u. a. verbannt worden, gegen Osman Pascha, der in das Ausland geflohen, und dann auf Versprechungen des Nildis Kiosk zurückgekehrt war, hatte man eine Untersuchung eingeleitet, aber von einer Beunruhigung der Bevölkerung war keine Rede. Die Rajahs ging die Sache nichts an, und die Türken sehen die Verfügung über die Beamten als ein Recht des Sultans an, das sie nicht kümmert. Said Pascha, der seit dem November des Vorjahres die Stellung des Großwesirs übernommen hatte, hat sich bestrebt, die unter seinem greisen Vorgänger verloren gegangene Leitung des Staates in seine Hand zurückzugewinnen, und hatte als tatkräftiger und selbstbewußter Mann nach dieser Richtung manches erreicht. Zu der dringend gebotenen Reform des gesamten Verwaltungssystems, von der allein eine wirkliche Gesundung des türkischen Staatswesens erwartet werden kann, hat er sich auch nicht entschließen können, und so dauern auch die Folgen der Miswirtschaft, vor allem die Finanznöte und die Umtriebe des Jungtürkentums fort. Auch hat die türkische Regierung trotz mehrfacher Proteste der

Vertreter der fremden Regierungen, vor allen Rußlands, den Ausschreitungen der Kurden in Armenien nicht Einhalt tun können oder — wollen. Die Wirren in Mazedonien lagen ihr auch näher, trotzdem hob sie im August die Ausnahmemaßregeln gegen die Armenier auf. Am 2. Oktober traf Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch von der Schipkafeier in Konstantinopel ein und seine Begegnung mit dem Sultan trug einen sehr herzlichen Charakter. Der Großfürst überbrachte dem Sultan die Grüße des Kaisers Nikolaus. Die Zusammenkunft sollte bezeugen, daß die Schipkafeier keine politische Kundgebung, sondern eine rein militärische Gedenkfeier gewesen war. Der Großfürst wohnte am 3. mit seinem Gefolge dem Selamlif und einer Parade bei und darauf folgte ein feierlicher Empfang beim Sultan. Der Besuch stand unstreitig auch in Beziehung

zu den mazedonischen Wirren, in Bezug auf welche Rußland ein energisches Vorgehen der Türkei gegen alles Bandenwesen, zugleich aber auch Reformen in der türkischen Verwaltung verlangt. Diese Forderungen haben nicht nur Unterstützung bei Österreich-Ungarn, sondern auch bei allen übrigen Mächten gefunden. Die Pforte zeigte darum am 21. Oktober den Botschaftern in Konstantinopel eine Zirkulardepesche an den Generalinspektor Hilmi Pascha, die Walis und Militärkommandanten der europäischen Provinzen vor, in der jede Vergewaltigung der Bevölkerung aufs strengste untersagt wird und die genannten Behörden dafür verantwortlich gemacht werden. Wie sich die Ausführung freilich in Wirklichkeit machen wird, muß abgewartet werden.

Amerika.

Der panamerikanische Kongreß. * Roosevelt und der Kongreß. * Die Kanalfrage. * Die Eroberungen der Union. * Handel und Verkehr. * Mittel- und Südamerika.

Der panamerikanische Kongreß.

Die vereinigten Staaten sind nach ihrer Bevölkerungszahl die viertgrößte Weltmacht. Ihnen voraus gehen das britische Weltreich und China mit je 350 bis 400 Millionen und Rußland mit 132 Millionen Einwohner. Die Vereinigten Staaten an sich zählen 76 Millionen, mit ihren überseeischen Besitzungen über 84 Millionen Einwohner. Für den großen Umfang ihres Gebietes ist die Einwohnerzahl durchaus nicht übergroß, bemerkenswert ist dagegen der gewaltige wirtschaftliche Aufschwung, den das Land seit dem großen Sezessionskriege genommen hat und der in Europa mit berechtigtem Staunen, zum Teil auch mit weniger begründeten Befürchtungen verfolgt wird. Die merkantilistische Rücksichtslosigkeit, mit der die Vereinigten Staaten lediglich ihre Interessen verfolgen und in der sie sogar das kalte England übertreffen, hat einen gewaltigen Erfolg errungen, der sich sogar zeitweise nach der politischen Seite in den sogenannten Imperialismus umsetzte, aber nach den Erfahrungen, die man mit der Eroberung der Philippinen gemacht hat, rasch wieder abgeklaut ist. Das atemlose, fieberhafte Hasten, wo jedermann ein Irlicht mit einer silbernen oder goldenen Feuerfliege zu verfolgen scheint, wo das schrecklichste Verbrechen ein alltägliches Ereignis ist, wo alle todbringende Waffen tragen, wo jeder zweite Mann das Vermögen bejammert, welches er durch einen Zufall nicht gemacht, oder das er in drei Tagen gewonnen und in ebenso viel Stunden wieder verloren hat — das verfolgt man mit Staunen, ohne wahrhafte Teilnahme dafür zu empfinden. Es ist eine ganz andere Entwicklung, grundverschieden von der, die die Alte Welt genommen hat. Das eines wirklich nationalen Bodens fast entbehrende Volk der Nankees, der rücksichtsloseste Reprä-

sentant einer aller idealen Triebe baren Kapitalmacht, ein Volk, dessen Mitglieder die gefährdete Lage ihres Vaterlandes ohne Bedenken begierig zur Füllung ihrer Taschen benutzen, die Parlamentsitze und Beamtenstellen lediglich als Gelegenheit zur eigenen Bereicherung ansehen, denen alles und jedes käuflich ist, bleibt uns Vertretern alter Kultur in hohem Maße unverständlich. So pfiffig und kritisch der Nordamerikaner in Geschäften ist, so unwissend ist er meist in den politischen Angelegenheiten anderer Völker und oft selbst des eigenen. Er glaubt jede plumpe Lüge, wenn sie ihm nur mit gehöriger Verächtlichmachung des Auslandes, namentlich Europas, vorgebracht wird. Ihm ist sein Land der Inbegriff der Kraft, des Rechts, des Fortschritts, des Wohlstandes, des Biederuns, Europa ist ihm gleichbedeutend mit Tölpel, Tyrannei, Altersschwäche u. dergl. Einen widerstandsfähigen Nachbar hat das riesige Reich nicht, aus wenigen kleinen Kolonien ist es emporgediehen, England, Frankreich, Spanien und Mexiko haben dazu beitragen müssen, während es das herrenlose Innere einfach an sich genommen hat. Nie hat sein Adler wieder eine Beute aus den Fängen gelassen, und dieser Adler wird nach der Ansicht jedes Nordamerikaners auch in jeder Frage siegreich bleiben. Diesen Standpunkt, der nicht durch heiße Kämpfe um die Existenz des Vaterlandes geläutert und veredelt worden ist wie bei den Kulturstaaten der Alten Welt, muß man in Betracht ziehen, wenn man die eigentümliche Stellung, welche die Vereinigten Staaten heute einnehmen, richtig beurteilen will. Am nächsten verwandt ist sie noch mit dem stolzen Selbstgefühl des Briten, der sich auch in seiner Inselfestung für unangreifbar hält, wenn auch nicht mit der gleichen Sicherheit wie der Nankee, denn der Engländer hat nach dieser Beziehung aus früheren Zeiten Erfahrungen hinter sich. Ob sie den Nordamerikanern in der Zukunft, welche die Völker im Guten und

Schlimmen noch näher bringen wird, als sie es heute schon sind, gänzlich erspart bleiben werden, wird erst die Zeit lehren.

Daß die Bäume nirgends in den Himmel wachsen werden, dürften auch die Nankees noch in Erfahrung bringen, und einen Vorgeschmack davon haben sie schon durch den Verlauf des zweiten panamerikanischen Kongresses bekommen, der im Anschluß an die Ausstellung in Buffalo in Mexiko zusammengetreten war und bis in den Januar tagte. Seit Jahren hält man es in Nordamerika an der Zeit, die Monroe-Doktrin in fälschlicher Auslegung auf das handelspolitische Gebiet zu übertragen, und scheut sich nicht, Südamerika für sich allein zu beanspruchen. Die meisten Kreolenrepubliken in Mittel- und Südamerika sind noch zu weit zurück in politischer Beziehung, um solche Ideen zu überblicken und ihnen begegnen zu können, obgleich sie Mistrauen genug besitzen, um den zukünftigen Unterjochungsversuch zu ahnen. Anders steht es mit den entwickeltesten Republiken Argentinien, Chile und Mexiko. Letztere ist zwar sehr zurückhaltend, denn sie weiß, daß sie zuerst den Stoß des übermächtigen Nachbarn aushalten müßte, und darum hat sie bisher recht wohl verstanden, eine nahezu intime Stellung zur Union einzunehmen. Darum durfte auch der zweite panamerikanische Kongreß in Mexiko stattfinden, während der erste zwölf Jahre früher in Washington abgehalten worden war. Aber das Gefühl der Abneigung und Sorge gegenüber der mächtigen Union ist außerhalb des englisch sprechenden Teiles des Erdteils überall noch im Wachsen begriffen. Die traurigen Verhältnisse auf Kuba, seit dieses von den Nordamerikanern besetzt wurde, und die Nachrichten über das furchtbare Elend auf Hawaii, dessen Wohlstand durch die Lässigkeit der Regierung in Washington untergraben wird, wirken keineswegs ermutigend auf die Kreolenstaaten ein, sich unter den fürsorgenden Schutz der nordamerikanischen Imperialisten zu begeben. Der zweite panamerikanische Kongreß ist darum auch ebenso wie der erste ohne den Abschluß des gewünschten Zollbündnisses verlaufen, welches ja nur den Vereinigten Staaten den Markt Mittel- und Südamerikas sichern soll, ohne deren Produkte im Nordmarktfähig zu machen, außerdem die Beseitigung der europäischen Einfuhr nach Amerika anstrebt. Den indolenten Kreolenstaaten wäre das vielleicht ziemlich gleichgültig, aber Chile und Argentinien keineswegs, die sehr wohl wissen, was sie ihren direkten Handelsbeziehungen zu Europa verdanken. Wie aus den im Juli veröffentlichten „Urkunden zur zweiten internationalen Konferenz amerikanischer Staaten“ hervorgeht, hatte die Union sehr geschickt operiert, Roosevelt die nordamerikanischen Vertreter angewiesen, keinen Anstoß zu geben, sondern nur abzuwarten und zu vermitteln, und bei aller Zurückhaltung sollten sie in allen Streitfragen zwischen den einzelnen Staaten keinen Zweifel darüber lassen, daß die Union jeden Versuch, die Hoheitsrechte der bestehenden Staaten anzutasten, ernstlich verurteilen werde. Aber die vertretenen Republiken hatten ihre Streitigkeiten zu Hause gelassen, Chile und Argentinien ausdrücklich zur Vorbedingung für ihre Teilnahme am Kongreß gemacht, daß die zwi-

sehen ihnen schwebende Streitfrage nicht vor sein Forum gezogen werde, und der von den Vereinigten Staaten im stillen gehegte Anspruch, zum Schiedsrichter in allen Konflikten zwischen amerikanischen Ländern eingesetzt zu werden, blieb nicht nur gänzlich unberücksichtigt, sondern es wurde auf besonderes Betreiben von Chile am 19. Januar beschlossen, den Vereinbarungen der Haager Konferenz über das Schiedsgericht beizutreten. Mit den Fragen der Dampferverbindungen und gemeinsamen Handelsverträge, die auf dem ersten Kongreß eine große Rolle gespielt hatten, befaßte sich der zweite gar nicht. Während in diesen Hauptfragen nichts erreicht wurde, erzielte man Verständigungen über kleinere Sachen, die immerhin für die Zukunft nützlich sein können. Nach seinen politischen Ergebnissen war der Kongreß eigentlich kaum panamerikanisch und hat den nordamerikanischen Imperialisten eine empfindliche Enttäuschung bereitet.

Roosevelt und der Kongreß.

Das verflossene Jahr brachte für die innere Entwicklung der Vereinigten Staaten sehr wenig Bedeutungsvolles, das Parteileben litt an Kraftlosigkeit und Verwirrung, im Hintergrunde standen die großen Geldmagnaten und Trustkönige, die im stillen dafür sorgten, daß die gegen sie gerichtete Volksstimmung hingehalten wurde und zu keiner kräftigen Lebensäußerung gedieh. Zu Anfang des Jahres änderte Präsident Roosevelt einen Teil seines Ministeriums, indem zunächst an Stelle des Schatzsekretärs Gage, der bisherige Gouverneur von Iowa, Shaw, trat, den Gage selbst empfohlen hatte und der als ein sehr tüchtiger Mann gilt, im März wurde der Marineminister Long durch Moody ersetzt, so daß schließlich nur noch der Ackerbauminister Wilson aus der Zeit McKinleys blieb. Der Kongreß tagte bis zum 1. Juli, aber seine anscheinend sehr arbeitsreiche Session hatte sich fast ausschließlich mit privaten Fragen befaßt, von großen Gesetzen wurde nur wenig erledigt. Dazu kam, daß das Repräsentantenhaus Entwürfe erledigte, die im Senat liegen blieben, und umgekehrt. Ein Anarchistengesetz wurde in beiden Häusern angenommen, aber nicht gleichlautend, die beiden wichtigsten und tatsächlich bedeutenden Leistungen des Repräsentantenhauses sind das Panamakanalgesetz und die „Zivilregierung“ für die Philippinen. Wenn der Kongreß schließt, beginnt der Wahlfeldzug, damit das Volk des politischen Spiels nicht entbehre. Die großen Parteien, die Republikaner, die jetzt die Staatsgewalt in den Händen haben, und die Demokraten, litten beide an großer Verwirrenheit, und für jede konnte gelten, daß sie nur durch die größeren Fehler der Gegenpartei siegen werde. Bekanntlich finden alle zwei Jahre am ersten Dienstag im November Neuwahlen zum Kongreß statt, welche für das Repräsentantenhaus eine ganz neue Zusammensetzung, für den Senat ein Drittel seiner auf sechs Jahre gewählten Mitglieder bringt. Gleichzeitig wird auch die Wahl der Gouverneure, Richter und anderer Würdenträger in einer Reihe von Bundesstaaten erledigt.

Die Wahlagitatio verlief für nordamerikanische Verhältnisse merkwürdig still. In Wirklichkeit sind ja die Republikaner längst zum Sturze reif, und dieser wäre auch schon 1900 erfolgt, wenn nur die Demokraten regierungsfähiger wären. Die Republikaner haben in den letzten zwei Jahren ihren Kredit noch weiter verbraucht, namentlich seit dem Tode Mac Kinleys, aber zu ihnen gehören die geldmächtigen Trustmagnaten, die Hauptstützen der imperialistischen und hochschützöllnerischen Strömungen. Die Demokraten hatten trotz ihrer Zerfahrenheit viele Anhänger gewonnen, da sich in weiten Kreisen der Bevölkerung eine tiefe Verstimmung gegen die Wirkungen der Hochschützöllnerie und des Trustwesens geltend macht; aber sie haben eine mangelhafte Organisation und verfügen über zu wenig Geldmittel, so daß sie nur wenig auszurichten vermögen. Infolge der Bevölkerungszunahme, namentlich im Westen und Südwesten der Union, waren diesmal 386 Repräsentanten zu wählen, 29 mehr als bisher. Die ganze Wahlagitatio wurde erst interessant, als Roosevelt selbst eingriff. Er sah sich seine Papppenheimer an und erkannte, daß die nicht viel zu stande bringen würden, darum entschloß er sich kurz und unternahm, der Landessitte entgegen, die nahe vor den Wahlen dem Bundesoberhaupt Zurückhaltung auferlegt, eine Agitationsreise, und ließ sich auch darin nicht wesentlich behindern, als er mit seinem Jagdwagen bei Pittsfield mit einem elektrischen Bahnwagen zusammenstieß, dabei verwundet wurde und sich infolgedessen drei Wochen darauf in Indianapolis einer leichten Operation unterziehen mußte. Er ging in seinen Reden sehr flug vor und tat, als wolle er sich über die Köpfe der Parteiführer hinweg an das Volk wenden. Er besprach mit Vorliebe die Trusts, die er allerdings für notwendig erachtete, doch meinte er, man müsse eine ausreichende Gesetzgebung zu ihrer Überwachung fordern. Auch die Frage des Zolltarifs tippte er an, indem er ausführte, wenn die Trusts übermächtig würden, müsse man sie mit einer Herabsetzung der Zölle bekämpfen. So sprach er über alles flug und interessant, streifte auch den Imperialismus und die Monroe-Doktrin, die er keineswegs als „ein Angriffsmittel“ betrachte, und hatte mit seinen Redewendungen, die schließlich zu nichts verpflichteten und die eigene Partei nicht betrübten, einen vollen Erfolg. Der Wahltag kam heran und die republikanische Partei siegte, wenn auch nicht glänzend, so doch immer noch mit einer ausreichenden Mehrheit im Repräsentantenhaus. Er hatte auch noch den Triumph, daß mehrere Staaten, u. a. Kansas, Pennsylvania, Missouri, Minnesota und schließlich auch das ausschlaggebende New-York, schon jetzt seine Wiederwahl für die nächste Präsidentenwahl als Wahlparole ausgaben. Freilich machten die Demokraten einige Eroberungen, vor allem fiel die Stadt Newyork an den Tammanyring zurück. Allerdings verfügten da die Demokraten über die nötige geschlossene Organisation und ausreichende Geldmittel.

Am 2. Dezember trat der neugewählte Kongreß zusammen, und Präsident Roosevelt ließ ihm eine Botschaft zugehen, die wieder sehr geschickt abgefaßt war. Er schilderte mit klavollen Worten

das Aufblühen des Landes, das allerdings trotz der bedenklichen Lage des Geldmarktes seinen Optimismus nicht eingebüßt hat. Er wies auf die mit der Ausbreitung des Wohlstandes verbundene Ansammlung großer Vermögen hin, natürlich sei mit so vielem Guten auch manches Böse mit groß geworden, an dessen Beseitigung „mit Geduld und praktischem Verstande“ geschritten werden müsse. Was die Trusts betreffe, so müssen unbeschadet der Unverletzlichkeit des Eigentums die Verbände und namentlich die Vereinigungen von Verbänden der Regelung durch Gesetze und der öffentlichen Aufsicht unterworfen werden. Die Trusts seien die unvermeidliche Entwicklungsstufe des modernen Industrialismus und es gelte nicht, sie zu vernichten, sondern nur die in ihnen enthaltenen Übel zu beseitigen. Hier erklärte er nun im Gegensatz zu früher, die Regelung der Trusts habe mit der Tarifreform nichts zu tun. Die Aufgabe der Tarifpolitik sei auch nicht, den ausländischen Produkten durch Änderungen des Tarifs einen Vorteil einzuräumen, sondern dem einheimischen Wettbewerbe ein günstiges Feld zu schaffen, sonst würden gerade die kleinen Betriebe untergehen. Also der reine Mac Kinley. Die Trusts und die ganze republikanische Partei dürften auch ferner mit Roosevelt zufrieden sein.

Die Kanalfrage.

Im Vorjahre hatte der Kongreß den Präsidenten ermächtigt, nach weiterer Prüfung der Verhältnisse entweder mit Kolumbien einen Vertrag über die Übernahme und den Ausbau des Panamakanals abzuschließen oder den Bau des Nicaraguakanals durch die Vereinigten Staaten vorzubereiten. Kolumbien wollte eine jährliche Entschädigung von 600.000 Dollars haben, die Union nur 250.000 bewilligen. Dadurch kam diese Angelegenheit zum Stillstand, und John Morgan samt vielen Abgeordneten und Senatoren begann wieder für den Nicaraguakanal zu arbeiten. Die Panamagesellschaft zeigte zu Anfang des Jahres an, daß sie von ihren früheren Forderungen abgehe und alle ihre Rechte für 40 Millionen Dollars an die Union abtreten wolle. Am 9. Januar nahm das Abgeordnetenhaus den Antrag Hepburn an, wonach der Nicaraguakanal gebaut werden sollte. Nun meldeten sich wieder andere, die noch für einen dritten Kanal, durch die Landenge von Darien, plaidierten. Im Senat war die Mehrheit für den Panamakanal gesinnt, trotzdem gelang es Morgan, den Kanalausschuß des Senats dazu zu bestimmen, den Bau des Nicaraguakanals vorzuschlagen. Im April unterzeichneten Staatssekretär Hay und der kolumbische Gesandte einen Vertrag, durch welchen den Vereinigten Staaten die Rechte zum Bau des Panamakanals übertragen wurden. Die Vereinigten Staaten sollten an Kolumbien 17 Millionen Dollars zahlen, wofür dieses 14 Jahre auf alle Einnahmen aus dem Kanal verzichtet. Ebenso wurde auch mit Nicaragua und Costarica ein vorläufiger Vertrag über den Nicaraguakanal vereinbart. Am 19. Juni nahm dann der Senat einen Antrag Spooner an, nach welchem der Präsident ermächtigt wird, den Panamakanal für 40 Millionen zu erwerben, wenn die gesamten Besitztitel und Rechte

der Panamagesellschaft dafür auf die Union übergehen, im andern Falle soll zum Bau des Nicaragua-Kanals geschritten werden. Damit war allerdings der Nicaragua-Kanal vor der Hand gefallen, die Aussichten für den Panamakanal gestiegen. Die Verhandlungen mit Kolumbien, das neue Schwierigkeiten erhob, zogen sich aber bis zum Ende des Jahres hin, ohne zum Abschluß zu kommen. Seitdem ist die Frage zu Gunsten des Panamakanals entschieden worden.

Die Eroberungen der Union.

Große Freude haben die Vereinigten Staaten an den den Spaniern abgenommenen Eroberungen noch nicht erlebt, Kuba und die Philippinen erwiesen sich als die reinen Schmerzenskinder. Auf Kuba war zu Jahresbeginn Tomas Estrada Palma zum zukünftigen Präsidenten gewählt worden, ein tüchtiger und den Vereinigten Staaten angenehmer Mann. Am 20. Mai trat Palma sein Amt an. Die Vereinbarung mit den Vereinigten Staaten (nach dem Amendment Platt) gewährt Kuba die Unabhängigkeit, aber den Vereinigten Staaten das Recht der Oberaufsicht über die Finanzen und die auswärtigen Beziehungen und im Falle von Ruhestörungen auch die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Insel. Die Mehrzahl der Kubaner ist damit zufrieden und hat sich auch während der Verhandlungen mit der Union verständig gezeigt. Bevor sich freilich die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht bessern, wird immer eine Partei vorhanden sein, welche auf einen förmlichen Anschluß an die Vereinigten Staaten hinarbeitet. Die Kubaner verlangen eine Ermäßigung der nordamerikanischen Zölle für ihren Zucker und Tabak, aber die zuckererzeugenden Staates sind dagegen und auch die billigen Ermahnungen Roosevelts haben darin keine Wandlung hervorzurufen vermocht. Im August erhob sich in den Vereinigten Staaten großer Lärm, weil Kuba einen neuen Zolltarif eingeführt hatte, der die nordamerikanische Einfuhr ebenso stark traf, wie die aus anderen Ländern. Der Lärm war gänzlich ungerechtfertigt, denn wie konnte man von Kuba Vergünstigungen verlangen, wenn man ihm nichts dergleichen zugestehen wollte. — Von Portoriko vernahm man wenig, die Verhältnisse scheinen sich günstig zu gestalten. Im Oktober kam es zu leichten Unruhen zwischen Föderalisten und Republikanern.

Die Philippinen haben der Union bis jetzt 20.000 im Kriege gefallene Staatsbürger und außerdem 600 Millionen Dollars gekostet, das ist selbst für die Imperialisten ein beachtenswertes Opfer. Dabei ist das riesige Gebiet noch nicht zur Ruhe gekommen, wird der Aufruhr an einer Stelle erstickt, so flammt er an einer anderen wieder auf. Der Präsident Roosevelt wie auch der Kongreß sind allerdings der Meinung gewesen, daß die Rebellion schon zu Ende sei und daß man mit der Einführung der Zivilverwaltung beginnen könne. So weit die Gewalt der nordamerikanischen Waffen reicht, mag ja das auch angängig sein. Man hat nun in Aussicht genommen, schon in zwei Jahren eine Volksvertretung auf den Philippinen einzuführen. Die Zivilverwaltung kann auch insofern von

Nutzen werden, als sie den Grausamkeiten der Soldaten gegen Eingeborene, worüber berechnigte Klagen laut wurden, steuern dürfte. Am 4. Juli, dem Unabhängigkeitstag der nordamerikanischen Republik, wurde die Einführung der Zivilverwaltung und eine weitgehende Amnestie verkündet. Nach ihrer Art suchten im übrigen die Nordamerikaner aus den für sie so teuer gewordenen Philippinen so viel wie möglich für sich herauszuschlagen, und sie, die soeben die „Politik der offenen Tür“ in China so laut verkündigt hatten, nahmen nicht den geringsten Anstand, dem Ausland nach Möglichkeit die Tür der Philippinen zu verschließen. So haben von den Schiffen, die den Verkehr von den Philippinen nach den Vereinigten Staaten vermitteln, die nordamerikanischen nur die Tonnengebühr in den philippinischen Häfen zu entrichten, die ausländischen Schiffe müssen sie dagegen in Nordamerika noch einmal bezahlen; für spätere Zeit ist die gänzliche Ausschließung fremder Schiffe von der Küstenschiffahrt an den Philippinen festgesetzt, das neue Zivilverwaltungsgesetz behält ferner die Ausbeutung der mineralischen Schätze des Landes ausschließlich philippinischen und nordamerikanischen Bürgern vor. Das sind alles direkte Verstöße gegen die Politik der „offenen Tür“, die die Ausbeutung des Landes den Hankees vorbehalten. Dazu gehört auch die Bestimmung, welche die Regierung der Philippinen ermächtigt, Land von Gesellschaften, Gemeinden, religiösen Orden oder Privatpersonen zu erwerben und an Ansiedler weiter zu verkaufen, das wegen seiner Größe oder wegen der Natur des Besitztitels die Wohlfahrt des Volkes schädlich beeinflusse. Diese Bestimmung richtet sich direkt gegen den Besitz der katholischen Orden, die in der Zeit der spanischen Herrschaft das Land mit einem ganzen Neß von Niederlassungen überzogen haben. Diese Mönchsfragen haben die Vereinigten Staaten auch mit dem Vatikan in Verhandlung gebracht, bei welcher sie durch den Zivilgouverneur Taft die Ersetzung der spanischen Bischöfe durch nordamerikanische und der Ordensgeistlichen durch Weltgeistliche verlangen, was durch natürlich das ausgedehnte Kirchenland gegen eine Entschädigung frei würde. Die Verhandlungen zogen sich begreiflicherweise stark in die Länge, obgleich man von beiden Seiten sehr entgegenkommend war. Die Orden dürften wahrscheinlich in der nächsten Zeit die Philippinen verlassen, während die Schulen der Leitung der Kirche unterstellt bleiben werden, aber eine päpstliche Bulle von Anfang Dezember über die kirchlichen Verhältnisse auf den Philippinen läßt erkennen, daß die Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gediehen sind.

Handel und Verkehr.

Die noch vor einigen Jahren allgemein bestaunte wirtschaftliche Entwicklung der Vereinigten Staaten hat im Jahre 1902 einen unzweifelhaft zur Krise neigenden Charakter angenommen. Bei der enormen Preiserhöhung aller Waren war natürlich das Geld knapp geworden, und die Regierung versuchte, Abhilfe zu schaffen, indem Schatzsekretär Shaw den Banken Erleichterungen gewährte, was aber auch keine dauernde Besserung für den Geldmarkt

in New-York brachte. Auch andere Anzeichen für einen wirtschaftlichen Rückschlag lagen vor. Zu der übermäßigen Steigerung der Preise, namentlich für Roheisen und Kohle, kam eine waghalsige Spekulation, ein übertriebener Optimismus aller Geschäftskreise und überhandnehmender Luxus. In dem am 30. Juni 1902 zu Ende gegangenen Geschäftsjahr war die Ausfuhr um 106 Millionen Dollars gesunken, die Einfuhr hatte um 80 Millionen zugenommen, somit war die Verschuldung an das Ausland erheblich gestiegen. Dazu kam die Begehrlichkeit der arbeitenden Massen, die auch an dem allgemeinen Aufschwung ihren Anteil haben wollten und deren weitgehende Ansprüche in dem großen Kohlenarbeiterstreik zum Ausdruck kamen. Sehr ähnliche Erscheinungen waren der Krisis in Deutschland vorausgegangen. Der Kohlenstreik in Pennsylvania nahm ganz riesenhafte Verhältnisse an. Die formellen Ursachen waren die gleichen wie sonst überall, man forderte die Achtstundenarbeit, eine Lohnerhöhung von 20 Prozent, Abstellung einiger als Ungehörigkeit empfundener Einrichtungen, vor allem aber die Anerkennung der „Union der Arbeiter“ als berechnete Organisation, die mit dem Trust der Arbeitgeber gewissermaßen auf gleichem Fuße zu verhandeln habe. Das letztere war des Pudels Kern, die aus aller Welt zusammengewürfelte Arbeitermasse folgte unbedingt ihrem Führer Mitchell, der sich und seinem Verband die Stellung als Vermittler zwischen den Arbeitern und den Grubenbesitzern erkämpfen wollte. Die öffentliche Meinung stand fast durchaus auf Seite der Streikenden, da die Abneigung gegen Trusts alle Kreise erfaßt hatte, und insofern begann der Streik auch einen Einfluß auf die bevorstehenden Wahlen auszuüben. Das war aber nun wieder ein Grund, warum sich Präsident Roosevelt eifrig bemühte, den Streik beizulegen. Es gelang ihm auch am 16. Oktober, nachdem der Ausstand 23 Wochen gedauert hatte. Es ist hier nicht Gelegenheit, Betrachtungen darüber anzustellen, ob das von den Arbeitern Erreichte einen materiellen Ersatz für die Verluste während des Streiks, von den moralischen Nachteilen des wilden, arbeitslosen Treibens ganz zu schweigen, zu bieten imstande war, aber dessen kann man schon heute sicher sein, daß auch in Zukunft die Streiks in die Wahlhilfsmittel der Union einbezogen werden.

Mittel- und Südamerika.

Die romanischen amerikanischen Republiken leiden sämtlich an großer Schwäche und Verworrenheit und lassen nur selten etwas von sich hören, dann gewöhnlich in Gestalt einer sogenannten Revolution, die meistens bloß darin besteht, daß verschiedene Male einige Flintenschüsse und zum Schluß ein paar Präsidenten gewechselt werden. Eine Ausnahme machen eigentlich nur Mexiko, Chile und Argentinien, in welche Staaten seit einer Reihe von Jahren geordnete Verhältnisse und eine zielbewußte Politik eingezogen sind.

In Mexiko hatte der greise Präsident Diaz durch eine jahrzehntelange kluge Verwaltung und zurückhaltende Politik gesunde Verhältnisse geschaffen. Wie wir schon mitteilten, fand vom Oktober

1901 bis in das Jahr 1902 hinein in der Hauptstadt Mexiko der panamerikanische Kongreß statt, dessen hauptsächlichster Beschluß, der Haager Konvention beizutreten, im Lande selbst sehr wenig Zustimmung fand. Die Mexikaner hatten so unrecht nicht, denn der erste Schiedsspruch im Haag über den sogenannten Piusfonds fiel zu Gunsten der katholischen Bischöfe gegen Mexiko aus.

Die Republiken Nicaragua, Costarica, Salvador und Honduras vereinbarten auf einer Zusammenkunft ihrer Präsidenten Mitte Januar in Corinto einen förmlichen Schiedsgerichtsvertrag, nach welchem in Zukunft alle Streitigkeiten zwischen ihnen durch ein ständiges Schiedsgericht ausgeglichen werden sollen. Guatemala war auch eingeladen gewesen, der Präsident war aber verhindert und ließ sich durch den Kriegsminister vertreten. Im Juli trat England nach langjährigen Verhandlungen seine Rechte auf die Bay-Inseln an Honduras ab. In Nicaragua wurde — angeblich von den Konservativen — im April die Kaserne in Managua in die Luft gesprengt, wobei über 100 Soldaten verunglückten und ein Schaden von fünf Millionen Pesos (über 15 Millionen Mark) angerichtet worden sein soll. Es dürfte sich dabei wohl bloß um Leichtsin und Unvorsichtigkeit gehandelt haben, wofür man die Schuld dem politischen Gegner zuschiebt.

Auf der Insel St. Domingo gibt es zwei Negerrepubliken, Haiti und St. Domingo, in denen leicht etwas los ist. Diesmal ging es im Mai in beiden Republiken los, aber der Aufstand in Haiti machte am meisten von sich reden. Dort war der Präsident Ciresias Simon Sam, der am Ende seiner siebenjährigen Präsidentschaft stand, zurückgetreten und nach Paris abgereist, weil man mit ihm unzufrieden war. Es wurde eine provisorische Regierung eingesetzt und eine Nationalversammlung einberufen, die den neuen Präsidenten wählen sollte. Den beiden Bewerbern um die Würde, Fouchard und Firmin, ging das zu langsam, und sie fingen darum ein wenig Revolution an, bei der sich noch andere auf besondere Rechnung und mit eigenen Plänen beteiligten. Für Firmin erklärten sich die meisten „Generale“ und auch der einzige „Admiral“ Killik, obgleich Fouchard mehr Geld hatte. Den Nachteil von diesen Wirren hatten nächst den Haitianern die Fremden. Die Konsuln in Kap Haitien mußten sich auf einen Dampfer flüchten. Endlich traf ein nordamerikanischer Dampfer ein, der den Fremden wenigstens einigen Schutz gewährte. Der Hamburger Dampfer „Markomannia“ war Ende August von dem haitischen Kanonenboot „Crête-à-Pierrot“ mit Beschlag belegt, der Waffen und Munition beraubt, aber darnach wieder freigegeben worden. Das bald darauf eintreffende deutsche Kanonenboot „Panther“ machte wegen dieses völkerrechtswidrigen Vorgehens kurzen Prozeß und bohrte den „Crête-à-Pierrot“ am 8. September vor Gonaives in den Grund, worüber in Nordamerika Lärm in den Zeitungen gemacht wurde. Inzwischen waren die Anhänger Firmins geschlagen worden und er selbst mußte sich auf einem hamburgischen Dampfer nach Jamaika flüchten. Im Dezember schien General

Nord, der abwechselnd zu beiden Parteien gehalten hatte, Sieger zu sein und war von seinen Anhängern zum Präsidenten ausgerufen worden. — In der Republik St. Domingo ging es ähnlich zu, nur mit weniger Gefahr für die Fremden. Die Revolution richtete sich gegen den Präsidenten Jimenes und stand unter der Leitung des Vizepräsidenten Vasquez und des früheren Gouverneurs Navarro. Im Oktober wurden die Auführer gestlagen und die Ruhe wieder hergestellt.

In Venezuela dauerte die Revolution, die schon 1891 begonnen hatte, das ganze Jahr 1902 hindurch. Außerdem erhoben Deutschland und England Entschädigungsansprüche für in Venezuela geschädigte Staatsangehörige, und Deutschland hatte auch schon eine Flottendemonstration gegen Venezuela begonnen, gab sie aber beim Anbruch der heißen Jahreszeit wieder auf. Frankreich hatte sich wegen seiner Ansprüche an Venezuela mit dieser Republik auf ein Schiedsgericht geeinigt, England und Deutschland beschloßen aber schon im Mai, gemeinsam gegen Venezuela vorzugehen, wo der Bürgerkrieg den ganzen Sommer hindurch mit wechselndem Erfolg währte, so daß sich europäische Kriegsdampfer zum Schutz der Europäer dauernd in den dortigen Gewässern aufhalten mußten. Im November sammelten sich die deutschen und englischen Schiffe im Karaischen Meer, mit den Vereinigten Staaten war eine Verständigung darüber erzielt worden, daß die Monroe-Doktrin nicht so ausgelegt werden könne, um amerikanische Republiken gegen die Folgen ihrer internationalen Mißtaten in Schutz zu nehmen. Präsident Castro hatte inzwischen seine aufrührerischen Gegner besiegt, die englischen und deutschen Kriegsdampfer erschienen vor den venezolanischen Häfen, und Anfang Dezember wurde Castro von Deutschland und England ein Ultimatum gestellt, was er unberücksichtigt ließ, weil er offenbar immer noch auf ein Eingreifen der Vereinigten Staaten hoffte, worauf die Deutschen und Engländer einfach mit der Wegnahme der venezolanischen Kriegsschiffe antworteten und die Häfen unter Blockade nahmen. Italien hatte ebenfalls Forderungen an Venezuela und erklärte, es werde sich der deutsch-englischen Flottendemonstration anschließen. Castro hatte sich bisher sehr unverschämt benommen, lenkte nun aber doch ein und ließ durch den nordamerikanischen Gesandten in Caracas, Bowen, Anträge auf ein Schiedsgericht stellen. England und Deutschland stellten ihre Gegenbedingungen, unter denen sie das Schiedsgericht annehmen würden, und schlugen den Präsidenten Roosevelt als Schiedsrichter vor.

Castro erklärte um die Jahreswende seine Zustimmung, Roosevelt war aber nicht geneigt, die Rolle des Schiedsrichters zu übernehmen. Er mochte das vielleicht wegen der Stimmung in Nordamerika nicht tun, wo die Presse erbittert gegen Deutschland, etwas weniger gegen England, hegte. Auch in England schimpften die Blätter gegen das Zusammengehen mit Deutschland, während deutsche Zeitungen wieder an dem gemeinsamen Vorgehen mit England mäkelten. Das war auf beiden Seiten sehr kurzfristig. Es war doch politisch klug, daß die beiden mächtigsten europäischen Reiche, England zur See und Deutschland zu Lande, gemeinschaftlich vorgingen, um einmal einen der liederlichen Jähler in Südamerika zur Rechenschaft zu ziehen. Das sonst so übermütige Nordamerika mußte dem mit sauerlicher Miene zusehen, denn was wollte es machen? Noch ganz anders wäre freilich der Effekt für Europa gewesen, wenn sich noch Frankreich angeschlossen hätte! Deutschland, England, Frankreich und Italien hätten den Hankees dabei einmal zeigen können, daß Europa noch vorhanden ist. Abgesehen sind einsichtige Nordamerikaner gar nicht so böse darüber, daß einer der südamerikanischen Raubstaaten gezüchtigt wird, sonst hätten sie einmal das Geschäft übernehmen müssen.

Auch Kolumbien hatte einen Aufstand, bei dem es nach den ruhmredigen Berichten von beiden Seiten sehr mörderisch zugegangen sein soll. Als sich gegen Mitte September die Kämpfe dem Panamakanal näherten, landeten die Nordamerikaner dort Truppen, um ihn und die Eisenbahn zu schützen. Anfang November waren die Aufständischen unter Uribe Uribe und Herrera geschlagen und machten Frieden, so daß die Vereinigten Staaten die Truppen wieder abberufen konnten.

Chile und Argentinien haben mit Rücksicht auf die allgemeine Lage und aus Befürchtungen vor Eingriffen der Vereinigten Staaten ihre alten Späne begraben, die gegeneinander gerichteten Rüstungen und Flottenvergrößerungen eingestellt und für ihre übrigen Streitigkeiten den Schiedspruch Englands angerufen, wie ja auch schon ein englisches Schiedsgericht über den chilenisch-argentinischen Grenzstreit in Tätigkeit war. Letzterer Schiedspruch erfolgte im November und wurde ruhig hingenommen, obwohl er weder in Chile noch Argentinien sehr befriedigte. Dagegen hatten beide Staaten untereinander und mit Brasilien Fühlung gesucht, als während des Aufstandes in Kolumbien die Vereinigten Staaten die Landenge von Panama besetzt hielten.

Asien.

China. Die Abwicklung des internationalen Unternehmens gegen China hat sich im Laufe des Jahres in leidlicher Ordnung vollzogen. Laut der Vereinbarung der Mächte wurde die chinesische Kriegsschuld endgültig auf 90 Millionen Taels festgesetzt. Im April verpflichtete sich Rußland, die

Mandschurei zu räumen, freilich unter den sehr dehnbaren Bedingungen, daß die Ruhe dort wieder hergestellt sei und daß die Haltung der übrigen Mächte nicht sein Verbleiben notwendig mache. Da weder China, noch das englisch-japanische Bündnis vor der Hand im stande sein werden, Rußland aus der

Mandschurei zu vertreiben, wird es „zum Schutze seiner Bahnen“ dort bleiben. Die Kaiserinwitwe scheint Respekt vor den westlichen „Barbaren“ bekommen zu haben und mit den verzapften chinesischen Traditionen brechen zu wollen. Als am 7. Januar der Hof wieder seinen Einzug in Peking hielt, wurden den Ausländern bisher ganz unerhörte Erleichterungen zugestanden, und als die Damen des diplomatischen Korps empfangen wurden, sagte die Kaiserin auf deutsch: „Guten Tag“, reichte den Damen die Hand und ließ dann die Unterhaltung durch eine Dolmetscherin deutsch und englisch führen. Der berüchtigte Tung fu h s i a n g sollte hingerichtet werden wegen seiner Greuelthaten gegen die Christen und Weißen, aber es getraute sich niemand, ihn zu verhaften, und er verschwand vorläufig im Innern. Im Frühjahr brachen in verschiedenen Provinzen Aufstände ohne weitgehende Bedeutung aus, in Petschili hielt Nu a n s h i k a i die Ordnung aufrecht und am 15. April verließen die internationalen Truppen Tientsin, im Juli wurde auch die Aufhebung der europäischen provisorischen Verwaltung von Tientsin beschlossen. Am die Jahreswende kam auch nach langen Verhandlungen, bei denen das gegenseitige Mißtrauen der Mächte wieder recht unerfreulich zu Tage trat, die Räumung von Schanghai zu stande. Es ließ sich nicht leugnen, daß China ganz wider Erwarten beflissen war, die Friedensbedingungen so gewissenhaft als möglich zu erfüllen. Doch schon im Juni stellte es die Forderung, die Kriegsentschädigung in Silber, statt in Gold bezahlen zu dürfen. Hinter China steckten dabei wieder einmal die Vereinigten Staaten. Im Oktober wollte China die Angelegenheit vor das Schiedsgericht im Haag bringen. Ende des Jahres überreichten aber die Gesandten aller Mächte, die das Friedensprotokoll unterzeichnet haben, die Vereinigten Staaten ausgenommen, der chinesischen Regierung Noten, in denen sie bedeutet wurde, das Friedensprotokoll habe ausdrücklich die Goldbasis festgesetzt und es könnten ernste Folgen eintreten, wenn China seinen Verpflichtungen nicht nachkäme.

Japan. Der kulturelle Einfluß Japans in Asien nimmt einen immer größeren Umfang an, und namentlich im „Reich der Mitte“ entfaltet es eine außerordentlich eifrige Tätigkeit, um China mit japanischem Geiste zu erfüllen. Hunderte von chinesischen Jünglingen und eine große Anzahl junger Koreaner studieren auf japanischen Schulen und auch aus Hinterindien kommen zahlreiche junge Leute zu gleichem Zwecke nach Japan. Der Japaner ist dabei gegenüber dem Europäer im Vorteil, denn er spricht und schreibt chinesisch und ist um einen billigeren Preis zu haben wie der Europäer. An eine Verschmelzung mit den Chinesen oder an eine Oberherrschaft über dieselben ist trotz alledem nicht zu denken, denn später werden die sehr klugen Chinesen die ihnen jetzt sehr nützlichen Japaner wieder abschütteln, ebenso wie diese in immer rascherem Tempo die Europäer wieder verabschiedet haben. Die Stärke Japans entspringt der Kenntnis der europäischen Kulturmittel, wer aber die geistigen Strömungen im neuen Japan kennt, der weiß auch, daß es dort, zumal unter der halberwachsenen Jugend, eine ganze Menge von „modern“ gebildeten

Leuten gibt, die von politischem Größenwahn befallen sind und durch eine zügellose Presse unterstützt, auf Europa als etwas Überwundenes herabsehen zu können glauben und einige halb begriffene, vom Auslande bezogene Ideen unter gänzlich anderen Verhältnissen weiter entwickeln möchten. Daraus könnten für den noch so jungen japanischen Parlamentarismus, der schon heute die Krankheiten des europäischen öffentlichen Lebens zeigt, ohne eigentlich für das Land Bedeutendes geleistet zu haben, recht bedenkliche Befürchtungen für seine Zukunft erwachsen. Schon heute handelt es sich im japanischen Parlament nicht mehr um die Zweckmäßigkeit der Gesetze, sondern es gilt den Kampf um die parlamentarische Macht, um das Recht, ob der Monarch die Minister ernennen oder die Mehrheit des Parlaments sie hervorbringen soll. Ob unter diesen Umständen der Parlamentarismus überhaupt ein Glück für Japan sein wird, ist noch sehr fraglich, und jedenfalls sind die Besorgnisse nicht abzuweisen, daß das Land durch die weiter fortschreitenden parlamentarischen und politischen Kämpfe in innere Wirren gerät, durch die es sehr leicht wieder von der in schwindelnder Eile erklimmen Höhe herabstürzen könnte.

Auf den Abschluß des Bündnisses mit England ist sofort der Antrag der Regierung auf Vermehrung der Kriegsslotte gefolgt, die ohnehin fast nur aus neuen Schiffen besteht und nach den neuen Entwürfen im Jahre 1896 schon die italienische Flotte überhoit haben würde. Die Anleihe von 50 Millionen Yen, welche England für das Bündnis zugestanden hat, ist in Japan mit großer Befriedigung hingenommen worden, denn die moderne Wirtschaft braucht Geld, und mit der Hebung der Volkswirtschaft befindet man sich noch in den Anfängen, wenn auch auf gewissen industriellen Gebieten durch ungemain billige Arbeitskraft zum Teil Erstaunliches geleistet worden ist. Der japanische Baron Schiwu s t a w a war im Sommer in Europa gewesen, um europäisches Kapital nach Japan zu ziehen, hatte aber wenig Glück, da die japanischen Gesetze den Fremden keine Sicherheit gewähren. Man tut von Seite der Regierung manches, um die wirtschaftlichen Verhältnisse zu fördern, z. B. durch Unterstützung der Handelslotte, aber es fehlt doch im allgemeinen noch zu sehr an den Grundlagen dafür, von Forst- und Wasserwirtschaft hat man noch kaum eine Idee, auch fehlen für dergleichen geeignete Beamte. Ein parlamentarisches System mit rasch wechselnden Ministern ist nun schwerlich geeignet, derartige, auf lange Sicht berechnete organisatorische Arbeiten einzuleiten und mit Konsequenz durchzuführen. Auch hierin liegt ein Grund für die Befürchtung, daß es mit dem Aufschwung nicht so sicher und stetig weiter gehen dürfte. Es ist zwar viel guter Wille da, und wenn der Kaiser von Japan seine Tochter mit dem Erbprinzen von Siam verlobt und wenn Korea eine japanische Niederlassung in Masampo bewilligt, so sind das politische Erfolge, die das Bestreben nach einer kräftigen Betätigung nach außen kundgeben. Aber wenn das Parlament, das gegen die Flottenvorlage keine prinzipielle Einwendung erhebt, sondern bloß die Grundsteuer bemängelt, in die Obstruktion tritt und aufgelöst werden

muß, weil die Regierung die Flottenvorlage zu retten versuchen will, so läßt sich auf solcher politischen Grundlage keine große auswärtige Politik führen. Das am 10. August gewählte und am 9. Dezember zusammengetretene Unterhaus wurde noch vor Jahreschluß aufgelöst. Die Neuwahlen finden Anfang März statt.

Korea. Vor fünfzig Jahren kannte man wohl die Halbinsel Korea, die auf der Landkarte so von oben herab in das Gelbe Meer hineinragte, aber selbst gewiegte Geographen vermochten damals nicht genaue Auskunft darüber zu geben, ob und wie das Land bewohnt sei. Heute beginnt es schon eine Rolle in der Weltgeschichte zu spielen und um seine Gunst bewerben sich Rußland, England und Japan. Dabei sind die Zustände dort höchst barbarisch, die Finanzlage spottet jeder Beschreibung, der Fremde ist kaum an einzelnen Orten des Lebens sicher, was übrigens den Einheimischen nicht viel besser zu gehen scheint, denn es gab im Sommer dort Aufstände, infolge deren die Führer der „fortschrittlichen“ in Häufen eingesperrt wurden. Vom Bau von Bahnlinien ist viel die Rede, die Bahn von Söul nach der chinesischen Grenze soll auch begonnen worden sein. Dagegen ist die Telegraphenlinie nach der Mandschurei nicht zu stande gekommen und Korea mit Rußland deshalb in Streit geraten, wahrscheinlich auf Betreiben des Japaners Kato, der beim Kaiser in großer Gunst steht. Anfang Dezember war eine sehr sonderbare Ministerkrise ausgebrochen. Der Minister Ni ong e k war von seinen Kollegen verklagt worden und hatte sich mit Wissen seines Souveräns zur Sicherheit nach der russischen Gesandtschaft geflüchtet. Der Kaiser entließ später die Minister und verbannte Ni ong e k nach dem Innern.

Afganistan. Seit Beendigung des Krieges in Südafrika wird in der russischen Presse öfter

wieder die afghanische Frage angeschnitten, meist in dem Sinne, daß Rußland eine Vertretung dort haben müsse, um nicht durch England überrascht zu werden. Die Angelegenheit wurde auch am 21. Oktober von Cranborne vor das englische Unterhaus gebracht. Der Emir Habib Ullah Khan ist ein schwacher Mann, von dem der russische General Serpitzki behauptet, daß er sich nicht lange auf dem Throne behaupten werde. Ende Mai ließ der Emir seinen zwölfjährigen Bruder Mohamed Omar und dessen Mutter Bibi Halima verlassen und an die Grenze von Turkestan verbannen. Wahrscheinlich hatte es sich dabei um einen Verschwörungsversuch gegen den Emir gehandelt. Allerdings ist die geringe Energie, die der neue Emir bis jetzt in Bezug auf die Disziplin in der Armee bewiesen hat, nicht gerade dazu angetan, großes Vertrauen auf die Dauer seiner Regierung zu erwecken.

Persien. Der Schah Muzaffer-ed-Din hatte im Sommer seine Reise durch Europa gemacht und damit bewiesen, daß er dem Beispiel seines Vorgängers zu folgen gedenke. Er war auch sehr geneigt, die Verwaltung nach europäischem Muster zu verbessern, nur fehlte es ihm dazu an geeigneten Beamten und an Geld. Das war in der letzten Zeit nur von Rußland zu haben gewesen, das ihm 22½ Millionen und vor der Reise nach Europa wieder 10 Millionen Rubel vorgeschossen hatte. Dafür hatte Rußland für Persien ein Eisenbahnmonopol, die Errichtung russischer Banken und Konsulate und schließlich die Erlaubnis zum Bau und Ausnutzung einer Straße von der kaukasischen Grenze über Tabris nach Kaswin erhalten. Nach Beendigung des südafrikanischen Krieges trat auch England wieder mit in den Wettbewerb ein und erhielt die Bewilligung, eine Telegraphenlinie von Kaschan über Jezd und Kerman nach der Grenze von Belutschistan zu errichten.

Afrika.

Marokko. Die Blicke Europas waren fast während des ganzen Jahres auf Marokko gerichtet, wo sich Kämpfe entwickelt hatten, die an sich dort nichts Neues, doch zu einem Umfang gediehen waren, die eine Umwandlung erwarten ließen, an die wieder zahlreiche europäische Interessen geknüpft sind. Da Marokko und sein inneres Leben in Europa heute noch so wenig bekannt sind wie vor wenigen Jahren China, und da diese fruchtbare Nordwestecke Afrikas die Blicke der ausdehnungslüsternden europäischen Mächte gefesselt hält, so werden die dortigen Vorgänge meist von einem falschen Gesichtswinkel aus beurteilt, indem man ihnen eine größere Bedeutung gibt und Folgen zuschreibt, die mehr den Wünschen und Befürchtungen als den Tatsachen entsprechen. Man braucht nur die Abfassung der Nachrichten zu vergleichen, die über ein und dieselbe Sache aus englischen, französischen oder spanischen Quellen fließen, um hierüber klar zu sehen. Noch

heute ist es schwer, zuverlässig festzustellen, ob die Unruhen, die jetzt an allen Ecken und Enden des Sultanats im Gange sind, wirklich aus einer durch das Volk gekendten tiefen Unzufriedenheit mit einzelnen, den verhaßten Numi (Christen) abgesehenen Neuerungen des reformeifrigen jungen Sultans entsprungen sind, oder ob sie nur die einmal landesüblichen Erscheinungen in größerem Umfang sind, die nur darum eine solche Ausdehnung angenommen haben, weil man ihnen nicht zur rechten Zeit mit Entschiedenheit entgegengetreten ist. Daß die Rifbeduinen Räuberei treiben und die Wege verlegen, ist nichts Neues, sie üben das von jeher als ihr gutes Recht, auch daß ein Prätendent, diesmal im Stamme der Riata entstanden ist und die Gläubigen durch die Lehre, die neuen Steuern seien durch den Koran verboten, eingefangen hat, ist schon einmal dagewesen. Friedliche Zustände in unserem Sinne haben in Marokko nie bestanden. Die erste

Hälfte des Jahres verlief vollkommen ruhig, und namentlich englische Berichte wußten zu melden, daß der Sultan an europäischen Gewohnheiten und mit der Anbahnung fortschrittlicher Einrichtungen vorschreite. In der zweiten Hälfte mehrten sich die Nachrichten über andauernde Kämpfe unter den Kabylensstämmen, denen der Sultan aus Mangel an Truppen nicht zu steuern vermöge. Die Hauptkämpfe fanden bei Mekines statt und bald hieß es auch, die Unruhen richteten sich gegen die den Christen freundliche Haltung des Sultans. Anfang November tauchte in der Nähe von Tesa der Prätendent auf, der die Mauren mit Taschenspielerstückchen und Lehren betörte und ihnen sagte, er sei ein Bruder des Sultans und habe Ansprüche auf den Thron. Der zu seiner Bekämpfung ausgesandte *Mulei el Kebir*, ein Bruder des Sultans, erwies sich dieser Aufgabe nicht gewachsen, bei Mekines trat der Sultan selbst an die Spitze der Truppen, kehrte aber nach einem unentschiedenen Kampfe Anfang Dezember in die Gegend von Tesa zurück, wo der Prätendent *Bu Hmara* die Zahl seiner Anhänger vergrößert hatte. Der Sultan erlitt dann eine Schlappe und zog sich gegen Ende Dezember nach Fez zurück. Wie groß seine Niederlage gewesen sei und ob er Fez werden halten können, darüber kamen von dort die widersprechendsten Nachrichten. England, Spanien und Frankreich hielten am Jahresluß Kriegsdampfer in der Nähe der maroffanischen Küsten bereit. Die Kämpfe des Sultans mit den Kabylensstämmen zogen sich ohne Entscheidung weit in das Jahr 1903 hinein.

Ägypten. Am 10. Dezember wurde der große Nilstaudamm bei Assuan eröffnet, der zur Bewässerung des unteren Nilgebietes und zur Kräfteerzeugung für elektrische Betriebe dienen soll. An der Feier nahmen der Khedive, der Herzog von Connaught und das diplomatische Korps teil.

Tunis. Der 85jährige Bey von Tunis, *Sidi Ali*, verschied am 10. Juni. Während seiner Re-

gierung ist Tunis, namentlich seit 1881 durch die zivilisatorische Arbeit der Franzosen, in der Kultur sehr fortgeschritten. Nachfolger ist sein siebenundvierzigjähriger Sohn *Mohamed el Hadshi*, der am 12. Juni in Anwesenheit des französischen Generalresidenten *Pichon* feierlich im Namen Frankreichs eingesetzt wurde. Der Bey vertritt eigentlich die wahre Staatsgewalt in Tunis, alle Dekrete müssen sein Siegel tragen; aber schon *Sidi Ali* durfte ein durchaus beschauliches Leben führen und seinem Sohne wird voraussichtlich auch keine tatenreiche Existenz blühen.

Somaliland. Der Mahdi des Somalilandes, der sogenannte tolle Mullah *Mohamed Abdullah*, hatte schon den Engländern im Jahre 1901 zu schaffen gemacht, den englischen Oberst *Swayne* genötigt, sich auf Berbera zurückzuziehen, und dann die den Engländern freundlich gesinnten Stämme mißhandelt. *Swayne* war inzwischen reichlich mit Waffen und Munition versehen worden, wurde aber am 6. Oktober bei Erego in der Nähe von Muduy empfindlich geschlagen und mußte sich nach Bohotle zurückziehen. In England war man sehr aufgeregt und es verlautete viel über einen sofortigen Rachezug, zu dem man sogar tapfere Buren anwerben wollte. Anfang Dezember aber wurde bekannt, daß man sich gar nicht so sehr beeilen, dafür aber einen Doppelangriff von Berbera und von Italienisch-Erythraa über Obbia unternehmen und auch den König *Melik* von Abessinien ersuchen werde, an der völligen Einschließung des Mullah teilzunehmen.

Sansibar. Der Sultan *Hamud bin Mohamed* starb am 17. Juli, und zum Nachfolger wurde sein unmündiger Sohn *Seyyid Ali* ausgerufen, bis zu dessen vollendetem 21. Jahre der englische Ministerresident *Rogers* die Regentschaft führen wird.



Verlag von Karl Prochaska, Leipzig, Wien, Teschen

Das Buch der Bücher

Aphorismen der Weltliteratur

Gesammelt und geordnet von Egon
Berg (E. Anspitz). Achte Auflage

Das hier angekündigte Werk ist eine Arbeit, welche die höchsten Anforderungen an Rastlosigkeit und Geduld zu gleicher Zeit stellte, deren Bewältigung fast mehr als ein halbes Menschenalter erforderte, und die mit Rücksicht auf das umfassende Stoffgebiet, den erweiterten Gesichtskreis, die Objektivität des Standpunktes und die Strenge der Auswahl keine Vorgänger hat. Sie schöpft zum Teile aus Quellen, die weder allgemein zugänglich noch gehörig benützt sind. Ähnlichen Sammlungen gegenüber beschränkt sie sich nicht, wie diese, auf die von den Dichtern — und zwar den Dichtern eines Volkes — gebotene Materie; wie sie die Kulturleistungen aller großen Nationen ins Auge faßt, so zieht sie Dichter und Redner, Philosophen und Staatsmänner, Historiker und Naturforscher in den Rahmen ihrer Darstellung.

Die bedeutendsten Gedanken, die klangreichsten Aussprüche der hervorragendsten Geister sind hier in einem verhältnismäßig geringen Raume zusammengedrängt und werden in logischer Gliederung und Folge zur Darstellung gebracht. Die ganze Entwicklung der Literatur in allen ihren Zweigen

und Phasen tritt in anschaulicher, ja plastischer Weise an den Leser heran.

Gegen 5500 solcher Aphorismen in Prosa und in Poesie hat der Autor während eines vieljährigen Studiums gewählt, gesichtet, geordnet und die Zitate aus fremden Sprachen (toten wie lebenden) gleichzeitig im Original und in der besten Übersetzung wiedergegeben.

Das lebhafteste Interesse jedes Gebildeten ist dem Werke sicher. Dem Literaturfreund ist es mit Hilfe wohlgeordneter Register ein höchst nützlich Repertorium; dem Manne der Öffentlichkeit in Rede oder Schrift bietet es die reichste Quelle von Schlagwörtern, Zitaten, geistigen Belegmitteln; dem Lehrer und Erzieher eine Schatzkammer aller Weisheit, aus der er mit vollen Händen zum Gewinne seiner Schüler schöpfen kann; dem im Weltgewirre ringenden Manne ist es ein leitender, treibender oder beruhigender Führer in allen Fährnissen und Mißstimmungen; der Frau und dem Mädchen eine Bibel für den Familien-Altar, ein Sanktuarium des Herzens.

„Das Buch der Bücher“ zerfällt in die zwei selbständigen, sich aber gegenseitig ergänzenden Teile

Geist und Welt Herz und Natur

wovon der erstere sich mehr mit den öffentlichen Dingen, der letztere mehr mit dem Gemütsleben beschäftigt.

Jeder Teil wird einzeln abgegeben und kostet

in hochelegantem Liebhaber-Halbfranz-Einbände 10 Mark.

Unterzeichneter bestellt bei der Buchhandlung

Illustr. Jahrbuch der Weltgeschichte.	I. Jahrgang
Illustr. Jahrbuch der Weltgeschichte.	II. Jahrgang
Illustr. Jahrbuch der Erfindungen.	I. Jahrgang
Illustr. Jahrbuch der Erfindungen.	II. Jahrgang
Illustr. Jahrbuch der Erfindungen.	III. Jahrgang
Illustr. Jahrbuch der Naturkunde.	I. Jahrgang
Illustr. Jahrbuch der Weltreisen.	I. Jahrgang
Illustr. Jahrbuch der Weltreisen.	II. Jahrgang

Broschirt à 1 Mk.
Elegant gebd. à 2 Mk.

(Nichtgewünschtes geistl. durchzustreichen.)

Name und Adresse:

Klassische Romane

der Weltliteratur. Hochfein in Ausstattung und Einband, klarer Druck, schönes Papier u. dennoch à Band nur 85 Pf. = 1 Krone. Man verlange »Probepbände« dieser Perlen der Erzählungskunst, deren Lektüre nicht allein fesselt, sondern auch Geist und Herz bildet und veredelt. Es erscheinen 32 Bände — alle 14 Tage 1 Band — mit folgendem Inhalt:

Afraja. Nordlicher Roman von Theodor Mägge. Ein klippenstarkes Meer und ein düsterer Himmel, eine Welt des Schreckens und des Schweigens — das ist der Hintergrund, auf welchem sich eine erschütternde Tragödie abspielt, ein Stück Raissenkampf, in welchem alle Leidenschaften toben. Doch die Wunderblume der Liebe blüht auch auf diesem harten Boden und zwingt die Herzen zur Veröhnung.

Der Jude. Deutsches Sittengemälde von K. Spindler. Das mittelalterliche Leben mit seiner abenteuerlichen Romantik bildet die Grundlage dieser mit packender Wahrheit ausgeführten Erzählung. Dämonische Gewalten, hehre Lichtgestalten sind die Träger der vielverschlungenen spannenden Handlung.

Johanna Eyre. Die Waise von Kowood von Currer Bell. Eine Perle der Erzählungskunst ist dieses Werk, ein hohes Lied der Liebe, in welchem uns das Kämpfen und Dulden eines edlen, hochherzigen Weibes im Rahmen einer hochdramatischen Handlung geschildert wird.

Der Löwe von Flandern. Von Heinrich Conscience. Der Freiheitskampf eines tapferen Volkes gegen den übermütigen Unterdrücker weckt unser ganzes Mitgefühl. Ein Heldenlied, das unser Herz erhebt, ist dieses Buch.

Die Frau in Weiß. Von Wilkie Collins. Geheimnisvoll wie der Titel, ist der Hintergrund, auf welchem sich die reichbewegte Handlung dieses Romans aufbaut. Ein Buch, über dem man Essen und Schlafen vergißt.

Die letzten Tage von Pompeji. Von Eduard Lytton Bulwer. Das erschütternde Drama des Unterganges einer antiken Welt. Auf dem Höhepunkt ihrer Genüsse, ihrer Leidenschaften angelangt, schmettern die Feuerströme des Vesuv sie in Asche. Ein Buch von bleibendem Wert.

Der Irre von St. James. Von Philipp Salen. In den Mauern des Irrenhauses gefangen, zum Wahnsinnigen geistempelt — welch furchtbares Schicksal! Fiebernde Spannung ergreift den Leser und das Herz blutet beim Anhören der traurigen Geschichte des Irren von St. James.

Wallensteins erste Liebe. Von K. Berloßjohn. Den Gewaltigen, der in sturmbewegter Zeit die Weltgeschichte leitet, berührt die Zauber- macht der Liebe; doch fortgerissen auf seiner glänzenden Bahn, muß er die zarte Blume zertreten. Von der ersten bis zur letzten Seite wunderbar gefesselt, verfolgt der Leser mit wachsendem Anteil die Schicksale der unglücklichen Heldin.

Die Tochter des Piccolomini. Von K. Berloßjohn. Eine Erzählung von hochpoetischem, abenteuerlichem Reiz, die sich mitten im Gefummel des 30jährigen Krieges, im Auf- ruhr aller Leidenschaften abspielt und in deren Mittelpunkt die rührende Gestalt einer edlen Dulderin steht.

Ivanhoe. Historischer Roman von Walter Scott. Ein vielbewegtes, farbenprächtiges Bild aus roman- tischer Zeit. Richard Löwenherz, der aus dem heiligen Lande heim- gekehrte, ritterliche König im Kampfe um seinen Thron. Eines der größten Meisterwerke auf dem Gebiet des historischen Romans.

Ein Jahr. Von Emilie (Fly- gare) Carlen. Die merkwürdige Ge- schichte einer Ehe von bestricken- dem Zauber der Darstellung — eine Geschichte, ausgezeichnet durch die originelle Schürzung des Knotens und die geistvolle Lösung desel- ben, Herz und Geist fesselnd von Anfang bis zu Ende.

Takeah oder die weiße Rose. Von Charl. Sealsfield. Unser wärm- stes Mitgefühl wird durch diesen Roman wachgerufen, in dem uns der Totenkampf eines Naturvolkes in wahrhaft erschütternder Tragik vor Augen tritt. Rührend schön ist die Geschichte der »weißen Rose«, die unter den Wilden einen liebenden Vater und eine zärtliche Schwester fand.

Verlag K. u. K. Hofbuchh. Karl Prochaska, Wien, Leipzig, Teschen.

Probepbände in jeder Buchhandlung.

Verlag von Karl Prochaska, Leipzig, Wien,



Vornehmste Ausstattung. Gediegenster Inhalt. Für feinsinnige
Bücherfreunde.

SALON-BIBLIOTHEK PROCHASKA

Der Naturgenuß. Ein Beitrag zur Glückseligkeitslehre.

Don Hieron. Lorm.

Zweite Auflage. Elegant broschiert Mark 2.50, hochfein gebunden mit Goldschnitt Mark 3.50.

Die Königin des Tages und ihr Reich.

Astronomische Unterhaltungen über unser Planetensystem und das Leben auf anderen Erdsternen.

Don M. W. Meyer.

Zweite Auflage. Elegant broschiert Mark 4.50, hochfein gebunden mit Goldschnitt 6 Mark.

Meister-Prosa.

Gesammelt von Leopold und Paul Auspitz. Zwei
starke Bände. Broschiert 10 Mark, eleg. geb. 13 Mark.



Unter diesem Titel ist ein umfangreiches Werk erschienen, das sich würdig neben das renommierte ebenfalls von Leopold Auspitz herausgegebene „Buch der Bücher“ reiht, und das des Interesses aller feinsinnigen Literaturfreunde sicher sein darf. Die Sammlung „Meisterprosa“ vereinigt in sich eine Auswahl der besten und schönsten Partien, welche in Erzählungen, Romanen, Reden, Briefen, in Schilderungen und Darstellungen von Meistern der Prosa aller Zeiten und aller Völker enthalten sind. Das Werk hat nicht die Bestimmung, dem Bedürfnis nach flüchtiger, nur unterhaltender Lektüre entgegenzukommen. Es erfordert vielmehr eine liebevolle Würdigung der Schätze, die es bietet, eine Art Studium derselben. Es wird dafür die Gegenleistung bieten, daß der Genuß an seinem Inhalt ein tiefgehender, dauernd befriedigender bleibt, daß die Schönheiten der Form, die Kernigkeit der Gedanken in diesen ausgewählten Musterleistungen dem Leser klar zum Bewußtsein kommen, ihm damit ein wahres Vergnügen bereitend und nachhaltigen Nutzen bringend.